ak

Anti-Gen-Akti-Viren S. 25

ARBEITERKAMPF / ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

Jg. 18 Nr. 298 19. 9. 88 5 DM C 21734 E

NEIN zur Diktatur

Chile erlebt zur Zeit die größte Volksbewegung gegen die fünfzehn Jahre währende Terrorherrschaft Pinochets seit den Generalstreiks 1986. NO, diese beiden Buchstaben sind Symbol der Hoffnung auf Veränderung und der tiefen Abneigung gegen die Militärdiktatur. Am 5. Oktober will Pinochet sich als einziger Kandidat dem Plebiszit stellen, um weitere acht Jahre zu herrschen.

Um sich die Mehrheitszustimmung zu sichern, hat der Präsident seine scheindemokratische Kandidatur mit einer Aufhebung des Ausnahmezustands und einer Lockerung der politischen Zensur begleitet. Daß derlei „Liberalisierung" ihre bekannten Grenzen hat, zeigt das scharfe Vorgehen gegen die große Demonstration in der ersten Septemberwoche. Drei Tote, dutzende Verletzte und eine unbekannte Zahl von Menschen, die in den Gefängnissen verschwunden sind, zeigen die Grenzen der Demokratisierung unter Pinochet.

Vor allem die radikale Linke im Lande ist geschwächt. Nach dem gescheiterten Attentat auf den Diktator 1986 hatte sie unter schärfster Repression zu leiden. Die Opposition gegen den Diktator wird weitgehend von den rechten Parteien geführt. Nachdem die aus der Illegalität agierende Linke das Plebiszit zunächst boykottieren wollte, mußte sie feststellen, daß Christdemokraten und Sozialdemokraten, die günstigere legale Arbeitsmöglichkeiten haben, sich an die Spitze eines legalen NO-Bündnisses gegen Pinochet gesetzt haben, das die Abstimmung anerkennt und auf die Niederlage des Diktators setzt. Gesponsert wird die bürgerliche Opposition von den USA und der bundesdeutschen Christdemokratie. Diese internationale Pinochet-Opposition setzt auf eine kontrollierte Ablösung des Diktators bei gleichzeitiger Fortführung der unter ihm eingeleiteten Wirtschaftspolitik. Das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft soll danach konstitutiv für die Aufnahme in den Kreis der Nachfolger Pinochets sein. Ob die Rechnung der kontrollierten Ablöser aufgeht, eine radikale demokratische oder gar sozialistische Entwicklung zu verhindern, hängt nicht zuletzt von Dynamik und Erfolg der Massenbewegung ab.

Seite 14
Seite 14



IWF

„Die schwierigste Aufgabe der Polizei nach dem Krieg" nennen Innenpolitiker den Schutz des Westberliner IWF-Treffens. Die Creme des internationalen Finanzkapitals, die Mitverantwortlichen für Ausbeutung und ökologische Zerstörung, für Hunger, Elend und brutalste Unterdrückung beraten ihre Finanzstrategien gegen die Länder der „3. Welt". Ein heftiger Grund für heftige Aktionstage und eine *Riesendemo am 25. September.*

Das Chile Augusto Pinochets kann sich auf den bundesdeutschen Imperialismus verlassen. Als im Dezember letzten Jahres ein 250-Millionen-Dollar-Großkredit im Direktorium der Weltbank zur Abstimmung stand, gab die BRD den Ausschlag für die Zustimmung. Das Beispiel Chile verweist auf die führende politische und ökonomische *Gläubigerposition des Exportweltmeisters BRD.* Was hat das bundesdeutsche Kapital von der IWF-Tagung zu erwarten?

Woran liegt es, daß die Debatte um die sogenannte Schuldenkrise immer mehr das Bild einer allumfassenden Suhle angenommen hat, die den Zustrom all der Linken kaum noch zu erfassen vermag, die brav ihre Bereitschaft anmelden, sich zusammen mit Bankiers — wenn schon nicht in Geld — so doch wenigstens im modernsten geldtechnischen Vokabular zu wälzen? fragt *Detlef Hartmann* und schreibt über Sozialen Krieg und Akkumulation, über Karl Marx und Rosa Luxemburg.

Seite 3 ff.



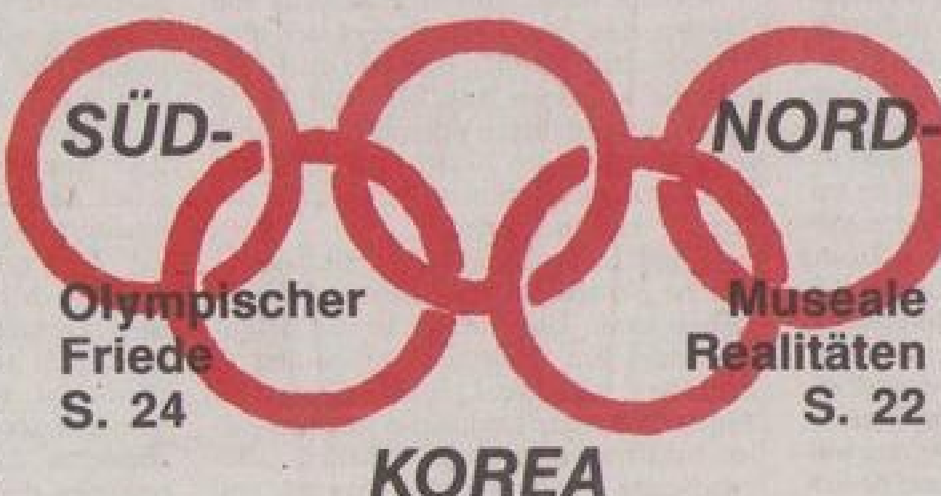
DKP
Die Gedanken sind los
Heftiger Linienstreit

Eigentlich sollte der 9. Parteitag der DKP Anfang Januar 1989 ein ganz besonderer werden: Am 70. Geburtstag der KPD und am Ende des 20. seit Neugründung der eigenen Partei sollte ein neuer Aufbruch stehen. Statt dessen beginnt das Dokument der Parteivorstands-Mehrheit zur Lage der DKP mit dem folgenden Absatz: *„Die Gegenwart stellt wachsende Anforderungen an die Politik und Handlungsfähigkeit der kommunistischen Partei. Die Lage unserer Partei steht dazu im Widerspruch. Die Partei ist in der letzten Zeit in eine kritische Phase ihrer politisch-ideologischen und organisatorischen Entwicklung geraten. Unsere Handlungsfähigkeit ist gehemmt durch innere Differenzen und Konflikte in ideologisch-weltanschaulichen Grundfragen und Fragen der weiteren Parteientwicklung, durch Stagnation und Rückgang in der Aktivität und der Mitgliederentwicklung, durch Verluste an öffentlichem Einfluß."* Dies steht nicht in einem vertraulichen, sondern einem offiziellen DKP-Papier. Nur Hemmnisse? bemängelt eine relevante Minderheit in der Parteispitze diese Beschreibung. Offenkundig sei der Mehrheit *„das Ausmaß und der Charakter unserer Schwierigkeiten"* nicht klar. — Die DKP streitet, das ist ungewöhnlich, aber sympathisch. Die Fragen, um die es geht, sind spannend und von Relevanz für die Linke, wenngleich vieles nicht so neu ist, wie es sich dünkt.

Nahezu Sensationelles war in der UZ vom 5. September zu lesen. Noch vor Abschluß der 13. Parteivorstandstagung vom 3./4. September hatten die UZ-Korrespondenten einen Bericht verfaßt, der die Partei darauf vorbereitete, daß es in ihrem Führungsgremium tiefgreifende Differenzen gibt. Von einer *„äußerst kontrovers geführten Diskussion"* berichtete die UZ und gab Auszüge aus dem Referat von Herbert Mies wieder, der *„zwei Richtungen oder Linien (...) in fundamentalen Fragen"* in der Partei feststellte und der UZ-Leserschaft mitteilte: *„Mit zwei Linien nebeneinander könne auf Dauer keine kommunistische Partei leben."* Am nächsten Tag war das „Parteiwunder" perfekt: Das erstemal in der Geschichte der DKP — soweit uns bekannt — bestand eine relevante Minderheit im höchsten Gremium auf Abfassung der eigenen Position. Gegen einen Mehrheitsentwurf *„Zur Lage und künftigen Entwicklung der DKP"* stimmten 14 der 94 Vorstandsmitglieder, vier enthielten sich. Wie viele dem Papier der Minderheit zugestimmt haben (man kann vermuten 14), wurde nicht bekanntgegeben. So werden dem DKP-Parteitag im Januar zwei unterschiedliche Papiere zur Zukunft der Partei vorliegen.

Worum geht's? Als Antwort auf die „globalen Bedrohungen" und die „tiefgreifende Umbruchperiode" will die DKP einerseits ein neues Reformprogramm und andererseits eine Parteireform auf den Weg bringen. Längst haben sich die Parteitagsvorbereitungen zu einer Diskussion um die Krise der Partei ausgeweitet.

Fortsetzung auf Seite 33



KURDISTAN
Massaker und Vertreibung

Im Juli griff die irakische Armee mit rund 30.000 Soldaten die im Norden des Iraks operierenden Peschmergas der Demokratischen Partei Kurdistans an. Im August erfolgte eine zweite Offensive. Bis zu 60.000 Mann der irakischen Armee begannen, das Gebiet südlich der türkischen Grenze zu entvölkern, wobei systematisch Giftgas eingesetzt wurde. Mindestens 100.000 Menschen verließen aus Angst vor diesen Giftgasangriffen in Panik ihre Häuser. Nach einem Bericht von amnesty international hat die irakische Armee ganze Dörfer durch Bombardierungen dem Erdboden gleichgemacht, es handle sich um die „vorsätzliche und systematische Vernichtung von großen Teilen einer Minderheit".

Der Irak setzt seit vier Jahren im Golfkrieg Giftgas gegen den Iran und die Kurden ein. Ein Protest der 105 Nationen, die das Abkommen über das Verbot chemischer Waffen unterschrieben haben, ist jedoch ausgeblieben. Die von Vertretern aller kurdischen Parteien im Irak bei der UNO vorgebrachte Bitte um Einrichtung einer Kommission, die parallel zu den Verhandlungen zwischen Irak und Iran eine Friedenslösung für das kurdische Volk erarbeitet, wurde abgewiesen. Die Friedensverhandlungen, äußerte UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar, seien ohnehin „bereits kompliziert genug".

Aus der BRD sind rund 1.000 Firmen auf beiden Seiten am Kriegsgeschäft beteiligt gewesen. Zwölf Firmen der BRD stehen im Verdacht, den Gaskrieg des Irak überhaupt erst ermöglicht zu haben. Seit Ende 1987 wird deswegen staatsanwaltlich ermittelt — wobei es bisher auch geblieben ist.

Ausgerechnet die Türkei war der letzte Ausweg für die irakischen Kurden, das Massaker zu überleben. Nachdem die Türkei anfangs ihre Grenze vor den Flüchtenden geschlossen hatte, haben sich nun, nachdem die Regierung erklärte, sich um die Flüchtlinge kümmern zu wollen, zwischen 50.000 und 120.000 Kurden in die Türkei retten können.

Seite 15

Statt Beweise nur noch Glaubwürdigkeitserwägungen

Ulla Penselin frei, Ingrid Strobl weiter in Haft

Ulla Penselin ist frei. Nach acht Monaten Untersuchungshaft hob der Richter am Oberlandesgericht Düsseldorf den Haftbefehl gegen sie auf. Das Konstrukt der Bundesanwaltschaft, die aus öffentlichen Treffen von Frauen zur Gentechnologie „konspirative Treffen" der „Roten Zora" machte, zerplatzte wie eine Seifenblase, als Ulla in einer Einlassung das ganz gewöhnliche Zustandekommen und den Hergang dieser Treffen schilderte. Das ihr zur Last gelegte Verhalten, die Beschattung durch Polizeibeamte abzuschütteln, ist das normale Verhalten einer Linken, die es eben nicht dulden will, auf Schritt und Tritt vom Staatsschutz observiert zu werden. Der Richter setzte den Haftbefehl nicht nur aus, sondern hob ihn vollständig auf, so daß selbst die Anklage mit dem bisher vorgelegten „Beweismaterial" hinfällig sein dürfte. Dies ist ein mühsam erkämpfter Erfolg, denn immerhin kostete die Intrige der Bundesanwaltschaft ihr fast neun Monate Freiheit. Aber wenn man weiß, wie schwer sich der Staatsschutz einmal gefangene Linke wieder entreißen läßt, ist es ein wirklich großer Erfolg.

Bei Ulla Penselin blieb nach ihrer ersten Erklärung zur Sache von den ohnehin sehr mageren Indizien, die ihre angebliche Mitgliedschaft in der „Roten Zora" beweisen sollen, gar nichts mehr übrig, so daß sie freigelassen werden mußte und der Staatsschutzrichter wissen ließ, daß er aufgrund des bisher vorliegenden Materials wahrscheinlich nicht einmal Anklage gegen Ulla Penselin erheben werde.

Wer nun allerdings hoffte, die Justiz habe damit insgesamt eine behutsamere Gangart eingeschlagen oder sich gar dem öffentlichen Druck gebeugt, wurde beim Haftprüfungstermin von Ingrid Strobl enttäuscht. Auch Ingrid Strobl hat eine erste umfangreiche Erklärung zur Sache vorgelegt. In ihr geht sie ausführlich auf den ihr vorgehaltenen Weckerkauf, aber auch auf die angeblichen Erkenntnisse des Staatsschutzes über die Arbeitsweise der „Revolutionären Zellen" ein. Sie habe, schreibt sie, tatsächlich einen Wecker der Marke EMES-Sonochron bei Uhren-Wempe in Köln gekauft: allerdings nicht für sich, sondern für einen Freund, sie nennt ihn „Mister X", der ihn weiterverschenken wollte. Daß sie in für jemand anderen gekauft hat erklärt sie damit, daß Mister X außerhalb Kölns wohne, den Wecker dort nicht bekommen habe (weil das BKA eigenen Angabe zufolge den Wecker nur an wenige ausgesuchte Geschäfte ausgeliefert hat), aber ausgerechnet diesen Wecker wollte, weil er der kleinste, handlichste und doch laut genug weckende Modell auf dem Markt sei. Sie gehe, so Ingrid Strobl weiter, nicht davon aus, daß Mister X in irgendeiner Art und Weise mit dem Anschlag zu tun habe. Im übrigen werde sie seinen Namen aber auch nicht nennen, weil es ihrer politischen Moral widerspreche, jemanden der Verfolgung durch den Staatsapparat auszusetzen.

Die erste Reaktion des Richters darauf: Er entschied entgegen den rechtlichen Vorschriften, Ingrid Strobl nicht persönlich beim Haftprüfungstermin erscheinen zu lassen, und erklärte das in der nicht-öffentlichen Verhandlung den AnwältInnen bemerkenswert offen: *„Die einzige Frage, die ich hätte stellen wollen, will Frau Strobl nicht beantworten. Alles wäre viel einfacher; statt lange Schriftsätze zu wechseln, bräuchte Frau Strobl nur einen einzigen Satz zu sagen: Der X heißt so und so und wohnt da und da."*

In dem Beschluß, die Untersuchungshaft bei Ingrid Strobl fortdauern zu lassen, argumentiert Richter Arend dann deutlich vorsichtiger: Er behauptet, die Erklärung zur Sache sei über weite Strecken eine *„bloße Polemik gegen die Strafverfolgungsbehörden"* und im übrigen *„in sich nicht nachvollziehbar und daher unglaubhaft": „Unter dem Gesichtspunkt des natürlichen und vernünftigen Selbstschutzinteresses eines zu Unrecht Beschuldigten leuchtet in keiner Weise ein, daß die Angeklagte mehrmonatige unschuldig erlittene Untersuchungshaft in Kauf nehmen will, nur um eine andere Person nicht in polizeiliche Ermittlungen zu verwickeln."*

Selbst diese Begründung für die Haftfortdauer stellt aber einen Rückzug von bisherigen Positionen dar: In der Öffentlichkeit wurden die Verhaftungen von Ingrid Strobl und Ulla Penselin und die gesamte Durchsuchungsaktion im Winter 87 mit dem Vorhandensein von „Beweisen" gerechtfertigt — jetzt geht es nur noch um Glaubwürdigkeitsfragen. Ein „großer Schlag" gegen „Revolutionäre Zellen" und „Rote Zora" sollte damals gelungen sein. Insbesondere die Weckergeschichte diente in der bürgerlichen Presse (vor allem „stern" und „Spiegel") dazu, den Anschein zu erwecken, als sei die Täterschaft vor allem von Ingrid Strobl hundertprozentig klar und eindeutig. Die schon damals zu vermutende Schwachstelle — daß nämlich ein Weckerkauf alleine gar nichts beweist, außer daß eben ein Wecker gekauft worden ist — ist jetzt durch Ingrid Strobls ausführliche Erklärung offengelegt.

Die Weckergeschichte hat, wie sich aus einer Bemerkung der AnwältInnen ergibt, aber für die Bundesanwaltschaft noch andere Haken. Ihre Relevanz bezieht sie daraus, daß der Wecker, den Ingrid Strobl gekauft hat, für einen Anschlag auf das Gebäude der Lufthansa AG verwendet worden sein soll. Das werde, so das BKA, durch die Identität der Nummer (6457)im Ziffernblatt des gekauften und des zum Sprengen verwendeten Weckers bewiesen. Bisher behauptet das BKA aber nur, daß Ingrid Strobl den Wecker mit dieser Nummer gekauft hat. Das entscheidende Beweisstück — ein Zettel mit dieser Ziffernblattnummer, der auf der Verkaufspackung aufgeklebt gewesen und nach dem Verkauf an das BKA weitergeleitet worden sein soll — fehlt, ohne daß es dazu eine Erklärung gibt, bei den Akten. Ein Zettel mit dieser Zahl (6457) findet sich zwar dort — er ist aber nicht identisch mit dem Aufkleber.

Außerdem gibt es auch diesen Zettel betreffend etliche Ungereimtheiten: So hat die Verkäuferin in ihrer ersten Aussage festgestellt, sie selber habe ihn geschrieben, später korrigierte sie das: Ein Kollege habe den Zettel geschrieben. Dieser Kollege allerdings gab seinerseits an, nicht er, sondern der stellvertretende Filialleiter habe die entsprechende Nummer notiert und zwar „im Anschluß" an die Personenbeschreibung. Der stellvertretende Filialleiter, der also als einziger die Entstehungsgeschichte und Bedeutung des Zettels klären könnte, wurde aber anders als seine MitarbeiterInnen nicht vernommen.

Eine in den Akten behauptete zusätzliche Gegenkontrolle — nach jedem Verkauf soll eine Bestandsaufnahme der noch vorhandenen Wecker vorgenommen worden sein, um dadurch die Nummer des verkauften noch mal zu bestätigen — soll durch eine Zeugenaussage belegt werden: Tatsächlich ist aber der entsprechende Bericht über die Kennzeichnung der Wecker von einem ganz anderen Zeugen angefertigt worden, er enthält aber auch kein Wort über die angebliche Gegenkontrolle: *„Der Verteidigung ist bewußt, daß die aufgezeigte, allerdings gravierende Beweislücke der Anklage durch Nachermittlung ‚dicht gemacht' werden kann. Es kommt ihr darauf an, den Senat auf die Tatsache hinzuweisen, daß der Anklagevorwurf sich — aus welchen Gründen auch immer — auf bemerkenswert schlecht und lückenhaft zusammengetragene Beweise stützt"*, heißt es dazu in einer Erklärung von Ingrid Strobls VerteidigerInnen.

Die klaffende Lücke wurde vom Gericht in seinem Beschluß zwar eingestanden — es entschied aber trotzdem auf Haftfortdauer, ohne das Ergebnis der Nachermittlung an diesem von der Anklage immerhin als zentral angesehenen Punkt abzuwarten. Immerhin zeichnet sich ab, daß der Staatsschutzsenat von BKA und Bundesanwaltschaft weitere Ermittlungen verlangt, bevor die Entscheidung über die Zulassung der Anklage (die nach nunmehr neun Monaten Haft immer noch nicht getroffen worden ist) gefällt werden soll.

Die Bundesanwaltschaft, das läßt sich nach den beiden Haftprüfungsterminen eindeutig feststellen, ist in erhebliche Beweisnot geraten. Die „konspirativ" durchgeführten, angeblichen „Rote Zora"-Treffen in Telgte und Osnabrück haben sich nach Ulla Penselins Erklärung als schlichte Redaktionstreffen der Zeitung „e.coli-bri" erwiesen. Der Weckerkauf, als Beweis an sich ohnehin schon zweifelhaft, ist durch Ingrid Strobls Erklärung zumindest strafrechtlich weitgehend irrelevant geworden — daß die Identität von gekauftem und zum Anschlag benutztem Wecker nicht bewiesen werden kann, schwächt dieses stärkste Indiz der Bundesanwaltschaft zusätzlich. Die Übereinstimmung zwischen Ingrid Strobls Verhalten und angeblich erwiesenem Verhalten von RZ-Leuten existiert nicht, wie überhaupt sämtliche Ausführungen der Bundesanwaltschaft zur RZ zeigen, daß die Winteraktion 87 keineswegs „neue" Erkenntnisse gebracht hat, wie Innenminister Zimmermann stolz verkündet hatte, sondern im Gegenteil auf alten, weitgehend widerlegten Behauptungen basiert.

Daß Ingrid Strobl noch in Haft behalten wird, hat vor diesem Hintergrund zweierlei Funktion: Zum einen hat ihre Haft mittlerweile eingestandenermaßen Beugehaftcharakter, der Name von „Mister X" soll aus ihr herausgepreßt werden. Zum anderen wird offensichtlich versucht, den politischen Schaden der Beweisnot möglichst gering zu halten: Wären sowohl Ulla Penselin als auch Ingrid Strobl entlassen worden, hätte das einen spektakulären Effekt gehabt, der leicht auch stärkere öffentliche Aufmerksamkeit hätte hervorrufen können. So wird versucht auf Zeit zu spielen und die Dimension des Verfahrens auf ein „normales" Maß zu reduzieren.

Zu Optimismus bezüglich des Ausgangs einer eventuellen Hauptverhandlung besteht aber bisher kein Anlaß: Eine Rolle spielt sicherlich, wie die Öffentlichkeit die neue Situation schluckt, inwieweit akzeptiert wird, daß statt Beweisen jetzt Glaubwürdigkeitsfragen für die Haftfortdauer eine Rolle spielen.

Zudem scheint sich die Bundesanwaltschaft jetzt stärker um die vier abgetauchten Personen, denen ebenfalls RZ-Mitgliedschaft vorgeworfen wird, zu kümmern: Aufgrund der Flucht fällt es der Staatsanwaltschaft hier leichter, die Vorverurteilung zu betreiben — obwohl durch die Demontage der bisher vorgelegten Beweise durch Ulla Penselin und Ingrid Strobl auch die Konstruktion gegen diese vier, die sich im wesentlichen auf die gleichen „Indizien" stützt, ins Wanken gerät. Bisher 16 Leute aus Oberhausen, Duisburg, Essen und Bochum, meistens derzeitige oder Ex-MitbewohnerInnen der Gesuchten, sind als Zeugen ins Essener Polizeipräsidium vorgeladen. Der erste Termin, zu dem die Betroffenen gemeinsam gehen wollen, ist am 21.9.1988 um 13 Uhr in Essen (um 20 Uhr ist Nachbereitung in der Zeche Carl).

Fassanbass

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PGiroA Hamburg 27175-203; Einzelpreis: DM 5,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.800; Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.
Dieser Ausgabe ist teilweise eine Beilage zugefügt.

Gnade, Amnestie, Recht

„Helles Entsetzen" hat die Reaktion dieses unseren Landes gepackt als bekannt wurde, daß Bundespräsident Weizsäcker die Gnadengesuche der auf lebenslänglich verurteilten RAF-Mitglieder Angelika Speitel und Peter-Jürgen Boock ernsthaft prüft. Nicht daß dieser schon eine positive Entscheidung zugunsten der Gefangenen getroffen hätte erregt die Gemüter, sondern allein, daß er seinem verfassungsmäßigem Auftrag nachkommt, den an ihn gestellten Anträgen im Einzelfall und an den Einzelpersonen nachzugehen. Das „Entsetzen" ist gewissermaßen berechtigt, denn die liberale Amtsführung des jetzigen Bundespräsidenten läßt durchaus die Hoffnung zu, daß bei ernsthafter Prüfung dieser Einzelfälle eine Freilassung in Betracht kommt. Beide wurden aufgrund ihrer RAF-Mitgliedschaft in Kollektivschuld genommen, d.h. ihnen wurden Tötungsdelikte angelastet, die sie nie zugegeben oder die sie bestritten haben und die ihnen nie nachgewiesen wurden; beide haben sich von der RAF losgesagt, Angelika Speitel nach der Verurteilung in der Haft, Peter-Jürgen Boock schon während des Prozesses. Beide haben sich im Sinne der bürgerlichen Auffassung „geläutert", womit die Begnadigung „nur" noch eine Frage der Zeit, *nicht* der Politik wäre.

Aber so sieht es die Reaktion nicht. Während die Liberalen meinen, durch „Gnadenerweise" sei die Ende der sechziger Jahre entstandene Kluft in der Gesellschaft wieder zu kitten — womit sie gegenüber den oppositionellen Strömungen dieser Zeit nicht einmal Unrecht haben dürften —, setzen Strauß, Rebmann & Co. auf unerbittliche Härte: keinen einmal gefangenen Feind wieder freilassen, keinen einmal erkannten Staatsfeind aus den Augen lassen — ob RAF- oder DKP- oder K-Gruppen-Mitglied, der einmal begangene „Fehler", sich gegen die bestehende Gesellschaftsordnung gewandt zu haben, muß bis ans Lebensende gebüßt werden. Lebenslanger Knast für „Terroristen" und lebenslanges Berufsverbot bzw. lebenslange gesellschaftliche Ausgrenzung von Kommunisten. Das ist beileibe keine Frage von Moral, die einem F.J. Strauß eh niemand zusprechen wird, die aber im Falle der Begnadigung von „Terroristen" durch den Mund von Angehörigen von Opfern gern ins Spiel gebracht wird. Würde die Freilassung eines Gefangenen der RAF der Reaktion Vorteile bringen, gäbe es keine Debatte in der CDU/CSU, siehe die Diskussion um die „Kronzeugenregelung".

Vorteile würde eine Begnadigung von „geläuterten" RAF-Mitgliedern der liberalen Staatsauffassung bringen, den Kräften, die auf einen Ausgleich mit den in den sechziger Jahren entstandenen oppositionellen Kräften hinarbeiten, denn sie könnten damit argumentieren, daß „Läuterung" honoriert wird.

Umgekehrt muß sich die Linke fragen, welche Vorteile sie aus dieser Situation ziehen kann. Unbestritten ist die Befreiung jedes Einzelnen zu erhoffen und zu begrüßen, aber die Linke muß über die Einzelschicksale hinaus die Situation aller Inhaftierten im Auge behalten. „Begnadigung" von Angelika Speitel und Peter-Jürgen Boock heißt, daß zwei Personen, die im bürgerlich-liberalen Sinne als „geläutert" gelten, freigelassen werden. Politisch und rechtlich bedeutet dies, daß die Strafe rechtens und rechtsgültig ist, daß die Freilassung nur aufgrund der Großzügigkeit des Staates und der „Läuterung" der Gefangenen ausgesprochen wird. Umgekehrt kann man daraus schlußfolgern, daß eine Freilassung von Gefangenen, die sich nicht in dieser Weise „läutern" nicht in erreichbarer Nähe liegt.

Dies genau macht den Unterschied zu einer politischen Amnestie aus, eine Forderung, die nicht die „politische Läuterung" zur Voraussetzung macht, sondern die „nur" eine geänderte politische Situation konstatiert, die Konfrontation zwischen Stadtguerilla und Staat für beendet erklärt und daraus die Entlassung der Gefangenen herleitet.

Noch weiter entfernt ist die „Begnadigung" von der Forderung nach Aufhebung aller Urteile gegen RAF-Mitglieder, weil diese alle nach Sondergesetzen, die nur zum Zwecke ihrer Verurteilung geschaffen wurden, abgeurteilt wurden.

In der Diskussion der „Begnadigung" der genannten beiden Personen scheidet sich allerdings auch das bürgerliche Lager. Nur noch die „Hardliner" halten vehement dagegen. Selbst bis in die Springer-Presse, wie beispielsweise das „Hamburger Abendblatt", melden sich „besonnene" Stimmen, die den „Einzelfall" hervorheben und dem Bundespräsidenten durchaus empfehlen, es einmal zu versuchen. Ein Kommentar im „Abendblatt" unterscheidet sich in dieser Hinsicht kaum von dem in der FAZ oder — eben der TAZ von Max Thomas Mehr.

Es ist kaum ein Jahr her, daß über die grüne Bundestagsfraktion in Person von Antje Vollmer der Vorschlag eines „gesellschaftlichen Dialogs" vorgebracht wurde. Ziel und Zweck war, selbsterklärtermaßen, die noch einsitzenden RAF-Mitglieder mit gesellschaftlichen Gruppen ins Gespräch zu bringen. Es war die politische Antwort auf Forderungen, die gerade in dieser Zeit, anläßlich des zehnten Jahrestages des Todes von Andreas Baader, Gudrun Ensslins und Jan-Carl Raspes, auftraten, die RAF-Gefangenen zu amnestieren. Damals war unklar, ob sich beide Seiten, Staat und RAF, auf einen solchen Vorschlag einlassen würden. Heute wissen wir, daß die RAF diesen Vorschlag ernsthaft erwogen und befürwortet hat. Trotz aller Geheimniskrämerei der Initiatoren ist über die TAZ bekannt geworden, daß die kompetenten Sprecher der RAF für einen solchen Dialog offen wären (siehe die die Stellungnahmen von Brigitte Mohnhaupt, Adelheid Schulz und Lutz Täufer in der TAZ vom 8.8.88). Dies ist ein Novum für die RAF und ein bemerkenswertes politisches Zeichen. Diese Dialogbereitschaft scheiterte jedoch an der Haltung des Staates: Die *selbstverständliche* Forderung der RAF-Mitglieder, sich vor einem solchen Gespräch *intern* zusammensetzen zu können, um untereinander diskutieren zu können, was ihnen aufgrund der Isolationshaft sonst nicht möglich ist, wurde abgelehnt. Die Initiatoren des „Dialogs" befanden dies keiner Kritik wert, jedenfalls keiner öffentlichen, sondern ließen sich in Gesprächen mit den jeweiligen Justizministerien auf Selektionsverfahren ein: gerade die Gefangenen, die der Justizbehörde genehm sind.

Der von führenden RAF-Mitgliedern geäußerte Wille, sich auf diese Gespräche einzulassen, war politisch ein bemerkenswerter Schritt, ein bisher nicht gekannter, da diese sonst auf absolute Isolation innerhalb des eigenen Zusammenhangs beharrten. Dies ist von den Initiatoren des „Dialogs" nicht aufgegriffen worden, offensichtlich allein deshalb, weil damit verbunden gewesen wäre, daß die gefangenen RAF-Mitglieder insgesamt zusammengeführt worden wären, was wiederum der Staatsräson widerspricht.

Es kann an dieser Stelle nur wiederholt werden, was schon vor Jahresfrist in dieser Zeitung stand: Wenn man wirklich an einem Dialog mit der RAF interessiert ist, dann geht dies nur über den Weg des Gesprächs mit den sich zur RAF Bekennenden, nicht über das Gespräch mit den „Abtrünnigen". Ein Peter-Jürgen Boock ist gut für jedes Interview, weshalb man nicht mehr bei der RAF ist, nicht aber dafür, wie man mit der RAF ins Gespräch kommt. So einfach aber so schwierig ist das praktische Leben. Setzt das Gespräch bei denjenigen, die „abschwören", an, ist es von vornherein beendet.

RAF-Gefangene haben sich zu dem Dialog-Angebot eindeutig geäußert: Vorbedingung ist, daß sie sich unter sich frei und ohne Kontrolle treffen können, daß sie ihre eigene Position diskutieren können. Dies wird ihnen bisher nicht zugestanden. Formal stehen dem Ländergrenzen entgegen, die eigentliche politische Hürde ist jedoch, daß damit teilweise der Zusammenlegungsforderung der Gefangenen nachgegeben würde. Dies wiederum wird vom Staatsapparat vehement abgelehnt. Die Gefangenen haben dies politisch klug erkannt und in ihr Konzept eingebaut. Die Initiatoren des „Dialogs" haben diesbezüglich keinerlei öffentliche Forderungen erhoben, sondern sich auf Forderungen an die Gefangenen beschränkt, sich auf Ländergrenzen zu beschränken.

Die Gnadengesuche erschweren die Forderung nach Amnestie für alle Gefangenen, da sie zwangsläufig das Interesse auf einzelne, „geläuterte" Gefangene lenken, und dem Staatsapparat die Gelegenheit geben, die Amnestieforderung auf die Gnadenforderung zu beschränken. Andererseits eröffnet die jetzige Debatte jedoch auch die Möglichkeit, der Forderung nach Amnestie mehr Nachdruck zu verleihen. Denn warum haben die Rechten soviel Angst vor der „Gnadendebatte"? Weil sie so selbstverständlich die Forderung nach Freilassung aller Gefangenen aufwirft. Oder wie es Jürgen Busche, früher FAZ, heute MoPo sagt, die Kritik von links sei viel gefährlicher, da „für sie das Gericht nie Recht gesprochen hat". Gnade können wir für einzelne Gefangenen tatsächlich nur erbitten, aber die Gewährung derselben sollte nicht als Großmut der Gegenseite sondern als politisches Zugeständnis aufgefaßt werden, dem weitere folgen können und müssen.

he.

Bankertreff in der Frontstadt



6.000 ständig abrufbereite Westberliner Polizisten, 2.700 zusätzlich georderte Uniformierte aus der BRD sowie 1.000 private Bodyguards: Das sind die neuen Dimensionen, mit denen der Westberliner Senat den alten Ruf der Stadt als „Frontstadt" aus Anlaß der Jahrestagung von IWF und Weltbank wieder aufzupolieren trachtet. Wer von den Herrschenden hätte sich allerdings noch vor wenigen Jahren träumen lassen, daß die „schwierigste Aufgabe der Polizei nach dem Krieg" (so der Sprecher des Innensenats, Birkenbeul) nicht dem sozialistischen Umland Westberlins, sondern dem inneren Feind, in diesem Fall Protesten und Widerstand gegen die IWF- und Weltbank-Jahrestagung vom 26. bis 29.9.1988 gilt.

Die Anforderungen an die polizeiliche Umsicht sind hoch: Fallen doch rund 1.000 Banker, Notenbankchefs, Finanzminister und ähnliche Koordinatoren von Reichtum und Elend in die Stadt ein und wollen dann ohne Gefahr für Leib und Leben vom Flughafen zum Tagungsort ICC, von dort zu den diversen, schon jetzt überwachten Hotels gelangen und sich schließlich abends in der „Kulturhauptstadt Europas" nicht nur aus kulturellem Interesse tummeln. Aber auch die Ehefrauen der angereisten Herrschaften, ihre Zahl wird auf 800 bis 1.000 geschätzt, gilt es zu unterhalten: Am Dienstag, den 27.9. etwa wird für die Gattinnen der Gouverneure um 12.45 Uhr ein Imbiß im Schloß Charlottenburg gereicht; als Gastgeberinnen fungieren die Damen Stoltenberg, Klein und Pöhl. Eine Spree- und Kanalrundfahrt schließt sich an, wahlweise um 14.00 Uhr ein Besuch im Ethnologischen Museum; am 28.9 kann ab 9.00 Uhr das Jagdschloß Grunewald besichtigt werden usw. usf.

Die Verhandlungen im ICC, der Schutz der ständigen An- und Abfahrten, der Hotels sowie der zahlreichen Empfänge und kulturellen Albernheiten werden permanent die Sperrung irgendwelcher Hauptstraßen, mithin ein dauerhaftes Verkehrschaos in der Stadt garantieren. Darüber hinaus behält man sich vor, wie Innensenator Kewenig verlauten ließ, Kreuzberg erneut abzuriegeln (wie schon anläßlich Reagans Stippvisite am 12.6.87).

Polizeistaat in Aktion

Polizeistaat in Aktion

Der staatliche Gewaltapparat arbeitet mithin auf Hochtouren, wobei Widerstand weitgehend verhindert und, so ist zu vermuten, soweit als möglich aufgerollt und zerschlagen werden soll. (Kewenig hatte nach dem 1. Mai die „Zerschlagung" der Autonomen bis Herbst 88 angekündigt.) Inzwischen hat der Staat einige Kostproben davon gegeben, wie er das vorhandene gesetzliche Instrumentarium zu nutzen und zu interpretieren gedenkt, um Aktivitäten gegen den Kongreß zu bedrohen:

— Seit August wird regelmäßig die sonntägliche „Antiimperialistische Stadtrundfahrt" gestoppt, die Teilnehmer werden unter Berufung auf das „Allgemeine Sicherheits- und Ordnungsgesetz" (ASOG) zum Teil mit Video gefilmt, zur Herausgabe ihrer Personalien gezwungen und diese dann, laut Äußerungen eines Einheitsleiters „in Listen erfaßt und zur Weiterbearbeitung an eine andere Dienststelle weitergegeben" (taz Westberlin, 12.9.). Die Polizei benutzte in diesem Zusammenhang den noch neuen Gummibegriff der „Anschlagsrelevanz"; in diesem Fall nämlich in Bezug auf die bei der Stadtrundfahrt angefahrenen Konzernniederlassungen von Siemens, Daimler, IBM, aber auch Sarotti und andere.

— Am 26.8. fanden am Anhalter Bahnhof unter Berufung auf den sog. Anti-Terror-Paragraphen 111 („Sonderkontrollstellen") erstmals Kontrollen innerhalb des Stadtgebietes statt. Von 13.00 bis 16.00 Uhr hatte die Polizei an beiden Ausgängen des S-Bahnhofs Sonderkontrollstellen errichtet. Niemand konnte den Bahnhof ohne Gepäck- und Identitätsüberprüfung verlassen. Da solche Kontrollstellen eigentlich nur nach „terroristischen Aktionen" und bei konkreten Hinweisen auf Täter möglich sind, wurde in diesem Fall der Paragraph als „Lex IWF" („Spiegel") umfunktionalisiert. Laut „Spiegel" (36/88) hatte sich Generalbundesanwalt Rebmann „bereits im Mai vom Bundesgerichtshof ermächtigen lassen, jederzeit und überall Passanten an mobilen Kontrollstellen kontrollieren und durchsuchen zu dürfen". Angesichts dessen ist die Behauptung der Westberliner Polizei, man habe nach den RAF-Mitgliedern Barbara und Horst Mayer gefahndet, nicht einmal originell.

— Im Rahmen einer bundesweiten Aktion wurden am 8.9.88 von der Polizei auf Antrag von Rebmann über 30 „Objekte" durchsucht (davon vier Wohnungen und ein Haus in Kreuzberg). Ermittelt wurde nach § 129a (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung). Es wurden die Wohnungen von Leuten durchsucht, die verdächtig seien, mit „einer Person" aus dem Raum Stuttgart (deren Namen nicht genannt wurde) bekannt zu sein. Gegen diese Person ohne Namen wiederum würde ermittelt, da sie „im Verdacht" stünde, Mitglied der RAF zu sein (taz, 9.9.). Vorsicht ist also ab sofort bei der Bekanntschaft mit solchen Personen geboten, deren Name im Falle des Falles gar nicht erst bekanntgegeben wird.

— Eine schwere Beeinträchtigung der freien Zufahrt nach Westberlin ist durch das BKA vorbereitet. So berichtete der „Spiegel", daß es von den Nachrichtendiensten Listen „reisender Gewalttäter"

„Spiegel", daß es von den Nachrichtendiensten Listen „reisender Gewalttäter" erstellen ließ, um diese an den Grenzkontrollstellen zur DDR am Transit nach Westberlin zu hindern.

— Bei der Durchsuchung von 22 „Objekten" im gesamten Bundesgebiet (davon sechs in Westberlin) am 31.8., bei der die Bundesanwaltschaft angeblich nach RAF-Texten fahndete, beschlagnahmten die BeamtInnen Ausgaben der Zeitschriften „e.colibri" und „radikal" sowie Flugblätter zum IWF.

— Bei einer Veranstaltung am 12.9. im Westberliner Mehringhof zum Thema „Verfassungs- und Staatsschutz" wurde ein draußen vor der Tür hinter seinem Büchertisch sitzender Mann unbemerkt festgenommen. Da dieser Mensch gleichzeitig einen Kopier- und Infoladen betreibt, wurde sodann dieser durchsucht, die vier dort Anwesenden vorläufig festgenommen und danach die Wohnungen von allen fünfen durchwühlt. Begründung: Gegen den Mann liefe ein Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt (und zwar bei der Hausdurchsuchung am 8.9.88 in Kreuzberg).

Damit aber noch nicht genug. Nun fiel der Generalbundesanwaltschaft ein, daß sie gegen den Kopierladen-Betreiber wegen des Verdachts eines Verstoßes nach § 129a ermittele. So wurde der Laden tags darauf erneut durchsucht und fünf Säcke Material sichergestellt sowie die Räumlichkeiten verwüstet. Das Ganze fand, da Gefahr im Verzug behauptet wurde, ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl statt.

Gefahr im Verzug behauptet wurde, ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl statt. Am Nachmittag darauf wurde der Mann freigelassen.

— Stolz verkündete die Westberliner Polizeiführung am 14.9., daß während der Aktionstage gegen IWF und Weltbank mehr als 1.000 Beamte in Zivil eingesetzt werden, um „Störer" festzunehmen.

Soweit der Stand staatlicher Repressionsmaßnahmen bis zur Niederschrift dieses Artikels, wobei sich von selbst versteht, daß daneben der normale Überwachungs- und Repressionsalltag in Westberlin längst intensivere Formen angenommen hat.

Ein bißchen linke Einheit

Die Provokation, die die (übrigens 30 Millionen teure) Organisierung der IWF-/Weltbank-Tagung durch den Senat darstellt, trifft allerdings auf eine Linke in der Stadt, die sich dieses Mal besser auf die zu erwartende Repression vorzubereiten sucht. Weder ist es interessierten Kreisen z.B. aus dem SEW-Umfeld gelungen, die Erörterung der staatlichen Repression aus der innerlinken Diskussion herauszuhalten, noch wurde auf der anderen Seite des linken Spektrums die Realität staatlicher Repressionsmöglichkeiten durch übermäßiges Vertrauen in die eigene Kraft heruntergespielt.

So wurde am 16.9. eine vom AStA der TU im Audimax veranstaltete gut besuchte Infoveranstaltung durchgeführt, auf der über zu erwartende Repressionen, über die Möglichkeiten der Gegenwehr

der über zu erwartende Repressionen, über die Möglichkeiten der Gegenwehr und der Öffentlichkeitsarbeit diskutiert wurde. Unterstützt wurde die Veranstaltung vom Netzwerk, dem (autonomen) Ermittlungsausschuß, der Zeitschrift CILIP, der Roten Hilfe, der AL, dem KB, dem Knast-Info-Telefon und anderen — einem recht breiten Spektrum also.

„Stadtfreiheit trotz IWF-Kongreß" nennt sich ein Zusammenschluß, den die Liga für Menschenrechte, das Komitee für Grundrechte und Demokratie, der Republikanische AnwältInnenverein, der Verband demokratischer JuristInnen, die Berliner Strafverteidigervereinigung, die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, die Humanistische Union, das Friedensmuseum und die Gustav-Heinemann-Initiative angehören. Die Gruppen beabsichtigen, den Ablauf der geplanten Demonstration und das Verhalten der Polizei dort und überhaupt zu beobachten, um über ein täglich besetztes Büro Informationen an Presse und Öffentlichkeit weiterzuleiten.

Ein ebenfalls breites Bündnis linker Gruppen und Einzelpersonen wird ab 24./25.9. täglich eine Massenzeitung in der Auflage von 50.000 Exemplaren in Westberlin verteilen. Der „Zahltag" erscheint jeweils zur Hälfte mit einem täglichen inhaltlichen Schwerpunktthema, die andere Hälfte wird in aktuellen Berichten über die stattgefundenen Aktionen sowie die Repressionen des Staates informieren.

Spät, aber noch rechtzeitig, haben sich mithin Teile der Linken darauf besonnen, dem von oben für die IWF-Tagung mehr oder minder unverhüllt propagandistische und organisatorisch vorbereiteten Polizeistaat entgegenzuarbeiten. Denkbar, daß dies auch die Bedingungen für die vielen Aktionen während der Aktionstage verbessern hilft.

Großdemo: Bitte nicht weh tun

Nicht gegriffen haben diese Ansätze effektiver Bündnisarbeit (die versucht, mit dem vorhandenen Gegensätzen positiv umzugehen) bei der Vorbereitung des Demonstrationsgeschehens während der IWF-/Weltbanktagung. Frühzeitig schon waren Autonome und Antiimps stillschweigend aus der Demo-Vorbereitungsgruppe ausgestiegen, so daß AL, SEW sowie kirchliche und Friedensgruppen recht bald weitgehend allein, und das nicht ungern, am Tisch saßen. Da fiel dann schon mal das Wort von den „Kollegen von der Polizei" und der Streit wogte hin und her, ob die Demo schon um 11 Uhr oder mit Rücksicht auf die Kirchgänger unter den DemonstrantInnen erst um 13 Uhr beginnen solle. Alsdann ging man heran, zunächst noch unter beträchtlicher Einflußnahme der Jusos (die sich danach auf Druck des SPD-Landesvorstandes unter dem Vorwand, der Abschlußort der Demo paßte ihnen nicht, zurückzogen), einen Demonstrationsaufruf mit inhaltlichem Null-Niveau zu verfassen, der für jeden etwas enthält mit der Einschränkung, niemandem dabei weh zu tun. Die Begriffe „Kapitalismus", „Imperialismus" oder „bewaffnete Befreiungsbewegungen" tauchen in diesem Aufruf, immerhin soll es sich ja um eine Demonstration gegen den IWF handeln, nicht auf. Bemerkenswert, daß diese Bündnispolitik mit den Prädikatsmerkmalen „geschickt" — die ideologische Selbstverleugnung ermöglicht eine ganz breite Mobilisierung — und „schlau" — radikalere Forderungen sind in allgemeineren Formulierungen aufgehoben — leider völlig den Intentionen der AL-Vertreter entsprach: „Entscheidend ist die Menge der Unterzeichner."

Ein bißchen Hoffnung besteht nun aber doch noch, daß die Demonstration trotz ihres nichtssagenden Aufrufs eine internationalistische, antiimperialistische Tendenz erhalten wird. Da bis zuletzt kaum absehbar sein wird, inwieweit die Aktionstage und die geplante „internationalistische Demo" am 29.9. durchführbar sind, liegt es eigentlich nahe, auch am 25.9. mit entsprechenden Inhalten auf der Straße zu sein und die politische Aussagekraft der Demonstration zu erhöhen. An der Spitze des Zuges, der vom Kranzler-Eck über den Ku-Damm zum Kaiser-Ecke Messedamm in ICC-Nähe führt, soll (nach bisherigem Stand) ein Frauen-Block laufen, gefolgt von Lateinamerika- und Internationalismusgruppen. Ein „Christenblock" findet sich des weiteren in der Demo ebenso wie ein „Jugendblock", ein „Gewerkschaftsblock" (HBV und IG Druck unterstützen die Demo), ein Block ausländischer Gruppen und viele mehr.

Die Abschlußkundgebung wird von den erwarteten 30 bis 50.000 DemonstrantInnen Standfestigkeit und Konzentration verlangen, denn hierfür sind neunzig Minuten veranschlagt. Als RednerInnen

verlangen, denn hierfür sind neunzig Minuten veranschlagt. Als RednerInnen wurden eingeplant der brasilianische Arbeiterführer Luis Inacio da Silva („Lula"), eine Gewerkschaftsvertreterin aus Südafrika sowie Vandana Shiva aus Indien, die als Mitglied des „Rainforest Action Networks" den Kampf gegen die ökologische Verwüstung der „Dritten Welt" repräsentiert. Über den westeuropäischen bzw. deutschen Beitrag auf der Kundgebung war bei Abfassung dieses Artikels noch keine Einigung erzielt. Nach bewährtem konfliktfreiem Vorgehen wurde jedoch die geplante Abschlußerklärung des „Internationalen Gegenkongresses", der an den Vortagen stattfindet (vgl. AK 297), ins Gespräch gebracht. Die bisherigen Entwürfe hierfür sind zwar wesentlich ausführlicher und präziser als der Demo-Aufruf; die einfache, aber offensichtlich doch so schwere Wahrheit, daß sich am Elend der „Dritten Welt" wesentlich nichts ändern wird, solange Kapitalismus und Imperialismus bestehen und die Welt nach ihrer Logik zurichten, ist auch hier nicht erwähnt.

Autonome machen eigene Demo

Die unmittelbar nach Abschluß des IWF für Donnerstag, 29.9., geplante „internationalistische Demo" war lange im Gespräch, ist dann aber erst seit Anfang September propagiert worden. Offensichtlich in Remineszenz an die überraschend gut besuchte und erfolgreich durchgeführte „Revolutionäre 1.-Mai-Demo 1988 in Kreuzberg (7.000 TeilnehmerInnen) wurde die internationalistische Demo von autonomer Seite im Alleingang geplant. Angesichts der aufgefahrenen Polizeistaatsmaschinerie kann dies ein prekäres Unternehmen sein. Der erste und bisher einzige Aufruf läßt nicht erkennen, daß sich die OrganisatorInnen um Bündnisse bemühen möchten. Trotzdem ist natürlich jede Demonstration zu begrüßen, die gegen den IWF gerichtet ist und deutlich die Solidarität mit den Kämpfen in der „Dritten Welt" zeigen will.

J., Westberlin



IWF-Weltbank-Kampagne

Vom 26. bis zum 29. September treffen sich in Berlin die wichtigsten Herren (auch einige Damen) der internationalen Finanzwelt zur diesjährigen Tagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, um ihre Ausbeutungsstrategien erneut zu beraten. Diese Tagung wird von so massiven Kritiken und Protesten begleitet werden, wie es die beiden Organisationen seit ihrer Gründung noch nicht erlebt haben.

* Drei Tage vor Beginn der Tagung wird die Reihe der Gegenveranstaltungen eröffnet mit dem **Gegenkongreß** (23. und 24. September) in der TU Berlin. In insgesamt 10 Foren sollen u.a. politische Alternativen und Strategien oppositioneller Kräfte diskutiert werden. Zugesagt haben unter anderem Elmar Altvater, André Gunder Frank, Jörg Huffschmidt und verschiedene Gewerkschafter aus Lateinamerika.

* Am 25. September, direkt im Anschluß an den Gegenkongreß, findet die **Großdemonstration** zum Tagungsort, dem ICC statt. Hauptredner wird der Vorsitzende der brasilianischen Metallgewerkschaft, Luis Lula da Silva sein.

* Für die Zeit vom 26. bis 29. September ruft das Trägerbündnis unter dem Motto **„Wut, Witz, Widerstand"** zu Aktionen verschiedener Art vor Konzernen, Banken usw. auf.

* Das in der Nachfolge der Russelltribunale stehenden **Permanente Tribunal der Völker** (Lelio Basso-Tribunal) tagt am 26. und 27. September in der TU, um Weltbank und IWF den Prozeß zu machen.

* „Sozialistischer Weltpunk gegen IWF und Weltbank!" ist das Motto für den **Jugendblock** linker und alternativer Jugendgruppen bei der Demonstration am 25.9. Treffpunkt: 10.30 Uhr vorm Cafe Kranzler, Kudamm / Ecke Joachimsthalerstr.

Anlauf- und Informationsstelle: Kampagnenbüro, Oranienstr. 159, 1000 Berlin 61, Tel. 030-6145098

Klassenkampf statt Almosen

Zum Aufruf des Westberliner Bündnisses zur Demonstration hat die KB-Gruppe in Westberlin eine Kritik geschrieben, die wir im folgenden auszugsweise abdrucken. Zunächst betont sie, daß sie die geplante Demonstration unterstützt und zu ihr mobilisieren wird, dies allerdings nicht mit dem vorgelegten Aufruf, da dieser sich weitestgehend auf eine humanistische bzw. sozialdemokratische Sichtweise des Verhältnisses zwischen den imperialistischen Staaten und den Ländern der Dritten Welt beschränkt:

Der „offizielle“ Demo-Aufruf fordert: Auf einer internationalen Schuldenkonferenz, bei der alle Staaten gleichberechtigt teilnehmen können, sollen die konkreten Bedingungen der Schuldenstreichung festgelegt werden. Bis dahin sollen alle Schuldenzahlungen eingestellt werden. Eine schöne Forderung, die wir jederzeit mittragen. Es stellt sich jedoch die Frage: Wie läßt sich so etwas durchsetzen? Und weiterhin: Was dann?

Nach unserer Überzeugung kann eine solche Schuldenkonferenz nur als Ergebnis von Kämpfen gegen die Interessen des Kapitals in den Schuldner- und Gläubigerländern zustande kommen. Appelle an die Vernunft und den Gerechtigkeitssinn des internationalen Kapitalismus sind lächerlich. Wir möchten in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß seit ca. 20 Jahren ein beträchtlicher Teil der politischen Arbeit der Linken in der BRD und Westberlin ein Versuch ist, internationale Solidarität zu praktizieren. Eine Solidarität, die sich nicht in milden Gaben in Form von Hungerhilfe oder (alternativ) der Lieferung von Biogasanlagen erschöpft, sondern um die Notwendigkeit der Unterstützung der bewaffneten Kämpfe um Befreiung weiß. Die vielgerühmte „Hilfe zur Selbsthilfe“ heißt daher für uns in erster Linie Zuarbeit für die bewaffneten Befreiungsbewegungen und andere kämpferische Massenbewegungen in der „Dritten Welt“. Zuarbeit durch materielle Hilfe und breite Info-Arbeit über die Zustände in diesen Ländern, Aufklärung über die Verantwortung der kapitalistischen Banken und Konzerne aus den Metropolen bei der Ausplünderung der „Dritten Welt“.

Diese Tatsachen werden im Aufruf folgendermaßen verdünnt: „Deshalb brauchen die politischen und sozialen Bewegungen, die ihre Lebensinteressen gegen das Machtkartell von Konzernen, Banken, IWF, Weltbank und Eliten durchsetzen müssen, unsere Solidarität.“ Was sich die Aufrufer unter „politischen und sozialen Bewegungen“ vorstellen, die „ihre Lebensinteressen durchsetzen müssen“, unter welchen Bedingungen dies geschieht, wird nicht erläutert. Was die Aufrufunterzeichner sich *nicht* darunter vorstellen mögen sehr wohl. Scheinbar wertneutral heißt es: „Elend und Not führen zu gesell-
sehr wohl. Scheinbar wertneutral heißt
es: „Elend und Not führen zu gesell-
schaftlichen Erschütterungen, Diktaturen, regionale Konflikte und Kriege sind die Folge.“ „Regionaler Konflikt“ ist die landläufige Bezeichnung der Herrschenden u.a. für den Befreiungskampf, den die Mehrheit eines Volkes gegen seine Unterdrücker führt. Der Kampf der FMLN in Salvador, der Kampf der Sandinisten gegen die Contra, der Kampf Mosambiks gegen die RENAMO usw. wären demnach als „regionale Konflikte“ zu verstehen. Die Verwendung dieses pseudoobjektiven Begriffs sollte schon stutzig machen; ihn gleichberechtigt neben Diktaturen und Kriegen wiederzufinden, als eine Folge „gesellschaftlicher Erschütterungen“, ist der zynische Ausdruck einer Gewaltfreiheitsideologie, die den Kampf um Befreiung mit Eroberungskriegen in Massenterror der Herrschenden auf eine Stufe stellt, weil augenscheinlich alle diese Aktionen mit Waffengewalt verbunden sind. Was im Kern bleibt, ist eine Politik, die schon immer die Gewalt der Herrschenden hingenommen und mitorganisiert hat: sozialdemokratische Politik, versöhnen statt spalten. (...)

Es ist politisch verhängnisvoll und destruktiv, in einem Aufruf zu einer Demonstration gegen den IWF beiseite zu lassen, daß der IWF als von den führenden kapitalistischen Staaten beherrschte Institution in entscheidender Weise für die wirtschaftliche Ausbeutung, für Hunger, Elend und brutalste Unterdrückung in der „Dritten Welt“ ebenso verantwortlich ist wie die rücksichtslose Zerstörung der natürlichen Lebensvoraussetzungen. Ein solcher Aufruf stellt eine Mißachtung der vom Imperialismus bedrohten und ausgeplünderten Völker dar und karikiert außerdem den politischen Willen vieler Menschen hier, den Ausgebeuteten deutlich ihre Solidarität zu bekunden (...)

Kommunistischer Bund/Westberlin

Internationale Schuldenkrise:

Die Gläubigerposition der BRD

„Die Erfahrung aus drei Jahrzehnten entwicklungspolitischer Zusammenarbeit hat gezeigt, daß marktwirtschaftliche Elemente auch in den Entwicklungsländern dazu beitragen, daß Menschen ihre Fähigkeiten bestmöglich entfalten können“ — so lautet das zynische, konservativ-liberale Credo der Bundesregierung in ihrem siebten entwicklungspolitischen Lagebericht. Denn es sei kennzeichnend für *„wirtschaftlich erfolgreiche Länder in der Dritten Welt“*, daß sie *„ihre Volkswirtschaften weitgehend nach marktwirtschaftlichen Prinzipien ausrichten ... Privatwirtschaftliche Zusammenarbeit leistet einen unverzichtbaren Beitrag zum wirtschaftlichen und sozialen Aufbau der Entwicklungsländer“* (7. Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung vom 16.3.88, S. 40).

Und genau nach dieser imperialistischen Maxime sorgte die Bundesregierung im Dezember letzten Jahres dafür, daß das „marktwirtschaftliche“ Chile einen Großkredit in Höhe von 250 Millionen US-Dollar erhielt. Im Weltbank-Direktorium enthielten sich die USA und einige westeuropäische Länder der Stimme, die Skandinavier stimmten dagegen, und es blieb der BRD vorbehalten, mit ihrem positivem Votum für eine knappe Mehrheit zugunsten einer weiteren Kreditspritze zugunsten des Pinochet-Regimes zu sorgen.

Das Chile-Beispiel verweist auf die führende politische und ökonomische Gläubigerposition, die der Exportweltmeister gegenüber den verschuldeten Ländern der „3. Welt“ innehat. Mit „Stimmrechten“ von 6 bzw. 5,5% in IWF und Weltbank nimmt die BRD in diesen Institutionen den dritten Platz ein und ist somit auch eines der hauptverantwortlichen imperialistischen Länder; alle entscheidenden wirtschaftspolitischen Auflagen über IWF und Weltbank, alle ebenso mit Auflagen verbundenen Umschuldungsverhandlungen im „Pariser Club“, die gesamte politische Ausrichtung in diesen von den imperialistischen Gläubigern dominierten Institutionen trägt mithin auch die Handschrift von Bundesregierung und Bundesbank, von westdeutschem Finanzkapital.

Die imperialen wirtschaftspolitischen Interessen, die die BRD in diesen Institutionen wahrnimmt, unterliegen im übrigen keinerlei öffentlicher Kontrolle; Politik und Abstimmungsverhalten der westdeutschen Direktoriumsmitglieder im IWF und der Weltbank zählen zu den bestgehüteten Geheimnissen — NATO und IWF sind geheime Verschlußsache.

Das *politische* Gewicht der ökonomischen Supermacht innerhalb der imperialistischen Gläubigerkoalition trägt nicht unbedingt dem ökonomischen Gewicht der BRD in den Ländern der „3. Welt“ Rechnung. Hinsichtlich des Warenaustauschs nehmen die USA und die traditionellen Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich eine führende Position ein, wenngleich die BRD sich über die EG an den Lomé-Abkommen mit 66 är-
ein, wenngleich die BRD sich über die
EG an den Lomé-Abkommen mit 66 är-
meren Ländern der „3. Welt“ und diversen anderen Regionalverträgen zwischen der EG und Ländern der Karibik, Mittelamerikas, den ASEAN-Staaten, Lateinamerika usw. zusätzliche politische und wirtschaftliche Einfluß- und Zugangsmöglichkeiten verschafft hat.

„Multilaterale“ Zahlungen der BRD

Im Rahmen der sogenannten „multilateralen Entwicklungszusammenarbeit“ zahlte die BRD im letzten Jahr 2,34 Mrd. DM oder 31% der sogenannten Entwicklungshilfe an internationale Institutionen. Die wichtigsten seien hier benannt:

— im Rahmen der EG hält die BRD im dritten Lomé-Abkommen 26% der zwischen 1985 und 1990 bereitgestellten Mittel in Höhe von rund 15 Mrd. DM, die aus dem „Europäischen Entwicklungsfonds“ sowie der „Europäischen Investitionsbank“ gespeist werden. Lomé gilt als das „Modell“ westdeutscher und westeuropäischer „Entwicklungs“politik. Die 66 AKP-Länder erhalten Zollfreiheit für ausgewählte Warenexporte in die EG, günstigere öffentliche Kreditbedingungen, im Rahmen des STABAX-Systems eine gewisse Sicherung der Exporterlöse. Nach dem Lomé-Modell unterhält die EG mit 12 Mittelmeerstaaten in Nordafrika sowie Israel Kooperationsverträge mit einem Finanzierungsvolumen von 1,6 Mrd. ECU (= 3,2 Mrd. DM). Die Mittel entstammen zu 38% aus dem EG-Haushalt, zu 62% aus der „Europäischen Entwicklungsbank“. Mit Asien und Lateinamerika bestehen Handelsabkommen, die einigen dieser Staaten für einige Warengruppen gewisse Zollpräferenzen gewähren. 1987 flossen rund 350 Mio. DM, davon 75% für Asien und 25% für Lateinamerika, in kleinere Programme regionaler Förderung.



— im Rahmen der Weltbank-Gruppe, die in enger Zusammenarbeit mit dem IWF die berüchtigten „Strukturanpassungsdarlehen“ mit Zinsen von 7,92% an die „3. Welt“ zu bestimmten Konzessionen vergibt, stimmte die BRD einer Kapitalaufstockung der Mittel zu und tritt für eine weitere Vergrößerung des Finanzvolumens ein, um die privaten Gläubiger zu entlasten. Vom gezeichneten Weltbank-Kapital von 82,1 Mrd. US-Dollar hält die BRD einen Anteil von 6% und damit den 3. Rang der Weltbank-Mitglieder. Die Kreditvergabe belief sich 1985 auf 11,4 Mrd., 1986 auf 13,2 Mrd. US-Dollar. Die jährlichen Nettozahlungen der BRD an die Weltbank-Gruppe bewegten sich in den achtziger Jahren in einer Größenordnung zwischen 660 Mio. und 1 Mrd. US-Dollar (1).

— mit öffentlichen Mitteln in einer Gesamthöhe von rund 269 Mio. DM (1987) ist die BRD auch an den regionalen Entwicklungsbanken — der Interamerikanischen Entwicklungsbank, der Asiatischen Entwicklungsbank sowie der Afrikanischen Entwicklungsbank beteiligt. Diese Banken befinden sich im Mehrheitsbesitz der regionalen „3. Welt“-Länder, aber an ihnen sind alle wichtigen imperialistischen Länder beteiligt. Über die regionalen Entwicklungsbanken erfolgen, in enger Abstimmung mit der Weltbank, programm- und projektgebundene Darlehen, für die zum überwiegenden Teil „marktnahe“ Zinsen zu entrichten sind (7. Bericht ...).

„3. Welt“ zahlt „Entwicklungshilfe“ an Bonn

Neben den genannten multilateralen Zahlungen aus dem „Entwicklungshilfe“-Etat spielt die „Finanzielle Zusam-
lungen aus dem „Entwicklungshil-
fe“-Etat spielt die „Finanzielle Zusam-
menarbeit“ (FZ) oder Kapitalhilfe eine große Rolle. Die jährlichen FZ-Aufwendungen belaufen sich auf ca. 2,7 Mrd. DM (40% des Etats). Es handelt sich dabei um öffentliche Kapitalexporte an Länder der „3. Welt“, die in Zusammenarbeit mit dem IWF in Form zinsgünstiger Darlehen gewährt werden. Die Rückzahlungs- und Zinskonditionen richten sich nach der jeweiligen „Wirtschaftskraft“ des Landes; für die Gruppe der ärmsten Länder gibt es die FZ-Mittel in Form verlorener Zuschüsse, für die armen Länder 10 tilgungsfreie Jahre, 50 Jahre Laufzeit und einen Zinssatz von 0,75%, für „finanzkräftige“ Länder 5 Freijahre, 20 Jahre Laufzeit und bereits 4,5% Zinsen. Dennoch sind die FZ-Darlehen erheblich billiger als Privatkredite oder Darlehen der Weltbank. Die Vergabekriterien sollen der „Stärkung der Wirtschaftskraft“ des betreffenden Landes dienen und haben sich den außenwirtschaftlichen Interessen der BRD unterzuordnen. Denn *„angesichts der auf dem deutschen Arbeitsmarkt vorhandenen Probleme achtet die Bundesregierung in allen entwicklungspolitisch geeigneten Fällen darauf, daß Anbieter aus der Bundesrepublik entsprechend berücksichtigt werden, ohne die Prinzipien des internationalen Wettbewerbs zu vernachlässigen“* (BMZ, Entwicklungspolitik, Jahresbericht 1987, S. 13).

Nachdem jedoch für immer mehr Empfängerländer die tilgungsfreien Jahre abgelaufen sind, kassiert die Bundesregierung Zinsen und Tilgungen in nicht unbeträchtlicher Höhe; 1986 und 1987 flossen je 1,2 Mrd. DM in den Bundesetat zurück. Bis 1990 steigen die jährlichen Kapitalimporte aus der „3.Welt“ auf 1,58 Mrd. DM. Das heißt: knapp die Hälfte der FZ-Mittel für die „3. Welt“ werden von dieser selbst finanziert, genau 19 Staaten überweisen bereits mehr Geld nach Bonn, als sie von dort erhalten (FR, 13.7.1988). So leisten u.a. die Türkei, Indonesien, Israel, Marokko und Paraguay Nettozahlungen an den Bundeshaushalt.

Die westdeutsche „Entwicklungshilfe“ schließt auch die sogenannten *„privaten Leistungen zu marktüblichen Bedingungen“* mit ein. Darin sind u.a. Kredite der staatlichen „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ (KfW), die Förderung von Direktinvestitionen, Neuanlagen, Reinvestierte Gewinne, Kredite, Kapitalanlagen, Wertpapieranlagen ebenso enthalten wie verschiedene staatliche entwicklungspolitische Institutionen von der „Deutschen Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern“ (DEG) bis zum „Deutschen Institut für Entwicklungspolitik“ (DIE). Nach offenem Ausbruch der Schuldenkrise nahmen diese sogenannten „privaten Leistungen“, die in erster Linie den westdeutschen Exportinteressen entsprechen, ab.

1981 flossen noch 8 Mrd. DM in die Länder der „3. Welt“, 1987 waren es noch runde 3,5 Mrd. DM (Staat. Bundesamt 1988, S. 569).

Daß die westdeutsche Exportindustrie nach 1982 überaus zurückhaltend hinsichtlich der Kreditvergabe und der Direktinvestitionen geworden ist, weisen zwei weitere Zahlen aus:

— die privaten Exportkredite lagen 1981 noch bei 2,1 Mrd. DM, im Schnitt der Jahre 1982-1987 bei 0,7 Mrd. DM;

— die Zuwächse der Direktinvestitionen lagen 1981 bei rund 3 Mrd. DM, 1986 und 1987 bei jeweils rund 1 Mrd. DM (Staat. Bundesamt).

Diese „Zurückhaltung“ ist Folge der prekären ökonomischen Lage in den Ländern der „3. Welt“, und die Banken und öffentlichen Institutionen sind nicht bereit, „fresh money“ dem „bad money“ hinterherzuwerfen.
hinterherzuwerfen.

Zur Rolle der BRD in der „3. Welt“

Der westdeutsche Imperialismus bzw. sein Vorläufer gehörten noch nie zu den klassischen Kolonialmächten. Waren-und Kapitaltransfers konzentrierten sich immer auf die europäischen Länder und die USA. Dem entsprach und entspricht ein spezifisches Export-Profil aus Waren der Investitionsgüterindustrie, dem Maschinenbau, der Chemie-, Automobil-und Elektroindustrie — also Waren, die auf die anderen fortgeschrittenen kapitalistischen Länder zugeschnitten sind.

Der Anteil des Warenaustauschs zwischen der BRD und der „3. Welt“ am gesamten Außenhandel lag nie höher als 10-20%.

Seit Ausbruch der Schuldenkrise ist dieser Handel rückläufig, wie folgende Tabelle ausweist:

Warenhandel der BRD mit der „3. Welt“

Jahr	Export	Import	Saldo (Mrd. DM)
1981	70,3	71,5	−1,2
1982	72,5	67,4	+4,1
1983	67,0	63,1	+3,9
1984	67,4	69,8	−2,3
1985	66,4	71,7	−5,3
1986	55,9	52,8	+3,1
1987	52,1	50,2	+1,9

(Quelle: Stat. Bundesamt 1988)

Regional konzentriert sich der Warenhandel vor allem auf die „Schwellenländer“ Südostasiens, gefolgt von den OPEC-Staaten, Lateinamerika und Afrika. Gegenüber Afrika und Lateinamerika weist die BRD ein Handels-Defizit auf, das aber in den letzten Jahren stark zurückgegangen ist, während gegenüber Asien und erstmals 1987 auch gegenüber der OPEC Handelsbilanzüberschüsse erzielt wurden. Der Rückgang der westdeutschen Exporte hängt eindeutig mit der Schuldenkrise zusammen, die die meisten Länder der „3. Welt“ zu massiven Importbeschränkungen zwang. Nur noch 9,9% an den Gesamtexporten der BRD entfallen auf diese Länder. Daß die BRD gegenüber den Ländern der „3. Welt“ eine positive Handelsbilanz trotz gesunkener Exporte aufweist, hängt mit der DM-Aufwertung und dem Verfall der Rohstoffpreise zusammen. Seit 1982 steigerten die Länder der „3. Welt“ ihre Ausfuhren in die BRD der Menge nach um 40%, dem Wert nach aber nur um 10% (FR, 22.7.88). Dieser von den imperialistischen Staaten erzwungene Aderlaß nutzt der BRD-Ökonomie außerdem hinsichtlich ihrer internationalen Konkurrenzfähigkeit; niedrige Rohstoffpreise entlasten nicht nur die Zahlungsbilanz, sondern tragen auch zur hohen Preisstabilität bei. In den Konzernbilanzen können Extraprofite infolge niedrigerer Rohstoffkosten erzielt werden.

Hinsichtlich der westdeutschen Direktinvestitionen in die „3. Welt“ ergibt sich ein adäquates Bild. Der Bestand aller Direktinvestitionen der BRD stieg von 109,2 Mrd. DM (1982) auf 149,4 Mrd. DM (1986). Demgegenüber nahmen die Direktinvestitionen in den Ländern der „3. Welt“ (einschließlich OPEC) seit 1984/85 ab. In den OPEC-Ländern nahmen die Bestände von 4,2 Mrd. DM (1984) auf 2 Mrd. DM (1986) ab, in den Ländern der „3. Welt“ im gleichen Zeitraum von 20,9 Mrd. auf 17,7 Mrd. DM. Knapp die Hälfte aller ausländischen Di-
raum von 20,9 Mrd. auf 17,7 Mrd. DM.
Knapp die Hälfte aller ausländischen Di-
rektinvestitionen konzentrieren sich dabei auf ein Land: Brasilien (mit rund 8,4 Mrd. DM 1986).

Die BRD als Gläubigermacht

„Dank“ der Kontrollen des IWF sind die Schuldnerpositionen der Länder der „3. Welt“ bis ins Detail bekannt. Umgekehrt existieren jedoch kaum verläßliche Anga-

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

ben über die Gläubigerpositionen der wichtigsten imperialistischen Länder, die aus guten Gründen auch nicht preisgegeben werden.

Martin Murtfeld, Schuldenkrisenexperte der Deutschen Bank, machte über die private Gläubigerposition der BRD anläßlich eines Hearings im Bundestag folgende Angaben: gegenüber den „transfergestörten" ca. 70 Ländern der „3. Welt" hielten die Privatbanken Forderungen in Höhe von 320 Mrd. US-Dollar — — westdeutsche Banken wären daran mit 10% (ca. 60 Mrd. DM) beteiligt. Der Anteil der westeuropäischen Banken an den Gesamtforderungen gegenüber der „3. Welt" betrage in Osteuropa 18%, in Afrika 8%, in Lateinamerika 7% und in Asien nur 4% (Murtfeld 1988). Nach der Statistik der „Bank für Internationalen Zahlungsausgleich" (BIZ) waren die BRD-Banken Ende 1985 mit 23 Mrd. US-Dollar an ausstehenden Krediten in den Ländern der „3. Welt" einschließlich OPEC beteiligt, also zu nur rund 6% der an die BIZ berichtenden Banken der Welt. Hinzu kämen Forderungen der BRD-Banken gegenüber den RGW-Ländern in Höhe von 10 Mrd. US-Dollar (= 20% der Forderungen aller internationalen Banken).

Das hieße, daß die BRD hauptsächlich gegenüber den osteuropäischen Staaten eine starke Gläubigerposition innehat, während sie mit ihren Privatbanken in den Ländern der „3. Welt" in sehr geringem Maße — in Relation zur ökonomischen Stärke der BRD — involviert ist. Im Falle der 15 Hauptschuldnerländer lag der Anteil der westdeutschen Banken bei nur 7% (siehe Tabelle). Zum Vergleich: gegenüber den 15 ausgewiesenen Ländern entfielen rund 40% aller Kreditforderungen auf 5 Bankengruppen der USA (DBB 1986). Gemessen am politischen Gewicht in internationalen Institutionen wie IWF, Weltbank oder Pariser Club zählte die BRD nicht zu den Hauptgläubigern und liegt klar hinter den Banken der USA, Japans, Großbritanniens, Frankreichs und Kanadas. Über die absolute Höhe der privaten Bankenforderungen gegenüber den verschuldeten Ländern der „3. Welt" existieren unterschiedliche und ungenaue Angaben, so daß man sich der tatsächlichen realen privaten Gläubigerposition der BRD nur nähern kann. Die Deutsche Bundesbank leitet die Gläubigerposition aus der Vermögensstatistik ab und kommt auf Bankenforderungen von rund 44 Mrd. DM (Ende 1985). Das sind knapp 20% des gesamten Auslandsengagements der Banken (DBB 1986). Allerdings umfaßt diese Statistik auch die Auslandsaktiva ausländischer Banken in der BRD, nicht aber die Aktiva westdeutscher Bankanfilialen im Ausland. Ende 1986 beliefen sich die Forderungen westdeutscher Kreditinstitute einschließlich ihrer Auslandsfilialen und Auslandstöchter auf genau 46,819 Mrd. DM (ohne OPEC und ohne die „Offshore"-Finanzplätze auf den Bahamas, Bahrein, den Bermudas usw.) (DBB 1988).



VW in Brasilien

Aus diesen ausstehenden Forderungen kassieren die westdeutschen Banken jährlich etwa 8 bis 10 Mrd. DM Zinsen (FR, 5.9.87), haben sich also infolge der Zinskapitalisierung schon längst zu Lasten der Länder der „3. Welt" bereichert.

Eine weitere komfortable Position der BRD-Banken ergibt sich aus den Wertberichtigungen und sogenannten Risiko-Rückstellungen mit denen im Falle einer Zahlungsverweigerung rund 70% aller Forderungen bereits abgedeckt sind. Obendrein hilft das den Banken, Steuern zu sparen. Zu diesen 46,8 Mrd. DM Bankenforderungen gesellen sich noch rund 16 Mrd. weiterer privater Forderungen seitens der „Wirtschaftsunternehmen und Privaten", wie es in der Statistik heißt. Darunter fallen zum größten Teil gewährte Finanz- und Handelskredite, die den Käufern von Waren aus den Ländern der „3. Welt" eingeräumt wurden (DBB 1986). Damit stehen die Länder der „3. Welt" bei den westdeutschen Privatgläubigern mit etwa 62,8 Mrd. DM in der Kreide.

Die öffentliche Gläubigerposition der BRD ergibt sich aus Forderungen der „Entwicklungshilfe" und Bundesbürgschaften. Im Rahmen der sogenannten FZ-Darlehen aus den „Entwicklungshilfe"-Budgets haben sich die Gesamtforderungen auf rund 31 Mrd. DM akkumuliert. Die Summe erscheint niedrig, ist aber gewaltig, da die Empfänger der FZ-Darlehen die ärmsten Länder der „3. Welt" sind. Vor dem Hintergrund dieser 31 Mrd. DM, die von diesen Ländern nie und nimmer zurückbezahlt werden können, betreibt die Bundesregierung ihre Propaganda, wonach sie diesen Ländern im Juni dieses Jahres weitere 3,3 Mrd. DM Schulden erlassen hat. CSU-Minister Klein brüstet sich damit, daß die BRD insgesamt 7,5 Mrd. DM öffentlicher Forderungen an die ärmsten „3. Welt"-Länder abgeschrieben habe, wobei er betont, bereits an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen zu sein. Außerdem war dieser Schuldenerlaß an die Erfüllung der strikten IWF-Auflagen gebunden. Es verbleibt also weiterhin ein öffentlicher Salär von rund 24 Mrd. DM, den die Länder der „3. Welt" dem BRD-Staat aus der „Entwicklungshilfe" entrichten müssen.

Verschuldung der 15 Hauptschuldnerländer bei deutschen Banken*)
Mrd US-Dollar, Jahresendstand

Land	1984	1985
Brasilien	3,87	4,68
Mexiko	3,37	3,57
Argentinien	2,04	2,54
Venezuela	1,92	2,07
Nigeria	1,26	1,35
Jugoslawien	1,17	1,16
Chile	0,82	0,97
Philippinen	0,40	0,46
Ecuador	0,24	0,27
Kolumbien	0,24	0,26
Peru	0,17	0,23
Marokko	0,19	0,21
Elfenbeinküste	0,08	0,10
Uruguay	0,09	0,10
Bolivien	0,09	0,10
Insgesamt	15,95	18,07

*) Banken mit Sitz in der Bundesrepublik sowie sämtliche Auslandsfilialen und -töchter deutscher Banken auf konsolidierter Basis.
Quelle: Meldungen der Bundesbank zur Fälligkeitsstatistik der BIZ. BBk

Weitere rund 10,6 Mrd. DM öffentlicher Forderungen der BRD ergeben sich aus Entschädigungszahlungen des Bundes an westdeutsche Konzerne, den sogenannten „Hermes"-Bürgschaften. Die Kapitalisten pflegen ihre Auslandsgeschäfte mittels Hermes vor Verlusten zu versichern, übertragen also das unternehmerische Risiko an den Staat. Ist ein säumiger Schuldner der „3. Welt" nicht in der Lage, die Käufe zu bezahlen, dann erhalten die westdeutschen Firmen vom Bund Entschädigungszahlungen über die Hermes-Bürgschaften. Nicht die Privatkapitalisten, sondern der Staat wird zum Gläubiger und Geldeintreiber. Über den Pariser Club hat die BRD 6,7 der 10,6 Mrd. DM mit den Schuldnern unter Auflagen umgeschuldet, die Galgenfrist also verlängert. Währenddessen erhielten die Kapitalisten im vergangenen Jahr 2,3 Mrd. DM ausbezahlt — 1,35 Mrd. DM aus dem Etat. Für 1989 sind bereits 2,8 Mrd. DM für die Unternehmen eingeplant. An der Spitze der Schuldner steht Polen (3,5 Mrd. DM), gefolgt von Nigeria (1,6 Mrd.), Brasilien (1,4 Mrd.), Argentinien (700 Mio.), Jugoslawien (524 Mio.), Zaire (384 Mio.), Sambia (309 Mio.), Indonesien, Mexiko und Ägypten (SZ, 19.4.88).

Summa summarum dürften damit die Länder der „3. Welt" bei den öffentlichen und privaten Gläubigern der BRD mit rund 100 Mrd. DM in der Kreide stehen. Die *ökonomische* Gläubigerposition fällt gegenüber anderen imperialistischen Staaten vergleichsweise gering aus. Dies ermöglicht es jedoch der BRD, besonders rigide gegenüber den Ländern der „3. Welt" aufzutreten. Die Tatsache, daß die BRD relativ geringe Kreditrisiken in den Ländern der „3. Welt" eingegangen ist, kann so in eine *politische* Stärkeposition gegenüber den verschuldeten Ländern umgemünzt werden, wozu der dritte Rang in der Hierarchie von IWF und Weltbank ein übriges tut.

D./Westberlin

Anmerkung
(1) Die Weltbank-Gruppe setzt sich im wesentlichen aus der „Internationalen Entwicklungsorganisation" (IDA), die langfristige konzessionierte Darlehen vergibt, und der „Internationalen Finanz-Corporation" (IFC) zusammen, die die ausländischen Direktinvestitionen fördern soll. Außerdem spielt die „Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur" (MIGA), eine 1986 gegründete Art internationale Versicherung zum Schutz privater Direktinvestitionen, eine wichtige Rolle.

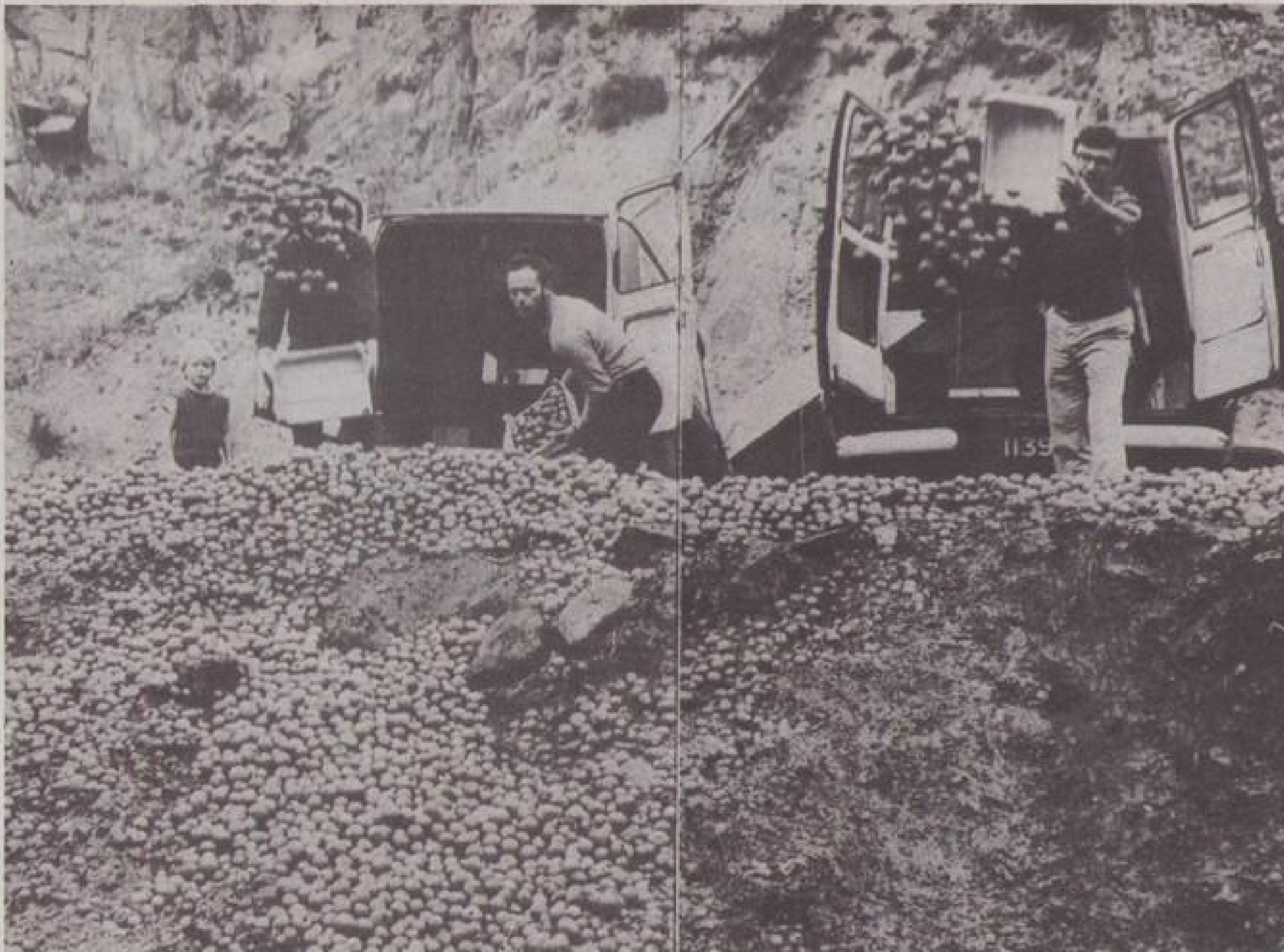
Quellen:
— Staat. Bundesamt 1988: Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 1988, Wiesbaden
— Murtfeld 1988: Martin Murtfeld, Öffentliche Anhörung zur Schuldenkrise im Bundestag vom 18.4.88, zitiert nach dem stenografischen Protokoll
— DBB 1986: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, 38. Jahrgang, Nr. 10, Oktober 1986, S. 32 ff.
— DBB 1988: Deutsche Bundesbank, Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 3, Nr. 2, Februar 1988.

Schuldenkrise und sozialer Krieg

Detlef Hartmann

1. Raus aus der Geldsuhle!

Woran liegt es, daß die Debatte um die sogenannte „Schuldenkrise" immer mehr das Bild einer allumfassenden Suhle angenommen hat, die den Zustrom all der Linken kaum noch zu fassen vermag, die brav ihre Bereitschaft anmelden, sich zusammen mit den Bankiers — wenn schon nicht in Geld — so doch wenigstens im modernsten geldtechnischen Vokabular zu wälzen? Zugegeben, dieses Vokabular glitzert und funkelt so neu wie nie und wir sollten die Reize des theoretischen Charmes der Bourgeoisie auf den Spieltrieb der linken Intellektuellen nie unterschätzen. Umso mehr sollten sich alle diejenigen, die glauben, mit Bankern, Castro oder sonst wem über Geld reden zu müssen, nicht zu schade sein, sich von den Großvätern der politischen und der kritischen politischen Ökonomie noch einmal aus der Geldsuhle heraushelfen zu lassen.



Geld im Kapitalismus ist der metallene, papierene, datenpiepsende, monitorflimmernde Ausdruck unbezahlter und damit geraubter Arbeit und — im Prozeß seiner Investition — der Anspruch auf zukünftigen Raub. Viel Schweiß hat Ricardo vor bald zweihundert Jahren vergossen, um unter den dinglichen Schein der Ware vorzudringen und den Grund des Werts in der abgezwungenen Arbeit aufzufinden. Schwärme von sogenannten ricardianischen Sozialisten haben nach ihm versucht, diese theoretische Emanzipation politisch zu nutzen. Und Marx schließlich hat zumindest hierin erklärtermaßen an Ricardo angeknüpft und diesen Erkenntnisfortschritt zum entscheidenden Moment seiner revolutionären Theorie ausgebaut: daß der metallene und papierene Mantel des Geldes (als die allgemeine Ware) und die Technik seiner Zirkulation Mystifikationen sind, die die Gesetze der räuberischen Anhäufung von Wert systematisch verschleiern. Geld ist die Verkleidung eines sozialen Verhältnisses, durch das Wert abgepreßt wird. Geld ist soziale Gewalt unter der Verkleidung einer Sache und Kredite sind der Zukunftsanspruch, der Vorschuß auf die Verwirklichung dieser Gewalt. „Raubt der Sache diese gesellschaftliche Macht und ihr müßt sie Personen über Personen geben", sagt Marx hierzu 1). Anders ausgedrückt heißt dies: „Raubt dem Geldzauber den Zugriff auf eure Gedanken", lernt unter den Swaps, den Eurobonds, den Petro-und Xenomärkten die Gewalt wieder erkennen, die allein Metall, Papier, Piepsen ihren sozialen Sinn verleiht und zu Geld macht. Sie allein ist daher das politisch-ökonomische Kernthema der sogenannten „Schuldenkrise". Und alle, die sich vom Charme des Geldzaubers nicht beirren lassen und in erster Linie die Gewalt des Werttransfers in den neuen Formen des Völkermords, der Kapitalisierung der Reproduktionsarbeit im Sextourismus, der Entwertung von Existenz in den Zugriffen sozialpolitischer Mobilisierung angreifen, haben dies besser begriffen, als vorgebliche Marxisten, die im schicken Jargon der Geldsuhle ins Partygewäsch des Kapitals über die Lösung seiner Krise einsteigen. Wie gesagt, sie sollten sich nicht zu schade sein, sich noch beim hundert Jahre toten Marx einen roten Kopf abzuholen. Er wird ihnen auch erklären, daß die sorgenschwere Klage über das Reißen der Kreditketten, das Auseinanderfallen von produktivem und Geldkapital, die Flucht des Geldkapitals aus Ländern und Investitionen in die spekulative Beschäftigung mit sich selbst (egal ob in der alten bißechten und strumpfaufbewahrungsfähigen Goldform oder den im modernen Datenkleid der „securitization"), usw. usw. mehr als banal ist und zum normalen Krisengeschäft des Kapitals gehört, die optimalen Raubbedingungen wiederherzustellen. Krisenlösung unsere Sache? Linke, alternative Debatten über Krisenlösung? Castro oder Herrhausen, Moratorium oder Streichung? Die Diskussion hierüber ist Sache des Kapitals und uns bleibt allenfalls, das Abtauchen so vieler Linker in die Geldsuhle politisch zu deuten. Aber das gehört an den Schluß.

2. Sozialer Krieg und Akkumulation.

Zunächst muß ich allerdings kurz auf den Anlaß dieses Beitrags zu sprechen kommen: die Artikelserie des AK zu Schuldenkrise und IWF-Tagung, gez. „D/Westberlin". Dieser wendet sich nach einigen hundert Kilo Papier aktiver Teilnahme am Krisenlösungsgeschäft (die mir aus den oben genannten Gründen egal ist) auch Thesen zu, die angeblich im „autonomen" Spektrum zirkulieren, unter anderem auch meinen eigenen aus „Autonomie" Heft 14 2). Nach bewährtem journalistischen Rezept werden sie in diese leicht angreifbare Fassung gebracht: „Im Zentrum seiner Thesen steht die Behauptung, daß es in der Geschichte des Kapitalismus immer wieder die subproletarischen Unterklassen und landwirtschaftlichen Subsistenzproduzenten waren, die die kapitalistische Akkumulation „blokkierten". Diese zahlreichen Revolten zwangen das internationale Kapital immer wieder zu Angriffen gegen die Unterklassen. Ein ausdifferenziertes „Weltproletariat" würde einem „transnationalen Kommando aus den Weltkathedralen des Monopols gegenüberstehen usw."

Nach Abqualifizierung dieser Thesen als sozialrevolutionär-spontaneistisch und unmaterialistisch wird mir der abschließende Hinweis als eine Art Zuckerhörnchen mit auf den Weg gegeben, daß ja zumindest Parallelen feststellbar seien zum von Marx attestierten und beglaubigten Prozeß der „ursprünglichen Akkumulation", deren Sinn bekanntlich in der gewaltsamen Trennung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln zu Beginn des Kapitalismus bestand, der aber heute eher am Ende stünde.

Herzlichen Glückwunsch! An diesem Punkt können wir gleich anfangen. Marx selbst beschreibt die ursprüngliche Akkumulation nicht als Prozeß, sondern als einen politischen Angriff von bluttriefender Gewalt. Die mittelalterlichen sozialen Formen der Selbstversorgung (Subsistenz) werden zertrümmert, um die derart „Freigesetzten" aus Hunger ins Lohnverhältnis zu treiben und damit zu mehr Arbeit, als zu ihrer Ernährung notwendig ist, zu „Mehrwert", der ihm vom Kapital geraubt wird. Marx beschwört die gewaltsame Vertreibung, die Blutgesetzgebung gegen die unterwerfungsunwilligen Vagabunden und Paupers, den schmutzigsten und gehässigsten Vandalismus etc. etc. Dann aber ist dieses „furchtbare und schwierige (sic!) Werk" der „ursprünglichen Genesis" des Kapitals vollbracht, „die Expropriation vollzieht sich durch das Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst".

Wirklich? Nein, im Gegenteil, es war nur der bescheidene Anfang. Der Blutzoll steigt, die Gewaltmittel des imperialistischen Raubes werden intensiviert, die territorialen Dimensionen exponentiell erweitert. Die in diesem Punkt auch durch Autorität unbestechliche Rosa Luxemburg hält Marx bei aller Verehrung vor, daß dieser Prozeß der Gewalt nicht als eine Art Sündenfall im Aktenordner der Geschichte abgeheftet werden könne, sondern ein wesentliches (konstitutives) Moment des gesamten Akkumulationsprozesses sei. Sie hält Marx, der am Ende des ersten Bandes des „Kapital" ja eilig in eine verharmlosende Kolonisationstheorie abgebogen war (die Eingeborenen werden kaum noch erwähnt), entgegen: „Das Kapital kommt nicht bloß 'von Kopf bis Zeh aus allen Poren blut- und schmutztriefend' zur Welt, sondern es setzt sich auch so Schritt für Schritt in der Welt

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

durch ...“ „Sowenig die Kapitalakkumulation in ihrer sprunghaften Ausdehnungsfähigkeit auf den natürlichen Zuwachs der Arbeiterbevölkerung zu warten und mit ihm auszukommen vermag, sowenig wird sie auch die natürliche und langsame Zersetzung der nichtkapitalistischen Formen und ihren Übergang zur Warenwirtschaft abwarten, und sich mit ihm begnügen. Das Kapital kennt keine andere Frage der Lösung als Gewalt, die eine ständige Methode der Kapitalakkumulation als geschichtlicher Prozeß ist, nicht bloß bei der Genesis, sondern bis auf den heutigen Tag. Für die primitiven Gesellschaften (gemeint sind u.a. bauernkommunistische Wirtschaftsformen, nicht etwa „Länder“, D.H.) aber gibt es kein anderes Verhalten als Widerstand und Kampf auf Tod und Leben, bis zur völligen Erschöpfung oder bis zur Ausrottung.“ 3).

Durchsuchung bei SlumbewohnerInnen

Rosas Luxemburgs Verdienst 4) an der revolutionären Theorie der Akkumulation liegt genau hier: ökonomische Akkumulation und soziale Gewalt als zwei Seiten derselben Münze zusammengebracht zu haben. Den materialistischen Springpunkt, den Marx bei der Frage von sozialer Gewalt, Wert, Geld zum Ausgangspunkt seiner Werttheorie gemacht hat 5), in die imperialistischen Zuspitzungen des Gewaltprozesses der Akkumulation weiterzuverfolgen und dabei festzustellen: der materielle Gehalt von sich akkumulierendem Wert ist soziale Zerstörung. Sie ist nicht nur das „Mittel“, sie ist die Substanz des Werts und der soziale Krieg ist ihr historischer Prozeß.

zu haben. Den materialistischen Springpunkt, den Marx bei der Frage von sozialer Gewalt, Wert, Geld zum Ausgangspunkt seiner Werttheorie gemacht hat 5), in die imperialistischen Zuspitzungen des Gewaltprozesses der Akkumulation weiterzuverfolgen und dabei festzustellen: der materielle Gehalt von sich akkumulierendem Wert ist soziale Zerstörung. Sie ist nicht nur das „Mittel“, sie ist die Sub-

3. Blinde Flecke: in Demut vor der Perspektive des Kapitals.

Dieser materialistische Zusammenhang zwischen Gewalt und Wert, zwischen der Grundstrategie des „Fortschritts“ sozialer Destruktivität und Wertraub ist inzwischen in den entscheidenden Dimensionen hinreichend offengelegt. Die Frauen haben uns auf den blinden Fleck der Marxorthodoxie gestoßen, der die Zusammenhänge verschleiert hat zwischen Transfer unbezahlten Werts aus der sogenannten „Reproduktionsarbeit“ ins Kapital und den Gewaltformen patriarchalischer Zurichtung von den Blutgerichten der „ursprünglichen Akkumulation“ in der Hexenvernichtung bis zum imperialistischen Sexismus.

Die Quelle des inneren „produktiven“ Wertraubs haben wir in der technologischen Gewalt gegen die Arbeiterklasse entschlüsseln gelernt, die im Keynesianismus (oder Fordismus) als „Vergesellschaftung“ der technologischen Gewalt in alle sozialen Bereiche getrieben wurde 6). Auch hier hat der blinde Fleck einer fortschrittsverliebten Marxorthodoxie einen materialistisch um den Aspekt der Destruktivität der sogenannten „Produktivkräfte“ verstümmelten Ansatz in den ideologischen Dienst der Akkumulation gestellt.

Und unsere Darstellungen in Heft 14 der „Autonomie“ schließlich thematisieren — auch von einem anderen Ausgangspunkt als bei Rosa Luxemburg — denselben imperialistischen Transfer von Wert aus den sozialen und technologisch-produktiven Zerstörungen der Peripherie in die kapitalistische Akkumulation. Nur daß die planmäßige Einbeziehung der Dimension der Vernichtung in das produktive Entwicklungskonzept von Bevölkerungs- und Agrarrationalisierung im nazistisch/keynesianischen Akkumulationsmodell von Bretton Woods erheblich eindeutiger geworden ist. Auch der blinde Fleck ist hier wesentlich leichter auszumachen. Die hunderte Millionen Toten, auf die dieses Konzept der sozial-technischen Bevölkerungsrationalisierung das Akkumulationsgeschäft hochgetrieben hat, sind eben bei aller Mühe kaum noch unsichtbar zu machen. Seine Blendkraft völlig eingebüßt hat der blinde Fleck allerdings offenbar nicht. Wie sonst könnte „D/Westberlin“ sie ideologisch (trotz erheblich gesteigerter Todesrate) unter den historischen Verschluß der ursprünglichen Akkumulation zurückdämmen wollen (in dieses Totenhaus der Theorie, das nach orthodoxem Muster die Aufgabe hat, als „schwieriges Anfangswerk“ die sogenannte historische Mission des Kapitalismus bei seinem zivilisatorischen Mordgeschäft zu neutralisieren)? Wie anders könnten so viele Linke die Verhandlungen über einen neuen Entwicklungsschub mit dem Kapital über das Vehikel der „Schuldenkrise“ zu einem Zeitpunkt aufnehmen wollen, in dem das alte Paradigma von Vernichtung durch Entwicklung gerade die letzten Demonstrationen seiner tödlichen Fortschrittsvernunft in Afrika, Brasilien, Borneo vorführt?

in alle sozialen Bereiche getrieben wurde 6). Auch hier hat der blinde Fleck einer fortschrittsverliebten Marxorthodoxie einen materialistisch um den Aspekt der Destruktivität der sogenannten „Produktivkräfte“ verstümmelten Ansatz in den ideologischen Dienst der Akkumulation gestellt.

Und unsere Darstellungen in Heft 14 der „Autonomie“ schließlich thematisie-

Es ist offenbar, daß der gemeinsame Nenner der „weißen Flecke“ nur oberflächlich in der Ausblendung des Zusammenhangs von Wert und sozialer Gewalt besteht. Diese Ausblendung ist vielmehr selbst das Produkt einer Methode, die die Interpretation und Analyse des historischen Prozesses aus der Perspektive der Akkumulation organisiert und nicht aus der Kampfperspektive gegen die Gewalt der Akkumulation. Das Subjekt der Geschichte ist nicht durch seine Funktion im Ausbeutungsentwurf des Kapitals definiert. Es ist der lebendige Widerspruch einer sozialrevolutionären Subjektivität, wie sie sich im Kampf auf diesen zentralen Terrains der Akkumulation vergesellschaftet: gegen die Aneignungsstrategien eines imperialen Sexismus und als antiimperialistischer Internationalismus, der es lernt, die Auseinandersetzung mit dem gesteigerten sozialtechnischen Zugriff in den Metropolen auf die Kampfformen und Revolten in den drei Kontinenten zu beziehen, um so dem Konzept einer technisch-ökonomischen Eskalation der Akkumulation auf seinem transnationalen Niveau zu begegnen. So lange wir die wirkliche Bewegung dieses Widerspruches zu einem inneren Widerspruch des Kapitals auch noch in unserer materialistischen Begrifflichkeit enteignen, so lange werden wir die revolutionäre Perspektive immer nur der Akkumulations-Perspektive des Kapitals unterordnen, und so lange werden auch unsere revolutionären Utopien immer wieder zu einer Morgengabe an die kapitalistische Entwicklung degenerieren. Das und nicht weniger ist der materielle Kern des Verhandlungspakets links-reformistischer Schuldendebatten, in denen ein schillerndes Warenangebot von Akzeptanzleistungen auf den Markt geworfen wird.

lernt, die Auseinandersetzung mit dem ge-

Submetropolen Japan und Deutschland.

Favela (Elendsquartier) in Brasilien

4. Raubkrise: die Gewalt der Akkumulation in der Krise.

Vielleicht ist jetzt deutlich, daß es uns nicht darum ging, das „immer-mal-wieder“ von ein paar Blockierungen der Akkumulation durch irgendwelche subproletarischen Unterklassen und landwirtschaftliche Subsistenzproduzenten darzustellen. Worum es geht, das ist der Begriff der *ökonomischen* Krise als materieller und historischer Ausdruck des *sozialen* Antagonismus. Und damit zurück zur sogenannten „Schuldenkrise“, die ja nichts anderes ist, als der Geldausdruck einer Akkumulationskrise. Vielleicht kann ich an einem historischen Beispiel leichter zeigen, was ich meine, verbunden mit einer Demonstration, zu welchen fatalen Konsequenzen die oben umrissenen perspektivischen Verzerrungen in der aktuellen Diskussion führen können.

„D/Westberlin“ gibt unter der Überschrift: „Über die Untauglichkeit historischer Lösungsstrategien“ im AK Nr. 296 einen Beitrag Altvaters über die Verschuldenskrise „Deutschlands“ in der letzten großen Weltwirtschaftskrise wieder. Die Überschuldung „Deutschlands“ durch die Kriegsschulden von Versailles und eine permanente Kreditaufnahme auf den internationalen, vor allem amerikanischen Finanzmärkten resultierte bekanntlich 1931 im Bankenzusammenbruch und 1934 in einem totalen Transfermoratorium, der Weigerung der Schuldenzurückzahlung aus. Eine rein handels- und geldtechnische Analyse führt bei Altvater schließlich zu dem Satz: „Doch es gibt einen Zusammenhang zwischen dem Zerfall von Weltwirtschafts- und Weltwährungsordnung im Gefolge der großen Krise und dem aggressiven Expansionismus des Nationalsozialismus“ 8).

Dieser Satz ist ein Skandal und eine typische Folge der Reduzierung des sozialen Kriegs auf die technische Geldebene und „Länder“-Perspektive. Wer sich einigermaßen in der Wirtschaftsgeschichte der 30er Jahre auskennt, erkennt in ihm mühelos das Abbild der imperialistischen Apologetik des NS-Imperialismus wieder, wie sie 1000 Jahre lang zu den alltäglichen Rechtfertigungstiraden Hitlers, Schachts, Funks und aller anderen NS-Größen gehörten: die Schuldenkrise des Regimes der alten Weltwährungsordnung hätte sie auf neue Wege und zu neuen Methoden der Expansion getrieben (einer Expansion, die seit 1933 von den Vertretern des sogenannten „New Internationalism“ in der New-Deal-Administration Roosevelts durchaus mit zustimmendem Wohlwollen verfolgt wurde).

Detaillierte Analysen der Bankenkrise zeichnen ein ganz anderes Bild. Es ist bekannt, daß die imperialistische Akkumulationsoffensive des US-Kapitals nach dem ersten Weltkrieg auf einer regelrechten Kreditwelle ins Ausland schwamm. In die lateinamerikanische Peripherie direkt, nach Ostasien und die mittel- bzw. südosteuropäische Peripherie über die Submetropolen Japan und Deutschland.

Das Dilemma des US- und deutschen Imperialismus war, daß es überhaupt kein Entwicklungsinstrumentarium gab, das in der Lage war, Wertaufkommen und Wertraub quantitativ und qualitativ der Akkumulationsgeschwindigkeit anzupassen. Im Gegenteil: die Drohung der sozialen Revolution aus der Konfrontation mit der zerfallenden Subsistenz (einschließlich der in die Städte abgewanderten Dorfarmut) zwang dem zurückweichenden Kapital der „Länder“ dieser Dritten Welt und seinen Regierungen Werte, ökonomische Zugeständnisse, Landreformen, die Hinnahme von Plünderungen und Besetzungen ab, die völlig „unproduktiv“ das Überleben der gärenden „Überbevölkerung“ sicherten. Die verhaßte „nationalistische“ bourgeoise Entwicklungstechnokratie stand mit dem Rücken zur Wand, ohne Zugriffsmöglichkeiten zu haben oder zu riskieren. Exemplarisch sind die zwangsweise in allen südosteuropäischen Ländern eingerichteten staatlichen Monopolhandelsgesellschaften und -mühlen zur Konzentration und Steigerung des Getreideaufkommens, über die die Werte zum Transfer in die imperialistische Zirkulation aus dem Überlebenspotential der „Überbevölkerung“ herausgepreßt werden sollten. Die Subsistenz unterlief all dies: sie drosch und mahlte selbst und sicherte dazu das Überleben ihrer Rückwanderer aus den Städten.

All das umreißt die Dimensionen einer „Ökonomie“ des autonomen Widerstands und der Revolten, die den Raub in die imperialistische Akkumulation blockierte und sie nachhaltig in dem Zustand hielt, die die politökonomische Theorie als (relative) Überakkumulation bezeichnet. Genau dies führte dazu, daß die Welle der Schuldenpanik (die in Wirklichkeit eine Wertabpressungspanik war) aus der Peripherie über die Submetropolen (die Drehscheiben der notleidenden Kredite) in die Metropole zurückspülte (9). Diese krisenhafte Blockierung imperialistischer Entwicklung wurde erst im nazistisch/keynesianischen Durchbruchsmodell durch den doppelten Angriff systematischer Entwicklungshilfe und Vernichtung der Überflüssigen Esser und ihrer Überlebensstrukturen aufgebrochen (10). Anzumerken ist, daß die Vorschläge der Schuldenstreichung auch damals von den metropolitanen Regierungen kamen, um die durch die privaten Gläubiger eingeengten Entwicklungsspielräume aufzubrechen (und allein daran war das Kapital damals wie heute interessiert, nicht an ein paar lumpigen Milliarden). Dies war in der Tat die typisch kapitalistische „Lösung der Schuldenkrise“ in einem neuen Akkumulationsmodell und stellte darin nur die Fortsetzung des kapitalistischen Vernichtungs- und Zerstörungsfeldzugs dar, den Rosa Luxemburg beschreibt, jetzt allerdings mit dem Instrumentarium des internationalisierten kapitalistischen Plans, in dem die internationalen Institutionen IWF, Weltbank u.a. wie auch diejenigen der „Länder“ lediglich als Agenturen des Gewalt-und Werttransfers fungierten.

Über diese Zusammenhänge können wir auch mühelos den Grundkonflikt einer sozialen Konfrontation auf ihrem neuen Niveau wiedererkennen, die wir heute wieder fälschlich als „Schuldenkrise“ diskutieren. Auf diesem Hintergrund wird, so hoffe ich, auch die Absurdität deutlich, sich in den technischen Einzelheiten eines Kreditsystems zu verlieren: wir verlieren uns dabei nur in den Verwertungsmechanismen des transnationalen Kapitals. Die Absurdität, auf der Ebene der „Länder“ der dritten Welt stehenzubleiben, denn wir stellen uns damit bloß auf die Ebene der nationalstaatlichen Agenturen des Transfers von Gewalt und Wert. Die Klagen über den Zusammenbruch des internationalen Kreditmechanismus enthüllen nur die metropolitanen Ängste über den Zusammenbruch der Werttransfers aus den Überlebensmöglichkeiten der peripheren Klasse auch auf die Tische der metropolitanen Linken (und hier sind wir bei den eigentlichen platt-materiellen Gründen der Partizipation in der Suhle). Doch die Eilfertigkeit, mit der Linke wie Alternative an neuen Entwicklungsperspektiven eines Weltakkumulationsmodells als Weg aus der Krise des Kapitals mitbasteln, ist weit bestürzender. Denn dieses Modell läßt schon jetzt seine Konturen als die bislang bestialischste Variante des geregelten Völker- und vor allem Frauenmords, des

lichen platt-materiellen Gründen der Partizipation in der Suhle). Doch die Eilfertigkeit, mit der Linke wie Alternative an neuen Entwicklungsperspektiven eines Weltakkumulationsmodells als Weg aus der Krise des Kapitals mitbasteln, ist weit bestürzender. Denn dieses Modell läßt schon jetzt seine Konturen als die bislang bestialischste Variante des geregelten Völker- und vor allem Frauenmords, des

geregelten Sexismus, geregelter sozialer Zerstörung, des geregelten Transfer von Überlebenswert in die Akkumulation einer neuen technologischen Kommandostufe des transnationalen Konzerns erkennen.

Laßt die Kreditketten doch reißen! Sie sind doch nur die Geldillusion der modernsten Ketten der Gewalt, mit der das Kapital sein blutiges Geschäft der Akkumulation diskussions-, partizipations-, diskursfähig zu halten versucht.

Anmerkungen:

1) Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, S.75.

2) „Völkermord gegen soziale Revolution. Das US-imperialistische System von Bretton Woods als Vollstrecker der nationalsozialistischen Neuen Ordnung“, Autonomie Heft 14, S. 217.

3) Rosa Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals, in: Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Berlin 1985, Bd. 5, S. 319, 398.

4) Die Diskussion über ihre angeblichen Irrtümer in der Interpretation des Marx'schen Reproduktionsschemas berührt dieses Verdienst nicht. Sie ist meiner Ansicht nach allerdings bei weitem noch nicht befriedigend abgeschlossen. Denn das Schema der erweiterten Reproduktion ist sinnvoll nur über die Grundgedanken zur krisenhaften Dynamik des kapitalistischen Verwertungsprozesses als Ganzem aus Band 3 des „Kapital“ zu erschließen.

5) Ich bin den systematisch vom marxorthodoxen Ökonomismus verschütteten Quellen bei Marx, in denen er die Beziehungen herstellt zwischen ökonomischer Aneignung und technologischer Gewalt nachgegangen in: Detlef Hartmann, „Leben als Sabotage. Zur Krise der technologischen Gewalt“, Tübingen 1981, Reprint Berlin 1988.

6) ebendort

7) E. Altvater, Der Teufelskreis der Auslandsverschuldung — Der Weltmarkt auf dem Weg in die Kreditkrise?, in: PROKLA Bd. 52.

8) Ich habe dies ansatzweise in meinem Aufsatz in Autonomie Nr.14 ausgeführt und werde eine detaillierte Darstellung in einer umfassenderen Arbeit noch in diesem Jahr nachtragen. Sie wird die historischen Erkenntnisse auch zu einer theoretischen Auseinandersetzung über die konstitutiven Zusammenhänge Klassenkampf und krisenhafter Überakkumulation zum Anlaß nehmen.

9) vgl. das vorzügliche Buch von G.Aly, S.Heim, M.Karny, P.Kirchberger, A. Konieczny, Sozialpolitik und Judenvernichtung, Gibt es eine Ökonomie der Endlösung?, Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Rotbuch Verlag, Berlin, Heft 5.

„Schwarzer Peter" — Spiel um Brokdorf

Die neue SPD-Regierung in Schleswig-Holstein (SH) im Streit um das AKW Brokdorf: Geht es um einen ersten „Nadelstich" gegen die AKW-Betreiber oder um das Image einer „ausstiegswilligen" SPD, das durch eine anstehende Wiederinbetriebnahme-Genehmigung bedroht war? Die Wirkung dieser Auseinandersetzung schlug sich allemal als Punktgewinn der neuen Landesregierung nieder.

Am 16. August beschließt die neue SPD-Regierung, dem AKW Brokdorf nach dem regulären Brennelementewechsel die Genehmigung der Wiederinbetriebnahme zu verweigern: Mehrere millimetergroße Teile von Abstandhaltern der Brennelemente waren abgebrochen, und ein Zentrierstift war gebrochen. Zusammen mit 385 weiteren sorgt er für einen genauen Sitz des Brennelementes. Mit ihrer Hilfe können die Steuerstäbe, die die Leistung des Brennelementes bestimmen und die Abschaltung bewirken, zuverlässig eingeführt werden.

Der Atom-(bzw. Sozial-)Minister Günter Jansen verlangte eine Beseitigung dieser Schäden sowie eine genaue Untersuchung aller Zentrierstifte. Das hätte einen weiteren Stillstand der Anlage von mehreren Wochen zur Folge haben können.

Am 12. August liegt eine „bundesaufsichtliche Stellungnahme" von Töpfer vor. Gleichlautend mit dem TÜV und der Münchner „Gesellschaft für Reaktorsicherheit" werden die Brokdorf-Mängel für „nicht sicherheitsgefährdend" und der Betrieb für unbedenklich erklärt. Die Kieler Regierung führt derweil eifrig Gespräche mit dem TÜV, der Preußen Elektra und mit Bonn. Am 26. August erteilt Töpfer schließlich die Weisung zur Inbetriebnahme, als übergeordnete Behörde.

Noch am selben Tag erklärt Engholm, dem Folge zu leisten, allerdings mit „Auflagen" an den Betreiber. Am 29. August fährt der Reaktor wieder an.

Eine gelungene Inszenierung

Nach dem Clinch um Brokdorf teilte das Sozialministerium in Kiel mit, daß wegen einer zurückgehaltenen Wiederinbetriebnahme-Genehmigung das AKW im benachbarten Brunsbüttel erst zwölf Tage später als geplant den Betrieb aufnehmen konnte. Auch hier ging es um einen regulären Brennelementewechsel, und auch hier hatte das Jansen-Ministerium einiges zu beanstanden. Allerdings — diese Auseinandersetzung ging geräuschlos über die Bühne. In Brokdorf — dem Symbol für die AKW-Auseinandersetzung schlechthin — gab es ein medienwirksames Spektakel, das die Landesregierung nicht ungeschickt in Szene setzte.

Die Aufgabe lautete: Wie kann ein allseits bekannter „Kernenergie-Kritiker" (SPD-Eigenwerbung) wie Günter Jansen sich aus dem Dilemma befreien, die Wiederinbetriebnahme des sicher noch bekannteren AKW in Brokdorf zu genehmigen, ohne sich die weiße Weste zu bekleckern. Immerhin verzeichnete die Anlage in 22 Monaten 42 bekanntgewordene Störfälle und zahlreiche größere und kleinere Mängel.

Da ist zunächst die übergeordnete Instanz: Töpfer. Schließlich macht das Landesministerium nur Auftragsverwaltung der Bundesbehörde. Also: vor der Entscheidung ein Brief an Töpfer. Inhalt: Verweigerung der Genehmigung — Bitte um „bundesaufsichtliche Stellungnahme bzw. Weisung". So wird die Entscheidung wie die berühmte „heiße Kartoffel" weitergereicht. Daß eine Landesregierung den Bundes-Töpfer in Kenntnis setzt, auch vielleicht um Rat fragt — das soll normal sein. Nur, die Bitte um Stellungnahme bzw. Weisung aus der Feder des „Kernkraft-Kritikers" ... Dieser Patient will den Schmerz haben, weil der Schmerz so schön ist!

Nur zwei Tage nach dem Kabinettsbeschluß winkt Vormann Engholm mit dem Zaunpfahl: *„(...) er rechne damit, daß Minister Töpfer in etwa einer Woche die Weisung zum Wiederanfahren von Brokdorf gebe. Schleswig-Holstein werde sich vermutlich nicht widersetzen."* (FAZ, 19.8.88)

Als die Weisung dann kam, widersetzte man sich auch nicht — aber man blieb bei seiner Meinung! Na bitte! Und sogar eine „Reihe von Auflagen" erteilt die Landesregierung den Betreibern von Brokdorf: genau die, die diese zu Beginn des Theaters angeboten hatten — bis zum nächsten Brennelementewechsel Beschaffung des Materialüberprüfungsgerätes und dann Kontrolle aller Zentrierstifte. Peinlich!

Die großbürgerliche FAZ wertet zufrieden: *„Die Kieler Landesregierung hat in Sachen Brokdorf klugerweise nachgegeben. Die Auflagen, die die Genehmigung (...) begleiten, sind moderat und von den Betreibern (...) ohne Schwierigkeiten zu erfüllen. (...) Letztlich dürften Engholm und sein Energieminister Jansen ganz froh sein, einer Weisung aus Bonn folgen zu können, die ihnen die Erteilung der Genehmigung zur Pflicht macht."* (30.8.88)

Jansen: Noch einiges in petto

Der Sozialminister in SH gehört sicher zu den geschicktesten SPDlern. Er hat sich in der Ausstiegsdebatte im Rahmen der SPD vorgewagt und sich dadurch das Image eines standhaften Sozis erworben. Darum kann er seine Politik auf einem enormen Vertrauensvorschuß aufbauen, der durch die jüngsten Ereignisse nur noch verstärkt worden ist.

In der nächsten Zeit ist noch mit weiteren solchen publikumswirksamen Maßnahmen zu rechnen:

— Er will die Bund-Länder-Vereinbarung zur Entsorgung aufkündigen;
— er wird die Betreiber auffordern, die Entsorgung zu gewährleisten;
— er wird der SPD-Klage gegen die Plutonium-Produktion beitreten;
— er wird in Sachen Energiewende auf kommunaler Ebene noch einiges auf die Beine stellen.
— Und er wird demnächst seinen achtköpfigen Arbeitsstab präsentieren, der den juristisch sauberen Weg zum Ausstieg aus der Atomenergie bis zum Jahr 1990 erarbeiten soll.

Offensichtlich alles Maßnahmen, die zunächst „nix kosten", keine tatsächlichen Veränderungen bewirken — die aber umso bedeutsamer fürs „marketing" sind.

Und offensichtlich ist das der Zweck der Übung — wie der Teufel das Weihwasser, so fürchtet Jansen verbindliche Vorgaben, Festlegungen, sowohl bezogen auf seinen Ausstieg als auch auf seine aktuellen Eingriffe und Planungen.

Die zehntägige Brokdorf-Auseinandersetzung liefert den Beweis — sie zeigt auch die Schwachpunkte der neuen Regierung auf.

hn, Flensburg

der Betrieb für unbedenklich erklärt. Die Kieler Regierung führt derweil eifrig Gespräche mit dem TÜV, der Preußen Elektra und mit Bonn. Am 26. August erteilt Töpfer schließlich die Weisung zur Inbetriebnahme, als übergeordnete Behörde.

Noch am selben Tag erklärt Engholm, dem Folge zu leisten, allerdings mit „Auflagen" an den Betreiber. Am 29. August fährt der Reaktor wieder an.

Eine gelungene Inszenierung

Nach dem Clinch um Brokdorf teilte das Sozialministerium in Kiel mit, daß wegen einer zurückgehaltenen Wiederinbetriebnahme-Genehmigung das AKW im be-

Nur zwei Tage nach dem Kabinettsbeschluß winkt Vormann Engholm mit dem Zaunpfahl: „(...) er rechne damit, daß Minister Töpfer in etwa einer Woche die Weisung zum Wiederanfahren von Brokdorf gebe. Schleswig-Holstein werde sich vermutlich nicht widersetzen." (FAZ, 19.8.88)

Als die Weisung dann kam, widersetzte man sich auch nicht — aber man blieb bei seiner Meinung! Na bitte! Und sogar eine „Reihe von Auflagen" erteilt die Landesregierung den Betreibern von Brokdorf: genau die, die diese zu Beginn des Theaters angeboten hatten — bis zum nächsten Brennelementewechsel Beschaffung des Materialüberprüfungsgerätes und dann Kontrolle aller Zentrierstifte. Peinlich!

Die großbürgerliche FAZ wertet zufrie-

stieg aus der Atomenergie bis zum Jahr 1990 erarbeiten soll.

Offensichtlich alles Maßnahmen, die zunächst „nix kosten", keine tatsächlichen Veränderungen bewirken — die aber umso bedeutsamer fürs „marketing" sind.

Und offensichtlich ist das der Zweck der Übung — wie der Teufel das Weihwasser, so fürchtet Jansen verbindliche Vorgaben, Festlegungen, sowohl bezogen auf seinen Ausstieg als auch auf seine aktuellen Eingriffe und Planungen.

Die zehntägige Brokdorf-Auseinandersetzung liefert den Beweis — sie zeigt auch die Schwachpunkte der neuen Regierung auf.

hn, Flensburg



Herbstaktionen '88 gegen den Atomstaat

WAA-Baustopp sofort!

Unter dem Motto „sofortiger Baustopp der WAA" findet am 15. Oktober in Wackersdorf als Höhepunkt der diesjährigen Herbstaktionen eine Großdemonstration zum Baugelände statt. *„Wir rufen deshalb alle Atomkraftgegner, gerade die Menschen, welche sich an der Einwendungskampagne mit 880.000 Neinstimmen zur WAA beteiligt haben, auf, ihren Protest praktisch zu zeigen und sich an den Herbstaktionen zu beteiligen". „Während des gemeinsamen Großaktionstages wollen wir geschlossen zeigen, daß die Aufhebung demokratischer Grundrechte*

Herbstaktionen '88 gegen den Atomstaat

WAA-Baustopp sofort!

Unter dem Motto „sofortiger Baustopp der WAA" findet am 15. Oktober in Wackersdorf als Höhepunkt der diesjährigen Herbstaktionen eine Großdemonstration zum Baugelände statt. „Wir rufen deshalb alle Atomkraftgegner, gerade die Menschen, welche sich an der Einwendungskampagne mit 880.000 Neinstimmen zur WAA beteiligt haben, auf, ihren Protest praktisch zu zeigen und sich an den Herbstaktionen zu beteiligen". „Während des gemeinsamen Großaktionstages wollen wir geschlossen zeigen, daß die Aufhebung demokratischer Grundrechte

wie Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit im Verbund mit einem faktischen Ausnahmezustand in der Oberpfalz von uns nicht hingenommen wird." (Aus dem Aufruf)

Aufrufer ist ein breites Bündnis, das von der M.A.F.I.A. (Münchner Anarchisten) über die örtlichen BI's, die Zeitung „RadiAktiv", Landesverband und Bundesvorstand der Grünen über die BUND-Jugend bis zum SPD-Unterbezirk Schwandorf reicht.

Im Vorfeld hatte es seit dem Frühjahr Auseinandersetzungen um das Demo-Konzept gegeben. Autonome wollten lediglich Aktionstage, bei denen der Schwerpunkt auf Info-Veranstaltungen liegen sollte, mit regionaler Mobilisierung.

Der Vorschlag der „Radi-Aktiv" sah eine Großdemonstration aufbauend auf der Einwendungskampagne vor. In weiteren Treffen wurde versucht, die unterschiedlichen Vorschläge zu einem gemeinsamen Aktionstagekonzept zu verbinden.

„Waldspaziergang" oder angemeldete Demonstration?

Auf dem bayerischen Anti-Atomplenum (Baap) am 11.6. in Nürnberg traten Meinungsverschiedenheiten über die Frage der Demoanmeldung auf. Die Gegner einer Anmeldung argumentierten zum einen damit, daß die Polizei eine Demonstration verhindern, einen Waldspaziergang dagegen, wie in der Vergangenheit, dulden würde. Zum anderen sei eine Demoanmeldung Zeit- und Kräftevergeudung. Dagegen wurde auf dem Demonstrationsrecht bestanden; gegen ein mögliches Verbot solle mit allen juristischen, politischen und praktischen Mitteln vorgegangen werden. Der Streit um ein Demoverbot wirke zusätzlich mobilisierend, für eine breite Mobilisierung sei es unabdingbar, eine Demonstration anzumelden.

Die Diskussion machte deutlich, daß hinter der Frage, „Anmeldung ja/nein" unterschiedliche Vorstellungen über den Charakter der Demo standen. Die „Anmelder" befürworteten eine Großdemonstration mit möglichst breitem Bündnis. Die „Spaziergänger" wollten über die Demo „regionale Strukturen" herausbilden und stärken. Einem breiten Bündnis standen sie eher skeptisch gegenüber. Beschlossen wurde auf den folgenden Treffen die Anmeldung der Demonstration und damit wurde auch der Charakter als Großdemonstration mit breitem Bündnis aber ohne Preisgabe der Inhalte der Anti-AKW-Bewegung festgelegt. Diese Festlegung hatte allerdings zur Folge, daß sich das örtliche autonome Spektrum wie z.B. das Info-Büro Altenschwand aus der Demovorbereitung zurückzog. Allerdings wird das Info-Büro während der Aktionstage als Ermittlungsausschuß fungieren.

Mitglieder der Münchner LIGA (Linke

standen sie eher skeptisch gegenüber. Beschlossen wurde auf den folgenden Treffen die Anmeldung der Demonstration und damit wurde auch der Charakter als Großdemonstration mit breitem Bündnis aber ohne Preisgabe der Inhalte der Anti-AKW-Bewegung festgelegt. Diese Festlegung hatte allerdings zur Folge, daß sich das örtliche autonome Spektrum wie z.B. das Info-Büro Altenschwand aus der Demovorbereitung zurückzog. Allerdings wird das Info-Büro während der Aktionstage als Ermittlungsausschuß fungieren.

Mitglieder der Münchner LIGA (Linke

Initiative gegen Atomanlagen) arbeiten aktiv an der Demovorbereitung mit. Trotzdem konnte sich die LIGA bisher nicht zur offiziellen Unterstützung der Demo durchringen.

Gemeinsamer Aufruf mit der „Friedensbewegung"

Anders als letztes Jahr gibt es diesmal einen gemeinsamen Aufruf von Friedens- und Anti-AKW-Bewegung. Schmerzen hatten die Vertreter aus der Friedensbewegung hauptsächlich mit der Forderung nach sofortiger Stillegung aller Atomanlagen, die sie dann doch, nach Streichung des Zusatzes „weltweit", relativ schnell akzeptierten. Ansonsten war durch die harten und intensiven Auseinandersetzungen im Vorfeld der Herbstaktionen '87, aber auch durch das gemeinsame Durchsetzen der Demo trotz Verbots eine gute Grundlage und ein Vertrauensverhältnis geschaffen worden, das die Zusammenarbeit dieses Jahr erheblich erleichtert.

Spannend ist, ob ein großer Teil der 880.000 Einwender bereit ist, seinen Protest gegen die WAA auch praktisch zu zeigen und wie groß die Bereitschaft der „Szene" ist, die Oberpfälzer in ihrem Kampf gegen die WAA auch weiterhin zu unterstützen und ihnen weiter Mut für ihren Widerstand zu geben. Eine gute Mobilisierung ist auch unbedingt nötig, denn ein Spaziergang wird der Marsch zum Bauzaun allen bisherigen Erfahrungen nach sicher nicht. Es muß wieder mit einem Verbot gerechnet werden. Der Trägerkreis ist entschlossen, „die Demonstration auf jeden Fall politisch, juristisch und praktisch durchzusetzen." „Gründliche Vorbereitung und Umsetzung eines kompakten Gesamtkonzepts (Kurze Auftaktkundgebung —, nachfolgender geschlossener Zug zum Baugelände — ohne Aufenthalt Rückkehr zur Abschlußveranstaltung mit Kulturfest) sollen Übergriffe von außen, wie im Herbst 1987 verhindern" (aus dem Aufruf). Auf dem Programm der Kundgebung stehen RednerInnen der LIGA Lübeck, Maxhütte-Betriebsrat, Friedensbewegung, eventuell Enno Brand. Im Kulturprogramm: Biermösl Blas'n, voraussichtlich Dieter Hildebrandt.

KB Gruppe Nürnberg

SPD und Atomkraft in Schleswig-Holstein

30.10.76 Brokdorf I: Erste Großkundgebung am gerade befestigten Baugelände
15.11.76 Brokdorf II: Zweite Großkundgebung, Landesvorsitzender Jansen erstattet gegen die verantwortlichen Einsatzleiter als Betroffener Anzeige gegen den Tränengaseinsatz
19.2.77 Brokdorf III: Die SPD hat maßgeblichen Anteil an der Spaltung der Bewegung, die zu zwei Demonstrationen führt. Sie mobilisiert zusammen mit den „gemäßigten" AKW-GegnerInnen nach Itzehoe, weil Stoltenberg eine Demo in Bauplatz-Nähe verboten hat. Dort demonstriert — zahlenmäßig größer — die Linke.
19.6.77 SPD-Landesparteitag in Tönning: Sie fordert ein Moratorium, um die „Chancen und Risiken" der Atomenergie „unvoreingenommen und ergebnisoffen" diskutieren zu können. In der Denkpause sollte ein Baustopp in Brokdorf gelten.
26.11.78 SPD-Landesparteitag in Segeberg fordert das berühmte „Brokdorf Nein, Krümmel — Jain, Brunsbüttel — Ja", und das nach dem schweren Unfall in Brunsbüttel vom 18.6.78. Damit sollte der Wahlkampf 1979 bestritten werden.
Jan. 1979 Jansen erklärt öffentlich: *„ ... solange gehöre ich in der SPD zu den AKW-Gegnern, die in der Konsequenz ihre Ämter und ihre Mitgliedschaft in der SPD davon abhängig machen werden, daß ein weiterer Ausbau der Kernenergie — soweit dieser in sozialdemokratischer Verantwortung liegt — gestoppt wird"* (an K. Kiesewetter und R. Jungk in „wir", 1/79).
Sept./Okt. 1979 Kontroverse Matthiesen contra Jansen: Matthiesen will die Betriebsgenehmigung für Krümmel gestatten, Jansen beharrt „wegen der Entsorgungsfrage" auf dem vorsichtigen Nein. Der Parteitag schließt sich ihm an.
Anfang 81 Kanzler Schmidt gibt Stoltenberg grünes Licht für den Brokdorf-Weiterbau, woraufhin Oppositionsführer Matthiesen als Ministerpräsidenten-Kandidat „hinschmeißt".
28.2.81 Brokdorf IV: 100.000 am Bauzaun
28.9.81 SPD für einen „Zu-Baustopp" bei AKW-Neubauten, also Tolerierung der Alt-Anlagen, aber keine neuen mehr (Landesparteitag in Harrislee).
28.4.82 Hamburg hält (vorerst!) an Brokdorf fest, will jetzt langfristig weg von der Atomenergie. Matthiesen begrüßt diese Senatsposition, denn ein Baustopp sei in diesem fortgeschrittenen Stadium nicht mehr realisierbar, jetzt sei eine Verweigerung der Betriebsgenehmigung nur noch machbar. Gewichtige Teile der Partei protestieren gegen diese Positions-Aufweichung.
18.5.82 Engholm kommt als neuer Ministerpräsidenten-Kandidat: Er erklärt die „Schlacht um den Baustopp" für verloren. Jetzt gelte es zu prüfen, welche „Auflagen mit einer Betriebsgenehmigung verknüpft werden" könnten. Kein Widerspruch aus der Partei.
30.10.82 Parteitag in Timmendorf beschließt, Brokdorf die Betriebsgenehmigung zu verweigern, Brunsbüttel per Stillegungsplan abzuschalten und Krümmel „auf Zeit" zu akzeptieren.
26.4.86 Tschernobyl-Katstrophe — und zur selben Zeit beschließt der SPD-Bundesvorstand (in dem Engholm und Bahr aus Schleswig-Holstein drin sind), daß mittelfristig sogar noch ein steigender Atomenergieanteil notwendig sein wird, langfristig aber ausgestiegen werden muß.
7.5.86 Engholm ist gegen eine Betriebsgenehmigung von Brokdorf, will Brunsbüttel stillegen und in zehn Jahren (vielleicht länger) in Schleswig-Holstein aus der Atomenergie ausgestiegen sein. Für die Bundes-SPD hält er einen Zeitraum „von vielleicht bis 2010" wie in Schweden für machbar.
12.5.86 Engholm will bei der Stillegung beim ältesten AKW der Region anfangen: in Stade (Niedersachsen) und ansonsten konsequent *„überprüfen zu jedem Risiko zu jedem juristischen Konflikt"*.
18.11.86 Jansen kündigt ein von der Landes-SPD in Auftrag gegebenes Ausstiegsgutachten des Freiburger Öko-Instituts an und glaubt, in zwei bis drei Jahren aussteigen zu können.
1.12.86 Jansen stellt nach zweimaliger Verschiebung das im Oktober 1986 fertiggestellte Gutachten der Freiburger vor: Darin halten sie den Ausstieg in einem Jahr für machbar. Jansen bleibt bei zwei bis drei Jahren, die zuständige SPD-Kommission unter Willi Piecyk will „schnellstmöglich".
6.12.86 Sonderparteitag „Energie" beschließt einen sofort beginnenden Ausstieg nach einem Wahlsieg, der nach zwei Wahlperioden (in Schleswig-Holstein acht Jahre) abgeschlossen sein soll.
13.6.87 Jansen kündigt Stillegungsverfügung für alle drei AKW binnen eines Jahres, eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Konzeptes und ein landeseigenes Oberverwaltungsgericht an.
17.8.87 Engholm erklärt seine Bereitschaft zur Koalition mit der Pro-Atom-FDP.
15.1.88 In Lübeck wird der Skandal publik, daß die Stadt klammheimlich und ohne Not entgegen sämtlichen SPD-Beschlüssen sich vollständig an den Atomenergielieferanten Preußen-Elektra vertraglich angebunden hat: bis ins Jahr 2007. Verantwortlich: SPD-Stadträte.
22.1.88 Während in der Stadt der Protest gegen die Atommüll-Transporte eine ungeahnte Stärke gewinnt, wird der zweite Skandal publik: Wiederum waren es SPD-Stadträte, die entgegen Partei- und Ratsbeschlüssen Atommüll-Transport-Verträge langfristig abgeschlossen haben.
26.3.88 Jansen kündigt die Stillegung aller AKWs in Schleswig-Holstein „gegen alle Widerstände" bis zum Jahr 1990 an.
21.4.88 Engholm: Kein Ausstieg bis 1990, lediglich Erarbeitung der Stillegungsverfügungen bis zu diesem Zeitraum. Die AKWs in Schleswig-Holstein seien „nach Recht und Gesetz" errichtet worden — sie würden unter seiner Regierungsverantwortung auch nur *„nach Recht und Gesetz außer Kraft gesetzt werden"*.
30.5.88 Das 200.000-DM-Gutachten des Darmstädter Öko-Instituts belegt dem Hamburger Senat detailliert, wie unsicher die AKWs Stade, Brunsbüttel, Krümmel und Brokdorf sind.
3.6.88 Jansen begrüßt das Gutachten und kündigt *„konkrete zusätzliche Überprüfungen in jedem der drei Schleswig-Holstein-AKWs an"* um *„die tatsächlichen Gefahren für das Leben und die Gesundheit im Detail zu untermauern". „Wenn sich die Erkenntnisse des Hamburger Gutachtens durch unsere behördlichen Überprüfungen bestätigen, müssen wir handeln und gegebenenfalls nach Paragraph 17,5 Atomgesetz stillegen."*

Ausländerrecht:

Ein neues Dokument des Rassismus

Während die in diesem Jahr erwarteten rund 200.000 „Aussiedler" aus Osteuropa und der Sowjetunion „bei uns herzlich willkommen sind" (Kohl), stellt jeder Flüchtling, vornehmlich aus den Ländern der „3. Welt", eine schwere „Belastung" für den gesunden deutschen Volkskörper dar.

Mit dem Kunstgriff, neben einer deutschen „Staatszugehörigkeit" noch eine „Volkszugehörigkeit" geschaffen zu haben, brauchen die „Aussiedler" nur einen Nachweis, daß sie selbst Deutsche sind oder aber ihre Vorfahren „deutsch" waren. Ein Nachweis über den Vater bei der Reichswehr reicht völlig aus, um als Deutscher unter Deutschen begrüßt zu werden. Wehe denen, die nicht über ein solches „Privileg" verfügen und obendrein noch aus sogenannten Kriegs- und Krisengebieten der „3. Welt" um Asyl ersuchen. Für sie sind die westdeutschen Grenzen dicht, Schlupflöcher werden gestopft und ihnen droht — wenn sie überhaupt in dieses Land gelangen — im Zweifelsfall die Abschiebung.



Die in diesem Jahr erwarteten 100.000 Menschen, die in die BRD flüchten, sind dem Zimmermannschen Innenministerium zuviel. Daher steht in den Koalitionsvereinbarungen dieser Regierung auch eine Neuregelung des Ausländerrechts auf dem Wendezettel — und dazu liegt ein erster Referentenentwurf von Zimmermann vor. Dieser deutscht so deutsch, daß er von niemandem überdeutscht werden kann.

Zwar haben die Sozialausschüsse der CDU, die Liberalen, die SPD und die Grünen mehr oder weniger massiv gegen den Referentenentwurf gestänkert — aber so ungestört sollte dieser Testballon der CSU nicht abfliegen. Er zeigt an, in welche Richtung hier gedacht und geplant wird.

Westdeutsches Ausländerrecht in der Tradition des Nazismus

Von einem halbwegs liberalen Ausländerrecht konnte noch bis zum Geltungsbereich der „Preußischen Ausländerpolizeiverordnung" aus dem Jahre 1932 gesprochen werden, denn da hieß es im § 1 kurz und bündig: *„Jeder Ausländer ist zum Aufenthalt im Preußischen Staatsgebiet zugelassen, solange er die in diesem Gebiete geltenden Gesetze und Verwaltungsvor-*

enthalt im Preußischen Staatsgebiet zugelassen, solange er die in diesem Gebiete geltenden Gesetze und Verwaltungsvor-

schriften befolgt" (zit. nach Heldmann 1974). Der Ausländer wurde also als Subjekt betrachtet, und eine Ausweisung war nur dann nach juristischem Ermessen möglich, wenn die betreffende Person gegen geltende Gesetze verstoßen hatte.

Erst die „Ausländerpolizeiverordnung" aus dem Jahre 1938 markierte den Weg für die heutigen Rechtsauffassungen. § 1: *„Der Aufenthalt im Reichsgebiet wird Ausländern erlaubt, die nach ihrer Persönlichkeit und dem Zweck ihres Aufenthaltes im Reichsgebiet die Gewähr dafür bieten, daß sie der ihnen gewährten Gastfreundschaft würdig sind"* (APVO 1938, zit. nach Heldmann 1974).

Selbst in diesem Gesetz der damaligen nazistischen Machthaber wird noch von einer Subjektbindung ausgegangen, allerdings erhielten die polizeilichen Ausländerbehörden umfassende Ermessensspielräume gegen Ausländer, die durch so schwammige Begriffe wie „nach ihrer Persönlichkeit", dem Aufenthaltszweck usw. begründet wurden. Die im Faschismus betriebene Weiterentwicklung des Ausländerrechts beinhaltete eine polizeistaatliche Verfaßtheit, wonach *„den Belangen der Allgemeinheit und den Erfordernissen der Staatssicherung andere Rücksichten in jedem Falle unterzuordnen sind"*, wie es in einem damaligen authentischen Kommentar zur AVPO hieß (Pfundtner/Neubert 1938, zit. nach: Heldmann 1974).

Die AVPO aus dem Jahre 1938 wurde erst 1965 durch die damalige Verabschiedung des bis heute geltenden Ausländergesetzes ersetzt. Dort heißt es in § 2: *„Die Aufenthaltserlaubnis darf erteilt werden, wenn die Anwesenheit des Ausländers Belange der Bundesrepublik Deutschland nicht beeinträchtigt"* (AuslG 1965).

Diese Neufassung liegt zum einen in der Kontinuität nazistischer Rechtsprechung und enthält fast wortgleiche Formulierungen oder Begründungszusammenhänge („Belange der Allgemeinheit", „Belange der BRD"); eine weitere Verschärfung ergibt sich jedoch daraus, daß subjektive Kriterien der Ausländer vollkommen den „Belangen" des Staates geopfert werden. In der damaligen Gesetzesbegründung hieß es dazu: gegen Belange der BRD verstößt ein Ausländer, wenn seine Anwesenheit im Bundesgebiet „mit den Interessen des Staates oder der Allgemeinheit nicht in Einklang steht" (Bundestagsdrucksache IV/868, S. 12, Bonn 1965).

der Allgemeinheit nicht in Einklang steht" (Bundestagsdrucksache IV/868, S. 12, Bonn 1965).

Ausländer werden demnach nur als Objekte betrachtet, die zunächst mit einem Aufenthaltsverbot belegt sind. Erst nach einer „Ermessensprüfung", bei der *„alle einschlägigen Gesichtspunkte, seien sie politischer, wirtschaftlicher, arbeitspolitischer oder sonstiger Natur"* zu berücksichtigen seien, darf die Behörde dem Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis erteilen (ebd.). Damit wird die völlige Umkehrung des Ausländerrechts im Vergleich zu 1932 deutlich: Die Aufenthaltserlaubnis von Ausländern verkommt zum reinen Gnadenakt, wenn die „Belange der BRD" nicht beeinträchtigt werden, oder, wie der Rechtsanwalt Hans Heinz Heldmann im Juristendeutsch treffend formulierte, zur *„präventiven Verbotsnorm mit Erlaubnisvorbehalt"* (Heldmann 1974). Im neuen Referentenentwurf für ein neues Ausländergesetz vom 1.2.1988 wird die Kontinuität von 1965 auf die Spitze getrieben. Im § 1 des „Ausländeraufenthaltsgesetzes" (AAG) heißt es *„Ausländern kann nach Maßgabe dieses Gesetzes das Recht gewährt werden, in das Gebiet der BRD einzureisen und sich darin aufzuhalten"*. Wann ein Ausländer in die BRD einreisen „kann", das liegt im Ermessen des Staates *„nach Maßgabe ihrer Interessen"* (§ 3/1) und *„unter Beachtung des Vorrangs der öffentlichen Interessen"* (§ 4). Das Paragraphenwerk ist zwar länger, der Geist von 1938 aber der gleiche geblieben.

Nationalistisch-rassistische Begründungen

In aller Offenheit legen die Referenten des Innenministeriums ihre Gründe für die Neuformulierung ihres Entwurfs eines Ausländergesetzes dar. *„Die Entscheidung, ob und in welchem Umfang Ausländern der dauernde Aufenthalt im Bundesgebiet ermöglicht werden soll"*, sei eine *„Frage des Selbstverständnisses der Bundesrepublik Deutschland als eines deutschen Staates"*. Eine fortlaufende Zuwanderung von Ausländern bedeutet *„den Verzicht auf die Homogenität der Gesellschaft"*; die *„gemeinsame deutsche Geschichte, Tradition, Sprache und Kultur verlören ihre einigende und prägende Kraft"*, daher müsse *„im nationalen Interesse"* einer weiteren Zuwanderung schon *„im Ansatz begegnet werden"*. Es gehe nicht an, die *„geschichtlich überkommene Prägung der eigenen Umwelt preiszu-*

„im Ansatz begegnet werden". Es gehe nicht an, die *„geschichtlich überkommene Prägung der eigenen Umwelt preiszu-*

geben und das eigene Land der Besiedlung durch Ausländer zu öffnen", denn *„die Bewahrung des eigenen nationalen Charakters ist das legitime Ziel eines jeden Volkes und Staates"*. Darüber hinaus sei „die ungelöste nationale Frage der Deutschen eine geschichtliche Verpflichtung".

Neben diesen nationalistischen Kampfbegriffen wird die Zuzugsbegrenzung von Ausländern auch mit der *„Bewahrung des inneren Friedens"* begründet, da eine Liberalisierung des Ausländerrechts *„in der deutschen Bevölkerung auf vielfache Ablehnung"* stoße. Diese Anbiederung an rechtspopulistische Stimmungen und rechtsradikale Organisationen hat sozialdemokratische Tradition. In den Kabinettsbeschlüssen der Regierung Helmut Schmidt vom 11.11.1981 und 3.2.1982 heißt es, daß die BRD *„kein Einwanderungsland ist und auch nicht werden soll"*; ein *„weiterer Zuzug unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten"* müsse *„verhindert"* werden, dies sei *„zur Aufrechterhaltung des sozialen Friedens unerläßlich"* (Staatssekretär Waffenschmidt im Bundestag, 24.6.88, zitiert nach: Plenarprotokoll 11/88, Bonn).

Der Referentenentwurf vom 1.2.88 besteht im Unterschied zum geltenden Gesetz aus dem Jahre 1965 aus zwei Teilen: dem „Ausländerintegrationsgesetz" (AIG) und dem „Ausländeraufenthaltsgesetz" (AAG). Das AIG enthält im wesentlichen Bestimmungen über das Aufenthaltsrecht der bereits in der BRD lebenden Arbeitsimmigranten („Gastarbeiter") und ihrer Familienangehörigen, während das AAG das allgemeine Ausländerrecht umfaßt.

Das Ausländerintegrationsgesetz (AIG)

Erklärtes Ziel der Bundesregierung ist, den weiteren Zuzug von Ausländern zu verhindern und die sogenannte Integration der bereits Zugewanderten zu fördern. Das AIG, auf die Integration zugeschnitten, erfüllt die Aufgabe jedoch nicht.

Dem Anspruch nach soll es vor allem den Arbeitsimmigranten, die vor 1973 massiv angeworben wurden, einen rechtlich gesicherten Daueraufenthalts-Status garantieren. Es zeigt sich aber, daß auch das AIG den durchgängigen ausländerfeindlichen Richtlinien folgt. Bereits im §

garantieren. Es zeigt sich aber, daß auch das AIG den durchgängigen ausländerfeindlichen Richtlinien folgt. Bereits im §

1 AIG sind nämlich nur diejenigen „ausländischen Arbeitnehmer" angesprochen, denen *„vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes die Einreise zur nicht nur vorübergehenden Ausübung einer unselbständigen Erwerbstätigkeit erlaubt worden ist"*.

Es betrifft also vor allem diejenigen ausländischen Arbeiter, die größtenteils bereits jetzt im Besitz einer unbefristeten Aufenthaltsberechtigung sind und nach § 2 eine *„besondere Arbeitsgenehmigung besitzen"*, sich *„auf einfache Art in deutscher Sprache verständigen können"* und deren Lebensunterhalt *„ohne Inanspruchnahme von Sozialhilfe"* gesichert ist. Weitere Voraussetzung: diese Gruppe muß seit mindestens acht Jahren eine sozialversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit ausgeübt haben. Damit fallen alle diejenigen heraus, die früher als Studenten, Flüchtlinge, Arbeiter in befristeten Beschäftigungsverhältnissen oder im Rahmen der „Schattenwirtschaft" in die BRD einreisten oder angeworben wurden.

Darüber hinaus enthält das AIG zahlreiche sehr detaillierte Regelungen, die die Erlangung einer unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung unmöglich machen: im Falle von Obdachlosigkeit etwa oder einer *„unzureichenden Wohnung"*, *„ungenügenden Sprachkenntnissen"*, dem Empfang von Sozialhilfe, der Auflösung der *„häuslichen Gemeinschaft"* usw. Damit wird selbst dem integrationswilligsten Ausländer vom Staat vorgeschrieben, wie er zu leben hat. In diesem Zusammenhang ist die staatliche Definition von „Integration" in der Gesetzesbegründung aufschlußreich: Integration setze nämlich Integrationsfähigkeit und -bereitschaft voraus; den *„Ausländern obliegt es, sich in die rechtliche, soziale und wirtschaftliche Ordnung der BRD einzufügen, die hiesigen kulturellen und politischen Wertvorstellungen zu respektieren und sich nicht gegen ihre deutsche Umwelt (...) zu verschließen. Auch darf der legitime Wille zur Bewahrung der kulturellen Identität nicht als Vorwand für eine selbstisolierende, rein negative Abwehrhaltung gegen deutsche kulturelle Einflüsse dienen"*.

„Integration" ist also ganz im Sinne von Assimilation definiert; wer sich nicht „einfügen" will, der soll gehen.

Das Ausländer aufenthaltsgesetz (AAG)

Das AAG soll für alle Ausländer, die nicht unter das AIG fallen oder erst nach Inkrafttreten dieses Gesetzes einreisen, gelten. Künftig benötigen auch Kinder unter 16 Jahren eine Aufenthaltsgenehmigung, um den Kindernachzug vollständig zu kontrollieren.

Nachdem der berühmte Grundgesetz-Paragraph 16,2 („Politisch Verfolgte genießen Asylrecht") durch die fortlaufende Verschärfung der Ausländergesetzgebung bereits ausgehebelt wurde, umgeht das AAG auch internationale völkerrechtliche Vereinbarungen, die die BRD unterzeichnet hat bzw. ratifizieren will (Genfer Flüchtlingskonvention, Anti-Folter-Konvention usw.). Das Schlupfloch findet sich im § 2/2 AAG, wonach der Anwendungsbereich dieses Gesetzes über Einreise und Aufenthalt von Ausländern gegenüber anderen zwischenstaatlichen Vereinbarungen *„unberührt"* bleibt, aber nur, *„soweit (...) in diesem Gesetz die unmittelbare Anwendbarkeit ausdrücklich bestimmt ist"*. Mit anderen Worten: völkervertragliche Vereinbarungen finden nur dann Anwendung, wenn diese auch ausdrücklich im Ausländergesetz festgeschrieben sind. Ist dies nicht der Fall, braucht sich die BRD nicht an die internationalen Abkommen zu halten. Von Bedeutung ist dieser Punkt insofern, weil die internationalen Abkommen gegenüber der westdeutschen Asylpraxis eine gewisse Schutzfunktion ausüben; so verbietet die UN-Anti-Folter-Konvention Abschiebungen, bundesdeutsche Gerichte jedoch erkennen Folter als Asylgrund nicht in jedem Fall an.

In den §§ 3 und 4 AAG wird die reine Objekt-Stellung der Ausländer untermauert. Die BRD entscheidet *„nach Maßgabe ihrer Interessen"* über ihren Aufenthalt (§ 3); diese *„öffentlichen Interessen"* hätten *„Vorrang"* gegenüber den *„schutzwürdigen Belangen"* des Ausländers. Und obendrein bestehe eine *„Pflicht zur Ermittlung außerhalb des Bundesgebiets gelegener Sachverhalte nicht"* (§ 4). Damit wird nochmals unterstrichen, daß allein die „deutschen Interessen" maßgeblich für die Gewährung einer Aufenthaltserlaubnis sind, während westdeutsche Gerichte nicht verpflichtet seien, etwa Fluchtgründe in den Herkunftsländern zu ermitteln.

Das AAG zeichnet sich vor allem durch eine Ausdifferenzierung der sogenannten Aufenthaltstitel aus. Im geltenden Auslän-

Das AAG zeichnet sich vor allem durch eine Ausdifferenzierung der sogenannten Aufenthaltstitel aus. Im geltenden Auslän-

derrecht wird zwischen Aufenthaltserlaubnis und Aufenthaltsberechtigung unterschieden. Unter dem Sammelbegriff „Aufenthaltsgenehmigung" tauchen nunmehr nach den Kriterien des Aufenthaltsgrundes und -zweckes ganze fünf neue Titel auf: 1. die Aufenthalts*erlaubnis*, 2. die Aufenthalts*berechtigung*, 3. die Aufenthalts*bewilligung*, 4. die Aufenthalts*gestattung* und 5. *Familienaufenthaltsgenehmigung* (FAG).

Die „Erlaubnis" erhalten diejenigen Ausländer, denen der Aufenthalt *„ohne Bindung an einem bestimmten Aufenthaltszweck ermöglicht werden soll"*, also vor allem Arbeitsimmigranten, allerdings nicht über eine Geltungsdauer von acht Jahren hinaus. Spätestens dann ist Sense.

Die „Berechtigung" beinhaltet praktisch ein unbeschränktes Aufenthaltsrecht unter der Voraussetzung einer bereits bestehenden fünfjährigen, unbefristeten Aufenthaltserlaubnis. In der Regel kann dieser Titel dann erworben werden, wenn die Arbeitsimmigranten bereits mindestens zehn Jahre in der BRD „rechtmäßig" erwerbstätig waren.

Bei der „Bewilligung" handelt es sich um eine zeitlich befristete Aufenthaltsgenehmigung, die an den Zweck des Aufenthalts gebunden ist. Sie gilt also für ausländische Studenten, Arbeiter mit befristeten Verträgen usw. und ist auf eine maximale Dauer von fünf Jahren begrenzt.

Unter die „Gestattung" fallen die sogenannten de-facto-Flüchtlinge, die ohne Asylanerkennung aus humanitären oder politischen Gründen in der BRD „geduldet" werden. Voraussetzung für diesen Titel: zwei Jahre Duldung in der BRD, danach gibt es die „Gestattung", die wiederum auf ein Jahr befristet ist. Sie kann um ein weiteres Jahr verlängert werden, wobei die betreffenden Flüchtlinge das Bundesland, in dem sie sich aufhalten, nicht verlassen dürfen.

Asylbewerber nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Land der Staatsangehörigkeit	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987
Europa	65 809	21 169	15 264	6 589	11 553	18 174	25 164	36 629
darunter:								
Polen	2 090	9 901	6 630	1 949	4 240	6 672	10 981	15 194
Rumänien	777	929	1 009	587	644	887	1 512	1 964
Tschechoslowakei	2 385	2 000	2 110	1 400	1 475	1 411	1 394	1 516
Türkei	57 913	6 302	3 686	1 548	4 180	7 528	8 693	11 426
Ungarn	1 466	1 227	911	587	485	736	1 116	1 585
Afrika	8 339	5 910	6 885	3 484	5 868	8 093	9 486	3 568
darunter:								
Äthiopien	3 614	601	1 275	906	2 264	2 625	1 762	800
Ghana	2 768	3 378	4 114	1 611	2 670	3 994	5 769	783
Amerika und Australien	217	160	140	114	86	97	142	206
Asien	31 998	19 215	13 274	8 152	16 849	44 298	56 575	15 961
darunter:								
Afghanistan	5 466	3 601	2 072	687	1 198	2 632	3 055	1 586
Indien	6 693	3 220	2 819	1 548	1 083	4 471	6 554	1 073
Iran	749	915	958	1 190	2 658	8 840	21 700	6 538
Libanon	1 457	2 032	1 165	691	1 451	4 576	10 840	1 448
Pakistan	6 824	5 188	3 099	763	1 587	3 240	3 156	1 592
Sri Lanka	2 673	2 750	1 416	2 645	8 063	17 380	3 978	2 285
Staatenlose u. a.	1 455	2 937	1 860	1 398	922	3 170	8 283	1 015
Insgesamt	**107 818**	**49 391**	**37 423**	**19 737**	**35 278**	**73 832**	**99 650**	**57 379**

(Quelle: Statistisches Jahrbuch der BRD 1988, Wiesbaden

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Nach dem § 15/4 AAG können sich Flüchtlinge jedoch freikaufen, wenn „Dritte" sich dafür verbürgen, den Lebensunterhalt des Ausländers für mindestens zehn Jahre zu sichern. Nicht nur, daß der Staat die Kosten für die Aufnahme oder „Gestattung" von Flüchtlingen quasi privatisiert; Hauptnutznießer dieser Regelung sind beispielsweise die, die am sogenannten Sextourismus und an Bordellen verdienen, oder Leute, die sich eine billige Haushälterin zulegen wollen. Einer — auch noch staatlich legitimierten — neuen Form von Sklaverei wird Tür und Tor geöffnet.

Nach der Familienaufenthaltsgenehmigung (FAG) entfällt eine Aufenthaltsberechtigung mit Ausnahme der ersten Generation, die vor dem Anwerbestopp (1973) in die BRD kam. Ansonsten ist die FAG an die Dauer der Aufenthaltsgenehmigung des in der BRD lebenden Ausländers gekoppelt. Für die zweite Generation ist der Ehegattennachzug (also überwiegend die Frauen) de facto ausgeschlossen, denn der Gatte muß sich mindestens acht Jahre „rechtmäßig" in der BRD aufgehalten haben und seine Einbürgerung „aus von ihm nicht zu vertretenden Gründen" abgelehnt worden sein (§ 21/4). Ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für Frauen ist nicht vorgesehen, sondern an „häusliche Gemeinschaft", „angemessene Wohnung" usw. gebunden. Ein Nachzug von Kindern gilt prinzipiell nur bei Vorhandensein beider Elternteile; Kinder bis zu sechs Jahren besitzen einen Rechtsanspruch, im Alter von sechs bis fünfzehn Jahren wird nach Ermessen entschieden, bei Volljährigkeit kann die FAG unter bestimmten Voraussetzungen verlängert werden.

Nach dem obersten Prinzip der *Förderung der Rückkehrbereitschaft"* der Ausländer ist unter diesen Umständen eine langfristige Lebensplanung nicht möglich. Der Aufenthalt in der BRD ist derart reglementiert, an Zweck und Dauer gebunden, an Fristen geknüpft, daß alle Ausländer, die unter das AAG fallen, allerspätestens nach acht Jahren wieder ausreisen müssen. Diese Reglementierung hat u.a. den Hintergrund, den außereuropäischen Flüchtlingen und Arbeitsimmigranten den Zuzug bzw. die Zuflucht zu versperren, weil im Rahmen der Liberalisierung des EG-Marktes genügend billige Arbeitskräfte aus Irland, Portugal, Spanien, Griechenland usw. zur Verfügung stehen, für die das Ausländerrecht nicht gilt.

Hinsichtlich der Ausreisepflicht von Ausländern (im Falle unerlaubter Einreise, abgelaufener oder fehlender Aufenthaltsgenehmigung) sollen ebenfalls einige Verschärfungen vorgenommen werden. So unterliegt der betreffende Ausländer einer besonderen Anzeigepflicht gegenüber den Behörden, muß sich z.B. melden, wenn er seinen Wohnbezirk für mehr als drei Tage verlassen will usw.. Bei Verstoß gegen die Meldepflicht erfolgt sofort Sicherungshaft.

Der § 34/3 bringt den hier lebenden Ausländer in eine Geiselstellung gegenüber seinem Heimatland, *„wenn der Herkunftsstaat des Ausländers Deutschen das Recht auf Einreise, Aufenthalt oder Ausreise verweigert"*.

Nach § 36/1 „kann" eine Ausweisung erfolgen, wenn der Aufenthalt eines Aus-
reise verweigert".

Nach § 36/1 „kann" eine Ausweisung erfolgen, wenn der Aufenthalt eines Ausländers *„die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder sonstige erhebliche Interessen der BRD beeinträchtigen kann"*. Bereits aufgrund bloßer Vermutung „kann" ein Ausländer nach diesem Polizeistaatsparagraphen ausgewiesen werden. Nach § 36/3 ist eine individuelle Ausweisung, die *„ausschließlich der Generalprävention dienen soll"*, möglich. Das dient allein zur Abschreckung und dem Ziel der „Einfügung" der übrigen Betroffenen.

Bezüglich der Ausweisungsgründe wird zwischen der „Kann-„ und „Regelausweisung" unterschieden. Unter die „Kann-Ausweisung" fallen all die, die obdachlos sind oder Sozialhilfe beanspruchen, oder derjenige, der die *„BRD oder ein Verfassungsorgan verächtlich macht oder in sonstiger Weise herabwürdigt"* (1). Die „Regel-Ausweisung" erfolgt, wer die fdGO „gefährdet" oder *„die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Interessen der BRD gefährdet."* (§ 39). Das zielt auf alle Arbeitsimmigranten und Flüchtlinge, die mit ihren jeweiligen Befreiungsbewegungen sympathisieren oder ihnen angehören. Ein Ausweisungs-Muß besteht im Falle der Verbüßung einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung oder im Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz, wobei bereits der Besitz eines Gramms Haschisch ausreichen würde.

Zum Punkt „Ausweisung" finden sich in den Gesetzesbegründungen einige bemerkenswerte Hinweise. Demnach sei die Ausweisung (!) die *„Grundlage der Integration"* und das *„wichtigste Instrument zur rechtlichen Absicherung des Ausländern gewährten Aufenthalts"*. Gesetzliche und polizeistaatliche Droh- und Abschreckungspotentiale bilden also den Hintergrund für die geplante Zwangsintegration und das feinmaschige Sieb, das die Grenzen für Menschen aus Nicht-EG-Staaten möglichst ganz dicht machen soll.

Hinsichtlich der Duldung von Flüchtlingen und der Abschiebungen fiel dem Innenministerium nicht mehr ein, da die bestehenden Regelungen bereits scharf genug sind. Im Falle der Duldung von Flüchtlingen ist lediglich die Freizügigkeit auf den Bereich der zuständigen bezirklichen Ausländerbehörde beschränkt worden, was ebenfalls der geltenden Praxis schon weitgehend entspricht.

Gegenüber Flüchtlingen enthält die Gesetzesbegründung folgende bemerkenswerte Interpretation: da die BRD mit dem Problem konfrontiert sei, *„nicht mehr verkraftbare Zuwanderungen von Ausländern abwehren zu müssen"*, könne Ausländern der Aufenthalt in der BRD auch dann versagt werden, wenn *„ihre Menschenrechte außerhalb des Bundesgebiets nicht in vollem Umfang gewährleistet sind"*. Mit dieser Argumentation ließe sich jede Zuflucht und jeder Asylgrund leugnen; ein bißchen Folter dort, ein Bürgerkrieg da — keine ausreichenden Zufluchtsgründe, denn wo sind, einschließlich der BRD, die Menschenrechte „in vollem Umfang" verwirklicht? Dazu paßt, daß den Flüchtlingen schon jetzt der Zugang in die BRD an der Grenze verwehrt wird — u.a. durch die Einführung des Visumszwangs, der Vereinbarung mit der DDR über das Schließen des „Schlupfloches" Flughafen Schönefeld usw.. In den §§ 56 und 60 AAG erfolgt eine weitere Zugangsbeschränkung, wonach die bundesdeutschen Auslandsvertretungen keinerlei Begründungen bei Versagung eines Visums abgeben müssen.

Und der § 68 AAG enthält — wie bisher — die gesetzliche Grundlage für die Aufhebung jeglichen Datenschutzes gegenüber Ausländern: auf Anforderung der Ausländerbehörden haben andere öffentliche Ämter alle Umstände über die betreffenden Ausländer mitzuteilen, die für die Ausländerbehörde *„von Bedeutung sein können"*. Das Bundesinnenministerium kann sich außerdem dazu ermächtigen, zu bestimmen, welche Behörden *„ohne Aufforderung"* Amtshilfe zu leisten haben.

Ein Testballon

Der mit Rassismus und Nationalismus durchtränkte Referentenentwurf des Innenministeriums trägt zum einen dem Umstand Rechnung, daß die Arbeitsimmigranten, die vor allem vor 1973 angeworben wurden, einen sicheren Aufenthaltsstatus erhalten. Hier wird juristisch das nachvollzogen, was faktisch längst Realität ist, um es in der Öffentlichkeit als ausländerfreundliche Integration feilzubieten. Das AIG als Zuckerbrot — das AAG als Peitsche: letzteres kann nur als totales Abschreckungs-und Abschottungsgesetz gegenüber Arbeitsimmigranten und Flüchtlingen bezeichnet werden, die erst später in die BRD einreisten oder noch einreisen werden. Darüber hinaus ist das AAG im Zusammenhang einer EG-einheitlichen Asyl- und Ausländerpolitik zu sehen, denn im Zuge eines „europäischen Binnenmarktes" arbeiten die Innenministerien daran, bei Freizügigkeit des Personenverkehrs innerhalb der EG die Grenzen gegenüber außereuropäischen Arbeitsimmigranten und Flücht-

keit des Personenverkehrs innerhalb der EG die Grenzen gegenüber außereuropäischen Arbeitsimmigranten und Flücht-

lingen dichtzumachen (2).

Der Referentenentwurf stieß nach seinem Bekanntwerden auf erhebliche Kritik nicht nur bei Flüchtlingsgruppen, den Kirchen und den Grünen, sondern auch der FDP und Teilen der Christdemokraten. In der vorliegenden Fassung dürfte dieser Entwurf kaum als Gesetzesvorlage von der Regierungskoalition eingebracht werden. Aber der Entwurf zeigt die Richtung an, setzt die Pflöcke ein — der FDP bleibt im parlamentarischen Spiel nur, den Entwurf mit einigen „liberaleren" Korrekturen zu garnieren und sich beim nächsten Koalitionsgezeter zu profilieren.

Ob — wie in der Koalitionsvereinbarung vereinbart — ein neues Ausländergesetz noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird, ist derzeit nicht abzusehen.

D./Westberlin

Anmerkungen:

(1) Seine Ergänzung findet dieser Maulkorb-Paragraph in den §§ 28 und 29 AAG über die „politische Betätigung" von Ausländern; die BRD gewährt zwar eine politische Betätigung, aber nur, wenn sie „den außenpolitischen Interessen" der BRD nicht widerspricht und wenn sie nicht „die politische Willensbildung (...) von Deutschen und Ausländern" beeinträchtigt.

(2) Im Rahmen des „Schengener Abkommens" arbeiten die Innenministerien und die EG-Bürokratie klammheimlich an einer Vereinheitlichung der Asylpolitik, Maßnahmen zur „Inneren Sicherheit", der gemeinsamen Drogenbekämpfung, dem Datenaustausch, der Terrorismusbekämpfung. In der Schengen-Gruppe arbeiten die BRD, Frankreich, die Benelux-Staaten sowie Italien und das Nicht-EG-Land Österreich als Beobachter zusammen, um ein Abkommen über „Grenzfragen" vorzubereiten, das 1992 dann generell gelten soll.

Literatur:
— Heldmann 1974: Hans Heinz Heldmann, Ausländerrecht — Disziplinarordnung für die Minderheit, Darmstadt 1974

Arbeitsdienst '88

1983, kurz nach der Bonner Wende, waren die Nöte und Ängste, die sich für viele mit Arbeitslosigkeit verbinden, der Bundesregierung noch einige Showeinlagen wert. Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und des Lehrstellenmangelrekords geisterten als „wirtschaftspolitisches Ziel Nummer eins" durch Kanzlererklärungen und Wahlkampfsprüche. (1) Von einer Reduzierung auf weit unter zwei Millionen, ja sogar unter die Millionengrenze war die Rede. Viel zu viele fielen auf das Märchen rein, daß mit einer CDU-Regierung und fröhlichen Industriekapitänen auch wieder alle Galeerensklaven Arbeit finden würden. Tatsächlich stagnieren die Zahlen seit nunmehr fünf Jahren. Zwar ist es endlich wieder ansatzweise soweit, daß Lehrstellen da sind. Aber selbst das liegt nicht an der Lehrstellenlüge des Bundeskanzlers Kohl, sondern daran, daß einfach weniger Jugendliche aus den Schulen ausgespuckt werden. Wenn Ehrenworte was zählen würden im Sumpf der „Großen Politik", dann müßte Kohl unter einer Badewanne, die in einem Haifischbecken dümpelt, kielgeholt werden.

Aber Frechheit siegt. Blüm hat da sicher mit seiner Lehrstellenverlosung in einer Bonner Sparkasse bahnbrechendes geleistet. Wer als Kapitalist richtig hip sein will, der macht mit seinen Lehrstellen Imagepflege für sich. Der Supermarkt „plaza" wirbt auf seinen Plastiktüten für seine Ausbildung — und damit für sich. Und wer kennt nicht diese idiotische Plakette „Dieser Betrieb bildet aus", meistens im Schaufenster von kleinen Klitschen, wo der Azubi voll mitarbeiten muß und wenig lernt, damit die Gewinnspanne steigt.

„...arbeitsunwillige Jugendliche"

1988, im Juni: CDU-Parteitag. Kohl in Höchstform: „Wir leben auf der Sonnenseite der Geschichte unseres Volkes" freut sich der Parteivorsitzende und geißelt den „törichten Jugendkult", der verhindere, daß Arbeitnehmer über die Pensionierungsgrenze hinaus arbeiten. Rund einem Drittel aller Werktätigen dürfte das übrigens einigermaßen schwerfallen, weil sie schon vor Erreichen der Rente in die Kiste springen. Aber wichtig ist, daß heutzutage mehr „Leistung" aus dem einzelnen Arbeitnehmer herausgepreßt wird und mit Schwund muß man rechnen. Rationalisierung, Profitsteigerung, Gewinnspanne, Weltmarktkonkurrenzfähigkeit, wir müssen besser als die Japaner sein und das ist wichtiger als Arbeit und menschenwürdiges Leben für alle.

Aber irgendwie ist das eben doch eine dauernde Anklage gegen die von allen Rücksichten freie unsoziale Marktwirtschaft — diese Arbeitslosenstatistik, die einmal im Monat durch die Tagesschau geistert.

Krisen haben ja immer sowas kribbliges, unruhiges. Sie können halt immer wieder in eine der beiden Richtungen ausschlagen, entweder Resignation und Ver-

ges, unruhiges. Sie können halt immer wieder in eine der beiden Richtungen ausschlagen, entweder Resignation und Ver-

einzelung oder die Wut der Arbeitslosen ballt sich und schlägt zurück. Und wenn diejenigen, die in diesem Land mit der Arbeitslosigkeit als Angstmacher ihre Arbeitnehmer kleinmachen wollen, mal das kriegen würden, was sie verdienen — dann wär einiges los. Also muß immer wieder gepöbelt werden gegen die faulen Arbeitslosen, vertuscht werden, was hier eigentlich abgeht. Und für Jugendliche wird deshalb die Einführung eines Arbeitsdienstes gefordert.

So ein netter Arbeitsdienst kann „erziehenden Charakter" haben. Arbeiten für wenig Geld, mit der ständigen Angst im Nacken: Wenn du hier nicht kuscht, streichen sie dir mal eben für zwei Wochen das bißchen Sozi oder Arbeitslosengeld. Da kommt mensch nicht so schnell auf schlaue Gedanken, stattdessen hast du noch mehr Streß damit, aufzupassen, daß du nicht völlig absäufst.

Auf demselben CDU-Parteitag, auf dem Kohl die „Sonnenseite der Geschichte" lobpries, sammelte das CDU-Bundesvorstandsmitglied Renate Hellwig noch Unterschriften für einen Antrag, der eine Art Arbeitsdienst für Jugendliche fordert: „Kein junger Mensch bis zum 25. Lebensjahr sollte auch nur einen Tag Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe erhalten, ohne dafür wenigstens halbtags zu arbeiten oder sich weiterzubilden." Unterschrieben wurde der Antrag vor allem von baden-württembergischen Deligierten, darunter den beiden Landesministern Schlee und Vetter, sowie dem wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wissmann (6). Gegenüber der „taz" erklärte Frau Hellwig, die Nähe der Initiative zum Reichsarbeitsdienst störe sie nicht: „Der Arbeitsdienst ist von einer demokratischen Regierung vor der Machtergreifung der Nazis eingeführt worden." Der Antrag wird damit begründet, daß „nur so vorbeugend ein Vergammeln Jugendlicher mit allen negativen Folgeerscheinungen (Drogen, Kriminalität, Nichtseßhaftigkeit)" verhindert werden könne (2) Wessen Geistes Kind der Antrag ist, braucht wohl nicht mehr groß erklärt zu werden — Zucht und Ordnung sind allerdings nix speziell faschistisches, da muß ich Frau Hellwig Recht geben. Rebellion ist ja auch nix speziell maoistisches, aber sie erscheint mir hier echt mehr als gerechtfertigt.

Bereits einen Monat vorher hatte Lothar Späth Zwangsmittel gegen „arbeitsunwillige" Jugendliche gefordert: Wer nicht einige hundert Kilometer entfernt jede Arbeit annehmen will, sei „arbeitsunwillig". Ab 20% aufwärts sollen von den Sozialleistungen gestrichen werden, wenn jemand wiederholt Stellen- oder Ausbildungsangebote ausschlägt. Die IG Metall meinte dazu: „Rechtsradikale Propaganda". (3)

Und auf einer Demonstration in Stuttgart am 21. Mai riefen dagegen 1.500: „Der Lothar schimpft aufs Gammlertum und sitzt selbst nur im Landtag rum. Statt Arbeitsdienst und Bundeswehr — mehr Lehrstellen müssen her". (6)

Neue Armut — für viele Jugendliche Realität

Knapp die Hälfte der Jugendlichen unter zwanzig, die im September 83 bei den Arbeitsämtern als erwerbslos gemeldet waren, erhielt keinen Pfennig vom Arbeitsamt. Vor allem ausländische Jugendliche: Mehr als dreiviertel der unter 20jährigen ausländischen Erwerbslosen waren aus der Arbeitslosenunterstützung ausgegrenzt. Von den Jugendlichen ohne abgeschlossene Berufsausbildung waren 69% aus dem Leistungsbezug ausgeschlossen. Das sind Zahlen aus der Studie „Neue Armut", die der DGB 84 gemacht hat. Besser ist es sicher seitdem nicht geworden. (4) Vor diesem Hintergrund wirkt die „Arbeitsdienst"-Initiative umso gruseliger und skrupelloser. Diese Arbeitsdienst-Propaganda hat dabei einen doppelten Effekt: Einerseits soll die Kontrolle und Ausnutzung arbeitsloser Jugendlicher durch einen Arbeitsdienst

nen doppelten Effekt: Einerseits soll die Kontrolle und Ausnutzung arbeitsloser Jugendlicher durch einen Arbeitsdienst

salonfähig gemacht werden, andererseits handelt es sich hierbei um den Versuch, die Öffentlichkeit auf weitere Kürzungen der sozialen Leistungen für Jugendliche einzustimmen. Denn daß mensch als Jugendlicher heute leicht und faul Arbeitslosengeld kassieren kann um ein „lockeres Leben" zu finanzieren, das ist eh ein Ammenmärchen.

Es gibt bereits mehr als harte und obergenaue Regelungen für die Ablehnung von Arbeitslosengeld- und Sozialhilfe-Anträgen. Das weiß jede/r, der/die sich schon mal den Arsch auf den Ämtern abgesessen hat. Erst vor zwei Jahren wurde der Arbeitslosengeldanspruch für Azubis, die nach der Lehre auf die Straße gesetzt werden, zusammengestrichen. Früher bekam mensch in diesem Fall 63% vom zu erwartenden Facharbeiterlohn, das ist seit 86 anders: Als Bemessungsgrundlage für das Arbeitslosengeld werden nur 50% des erzielbaren Gesellenlohns zugrunde gelegt, mindestens aber die Ausbildungsvergütung. Und davon dann 63% — das kann um etliches unter dem Sozialhilfesatz liegen. (7) Und die Zahlen der Untersuchung zur „neuen Armut" sprechen ja wohl auch für sich.

Offensichtlich gibt es hier aber die Grundtendenz, weiterhin Scheibchen für Scheibchen die sozialen Leistungen abzuschnippeln. Das ganze kommt diesmal hintenrum: den Jugendlichen, die Arbeitslosengeld bekommen, soll nach der Höhe jetzt die Dauer des Arbeitslosengeldbezuges gekürzt werden: Von einem Jahr auf sechs Monate für unter 20jährige und auf neun Monate für 20-25jährige. 100 Millionen sollen dadurch der Bundesanstalt für Arbeit jährlich erspart werden.

Das schwebte seit Sommer 87 in der Luft: Mit der damals beschlossenen 8. Novelle des sogenannten „Arbeitsförderungsgesetzes" wurde der Bundeshaushalt zu Lasten der Bundesanstalt für Arbeit/Bundesarbeitsamtes entlastet. „Damals wurden der finanziell ohnehin schon gebeutelten Bundesanstalt die Kosten für bis dahin von ihr nur im Auftrag des Bundes abgewickelte Programme übertragen: Sonderprogramme für benachteiligte Jugendliche, Sprachkurse für Aussiedler und asylberechtigte Flüchtlinge und Leistungen nach dem Bundesbeihilfegesetz für arbeitslose Jugendliche mußten jetzt mit Nürnberger Geldern bezahlt werden — getreu dem Motto: wer arbeitet, soll auch zahlen. Die Neubelastung betrug 950 Millionen Mark, der Bund konnte 900 Millionen Mark als gespart vermelden. Da der Bund verpflichtet ist, das Defizit der Bundesanstalt für Arbeit zu decken, muß die Millionenbelastung jetzt angesichts der roten Zahlen in deren Etat weiterverschoben werden. Als Leistungskürzung für die Arbeitslosenversicherung kommt das Paket jetzt bei der Basis an." (9)

Nicht nur jugendlichen Arbeitslosen soll Geld geklaut werden: Bei beruflichen Fortbildungsmaßnahmen für Arbeitslose, von Arbeitslosigkeit Bedrohte und Ungelernte will das Arbeitsamt in Zukunft nicht mehr die vollen Kosten tragen. Dafür dürfen dann aber die 63-65jährigen ArbeitnehmerInnen den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung bezahlen, obwohl sie kaum in die Lage kommen könnten, Arbeitslosengeld in Anspruch zu nehmen (weshalb sie ja bisher auch nicht zahlen mußten).

„Bei Jugendlichen wird die Ausbildungsförderung zusammengestrichen. Berufsausbildungsbeihilfe soll künftig nur noch gewährt werden, wenn der /die Auszubildende nicht mehr bei den Eltern wohnt und die Ausbildungsstätte von der Wohnung der Eltern aus nicht in angemessener Zeit zu erreichen ist. Was die Auszubildenden Selbständigkeit kostet spart der Nürnberger Anstalt 140 Millionen Mark." (8)

Mit mehreren anderen empfindlichen Einschnitten in die Arbeitsamtsleistungen (9) solle diese 9. Novelle des AFG (Arbeitnehmer-Ferarschungs-Gesetz) bereits in Kraft treten, wenn wir uns von den Sylvesterfeten erholen. Die erste Lesung im Bundestag wird deshalb voraussichtlich noch im September stattfinden.

im Bundestag wird deshalb voraussichtlich noch im September stattfinden.

Eigentlich ist hier ja ein Punkt erreicht, wo sich das versprengte Strandgut der DGB-Jugend mal zu einem Protest aufraffen könnte. Schließlich muß sich die Solidarität daran messen, inwieweit sie auch diejenigen unter den Jugendlichen einschließt, die von Staat und Kapital ausgegrenzt werden.

mor., kb-jugend

Quellen.
(1) Druck & Papier 13/88
(2) taz 14.6.88
(3) Schleswiger Nachrichten 29.4.88
(4) „Die Neue Armut", Balsen/Nakielski u.a., Bundverlag Köln 1984
(5) Rebell 4/88
(6) M. Wissmann war früher Bundesvorsitzender der Jungen Union.
(7) Um diesen Azubi-Abzug zu verhindern, genügt es, wenn mensch unmittelbar im Anschluß an die Ausbildung 60 Tage = 3 Monate beitragspflichtig gearbeitet hat und vor der Arbeitslosmeldung für diese Zwischenbeschäftigung die Lohnabrechnung schon erteilt wurde (§ 112 Abs. 5 Nr. 2 AFG). Näheres im Leitfaden für Arbeitslose", Fachhochschule Frankfurt, Juni 86
(8) taz 8.9.88
(9) taz 8.9.88



Deutsches Militär für den Frieden?

Zur Debatte um die deutschen Blauhelme

1987 lehnte die BRD eine Beteiligung mit Kriegsschiffen an einer gemeinsamen NATO-Kriegsflotte im Golf unter anderem mit der Begründung ab, dies sei vom Grundgesetz nicht erlaubt. Um Solidarität zu zeigen, schickte die BRD dann sechs Kriegsschiffe ins Mittelmeer. Wie schon damals vermutet wurde, war dies ein entscheidender Schritt zum Aufbau einer ständigen NATO-Mittelmeereinheit unter Beteiligung der BRD. (1)(2) Schon damals, im November 1987, wurde in einer von Wörner georderten Studie der Standpunkt vertreten, es gebe gar keine grundgesetzlichen Einschränkungen für den Bundeswehreinsatz außerhalb des NATO-Geltungsbereichs. (3) Inzwischen hat die Forderung, die Bundeswehr bei UNO-Einsätzen zu beteiligen, alle Parteien erreicht.

Im Mai dieses Jahres tagten die Außenpolitiker der CDU/CSU und sprachen sich mehrheitlich für den UNO-Einsatz aus. (4)

Richtig in Schwung kam die Sache aber erst Mitte August, nachdem der Arbeitskreis I der SPD-Bundestagsfraktion sich mit 14 gegen 4 Stimmen dafür aussprach, das Recht der Bundeswehr für UNO-Einsätze in den Verfassungsrang zu heben. Die SPD hatte 1987, als die BRD aufgefordert war, Kriegsschiffe in den Golf zu entsenden, ganz offiziell einen Untersuchungsauftrag dazu erteilt. (5) *„Die Bundesrepublik sollte sich langsam wie ein normaler Staat mit allen entsprechenden Verpflichtungen als Mitglied der Vereinten Nationen benehmen können"*, meinte Egon Bahr, *„rechtzeitig"* solle man dafür eine Grundsatzentscheidung treffen. (3) Die Arbeitsgruppe schlug vor, in das Grundgesetz (in Artikel 24, nach dem Absatz 2) folgenden Absatz einzufügen: *„Die Streitkräfte des Bundes dürfen außerhalb der Grenzen eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit, dem der Bund als Mitglied beigetreten ist, nur im Rahmen des Abschnittes VII der Satzung der Vereinten Nationen oder mit Zustimmung des Sicherheitsrates und der Konfliktparteien bei friedenssichernden Maßnahmen der Vereinten Nationen eingesetzt werden."*

In der Begründung wird dies als *„Beitrag für eine zusätzliche Sinngebung der Bundeswehr"* beschrieben, der *„den gesellschaftlichen Konsens über die Rolle der Bundeswehr stärken und zur Identitätsfindung der Bundesrepublik beitragen"* könne. Die BRD könne so *„einen stärkeren Beitrag zur internationalen Zusammenarbeit, zur Friedenssicherung und zur weltweiten gemeinsamen Verantwortung für das Überleben der Menschheit leisten."* (6) Neben Bahr gehören die Abgeordneten Gänsel, Gerster, Renger, Scheer, Stobbe, Timm und Voigt zu den

Scheer, Stobbe, Timm und Voigt zu den

Unterstützern des Papiers. (6) Auch Willy Brandt sprach sich auf dem SPD-Parteitag dafür aus. (7)

Dafür gab es Beifall aus den anderen Parteien: *„Die Unionsparteien würden nicht ‚nein' sagen, wenn sich die Sozialdemokraten (...) dem Gedanken einer Bundeswehrbeteiligung an UN-Friedensmissionen öffnen sollten,"* erklärte der „ab"rüstungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers; es würde dazu *„wahrscheinlich eine große Mehrheit in seiner Fraktion geben."* (4) Ausdrückliches Lob für den Mut der SPDler und Tadel für die *„zögerliche Haltung"* der Bundesregierung erteilte Franz Josef Strauß. Es sei *„schade"*, daß der Vorschlag von SPD-Abgeordneten stamme, die in ihrer Partei *„alles andere als einen Rückhalt haben"*. (8) Es sei aber *„falsch"*, so Strauß, daß es für eine militärische UNO-Mission einer Grundgesetzänderung bedürfe.

Widersprüchliches gab es aus Regierungskreisen dazu zu hören. Rupert Scholz hält sich die Frage offen. Als erster Verteidigungsminister erklärt er öffentlich, daß das Grundgesetz keineswegs deutschen Blauhelmen im Wege stehe, im Gegenteil, die UNO-Charta enthalte die Verpflichtung, *„dem Sicherheitsrat auf sein Ersuchen hin Streitkräfte zur Verfügung zu stellen"*, in der Praxis erfolge dieser Einsatz aber auf freiwilliger Basis. Politisch hält Scholz *„auf dem Boden unserer historischen Erfahrung"* auch künftig *„ein ganz besonderes Maß an Zurückhaltung"* für angebracht. (9) Der Regierungssprecher Schmülling hingegen verkündete, daß sich die BRD nicht an UNO-Einsätzen beteiligen werde, es sei der UNO bekannt, *„daß Grundgesetz und NATO-Vertrag den Einsatz von Bundeswehr-Soldaten außerhalb des NATO-Gebietes verböten."* Daher habe die UNO die BRD nie aufgefordert, Truppen zu entsenden. (10) Immerhin hatte zwei Tage vorher der stellvertretende UN-Generalsekretär Gulding eine BRD-Beteiligung für *„wünschenswert"* erklärt, eine Entscheidung darüber sei aber alleine Sache der BRD-Regierung. (11) Kanzlerberater Teltschick ist hingegen gegen *„die Abstinenz"* der BRD. (2) Im Kanzleramt weiß man auch schon wo man hin will, nämlich nach Nicaragua. (12) Das wäre dann die militärische Fortsetzung der Tatsache, daß bei den „Friedensverhandlungen" zwischen Contras und Regierung in Nicaragua BRD-Vertreter auf beiden Seiten das Wort führen. Im Wehramt hingegen will man nach Namibia: *„Nach jahrelangen Bemühungen Bonns um Frieden für Namibia (...) könne die Bundesregierung sich wohl kaum einem möglichen UNO-Wunsch entziehen, Friedenstruppen ins ehemalige Deutsch-Südwest zu schicken"*. (12) Ansonsten heißt es im Kanzleramt, man *„wolle sich daher mit den Sozialdemokraten diskret über eine neue Interpretation des Grundgesetzes verständigen."* (12)

Nach außen hin geht Außenminister Genscher auf Distanz. *„Ein Einsatz der Bundeswehr (sei) politisch nicht zu wünschen"*, (13) es seien *„antideutsche Ressentiments"* zu befürchten. (12) Man liest aber auch, daß es sich dabei um eine rein taktische Position handle, das Außenministerium sei nämlich grundsätzlich für den Einsatz der Bundeswehr im UNO-Rahmen, aber man werde *„sich erst dann öffentlich in diese Richtung äußern (...), wenn die genauen Rahmenbedingungen geklärt und parlamentarische Mehrheiten vorhanden seien."* (14) Und vor dem FDP-Präsidium erklärte Genscher, daß er keine Zwei-Drittel-Mehrheit für eine Verfassungsänderung in dieser Frage erwarte. (13)



> „Die Bedrohungsszenerie hat sich einschneidend verändert. Unser Sicherheitsdenken muß sich aus einer sektoralen und regionalen Verengung lösen und sich den globalen und universalen Dimensionen anpassen, die die Sicherheit inzwischen gewonnen hat. (...) Die pax americana, jene im Rückblick großartig anmutende Schöpfung einer freien blühenden Weltwirtschaft (...) geht zu Ende. Sie mußte zu Ende gehen, weil mit dem Erstarken der Sowjetunion (...) dem Auftauchen neuer wirtschaftlicher und damit auch politischer Machtzentren und dem weltweit wachsenden Druck ungelöster sozialer Probleme, die zur Befriedung dieses globalen Systems erforderlichen Kräfte die inzwischen auch nicht mehr unbegrenzten Möglichkeiten der USA überstiegen. So muß denn künftig das Bündnis zwangsläufig dort seinen Aktionsradius erweitern, wo lebenswichtige Bündnisinteressen, die bisher von den USA allein wahrgenommen wurden, auf dem Spiele stehen. (...) Wo immer es seit der Gründung der NATO delikate politische und daher manchmal auch zweifelhafte militärische Aufgaben zu bewältigen galt, ließen die Europäer dem großen Bruder von jenseits des Atlantiks galant den Vortritt. Dieser durfte zum Wohle der NATO und ihrer Freunde — wie z.B. Israels — politisch und militärisch intervenieren, Waffen in Spannungsgebiete liefern, Militärhilfe an unbeliebte Regime und Diktaturen leisten, Verträge mit nichtdemokratischen Staaten schließen, Streitigkeiten zwischen den Bündnispartnern schlichten. (...) Ging die Sache gut, war es gut und wurde schweigend zur Kenntnis genommen; ging es nicht gut, rümpfte man die Nase und ließ durch Subalterne seinen Unmut äußern. Lange Zeit schon haben die USA wissen lassen, daß der Bündnisbeitrag künftig von einer fairen Teilung der Kosten abhängig sein wird. Aller Lasten allerdings, nicht nur der vielfach vordergründig diskutierten finanziellen."
>
> ***Manfred Wörner*** in „Wehrkunde" 4/76

Im FDP-Präsidium hatte sich angeblich nur Baum der Genscher-Position angeschlossen und Burkhard Hirsch legte eine Expertise vor, wonach ein Einsatz der Bundeswehr eine Grundgesetzänderung verlange und außerdem meinte Hirsch: *„Die Deutschen an der Front, das hat uns gerade noch gefehlt, (...) das verändert die traditionellen Grundlagen des Staates."* (15) Brunner vom FDP-Präsidium hingegen hält den UN-Einsatz für verfassungsmäßig gesichert und es gebe auch keinen Grund, *„daß die Bundesrepublik Deutschland sich mehr als vierzig Jahre nach dem Krieg nicht wie ein normaler Staat benimmt."* Außerdem äußerte er sich verwundert über den öffentlichen Eindruck, daß die FDP nicht mehrheitlich für den UNO-Einsatz eintrete. (13) Unterstützt wurde die Position von Schäfer, Engelhard, Hirche, Ronneburger und Hoyer. (13)(16)

SPD-Parteitag winkt ab

Die große Koalition für deutsche Blauhelme wäre fast perfekt, wenn nicht die SPD-Mehrheit auf dem Parteitag Ende August dem Anliegen eine deftige Abfuhr erteilt hätte. Eine große Zahl der Delegierten unterschrieb vorher einen Initiativantrag, in dem bekräftigt wird, daß jeglicher *„militärischer Einsatz der Bundeswehr"* außerhalb des NATO-Rahmens und sogenannten NATO-Gebietes *„verfassungsrechtlich unzulässig"* sei und *„auch politisch nicht in Betracht"* komme. *„Daher ist von dem Versuch ei-*

komme. „Daher ist von dem Versuch ei-

ner Grundgesetzänderung Abstand zu nehmen." (17) Da half es den Antragstellern auch nichts, daß sie ihr Anliegen damit begründet hatten, daß ihre Verfassungsinitiative ja gerade (erstmals) festschreibe, daß *„es keinen ‚out of area'-Einsatz der Bundeswehr geben darf"*, bevor das *„brüchig"* werde. Frau Wieczorek-Zeul und Ehmke vertraten dagegen: *„in der Praxis laufe der Vorschlag darauf hinaus, dem Gedanken eines Einsatzes der Bundeswehr außerhalb des NATO-Geltungsbereichs, der von Konservativen propagiert werde, hoffähig zu machen."* (18) Der Vorschlag sei außenpolitisch *„verfehlt"* und innenpolitisch *„treuherzig"*. 40 Jahre nach Kriegsende seien *„die Greuel Hitler-Deutschlands in der Welt noch nicht vergessen"* bzw. *„niemand in der Welt wartet auf deutsche Soldaten"*. (19) Auf dem Parteitag überschlugen sich die Befürworter hingegen förmlich: UN-Truppen seien *„die wahren Helden unserer Zeit"*, meinte Norbert Gansel, ihm seien Minensucher im Golf lieber als Fregatten im Mittelmeer. *„Unser Ziel ist die Ächtung des Krieges"*, behauptete Scheer, und dafür brauche man, ganz SPD-like *„ein internationales Gewaltmonopol"*, und da liegen die „Deutschen" an vorderster Front diesmal richtig, das sei *„eine Konsequenz aus der historischen Verantwortung"*. (7) Gansels Bitte auf dem Parteitag, die Entscheidung doch vorerst noch offen zu halten, mochten die Delegierten nicht folgen. *„Es ist aber kein Unheil, wenn sich drei, vier, fünf Fraktionsvorsitzende auf ihre künftigen Positionen vorbereiten,"* meinte Hans Koschnick zu der Angelegenheit. (17) Da haben wir sie nun, unsere fünf verhinderten „linken" Verteidigungsminister.

Auch wenn nun doch einiges fehlt an der großen Koalition für die Ausweitung des Bundeswehreinsatzes, es kann einen schon das Gruseln lehren, wieviel Boden in den politischen Parteien heute diese Forderung nach militärischer Interventionspolitik besitzt. Da ist es auch wenig beruhigend, wenn derzeit der Anlauf noch über den Umweg über die Blauhelme der UNO versucht wird. Und daß diese Einsätze selbstverständlich dem Frieden dienen sollen, das ist nun wirklich nicht sensationell: So „befreiten" die USA in Grenada nichtvorhandene Geiseln und auch in Vietnam ging es bekanntlich darum, die Freiheit zu retten. Auf den Malvinen konnten im Falkland-Krieg britische Truppen zahllose Schafe für das königliche Empire retten, und nach dem barbarischen Krieg im Golf und gegen Giftgas macht sich die Bundeswehr ganz gut als Friedensengel, solange man vergißt, daß die Giftgasanlagen vorwiegend aus der BRD stammen.

> „Die Europäer müssen aber sehen, daß gleichzeitig ein unerhörter Machtwettbewerb zwischen den beiden Weltmächten stattfindet, in Teilen der Welt, vor denen wir in zunehmender Weise die Augen verschließen. (...) Nun können wir uns natürlich auf den Standpunkt stellen — das tun die Japaner auch, bislang jedenfalls —, wir wollen uns darum nicht kümmern, laßt das die Großen austragen. (...) Es wird sich dann später herausstellen, daß sich die Europäische Politische Zusammenarbeit natürlich nicht beschränken kann auf solche Gegenstände, die innerhalb des Territoriums der NATO liegen, Libanon liegt zum Beispiel außerhalb, Angola liegt außerhalb, Nicaragua, Salvador, Grenada, die Falkland-Inseln, Afghanistan, Kambodscha, Südjemen, Äthiopien und wie sie alle heißen. Dann wird sich herausstellen, daß es auch ‚Tschad-Fälle' gibt, in den man sich nicht nur mit Worten, sondern auch mit Soldaten engagieren wird — und dann werden die Deutschen sagen: Wir bitte nicht. Da sehe ich dann eigentlich das wirkliche Problem auftauchen, weil dafür im Vorwege keine rechte Lösung ersichtlich ist. Aber das sind Probleme, die dann gelöst werden müssen, wenn sie auftauchen. Man muß nicht alles bereits zehn Jahre vorher gelöst haben."
>
> ***Helmut Schmidt*** in „ZEIT", 11.5.84

Die SPDler tun allemal so, als seien sie gegen jede NATO-Interventionspolitik und als sei das ganze ein rechtskonservatives Anliegen, als sei es nun eine verkehrte Front, wenn SPD-Linke dafür eintreten. Alle Parteien und Regierungen jonglieren damit, als würde das Grundgesetz der BRD Interventionspolitik untersagen. Hier lohnt es sich, ein wenig die Sachen geradezurücken.

Im Grundgesetz selbst steht wortwörtlich rein gar nichts darüber, wo die Bundeswehr eingesetzt werden kann und wo nicht, wichtig ist nur, daß die BRD angegriffen ist und es sich folglich um „Ver-

nicht, wichtig ist nur, daß die BRD angegriffen ist und es sich folglich um „Ver-

teidigung" handelt, wie es bekanntlich auch das internationale Kriegsrecht vorschreibt. Nur reicht es nicht für einen Krieg, sagt Rupert Scholz, wenn ein BRD-Schiff im Golf beschossen wird. Formal muß der Bundestag feststellen, die BRD sei angegriffen worden. (9) Im NATO-Fall oder im sogenannten NATO-Gebiet ist nicht einmal das notwendig, denn bekanntlich ist laut NATO-Vertrag schon dann die BRD „berechtigt", in einen Krieg einzusteigen, wenn sie nicht selbst, sondern einer ihrer Partner „angegriffen" wird. Nun hat Altbundeskanzler Helmut Schmidt, selbst ein Befürworter von Interventionspolitik, noch 1984 bestätigt, daß bisher alle Bundesregierungen in ihrer ***„Auslegung"*** das Grundgesetz so interpretiert haben, daß es keine Beteiligung an Interventionen außerhalb des NATO-Gebiets zulasse und daß dies *„inzwischen zum ideologischen Grundbestand aller politischen Kräfte in diesem Lande"* gehöre und daß eine Beteiligung an einer gemeinsamen Eingreiftruppe *„schwierig werden"* wird, wenn sie denn ins Haus steht. (20) Und Grundlagen dieses Staates heißt, daß man eine Änderung am besten durch eine wie auch immer geartete Große Koalition herbeiführt, um das bisherige „demokratische Grundverständnis" in ein neues zu verwandeln. Da mag es vielleicht taktisch einen Sinn machen, wenn bestimmte Kräfte das (alte) Grundgesetz bzw. das Verständnis dagegen hochhalten wollen. Es ist aber keineswegs neu und sensationell, wenn heute ein Gutachten für Wörner feststellt, daß das Grundgesetz den militärischen Einsatz der Bundeswehr weltweit nicht einschränkt und sich der derzeitige Justizminister Engelhard und der Verteidigungsminister Scholz dieser Interpretation zumindest beim UNO-Einsatz der Bundeswehr anschließen. Wie man erfahren konnte, liegt auch von Hans-Jochen Vogel ein entsprechendes amtliches Gutachten vor, das aus seiner Justizministerzeit, aus dem Jahre 1980, stammen soll. (12)

Es ist nun wiederum überhaupt kein Zufall, daß man just 1980 auf entsprechende Vorgänge stößt, denn die jetzigen Vorstöße knüpfen weniger an konservative Vorstellungen, sondern vielmehr an die Zeit vor Reagan an, Zeiten, an die sich die SPD als heutige „Friedenspartei" nicht gern erinnern mag. In der Zeit der militanten Töne der Reagan-Ära ist speziell bei den Europäern, einschließlich der Konservativen, „vornehme" Zurückhaltung und Distanz geübt worden, was die Übernahme militärischer „Pflichten" und Lastenteilungen in der Welt angeht. In den 70er Jahren wurden angesichts zweier Ölkrisen, der Propaganda gegen die zunehmende sowjetische Gefahr bis hin zu ihrer Intervention in Afghanistan, die Rufe nach einer Ausweitung der Aufgaben NATO und der Bundeswehr weltweit immer lauter. Vielleicht war Todenhöfer 1979 noch ein einsamer Rufer, als er die Beteiligung an der „Schnellen Eingreiftruppe" der USA forderte. (21) Aber schon damals galt: *„Helmut Schmidt war als Kanzler ‚prinzipiell' dafür, aber praktisch dagegen, als 1979 die Frage auftauchte, ob eine UN-Truppe nach Namibia entsandt werden und sich die Bundesrepublik daran beteiligen solle. Die Regierung Schmidt hat UN-Truppen freilich logistisch geholfen, als 1978 Flugzeuge der Luftwaffe deutsche Ausrüstung für das nepalesische Kontingent der ‚Blauhelme' im Nahen Osten nach Israel transportierten."* (22) Heute beschränkt sich die BRD auf die Zahlung ihres Anteils von 6,8%. (3) Die Bundeswehr war auch schon logistisch dabei, als ein gemischtes NATO-Kontingent 1978 in Zaire einfiel, um Mobutu zu stützen. Und es war SPD-Verteidigungsminister Apel, der damals erklärte: *„Afrika ist der Kontinent, mit dem wir am direktesten verbunden sind. (...) Wir haben also moralische, ökonomische und politische Interessen, die wir wahrzunehmen haben (...) und da können auch Aktionen notwendig werden."* (23) Am Ende der Reagan-Ära ist deutlicher als zuvor, daß die USA allein nicht in der Lage sind, weltweit eine pax americana oder die Weltherrschaft des freien Westens zu sichern, so praktisch und nützlich das auch für den BRD-Imperialismus und seinen weltweiten ökonomischen und politischen Einfluß gewesen ist.

Der Versuch, die Sache über die UNO-Beteiligung in Gang zu setzen, zeigt ja nur, daß nach einem Weg gesucht wird, solche militärischen Interventionen als Erhalt des Weltfriedens zu verkaufen, und das ist nicht ganz so einfach, denn immerhin waren 70% der Befragten 1979 gegen jede Entsendung von Kriegsschiffen der Bundesmarine in den Golf. (2) Der Weg über die UNO hat dabei auch noch einen anderen Haken, wie Günther

noch einen anderen Haken, wie Günther

Gillesen in der „Frankfurter Allgemeinen" ausführt. Die UNO-Friedenstruppe sei bisher bzw. nach den 50er Jahren etwas für die Neutralen und nicht für die NATO gewesen. Es habe sich hier eine bewährte Aufgabenteilung eingespielt. *„Stille Voraussetzung der Rolle der Neutralen ist freilich, daß andere Mächte nicht aufhören, für Gleichgewicht zu sorgen. Die Bundesrepublik sollte nicht versuchen, mit der Bundeswehr eine Rolle in den Vereinten Nationen zu spielen, wenn damit ihre wichtige Aufgabe im Bündnis verdunkelt würde oder sogar eine Abwehrstellung gegen fällige Anpassungen der Bündnisstrategie an neue Situationen aufgebaut werden sollte. Das hieße, sich aus der schwierigen Aufgabe zur Erhaltung des Friedens in eine kleinere, angenehmere, nur scheinbar friedlichere davonzustehlen."* (22)

Da kommen also größere „Friedensaufgaben" auf die Bundeswehr zu. Es mangelt derzeit noch am politischen Willen aller Parteien und an der „passenden" Gelegenheit.

HH

Anmerkungen

(1) s. AK 288, S. 25, 26
(2) FAZ, 4.1.88
(3) taz, 23.8.88
(4) FR, 18.8.88
(5) FR, 16.8.88
(6) Der Wortlaut des Papiers ist der FR, vom 17.8.88 zu entnehmen
(7) taz, 3.9.88
(8) FR, 22.8.88
(9) SZ, 25.8.88
(10) FR, 15.8.88
(11) FR, 15.8. und FAZ, 31.8.88
(12) Spiegel, 22.8.88
(13) FAZ, 7.9.88
(14) taz, 17.8.88
(15) Spiegel, 5.9.88
(16) FR, 10.8.88
(17) FR, 26.8.88
(18) FR, 22.8.88
(19) FR, 25.8.88
(20) ZEIT, 11.5.84
(21) WamS, 5.8.79; s. AK 160, S. 2
(22) FAZ, 25.8.88
(23) in „Information für die Truppe" 9/78; s. AK 140, S. 23 und AK 130 und AK 150

Bonner Friedensappell '88

Deutsche Koordinierungsgruppe für einen

Bonner Friedensappell '88

Initiatoren: Dr. med. Till Bastian (IPPNW), Dr. Wolfgang Biermann (Initiative für Frieden / (IFIAS), Gerd Greune (Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner), Karlheinz Koppe (Pax Christi), Gabi Witt (Gustav-Heinemann-Initiative)

Aktionsbüro, Stralsunder Weg 50
5300 Bonn 1, Telefon (02 28) 66 44 42

Jetzt nicht weiterrüsten!
Keine neue Nachrüstung!

Die Chance zur Abrüstung ist größer denn je.
Der Vertrag zur Beseitigung der Mittelstreckenwaffen beweist das.
Wer in dieser Lage neue Atomwaffen stationieren will, gefährdet das mühsam Erreichte. Neue Rüstungsschritte behindern den Weg zur Gemeinsamen Sicherheit.
Die Bundesregierung täuscht die auf Abrüstung drängende Öffentlichkeit über die Pläne für eine atomare Aufrüstung. Erst nach der nächsten Bundestagswahl sollen die Karten auf den Tisch:
Hinter dem Schlagwort der „Modernisierung" verbirgt sich der Aufbau einer völlig neuen Atomwaffengeneration: Neue atomare Kurzstreckenraketen (Nachfolgesysteme für „Lance") und Cruise Missiles auf Flugzeugen (sogenannte Abstandswaffen) sollen als Ersatz für jene Atomraketen stationiert werden, die nach dem INF-Vertrag zu verschrotten sind. So wird die Chance zur weiteren Abrüstung verspielt und das Ergebnis des INF-Vertrages zunichte gemacht!
Wir fordern die Bundesregierung auf,
- die Stationierung neuer Atomraketen abzulehnen und keine neuen Atomsprengköpfe auf deutschem Boden mehr zuzulassen
- sich für eine Dritte-Null-Lösung für alle atomaren Kurzstreckenwaffen einzusetzen
- sich einem atomwaffenfreien Korridor – wie auch einer chemiewaffenfreien Zone – in Mitteleuropa nicht länger zu widersetzen
- darüber hinaus für eine Halbierung der konventionellen Waffen, der Land- und Luftstreitkräfte einzutreten und mit eigenen Abrüstungsschritten zu beginnen.

Unser Ziel ist,
die Atomwaffen in jenen Ländern, die nicht über sie verfügen, vollständig abzubauen: Dies wird ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur weltweiten Ächtung der Massenvernichtungswaffen sein. Die Bundesrepublik kann und muß ihren Beitrag dazu leisten!
Wir fordern deshalb vom Deutschen Bundestag
- die Stationierung neuer Atomwaffen abzulehnen
- und für die Entfernung aller Atomwaffen aus der Bundesrepublik Deutschland einzutreten.

Wir appellieren an die USA und die UdSSR
- – gerade während der jetzt laufenden Verhandlungen – keine Atomwaffen mehr zu testen, zu entwickeln und zu produzieren.

Ost und West müssen die Gemeinsame Sicherheit miteinander erreichen – sie kann nicht gegeneinander errüstet werden. Friedenspolitik, Abrüstung und Zusammenarbeit sind der Schlüssel zu politischen Reformen und zur Wahrung der Menschenrechte in West und Ost.
Bonn, den 6. 8. 1988

Am 3.9.88 erschien in der „Süddeutschen Zeitung" als Anzeige der „*Bonner Friedensappell '88*". Unterschrieben war der Aufruf von zahlreichen SPD-Bundestagsabgeordneten mit Dr. Hans-Jochen Vogel an der Spitze bis hin zum neukonvertierten SPD-MdP Thomas Wüppesahl, der unlängst noch Grünenabgeordneter gewesen ist. Unterschrieben wurde dieser SPD-Aufruf ebenfalls von zahlreichen „Friedensprominenten" und grünen Abgeordneten, von Petra Kelly und Gert Bastian bis hin zu Regula Schmidt-Bott von der GAL. Daß die SPD'ler diesen Aufruf in großer Zahl unterschrieben haben, verwundert wenig, besteht doch der Aufruf bis auf kleine Ausnahmen aus wörtlichen Auszügen von Programm-Aussagen der SPD oder Papieren von Egon Bahr. Man muß schon in die Feinheiten gehen, um Unterschiede zu bekannten SPD-Papieren festzustellen: so fordert der Aufruf „*eine Dritte-Null-Lösung für alle atomaren Kurzstreckenwaffen*" und nicht nur für die Kurzstrecken-*Raketen*, wobei letztere (SPD-) Forderung die atomaren Gefechtsfeldwaffen, die von der Artillerie abgeschossen werden, ausschließt. Diese Änderung wurde aber erst nachträglich eingeführt, wie Kenner des Vorgangs wissen. Immerhin tritt der Aufruf auch für eine Halbierung der konventionellen Waffen ein, wobei feinsinnig hintenangefügt wird, daß die BRD hier mit eigenen Abrüstungsschritten beginnen solle. Das heißt im Klartext, daß die Halbierung der konventionellen Waffen nicht etwa als einseitiger BRD-Schritt sondern als Verhandlungsvorschlag an die Sowjetunion gedacht ist. Die Chemiewaffenfreie Zone ist ein Verhandlungsprodukt von SPD und SED, sie vernebelt aber die Tatsache, daß in der DDR gar keine Chemiewaffen stationiert sind, während in der BRD nach US-Plänen neue stationiert werden sollen, während der Bundestag behaupet, die alten würden weggeschafft. Man kann auch nicht sagen, daß dieser Aufruf ganz besonders negativ auffallen oder abfallen würde, wenn man ihn mit anderen, in der Friedensbewegung kursierenden Aufrufen vergleicht. Man muß schon mehr darauf schauen, was *nicht* in dem Aufruf steht: Würde z.B. etwa die Forderung nach einem Atomwaffenverzicht der BRD darin aufgenommen, würden die Sozialdemokraten wohl fast ausnahmslos abspringen.

Interessant ist ebenfalls, wie der Aufruf zustande gekommen ist. Über dem Aufruf prangt der Titel einer „*Deutschen Koordinierungsgruppe*", was die Vermutung nahelegt, es habe sich um den Aufruf eine neue Friedenskoordination („Deutsche für Bonn") gebildet, von der noch weiteres zu erwarten sei. Als Initiatoren werden Till Bastian von der Ärzteinitiative und die SPD-Mitglieder Biermann, Greune, Koppe und Witt genannt, die sämtlichst im Bonner Koordinationsausschuß der Friedensbewegung (KA) vertreten sind. Biermann und Greune sind beide in der SPD-Baracke angestellt und so etwas wie Brückenpersonen zwischen SPD und Friedensbewegung. Es läßt sich denken, daß dieser Vorgang Krach im übergangenen Bonner KA verursachte, zumal dieser Aufruf als großer Unterschriftenappell betrieben wird, für den Unterschriften und Geld gesammelt werden. Am Ende des Jahres, so der Plan, soll das ganze Helmut Kohl in die Hand gedrückt werden. Im sonst eher moderaten KA gab es dann harte Worte: „*Sabotage*", „*mittelmäßig skandalös*", „*Versuch einer sozialdemokratischen Übernahme der Friedensbewegung*", hieß es von VertreterInnen der Gruppen Pax Christi, Bundeskoordination unabhängiger Friedensgruppen, der Gewaltfreien Aktionsgruppen, Initiative Kirche von Unten, Grünen und dem Komitee für Demokratie und Grundrechte, die vorsichtshalber erst nach getaner Arbeit die Sache präsentiert bekamen. Auch die Unterzeichnerin Mechthild Jansen erklärte, sie habe einen einmaligen Unterschriftenappell zum Antikriegstag unterzeichnet. Und Initiator Gerd Greune gab sich selbst überrascht: Es sei ihm unbegreiflich, wie daraus eine deutsche Koordinierungsgruppe hätte werden können, und das sei wohl nicht die geschickteste Idee gewesen, man müsse überlegen, es nun doch bei einer einmaligen Unterschriftenanzeige zu belassen. Nur der Vertreter des DKP-Spektrums, Achim Maske vom KoFAZ, war rundheraus zufrieden damit. Einige — speziell der Grünen Unterzeichner — sollen sich sogar überlegen, demonstrativ ihre Unterschrift zurückzuziehen. Man wird es sehen. So oder so, die Initiative ist ein Dokument der Sozialdemokratisierung der Friedensbewegung.

Grün und gesamtdeutsch in die UN-Truppe

„*Ich bin auch für eine deutsche Beteiligung an den UN-Truppen im Iran/Irak, wenn sich Bundeswehr und NVA gemeinsam in gemischten Verbänden daran beteiligen*", meldete sich Alfred Mechtersheimer passend in der „Bild"-Zeitung zu Wort. Mindestens ein prominenter Grüner muß doch immer dabei sein. (1) „*Die BRD hat die humanitäre Pflicht, mit ihren nun mal vorhandenen Kapazitäten nicht den militärischen, sondern den politischen Auftrag von UNO-Truppen zu unterstützen,*" fügte Mechtersheimer im Interview in der taz hinzu. (2) Ganz modisch („*wir helfen auch mit, das antiquierte Machtsystem der beiden Supermächte zu unterlaufen*") und ganz gesamtdeutsch („*Noch wage ich das nicht zu fordern (...) die Aufstellung einer gemeinsamen Brigade*") will Mechtersheimer mit deutschen UNO-Truppen selbstverständlich Abrüstung erreichen: „*Ich begreife meinen Vorschlag als politisch-psychologische Abrüstung.*" Denn merke, es sind „*5.000 Mann Bedrohungskapazität weniger*", so Mechtersheimer, „*wenn 5.000 Soldaten in der Sahara und dem Golf eingesetzt werden*". Denn merke, in der Dritten Welt, als UNO-Truppe und gesamtdeutsch ist Wehrmacht nicht bedrohlich sondern friedensstiftend. Das ist nicht einmal Wehrmacht: „*Wenn Bundeswehr-Soldaten dafür sorgen, daß ein iranisches Dorf nicht mit Giftgas ausgelöscht wird, kann ich mir nicht vorstellen, daß das nun genutzt wird, um die Bundeswehr zu einer Wehrmacht zu machen.*" Wer das nicht glaubt, ist politisch antiquiert und out of time: „*Das sind Ängste von Leuten, die im Kopfe 68 von 88 nicht unterscheiden können.*" Und zu diesen Altgestrigen gehören wir natürlich auch. Also aufgepaßt! 1988 gibt es nämlich in Westdeutschland „*die Friedensbewegung, die Grünen, und von vielen Ländern werden wir beneidet um diesen gesellschaftlichen Fortschritt. Das ist für mich wichtiger als Hypotheken der Vergangenheit.*" Das ist nicht nur wichtiger als die Vergangenheit, sondern laut Mechthersheimer sogar deren Aufarbeitung. Die Geschichte gehört sowieso in die Mottenkiste: „*Ich kann mir aber nicht vorstellen, daß bei uns neue faschistische Zeiten bevorstehen. Das Kapitel ist abgeschlossen. (...) Ohne diesen Optimismus im politischen Selbstverständnis sollten die Grünen aufhören, Politik zu machen.*" In der Tat, die Vergangenheit sollte man am besten vergessen, sonst könnte jemand auch noch auf die Idee kommen, daß ein gesamtdeutscher Nationalismus ja besonders gefährlich wäre, aber die „*Überwindung der europäischen Teilung*" ist für Mechtersheimer die große „*Herausforderung*". „*Die Grünen dürfen sich aus der Debatte nicht abmelden, gehemmt und blockiert durch irreale historische Traumata. 76 Prozent der Bevölkerung sagen Ja zu einer Wiedervereinigung. Man darf die nationale Frage nicht nur den Rechten überlassen. (...) Denn aller Wahrscheinlichkeit nach wird dieses zusammengeführte Deutschland keine Flick-Republik werden.*" Sie wird natürlich grün werden! „*Ist das nicht auch eine Hoffnung für die westdeutsche Linke?*" Und können wir deshalb nicht heute schon mal mit Truppen ...?

Von Mechtersheimers Position rückte die grüne Bundestagsfraktion öffentlich ab: „*Der irritierende Vorschlag Alfred Mechtersheimers gibt nicht die Position der Fraktion wieder,*" erklärte der grüne Fraktionsvorstand. (1) Der Bundesvorstand warnte davor, daß Mechtersheimers Ideen, „*die berechtigten Ängste der Nachbarn Deutschlands in Ost und West vor einem Wiedererstarken eines gesamtdeutschen Militarismus*" hervorrufen könnten. (2) Mechtersheimer hält seine Vorschläge sogar für witzig, die Reaktion des Bundesvorstandes hingegen für „*grün-deutschen Bierernst*". Der Vorstand hätte übersehen, daß sein Vorschlag geradezu „*unkonventionelle*" Ironie sei, um „*die Absurdität der Rüstung in Mitteleuropa*" deutlich zu machen. In einem sehr verdienstvollen Beitrag setzt sich in der taz Klaus Hartung (jawoll, Klaus Hartung) mit Mechtersheimers zahlreichen nationalistischen „Ironien" auseinander und fragt, ob Mechtersheimer „*ein deutsch-nationaler Grüner oder ein grüner Deutsch-Nationaler*" sei, der sich einer bedenklichen rhetorischen Methode bediene, und selbst nicht davor zurückschrecke mit einer Warnung dabei, das Wort „Versailles" wieder in den Mund zu nehmen, wovor sich selbst die rechtesten Unionspolitiker hüten würden.

Gegen Klaus Hartung meldete sich dann in der taz Rolf Stolz zu Wort: „*Der Faschismus mußte militärisch besiegt werden, (...) einige Jahre Besatzung waren unvermeidlich. Aber wer nach 1949 und sogar noch 1988 Besatzungstruppen, Souveränitätsverzichte, Interventionsrechte usw. bejaht, der erklärt seinem eigenen Volk den Krieg. Er steht im übrigen im Gegensatz zur gesamten deutschen Linken der Nachkriegszeit.*" Da scheint doch ein Bindestrich zwischen gesamt und deutsch verlorengegangen zu sein. Und wieder diese Mixtur: Die Befreiung von der NATO, pardon, der Besatzung, erlaubt uns den deutschen Nationalismus und das ist Stolz zufolge „*wirkliche Alternativbewegung und ein neues Denken und eine neue Politik, in der Friedfertigkeit, radikale Demokratisierung, Blocküberwindung und nationale Selbstbestimmung zu einer historisch wirksamen Einheit verbunden werden.*" (3) Ja, so neu ist der Alt-MLer und das spätere grüne Vorstandsmitglied Rolf Stolz für einen AK-Leser denn nun wirklich nicht.

Anmerkungen

(1) zitiert nach taz, 17.8.88
(2) taz, 22.8.88
(3) taz, 5.9.88

Frauen gegen Gen-und Reproduktionstechnologien

Im April fand in Bonn die erste internationale Aktionskonferenz von Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien statt. Rund 2000 Frauen trafen sich, um über die frauenfeindlichen Entwicklungen in diesem Bereich zu diskutieren. Jetzt soll ein weiterer Kongreß neben der Klärung inhaltlicher Problemstellungen die Ausweitung von Gegenstrukturen sowie die Verbreiterung des Frauenwiderstands diskutieren.
2. Bundesweiter Kongreß, 28. bis 30. Oktober, Universität Frankfurt
Anmeldung: Fem. Frauengesundheitszentrum, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt a.M. 90, Tel. 069-701218 (Di 13 — 16 Uhr)

Linnich-Demo

Nahe der niederrheinischen Stadt Jülich, in Linnich-Glimbach, entsteht das Kriegshauptquartier der NATO-Streitkräfte für die Benelux-Länder und die nördliche Bundesrepublik.
Der Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung hat für den 15. Oktober zu einer **Großdemonstration** am Bauplatz dieses Kriegsführungsbunkers aufgerufen.
Geplanter Ablauf: Auftakt 11 Uhr, Demonstration zum Bauplatz um 12 Uhr mit Kultur, Musik und Aktionen, 14-16 Uhr Abschlußkundgebung.
Vorbereitet wird die Demonstration mit Aktionstagen (Blockaden, Veranstaltungen usw.) ab dem 12. Oktober.
Informationen über: Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1.

Kein Frieden mit der NATO

Vom 13. bis 18. November findet in Hamburg eine Sitzungswoche der „Nordatlantischen Versammlung" statt — Anlaß für zahlreiche Protestaktivitäten.
* Zu Beginn der NATO-Parlamentstagung, am 12. und 13. November, findet unter dem Motto „Abrüstung — Alternativen zur Politik der NATO" ein **Gegenkongreß** mit internationaler Beteiligung statt.
Kontakt: Kongreßbüro, Altonaer Str. 28, 2000 Hamburg 6, Tel. 040-4302818
* Für den Tag der „feierlichen Eröffnung" am Donnerstag, den 17. November ruft ein breites Bündnis von Initiativen und politischen Gruppen zu einer großen **Demonstration** gegen die NATO-Propagandaschau auf. Im Rahmen dieser auf der Grundlage einer gemeinsamen Plattform geplanten Aktion bemühen sich linke Kräfte in Hamburg um die Bildung eines Anti-NATO-Blocks.
Kontakt u.a. über Hamburger Friedenskoordination, Postfach 201413, 2000 Hamburg 20.

Herbstaktionen gegen die WAA

Die Oberpfälzer Bürgerinitiativen gegen die WAA, die bayerische Anti-AKW-Bewegung und die bayerische Friedensbewegung rufen zu dezentralen Aktionen und Veranstaltungen im Oktober sowie zu einem **Großaktionstag** am 15. Oktober in Wackersdorf auf. Geplanter Ablauf: 11 Uhr Auftaktkundgebung, anschließend geschlossene Demonstration entlang des Baugeländes, Abschlußkundgebung mit Kulturfest.
Informationen über: Koordinationskreis Herbstaktionen 88 gegen die WAA und das Atomprogramm, Klosterstr. 2, 8460 Schwandorf, Tel. 09431-1029

Frei, frech und feministisch...

Unter diesem Motto findet am 22. und 23. Oktober in Köln der **„1. Mädchen und junge Frauen — Kongress grün-autonom-bunt-alternativer Jugendgruppen"** statt. Aus dem GABBA (s.o.) ist eine Koordination junger Frauen entstanden, die diesen Kongreß vorbereitet. Themen sind u.a. „Es ist Zeit für ein Töchtermanifest", „Frauen und Religion", „Gewalt gegen Frauen/Pornographie"... Bei Anmeldung bis zum 18.10. wird zur Belohnung eine Vorbereitungsmappe zugeschickt.
Anmeldung bei: Anja Krüger, Grüne KV Köln, Rudolfplatz 4, 5000 Köln

Beiträge zur marxistischen Theorie

„Die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen bringen!" — unter diesem Titel läuft seit April 1987 an der Ruhr-Universität Bochum eine **Vortragsreihe** mit Beiträgen zur marxistischen Theorie. Im Rahmen dieser Reihe sind von den Veranstaltern, der Marxistischen Arbeitsgemeinschaft/Rote Studis Bochum für das Winterhalbjahr 6 Veranstaltungen geplant. Am 12. 10. findet unter dem Motto „Da müssen wir durch..." die **Eröffnungsveranstaltung** mit F.J. Degenhardt statt (20 Uhr, Raum HGC 10, Universität Bochum)..
Weitere Informationen und Kontakt: Marxistische Arbeitsgemeinschaft/Rote Studis Bochum, c/o Uwe Jakomeit, Südstr. 10, 5810 Witten. Tel. 02302-13662

Frauen auf der Flucht

Unter diesem Motto steht das **7. bundesweite Treffen der Einwanderer- und Flüchtlingsinitiativen** am 14. bis 16. Oktober im ZAKK, Düsseldorf, Fichtenstr. 40.
Die bundesweiten Treffen der Einwanderer- und Flüchtlingsinitiativen entstanden 1985 als Antwort auf die Asylantenhetze und dienen dem Erfahrungsaustausch, der politischen Diskussion und der Suche nach gemeinsamen Handlungsansätzen. Das angekündigte 7. Treffen konzentriert sich auf die Situation von geflüchteten und hier lebenden Frauen.
Anmeldung bei: ID Asyl in der BRD, c/o Mo Kuball, Worringer Stgr. 70, 4000 Düsseldorf 1, Tel. 0211-350261

Seminare zur Flüchtlingsproblematik

Das Bildungswerk für Umwelt und Kultur e.V. in Bremen, ein „grünnaher" Zusammenschluß autonomer Erwachsenenbildner/innen und selbstverwalteter Projekte, bietet im November 2 **Seminare zur Lage von Flüchtlingen** in der BRD an:
* Multikulturelle Gesellschaft — Autonomie, 4. bis 6.11., Werkschule Albstedt
* Weiße Industrie in Schwarzafrika — Schwarze Flüchtlinge im weißen Europa, 25. bis 27.11., Ort: Drübberholz
Anmeldung für beide Veranstaltungen: Günter Kahrs, Ostertorsteinweg 88, 2800 Bremen 1, Tel. 0421-77737

Peter-Weiss-Kongreß

Leben und Werk des deutsch/schwedischen Schriftstellers Peter Weiss werden vom 10.-13. November mit einem internationalen Kongreß in Hamburg mit dem Titel „Ästhetik, Revolte und Widerstand im Werk von Peter Weiss" gewürdigt. Erwartet werden dazu über 80 Referenten aus einer Reihe von Ländern. Im Rahmenprogramm wird es die Aufführung einer Marat-Sade-Inszenierung, szenische Lesungen und Ausstellungen von Materialien zu Inszenierungen Weiss'scher Stücke geben.
Ort: Kampnagel-Fabrik. Jarrestr. 20 — 24
Veranstalter: Gemeinsam Lernen e.V., Rentzelstr. 1, 2000 Hamburg 13. Dort gibt es ausführliche Informationen.



Memmingen belagert

Demonstration gegen ein bayrisches § 218-Tribunal

Ca. 2000 Frauen und auch etliche Männer folgten dem Aufruf von Frauengruppen, SPD, Grünen, Gewerkschaftsfrauen, Pro Familia und anderen Verbänden zur Demonstration am 10.9. gegen die Memminger §218-Prozesse.

Mittlerweile hat der Prozeß gegen den Arzt begonnen, knapp 200 Frauen sind bereits rechtskräftig verurteilt. (Vgl. AK 297)

Der katholische Pfarrer hatte vorsorglich — aus Angst vor den „Chaoten und Anarchisten" — die Kirchentüren verrammelt. Dies erwies sich jedoch als überflüssig, denn *„Alle Chaoten waren wohlerzogen"*, so die Schlagzeile der Münchner Abendzeitung über die Demonstration (AZ, 12.9.88).

Etwas verwirrt und vor allem neugierig betrachteten die Memminger den bunten Demonstrationszug, der sich mit vielen Transparenten, Sprechchören und Samba-Rhythmus durch die Innenstadt bewegte. Schließlich war dies die größte Demonstration, die Memmingen bisher erlebt hat. Auch die Lebensschützer wirkten — im Vergleich zu ihrem sonstigen Auftreten — eher zurückhaltend und beschränkten sich darauf, am Straßenrand Kinderbilder zu verteilen.

Trotz des friedlichen Charakters der gesamten Protestaktion wurden acht DemonstrantInnen vorübergehend festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Sie *„trugen ein nicht aufgerolltes Plakat mit für den bayerischen Ministerpräsidenten beleidigendem Inhalt bei sich"* (Nürnberger Zeitung, 12.9.88). Auf dem Transparent soll gestanden haben: *„Hätte frau Strauß abgetrieben, wär' uns viel erspart geblieben"*. Diese Parole ist zwar ein alter Hut, aber in Bayern gilt dies offensichtlich selbst dann noch als Majestätsbeleidigung, wenn es niemand sehen kann.

Vor und nach der Demonstration gab es jeweils eine größere Kundgebung, auf der Rednerinnen von Frauengruppen, SPD, Grünen, Pro Familia und andere die Memminger Prozesse als gezielte Einschüchterung von Frauen verurteilten und in den Zusammenhang mit den Bestrebungen der Bundesregierung und der bayerischen Landesregierung stellten, die Abtreibungsbedingungen auf allen Ebenen zu verschärfen.

Insgesamt gesehen kann diese Demonstration als Erfolg gewertet werden. 2000 Demo-TeilnehmerInnen mag auf den ersten Blick nicht viel erscheinen, doch angesichts der konkreten Bedingungen — extrem kurze Mobilisierungsphase (5 Tage nach Ferienende in Bayern), und in einer bayerischen Kleinstadt — ist dies ein positives Zeichen. Es läßt hoffen, daß gegen den §218 doch mehr in die Gänge kommt.

Gy/KB Nürnberg

Der ungeliebte DGB-Kreisvorsitzende

Wegen linker Bündnisse im Kreuzfeuer der Rechten

Im Dezember 1985 wurde in Göttingen ein neuer Kreisvorsitzender des DGB gewählt. Eigentlich nichts außergewöhnliches, wenn dies nicht Michael Zimball gewesen wäre.

Der AK Leserschaft ist er durch die Berichterstattung über die Antifa-Arbeit in Göttingen bekannt, insbesondere dadurch, daß die Gewerkschaft der Polizei im DGB versucht, ihn wegen seiner Zusammenarbeit mit „staatsfeindlichen Kräften" sprich Autonomen abzuschießen (siehe AK 297). Doch nicht erst seit in Göttingen dieses Antifaschistische Bündnis unter Einschluß des DGB existiert, ist Michael Zimball manchem DGB'ler ein Dorn im Auge.

Die Auseinandersetzungen um seine Person begannen in Göttingen bereits mit seiner Wahl zum Kreisvorsitzenden. Denn seit Anfang der Achtziger Jahre wurde immer stärker die Amtsführung seines Vorgängers kritisiert, so daß dieser seine letzte Wahl 1981 nur mit Mühe im zweiten Wahlgang — ohne Gegenkandidaten — erreichte. Die seit dieser Zeit im Raume stehenden Vorwürfe beträchtlicher organisatorischer Mängel innerhalb des DGB Göttingen wurden auch im Vorfeld der Wahl 1985 besonders aus Reihen der ÖTV, der HBV und der IG Metall erhoben. So war es nur logisch, daß diese auch einen weiteren Kandidaten zur Wahl vorschlugen: Michael Zimball.

Der ehemalige Betriebsrat von Peine/Salzgitter hatte sich den Ruf eines konsequenten Interessenvertreters erworben. So war ihm seine gewerkschaftliche Aktivität 1984 zum Verhängnis geworden: Gegen bevorstehende Entlassungen im Stahlwerk hatte die IGM zu Protestdemonstrationen aufgerufen, über die Michael Zimball die KollegInnen informieren wollte, als Vertreter der Werksleitung hinzukamen entspann sich eine längere Diskussion in deren Verlauf die Produktion stillstand. Dies war der Anlaß für die Werksleitung, Zimball wegen nachhaltiger Störung des Betriebsfriedens zu kündigen und sie fand obendrein ein Landesarbeitsgericht, das sich dieser Meinung anschloß.

Wer nun gedacht hatte, daß mit diesem Kandidaten problemloser Führungswechsel im Göttinger DGB zu erwarten sei, hatte seine Rechnung ohne den niedersächsischen Landes-DGB gemacht. Dieser verweigerte nämlich kurzerhand die Bestätigung der Wahl der Göttinger Kreisdelegiertenversammlung. Rein formal ist dazu der Landesvorstand des DGB berechtigt, „wenn ein gewerkschaftspolitischer oder ein in der Person liegender Grund es erfordert." (DGB-Satzung)

Eine tragfähige Begründung lieferte der Landesvorstand für sein Verhalten nicht. Statt dessen gab es Presseerklärungen, die mehr verklärten als Klarheit zu bringen. „Zimballs Auftreten", so etwa DGB-Pressesprecher Volz gegenüber dem Göttinger Tageblatt, habe „bei einigen Vorstandsmitgliedern Zweifel daran aufkommen lassen, ob er für die exponierte Position eines Kreisvorsitzenden der richtige Mann sei". DGB-Landesvorsitzender Karl Neumann wurde später mit der Bemerkung zitiert, „Zimball's gewerkschaftspolitisches Spektrum sei begrenzt" und „er biete nicht die Gewähr, die unterschiedlichen Interessen der Einzelgewerkschaften zur Deckung zu bringen." (vgl. „Göttinger Betriebsexpress" Nr.94 19.2.1986)

Tatsache ist wohl eher, daß der geschaßte Betriebsrat von Peine/Salzgitter einem gewissen Spektrum im Landesvorstand nicht paßte; ebenso ist es ein offenes Geheimnis, daß die Widerstände gegen M. Zimball aus den Kreisen des DGB stammten, die in der damaligen Auseinandersetzung um den § 116 AFG einen anderen Kurs bevorzugten als die IG Metall.

Eines jedoch gelang dem Landesvorstand durch seine Reaktion: Selbst die Delegierten, die auf der Wahlversammlung gegen Zimball votiert hatten, solidarisierten sich jetzt mit ihm, so daß der gesamte Göttinger DGB geschlossen gegen den Landesvorstand antrat. Eine nicht unbedingt erbetene Hilfe leistete auch das konservative Göttinger Tageblatt, das dem DGB vorwarf „Gewerkschaftspolitik nach Gutsherrenart" zu betreiben. Vor diesem Hintergrund wurde Michael Zimball nach erneuter Aufforderung des Kreisvorstandes Anfang Februar 1986 durch den Landesvorstand bestätigt.

Innerhalb kurzer Zeit gelang es M.Zimball den Göttinger DGB aus einer gewissen politischen Erstarrung zu lösen. Er suchte Kontakt sowohl zu den linken Hochschulgruppen, der ungeliebten Gewerkschaftslinken wie etwa dem „Göttinger Betriebsexpress" als auch dem bekannten Göttinger antifaschistischen Bündnis; ein Verhalten, das unter seinem Vorgänger undenkbar gewesen wäre, was aber eindeutig zur Verbesserung des politischen Klimas und der Aktionsfähigkeit der Linken in der Stadt beigetragen hat.

Darüberhinaus gelang es dem DGB unter seiner Führung die SPD zu verpflichten, nach eventuell gewonnener Kommunalwahl, etwas gegen die miserable Ausbildungssituation in Göttingen zu unternehmen. Geschehen sollte dies durch die Errichtung einer kommunalen Lehrwerkstatt.

Zwar gewann die SPD die Kommunalwahl 1986, doch die Realisierung der Lehrwerkstatt rückte in weite Ferne. Die SPD konnte sich nämlich nicht dazu entschließen, ein dauerhaftes Bündnis mit der GAL Göttingen einzugehen; dies aber wäre die Voraussetzung gewesen die DGB Forderung zu realisieren, da alle anderen Ratsfraktionen dem Projekt feindlich gegenüber standen. Neben diesem Punkt gab es noch mehrere andere Unstimmigkeiten innerhalb der SPD während der Verhandlungen mit der GAL. So wollte der SPD Kreisverband die Koalition mit dieser, die SPD-Ratsfraktion aber nicht und sie ließ die Verhandlungen platzen. Daraufhin legte der Göttinger Kreisvorsitzende der SPD, Gerd Nier, alle seine Ämter nieder; Michael Zimball trat aus Verärgerung wegen der verschenkten Möglichkeit eine Lehrwerkstatt zu errichten aus der SPD aus.

Dieser Entschluß wurde insbesondere vom DGB Landesverband in Hannover als überzogen und als erneuter Beweis dafür gesehen, daß Zimball nur bedingt als Kompromißperson im Amte eines DGB Kreisvorsitzenden tauglich ist. Andererseits zeigt sich, daß Zimball nur bedingt dazu bereit, in gewerkschaftlich gewohnter Kompromißbereitschaft jeden Schwenk der SPD ohne Murren mitzutragen.

Diese Entscheidungen und Aktivitäten machten ihn mehr denn je dem Landesvorstand des DGB suspekt. Die gewerkschaftsinterne Kritik der Gewerkschaft der Polizei Göttingen an ihrem Kreisvorsitzenden und die Reaktion des Landesvorstandes hierauf, lassen darauf schließen, daß man sich in Hannover darauf vorbereitet, den unbequemen und politisch nicht genehmen Kreisvorsitzenden loszuwerden. Wie sonst ist es zu erklären, das auf Grund des Entschlusses der GdP (siehe AK 297) der Landesvorsitzende Karl Neumann Zimball aufforderte, über die Vorwürfe bis zu einem bestimmten Zeitpunkt Rechenschaft abzulegen, da diese den Verdacht nahelegten, der DGB Göttingen würde teilweise Satzung und Beschlußlage des DGB ignorieren. Innerhalb des Göttinger DGB werden von Seiten der rechten Einzelgewerkschaften Überlegungen laut, sich von diesem Vorsitzenden zu trennen.

Am 12.09.1988 war eine Vorstandsitzung des DGB KV Göttingen, auf der diese Sachen zur Sprache kommen sollten und es stand zu befürchten, das eine Abwahl Zimballs vorbereitet würde; das Thema wurde verschoben...

Doch: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben!

as

Göttinger Antifa-Bündnis:

„Alle werden fallen?"

Im Zentrum der vom Göttinger Antifa-Bündnis (DGB, Autonomer Antifa, KB, DKP, Grüne, drei Hochschullisten und weitere Gruppierungen) organisierten Antifa-Woche vom 29.8.-4.9. stand der Protest gegen die im Rosengarten stattfindende Heldengedenkfeier.

Am Soldatenehrenmal Göttinger Rosengarten, einer 1953 eingeweihten Gedenkstätte für die ehemaligen ostpreußischen und niedersächsischen Wehrmachtseinheiten, versammeln sich alljährlich Revanchisten- und Militaristenverbände zu einer der größten Heldengedenkfeiern im norddeutschen Raum. Neben neonazistisch durchsetzten Vertriebenenverbänden sind dort der Ring deutscher Soldatenverbände, der Bansezerus-Heimatbuchdienst, der dort nazistische Literatur verkauft, und weitere Vereinigungen gleicher Gesinnung anzutreffen. Vor einigen Wochen wurde das Denkmal, ein Granitsoldat, von einem „Kommando Hut ab — Kopf ab — haut ab" gestürzt und enthauptet.

Die offizielle Weihe erhält das Spektakel durch einen Empfang der Verbände bei der Stadt sowie durch die Anwesenheit städtischer Repräsentanten, Vertreter z.B. des Bundesinnenministeriums oder des Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen und Bundeswehr im Festgewand bei der Feier selbst. Eingeführt wurde der städtische Empfang von der CDU. An die Stelle des in den letzten Jahren empfangenden ehemaligen NSDAP-Mitglieds und CDU-Oberbürgermeisters Rinck tritt in diesem Jahre der SPD-Oberbürgermeister Levi.

Dem Göttinger Antifa-Bündnis machte der Umstand, daß sich mit dem Empfang durch einen SPD-Oberbürgermeister die SPD hinter die Vertriebenenverbände stellte und sie damit aufwertete,
meister die SPD hinter die Vertriebenenverbände stellte und sie damit aufwertete,
ziemlich zu schaffen. Hinzu kamen die anhaltenden Attacken der Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf den DGB-Kreisvorsitzenden Zimball, der den DGB im Antifa-Bündnis vertritt (s. AK 297, S. 29), und die zum Teil massiven Behinderungen der Antifa-Woche selbst.

Die Aufrufplakate zeigten eine Gruppe Maskierter, die das Ehrenmal im Rosengarten stürzt und das Ergebnis ihrer Bemühungen. Obwohl die Plakate in relativ großer Anzahl geklebt worden waren, war fast nirgendwo in der Stadt ein unbeschädigtes bzw. lesbares Exemplar zu finden. Von Rechten und Zivis wurden die Plakate massenhaft abgerissen. Sieben der PlaktiererInnen wurden festgenommen, einige von ihnen in Handschellen abgeführt.

Das Motto der Antifa-Woche „Alle werden fallen", das auf den Plakaten, Aufklebern und Flugblättern zu lesen war, nahm die Staatsanwaltschaft zum Anlaß, wegen des Verdachts der „Aufforderung zu Straftaten" zu ermitteln. Der Satz „Alle werden fallen" könne, so Staatsanwalt Heimgärtner, als Aufforderung zum Sturz aller Soldatendenkmäler interpretiert werden. Die IG Metall, bislang eine der aktivsten Gruppen im Antifa-Bündnis, distanzierte sich umgehend. Sie lehne das Motiv des Plakats ab. „Niemand darf den guten Namen der IG Metall mißbrauchen, um damit zur Gewalt aufzurufen." (Göttinger Tageblatt, GT, 30.8.) Die Grünen hingegen erklärten, mit der Inschrift des Ehrenmals „Getreu bis in den Tod" und der allgemeinen Ehrung der „Helden" würden die beiden Kriege und die faschistischen Greueltaten verantwortungslos verharmlost. Der Sturz des Ehrenmals erstaune die Grünen nicht. (GT, 30.8.)

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) nutzte die Plakate zu einer weiteren Zuspitzung der Lage im DGB. Nachdem die GdP den Göttinger DGB-Kreisvorsitzenden Zimball im Juni in einem Brief an alle Einzelgewerkschaften und den DGB-Landesvorstand scharf angegriffen hatte und der DGB-Landesvorsitzende Neumann die in dem Schreiben aufgeführten Geheimpolizeierkenntnisse zu einer Attacke gegen Zimball nutzte, bezeichnete sie nun in einem weiteren Brief die Plakate als Beleg dafür, daß im Antifa-Bündnis auch Gruppierungen mit einem ungeklärten Verhältnis zur Gewalt Mitglied seien. Der DGB wurde wiederum zum Ausstieg aus dem Antifa-Bündnis aufgefordert. Die Entscheidung des DGB-Kreisvorstandes über die weitere Mitarbeit soll am 21.9. gefällt werden. Nicht zuletzt wegen des Vorgehens der GdP sind die Gewerkschafter im Bündnis zurückhaltender geworden, so daß es dem Bündnis nicht möglich war, geschlossen gegen die Kriminalisierungsversuche vorzugehen.

Für den 3.9. war im Rahmen der Antifa-Woche ein Open Air-Konzert auf dem (städtischen) Juzi-Gelände geplant, das an diesem Tag gleichzeitig den 2.222 Tag seines Bestehens feiern wollte. Das Konzert wurde von der Stadt am geplanten Veranstaltungsort verboten und eine abseits liegende Wiese als Ersatzort angeboten. Die Begründung für das Verbot — „in erheblichem Maße Gefahren für die öffentliche Sicherheit", womit Lärm und Verkehr auf den anliegenden Bürgerstraße gemeint waren — mochte dem Bündnis nicht einleuchten, war doch wenige Tage zuvor das Göttinger Altstadtfest mit 200.000 Besuchern und Schankerlaubnis bis zum frühen Morgen unbeanstandet gelaufen. Es wurde weiter für das Konzert mobilisiert und schließlich kurzfristig auf dem Juzi-Gelände doch noch genehmigt.

Zu den Veranstaltungen der Antifa-Woche kamen ungefähr 2.000 BesucherInnen, über die Hälfte davon zu dem Konzert. Die nach dem Konzert bestbesuchten Veranstaltungen waren der von der IG Metall organisierte Vortrag von Reinhard Kühnl (Autor u.a. von „Faschismustheorien") und die von Autonomen, Antifa und KB getragene Veranstaltung zum Bund der Vertriebenen und zur Rosengartenfeier.

und KB getragene Veranstaltung zum Bund der Vertriebenen und zur Rosengartenfeier.

Enttäuschend für das Bündnis war die mit 500 Teilnehmern recht kleine Demonstration gegen die Heldenfeier im Rosengarten. Es zeigte sich, daß es dem Bündnis nicht gelungen war, die Öffentlichkeit ausreichend über die Rolle der Vertriebenenverbände ins Bild zu setzen. Hinzu kam deren öffentliche Anerkennung durch die SPD; SPD-Oberbürgermeister Levi bescheinigte der Landsmannschaft Ostpreußen beim Empfang im alten Rathaus, „einen wertvollen Beitrag zur Aussöhnung und zum Abbau von Feindbildern geleistet" zu haben. (lt. „7te am Sonntag", 4.9.) Die Organisatoren des Heldengedenkens hatten, um den Betrug zu komplettieren, die linke Parole „Nie wieder Krieg" zum Motto der Feier gemacht. Die Hannoversch-Niedersächsische Allgemeine faßte das Geschehen im Rosengarten mit der Schlagzeile zusammen: „Demonstranten werfen Farbbeutel — ‚Vertriebene dienen Frieden'". (HNA, 5.9.) Die SPD sucht inzwischen den Schulterschluß mit der GdP in Sachen DGB als Teil des Antifa-Bündnisses. In einem Schreiben an die Gewerkschafter mit SPD-Parteibuch versucht sie ihre Mitglieder gegen die linken DGBler zu mobilisieren.

Erforderlich wäre es jetzt, die Diskussion mit der SPD über die Revanchisten zu suchen. Die Möglichkeiten hierfür sind jedoch derzeit kaum gegeben, denn das Bündnis hängt sozusagen am seidenen Faden. Die Autonomen sind verärgert über die übervorsichtigen DGBler und fühlen sich ausgenutzt. Die DGBler sehen sich aufgrund der Angriffe von GdP und DGB-Landesvorstand bedroht; das Verhalten der SPD schwächt ihre Position noch zusätzlich. Das Bündnis ist derzeit nicht in der Lage, auf die Angriffe von SPD und rechten Gewerkschaftern offensiv zu reagieren, auf dem linken und auf dem rechten Rand ist Denkpause angesagt.

Antifa-Kommission, KB Göttingen
(redaktionell gekürzt)



Eine neue Phase im irischen Krieg

Britische Regierung droht mit Internierung

Am 20.8. tötete eine IRA-Bombe in der nordirischen Grafschaft Tyrone 8 britische Soldaten und verletzte 28 weitere Soldaten teilweise schwer. Die britische Regierung und Armeeführung zeigte sich geschockt. Thatcher brach ihren Urlaub ab und ließ noch am Abend des gleichen Tages das Kriegskabinett tagen.

Der Anschlag war der vorläufige Höhepunkt einer neuerlichen IRA-Offensive, die offenkundig werden läßt, daß die militärische Politik Londons in Nordirland 20 Jahre nach dem Eintreffen der Truppen vor einem Desaster steht. In diesem Zeitraum mag die britische Regierung 20 Mal einen bevorstehenden Sieg über die IRA angekündigt haben. Resigniert konstatierte der Kommentator der „Sunday Times": *„Vor den letzten Erfolgen der IRA lautete die offizielle Linie, daß die Sicherheitskräfte im Begriff seien, die Oberhand zu gewinnen und daß die IRA in den Seilen liege. Wir haben dies wieder und wieder gehört, aber auch dieses Mal war die Behauptung falsch. Die IRA liegt nicht in den Seilen, wie auch immer die Rückschläge sie tangiert haben mögen"* („Sunday Times", 21.8.1988).

Tatsächlich scheint die IRA logistisch und technisch so stark zu sein, wie seit den frühen 70er Jahren nicht mehr.

Der Militärführung bereitet nun die Frage Kopfzerbrechen, wie es der IRA einmal mehr möglich war, eine geheime Planung aufzudecken. Der Bus, der die Soldaten transportierte, war als ziviles Fahrzeug getarnt, das sich zudem zwischen zwei anderen Bussen bewegte. Da die Soldatentransporte ständig Route und Zeitpunkt wechseln, ist zudem ungeklärt, wie die IRA von ihm erfahren konnte. Schnell kursierte das Gerücht, in der britischen Militärführung sitze ein „Maulwurf" der republikanischen Guerilla. So sensationell muß der Hintergrund des spektakulären Anschlags indessen nicht sein: Der britische Geheimdienst hat vor einigen Jahren selbst die Einschätzung gegeben, daß bis zu 20.000 Bürger die IRA regelmäßig mit nützlichen Informationen jedweder Art versorgen würden. Die britische „Sunday Times" schreibt diesbezüglich: *„Die IRA ist ein Staat in einem*



Armeebus nach Bombenattentat

Staate, und ihre Spione und Informanten
der der britischen Armee und ca. 420 Mit-
Armeebus nach Bombenattentat

Staate, und ihre Spione und Informanten sind überall" („Sunday Times" v. 28.8.1988). Nordirland ist für die britische Armee „Feindesland", weshalb man nicht unbedingt eines Informanten an höchster Stelle bedarf, um Erkenntnisse über die Planungen der Gegenseite zu erlangen.

Die Bombe von Tyrone hat der Armeeführung einmal mehr demonstriert, daß es keine Sicherheit für die britischen Soldaten in Nordirland gibt. Im sogenannten „Banditenland" von South Armagh erfolgen Truppentransporte bereits seit Jahren ausschließlich per Helikopter (wobei im Juni die IRA erstmals einen Armeehubschrauber vom Himmel holte). Aus technischen Gründen erscheint es jedoch als kaum möglich, diese Praxis auf andere Gebiete der Provinz auszuweiten. Ganz abgesehen von dem verheerenden politischen Eindruck, der damit verbunden wäre.

„Die IRA gewinnt den Krieg"

Am 14.8., d.h. eine Woche vor dem Anschlag in Tyrone, zitierte die „Sunday Tribune", eine führende südirische Sonntagszeitung, einen hohen Offizier der südirischen Polizei mit der Auffassung, die IRA sei auf dem Wege, den Krieg in Nordirland zu gewinnen. Selbst die Einführung der Internierung (s.u.) würde daran nichts ändern, da sie die IRA-Gewalt vielleicht für Wochen, nicht jedoch auf Monate hinaus beenden könne. Die IRA sei dazu in der Lage, jeden Tag in Nordirland 20 Mitglieder der „Sicherheitskräfte" zu töten. Daß sie dies nicht tue, sei allein ihrer politischen und militärischen Strategie geschuldet, die dies nicht vorsehe. Die nordirische Polizei habe auch nach Enniskillen, als die IRA unbeabsichtigt elf protestantische Zivilisten tötete, nicht die geringsten Einbrüche in die katholische/nationalistische Bevölkerungsgruppe verzeichnen können. *„Keine Kooperation, keine Information, nicht einen Iota."* Jeder Katholik/Nationalist im Raume Fermanagh (wo Enniskillen liegt) sei ein taktischer Unterstützer der IRA.

Die „Sunday Times" ergänzte zwei Wochen später resigniert: *„Wir haben zu akzeptieren, daß die IRA versehentlich drei oder vier Schulen und Krankenhäuser in die Luft sprengen und einen Bus mit Nonnen beschießen könnte, aber nachdem sie ihre üblichen Entschuldigungen vorgebracht hätte, würde sie ihre alte Autorität zurückerlangen und bei vielen ihr hohes Ansehen behalten. (...) Die Minderheit* (gemeint sind die nordirischen Katholiken, Anmerk. dsm) *verhält sich größenteils passiv, fühlt sich der Autorität der IRA mehr verpflichtet, als der Regierung"* („Sunday Times" v. 28.8.1988).

Tatsächlich ist die IRA im Begriff, Thatcher nach dem Hungerstreik von 1981 die zweite bittere Niederlage ihrer Laufbahn als Premierministerin beizubringen: Ein völliges Scheitern der britischen militärischen Offensive in Nordirland. Wenn Gewalt und Repression in Nordirland nun eskalieren, dann ist dies nicht der IRA anzulasten, sondern einem britischen Establishment, das partout nicht wahrhaben will, daß es den Krieg in der Provinz nicht gewinnen kann und es auf der irischen Nachbarinsel solange keinen Frieden geben wird, wie die britischen Truppen nicht zurückgezogen und somit die Voraussetzungen für die Wahrnehmung des irischen Selbstbestimmungsrechts geschaffen werden. 19 Jahre britische Truppen in Nordirland bedeuten nahezu 2.700 Tote, davon 410 Mitglieder der britischen Armee und ca. 420 Mitglieder der Polizei und der nordirischen Einheit der britischen Armee, über 300.000 Hausdurchsuchungen, über 2.000 Internierte, tausende von politischen Gefangenen, 51.000 Verhaftungen zwecks oftmals mehrtägiger Verhöre, Folter, einen weiteren Abbau demokratischer Rechte und eine weitere Verschlechterung der sozialen Situation. Das alles in einem Land, dessen Bevölkerung nicht mehr als 1,5 Millionen beträgt. „It's time to go", wie es die Labour-Abgeordnete Claire Shorts kürzlich treffend formulierte.

Internierung

Doch stattdessen geht die Thatcher-Administration weiter die Straße der Repression und Gewalt hinunter. Die Wiedereinführung der Internierung — d.h. die Möglichkeit, Verdächtige auf unbestimmte Zeit hin und ohne Gerichtsurteil in Haft zu halten — ist eine akute Gefahr. Sie würde das Kriegsrecht in Nordirland komplettieren. Nach der Tagung des Kriegskabinetts gab Thatcher zu verstehen, daß die Rückkehr zur offiziellen Internierungspraxis ernsthaft erwogen würde. Daß sie nicht konkreter angekündigt wird, versteht sich von selbst, da ansonsten das notwendige Überraschungsmoment verloren gehen würde. Wie 1971, als zuletzt die Internierung angewandt wurde, wird auch jetzt behauptet, die IRA-Führung wie die Mitglieder ihrer einzelnen Einheiten, ja gar wer für welche Taten verantwortlich zeichne, das alles sei der Armee und der Polizei bekannt. Doch mangele es an Beweisen, um die Täter vor Gericht zu überführen und mit einem rechtsstaatlich korrekten Urteil hinter Schloß und Riegel zu verweisen. Die „normale" Justiz (in Wahrheit existieren in Nordirland Sondergerichte, die ohne Geschworene und mit nur einem Richter tagen) sei mit der IRA-Herausforderung hoffnungslos überfordert, der Staat befände sich in einer Notstandssituation (in Nordirland sind die Notstandsgesetze seit 1921 — d.h. dem Datum der Gründung des Staates — in Anwendung), die selbst extremere Abweichungen von den Regeln des demokratischen Rechtsstaates legitimieren würde.

Tatsächlich konnten in den letzten fünf Jahren nur 8 bis 10% der IRA-Operationen strafrechtlich verfolgt werden, womit das Risiko, das IRA-Mitglieder eingingen, relativ gering war. 1987 konnte „lediglich" gegen 243 Bürger Anklage wegen „terroristischer Vergehen" erhoben werden, was weniger als 50% der Angeklagten des Jahres 1986 entsprach. Diese war aber bereits die niedrigste seit der Abschaffung der Internierung (1975) und der Einführung der „diplock courts" (s.u.).

Zudem brach das „supergrass"-System zusammen, das einer Einführung der Internierung durch die Hintertür gleichkam. Bestochene und einer Gehirnwäsche unterzogene ehemalige IRA- und INLA-Mitglieder beschuldigten Hunderte ihrer ehemaligen Kampfgefährten. Wen immer die „Sicherheitskräfte" eingesperrt sehen wollten, die manipulierten Kronzeugen denunzierten ihn auf Zuruf. Das „supergrass"-System scheiterte am internationalen Protest wie dem allzu offensichtlich manipulierten Charakter der Kronzeugen.

Es waren rein taktische, keineswegs moralische Erwägungen, die die britische Regierung seinerzeit dazu veranlaßten, die Internierung zu beenden. Die Internierungspraxis isolierte London international in der Nordirlandfrage, brachte der IRA einen anerkannten Kombattantenstatus ein, was der britischen Absicht, den republikanischen Widerstand zu kriminalisieren, widersprach, und provozierte den Totalwiderstand der katholischen/nationalistischen Bevölkerung. Selbst die moderate Social Democratic and Labour Party sah sich genötigt, die politische Kommunikation mit London abzubrechen. Die relativen Freiheiten, die mit dem Lagerleben und Kombattantenstatus verbunden waren, ermöglichten der IRA des weiteren eine Weiterentwicklung ihrer politischen und militärischen Strategie.

Mit der Beendigung der Internierung erfolgte die Einführung der „diplock courts", jener berüchtigten Sondergerichte, die eine schnelle und massenhafte Aburteilung von Verdächtigen garantieren sollten. Die „diplock courts" und das spätere, diese ergänzende „supergrass"-System sollten die Fortsetzung einer analogen, indessen mit einem weniger diskreditierenden und Aufmerksamkeit erregenden Etikett versehenen Einsper-

ditierenden und Aufmerksamkeit
erregenden Etikett versehenen Einsper-rungspraxis garantieren.

Diese Politik muß als weitgehend gescheitert betrachtet werden (s.o.), was — neben der einmal mehr offensichtlich gewordenen Unfähigkeit, der IRA-Kampagne Einhalt zu gebieten — die britische Regierung dazu animiert, über die Rückkehr zur offiziellen Internierung nachzudenken.

Bereits seit Monaten laufen die technischen und propagandistischen Vorbereitungen der Internierung auf Hochtouren. „Liberalere" und zögerliche Kreise versucht die britische Regierung mit dem Adjektiv „selektiv" zu ködern. Eine „selektive" Internierungspraxis würde sich deutlich vom Vorgehen von 1971 unterscheiden, der Alptraum von damals sei zu vermeiden, beschwören die Internierungsbefürworter die irische, britische und internationale Öffentlichkeit. Das Gegenteil von „selektiv" ist „wahllos". Auch 1971 sollte die Internierung keineswegs wahllos erfolgen, wenngleich dies trotzdem der Fall war, was z.T. einer miserablen geheimdienstlichen Vorbereitung geschuldet war. Heute mag der Sicherheitsapparat über exaktere Erkenntnisse verfügen. Andererseits ist von nicht weniger als 300 bis 400 republikanischen Aktivisten die Rede, die es zu verhaften gelte.

Ironischerweise entspricht dies der Zahl der Menschen, die am Morgen des 9.8.1971 von der britischen Armee in die Lager verschleppt wurden (insgesamt wurden im Zeitraum 1971-75 2.158 Internierungsanordnungen unterzeichnet).

„Die Terroristen terrorisieren"

Bevor es zur Internierung kommt, wird die britische Regierung noch zu anderen Mitteln greifen. Im Zentrum diesbezüglicher Überlegungen steht ein Ausbau der SAS-Präsenz, einer Sondereinheit der britischen Armee bzw. eine weitere Intensivierung der „schmutzigen Kriegsführung", wozu insbesondere die gezielte Exekution von IRA-Verdächtigen zählt (auch „shoot to kill"-Politik genannt). Die „shoot to kill"-Politik kommt der Verrichtung der Todesstrafe auf der Straße und ohne richterliches Urteil gleich. Sie gilt der Abschreckung wie der systematischen Ausschaltung von führenden IRA-Mitgliedern, für deren Verurteilung und Inhaftierung die Indizien nicht ausreichen.

Am 30.8. erschoß das SAS in Tyrone, nicht weit vom Ort des spektakulären IRA-Anschlags, drei IRA-Mitglieder. Ganz offensichtlich handelte es sich dabei um eine Vergeltungsaktion, die — ähnlich wie die Exekution der drei IRA-Mitglieder im März in Gibraltar — vom Kabinettstisch aus angeordnet worden ist. Dafür sprechen sowohl der Ort wie der Zeitpunkt der Tat. Nach der Sitzung des Kriegskabinetts hatte Nordirlandminister King nebulös von beschlossenen Maßnahmen gesprochen, die schon „sehr bald" angewendet würden, die er jedoch — aufgrund ihres Charakters — nicht näher erläutern könne. Kenner des Konfliktmilieus interpretierten dies als Ankündigung einer militärischen Vergeltungsaktion und Wiederaufnahme der „shoot to kill"-Politik. „Es wird Exekutionen geben", lautete die Vermutung weithin. Aufgrund der starken Proteste, die diese in der Vergangenheit auslösten, paßt die britische Armee jedoch heute hierfür einen Moment ab, in dem sich die anvisierten Opfer in einem bewaffneten Zustand befinden. Ihre Erschießung erfolgt allerdings aus dem Hinterhalt: So gibt es auch im Falle der drei IRA-Toten in Tyrone bislang nicht den geringsten Hinweis darauf, daß diese auch nur einen einzigen Schuß abgaben, oder gar das Feuer eröffnet hätten.

Der Verdacht, daß es sich bei der Operation um eine von höchster Stelle angeordnete Exekution handelt, wird noch dadurch bestärkt, daß Ken Maginnies, der Unterhausabgeordnete der Official Unionist Party für die Region South Fermanagh/Tyrone, Thatcher während eines persönlichen Gespräches eine Liste mit Namen von Tyroner IRA-Leuten überreichte, die angeblich an dem Bombenanschlag auf den Soldatenbus beteiligt gewesen sein sollen. Eines der Opfer war noch wenige Tage zuvor von der Polizei vernommen worden, die ihn jedoch — aus Mangel an Beweisen — wieder auf freien Fuß setzen mußte. Man darf davon ausgehen, daß zumindest der Name dieser Person auch auf der Maginnies-Liste stand.



Alltag in Belfast: Britische „Sicherheits"kräfte

Desweiteren erwägt die Regierung den Abbau auch der letzten rechtsstaatlichen Elemente im Strafverfolgungswesen. So ist mit der Abschaffung des Rechtes auf Aussageverweigerung und einer weiteren Stärkung der „diplock courts" zu rechnen. Die Aussageverweigerung soll künftig gleichbedeutend mit einem Schuldeingeständnis sein.

Der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit der Republik Irland, die mit dem anglo-irischen Abkommen formalisiert wurde, wird London in Zukunft noch mehr Aufmerksamkeit widmen. Hierzu zählt u.a. die problemlose Auslieferung von in den Süden geflüchteten IRA-Mitgliedern. Im Zusammenhang mit dem Abkommen liberalisierte Dublin seine Auslieferungsbestimmungen, die zuvor die Aushändigung von politisch motivierten „Straftätern" an die nordirische Justiz untersagten. Dublin hatte sich auch lange geweigert, die Anti-Terror-Konvention der EG zu unterzeichnen, mit Verweis auf die besondere Situation und die Nichtexistenz einer rechtsstaatlichen Justiz in Nordirland. Ende August wurde mit Robert Russell, einem populären IRA-Mitglied, der 1983, gemeinsam mit über 30 Gesinnungsgenossen aus dem Belfaster Maze-Gefängnis geflohen war, zum dritten Mal ein Republikaner nach Nordirland ausgeliefert. Die Reaktion fiel furios aus: Binnen 16 Stunden registierten die nordirischen „Sicherheitskräfte" über 200 Anschläge.

Allein in Belfast und Derry ereigneten sich 23 Schießereien und 17 Bombenanschläge. Einmal mehr demonstrierte die IRA ihre Fähigkeit zur Eskalation wie zur Bestimmung der Intensität der Auseinandersetzung. Die „Sicherheitskräfte" zeigten sich an diesem Tag als hoffnungslos überfordert.

Es steht allerdings kaum in Aussicht, daß all diese Maßnahmen die Probleme der Regierung in Nordirland lösen werden. In politischer Hinsicht hat sie mit dem anglo-irischen Abkommen ihre vorerst letzte Karte ausgespielt, ihr politi-



sches Arsenal ist erschöpft. So bleibt ihr nur noch die repressive Eskalation, weshalb es nur logisch wäre, wenn sie binnen der nächsten 12 Monate wieder bei der Internierung landen würde. Die einzige Alternative wäre, das Scheitern einzugestehen und den politischen bzw. militärischen Rückzug aus dem irischen Nordosten anzutreten. Doch wie hoch der Preis für britische Einsicht ist, dafür steht der Hungerstreik von 1981: Es mußten erst zehn Gefangene sterben, bevor die Regierung dazu bereit war, fünf selbstverständlich anmutende Forderungen zu erfüllen. Die britische Politik ist nicht dazu geeignet, die Gewalt zu beenden. Sie verlängert lediglich das Leiden in Nordirland. Die Wiedereinführung der Internierung würde dies lediglich nochmals bestätigen.

Pünktlich zum zwanzigsten Jahrestag der Bürgerrechtsbewegung (1968) und der militärischen Intervention Londons (1969) tritt der Krieg in Nordirland somit in eine neue Phase. Es ist kaum anzunehmen, daß es seine letzte sein wird, aber möglicherweise eine, die den Konflikt einer Entscheidung näher bringt.

dsm

Plebiszit — Plebiszirkus

Die chilenische Militärdiktatur gaukelt Demokratie vor, die Bürgerlichen spielen mit

„Wir ‚pobladores' (Bewohner der Elendsviertel) glauben nicht an das Plebiszit und wir machen auch nicht mit, weil es ein Betrug ist. Wir in den ‚poblaciones' sprechen von ‚plebiscirco', Plebiszirkus …“

Kurz vor dem 5. Oktober, an dem das mittlerweile weltberühmte Plebiszit in Chile stattfinden wird, hört mensch solche Einschätzungen kaum mehr. Auf der breiten Bühne von inzwischen 16 Oppositionsparteien, die sich zur Nein-Kampagne zusammengeschlossen haben, verstärkt von der Kommunistischen Partei (PC) und dem MIR (Renovación), die ebenfalls zum Nein aufrufen, macht sich allmählich Optimismus breit. Noch nie in der 15jährigen Geschichte der chilenischen Opposition gegen die Militärdiktatur ist es zu einem derart breiten Bündnis gekommen.

Entsprechend unisono klingen die Stimmen der Unterstützer im Ausland, die schon die Koffer packen, um zur Beobachtung des Plebiszits zu eilen, wie es das Bündnis der 16 wünscht. *„Die CDU bekundet daher ihre Solidarität mit der Kampagne der Oppositionsparteien unter Führung der chilenischen Christdemokraten mit dem Ziel einer Ablehnung des Kandidaten Pinochet.“*, läßt Heiner Geißler verlauten. (Pressemitteilung vom 30.8.88) *„Die SPD unterstützt die Initiativen aller demokratischen Kräfte in Chile, bei dem geplanten ‚Volksentscheid' … mit ‚Nein' zu stimmen“*, heißt es bei der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion. (Pressemitteilung vom 9.9.1988) Und die FDP schließt sich an: *„Demokraten in aller Welt solidarisieren sich in diesen Tagen mit dem chilenischen Volk: Ja zur Demokratie! Nein zu Pinochet!“* (Pressemitteilung der FDP-Bundestagsabgeordne-*mokratie! Nein zu Pinochet!“* (Pressemitteilung der FDP-Bundestagsabgeordne-ten Ursula Seiler-Albring und Ulrich Irmer vom 11.9.1988)

Wenden wir den Blick von der hell erleuchteten Bühne, auf der Pinochet eine Niederlage bereitet werden soll, tauchen Fragen auf.

Wie stabil ist die Harmonie, wie lange wird das Bündnis zum Nein in Chile halten?

Ist die zweifellos realistische Einschätzung von Heiner Geißler, daß die Kampagne für das Nein unter der Führung der chilenischen Christdemokraten (PDC) steht, eine bittere Pille, die geschluckt werden muß auf dem Weg zur endgültigen Niederlage der Diktatur oder wird damit die Zukunft des chilenischen Prozesses programmiert?

Ist es nur rechthaberisch, sektiererisch, wenn z.B. die GRÜNEN sich nicht umstandslos in den Troß der Plebiszit-Beobachter einordnen; sollten wir nicht der Einheit der 16 entsprechen mit einer Front von Unterstützern, jenseits der ideologischen Grenzen? Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch ChilenInnen …

Die brennende Frage, wie geht es nach dem Plebiszit weiter, wird mensch sicherlich nicht beantworten können mit dem freudigen Hinweis auf das einmalig breite Bündnis der antidiktatorischen Opposition. Erst wenn wir die Vorgeschichte des Plebiszits und den Charakter der Kampagne für das Nein genau betrachten, können wir absehen, wie es danach weitergehen wird.

Unter Führung der christdemokratischen Internationale

Die Frage nach dem Zustandekommen des breiten Nein-Bündnisses ist sicher präziser gestellt, wenn sie lautet: wie kam es zur „Unterordnung der Linken unter die bürgerliche Opposition“? (Bulletin der CODEPU, August 1988) Ohne die ganze Entwicklung der Opposition seit dem Militärputsch am 11. September 1973, das wechselnde Verhältnis zwischen bürgerlicher und linker Opposition nachzeichnen zu wollen, steht fest: mit dem Generalstreik am 2. und 3. Juli 1986 erreichte der Aufschwung der Massenbewegung, die 1983 aus der tiefen Krise des ultramonetarischen Wirtschaftsmodelles entstand und sich von Protesttag zur Protesttag steigerte, seinen Höhepunkt. Möglich geworden war er durch ein Bündnis aller oppositionellen Kräfte nicht am Schreibtisch, sonder an der sozialen Basis und auf den Straßen. Diese Aktionseinheit wiederum kam zustande, weil der christdemokratische „Arbeitnehmerflügel“, wie mensch hierzulande sagt, sprich die christdemokratisch beherrschten Gewerkschaften (jener Sektor der chilenischen Gewerkschaftsbewegung, der vor dem Sturz der Allende-Regierung von der Christdemokratie gegen die Unidad Popular mobilisiert worden war) mitmachten und weil innerhalb der PDC der Flügel dominierte, der auf Massenmobilisierungen (statt Verhandlungsangeboten an daran uninteressierte Militärs) setzte als Weg zum Sturz der Diktatur.

Die Aktionseinheit fand ein Ende, als die PDC-Führung den Kurs wechselte. Heftig angeraten wurde ihr das just unmittelbar nach dem Generalstreik von einer Reihe von Besuchern aus den Vereinigten Staaten. General Galvin, damals noch Oberkommandierender des Südkommandos der US-Streitkräfte in der Panamakanalzone und die Herren Robert Gelbard, Elliot Abrams, Nestor Sanchez, Staatssekretäre für interamerikanische Angelegenheiten im Außen-, Finanz-bzw. Verteidigungsministerium gaben sich die Klinke in die Hand. Ihre Message, sicherlich inspiriert von den Ereignissen auf den Philippinen und auf Haiti: keine weiteren Bündnisse mit der Linken, insbesondere nicht mit der marxistischen; Herstellung eines Bündnisses zwischen gemäßigten Militärs (man meint sie in den Personen von Merino, Mattei und Stange, den Oberkommandierenden von Marine, Luftwaffe und Carabineros gefunden zu haben) und freiem Unternehmertum und dessen politischem Arm, den Parteien der Rechten und des Zentrums. Ziel: über Verhandlungen mit den Streitkräften ein paktierter Übergang, der das Wirtschaftsmodell intakt läßt.

Im selben Monat, im Juli 1986, reiste auch Heiner Geißler an und stieß in dasselbe Horn. Unter seiner Führung hatte die CDU bereits 1984 anläßlich seines er-auch Heiner Geißler an und stieß in dasselbe Horn. Unter seiner Führung hatte die CDU bereits 1984 anläßlich seines er-sten Chile-Besuches die Wende in der Chile-Politik der CDU eingeleitet: Verurteilung der Diktatur, volle Unterstützung für die PDC und den von ihr geführten Oppositionsblock „Acuerdo National“ (Nationale Übereinkunft), dem neben den Christdemokraten der rechte Flügel der Radikalen Partei unter Silva Cimma, der sozialdemokratische Flügel der Sozialistischen Partei unter Ricardo Nunez, die Republikanische Partei und der gemäßigte Flügel der Nationalpartei angehören. Die Wende in der CDU-Chile-Politik ist der getreue Nachvollzug jener in der US-Außenpolitik — sie ist aber mehr: die Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen in Chile ist Vorwand zur Verurteilung jener (oft angeblichen) in Nicaragua und erlaubt die Behauptung, die CDU steht für die Unteilbarkeit der Menschenrechte. Damit ist das Menschenrechtsthema besetzt und eine Waffe geschmiedet gegen den inneren Feind, die Sozialdemokratie, die in Sachen Menschenrechte bekanntlich auf dem linken Auge blind ist.

Durchbruch für das Nein-Bündnis

Aber zurück zu Chile: In die Zeit des Kurswechsels der PDC fällt auch das gescheiterte Attentat auf Pinochet (September 1986). Die Folgen waren nicht nur Repression und verschärfter Ausnahmezustand, sondern Verwirrung und Resignation in den Reihen der Linken. Die Massenbewegung, orientierungsloser denn je, sackte ab, während sich in der PDC die rechten Positionen durchsetzten und fester Kurs genommen wurde auf Verhandlungen mit den Militärs.

In dieser Situation tauchte ab Mitte 1987 die Frage auf, wie sich die Opposition zu dem von Pinochet verordneten Plebiszit verhalten soll.

Auch im bürgerlichen Lager war und ist man der Meinung, die Verfassung von 1980, die sich Pinochet unter anderem von dem CSU-Verfassungsrechtler Prof. Blumenwitz, Würzburg, auf den Leib schneidern ließ, und in deren Rahmen das Plebiszit nicht mehr und nicht weniger sein soll, als ein Meilenstein auf dem Weg der Institutionalisierung der Diktatur, sei ungeeignet für den Übergang zur Demokratie. Da ist die PDC selbst unter Führung des rechten Patricio Alwyn noch ehrlicher als der Parteifreund Heiner Geißler, der meint, der *„Übergang zur Demokratie (sei) in der chilenischen Verfassung bereits vorgesehen.“* (Pressemitteilung vom 30.8.88)

Folgerichtig versuchte es die PDC mit einer Kampagne für freie Wahlen, wobei sie zunächst die Antwort auf die Frage schuldig blieb, wie diese erzwungen oder erreicht werden sollen, wo man doch keine Massenmobilisierung zusammen mit der Linken wollte, die Diktatur aber auch keinerlei Anzeichen von Verhandlungsbereitschaft gab. Vorsorglich ließ man daher verlauten, daß, sei das Plebiszit nicht zu verhindern, man zum Nein aufrufen werde. Der Diskussionsstand der Linken war derweil: strikte Ablehnung der Verfassung von 1980, Boykott des Plebiszits. Juan Pablo Cárdenas, Herausgeber der Oppositionszeitschrift „Analisis“ schrieb dazu später: *„Es gibt keinen Zweifel daran, daß der kürzeste, einfachste und klarste Weg, um Pinochet und seinen Alptraum von Regierung zu stürzen, die massive, friedliche und gewaltfreie Enthaltung des Volkes bei diesen Wahlen sowie seine Weigerung sein müßte, sich in die Wahlregister einzuschreiben und den politischen Spielregeln zu folgen.“* (Analisis, Nr. 223/1988)

Sehr bald aber begab sich die PDC auf den Kampfplatz der Diktatur, forderte ihre Mitglieder auf, sich in die Wahlregister für das Plebiszit einzutragen, propagierte das Nein und machte sich daran, ihre Partei zu legalisieren. Juan Pablo Cárdenas: *„Jedoch steht fest, daß einige Sektoren der Opposition sich sehr früh am Wahlbetrug beteiligt haben …“* (Analisis, s.o.) Angesichts dieses Vorpreschens der Christdemokraten zögerte die Linke. Dann brach der Almeyda-Flügel der Sozialistischen Partei das Eis und schloß sich der Aufforderung zur Eintragung in die Wahlregister und der Nein-Kampagne an. Dieser „Aufbruch“ war zugleich ein Bruch mit dem neu geschaffenen Linksbündnis „Izquierda Unida“ (Vereinigte Linke), das eigentlich nur nicht breiter als die bislang bestehende „Movimento Democratico Popular“ da“ (Vereinigte Linke), das eigentlich nur nicht breiter als die bislang bestehende „Movimento Democratico Popular“ (Demokratische Volksbewegung), sondern auch schlagkräftiger werden sollte.

Die anderen Linksparteien zogen nach, beteiligten sich schließlich am 2. Februar 1988 an der *„Konzertierung der politischen Parteien für das Nein“* (zunächst 13, inzwischen 16 Oppositionsparteien) — mit Ausnahme der PC und des MIR (Revovación), die außen vor blieben, aber inzwischen auch zum Nein aufgerufen haben. Das Schwanken der Kommunistischen Partei ist exemplarisch für das Zustandekommen des Nein-Bündnisses, das eben korrekterweise als Unterwerfung der Linken unter die bürgerliche Opposition beschrieben werden muß: Mitglieder, die vorauseilend zur Eintragung in die Wahlregister aufriefen, wurden ausgeschlossen, nur um kurz darauf eben dies zur Parteilinie zu machen. Als die Partei dann schließlich im Juni 1988 zum Nein aufrief, war niemand überrascht; es war vorauszusehen. In einer Art konzertierter Aktion schloß sich die PC allerdings der Nein-Plattform nicht an — konzertiert insofern, als die Christdemokratie absolut dagegen ist und die PC ihrerseits nicht auf einer Plattform mitarbeiten will, die einen „schnellen und geordneten Übergang zur Demokratie“ sucht und zu diesem Zweck die Respektierung des geheiligten Privateigentums beteuert.

Kontrollierter Übergang zur bürgerlichen Demokratie

Ricardo Nunez, Führer des sozialdemokratischen Flügels der Sozialistischen Partei, sagt es ganz klar in einem Interview mit „El Pais“ am 27.6.1988: *„Wir stimmen jedoch mit einigen Punkten ihres Dokuments* (in dem die PC zum Nein aufruft; A.d.V.) *nicht überein. Sie schlagen vor, daß der Sieg des Nein auf den Straßen durch eine Bewegung verteidigt werden müsse, die in eine nationale Erhebung mündet mit dem Ziel eines Regimewechsels ohne Verhandlungen, was wir ablehnen.“*

Damit wären wir bei den Inhalten der Nein-Kampagne, von denen bei uns vor lauter Euphorie über ihre Breite kaum die Rede ist. In der Erklärung zur „Konzertierung“ vom 2.2.1988 heißt es schlicht und ergreifend: *„Sind die Zwecke dieser Konzertierung erfüllt und ist folgerichtig der hier gemachte Vorschlag anerkannt, wenn das Volks im Plebiszit Nein stimmen wird, wird es an den demokratischen politischen Parteien sein, mit den Streitkräften übereinzukommen über die Bedingungen eines schnellen und geordneten Übergangs zur Demokratie im Rahmen dieses Vorschlages.“*

Und in der „Wirtschaftlichen und sozialen Verpflichtung der Kampagne für das Nein“ ist unter Punkt 19 „Unterstützung der Unternehmerinitiative“ zu lesen:

„Wir verpflichten uns, jegliche unternehmerische Aktivität oder Initiative zu unterstützen, die zur Erhöhung der Investitionen, der Produktivität und der Wettbewerbsfähigkeit der chilenischen Unternehmen, der Exporte und der Substituierung von Importen ohne unangemessenen Protektionismus führt und garantieren deshalb das Privateigentum und die Privatinitiative.“

Damit ist der Köder ausgeworfen für das Unternehmertum und den US-Imperialismus, ihren bewaffneten Arm endlich an den Verhandlungstisch zu bringen für eine konzertierte Aktion der Kosmetik.

Die Hegemonie der bürgerlichen Kräfte innerhalb des Nein-Bündnisses offenbart sich nicht nur in derlei Programmatik, sondern auch in der organisatorischen Struktur der Kampagne: im Exekutivkomitee des „Kommandos für das Nein“ sitzen die Christdemokraten Patricio Alwyn (Sprecher) und Andrés Zaldvar, der Präsident der Humanistischen Partei, José Tomas Saenz, der Führer des rechten Flügels der Radikalen, Enrique Silva Cimma, der dem Nunez-Flügel der Sozialistischen Partei angehörende Führer der zum Plebiszit gegründeten „Partei für die Demokratie“ (PPD), Ricardo Lagos und mehr oder weniger als Feigenblatt der Linken (Almeyda-PS, MAPU, MAPU Obrero Campesino, Christliche Linke, linker Flügel der Radikalen), jedenfalls in der absoluten Minderheit Luis Maira von der Christlichen Linken.

chen Linken.



Linke in der Defensive

Weil dem so ist und weil die ausländische Unterstützung für die Nein-Kampagne (vor allem vom CIA-nahen „National Endowment for Democracy“, USA, und von den Internationalen der Christ- und Sozialdemokratie) von der PDC und ihren Anhängseln kontrolliert wird, sah sich die Linke genötigt, noch ein eigenes Kommando einzurichten, das „Comando Socialista por el NO“ (COSONO). Dessen knappes Manifest enthält Punkte, die de facto einem Bruch des Gesamtbündnisses gleichkommen, zumindest aber deutlich machen, daß Linke und Bürgerliche die Nein-Kampagne mit unterschiedlichen Zielen betreiben.

Da heißt es insbesondere: *„Wir werden nur zu Demokratie gelangen, indem wir den Bruch mit dem institutionellen Prozeß, den die Verfassung von 1980 vorsieht, einleiten. Das Nein des Volkes hat einen Volkscharakter, indem es der Vielzahl der wirtschaftlichen und sozialen Forderungen und jenen nach dem Schutz der Menschenrechte unseres Volkes eine politische Bedeutung gibt. Die politische Freiheit läßt sich nicht abgetrennt verstehen von der wirtschaftlichen und sozialen Befreiung von allen Formen der Ausbeutung und der autoritären Unterdrückung.“*

Während also das bürgerliche Lager mit der Nein-Kampagne die Garantien für das Unternehmertum verbindet, daß es keine Enteignungen geben und die Rolle des Staates nicht übertrieben sein wird, die gegenwärtigen Modalitäten eines perversen Kapitalismus nicht in Frage stellt und den Streitkräften signalisiert, daß man über das Thema der Menschenrechte wird sprechen können, sucht die Linke in der Nein-Kampagne eine politische Mobilisierung, die den Bruch mit der Diktatur einleitet — einen Bruch, der über den Sturz des Diktators Pinochet hinaus den Weg zu grundlegenden wirtschaftlichen und sozialen Reformen eröffnet. Die Linke spricht deshalb von einem „no rupturista“, einem Nein, das bricht, während die bürgerliche Opposition das Nein als Vehikel versteht, um zu den langersehnten Verhandlungen mit den Streitkräften zu kommen.

Konkret wird es im Falle des Nein eine einjährige Übergangsregierung unter Pinochet geben, an deren Ende Wahlen des Präsidenten und eines Nationalkongresses stehen werden, die die CDU schon heute zu freien Wahlen erklärt. Pinochet wird Oberkommandierender des Heeres bleiben und als solcher Mitglied in dem allmächtigen Nationalen Sicherheitsrat und wird gleichzeitig zum Senator auf Lebenszeiten ernannt werden. Im Falle des Ja wird Pinochet acht weitere Jahre Präsident sein, aber nach einem Jahr wird es auch dann Wahlen zum Nationalkongreß geben. Der Rahmen wird die Verfassung von 1980 sein, die ein Parlament ohne wirkliche legislative Befugnisse vorsieht und Verfassungsänderungen so gut wie unmöglich macht.

Widersprüche

Spätestens bei den Wahlen zur Nationalversammlung und gegebenenfalls eines Präsidenten wird das Nein-Bündnis auseinanderbrechen. Die unterschiedlichen Ziele der Linken und der bürgerlichen Kräfte werden in aller Deutlichkeit wie-einanderbrechen. Die unterschiedlichen Ziele der Linken und der bürgerlichen Kräfte werden in aller Deutlichkeit wie-der erscheinen und vor allem in folgenden Fragen aufeinanderprallen:

— Während die Menschenrechtsorganisationen schon jetzt eine Kampagne „Nein zur Straffreiheit“ angefangen haben, also auf Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen und Gerechtigkeit bestehen und darin von den Linksparteien unterstützt werden, werden die bürgerlichen Parteien zu einem „Schlußstrich“-Gesetz nach argentinischer Art bereit sein. Das Thema wird wichtiger Gegenstand eventueller Verhandlungen mit dem Militär sein und die chilenischen Generäle werden nicht anders als ihre guatemaltekischen, argentinischen, brasilianischen und uruguayischen Waffenbrüder eine Generalamnestie für sich fordern, bevor sie das Spiel der zivilen Politiker überhaupt nur zulassen werden. In Voraussicht dieser Entwicklung hat sich die chilenische Christdemokratie schon jetzt geweigert, eine Erklärung der Oppositionsparteien gegen die Straflosigkeit von Menschenrechtsverletzungen zu unterzeichnen.

— Während die bürgerlichen Parteien ihre Garantien gegenüber dem Privatunternehmertum und dem internationalen Kapital einlösen werden, ist sich die Linke klar darüber, daß soziale und wirtschaftliche Veränderungen, eine Beendigung des nationalen Ausverkaufs und des damit verbundenen Raubbaus an den natürlichen Reichtümern des Landes (v.a. Wälder und Meer) nicht möglich sein werden, solange jährlich zwei Milliarden US-Dollar als Schuldentilgung und Gewinntransfers in die Taschen der Transnationalen wandern. Der Klassenkampf endet nicht mit dem Ende der Militärdiktatur.

Wenn wir dergestalt aus der Entwicklung seit 1986 heraus und in den Inhalten und der Struktur der Nein-Kampagne die Hegemonie des bürgerlichen Lagers begreifen und die daraus sich ergebende Konstellation der künftigen Auseinandersetzungen in Chile, gibt es keinen Anlaß, in den Chor der Plebiszit-Beobachter mit dem christdemokratischen Vorsänger einzustimmen. Die bundesrepublikanische Linke, die den Kampf des chilenischen Volkes 15 Jahre unterstützt hat, hat nichts am Hut mit einem paktierten Übergang des Ausplünderungsmodells von einer militärdiktatorischen zu einer scheindemokratischen Form. Sie unterstützt die Linke in ihrer schwachen Position innerhalb der Nein-Kampagne, die linksrevolutionären Kräfte, die nicht zu einem Nein aufgerufen haben, die Mobilisierung, die sich jetzt entfaltet und steht für einen Bruch mit der Diktatur, ihrer Institutionalisierung des ultramonetaristischen Wirtschaftsmodelles und der imperialistischen Unterstützung für die Scheindemokratisierung.

ub, Köln

„Keine Gnade für die Verräter“

Mit Giftgas und Massaker gegen die Kurden

„*Die von den Kurdenführern in der Vergangenheit wiederholt geäußerte Befürchtungen, wonach der Frieden zwischen Iran und Irak für die kurdische Bevölkerung noch viel verheerendere Folgen als der Krieg haben würde, scheint sich zu bewahrheiten,*“ schrieb der Schweizer „Tagesanzeiger“. (1)

Im Juli griff die irakische Armee mit rund 30.000 Soldaten die im Norden des Iraks opererierenden Peschmergas der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP) an. Im August folgte eine zweite Offensive, die man nicht anders als einen Massenmord an den Kurden bezeichnen kann.

Massoud Barzani, Chef der KDP, richtete dringende Appelle an die Weltöffentlichkeit, das drohende Massaker an über 100.000 Zivilpersonen zu verhindern. Bis zu 60.000 Mann der irakischen Armee, so hieß es, hätten im August damit begonnen, „*das Gebiet südlich der türkischen Grenze zu entvölkern. Systematisch werde dabei Giftgas eingesetzt. (...) Mindestens 100.000 Menschen hätten ihre Häuser aus Angst vor neuen Giftgasangriffen in Panik verlassen, Tausende von Kurden hätten in der vergangenen Woche versucht, in die Türkei zu fliehen, und seien von den entlang der Grenze konzentrierten türkischen Truppen zurückgeschickt worden. Da die Kurden-Dörfer mitsamt den für den herannahenden Winter gesammelten Vorräten systematisch vernichtet werden, spitzt sich die Lage (...) tagtäglich zu.*“ (1) Und „Amnesty International“ berichtete, die irakische Armee habe ganze Dörfer durch Bombardierungen und Beschuß „*dem Erdboden gleichgemacht*“. Es handle sich um die „*vorsätzliche und systematische Vernichtung von großen Teilen einer Minderheit*“. (2)

„*Die Giftbomber kommen meist in zwei Wellen, das Dröhnen ihrer Motoren in den Schluchten Kurdistans kündigt sie an. Die erste Woge hat herkömmliche Sprengbomben an Bord, die sie über den nach zwölf Jahren noch übriggebliebenen Dörfern abwerfen. Die Detonationen zwingen die Kurden in die Keller und Unterstände, die aber gleich darauf zur tödlichen Falle werden. Denn wenig später fliegt die zweite Welle der Kampfflugzeuge heran, diesmal mit Giftgaskanistern an Bord. (...) Ein Rauchpilz zeigt kurz den Ort an, dann verteilt sich das Gas in Minutenschnelle über weite Flächen. Weil es schwerer ist als Luft, dringt es als erstes in Gräben und Höhlen, die eben noch Schutz boten. Die Angegriffenen rennen um ihr Leben, springen aus den Höhlen und fliehen zu den Hügeln und Bergen — ins Verderben, denn die irakische Armee wendet eine neue Taktik an, wirft Giftgasbomben vor allem an Hängen ab. Die Flüchtenden stürzen (...) direkt in die Gaswände hinein.*“ So beschrieb Hans Branscheidt von „medico international“ nach einem Aufenthalt im Norden des Iraks den Völkermord. (3)



Elend in den Flüchtlingslagern: Während die türkische Regierung Hilfe für die kurdische Bevölkerung durch das internationale Rote Kreuz ablehnt/verhindert, kann sie selbst die Versorgung der Flüchtlinge nicht gewährleisten.

Der Irak bestritt einmal mehr kategorisch jeden Einsatz von Giftgas und drohte allen Medien Verleumdungsklagen an, die solche Behauptungen verbreitet hätten. (4) Gleichzeitig wurden die Kurden als „*Verräter*“ abgestempelt, die im Golfkrieg auf der Seite des Feindes gestanden hätten und deshalb werde es für sie „*keine Gnade geben*“. (2)

„Seltsam verhalten“

Seit vier Jahren setzt der Irak im Golfkrieg gegen den Iran und gegen die Kurden immer wieder Giftgas ein. Ein Protestschrei der 105 Nationen, die das Genfer Abkommen über das Verbot des Einsatzes chemischer Waffen unterschrieben haben, ist ausgeblieben. „*Seltsam verhalten*“ nannte das konservative Time-Magazine die Reaktion. (5) Niemand hat bisher den Versuch unternommen, den Irak vor dem dafür zuständigen internationalen Gerichtshof in Straßburg anzuklagen, selbst nachdem im März 1988 überall in der Welt die Bilder schrecklich aufgedunsener Giftgasopfer aus der kurdischen Stadt Halabjah zu sehen waren.

Als Barzani am 18.8. an die UNO appellierte, wollte diese das gar nicht zur Kenntnis nehmen. „*Im Interesse des Friedens*“ (gemeint sind Waffenstillstandsverhandlungen zwischen dem Iran und dem Irak) „*wird man wohl nicht mehr viel über diese Angelegenheit hören,*“ meinte ein UNO-Mitarbeiter. (5) Ende August übergaben die Vertreter aller kurdischen Par-

UNO-Mitarbeiter. (5) Ende August übergaben die Vertreter aller kurdischen Par-
teien im Irak der UNO in Genf einen Brief mit Bitte um „*Einrichtung einer Kommission, die parallel zu den Verhandlungen zwischen Irak und Iran eine Friedenslösung für das kurdische Volk erarbeiten soll*“. Ohne eine solche Lösung werde es „*keinen dauerhaften Frieden in der Golfregion geben*“. (6) Generalsekretär Perez de Cuellar war „*nicht bereit, dieses Thema auf die Tagesordnung der Genfer Friedensverhandlungen zu setzen*“. Diese seien „*bereits kompliziert genug*“. Für die UNO, die den Irak seit 1984 dreimal wegen Chemiewaffeneinsatzes verurteilte, gibt es für Kurdistan hingegen „*keine Bestätigung aus unabhängigen Quellen*“. (7) Solche offiziellen Berichte sind auch nicht zu haben, weil der Irak weder Vertreter des Roten Kreuzes noch der Flüchtlingsorganisation der UNO ins Land läßt. Auf die Vorwürfe, die UNO schaue weg beim Völkermord, wurde erwidert, die UNO-Truppe UNIMOG habe vom Sicherheitsrat den Auftrag erteilt bekommen, die Waffenruhe zu überwachen und könne sich nicht mit „*innenpolitischen Problemen Iraks*“ beschäftigen. (1) Der Chef der UNO-Beobachtertruppe, die im betroffenen Kurdengebiet gar nicht vertreten ist, konnte so statt vom Völkermord von „*kleineren Problemen*“ des Waffenstillstands sprechen. (8) Anfang September schließlich wurde der Kurdenvertreter bei der UNO empfangen. (9)

Die USA, Großbritannien, die BRD und Japan haben inzwischen eine Untersuchung der Vorwürfe durch die UNO gefordert und vorgeschlagen, eine Untersuchungskommission in die Flüchtlingslager der Türkei zu entsenden. Perez de Cuellar sagte ihnen eine „*Prüfung des Ersuchens*“ zu. (10) Inzwischen erklärte de Cuellar, er wolle im Rahmen seiner „*begrenzten Möglichkeiten*“ alles tun, um das Schicksal der Kurden zu erleichtern. (22)

BRD: Abscheu eines Brandstifters

Aus der BRD sind rund 1.000 Firmen auf beiden Seiten im Kriegsgeschäft beteiligt gewesen und das Bundeswirtschaftsministerium warnte erst kürzlich vor allzu großer Euphorie, jetzt beim Wiederaufbau des Zerstörten noch bessere Geschäfte machen zu können. (10) Zwölf Firmen der BRD stehen im Verdacht, den Gaskrieg des Irak erst möglich gemacht zu ha-

der BRD stehen im Verdacht, den Gaskrieg des Irak erst möglich gemacht zu ha-
ben. Seit Ende 1987 gibt es dazu staatsanwaltliche Ermittlungen, weiter ist man nicht gekommen. Bisher haben die Kurden ihrerseits vergeblich versucht, in der BRD Analysegeräte für das Giftgas zu kaufen. (3) Inzwischen möchten „linke“ SPDler dem Gaskrieg mit Hilfe der Bundeswehr am liebsten vor Ort abhelfen. Aber Blauhelmen, auch denen der Bundeswehr, stehen, wie wir gesehen haben, andere Aufgaben zu.

Im Juli wurde der irakische Außenminister Tarik Aziz in Bonn von Kohl, Genscher und Weizsäcker empfangen. Der irakische Außenminister gab hier „*überraschend*“ für die Diplomaten den Einsatz von Giftgas zu und begründete dies mit entsprechenden iranischen Vorgehen, wofür es allerdings außer den irakischen Behauptungen keinerlei Bestätigungen gibt. (11) Offizieller Verhandlungsgegenstand in Bonn war aber nicht das Giftgas sondern die Fortsetzung der geschäftlichen Beziehungen trotz ausstehender irakischer Zahlungen und die Absicherung über weitere Hermes-Kredite (staatliche Absicherung von privaten Geschäften bundesdeutscher Unternehmen in Ausland). Die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ vermutete, daß es sich hierbei auch um die Absicherung für die Erstellung von Giftgasproduktionsanlagen handelt. (12)

Verbale Proteste erhebt die BRD inzwischen gegen das Massaker an den Kurden. Die BRD gehörte zu den Initiatoren einer Resolution gegen die Chemiewaffeneinsätze des Iraks bei der UNO-Menschenrechtskommission, in der aber die kurdische Minderheit nicht einmal erwähnt wurde. Marokko beantragte, die Befassung der Angelegenheit abzulehnen, und sämtliche arabischen Vertreter ebenso wie die „sozialistischen“ Länder stimmten Marokko zu. (9) Als erstes Bundesland hat inzwischen die Albrecht-Regierung medizinische Hilfe für die kurdischen Giftgasopfer in Aussicht genommen, Ernst Albrecht hat sich noch eine Entscheidung vorbehalten. (13)

Ein Machtwort aus den USA

Anfang September gab der Sprecher des US-Außenministeriums, Redman, bekannt, man habe „*belastende Beweise*“ für den Giftgaseinsatz gegen Kurden. Am

Fortsetzung auf Seite 17

Heimlich werden Tausende kurdischer Flüchtlinge gegen ihren Willen — und z.T. ohne ihr Wissen — in den Iran abgeschoben.



Die kurdische Tragödie

Über zwanzig Millionen Kurden mit eigener Sprache und einem geschlossenen Siedlungsraum stellen die drittgrößte Bevölkerungsgruppe im Vorderen Orient, haben aber keinen eigenen Staat. Im Irak leben vier bis fünf Millionen Kurden, ungefähr sieben Millionen im Iran, eine Million lebt in Syrien und ein kleine Minderheit in der Sowjetunion, rund die Hälfte der Kurden in der Türkei. Es hat in diesem Jahrhundert zahllose Kurdenaufstände gegeben und nur einmal, im Jahre 1920, bei der Aufteilung der Türkei wurden ihnen ein eigener Staat in Aussicht gestellt, doch schon drei Jahre später, beim Vertrag von Lausanne (1923) war es damit vorbei. Nur nach dem zweiten Weltkrieg bestand unter sowjetischer Schirmherrschaft einige Monate eine Kurdenrepublik in West-Iran, der 1946 von einmarschierenden Truppen des Schahs ein Ende bereitet wurde. Seither sind die Kurden fast ununterbrochen im Widerstand. 1961 begann unter der Führung Barzanis (der Vater des hier bereits Erwähnten) ein Kurdenaufstand, der dem Irak erhebliche Schwierigkeiten brachte. (25) Der Aufstand wurde vom iranischen Schah und den USA unterstützt. 1975 ließen die USA und der Schah die Kurden fallen und machten die Grenzen dicht. Der Schah handelte sich damals als Gegenleistung die Hälfte der Wasserstraße des Schatt al Arab dafür ein. Saddam Hussein, der damalige Verhandlungsführer möchte noch heute das gerne wieder rückgängig machen. Der Widerstand der Kurden war danach gebrochen. „*Nach 1975 ließ Saddam Hussein Tausende kurdischer Dörfer zerstören und deren Bewohner in andere, arabisch geprägte Landesteile umsiedeln, um sie so zu assimilieren*“ (17) Bis zu 500.000 sollen es gewesen sein. Barzani war in seiner Brüderschaft mit dem Schah soweit gegangen, den zu ihm geflüchteten iranischen Kurdenführer Suleiman Muyani 1965 dem Savak auszuliefern. Barzani bezeichnete es später als seinen größten Fehler, den USA und dem Iran getraut zu haben. Gerade im Irak ist die Feindschaft der Baathisten und Kurden auch heute mit am größten, obwohl im Irak die Autonomie-Zugeständnis am weitesten reichen: Zulassung von Kurdisch als zweiter Amtssprache und auch ein Mitspracherrecht. Allerdings haben die Kurden dort schon häufiger Erfahrungen mit irakischen Versprechungen gemacht. Selbst Amnesty international bestätigte aus Anlaß der jüngsten irakischen Amnestie, daß mißliebige Kurden nichtsdestotrotz in der Vergangenheit hingerichtet worden seien. Jetzt nach dem Waffenstillstand im Golfkrieg droht den Kurden im Irak ein ähnliches Schicksal wie 1975. Die Fünferkoalition der Kurdischen Parteien im Irak hatte sich samt und sonders mit dem Iran verbündet, Waffenhilfe von dort erhalten und an der Seite iranischer Verbände gekämpft. Jetzt hat der Iran die Unterstützung aufgehoben und seine Grenzen für Waffen und Bewaffnete dichtgemacht. Diesmal schreckt Bagdad offensichtlich auch nicht vor Völkermord zurück.

Im Iran erhielten die Kurden auch vom Khomeiny-Regime keinerlei Autonomie-Rechte. Gleich nach dem Sturz des Schahs kam es zu heftigen Kämpfen, bei denen über 15.000 Kurden liquidiert worden sein sollen. Und auch heute wird dort weiter gekämpft, iranische Kurden haben wiederum mit Bagdad kooperiert. Zu Beginn des Waffenstillstands wurden Angehörige der „Demokratischen Partei Kurdistans-Iran“ (DKP-I) öffentlich gehenkt. (5)(17)

Gerade in der letzten Zeit und angesichts der ungeheuren Bedrohung haben verschiedenste Gruppen der Kurden über bisherige Grenzen hinweg zu gemeinsamen Aktivitäten gefunden. Aber derzeit sind sie die Opfer des „Friedensschlusses“ im Golf: im Iran wird mit inneren Gegnern abgerechnet und im Iran sind die Kurden der Rache des Regimes und dem Völkermord ausgesetzt.

Ein Aufatmen der Arbeiterbewegung

Die türkische Gewerkschaftsbewegung organisiert sich neu

Es gärt in der türkischen Arbeiterbewegung. Nach Jahren der erzwungenen Ruhe als Folge des Putsches der Militärs und des Özal-Regimes, erlebt die Türkei seit dem letzten Jahr eine erstarkte Streikbewegung.



Arbeiterdemonstration: „Wir haben Hunger"

Ihren Ausgang nahmen die Kämpfe bei NETAS (ein Betrieb, der Telefonzentralen produziert), wo am 18.11.1986 2.650 Beschäftigte in den Ausstand traten. Ihre Forderungen nach mehr Lohn und verbesserten sozialen Leistungen konnten sie drei Monate nach Streikbeginn durchsetzen. Am 18.2.1987 wurde eine Lohnerhöhung um 40 % sowie eine Heiz-, Urlaubs-und Feiertagszulage ausgehandelt. Neben dem erfolgreichen Tarifabschluß war der Streik bei NETAS ein politischer Erfolg, da es gelang, die staatliche Zwangsschlichtung zu umgehen, unter deren Regime die Abschlüsse stets deutlich unter der Preissteigerung lagen.

Außerdem gelang es, die vom reaktionären Verband Türk-Metal-Is unabhängige Gewerkschaft Otomobil-Is zu stärken, die weitaus kämpferischer und auch in sich demokratischer organisiert ist, als die staatskonformen Türk-Is-Verbände. Obwohl die ehemals kleine Otomobil-Is (1980: 12.000 Mitglieder) ständigen Repressalien ausgesetzt ist — so wurden wiederholt Funktionäre in Polizeihaft genommen, organisierte Arbeiter mit Massenkündigung bedroht und z.T. diese auch angewandt — hat diese Gewerkschaft in den letzten Jahren einen enormen Zulauf, so daß sich die Mitgliederzahlen etwa verzehnfachten. Auch an der aktuellen Streikbewegung ist die Otomobil-Is beteiligt.

Das Beispiel von NETAS machte die Runde. War es seit der Wiederzulassung von Tarifverhandlungen (Mai 1984) bis Mitte 1985 zu lediglich zwei Streiks gekommen, so beläuft sich ihre Zahl allein im ersten Halbjahr 1987 auf 113 (!) und ca. 20.000 Beschäftigte befanden sich im Ausstand. Vergleicht man die Streiktage mit den entsprechenden Zahlen aus der Zeit vor dem 12.9.1980, dann zeigt sich, daß die Ausstände zahlenmäßig an die vehementen Kämpfe von vor 1980 anknüpfen. Besondere Bedeutung hatten 1987 der 131tägige Streik bei der Lebensmittelkette MIGROS sowie der Streik von 3.000 LederarbeiterInnen der Gewerkschaft Deri-Is, die sich 119 Tage im Ausstand befanden. Beide Streiks wurden ebenfalls von autonomen Gewerkschaften geführt.

131tägige Streik bei der Lebensmittelkette MIGROS sowie der Streik von 3.000 LederarbeiterInnen der Gewerkschaft Deri-Is, die sich 119 Tage im Ausstand befanden. Beide Streiks wurden ebenfalls von autonomen Gewerkschaften geführt.

Streikbewegung 1987/88

Trotz der Restriktion von Staat, Kapital und rechten Gewerkschaften hat die Streikbewegung auch 1988 nichts von ihrem Ausmaß eingebüßt. Bereits im April befanden sich 6.400 Arbeiter in 54 Firmen im Ausstand. Darunter die traditionell kämpferischen Gummiarbeiter (bei Lassa), Zementfabriken und städtische Arbeiter. Für tausende Beschäftigte der Lebensmittel- und chemischen Industrie waren Streikbeschlüsse gefaßt worden. Tausende von Arbeitern der Stadtwerke und der petrochemischen Industrie, die aus rechtlichen Gründen nicht streiken durften, führten in den Monaten Mai und Juni Bummelstreiks durch, leisteten „passiven Widerstand" und setzten sich mit anderen Protestformen zur Wehr. Einer Meldung der türkischen Tageszeitung „Hürriyet" zufolge befanden sich Anfang September 13.500 Arbeiter im Streik, 4.500 Arbeiter der US-Basen in der Türkei werden am 20. September den Streik aufnehmen. Für weitere 300.000 ArbeiterInnen und Angestellte sind die Tarifverhandlungen gescheitert. Für einen großen Teil von ihnen sind Streikbeschlüsse gefaßt, so daß möglicherweise ein „heißer Herbst" unmittelbar bevorsteht.

Die Bedeutung der Streikbewegung der letzten zwei Jahre liegt auch darin, daß es gelang, die Streiks trotz Verbot länger als 60 Tage weiterzuführen und das staatliche Instrument der Zwangsschlichtung zu ignorieren. Während bereits die genannten Streiks bei NETAS, MIGROS und in der Lederindustrie jeweils über drei Monate andauerten, währt der Streik bei Dogu-Plastik, der von der (sozialdemokratischen) Petrol-Is geführt wird am 16. September genau ein Jahr. Auch die Streiks der Zelulos-Is bei der Tapetenfabrik „Motif" und der von Otomobil-Is bei Sace Elektrik dauern bereits über zehn Monate. Ein weiteres neues Moment ist die Bereitschaft der Arbeiter zu illegalen Kampfformen, wie Warn- oder Demonstrationsstreiks, wie sie während des Sommers von der Petrol-Is an verschiedenen Orten durchgeführt wurden.

Verbote und staatliche Repression werden mit anderen Kampfmethoden als denen des direkten Streiks umgangen: So trugen die städtischen Arbeiter, die z.T. dem Streikverbot unterliegen, während der Tarifverhandlungen sämtlichst schwarze Kleidung, um so ihren Protest zum Ausdruck zu bringen. Bummelstreiks, Essensboykotts und massenhafte gemeinsame Arztbesuche ganzer Belegschaften gehören ebenfalls zum Repertoire an Aktionsformen. Für viele ist der Hungerstreik die einzige Möglichkeit, ihren Protest gegen die Lohnarbeitsverhältnisse zu formulieren. Neben Aktionen kleinerer Gruppen, die sich meist gegen die Entlassung von Gewerkschaftsmitgliedern richten (geschehen in Erdemir, März 1987), traten am 17.5.1987 600 Arbeiter in Gebze in einen unbefristeten Hunger- und Durststreik, nachdem sie zwei Monate keinen Lohn erhalten hatten. Daneben kommt es zu Essensboykotts (so beim Eisenbahnerstreik in Istanbul im Juli 1987). Formen informellen Protests werden nicht selten aus Angst vor dem polizeilichen Auftreten während der Streiks gewählt. Denn für jeden Streik steht ein Polizeisonderkommando für eventuelles Eingreifen bereit, Streikende werden polizeilich verhört oder zur Arbeit gezwungen, wie es während der Warnstreiks der Verkehrsbetriebe in Ankara im Mai 1987 geschah.

Besonders restriktiv wird im öffentlichen Sektor gegen Streikende vorgegangen. Reicht die Palette der oben beschriebenen Mittel nicht aus, um den Streik zu unterbinden, so droht Özal persönlich mit der Stillegung des Betriebs, wie beim Streik der Aluminiumarbeiter in Seydisehir am 14.7.87. Aufgrund der Organisationsstruktur der türkischen Gewerkschaften, die überwiegend von Betriebs- und Branchengewerkschaften geprägt ist, fällt es schwer, gegen solche Drohungen mit kräftigen Streiks zu antworten. Streiks von einem Ausmaß wie bei Petrol-Is, wo sich im April 1987 11.000 Arbeiter im Ausstand befanden, sind selten. Meist beträgt die Zahl der Streikenden nicht mehr als 700 Teilnehmer.

Gewachsen ist dagegen die Bereitschaft der Arbeiter, Streiks trotz widriger Bedingungen zu Ende zu führen und nicht vorzeitig abzubrechen. Darin drückt sich eine zunehmende Radikalisierung der Arbeiter aus, die einhergeht mit einem wachsenden Interesse für linke Politik.

Unter den repressiven Verhältnissen sind kämpferische Gewerkschaften wie Deri-Is oder Petrol-Is noch in der Minderheit. Mehrheitlich sind die Branchen-und Industriegewerkschaften auf einen gemäßigt sozialdemokratischen oder konservativen Kurs eingestimmt. Ihre Bereitschaft zur Konfrontation mit dem Regime ist gering.

Die sozialdemokratisch orientierten Branchen-Gewerkschaften kommen dem Aufbau einer schlagkräftigen Gewerkschaftsbewegung nicht nach. Ihre Kader interpretieren die Gewährung minimalster Rechtstitel bereits als qualitativen Schritt in Richtung Demokratisierung. Ihre Einschätzung geht von den Verhältnissen unter den Militärs aus und sieht in der geschaffenen Rechtsgrundlage einen ersten Fortschritt im Vergleich zur Milil-tärdiktatur. Sie sehen für eine direkte Konfrontation mit dem Regime nur bedingt einen Grund und vertrauen auf die institutionellen Möglichkeiten der Einflußnahme über den konservativen Dachverband Türk-Is.

Doch nach dieser Interpretation wären die Streiks Ausdruck eines bürgerlich-demokratischen Normalisierungsprozesses. Genau das Gegenteil ist der Fall. Die Streiks sind nicht Ausdruck von Freiheitsrechten, sondern einer bis heute nicht gekannten Verarmung großer Teile der türkischen Bevölkerung. Es ist der Hunger, der immer größere Teile der Arbeiterschaft zum Streik zwingt.

Im Zuge der Austeritätsprogramme des IWF sank der Einkommensanteil der Lohn- und Gehaltsempfänger am Nationaleinkommen der Türkei von 36,8 % (1977) auf 15,5 % (1987). Bei einer prognostizierten Geldentwertung von 80-90 % für dieses Jahr und einem staatlich garantierten Mindestlohn von 60.000 TL (80 DM) im Monat, bleibt von den durchschnittlich um 35 % erhöhten Löhnen nichts übrig. Und selbst die hohen Abschlüsse bei MIGROS oder von Deri-Is (70 %) können gerade die Reallöhne stabil halten. Bei einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 7,4 % im Jahr 1987 (2) machen sich die Profite des Kapitals noch sehr ordentlich aus. So gesehen haben die Arbeitsgesetze einen entscheidenden Beitrag geleistet, daß die Kapitalakkumulation der privaten Unternehmen wieder in Gang kam, nachdem das BIP vor 1980 rückläufig war.

Gelbe Gewerkschaften

Eine zentrale Funktion in diesem ange-

das BIP vor 1980 rückläufig war.

Gelbe Gewerkschaften

Eine zentrale Funktion in diesem angebotsökonomischen Konzept kommt den konservativen Gewerkschaften zu. Als exemplarisches Beispiel dazu kann die Strategie der *Türk-Metal-Is* genannt werden. Diese pro-faschistisch ausgerichtete Industriegewerkschaft kollaboriert offen mit Staat und Kapital. Erstens soll sie die in der linken Metallarbeitergewerkschaft Maden-Is (Maden-Is war vor ihrem Verbot durch die Militärs eine der größten linken Einzelgewerkschaften) ehemals organisierte Arbeiterschaft disziplinieren. Mittel dazu sind staatlich verordnete Zwangsmitgliedschaft und Entlassung von linken Gewerkschaftsfunktionären. Zweitens soll Türk-Metal-Is dafür sorgen, daß die Arbeiter nicht von sich aus tarifliche Forderungen stellen (wenn es doch dazu kommt, werden die entsprechenden Arbeiter von Türk-Metal-Is beim Unternehmen denunziert und von diesem entlassen) und die niedrigen Lohnerhöhungen kampflos hinnehmen. Türk-Metal-Is gehört dem konservativen Dachverband Türk-Is an. Dieser vereint Einzelgewerkschaften mit insgesamt 1,7 Mio. Mitgliedern, wobei auch hier viele Gewerkschaften zwangsrekrutiert wurden.

Türk-Is verfolgt, auf einer höheren institutionellen Ebene, eine Politik, wie sie am Beispiel der Türk-Metal-Is dargestellt wurde. Türk-Is schickte 1980 einen Minister ins Kabinett der Putschisten und arbeitete zusammen mit den Militärs die restriktive Arbeits- und Streikgesetzgebung aus. Als Folge des massiven Drucks von der Basis mußte Türk-Is seit Ende 1984 von seiner regimefreundlichen Haltung partiell abrücken, wollte der Verband nicht Gefahr laufen, daß seine integrationistische Strategie völlig versagt. Nachdem die Mitglieder Ende 1985 den Generalstreik forderten, führte der Vorstand unter S. Yilmaz im Februar 1986 eine Massendemonstration in Izmir mit 80.000 Teilnehmern durch, wo gegen Inflation, niedrige Löhne und die staatlichen Eingriffe in die Tarifautonomie protestiert wurde. Das Kalkül der Veranstaltung, den radikaleren Gruppen den Wind aus den Segeln zu nehmen, ging nicht auf. Innerhalb der Türk-Is kam es zu einer breiten Diskussion, die einen Wech-

Fortsetzung nächste Seite

Hintergrund des Widerstands: das nackte Elend

Hintergrund des Widerstands: das nackte Elend

Einige wenige Zahlen sagen (fast) alles: *„Die Arbeiterlöhne und Beamtengehälter haben zwischen 1978 und 1987 gegenüber (...) der DM um 77% an Wert verloren. Nach den Berechnungen der Nachrichtenagentur ANKA betrug 1978 der durchschnittliche Lohn eines Arbeiters 623 DM, das durchschnittliche Beamtengehalt 354 DM. 1987 belief sich der Monatslohn eines Arbeiters auf 142 DM, das Durchschnittsgehalt eines Beamten auf 138 DM."* (Mill., 12.1.88) Der staatlich festgelegte Mindestlohn beträgt gerade umgerechnet 80 Mark im Monat.

Der gigantische Lohnraub ist Ergebnis der vom heutigen Premier Özal bereits im Januar 1980 eingeleiteten IWF-Politik. (Vgl. dazu Rainer Werle: Modell Türkei. Ein Land wird kaputtsaniert, Hamburg 1983) Mit dem Putsch vom September 80 wurden die notwendigen „innenpolitischen Voraussetzungen" für die Umsetzung der IWF-Forderungen geschaffen. Wie erfolgreich im Sinne des Kapitals die Umverteilungspolitik war, beweist nichts besser als eine Untersuchung des türkischen Arbeitgeberverbands TÜSIAD. Danach nimmt das reichste Fünftel der Bevölkerung 55,9% des Gesamteinkommens ein, die ärmsten 20% jedoch nur 3,9%. Das Durchschnittseinkommen der höheren Einkommensstufe beträgt mehr als das 14fache des durchschnittlichen Niedrigeinkommens. (Mill., 14.12.86) Während die Importe von Luxusgütern in die Türkei rapide angestiegen sind, verschärft die galoppierende Inflation die Lage der Masse der Bevölkerung bis zum nackten Hunger.

Die Reallöhne können mit den steil ansteigenden Preisen nicht im mindesten Schritt halten: Die Inflation betrug 1987 schon offiziell 60 Prozent. (Cumh. 6.1.88) Für 1988 ist mit noch höheren Raten zu rechnen: Die jüngsten Zahlen des Statistischen Instituts für März 88 stellen 69 Prozent Preissteigerungen gegenüber dem Vorjahr fest. Dabei trifft die Inflation vor allem die werktätige Bevölkerung: Seit dem 24.1.80, der Verkündung des IWF-Programms, sind die Preise für Nahrungsmittel, Haushaltwaren, Gesundheit, Transport, Kommunikation und Brennmaterial — also genau in den Sektoren des überlebensnotwendigen Massenkonsums — um mehr als das 20fache gestiegen. (Cumh., 24.1.88) Ein krasser Preisschub erfolgte unmittelbar nach dem Wahlsieg Özals Anfang Dezember letzten Jahres: drei Tage nach der Wahl stiegen die Post- und Fernmeldegebühren auf bis das Doppelte, die ebenfalls staatlich festgelegten Papier- und Treibstoffpreise um ein Viertel bis die Hälfte. (FR, 3.12.87)

Die Mieten in den Städten sind unbezahlbar hoch: *„Es kommt in der Tat vor, daß jüngere Leute, beispielsweise mittlere Staatsangestellte, von den rund 60.000 Pfund, die sie im Monat verdienen, 40.000 Pfund für ihre Miete auslegen müssen"*, meldet die großbürgerliche Schweizer NZZ (11.10.86). In Istanbul oder Ankara, Adana oder Izmir lebt inzwischen der größte Teil der Bevölkerung in „Gecekondus", Elendsvierteln am Stadtrand, wo die Behausungen über Nacht hochgezogen wurden, und die immer wieder von Abrißaktionen städtischer Bagger-Kommandos bedroht sind.

Die Gesundheitsversorgung ist in der Türkei ausschließlich für die Reichen finanzierbar. Der Preis für die kleinste Operation liegt bei 400.000 bis 500.000 TL. Die Behandlungskosten für eine Woche Krankenhausaufenthalt erreichen eine Million TL. Im Gesundheitswesen seien die Unterschiede zwischen den sozialen Klassen so deutlich wie sonst nirgends, meint der Generalsekretär der türkischen Ärztevereinigung. *„Die Türkei hat solch ein brutales, schonungsloses Vorgehen gegen die arbeitende Bevölkerung noch nie erlebt"*. (Cumh., 13.4.88)

Neben allem anderen hängt über den Arbeitern und Angestellten stets die Drohung, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen hat sich in sieben Jahren der Militärdiktatur und des Özal-Regimes verfünffacht. Nach offiziellen Angaben betrug sie 1985 knapp 21 Prozent, die Dunkelziffer dürfte jedoch erheblich höher liegen. (Vgl. Isoplan: Türkei. Länderkundliche Informationen, Saarbrücken 1985) Selbst eher schönfärberische Schätzungen gehen von drei Millionen Arbeitslosen aus. (Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Beilage zu den NfA: Türkei, Dezember 1985)

Die Verzweiflung treibt die Menschen in die abenteuerlichsten „Lösungsversuche": Als etwa Ende 1985 eine „Superlotterie" mit einem Hauptgewinn von einer Milliarde Lira (damals ca. 3,5 Mio. DM) ausgeschrieben wurde, beherrschte das Thema wochenlang die Presse und viele verkauften ihr letztes Hab und Gut oder verschuldeten sich, um alle Lebenshoffnung auf eine Los-Karte zu setzen. (td, 1/86)

Um das Überleben der Familien zu sichern, ist Kinderarbeit allerorten die Regel. Die Jungen müssen als Schuhputzer, Boten oder Straßenhändler dazu ebenso beitragen wie die Mädchen als Teppichknüpferinnen oder als Saisonarbeiterinnen auf dem Land. *„Die Teppichknüpfkunst benötigt kleine, flinke, feine Finger. Unsere Teppiche werden in der Regel von acht- bis 15-jährigen Frauen hergestellt"*, brüstet sich ein Händler im Großen Bazar Istanbuls. Was er nicht erwähnt: die meisten werden, kaum volljährig, vor die Tür gesetzt, teils „nur" mit geschwächten Augen, teils auch halb erblindet von der übermäßigen Anstrengung. (Badische Zeitung, 28.11.84)

Die Prostitution hat so zugenommen, daß die Presse von Istanbul schon als dem Prostitutionszentrum des Nahen Ostens spricht. 20.000 Frauen soll die Armut allein in der Bosporusmetropole in diesen Erwerbszweig gezwungen haben. Was das für die betroffenen Frauen heißt, ist kaum zu ermessen — in einer Zeit der zunehmenden Reislamisierung, wo eine Frau schon als „ehrlos" gilt, wenn sie auf der Straße einem Mann grüßend zulächelt.

Ein grelles Schlaglicht auf den Grad der Verzweiflung werfen die vielen Zeitungsanzeigen und Zettel auf den Schwarzen Brettern der Krankenhäuser: Immer mehr Menschen sind bereit, ihre Organe — Nieren zum Beispiel — gegen Geld zum Verkauf anzubieten, um endlich einmal eine Zeitlang ihr Überleben zu sichern.

Jo/Türkei-AG

Fortsetzung von Seite 15

Keine Gnade für die Verräter

8.9. erklärte Außenminister Shultz gegenüber dem irakischen Vertreter Hamadi, die USA hätten *„ein großes Interesse an einer Vertiefung der Beziehungen zum Irak; wir haben aber kein Interesse an ihnen, wenn der illegale Einsatz chemischer Waffen durch den Irak sowie andere Menschenrechtsverletzungen weitergehen."* Man werde mit seinen *„Freunden und Verbündeten Maßnahmen prüfen, mit denen der Irak bewogen werden* (könne), *von solchen für die zivilisierte Welt nicht akzeptablen Mitteln Abstand zu nehmen".* (14) Dies sei das erste *„Machtwort (…) eines führenden Politikers, das über unverbindliche Klagen hinausführt"*, kommentierte die „Frankfurter Allgemeine". (15)

Der US-Senat beschloß kurz darauf wirtschaftliche Sanktionen gegenüber dem Irak, die aber erst in Kraft treten können, wenn das Repräsentantenhaus und die Regierung zustimmt. Immerhin geht es dabei um Kreditgarantien von 800 Mio. Dollar bzw. den Stopp von Aus- und Einfuhren für und aus dem Irak. (16) Der irakische Außenminister Aziz nannte das eine *„grundlose Aktion, die von prozionistischen, antiarabischen Senatoren inspiriert worden"* sei. Die Lage in Kurdistan sei *„normal". „Terroristen und Aufständische"*, die ihr Land verraten hätten, *„seien nach dem irakisch-iranischen Waffenstillstand zusammengebrochen, (…) sie seien ins Ausland geflohen und hätten Zivilisten mitgezogen und ‚ein Theater' gemacht, um ihre ‚bankrotte Haltung' zu decken."* 3962 Kurden seien aufgrund der inzwischen erlassenen Amnestie zurückgekehrt. Der irakische Informationsminister sprach den USA das Recht der Kritik ab: die USA hätten im Vietnamkrieg selbst die *„größte Völkermord-Operation"* unternommen, wobei auch chemische und bakteriologische Waffen eingesetzt worden sind. *„Wir weisen die Vorherrschaft Amerikas und anderer zurück"* — unter diesem Motto wurde zu einer Demonstration zur US-Botschaft in Bagdad aufgerufen (16), an der sich rund 150.000 Iraker beteiligt haben sollen. (13)

Fluchtpunkt Türkei

Ausgerechnet die Türkei war der letzte Fluchtausweg für die Kurden, die das Massaker überleben wollten. Zwar leben in der Türkei die meisten, nämlich acht — zwölf Millionen Kurden, aber dort gibt es nach offizieller Version gar keine Kurden sondern nur „Ostbürger" (Dogula Vatandas). Im Unterschied zum Irak dürfen sie dort in den Schulen, etc. nicht einmal ihre Sprache gebrauchen. (17) Erst vor einigen Monaten wagte es der sozialdemokratische Abgeordnete Cüneyt Canver, im Parlament von Kurden zu sprechen, woraufhin die Mehrheit im Parlament für Abge-
lament von Kurden zu sprechen, woraufhin die Mehrheit im Parlament für Abge-
ordnete das Verbot durchstimmte, die Existenz von Kurden zu erwähnen. (18)

Seit 1984 führt die Türkei selbst einen Krieg gegen die kurdische PKK, die mit Waffengewalt für einen eigenen kurdischen Staat kämpft. 1986 hatte die Türkei ein Abkommen mit dem Irak geschlossen, das beiden Seiten die Verfolgung der „Terroristen" über die Grenzen hinaus erlaubt. Zweimal zumindest hat die Türkei im Irak vermeintliche PKK-Lager bombardiert und angegriffen. (17) So war es wenig verwunderlich, anfangs Schlagzeilen zu lesen wie: *„Türkei schickt Iraks Kurden zurück in den Tod".* Der türkische Verteidigungsminister Vuralhan erklärte die Vorgänge zu einer *„inneren Angelegenheit eines Nachbarstaates"* und Nichteinmischung sei nun einmal erklärtes Ziel türkischer Außenpolitik. (19) Und Barzani appellierte an die Türkei, *„wenigstens die Verwundeten, die Kinder und Frauen (…) aufzunehmen".* (20)

Doch dann trat ein Wandel ein. Nach einem Lagebericht vor Ort von Ömer Erzeren hatte das türkische Militär die Flüchtlinge angewiesen, an der Grenze auszuharren. Erst nach direktem Beschuß der Iraker auch auf die Flüchtenden und auch auf das türkische Militär hätte man die Grenzen geöffnet und nachträglich sei dazu auch eine entsprechende Anweisung aus dem Hauptquartier erteilt worden. (21) Bald darauf schloß die Türkei noch einmal die Grenzen und sondierte gleichzeitig *„in Bagdad und Teheran fieberhaft Möglichkeiten, den Flüchtlingsstrom umzulenken".* Nachdem der Iran zusagte, Flüchtlinge aufzunehmen, aber ohne Waffen, setzte die Türkei mindestens 2.000 Flüchtlinge auf Lastwagen und schob sie heimlich in den Iran ab. Das Amnestie-Angebot des Iraks soll auch eine *„Anregung der Türkei"* gewesen sein. Erst eine Woche nach dem Eintreffen der Flüchtlinge begann die Versorgung durch den türkischen Roten Halbmond. (17)

Trotzdem vollzog die Türkei eine erhebliche Wendung. Der türkische Staat erklärte, sich höchstpersönlich um die Flüchtlinge zu kümmern, wies aber gleichzeitig private Menschenrechtsvereine ab, die selbst Hilfskampagnen hatten organisieren wollten. Die Kurden nennen Zahlen von bis 300.000, die auf der Flucht seien, inzwischen blockiert irakisches Militär den Grenzübergang. Die Zahl derjenigen, die sich die Türkei retten konnten, schwankt: Das Außenministerium spricht von 56.000, das Innenministerium von 120.000. Özal persönlich erklärte, die Türkei könne nicht tatenlos zusehen, wenn „Unschuldige massakriert" werden. (17) Die türkische Presse berichtet über die Massaker im Irak und auch Özal benutzte diesen Begriff, man werde auch bei wirtschaftlichen Repressionen (seitens des Irak, das die Hälfte des Ölbedarfs der Türkei deckt) sich nicht von den humanitären Verpflichtungen abbringen lassen. (21) Der türkische Innenminister Kalemli kam mit Journalisten- und Fernsehtroß zur Inspektion ins Lager geflogen, ein Auftritt von Özal soll folgen. (16) Die Kurden müssen an der Grenze ihre Waffen abgeben, aber Özal bot selbst Barzani politisches Asyl in der Türkei an. Die Türkei wies das Ansinnen der irakischen Regierung nach Genehmigung für Luftangriffe auf Flüchtlingstrecks über türkischem Staatsgebiet gemäß Abkommen von 1986 ab. Angeblich will die Türkei jetzt sogar das Abkommen aufkündigen. (17) Die türkische Regierung vermied es peinlichst, von Kurden oder Flüchtlingen zu sprechen, sie nannte sie etwa *„Moslems aus dem Irak"*, die zu ihren Verwandten in der Türkei gekommen seien. (18)

Es gibt die verschiedensten Interpretationen über das Vorgehen der Türkei. Manche sagen, es handele sich *„um eine seit längerem vermutete, allmähliche Wende in der Kurdenpolitik"* (17), andere behaupten, Özal sei selbst Kurde. (21) Oder aber es heißt, Özal habe angesichts der bedrohlichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage sich damit die Zustimmung der Kurden, bei denen Özals Ansehen schwunghaft gestiegen ist, für die am 25. September bevorstehende Volksabstimmung sichern wollen. (10) Türkische Zeitungen hingegen schrieben, die Türkei hätte einen kurdischen Aufstand riskiert, wenn sie vor ihren Augen, bzw. an der Grenze ein Kurdenmassaker zugelassen hätte. (23) Aber erst einmal wird ein Stück Verbrüderung gefeiert: *„Es lebe Kurdistan, es lebe die Türkei, Tod Saddam"* und *„wir danken der Türkei, die unsere Familien aufgenomen hat"*, erklärte der Radiosender der KDP. Der Führer der patriotischen Front, Celal Talabani, dankte in der türkischen Presse in einem Interview: *„Die Türkei hat die Herzen aller Kurden gewonnen".* (24) *„Jede kurdische Organisation, die ihre Waffen gegen die Türkei richte, werde die irakischen Kurden gegen sich haben."* (23)

Zu herzlich wird die Freundschaft wohl nicht werden, die Türkei will später

Zu herzlich wird die Freundschaft wohl nicht werden, die Türkei will später im Iran und auch Irak an den Aufbauarbeiten beteiligt werden. Obwohl Ärzte vor Ort bzw. der Bericht einer Parlamentariergruppe eindeutig von Belegen für die irakischen Giftgaseinsätze sprachen, hielt man diese Berichte zurück (1) und erklärte sogar seitens des Außenministeriums, daß eine Gruppe von türkischen Medizinern bei ihren Untersuchungen keine Spuren von Giftgaseinwirkungen habe entdecken können. (17)

Seit 1984 führt die Türkei außerdem ihren eigenen Kurdenkrieg insbesondere gegen die PKK, die lange Zeit mit Barzani zusammengearbeitet hatte, bevor die KDP das Abkommen kündigte. Seit Frühjahr vergangenen Jahres hat die PKK ein Abkommen mit Talabani geschlossen. (5) Die flüchtenden Kurden habe ihre Waffen der Türkei übergeben. Aber, so heißt es: *„Das Militär ist bereits jetzt sehr nervös, da unter den Flüchtlingen auch etliche kurdische Peschmergas sind."* (18) Die Sicherheitskräfte der Türkei begannen unter den Flüchtlingen mit Kontrollen, weil man PKK-Rebellen sucht. (9)

HH

Quellen

(1) Tagesanzeiger, 27.8.88
(2) FAZ, 5.9.88
(3) FR, 2.9.88
(4) FAZ, 6.9.88
(5) nach WoZ, 2.9.88
(6) taz, 31.8.88
(7) taz, 1.9.88
(8) FR, 5.9.88
(9) taz, 3.9.88
(10) FR, 14.9.88
(11) FR, 2.7.88
(12) Presseerklärung vom 6.7.88
(13) FR, 13.9.88
(14) FR, 10.9.88
(15) FAZ, 10.9.88
(16) FAZ, 12.9.88
(17) FR, 12.9.88
(18) taz, 7.9.88
(19) taz, 31.8.88
(20) FR, 31.8.88
(21) taz, 6.9.88
(22) FR, 9.9.88
(23) FAZ, 8.9.88
(24) taz, 5.9.88
(25) FAZ, 13.9.88

Fortsetzung von vorheriger Seite

... Türkei

sel der Führung forderte und von den sozialdemokratischen Gewerkschaften getragen wurde. Die rechten Mitgliedsgewerkschaften sorgten für den Erhalt des status quo, aber die Forderungen nach verstärkter Konfrontationsbereitschaft seitens der Basis und die gewerkschaftsfeindliche Politik des Regimes, hat Türk-Is zu Korrekturen seiner regimefreundlichen Politik veranlaßt.

Türkische Gewerkschaften vor 1980

In ihrer rechtlichen Stellung wurden die Gewerkschaften durch den Putsch in das Jahr 1947 zurückkatapultiert. Unter dem Eindruck einer aufkommenden Arbeiterbewegung versuchten die Regierungen Inönü und Menderes ab 1947 mit dem Aufbau „gelber Gewerkschaften" sozialistische Tendenzen der Arbeiter niederzuhalten. Das Streikrecht blieb der Arbeiterklasse auch weiterhin verwehrt. 1952 wurde der erste Dachverband, die Türk-Is gegründet — mit kräftiger Unterstützung der CIA. Nachdem Türk-Is trotz der liberalisierten Arbeitsgesetze von 1963 (zum ersten Mal wurde das Streikrecht gewährt) nicht von seiner unternehmens- und regierungsfreundlichen Politik abweichen wollte, kam es zur Spaltung. 1967 traten fünf TIP-orientierte Gewerkschaften aus Türk-Is aus und gründeten den Dachverbands DISK. DISK wurde sehr schnell zum Träger einer bereits existierenden Streikbewegung, die einen sowohl ökonomischen wie politischen Charakter trug. Die Forderungen nach Verstaatlichung, Umgestaltung der Gesellschaft nach sozialistischen Prämissen und Austritt aus der NATO griff DISK auf und sicherte sich eine breite Mitgliederbasis (300.000 gegenüber 1 Mio. bei Türk-Is).

Zum ersten Mal war es in der Türkei dauerhaft gelungen, einen linken Verband zu gründen, der sich auf eine Massenbasis stützen konnte. Ein Gesetzentwurf, der den heutigen Arbeitsgesetzen in etwa gleichkommt und faktisch das Verbot von DISK bedeutet hätte, mußte nach blutig verlaufenen Demonstrationen vom 15. und 16.6.1970 zurückgenommen werden. Die Militärdiktatur von 1971-1973 mit ihren Verhaftungswellen und dem Streikverbot gefährdete den Verband aufs äußerste und machte ihn handlungsunfähig.

In den 70er Jahren traten verstärkt sozialdemokratische Gewerkschaften DISK bei, nachdem diese sich im Türk-Is nicht durchsetzen konnten.
DISK bei, nachdem diese sich im Türk-Is nicht durchsetzen konnten.
Zwar vergrößerte sich die Mitgliederzahl auf 700.000, doch setzte sich 1977 eine sozialdemokratische Führung in dem bis dahin marxistisch orientierten Dachverband durch. Trotz einer gemäßigteren Politik war es in erster Linie DISK, welcher vor dem Hintergrund der ökonomischen Krise und des faschistischen Terrors Ende der 70er Jahre eine breite Streikbewegung organisierte, die ihren Höhepunkt 1980 unter der Regierung Demirel erreichte, als — damit der Türkei ihre internationale Kreditfähigkeit nicht aberkannt würde — ein vom IWF gefordertes Programm rigoros durchgesetzt werden sollte. 85.000 ArbeiterInnen befanden sich aufgrund der Folgen des Programms — drastische Verteuerung der Konsumartikel und Verbot von Lohnerhöhungen — im Ausstand und es zeigte sich, daß sich die Forderungen des IWF gegen eine kampfstarke Arbeiterklasse nicht durchsetzen lassen würden.

Für 200.000 Beschäftigte wäre Mitte September 1980 die Friedenspflicht abgelaufen (es hätten sich dann ca. eineinviertel Millionen Menschen im Ausstand befunden). Die Männer fürs Grobe sorgten am 12.9.80 dafür, daß derartige Verhältnisse nicht eintraten und die Forderungen des IWF und der türkischen Industriebourgeoisie durchgepaukt wurden. Die Militärs lösten außer Türk-Is sämtliche Gewerkschaftsdachverbände auf, 467 Einzelgewerkschaften wurden verboten. Allein im zentralen Prozeß gegen die DISK wurden 1477 Gewerkschafter angeklagt, tausende weitere Gewerkschafter standen in anderen Prozessen vor Gericht.

Der für 1987 beschlossene Generalstreik wurde abgeblasen. Stattdessen wollten die Türk-Is-Funktionäre zum Parlament in Ankara marschieren und dort den Parlamentariern eine Petition übergeben. Am 24.3.1987 umstellte die Polizei die Zentrale von Türk-Is in Ankara, verhörte die Funktionäre und hinderte sie an ihrem Abmarsch. Zum ersten Mal kam es


Soldaten verhindern Protestaktionen der Arbeiter

zu offenen Konfrontationen der Türk-Is mit dem Staat, für den selbst ein rechter Dachverband kaum noch tragbar erscheint. Sicherlich war dies auch ein Anlaß dafür, daß Türk-Is im März dieses Jahres zu einem eintägigen Boykott während der Mittagspause aufrief, an dem sich 7,7 Mio. Arbeiter, die gesamte organisierte Arbeiterschaft, beteiligte. (3)

Die oberflächlich betrachtet als widersprüchlich erscheinende Politik von Türk-Is deutet auf den Drahtseilakt hin, den die Funktionäre vollführen müssen, damit sie gleichzeitig ihrer Rolle im Verbund von Staat und Kapital gerecht werden und die Radikalisierung der Basis mittels gelegentlicher Zugeständnisse in den Griff bekommen. Grundsätzlich aber hat sich an der konservativen Einstellung der Türk-Is nichts geändert. Die bremsende Wirkung auf die Arbeitskämpfe hat sich nicht geändert (so geschehen zuletzt bei MIGROS, wo Türk-Is die örtlichen Funktionäre zum Streikabbruch und Annahme der von den Unternehmen vorgeschlagenen Verträge drängen wollte). Für den Generalsekretär Side ist Türk-Is „wegen der Tugenden des Türkentums und des Islams (…) humanistischer" und führt „keinen Klassenkampf, sondern ist national". (4)

Neben Türk-Is existiert der faschistische Dachverband *MISK* und der religiös-fundamentalistische Verband *Hak-Is*, mit jeweils ca. 15.000 Mitgliedern. Zwar spielen beide eine untergeordnete Rolle (beide waren von den Militärs bis 1984 bzw. 1981 verboten), ihre Politik zielt aber auf die Zersetzung der Arbeiterbewegung in der Türkei.

Linke

Der organisierten Macht der Rechten steht eine nach jahrelangem Terror zersplitterte und sich nur allmählich reorganisierende Linke gegenüber. Verschiedene Strömungen versuchen, zunächst innerhalb von Türk-Is, einen linken Flügel aufzubauen. Sie sind jedoch stets vom Ausschluß bedroht, und darüberhinaus droht jedem, der sich als Linker zu erkennen gibt, der Verlust des Arbeitsplatzes, wenn nicht die Verhaftung und Anklage.

Parallel dazu werden autonome Gewerkschaften aufgebaut, die in Konkurrenz zu den entsprechenden Türk-Is-Zweigen stehen. Über die Gründung eines Dachverbandes autonomer Gewerkschaften wird heftig gestritten. Überhaupt steht derzeit — sowohl in den linken Zeitschriften als auch in betriebsübergreifenden informellen Zirkeln von Betriebsaktivisten — noch die Diskussion um die einzuschlagende Richtung im Vordergrund.

In der Arbeiterklasse jedenfalls wächst die Bereitschaft zu spontanen Aktionen. Neben dem nach wie vor bestehenden sozialdemokratischen und rechten Einfluß schwinden sichtbar die Berührungsängste gegenüber einer radikal linken Politik.

Viel wird von der Entwicklung der momentan laufenden Kämpfe abhängen: Nach einem Bericht der „Hürriyet" vom 13.9. befanden sich zu diesem Zeitpunkt 20.000 ArbeiterInnen (z.T. schon seit über einem Jahr) im Streik, für 300.000 ArbeiterInnen war die Schlichtung für gescheitert erklärt worden, so daß Kampfaktionen unmittelbar bevorstanden.

sk

Anmerkungen
1) The Financial Times, Nr. 30238, 20.5.87
2) Frankfurter Rundschau, Nr. 104, 4.5.88
3) die tageszeitung, Nr. 2482, 14.4.88
4) Türkei-Depesche, Nr. 5, Mai-Juni 86, S. 4

Verbote überall: Die neuen Arbeits- und Streikgesetze

Die Politik der Verbote hat also Tradition in der Türkei und drückt sich explizit in der TVerf. '82 und den Arbeitsgesetzen Nr.2821 und 2822 aus. Die Zugriffsrechte von Staat und Kapital auf die Gewerkschaften wurden ausgebaut.

Bereits zur Gründung einer Gewerkschaft bedarf es detaillierter Auskünfte gegenüber den Behörden. Selbst wenn diese grünes Licht geben, reicht der Einspruch eines Arbeitgebers, um ein erneutes Prüfungsverfahren notwendig zu machen. Auf diese Weise kann die Gründung einer Gewerkschaft zu einem mehrjährigen Verfahren werden. Jede politische Betätigung der Gewerkschaft ist untersagt, aber bereits unter dem Vorwand der möglichen Gefährdung der allgemeinen Ruhe kann die Gründung einer Gewerkschaft verboten werden.

Weder existiert in der Türkei Tarifautonomie noch ein paritätisches Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Allein die Tatsache, daß eine Gewerkschaft erst Tarifvertragskompetenz erlangt, wenn sie 10 % der in der Branche Beschäftigten und 50 % der in einem Betrieb Beschäftigten auf sich vereinen kann, begünstigt eindeutig die Kapitalseite. Bei einem durchschnittlichen Organisationsgrad von 25 % (1) bedeutet dies für eine Reihe von Betrieben, daß Tarifverhandlungen nicht möglich sind (in der Türkei sind die Gewerkschaften auf Betriebs- und Branchenebene organisiert). Zum anderen wird durch diese Regelung den kleineren, meist linken Gewerkschaften, ein grundsätzliches Recht gewerkschaftlicher Arbeit verwehrt. Streiks müssen staatlich genehmigt werden und ihre Rechtmäßigkeit wird vom Arbeitsamt an einem 37-Punkte-Katalog geprüft.

Für linke Gewerkschaften hat dies zur Folge, daß ein Gang zum Verwaltungsgericht zur Erlangung des Streikrechts zur Regel geworden ist. Spätestens nach dem 60. Streiktag tritt die Zwangsschlichtung in Kraft. Die Hohe Schiedsrichterkommission, besetzt mit sieben Vertretern von Staat und Kapital und zwei Gewerkschaftern, beschließt mehrheitlich einen verbindlichen Tarifvertrag. Nach dem Arbeitsgesetz ist den Gewerkschaften die Einrichtung von Streikfonds verboten. Aussperrung dagegen ist dem Streik verfassungsrechtlich gleichgestellt. Da es eine Arbeitslosenversicherung nicht gibt, kann sowohl der streikende wie auch der ausgesperrte Teil der ArbeiterInnen finanziell nicht unterstützt werden. Jeder längere Arbeitskampf bedeutet entweder den finanziellen Ruin der Gewerkschaft oder die totale Verarmung der Streikenden.

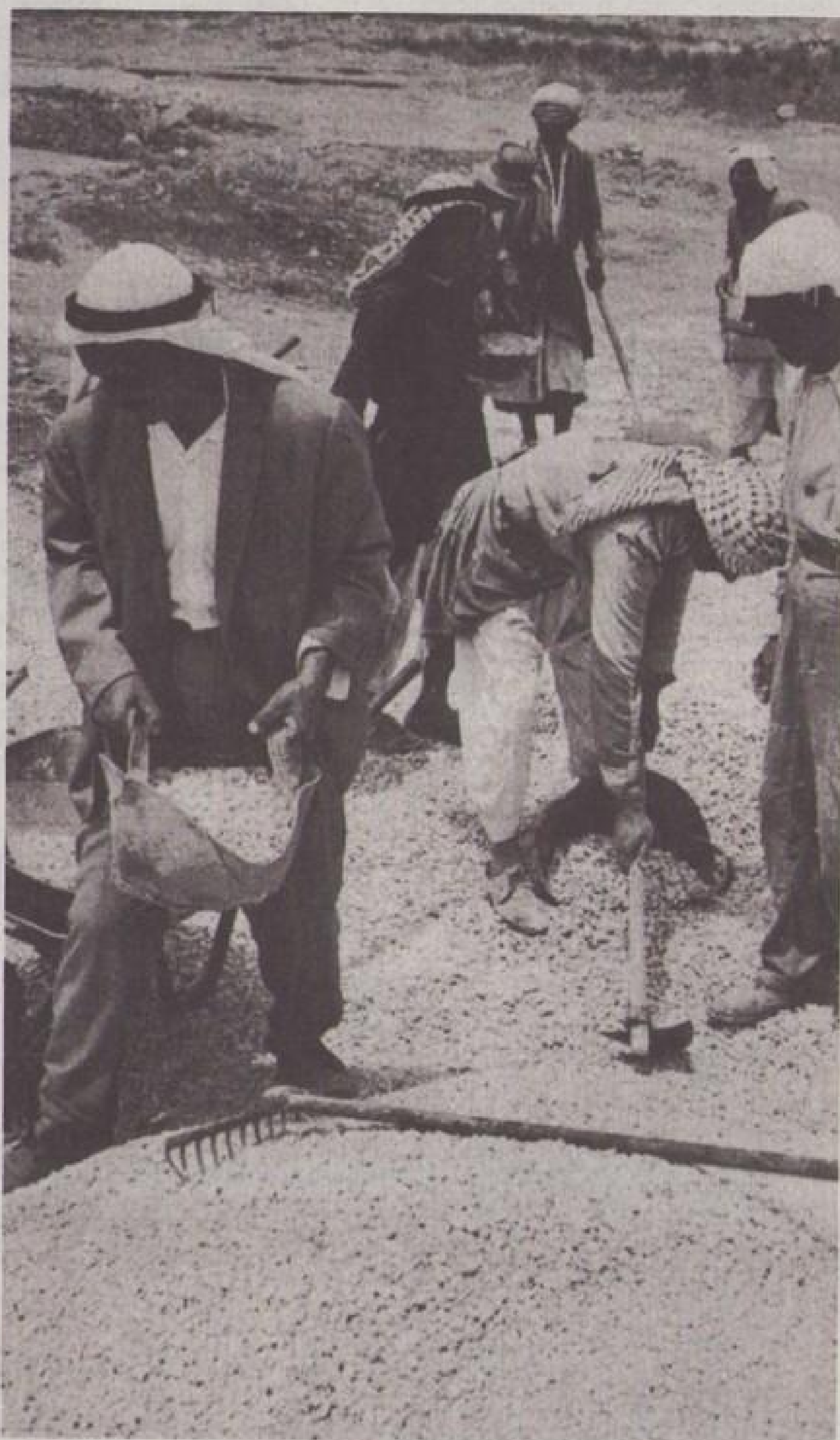
Ziel der Herrschenden ist die Schaffung staatlich kontrollierter Gewerkschaften, wobei neben der restriktiven Gesetzgebung der staatliche Gewaltapparat eine wichtige Rolle spielt, wenn es um die Niederhaltung nonkonformistischer Gewerkschaften geht. Die Arbeitsgesetze haben keine grundlegende Verbesserung der gewerkschaftlichen Position mit sich gebracht. Streiks sind nur gegen die bestehenden Gesetze durchzusetzen. Besonders linke Gewerkschaften lavieren ständig zwischen Legalität und Illegalität. Symptomatisch ist in diesem Zusammenhang der Ausspruch der Arbeiter, wonach es fast unglaublich ist, daß angesichts der Gesetze überhaupt noch gestreikt wird.

Anmerkung
1) Informationsstelle Türkei Hamburg e.V.: 3. Gegenbericht zur Situation der Menschenrechte und Demokratisierung in der Türkei, 11/87, S. 51

West Bank Data Project

Eine Studie über die Folgen der israelischen Besetzung

Was soll — nach zwei Jahrzehnten israelischer Herrschaft — mit den besetzten Gebieten geschehen? Zwar wird immer wieder von Verhandlungen gesprochen und diverse Pläne wurden von israelischer, arabischer, palästinensischer und amerikanischer Seite vorgelegt. Keinem dieser Pläne jedoch wurde bisher von Israelis *und* Palästinensern zugestimmt. Verhandlungen werden aufgrund politischer oder ideologischer Widersprüche der einen oder anderen Seite immer wieder vertagt. Auf der diplomatischen Ebene gibt es offenbar keinen Weg, zu einer friedlichen Lösung in Palästina zu kommen. Es sind jedoch nicht nur politische Widersprüche, die eine friedliche Lösung als kaum möglich erscheinen lassen.



Bauarbeiter in den besetzten Gebieten

Siebzehn Jahre nach dem Sechstagekrieg gibt Meron Benvenisti, ehemaliger stellvertretender Bürgermeister von Jerusalem, den ersten Teil einer Reihe von Untersuchungen heraus über die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Westbank und Gazastreifen; die Reihe erscheint unter dem Namen „The Westbank Data Project". An dieser ersten Studie haben 14 israelische Wissenschaftler mitgearbeitet. Die erste dieser Untersuchungen läuft über zwei Jahre und wird u.a. von US-Stiftungen finanziert.

Weitere Studien folgen in der Reihe „The Westbank Data Base Project" und behandeln Themen wie: „Wie teuer sind Westbank-Siedlungen?", „Palästinensische Presse in der Westbank — Die politische Dimension", „Industrialisierung in Westbank und Gaza" und „Jüdisches Kiriyat Arba versus arabisches Hebron".

Die Untersuchungsergebnisse der israelischen Wissenschaftler zeigen, wie sehr Westbank und Gazastreifen von Israel abhängig sind und daß Israel davon profitiert.

Benvenisti faßt die Untersuchungsergebnisse in der These zusammen: Die Verflechtung Israels mit den besetzten Gebieten hat ein Stadium erreicht, das es unmöglich erscheinen läßt, den Prozeß umzukehren. Diese These veranlaßt Benvenisti allerdings nicht, für ein bestimmtes politisches Konzept zu plädieren. Er schlägt den Politikern nicht vor, einem der vielen Friedenspläne zu folgen. Benvenisti stellt die Fakten dar, so wie er sie sieht.

schlägt den Politikern nicht vor, einem der vielen Friedenspläne zu folgen. Benvenisti stellt die Fakten dar, so wie er sie sieht.

Im Sechstagekrieg 1967 erweitert Israel sein Staatsgebiet und besetzt die syrischen Golanhöhen, Ostjerusalem, das zum Königreich Jordanien gehörende Westufer, den von Ägypten verwalteten Gazastreifen, und die Sinaihalbinsel. Durch diesen Krieg gewinnt Israel eine Fläche von 70.000 qkm und beansprucht sie als Staatsgebiet zusätzlich zum Kernstaat Israel in den Grenzen von 1948. Dies Gebiet wird unter israelische Militärverwaltung gestellt.

Im Gazastreifen leben zur Zeit des Krieges rund 390.000 Menschen auf 362 qkm, auf der Westbank knapp 600.000 Menschen auf 5.700 qkm.

Bereits im Juli 1967 wird Ostjerusalem annektiert, im Dezember 1981 die syrischen Golanhöhen. Unter Schirmherrschaft der USA verhandeln im September 1978 Ägypten und Israel und beschließen 1979 das Camp-David-Abkommen. Der erste Teil des Abkommens — Rückzug jüdischer Siedler und des Militärs von der Sinaihalbinsel — wird bis 1982 erfüllt. Der zweite Teil, der vorsieht, Rahmenbedingungen für einen Autonomieplan für Westbank und Gazastreifen festzulegen, ist bis heute nicht erfüllt worden.

Im folgenden werde ich aus der 1984 herausgegebenen Studie „Das Westbank Data Project — Ein Überblick über Israels Politik" (1) drei Abschnitte vorstellen: Boden, Siedlungen und Wirtschaft.

WESTBANK DATA PROJECT

Durch den Krieg 1967 wird Boden besetzt. Auf diesem hinzugewonnenen Boden errichtet die israelische Regierung

Wehrdörfer und jüdische Siedlungen, die der Sicherung des Bodens und der erweiterten Grenzen dienen sollen.

Durch Bebauungspläne werden nicht al-

Wehrdörfer und jüdische Siedlungen, die der Sicherung des Bodens und der erweiterten Grenzen dienen sollen.

Durch Bebauungspläne werden nicht allein Tatsachen geschaffen, auch im Bewußtsein der — palästinensischen wie jüdischen — israelischen Bevölkerung werden dadurch die besetzten Gebiete in das Staatsgebiet Israels integriert. Die Besatzer bauen schließlich mit Westbank und Gazastreifen Wirtschaftsbeziehungen auf, die die besetzten Gebiete zum zweitwichtigsten Absatzmarkt für israelische Produkte machen. Existierende palästinensische Wirtschaftsstrukturen werden durch protektionistische Maßnahmen zugunsten israelischer Waren weitgehend zerstört.

„Boden — Der Kampf um jeden Dunam"

Für beide Völker, Juden und Palästinenser, hat der Boden symbolische Bedeutung. Für die frühen Konzepte zionistischer Siedlungspolitik war die „Befreiung des Bodens" eine der Motivationen, nach Palästina zu gehen; die Palästinenser, die dem Landbesitz ähnlichen Wert beimessen, setzen sich gegen die Landnahme der Israelis zur Wehr. Der Sechstagekrieg verändert erneut die Landbesitzverhältnisse in Westbank und Gazastreifen.

Das Gebiet der Westbank umfaßt rund 5.700 qkm. (Das Saarland hat eine Fläche von 2.568 qkm.) 1983 befinden sich bereits 2.150 qkm in israelischem Besitz bzw. unter israelischer Verwaltung. Die übrigen 3.210 qkm werden von Palästinensern genutzt. Von israelischem Besitz sind 53,5% als „Sperrgebiet" deklariert, 12,1% sind Weiden, werden landwirtschaftlich oder industriell genutzt, Naturschutzgebiete inklusive einem nicht näher erläuterten Posten „Reserve" machen 15,8% aus, auf 6,6% des Bodens wurden jüdische Siedlungen gebaut. Auf diesen 6,6% des Bodens leben gut 44.000 Israelis (nach Zahlen von 1985).

Die Bodennutzung durch die Palästinenser ist anders gewichtet. Die Hälfte des Bodens dient als Weideland, 39,9% werden landwirtschaftlich genutzt, auf

Die Bodennutzung durch die Palästinenser ist anders gewichtet. Die Hälfte des Bodens dient als Weideland, 39,9% werden landwirtschaftlich genutzt, auf 8,1% des Westbankgebietes stehen Dörfer und Städte, in denen 1985 742.000 Palästinenser leben.

Der Gazastreifen ist rund 363 qkm groß (zum Vergleich: Bremen hat hat eine Grundfläche von 404 qkm); rund 120 qkm davon befinden sich in israelischer Hand. Auf rund 40 qkm stehen jüdische Siedlungen, in denen etwa 1.200 Siedler leben, die übrigen 80 qkm werden je zur Hälfte an israelische Landkreise verpachtet bzw. dienen als Aufforstungsflächen, für neue Straßenbauprojekte oder sind Armeelager. Die rund 250 qkm des Gazastreifens, auf dem rund 500.000 Palästinenser leben, werden zu vier Fünfteln landwirtschaftlich und für Straßen genutzt, auf einem Fünftel stehen Siedlungen.

Die Methoden der Israelis, sich Land anzueignen, sind vielfältig. Sie reichen von dem „Besitz Abwesender" (2) über „registriertes Staatsland" bis zur „Landrequirierung für militärische Zwecke". Auf diese Weise enteigneten die israelischen Behörden 430 qkm, die Größe registrierten Staatslandes beläuft sich auf 750 qkm, die Militärgebiete umfassen 35 qkm.

Die Methoden zur Inbesitznahme des Bodens haben sich mit Antritt der Likudregierung 1977 gewandelt. Die Arbeitsparteiregierung versuchte, mit Hilfe juristischer Konstruktionen aus osmanischem, israelischem und britischem Mandatsrecht den Landenteignungen einen legalen Anstrich zu geben. Die Likudregierung dagegen erklärt seit 1977 die besetzten Gebiete grundsätzlich zu Staatseigentum und schiebt damit den Palästinensern die Beweislast zu. Sie müssen seitdem nachweisen, daß sich das Land im Besitz ihrer Familie befindet. Dieser neuen Herangehensweise an Landeigentum hat 1980 das israelische Kabinett, also mit den Stimmen der Arbeitspartei, zugestimmt.

„Siedlungen: Vom Wehrdorf zur Vorstadt"

Bis September 1983 entstehen 98 jüdische Siedlungen in der Westbank, acht im Gazastreifen. Die Untersuchung definiert verschiedene Siedlungsformen: Zu den *städtischen Siedlungen* in der Westbank werden solche gerechnet, die mehr als 10.000 Familien haben und 7-15 qkm groß sind. In Kleinstädten leben drei- bis fünftausend Familien auf 2,5 bis 5 qkm. Die Vorstädte dienen als Schlafstadt für Pendler und sind 0,5 bis 2 qkm groß mit 500-2.000 Familien.

Eine zweite Kategorie sind *ländlich-halburbane Siedlungen:* die kooperativ organisierte Siedlung ohne Landwirtschaft wird einer Siedlergruppe von 200 bis 300 Familien zur Verfügung gestellt mit einer Fläche von 4-8 qkm. Landwirtschaftliche Kooperativen mit unterschiedlichen Formen von Kollektivwirtschaft und einer Mischung von Landwirtschaft und Industrie umfassen 80-160 Familien und haben eine Größe von 3-5 qkm.

Im September 1982 gibt es 18 städtische



Westbank: die Sieger sitzen oben

Siedlungen mit rund 3.000 Familien und 65 ländlich-halburbane Siedlungen mit etwa 2.100 Familien. Hinzu kommen Wehrdörfer (Nahal) und Militärposten.

Hinweise auf die Weiterentwicklung der Siedlungspolitik und Prognosen für die Zukunft sollen mit Hilfe eines anderen Kriteriums ermöglicht werden: Das Gebiet der Westbank wird in Zonen eingeteilt, die an der Nachfrage durch die jüdische Bevölkerung Israels orientiert sind. Die „Zone großer Nachfrage" befindet sich im Einzugsbereich der städtischen Zentren im Kernstaat mit 20 Minuten Fahrzeit nach Jerusalem bzw. 30 Minuten nach Tel Aviv. Die „Zone mittlerer Nachfrage" liegt 50 Minuten von Tel Aviv und 35 Minuten von Jerusalem entfernt. Nur geringe Nachfrage besteht nach Gebieten östlich und südlich der mittleren Zone am Jordan und am Toten Meer. Dieses Land liegt innerhalb des Gebietes, das nach dem Allon-Plan als Sicherheitsgürtel vorgesehen war (siehe unten).

Zwei Drittel der israelischen Wohneinheiten befinden sich im Einzugsgebiet der Metropolen. Hier leben knapp 3.000 Familien. Im Zentralmassiv („Gebiet mittlerer Nachfrage") leben rund 1.400 Familien, im Jordantal und Südjudäa nur knapp 1.000 Familien.

Die erste Phase direkt nach dem Sechstagekrieg ist durch den *Allonplan* bestimmt. Offiziell wurde dieser Plan nicht in die Regierungspolitik übernommen, die Arbeitsparteiregierung organisiert ihre Siedlungspolitik jedoch im Rahmen dieses Plans bis zum Regierungswechsel 1977. (Erst 1977 werden dann die Prinzipien des Allonplanes in die Plattform der Arbeitspartei als „territorialer Kompromiß" aufgenommen.) Er geht von einer territorialen Sicherung der durch den Krieg neu entstandenen Grenzen aus und plant israelische Siedlungen entlang der jordanischen Grenze in einer Breite von 10-15 km und nördlich und südlich Jerusalems zur Sicherung gegen die mehrheitlich palästinensischen Gebiete. Bis 1975 entstehen zwei Siedlungsketten, die Zahl der Siedler steigt trotz großzügiger finanzieller Unterstützung durch die Regierung nicht wie geplant. Gründe dafür sind: Der Boden muß mühsam kultiviert werden, die Kooperativen können sich nicht selbst tragen. Bis 1983 waren erst 40% der im Allonplan vorgesehenen Anzahl von Familien in diese Region gezogen.

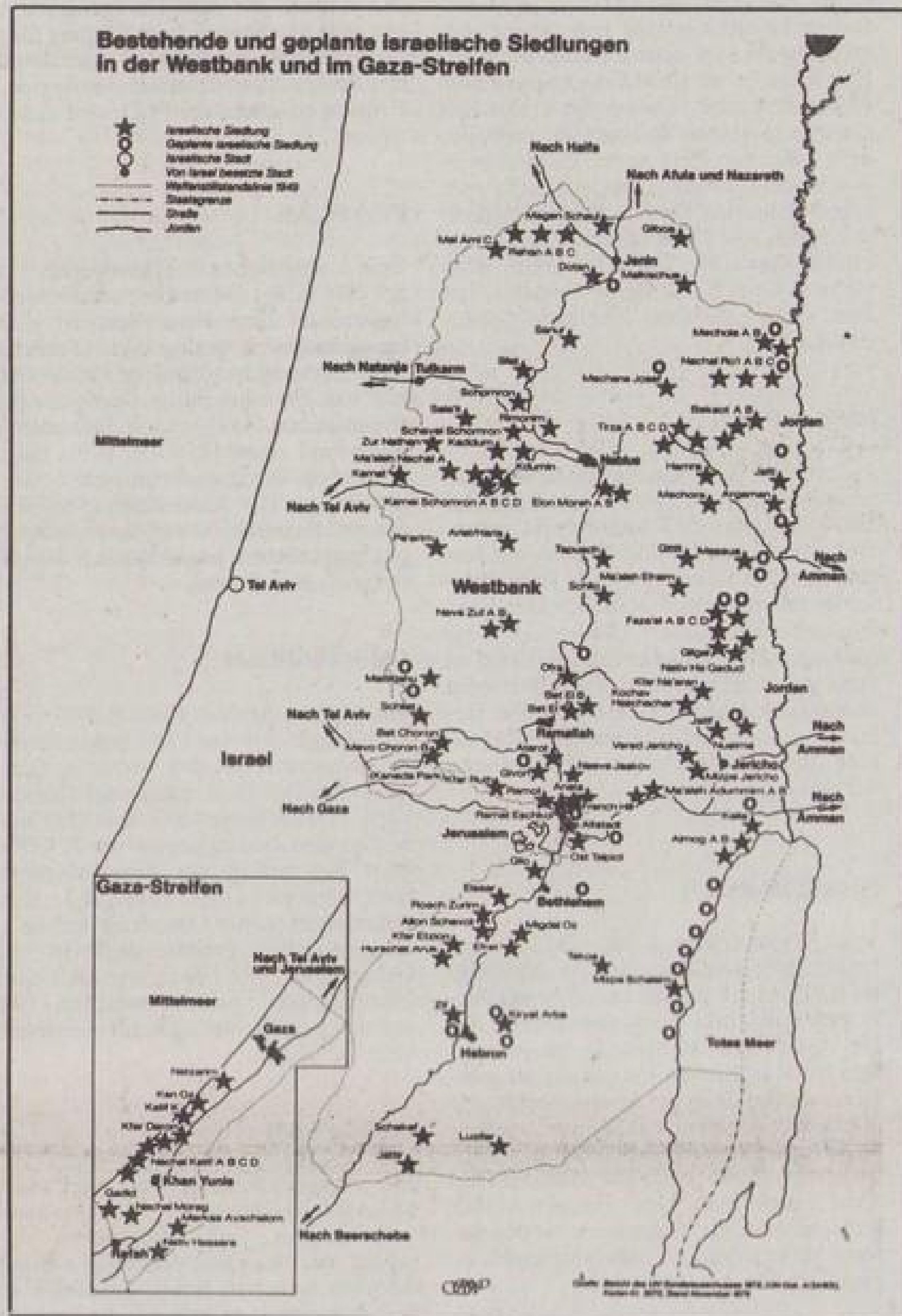
Nach dem Oktoberkrieg 1973 wird Gush Emunim gegründet, eine militante Fraktion der Nationalreligiösen Partei, die von der Arbeitsparteiregierung fordert, in allen Teilen von Eretz Israel siedeln zu dürfen. Gush Emunim baut im zentralen Bergmassiv illegal Siedlungen auf, die anfangs militärisch aufgelöst werden. Nach dem Wahlsieg des Likudblocks 1977 allerdings existieren fünf Gush Emunim-Siedlungen im Zentralmassiv, die inoffiziell von Militärs und Verteidigungsministerium unterstützt werden. Sie sind nach der Konzeption des *Droblesplan* aufgebaut worden, der an strategisch wichtigen Punkten um mehr-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

heitlich palästinensisch besiedelte Gebiete herum mehrere kleine jüdische Siedlungen aufbauen will, um die palästinensischen Gebiete zu zersiedeln und die Chancen für die Gründung eines palästinensischen Staates in der Westbank so zu verringern. Langfristig ist geplant, die Siedlungen zusammenwachsen zu lassen und neue Stadtzentren zu bilden.

Waren die Siedler 1967-77, die den Allonplan verfolgten, einem Arbeiterzionismus verpflichtet und gründeten landwirtschaftliche Kooperativen, so setzen sich Gush Emunim-Siedler vor allem aus dem Mittelstand zusammen, sind mehr-



heitlich im Dienstleistungssektor tätig ler in Westbank und Gazastreifen, die Pro-

heitlich im Dienstleistungssektor tätig und pendeln zwischen Wohnung und Arbeitsplatz. Allerdings scheitert auch die Siedlungsplanung nach dem Droblesplan. Nach Schätzungen der Zionistischen Weltorganisation würde erst Ende der 90er Jahre das Planungsziel erreicht. Auch hier wird der Grund darin vermutet, daß es zu wenig ideologisch motivierte Siedler gibt, die bereit sind, in kleinen Siedlungen isoliert zu leben.

Die dritte Phase der Besiedlung legt den bisherigen Erfahrungen zufolge einen anderen Schwerpunkt. Die Zionistische Weltorganisation und die Siedlungsplaner nutzen mit dem Wunsch nach ruhigen Vorstädten eine Entwicklung aus, die seit den 70er Jahren verstärkt unter den Bewohnern der Zentren Tel Aviv und Jerusalem zu beobachten ist. Der Arbeitsparteiblock hält an ideologisch motivierten Menschen als Träger seiner Siedlungskonzeption fest, die als Kollektiv die Grenzen schützen sollen. Nach dem Scheitern des Droblesplans ist der Likud pragmatischer mit seiner Siedlungspolitik, baut Vorstadtsiedlungen und schafft damit unumkehrbare Fakten. Denn der Likud und die Siedlungsplaner für die besetzten Gebiete gehen davon aus, daß der Kampf um den Boden nicht militärisch, sondern durch politische Auseinandersetzungen innerhalb Israels gewonnen wird. Die Motivation, Privateigentum, Investitionen und höheren Lebensstandard gegen die Bildung eines palästinensischen Staates zu verteidigen scheint erfolgversprechender als ideologisch motivierte Siedler in geringer Zahl am Jordanufer oder um palästinensische Zentren herum anzusiedeln.

Wirtschaft

Die Ökonomien von Westbank und Gazastreifen sind mit der israelischen Wirtschaft eng verflochten. Es gibt israelische Firmen in der Westbank, Vertragsproduktionen für Firmen im Kernstaat durch Palästinenser in der Westbank, Zehntausende von palästinensischen Arbeitern pendeln täglich aus den besetzten Gebieten nach Israel.

Infolge dieses Austauschs über die Grenzen hinweg hat sich in den Gebieten relativer individueller Wohlstand bei den Palästinensern eingestellt: Die Unterschiede des zur Verfügung stehenden Einkommens zwischen Palästinensern und Israelis haben sich in der Zeit seit 1967 halbiert. Lag nach dem Sechstagekrieg das Durchschnittseinkommen in der Westbank unter dem der Palästinenser in Jordanien, ist es 1980 etwa gleich hoch. Nur 35% palästinensischer Haushalte sind 1972 elektrifiziert, zu Beginn der 80er Jahre sind es 80%. Die Motorisierung verdreifacht sich, die Analphabetenrate fällt von 48% 1970 auf 29% im Jahr 1980.

Israel erhält bisher erfolgreich den Anschein aufrecht, daß die besetzten Gebiete eine eigene Wirtschaftseinheit seien. So werden beispielsweise die wirtschaftlichen Aktivitäten der israelischen Siedler in Westbank und Gazastreifen, die Produktion ihrer Industrieunternehmen und ihr Konsum in der nationalen Wirtschaftsstatistik Israels aufgeführt.

Die palästinensischen Daten dagegen erscheinen gesondert in einer „Gesamtstatistik für Judäa, Samaria und Gaza". Die Palästinenser fallen also aus der nationalen Statistik Israels heraus, obwohl gerade die jeden Tag aus den besetzten Gebieten nach Israel pendelnden palästinensischen ArbeiterInnen es sind, die ein Drittel der Kaufkraft der besetzten Gebiete ausmachen. Würden die besetzten Gebiete formell in die israelische Ökonomie integriert, hätte dies politisch und ökonomisch unerwünschte Konsequenzen für Israel: Die Integration der Palästinenser in das Sozialsystem des israelischen Staates wäre erforderlich, und daran hat die israelische Regierung kein Interesse.

Der Likud sieht die Palästinenser als billige Arbeitskräfte für arbeitsintensive und schlecht bezahlte Bereiche: Arbeiter bei städtischen Reinigungsbetrieben, im Bausektor, in untergeordneten Arbeitsbetrieben in Krankenhäusern und Hotelbetrieben. Auf der anderen Seite sind die besetzten Gebiete wichtige Absatzmärkte für israelische Produkte — die in den besetzten Gebieten unter israelischer Lizenz hergestellten Industriegüter werden in die Gebiete „exportiert". Importe aus den besetzten Gebieten nach Israel (vor allem agrarische Produkte) unterliegen hohen Importzöllen, während der Absatz israelischer Produkte zu hohen Preisen auch bei geringer Qualität über diese Importpolitik sichergestellt wird. Sieben Jahre nach der Besetzung werden 16% des Gesamtexports in die besetzten Gebiete geliefert. Im Jahr 1980 geht der Anteil des Gesamtexports Israels für die besetzten Gebiete zwar auf 10,4% zurück, macht aber dennoch 60% des Exportvolumens aus, das in die USA geht. (Benvenisti nennt hier keine absoluten Zahlen und schlüsselt die verschiedenen Produktionsbedingungen nicht weiter auf.)

Die faktisch, aber nicht offiziell vollzogene Annexion der Gebiete auf territorialer Ebene, die von Israel abgekoppelte Wirtschaft der besetzten Gebiete, die jedoch gleichzeitig von Israel kontrolliert wird, bietet große ökonomische Vorteile für Israel. Monetäre Belastungen für Israel — ausgenommen der Militärhaushalt — gibt es nicht, weil an die Westbank keine israelischen Kredite vergeben werden, und das Entwicklungsbudget für die Westbank ist minimal. Stellt man die Gesamtausgaben der israelischen Regierung für die besetzten Gebiete (einschließlich der Sozialversicherung der Arbeiter) den Gesamteinnahmen (einschließlich der Einkommenssteuer und der Zölle) gegenüber, so sind möglicherweise die besetzten Gebiete für den israelischen Staatshaushalt eine Einnahmequelle. (Genauere Zahlen werden leider nicht geliefert.)

Israel hält an seiner Politik weiterhin fest, ohne daß politische oder soziale Verpflichtungen der palästinensischen Bevölkerung erfüllt werden müssen. Je nach Nutzen für die israelische Wirtschaft werden kurzfristige Maßnahmen beschlossen zur Verbindung oder Trennung der beiden Ökonomien. Für die Bevölkerung wirkt sich diese Haltung als Belohnungs-und Bestrafungsmodell aus: Kollaborateuren werden Vorteile verschafft, z.B. durch Subventionen, Kredite und Integration, während Dissidenten durch die Versagung von Subventionen und Krediten sowie einschränkende Verwaltungsvorschriften in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt werden.

Intifada

Meron Benvenisti hatte aus den von ihm und seinen MitarbeiterInnen erarbeiteten Untersuchungen die These abgeleitet, der „point of no return" sei bereits erreicht, die Verflechtung der besetzten Gebiete mit Israel sei soweit fortgeschritten, daß der Prozeß nicht mehr umzukehren sei.

Grau indes ist alle Theorie ... Benvenistis These ist von der Intifada gründlich widerlegt. Hiermit werden jedoch die Studien selbst nicht wertlos, machen sie doch deutlich, welche ungeheuren Anstrengungen vor dem palästinensischen Volk noch liegen, sich aus der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Beherrschung durch Israel zu lösen und einen eigenen Staat zu errichten.

re., Hamburg

Quellen und Anmerkungen

(1) Englische Originalausgabe: „The Westbank Data Project — A Survey of Israel's Policies", Hg. Meron Benvenisti und American Enterprise Institute for Public Policy Research, Washington und London 1984; 97 Seiten, A-4 Format, mit 30 Tabellen und 13 Karten.

Deutschsprachige Ausgabe (in Auszügen): Jan Metzger (Hg.), „Auf dem Weg zur Annexion. Die Zukunft von Westbank und Gaza-Streifen nach zwei Jahrzehnten israelischer Besatzung", Berlin 1986; herausgegeben als Band 13 der Schriften des Deutsch-israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten eV., 239 S., A 5-Format mit Diskussionsbeiträgen von palästinensischen und israelischen Wissenschaftlern und Journalisten.

nensischen und israelischen Wissenschaftlern und Journalisten.

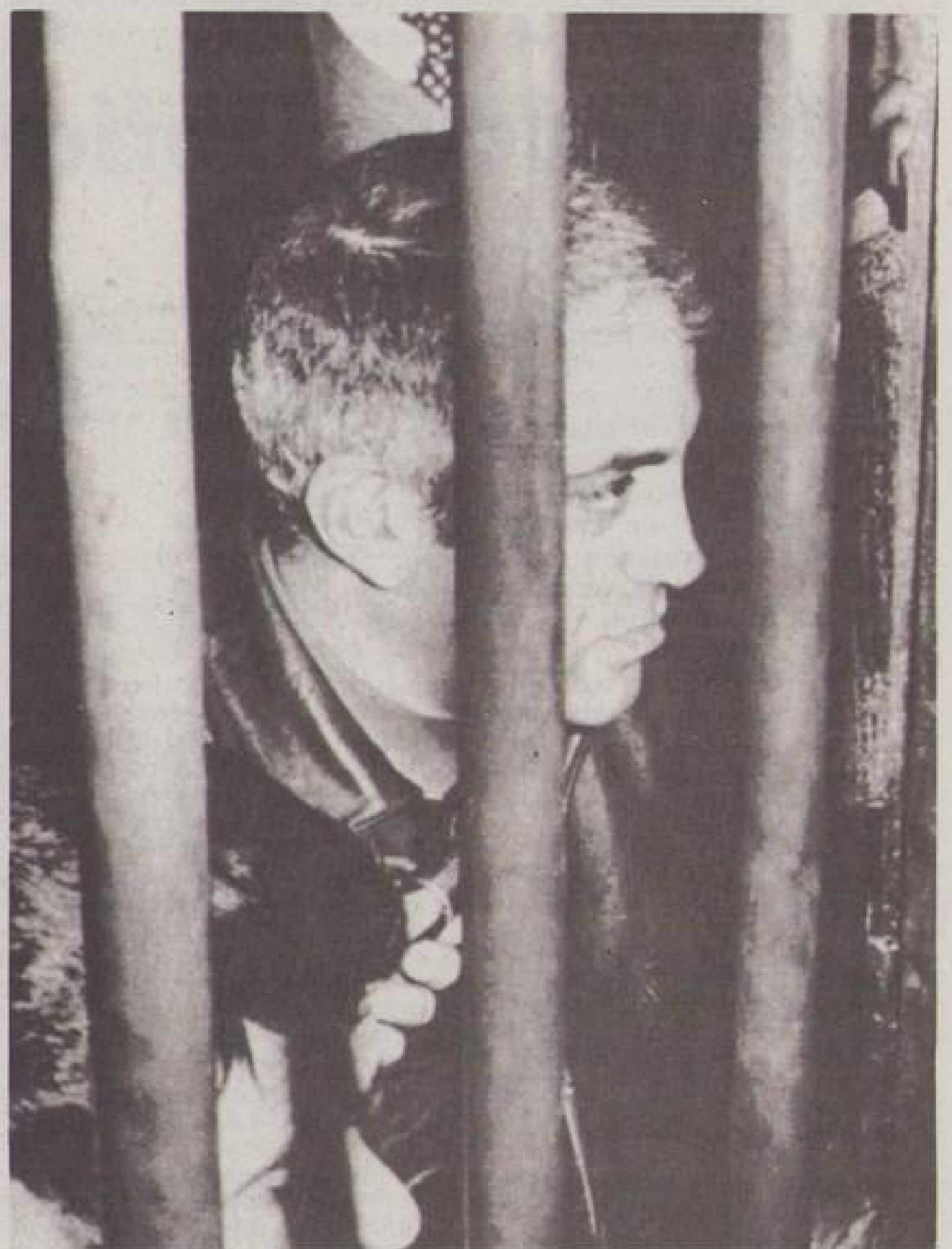
(2) Als „Besitz Abwesender" wird Land deklariert, das Palästinenser verlassen haben, um in ein Land zu gehen, das Israel gegenüber feindlich gesinnt ist bzw. das gegen Israel kämpft, so die offizielle Definition Israels für diese Kategorie von Land. Diese Kategorie wurde direkt nach der Staatsgründung 1948 festgelegt. Der größte Teil dieser Art von Land in den besetzten Gebieten wurde den Palästinensern nach dem Krieg von 1967 verlassen und durch einen Militärbefehl 1967 in die „Treuhänderschaft für verlassenes Eigentum" überführt. Die gesamte Landfläche umfaßt 430 qkm in der Westbank, von denen 25 bis 30 qkm im Jordantal an israelische Siedler verpachtet wurde (vgl. Allonplan). (Vgl. V. Waltz, J. Zschiesche, Die Erde habt ihr uns genommen, Dortmund 1986, S. 134.)

Unter dem Titel „Auf dem Weg zur Annexion. Die Zukunft von Westbank und Gaza-Streifen nach zwei Jahrzehnten israelischer Besatzung" erschienen in der Schriftenreihe des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten umfangreiche Auszüge aus dem West Bank Data Project in deutscher Sprache. Leider fehlen in dem DIAK-Band einige der Tabellen und Karten, die in der Originalausgabe in großer Anzahl verwendet werden und die Untersuchungen nachvollziehbarer und anschaulicher machen.

Beigegeben sind den Auszügen aus der Studie von 1984 die „Schlußfolgerungen aus dem Jahresbericht 1986 des Westbank Data Project" sowie eine Anzahl von Artikeln aus der israelischen Presse, die sich kritisch mit der Studie befassen. Mit dem in dem DIAK-Band ebenfalls enthaltenen Aufsatz von Christian Sterzing über die „Konzepte für die Zukunft der besetzten Gebiete" wird dem Leser die Gelegenheit gegeben, die in der Studie referierten Ergebnisse einer zwei Jahrzehnte währenden Besatzung mit den von jüdisch-israelischer, palästinensischer und internationaler Seite vorgebrachten politischen Lösungsmodellen zu konfrontieren.

Auf dem Weg zur Annexion. Die Zukunft von Westbank und Gaza-Streifen nach zwei Jahrzehnten israelischer Besatzung. Hg.: Jan Metzger. Westberlin (Deutsch-Israelischer Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten, Schriften Band 13), 1986. 244 S. — Für DM 8,00 (plus Versandkosten) zu beziehen über: DIAK, c/o Christian Sterzing, Bahnhofstr. 148, 6732 Edenkoben

---



Amnestie für Otelo und seine Genossen!

Die Jahre vergehen. Europa und die Welt verändern sich rasch. Aber Otelo und seine Genossen sind immer noch im Gefängnis, seit über vier Jahren schon. Werden wir sie, so weggesperrt, ihrem Schicksal überlassen — im Vertrauen darauf, daß die Zeit schon vergehen wird? Oder werden wir ihnen jetzt endlich die Hand reichen, die ihnen Solidarität und Freiheit bringt?

Die 70er Jahre waren in ganz Europa „glühend heiße" Jahre, in denen gerade die Hochherzigsten versucht haben, auf die Krise mit neuen Perspektiven zu antworten, die sie schon unmittelbar am Horizont heraufziehen sehen erhoff-

antworten, die sie schon unmittelbar am Horizont heraufziehen sehen erhoff-

ten.

Der April 1974 hat in Portugal eine Epoche eingeleitet, in der sich das gesellschaftliche Bewußtsein tiefgreifend verändert hat. Die Auflehnung gegen die Unterdrückung eröffnete derart weitreichende Perspektiven wie die menschenwürdige Stellung jedes Einzelnen und die Suche nach neuen Formen der kollektiven Organisation unter der Beteiligung aller Individuen.

Nichts blieb, wie es gewesen war.

Aber dennoch machte zugleich auch der wirtschaftliche und gesellschaftliche Alptraum der Zerstörung und Willkür seinen Weg. Im Juni 1984 wurden Otelo und seine Genossen gefangengesetzt. In den seitdem vergangenen vier Jahren wurden sie illegalen Verfahrensweisen, Menschenrechtsverletzungen und politischer Verfolgung ausgesetzt. Das Gewicht, das das Rachemotiv bei diesem Unterfangen besessen hat, wird schließlich spätestens in dem Moment auf skandalöse Weise deutlich, wo wir vor derart schweren Strafen stehen, wie sie verhängt und jüngst vom Obersten Gerichtshof bestätigt worden sind. Das gilt auch für die 16 Jahre, die über Otelo Saraiva de Carvalho verhängt worden sind.

Der Rachegedanke geht dabei so weit, daß in der Antwort des Appellationsgerichts auf die Berufung der Gefangenen ausdrücklich auch historische Tatsachen wie der Königsmord als nicht politische Verbrechen gewertet werden.

Während gleichzeitig im gesamten Zeitraum der letzten 14 Jahre das Agieren der Rechten strafrechtlich unbeachtet blieb, trotz aller Verbrechen, die sie über lange Jahre begangen hat — Raub, Sachbeschädigungen, Überfälle —, ihre Anführer gelten als hochangesehen und werden zu hohen staatlichen Würdenträgern befördert.

Hier wird in der Tat mit zweierlei Maß und Gewicht gemessen.

Was sollen wir da von der Justiz noch weiter erwarten. Gewiß werden wir für Gerechtigkeit kämpfen. Aber wir werden uns nicht der Blindheit der Justiz unterwerfen.

Deswegen denken wir: Allein eine politische Maßnahme kann dieser traurigen Episode unserer jüngsten Ge-

politische Maßnahme kann dieser traurigen Episode unserer jüngsten Ge-

schichte ein Ende machen — ein politisches Amnestiegesetz.

Eine Amnestie ist keine Begnadigung — und die Gefangenen bitten weder um eine Begnadigung, noch würden sie sie akzeptieren. Eine Begnadigung ist ein Gnadenakt und darum geht es nicht.

Dagegen ist die Amnestie ein politischer Akt, durch den die vergangenen Taten getilgt werden.

In jüngster Zeit gibt es in der Weltpolitik neue Krisen und neue Hoffnungen. Alles wird in Frage gestellt, die Arroganz der Macht wird nicht länger hingenommen, es gibt Hoffnung auf Frieden, es werden neue Wege gesucht.

Soll da der Weg Otelos und seiner Genossen, die ihren Blick auf eine Utopie gerichtet hatten und ganz fest an die portugiesische Revolution glaubten, in der Einsamkeit der Gefängniszelle liegen?

Das darf nicht sein!

Aus diesem Grunde möchten wir Persönlichkeiten aus dem breiten Spektrum politischer Überzeugungen aus Europa und aus der ganzen Welt zusammenbringen: Sie sollen am 5., 6. und 7. November 1988 in Lissabon zusammenkommen, um die Forderungen einer totalen Amnestie für diese politischen Gefangenen zu diskutieren und schließlich zu formulieren.

Und vielleicht geht ja dann auch von dieser unserer Stadt ein Impuls dafür aus, daß auch in anderen Ländern Europas neu über die dramatische Lage nachgedacht wird, in der einige Männer und Frauen, die vielleicht zu den hochherzigsten und klügsten gehören, sich immer noch befinden.

Dieser konkrete Aufruf geht an Euch alle: Portugiesen, Europäer, Weltbürger — kommt nach Lissabon am 5., 6. und 7. November, mit Eurem Beitrag, um der
— Amnestie für Otelo und seine Genossen
und — der Diskussion über die Freiheit in Europa Nachdruck und Kraft zu geben.

Das Komitee für die Amnestie für Otelo und seine Genossen, Rua S. Pedro de Alcantara, No. 63-10-D, 1200 Lisboa, Portugal

Das Treffen in Lissabon findet unter der Schirmherrschaft der Regenbogenfraktion (GRAEL) im Europaparlament der EG statt.

(Aus dem Portugiesischen, 9.8.1988)
Nähere Informationen bei: Frieder Otto Wolf und Wilfried Telkämper p.Adr. Die Grünen im EP z.H. Uta Schulze-Lessel, Bundeshaus HT, 5300 Bonn

Israelische Optionen für die besetzten Gebiete

Eine Übersicht

Seit Jahr und Tag gibt es in Israel eine Reihe von Vorschlägen und Optionen zur Frage, welchen politischen Status die 1967 von Israel eroberten Gebiete einmal endgültig haben sollen. Im Handel ist eine Fülle von alten, neueren und auch neuen Optionen, die sich widersprechen, überschneiden und zum Teil auch nur in Nuancen unterscheiden. Der Orientierung mag eine Kurzfassung der in der öffentlichen Szene in Israel zur Zeit diskutierten Lösungsvorschläge dienen.

VOLLSTÄNDIGE ANNEXION

Keine Verhandlungen mit einer Kompromißlösung; Annexion der 1967 eroberten Gebiete und Proklamierung vollständiger israelischer Souveränität; Stärkung der Position in den Gebieten durch neue Siedlungsprogramme, Förderung massiver Einwanderung und entschlossene Bekämpfung des palästinensischen Widerstandes; den Palästinensern, die unter israelischer Souveränität leben wollen, wird es gut gehen.

Anhänger: Techijah (Erneuerungspartei), die Bewegung Erez Jisrael Haschlema (Groß-Israel), Likud (Cherut und Gachal) bis 1977 — nach dem Friedensabkommen mit Ägypten hat der Likud dieses Konzept nicht mehr vertreten.

TRANSFER

Die palästinensischen Araber sollen durch Druck und Überredung veranlaßt werden, das Land zu verlassen. Ein alter Plan: bereits 1904 von Jisrael Zangwil (englischer Zionist und Schriftsteller, der Herzl nahe stand) vertreten; Baron Rothschild bot den Arabern Geld an, damit sie das Land verließen; Seev Jabotinsky (1880 — 1940) bezeichnete die Idee anfangs als „unmoralisch" und „unrealistisch", stimmte jedoch später einem freiwilligen Transfer zu; Berl Katznelson (1887 — 1944) und Issak Tabenkin (1887 — 1971) aus der zionistischen Arbeiterbewegung stimmten der Idee auf freiwilliger Basis ebenfalls zu; während des Befreiungskrieges von 1948 führte Josef Weiz, Leiter des Keren Hakajemet, tätsächliche Vertreibungen durch.

Im letzten Jahr brachten innerhalb der Armee Rechabeam Seevi und innerhalb der Regierung Minister Michael Dekel das Schlagwort vom „Transfer" erneut in die Debatte.

JORDANIEN IST PALÄSTINA

JORDANIEN IST PALÄSTINA

Das Gebiet westlich des Jordan ist ein integraler Bestandteil von Erez Jisrael; niemals wird Israel seine Kontrolle über die Sicherheit in den Gebieten aufgeben; es gibt nur eine realistische Option: einen palästinensischen Staat in Jordanien; diese Option ist in ihren Voraussetzungen bereits gegeben: Die Mehrheit der jordanischen Bürger besteht aus Palästinensern, die Mehrheit der Parlamentsabgeordneten, des Senats, der Minister ebenfalls; Jordanien und nicht die Westbank soll der Platz für den zu schaffenden palästinensischen Staat werden; ob die Palästinenser Hussein als ihren König akzeptieren oder nicht, ist ihr Problem.

Bekanntester Anhänger: Minister Ariel Scharon.

NICHT VERWIRKLICHTE SOUVERÄNITÄT

Israel behauptet entschieden seinen Anspruch und das Recht auf Souveränität in ganz Erez Jisrael, also auch in den besetzten Gebieten; für eine Verwirklichung dieses Rechts ist die Zeit nicht geeignet; Israel verzichtet daher z.Zt. auf die Durchsetzung und Ausübung der vollen Souveränität und läßt die Frage des endgültigen Status in diesem Punkt offen.

Anhänger: Likud-Block und ein Teil der Anhänger des funktionalen Kompromisses, z.B. Peres.

CAMP-DAVID-ABKOMMEN

Das am 17.9.1978 zwischen Israel und Ägypten geschlossene Friedensabkommen sieht für die Zukunft der besetzten Gebiete u.a. vor: Für eine Übergangsphase bis zu einer endgültigen Lösung tritt für die palästinensischen Bewohner der Gebiete ein Autonomieplan in Kraft, dem nach fünf Jahren eine dauernde Vereinbarung folgen soll; die israelische Armee wird in bestimmten Zonen in den Gebieten stationiert bleiben. (siehe: Autonomie-Plan)

AUTONOMIE-PLAN (israelische Version)

Zum ersten Mal von Menachem Begin am 13.12.1977 in der Knesset vorgeschlagen: Die arabische Bevölkerung in der Westbank und in Gasa soll eine begrenzte Form der Selbstverwaltung erhalten; die Militärverwaltung wird aufgelöst und dafür ein 11-köpfiger Verwaltungsrat mit Sitz in Bethlehem gewählt; dieser Rat wird sich mit allen lokalen Angelegenheiten beschäftigen auf dem Gebiet von Erziehung, Religion, Finanzen, Transport und Verkehr, Bauprojekten, Landwirtschaft, Industrie, Handel, Tourismus, Gesundheit, Arbeit und Soziales, Integration der Flüchtlinge; es gibt lokale Polizeikräfte, doch öffentliche Ordnung und Sicherheit unterstehen israelischer Kontrolle; die arabischen Bewohner können wählen, ob sie jordanische Staatsbürger bleiben oder die israelische Staatsangehörigkeit beantragen wollen; Juden mit israelischer Staatsbürgerschaft können Land in den Gebieten kaufen und dort siedeln; Araber mit israelischer Staatsbürgerschaft können Land in Israel erwerben; Bewegungs- und Wirtschaftsfreiheit für Juden und Araber ist garantiert; die israelische Armee verbleibt in bestimmten Zonen; Israel kontrolliert die Wasserquellen und das Staatsland; der Plan bekräftigt

lische Armee verbleibt in bestimmten Zonen; Israel kontrolliert die Wasserquellen und das Staatsland; der Plan bekräftigt

das Recht auf israelische Souveränität, schlägt aber vor, den Umgang mit dieser Frage auf dem Verhandlungsweg im Rahmen einer endgültigen Friedensregelung zu regeln. Prominentester Anhänger heute: Premierminister Jitzchak Schamir, der 1976 gegen das Camp-David-Abkommen gestimmt hat.



AUTONOMIE-PLAN (ägyptische Version)

Im Zusammenhang mit dem Camp-David-Abkommen von Ägypten 1980 vorgelegt; widerspricht der israelischen Version, die von personaler aber nicht von territorialer Autonomie ausgeht; die grundsätzlichen politischen Entscheidungen sollen nicht in israelischer Hand bleiben; Grundgedanke ist eine unabhängige Selbstverwaltung der palästinensischen Bevölkerung; diese Selbstverwaltung wird sich auch auf Jerusalem erstrecken; alle jüdischen Siedlungsprogramme werden eingestellt; die Selbstbestimmungsorgane werden auch gesetzgeberische Gewalt haben, das Gerichtswesen wird unabhängig sein; die palästinensischen Verwaltungsorgane sind auch für das Staatsland zuständig; die jüdischen Siedler in den Gebieten unterstehen ihrer Autorität.

FUNKTIONALER KOMPROMISS

Trennt zwischen verschiedenen Verantwortungen auf israelischer und palästinensischer Seite bei zukünftiger Verwaltung der Gebiete; Sicherheitsbelange bleiben in den alleinigen Händen der israelischen Regierung; die Verantwortung für das öffentliche und gesellschaftliche Leben wird den zu bildenden örtlichen palästinensischen Verwaltungen übertragen; die politischen Belange der Bevölkerung werden durch das Königreich Jordanien vertreten; an den Wahlen zum jordanischen Parlament können die Bewohner der Gebiete teilnehmen.

(siehe auch: Autonomie-Plan, Dajan-Plan, Tamir-Plan, Peres-Plan)

TERRITORIALER KOMPROMISS

Ablehnung eines vollständigen Rückzugs aus den 1967 eroberten Gebieten; territorialer Kompromiß orientiert sich an den Sicherheitsbedürfnissen Israels; Abzug der Armee aus Gebieten mit hoher arabischer Bevölkerungsdichte; israelische Souveränität in nicht oder dünn besiedelten Gebieten; Plan spricht sich gegen eine Annexion der gesamten Gebiete und gegen einen dritten Staat zwischen Israel und Jordanien aus; bis heute gibt es keine arabischen Partner, die bereit sind, diesen Plan zu akzeptieren.

Herausragender Anhänger: Jitzchak Rabin (siehe auch: Allon-Plan, Weiz-Plan)

ALLON-PLAN

Vom damaligen Minister Jigal Allon entwickelt; Plan hat in den 70er Jahren verschiedene Wandlungen durchgemacht; nie offiziell verabschiedet, jedoch orientierte sich das Siedlungsprogramm der MAARACH-Regierung (Arbeiterparteien-Block) an dieser Konzeption; von 1973 bis 1981 galt der Allon-Plan als Basis des Parteiprogramms von MAARACH mit

MAARACH-Regierung (Arbeiterparteien-Block) an dieser Konzeption; von 1973 bis 1981 galt der Allon-Plan als Basis des Parteiprogramms von MAARACH mit

seinen territorialen Kompromißvorschlägen; Rückzug Israels aus dicht besiedelten Gebieten; diese Gebiete sollten an einen jordanisch-palästinensischen Staat zurückgegeben werden; Israel behält einen ca. 20 km breiten Gebietsstreifen längs des Jordans und des Toten Meeres als Sicherheitszone mit militärischer Präsenz und Vorwarnanlagen auf den Bergen; auch Kirjat Arba und Gusch Etzion bleiben unter israelischen Souveränität; es wird ein paar Grenzveränderungen geben, z.B. bei Latrun; die an Jordanien zurückgegebenen Gebiete werden entmilitarisiert; der Gasa-Streifen bleibt in israelischer Hand; ständige Bewohner des israelischen Gebietes erhalten die israelische Staatsbürgerschaft; Allon plante, die palästinensischen Flüchtlinge nach El Arisch umzusiedeln, das an Ägypten zurückfallen sollte.

DAJAN-PLAN

Von Mosche Dajan entwickelte Vorstellung, die von einer ständigen Präsenz Israels in den Gebieten und vom Recht der Juden, dort zu siedeln, ausgeht; Idee einer strategischen Verteidigung durch Installierung von Warneinrichtungen und Stationierung von Truppen an bestimmten Punkten der Gebiete; durch eine zurückhaltende und nicht provozierende Politik gegenüber der arabischen Bevölkerung versprach er sich die Möglichkeit eines Zusammenlebens; die Verwirklichung der politisch-kollektiv-nationalen Bestrebungen der Bewohner der Gebiete erwartete er im Rahmen des jordanischen Königtums.

WEIZ-PLAN

Der Vorschlag von Raanan Weiz, ehemaliger Leiter der Siedlungsabteilung der Jewish Agency, basiert auf dem Allon-Plan; die Gebiete werden in verschiedene Bezirke mit jüdischer bzw. arabischer Bevölkerung aufgeteilt; in jedem Bezirk beschäftigt sich eine eigene Administration mit internen Angelegenheiten; sollte es zu einer Einigung mit Jordanien kommen, werden die arabischen Bezirke in dessen Staatsgebiet eingegliedert; zwischen Hebron und Gasa wird es eine direkte Straße geben, die nicht zwischen jüdischen Siedlungen vorbeiführt; der Hafen von Gasa kommt unter jordanische Kontrolle; Jordanien erhält auch Gebiete südlich der Berge Hebrons, um dort palästinensische Flüchtlinge anzusiedeln.

PERES-PLAN

Spricht sich für einen funktionalen Kompromiß aus; von Vize-Premierminister und Außenminister Schimon Peres vertreten; erstrebt Verhandlungslösung mit Jordanien unter Beteiligung der Palästinenser im Rahmen einer internationalen Konferenz; militärische Grenze ist der Jordan; wirtschaftliche Grenzen wird es nicht geben; Frage der Souveränität wird umgangen: Arabische Städte in den Gebieten sollten unter arabische Verwaltung, jüdische Siedlungen unter jüdische Verwaltung kommen.

HUSSEIN-PLAN

Vom jordanischen König 1972 vorgebracht; Idee von Jordanien als „Vereinigtes Königreich", das die arabischen Gebiete rechts und links des Jordan umfaßt; Rabat Amon wird Hauptstadt des jordanischen und Jerusalem Hauptstadt des palästinensischen Teils des Reiches; beide Teile entsenden Vertreter in die gesetzgebende Versammlung Jordaniens; von palästinensischer Seite wird der Hussein-Plan nicht akzeptiert; das Hussein-Arafat-Abkommen spricht von einer konföderativen Verbindung, die von zwei unabhängigen Staaten gebildet wird.

TAMIR-PLAN

Memorandum von Awraham Tamir, ehemaliger Generaldirektor des Büros des Premierministers, vom Juli 1985; schlägt eine Zwischenregelung vor, die sich am Modell vom funktionalen Kompromiß orientiert; Autonomie mit gemeinsamer Verwaltung durch Israel und Jordanien für die Gebiete in den Bereichen von Wirtschaft, Wasserversorgung und Verkehr; Israel wird über Sicherheitsfragen und

Verwaltung durch Israel und Jordanien für die Gebiete in den Bereichen von Wirtschaft, Wasserversorgung und Verkehr; Israel wird über Sicherheitsfragen und

die Außenpolitik bestimmen und für die jüdischen Siedler verantwortlich sein; die palästinensische Autonomie orientiert sich an Jordanien und bezieht sich auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Belange der palästinensischen Bevölkerung.

UNABHÄNGIGER PALÄSTINENSISCHER STAAT

Recht des palästinensischen Volkes auf nationale Selbstbestimmung wird anerkannt; Errichtung eines palästinensischen Staates nach vollständigem Rückzug Israels auf die Grenzen von 1967; Jerusalem wird die gemeinsame Hauptstadt von Israel und dem neugegründeten Staat sein; bis zu dieser Lösung muß sich die israelische Armee aus dichtbevölkerten Gebieten zurückziehen; der neue Staat bleibt entmilitarisiert; Verhandlungen mit der PLO sind unumgänglich; die PLO wird sich im Laufe eines Verhandlungsprozesses mäßigen und der neue Staat wird keine Sicherheitsbedrohung Israels sein.

Anhänger: Jene, die früher einen Rückzug aus den Gebieten und eine Rückgabe an Jordanien erwogen, unterstützen heute in ihrer Mehrheit die Idee eines palästinensischen Staates, bei den Parteien sind dies RAKACH (Kommunistische Partei), HAMITKADEMET (Progressive Friedensliste), RAZ (Bürgerrechtspartei) und MAPAM. (siehe auch: Fahd-Plan, Fez-Plan)

FAHD-PLAN

Am 7.8.1981 durch saudi-arabischen Kronprinzen vorgeschlagen; Hauptpunkte: israelischer Rückzug aus allen 1967 eroberten Gebieten, einschließlich Ost-Jerusalem; Abbau aller dort seit 1967 etablierten jüdischen Siedlungen; Gewährleistung von Religionsfreiheit in den heiligen Stätten; Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates mit Jerusalem als Hauptstadt; UN-Kontrolle über die Gebiete für eine Übergangszeit von ein paar Monaten; Entschädigung für palästinensische Flüchtlinge; Anerkennung des Rechts aller Staaten in der Region, in Frieden zu leben; die PLO wird nicht erwähnt.

FES-PLAN

Vom arabischen Gipfeltreffen am 8.9.1982 in Fes, Marokko, verabschiedet; basiert auf dem Fahd-Plan, ist jedoch weitgehender; beschränkt Forderung nach Rückzug Israels nicht auf die Grenzen von 1967; bekräftigt Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und einen Staat; PLO als einzige Vertreterin des palästinensischen Volkes bezeichnet; UN-Sicherheitsrat soll Frieden und Sicherheit aller Staaten in der Region garantieren, einschließlich des palästinensischen Staates.

AMIRAW-PLAN

Von Mosche Amiraw (Likud) 1987 in Verhandlungen mit der PLO nahestehenden Palästinensern aus den besetzten Gebieten entwickelt (u.a. mit Faisal Husseini) sieht Verhandlungen mit der PLO unter bestimmten Bedingungen vor: PLO erklärt Bereitschaft zur Anerkennung Israels, stimmt einer zukünftigen Zwischenregelung mit Autonomie für die palästinensische Bevölkerung in den Gebieten zu, gibt Forderung nach einem unabhängigen palästinensischen Staat auf und verpflichtet sich zur Einstellung aller Gewaltakte.

HESS-PLAN

Zur Zeit durch Arije Hess und andere MAARACH-Mitglieder (Arbeitspartei) vorgebrachter und diskutierter Vorschlag, der von einer dreiseitigen Konföderation zwischen Israel, Jordanien und den Palästinensern ausgeht; die Frage des politischen Status soll für zukünftige Verhandlungen offen bleiben; die Gebiete werden demilitarisiert, mit der israelischen Option, dort aus Sicherheitsgründen außerhalb arabischer Bevölkerungszentren wieder Militär zu stationieren; Sicherheitsgrenze Israels wäre der Jordan; Arafat hat Bereitschaft geäußert, den Hess-Plan zu diskutieren.

Shultz-Plan

Shultz-Plan

Anläßlich des palästinensischen Aufstandes in den besetzten Gebieten legte der amerikanische Außenminister George Shultz diesen Plan, der Elemente des Camp-David-Abkommens in zeitlich geraffter Form mit einer internationalen Konferenz kombiniert, vor: eigentlich kein Friedens-, sondern ein Verhandlungsplan: Bilaterale Verhandlungen zwischen Israel und den Nachbarstaaten, einschließlich einer jordanisch-palästinensischen Delegation auf der Basis der UN-Resolutionen 242 und 338. Vorbedingung: Erklärung über einen Gewaltverzicht und das Abschwören vom Terrorismus sowie Anerkennung der genannten UN-Resolutionen. In den Verhandlungen zwischen Israel und der jordanisch-palästinensischen Delegation soll eine Vereinbarung über eine Übergangsperiode von sechs Monaten erzielt werden. Danach wird in Verhandlungen über den endgültigen Status der besetzten Gebiete eingetreten. Die Verhandlungen finden unter Beteiligung der USA statt. Zwei Wochen vor Beginn dieser Verhandlungen wird von der UNO eine internationale Konferenz einberufen, die jedoch keinerlei Entscheidungsgewalt oder Vetorecht besitzt. Der Plan wurde von Außenminister Shultz bei mehreren Besuchen in der Region im ersten Halbjahr 1988 mit den betroffenen Parteien diskutiert. Weder Israel noch die arabischen Staaten oder die PLO, die in dem Plan weder erwähnt noch Adressat dieser Vorschläge ist, haben den Plan ausdrücklich abgelehnt, jedoch erhebliche Vorbehalte angemeldet, so daß er vielfach bereits als gescheitert betrachtet wird.

Mit freundlicher Genehmigung entnommen aus der vom Deutsch-israelischen Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten herausgegebenen Zeitschrift „israel & palästina", Heft 2/1988

Diskriminierung, Rassismus, Ausweisung und Folter

Vortrag der jüdisch-israelischen Rechtanwältin Lea Tsemel bei der Westberliner „Dialog"-Tagung

Nachdem der israelische Oberste Gerichtshof verkündet hatte, daß die Deportationen von Palästinensern legal seien, beriefen einige Rechtsanwälte, die Palästinenser vertraten, die von Deportation bedroht sind, sogleich eine Pressekonferenz ein.

Zu Beginn dieser Pressekonferenz, die vor drei Monaten in Jerusalem stattfand, mußten wir uns eines quasi rassistischen Witzes bedienen, um die Situation zu verdeutlichen. Dieser Witz ist wie folgt:

Ein Journalist besuchte ein afrikanisches Land und fragte den Präsidenten dieses Landes: „Gibt es hier noch Kannibalismus?" Der Präsident antwortete: „Oh, nein!". Der Journalist fragte: „Wie können Sie sich dessen so sicher sein?" Der Präsident sagte: „Was meinen Sie damit, ob ich mir sicher bin. Ich weiß es. Wir haben die Letzten gegessen."

Dann bezogen wir uns auf das, was Schamir eine Woche zuvor gesagt hatte, daß er nach echten palästinensischen Führern suche, um mit ihnen zu sprechen und diese nicht finden könne. Und wir sagten: „Natürlich können sie sie nicht finden, Herr Schamir; sie müssen das doch wissen. Sie deportierten sie."

Ich denke ein jeder hier empfindet eine moralische Ablehnung gegenüber Deportationen — das ist nicht die Frage. Die Frage ist die nach dem Dialog und hier ist eine Verbindung zu ziehen zu denen, die deportiert wurden. Viele von ihnen wurden nur deshalb deportiert, weil sie Zugang fanden zu den Herzen der Juden. Dies ist ein deutliches und bedeutendes Phänomen, betrachtet man jeden einzelnen Deportations-Kandidaten. Alle hatten etwas gemeinsam: Sie alle hatten es erreicht, sei es durch persönlichen Charme oder Kontakte, von Juden akzeptiert zu sein, obwohl sie eigene politische Vorstellungen hatten, die oftmals mit denen der PLO übereinstimmten. Sie wurden, mit anderen Worten, allesamt von den Israelis als menschlich betrachtet und deshalb sollten sie deportiert werden. Dabei wird offensichtlich, daß die Palästinenser die unmittelbaren Opfer eines Dialogs, auch eines erfolgreichen Dialogs, sind.

Es gibt eine andere Form des Dialogs, der die israelischen Machthaber nur bis zu einem gewissen Grad beunruhigt. Das ist der Dialog oder der Aufschrei der israelischen Liberalen oder der linken Zionisten. Dieser ist wichtig; ich will seine Bedeutung nicht herunterspielen. Ein Beispiel war die Demonstration von über 400.000 Menschen in Tel Aviv als Reaktion auf die Massaker in Sabra und Schatila. Es gab daneben andere Demonstrationen, wie der „Frauen in Schwarz". Aber, wie ich bereits sagte: Diese Aktionen beunruhigen die israelischen Machthaber nur in gewissem Grade, weil diese Art von Dialog und auch unser heutiger hier, von ihnen dazu benutzt werden kann, ihre Toleranz zu präsentieren. Nach dem Motto: Wir können uns das leisten. Wo sind die 400.000 Demonstranten in Damaskus? etc.

Ich kann sagen, daß ich erfreut bin über die Dinge, die in der israelischen Gesellschaft geschehen, aber meine Freude darüber ist sehr begrenzt. Das Problem ist — und diese Problem taucht jetzt auch auf der Tagesordnung auf —, daß die Israelis nicht deshalb den Dialog suchen, weil sie die Notwendigkeit erkennen, mit dem „Feind" zu sprechen. Sie müßten dazu kommen zu sagen: Wir wollen den Dialog, da wir als Partner in einem gemeinsamen Kampf stehen. Sie sollten sich selbst und die Palästinenser als Menschen betrachten, die mit denselben Problemen behaftet sind und nicht denken, die haben ihre Probleme, wir die unsrigen. Die Israelis müssen erkennen, daß es darum geht, den Kampf gemeinsam mit den Palästinensern zu führen und nicht so sehr nur um ein Gespräch mit dem „Feind".

Wir haben den Fall „Derech Hanizoz". Israelische Journalisten sind verhaftet und erwarten ihr Gerichtsverfahren. Der Fall begann als ein Fall um die Meinungsfreiheit. Diese Journalisten stehen unter Anklage, aufgrund des bisher unbewiesenen Verdachts auf Mitgliedschaft in der „Demokratischen Front". Nehmen wir an, dies sei der Fall. Nehmen wir an, daß es möglich ist, daß Israelis Mitglied in der „Demokratischen Front" sein können, wenn sie einen gemeinsamen Kampf wollen, die Notwendigkeit erkennen, keine Unterscheidungen aus nationalen Gründen zu machen.

Die Frage ist, wie wir darauf reagieren. Diese Frage wird als nächste auf die Tagesordnung rücken, auf die Tagesordnung des Dialogs, wenn man es so nennen will. Es wird eine bedeutende Frage, vor allem für die Liberalen sein, die auftraten, um die freie Meinungsäußerung zu verteidigen und die jetzt, so fürchte ich, nicht auf die Straßen gehen werden, um für das Recht der israelischen Juden einzutreten, das zu tun, was laut Gesetz einen Angriff bedeutet. Eben ein Mitglied in einer, wie es in Israel heißt, „illegalen Organisation" zu sein. Nach 21 Jahren Besatzung, nach 21 Jahren, in denen die PLO in Israel als illegal galt, sollte man die Frage stellen, nicht ob ein solches Tun legal oder illegal ist, sondern ob es illegitim ist. Ich würde gerne die Antwort von liberalen Zionisten auf diese Frage hören.

Ich befürchte, daß viele von ihnen widerwillig reagieren und keinen Kontakt mit dieser Gruppe von Journalisten haben wollen, trotz der Tatsache, daß das einzige was ihnen vorgeworfen wird, die Publikation einer legalen und informativen Zeitung ist. Nicht mehr als dies! Ich denke, daß diese Debatte in Israel nicht eröffnet wird. Es ist grundsätzlich eine moralische Frage und ich wüßte gerne, wie die moralische Antwort darauf lauten würde.

Es ist eine Tatsache, daß einige Juden verhaftet wurden. Jedoch sind wesentlich mehr Palästinenser verhaftet worden. Als der palästinensische Anwalt Mohammad Abu Shaban an die Universität von Tel-Aviv ging, um einen Dialog mit Palästinensern aus Gaza zu führen und er dort über seinen Wunsch nach Frieden sprach, wurde er auf seinem Rückweg in administrative Haft genommen. Damit teilt er das Schicksal von 2500 Palästinensern, die sich heute in administrativer Haft befinden.



Palästinensische Familie vor ihrem von israelischem Militär zerstörten Haus

Was bedeutet administrative Haft? Es ist ein Monster! Einem Militärkommandeur wird ermöglicht, allein durch seine Unterschrift einen Palästinenser für mindestens sechs Monate zu inhaftieren, ohne Untersuchungen, Vernehmung, Prozeß, ohne Anklage und ohne die Möglichkeit für diesen, einen Anwalt zu sehen. Die verhaftete Person weiß nicht einmal, was über ihn in den Akten des Geheimdienstes geschrieben steht.

Diese Politik bedeutet bildhaft: Wann immer sich auf der Milch ein Rahm absetzte, wurde er abgeschöpft und weggeworfen. Ich meine damit die Deportationen. Zu jeder Zeit, Jahr für Jahr, wurden Palästinenser deportiert. Nun, so fürchte ich, gehen sie daran, die ganze Milch auszuschütten. In Ansar III, das ein Konzentrationslager ist und das man auch so benennen muß, befindet sich die Führung des palästinensischen Volkes. Jeder, der nach israelischer Einschätzung, Einfluß auf seine palästinensische Umgebung ausübt, sei es ein Lehrer, ein Rechtsanwalt, ein Arzt, ein Gewerkschaftler oder ein Journalist, — sie alle befinden sich in diesem Lager, das ca. 85 km südlich von Beer Scheeva, mitten in der Wüste Negew liegt und aus Zelten besteht. Ihnen werden jegliche Rechte verweigert während ihrer Vorbeugehaftzeit, die zumeist nach sechs Monaten weiter verlängert wird.

Es war einmal der Traum von Ben Gurion, den Negew zu besiedeln. Jetzt tun die Palästinenser das, was bei den Israelis „die Drecksarbeit machen" heißt. Sie können mir glauben. Ich bin in diesem Lager jede Woche. Die Palästinenser bevölkern die Wüste. Das Lager wird ständig vergrößert, neue Zelte werden aufgeschlagen für mehr und mehr Gefangene. Etwa 100 Gefangene werden täglich dorthin verschleppt.

Ich möchte, daß Sie sich diesen Namen, Ansar III, merken. Ich bin mir sicher, daß wir an diesem Ort, den die Sonne verbrennt, Dinge geschehen werden, von denen wir hören und die wir sehen werden. Ich kann schlecht schätzen, wieviele Gefangene sich momentan in dem Lager befinden. Jeden Abend, bevor ich das Lager verlasse, stehen davor drei Busse mit neuen Gefangenen. Ich schätze, es waren 2500 Menschen vor drei Tagen. Wieviele es heute sind, weiß ich nicht. Den Gefangenen werden Familienbesuche verweigert. Nicht etwa, weil die Israelis ihnen Böses antun wollen, oder vielmehr der israelische Staat. Man würde Ihnen hier in der Botschaft erklären, daß jede Familie natürlich das Recht hat, ihre Angehörigen im Lager zu besuchen. Aber wenn sie einen Besuch machen wollen — und das würde man Ihnen hier in der Botschaft nicht erklären —, dann muß die Familie zur zivilen Administration gehen. Dort muß sie beweisen, daß sie Einkommensteuer und alle anderen Steuern bezahlt und zusätzlich 100 Schekel zahlen. Dann erst wird eine Besuchserlaubnis erteilt. Diese Auflage gilt auch für Rechtsanwälte aus den besetzten Gebieten. Nicht für die israelischen Anwälte, denn wir besitzen immer noch Privilegien. Die Anwälte aus den besetzten Gebieten können nicht nach Ansar III fahren, denn das Lager liegt in einer Militärzone. Sie brauchen eine Erlaubnis von der Verwaltung.

Wir müssen — und dies ist der richtige Ort dafür — von Rassismus sprechen und diese Politik als rassistisch benennen. Wir müssen auch über Diskriminierung sprechen. Einige hier sprachen bereits über die zunehmend faschistische Art und Weise vieler Israelis zu denken. Das ist so, ich stimme dem zu.

Ich möchte weiter über die legalisierte und organisierte Form von Diskriminierung sprechen. Dabei beziehe ich mich auf folgenden Vorgang: Sie müssen wissen, daß es augenblicklich eindeutig und klar ersichtlich zwei verschiedenen Rechtssysteme gibt. Eines bezieht sich auf die Juden, das andere auf die Palästinenser. Dies ist nicht einmal mehr ein Geheimnis. Es ist nicht so, daß man die Nase tief in die Bücher stecken müßte, um zwischen den Zeilen lesen zu können. Es ist eine offene Politik, eine öffentlich erklärte und eindeutige.

Der beste Ort dieses zu erkennen sind die besetzten Gebiete. Sowie es die Siedler gern darstellen, leben in den besetzten Gebieten Juden und Palästinenser gleichberechtigt in guter Nachbarschaft zusammen. Es gibt in der Westbank 72.000 Siedler, die mit massiver Unterstützung durch die Armee, der Jewish Agency etc. Siedlungen, inmitten von Palästinensern bevölkerten Gegenden, aufgebaut haben. Es ist eindeutig, daß jeder Jude — und ich sage bewußt Jude, nicht Israeli, der in die besetzten Gebiete zieht, nicht allein mit der Pistole in der Tasche bewaffnet ist, sondern auch mit dem Gesetz, das ihn verteidigt. Sobald er die grüne Linie überschreitet und in die besetzten Gebiete geht, macht das für ihn keinen legalen Unterschied. Das israelische Gesetz gilt für jeden israelischen Staatsbürger und für jeden Juden, der nach dem Gesetz der Rückkehr israelischer Staatsbürger werden könnte, wenn er wollte. Z.B. ein amerikanischer Tourist, der zufällig Jude ist und der in die besetzten Gebiete geht als Siedler und dort einen Angriff verübt, hat das Privileg, nach israelischem Gesetz angeklagt zu werden.

Nehmen wir eine Vergleich: Ein Siedler wirft, z.B. in Hebron aus politischen Gründen einen Stein auf Soldaten. Die Polizei wird ihn — wenn überhaupt, aber gehen wir mal davon aus — verhaften, verhören und auf Kaution vorübergehend freilassen. Zwei, drei Monate später wird er vorgeladen zum Gericht in Jerusalem oder Natanya oder sonstwo in Israel.

Ein Palästinenser, der zur gleichen Zeit, am gleichen Ort dieselbe Tat verübt hat, wird verhaftet, vom Geheimdienst verhört, ins Gefängnis geworfen für mindestens 18 Wochen ohne Rechtsvertreter und ohne das Recht, seine Familie zu sehen. Später wird er zu einem Militärgericht in den besetzten Gebieten geschafft, einem Gericht, dessen Ankläger ein Armeeangehöriger ist, wie auch der Richter. Er wird nicht auf Kaution vorübergehend freigelassen, denn diese Möglichkeit besteht nicht für Palästinenser. Er wird zu mindestens drei bis vier Monaten Gefängnis verurteilt, plus einer enormen Geldstrafe. Die Israelis denken, daß die Palästinenser durch hohe Geldstrafen am besten zu knebeln sind. Diese Idee rührt noch aus der britischen Mandatszeit her, als die Briten dachten, so die jüdischen Widerstandskämpfer klein kriegen zu können. Dieser offene Rassismus vollzieht sich Tag für Tag.

Siedler, die Tag für Tag Palästinenser erschießen, werden, wenn überhaupt unter Anklage gestellt, verhört und wenn verhört manchmal verurteilt und wenn verurteilt dann aufgrund des Deliktes Totschlags und niemals wegen Mord.

Obwohl ich immer wieder versuche es zu erreichen, daß meine Mandanten auf Kaution freigelassen werden, bleibe ich erfolglos. Dabei ist ihre Tat unerheblich, ob sie nun an einer Demonstration teilgenommen haben oder Steine warfen und egal wie jung sie sind. Der Siedler aber, an dessen Händen noch das Blut eines Palästinensers klebt, wird vorläufig freigelassen. Dies passiert jeden Tag — es geschah erst vorgestern wieder so im Gericht von Jerusalem.

Auf eine Art denke ich, hatten die Palästinenser zu Beginn der Besatzung ein Gefühl der Achtung, verbunden zwar mit Haß und Angst, aber sie hegten ein Gefühl der Achtung gegenüber den Israelis. Das sind die, die einen Staat haben und wir haben keinen. Die haben eine Demokratie. Es hat 20 Jahre gedauert, bis sie realisierten, daß wenn es so eine Torte gibt, Demokratie, daß vielleicht dann die israelischen Palästinenser ein paar kleine Stücke davon abbekommen, die übrig bleiben, jedoch die Palästinenser in den besetzten Gebieten auf keinen Fall etwas von der Torte abbekommen. Ich glaube, sie sind zu der Erkenntnis gekommen, daß die israelische Gerechtigkeit, wenn es sie gab und gibt, nicht für sie bestimmt ist und deshalb ihre eigene Gerechtigkeit haben müssen.

Heute ist es der Rassismus, der mich am meisten erschreckt.

Ich frage meine Freunde — und wer mein Freund ist, muß schon sehr progressiv sein —: „Würdest Du heute ein palästinensisches Kind bei Dir verstecken, wenn dies nötig ist? Ein hohes Risiko bedeutet es nicht. Du würdest nicht dafür umgebracht. Würdest Du einen palästinensischen Journalisten verstecken, der in Gefahr steht, verhaftet zu werden?" Keiner stand auf und sagte: „Ja, sicher!" Im Gegenteil. Jeder dachte über die Frage nach mit einem schlechten Gewissen, nicht in der Lage zu sein, einfach „Ja!" zu sagen.

Diese Frage rückt auf die Tagesordnung und wir stellen sie hier und dort. Im Falle von Transfers. Würde es einen israelischen Soldaten geben, der einen Soldaten erschießen würde, um ihn davon abzuhalten, Palästinenser auf Lastwagen zu laden? Dies ist eine relevante Frage, meine lieben Freunde!

Die Medien stürzen sich so sehr auf die „Seele" der Israelis.

Was bedeutet die Volkserhebung für den seelischen Zustand der Israelis? Journalisten sehen eine Szene, in der ein palästinensisches Kind fast zu Tode geprügelt wird und gehen zum nächsten Soldaten mit dem Mikrophon in er Hand und fragen: „Was bewirkt dieses Geschehen für Dich?" Ich befürchte, daß es die israelische „Seele" nur wenig berührt. Dies mußte ich erstmals während der Volkserhebung realisieren. Ein israelischer Soldat, der heute in den besetzten Gebieten seinen Dienst tut, nimmt von sich selbst an, ein Held zu sein, wenn er nicht an diesem Festival des Schlagens von Kindern teilnimmt. Während seine Kameraden vor seinen Augen Kinder verprügeln, fühlt er, daß es gut ist, nicht mitzutun. Ich habe desöfteren von Soldaten gehört, die sich in Busse flüchteten, um die schrecklichen Szenen nicht mehr sehen zu müssen. Ich habe aber nicht einmal davon gehört, daß ein Soldat die schrecklichen Geschehen durch sein Eingreifen verhindern wollte, auch wenn dies für ihn Konsequenzen davontrüge.

Mit Eingreifen meine ich nicht, Hingehen und sagen: „He, was ihr da tut ist nicht schön!", aber es aktiv und physisch zu verhindern. Wir sprechen von Soldaten, die erst nachdem sie ihren Reservedienst in den besetzten Gebieten abgeleistet haben, auftraten mit der Anklage, sie fühlten sich schlecht aufgrund dessen, was passiere.

Wir sprechen über eine Situation in Israel, dem einzigen Land in der westlichen Welt, das die Folter legalisiert hat. Es gab ein Untersuchungskomitee, das die Aufgabe hatte, den Geheimdienst zu untersuchen, seine Vernehmungsmethoden und die Art seiner Gerichtsverfahren. Dieses Komitee kam zu dem Schluß, daß Folter und Mißhandlungen an Palästinensern als Vernehmungsmethode angewandt wurden. Sie kamen zu dem Schluß, daß der Geheimdienst die Gerichte bewußt betrogen und belogen hatte, als er leugnete, Folter anzuwenden. Und dann erklärte der Ausschuß, daß 1. kein Sicherheitsbeamter die Gerichte belügen dürfe. 2. gemäßigter physischer Druck während der Vernehmungen unumgänglich sei. Es gibt nun eine Liste von dem, was an körperlichen Eingriffen während der Vernehmungen erlaubt ist. Ich habe diese Liste nie zu Gesicht bekommen, aber ich kann aufgrund dessen, was meine Mandanten mir klagen, lebhaft vorstellen, was sie beinhalten.

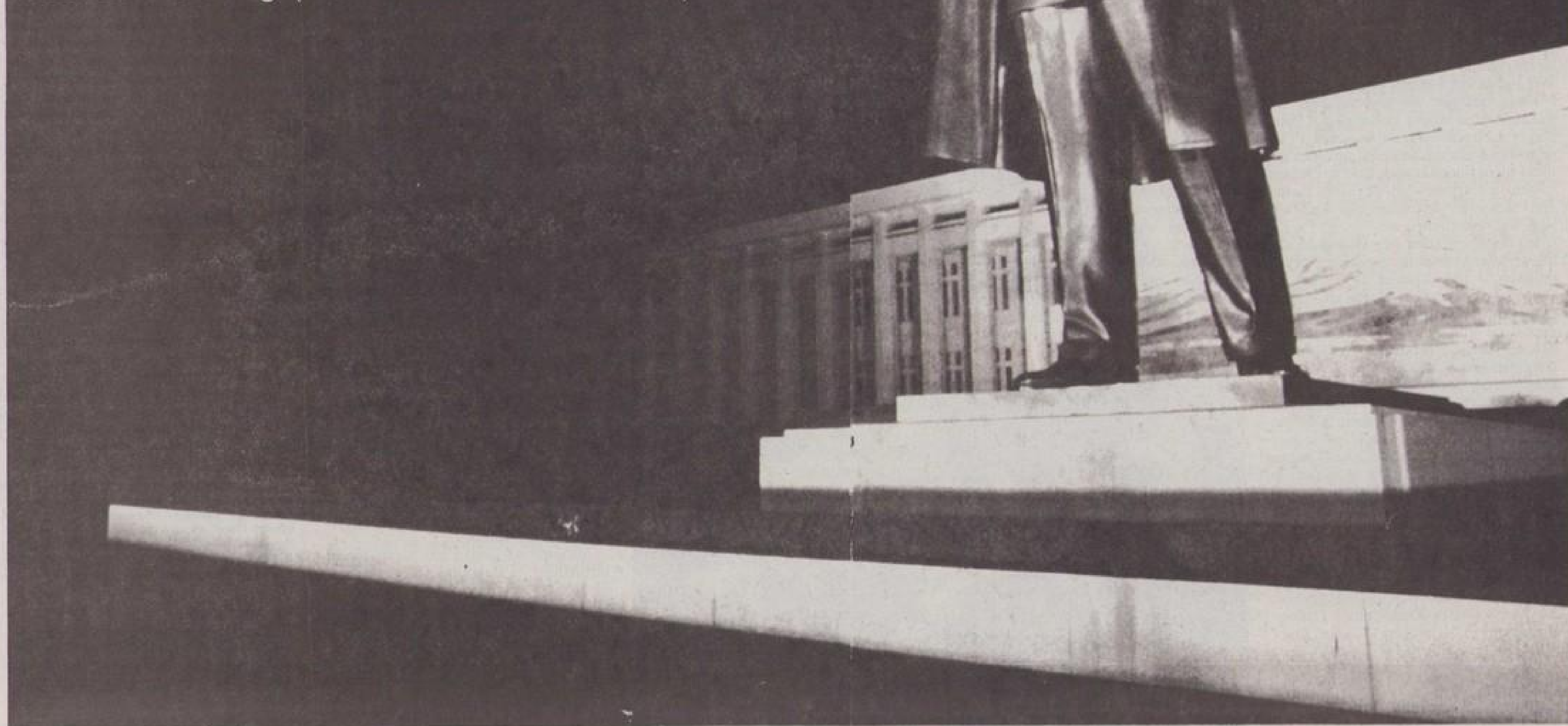
Dies ist die Situation heute und ich wünschte, ich könnte Uri Avneris Optimismus teilen. Ich bin von Natur aus ein sehr optimistischer Mensch. Zu diesem Zeitpunkt rührt meine einzige Hoffnung aus der palästinensischen Volkserhebung her.

Der Vortrag von Lea Tsemel ist entnommen der Dokumentation zur Tagung „Israelisch-palästinensischer Dialog — Perspektiven für die Zukunft" (Westberlin, 4. Juni 1988). Die Dokumentation mit allen Vorträgen der Tagung ist für DM 10.- (einschl. Versand) zu beziehen über: Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz e.V., Zeughofstr. 20, 1000 Westberlin 36.

Nordkorea

Halbierte Wahrheiten, museale Realitäten

Rainer Werning (Korea-Informationsstelle)



„Eine Gruppe von Kindern amüsiert sich am Rande einer Seouler Hauptstraße. Sie umspringen einen Spielautomaten, hauen mit einem Gummihammer auf Pilze, die aus dem Boden zu wachsen scheinen. Bei jedem Treffer stöhnt es im Apparat auf, und der Pilz versinkt wieder im Boden. Tritt der Betrachter näher, sieht er, daß nicht Pilze, sondern häßlich-graue Maulwürfe ihren Kopf hochstecken, und sie sind durch einen roten Stern auf der Stirn als kommunistische Wühlagenten gekennzeichnet, die durch gezielte Hammerschläge auf den Kopf von den johlenden Kindern in ihre Löcher zurückgetrieben werden.

‚Nordkoreanischer Spion, stell dich! Du hast keine Chance!', so lautet das Transparent, das seit Jahren über die kleine Vorortstraße gespannt ist. Überall, in den U-Bahnen, im Bus, in den Kneipen, in allen Büros begegnet der Blick dem kleinen Hinweisschild mit der Aufforderung, verdächtige Personen zu melden; Telefonnummern sind aufgeführt, und riesige Geldsummen sind angegeben, die dem Glücklichen winken, der wirklich einen Spion zu enttarnen hilft.

Jeder Schüler zwischen zehn und zwölf bekommt in den südkoreanischen Schulen den Film mit dem Titel ‚Ich hasse die kommunistische Partei' zu sehen. In diesem Film geht es um einen Angriff eines nordkoreanischen Überfallkommandos auf ein abgelegenes Bergdorf. Die Soldaten schleichen sich im Schutz der Dunkelheit in einzelne Häuser ein und nehmen die Bewohner gefangen. In einem der Häuser beginnen sie ein Gespräch. Sie schildern das Leben im Norden und seine Vorzüge. Ein etwa zwölfjähriger Junge will das alles nicht hören und ruft immer wieder: Kotschi Mal — Lüge. Auch als sie ihm androhen, seine Zunge abzuschneiden, bleibt er nicht still. Sie machen ihre Drohung wahr, schneiden seine Zunge ab und zerschmettern schließlich seinen Kopf mit einem großen Felsbrocken. Als seine kleine Schwester daraufhin hysterisch zu schreien beginnt, wird sie an die Wand geworfen — schließlich ist die ganze Familie tot. Diese letzten Szenen werden detailliert gezeigt. Auch wenn der sonstige Inhalt des Films im Gedächtnis zu verblassen beginnt, diese Szenen bleiben haften und mit ihnen die Assoziation: Kommunisten schrecken auch nicht vor Kindermord zurück.

Schon den Kleinsten wird in nationalistischen Comics klargemacht, daß im Norden rote Teufel herrschen, die unablässigt Böses ersinnen und die deshalb mit allen Mitteln in Schach gehalten werden müssen. Alle männlichen Jugendlichen werden 30 Monate lang im Militär antikommunistisch indoktriniert; um innerhalb der Gefreitenränge befördert zu werden, müssen die jungen Soldaten Aufsätze abliefern, in denen sie entweder die Befreiungstheologie oder die Dependenztheorie ‚widerlegen'. Tagtäglich wird die Gefahr aus dem Norden beschworen: Wenn die Nordkoreaner am Han-Fluß, der nach Süden weiterfließt, einen Stausee für ein Wasserkraftwerk bauen, dann wird das im Süden sofort als tödliche Bedrohung interpretiert: Wenn in etlichen Jahren die Staumauer errichtet und das Wasser aufgefangen sein sollte, dann könnten die Nordkoreaner die selbstgebaute Mauer sprengen und so die Millionenstadt im Süden, Seoul, in den Wasserfluten versinken lassen. Es wird also allen Ernstes der Bau einer riesigen Abwehr Staumauer beschlossen und das Geld dafür zusammengetrieben: Jeder Grundschüler hat etwa zwei Mark, jeder Mittelschüler drei Mark und jeder Oberschüler fünf Mark zu geben, ganz ‚freiwillig' natürlich; die großen Firmen spenden Millionenbeträge, ‚freiwillig', versteht sich."

Aphoristisches

So beschreibt Dr. Wolfgang Kröger, ein feinfühliger Beobachter des südlichen Teils der koreanischen Halbinsel und langjähriger Lehrbeauftragter an Seouls renommierter *Hanshin*-Universität, ein phantastisches Stück erlebten Alltags. Als schlechten Bubenstreich könnte man es abtun, wären es lediglich „johlende Kinder", die sich daran ergötzen, „häßlich-graue Maulwürfe in ihre Löcher zurückzutreiben"; kindliche Un-Schuld ist bekanntlich verzeihbar. Mehr noch für Erwachsene ist Nordkorea geblieben, was es seit seiner Staatsgründung als *Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK)* am 9. September 1948 war — eine „Ausgeburt des Diabolischen". Das meint nicht nur terra incognita. Unbekanntem, sofern ideell erwünscht oder materiell profitabel, ließe sich immerhin nähern. Da hat man es gar, Jahre nach der Staatsgründung der DVRK, verstanden, den Eingeborenen Neuguineas den Geschmack an Menschenfleisch zu vergällen und ihnen anstelle von Steinäxten eiserne Haumesser in die Hand zu drücken — von der Ent-Kanibalisierung und domestizierenden Wirkung der ihnen ebenfalls schmackhaft gemachten (Papier)Geldwirtschaft ganz zu schweigen. Ein Versuch, sich Unbekanntem zu nähern, wiese in einem zweiten Schritt vieles als idiosynkratisch aus und trüge — möglicherweise — zur Revision vorgefaßter Ansichten bei. Schließlich stünde es gut um die Chance, das entsprechende Thema diskussionswürdig und es sich damit zumindest teilweise zu eigen zu machen.

Für alle diese Unterlassungen ist die DVRK ein Musterbeispiel geblieben. „Rote Dynastie", „staatsterroristisches Regime an der Macht", „der letzte Gulag", „Hort internationaler Verschwörung" — dies sind nur wenige und bereits abgeschwächte Varianten gängiger Vor-Verurteilungen, wenn vom „Staat des roten Tyrannen Kim Il Sung" am äußersten Südostzipfel die Rede ist. Die „dunkle asiatische Seele", die „orientalische Despotie" — ist sie nicht dort eigentlich verwurzelt und heimisch?

Was die DVRK in den internationalen Medien, so sie sich ihrer überhaupt annehmen, zum besonderen Ärgernis macht, ist die Zähigkeit, mit der sie sich nun schon vier Jahrzehnte in scheinbar monolithischer Geschlossenheit behauptet und etliche Regime im südlichen Teilstaat der Republik Korea überdauerte. Für die Medien ist die DVRK sozusagen ein Dauerärgernis — im Gegensatz z.B. zu den Episoden der Kulturrevolution in der Volksrepublik China (Mitte der 60er bis Mitte der 70er Jahre) und der Herrschaft des „Steinzeitkommunisten Pol Pot" im Kampuchea der ausklingenden 70er Jahre. Das China Deng Xiaopings ist nach dem Tode Mao Zedongs „kalkulierbar" geworden. Und die Regierung des provietnamesischen Heng Samrin in Phnom Penh signalisierte ihren Übergangscharakter spätestens durch die seit dem 25. Juli 1988 im indonesischen Bogor aufgenommenen direkten Kontakte zur widerständlerischen Dreierkoalition aus Royalisten, Nationalisten und den Roten Khmer.

Ge- und verschlossen präsentiert sich demgegenüber noch immer die DVRK. Offensichtlich kulminierte südkoreanisches und westliches Wunschdenken Ende 1986 in der „Ente", Nordkoreas Staats- und Parteichef *Kim Il Sung* sei gestorben bzw. einem Komplott zum Opfer gefallen. Das Bonmot des Satirikers — „Jede Nachricht über meinen Tod ist maßlos übertrieben" — dürfte seinerzeit in Pjöngjang neuerlich Gefallen gefunden, keineswegs aber politisch als niedliches Aperçu gegolten haben.

Geschichtliches

Im Kräftefeld der Regionalpolitik des letzten Jahrhunderts geriet Korea buchstäblich unter die Räder. Mit einem Wechselspiel aus diplomatischer Avance, politischer Erpressung und militärischen Interventionen versuchten China, Rußland und Japan, sich des Einsiedler-Königreichs, wie Korea lange genannt wurde, zu bemächtigen. In diesem Kolonialschacher erwies sich Japan als lachender Dritter; 1905 kam Korea unter die „Schutzherrschaft" des *Tenno*, um fünf Jahre später bis 1945 als direkte Kolonie unter dem Firmament der „aufgehenden Sonne" zu verbleiben. Derart brutal und durchgreifend war diese Kolonialisierung, daß sie in die feinsten kapillarischen Verästelungen der „koreanischen Seele" eindrang und sie sich gefügig machte. Koreanisch zu sprechen wurde verboten, Zuwiderhandlungen mit Schwerststrafe geahndet. Verständlich, daß der Fall des japanischen Imperiums zuvörderst in Korea Begeisterung und Neuordnungseuphorien auslöste. Die antizipierte Freiheit wurde indes von einer Befriedung unterlaufen, an der die beiden großen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, wiewohl in unterschiedlichem Maße, beteiligt waren.

Zwischen 1943 und 1945 hatte der amerikanische Präsident Roosevelt auf mehreren Konferenzen der Alliierten die Forderung erhoben, Korea nach dem Sieg über Japan für einige Zeit („vielleicht 40 Jahre") unter internationale Treuhandherrschaft zu stellen. Auf diese Weise könnten die Koreaner, so Roosevelt, „allmählich an die Unabhängigkeit" herangeführt werden — „übersehend", daß sie sich 1.300 Jahre als Königreich selbst regiert hatten! Trotz von Stalin und Churchill formulierter Einwände bekräftigte die Potsdamer Konferenz am 26. Juli 1945, daß Korea erst „im Laufe der Zeit Freiheit und Unabhängigkeit" erhalten sollte.

Mit der Kapitulation Japans konnten erstmalig die im Lande operierenden *Volkskomitees* offen auftreten und sich als genuine Träger eines demokratischen Neubeginns erweisen. Gestützt wurden diese Volkskomitees von Personen, Verbänden und politischen Parteien unterschiedlichster Couleur. Nationalisten, sozialdemokratisch orientierte Strömungen und Anhänger religiöser Gruppen waren in ihnen ebenso aktiv wie Kommunisten. Als einendes Band diente das Bestreben, die Unabhängigkeit Koreas wiederherzustellen und die unter dem japanischen Kolonialjoch geschlagenen Wunden zu heilen. Das hieß u.a. auch, die Macht der während der *Yi-Dynastie* (1392-1910) dem König und später dem Tenno zu Diensten bereite einheimische, sich aus der landbesitzenden Gentry rekrutierende Beamtenklasse, der *Yangban*, zu brechen. Für letztere erwies sich die Anlandung amerikanischer Truppenkontingente in den frühen Septembertagen des Jahres 1945 als Segen.

Gemäß den amerikanisch-sowjetischen Vereinbarungen zur Gestaltung des nachkolonialen Korea sollte die UdSSR im nördlichen und die USA im südlichen Landesteil die Demobilisierung der japanischen Kriegsmaschinerie überwachen. Der 38. Breitengrad galt damals lediglich als eine Art künstliche Trennlinie zwischen den Siegermächten. Enthielt sich die Sowjetunion bis auf die Stützung der Partisanenfraktion um Kim Il Sung weitgehend der unmittelbaren Einmischung in die Politik der Volkskomitees, so wurden diese von den amerikanischen Truppen faktisch als „outlaws" behandelt. Begleitet war das Verbot dieser Komitees im Süden von einem imperialen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Schachzug; nach langjährigem Aufenthalt in den USA wurde *Dr. Syngman Rhee* nach Korea ausgeflogen und, obgleich mit dem „American Way of Life" weitaus vertrauter als mit den koreanischen Nachkriegsrealitäten, zum politischen Bezugspunkt hochstilisiert. Daß Rhee die Interessen der mit den Japanern kollaborierenden Kräfte der Vergangenheit vertrat, wog schwer genug. Daß er seitens der *Amerikanischen Militärregierung in Korea (USAMGIK)* zusätzlich die politische Alternative verkörpern sollte, mußte unter dem Großteil der Koreaner zu Recht als Affront gelten. Freilich zu einem späteren Zeitpunkt, mochten denn auch selbst einstige USAMGIK-Mitglieder ihre Kritik an dieser Praxis nicht verhehlen. In ihrer politischen Tragweite bedeutete sie so viel, als hätte man Leute vom Schlage eines Vidkun Quisling, wenngleich nicht direkt, so doch über den Umweg eines Strohmanns zu Macht und Pfründen verholfen.

Martialisches

Die Bauern waren die Hauptleidtragenden der japanischen Kolonialherrschaft gewesen, was sich u.a. in der extrem ungleichen Bodenverteilung widerspiegelte. Während des Zweiten Weltkrieges (1943) kontrollierten allein im Norden knapp vier Prozent der Bevölkerung ca. 60 Prozent der Anbaufläche. Nicht wesentlich anders sah es im Süden, der eigentlichen Reiskammer des Landes, aus. Prüfstein und Kernpunkt einer wirklichen sozialen und politischen Neuerung war demnach eine Landreform in Verbindung mit der Wiederbelebung traditionell gepflegter Gegenseitigkeitshilfen in den Dorfgemeinschaften. Als deren Träger kamen einzig die Volkskomitees in Frage, auf deren Initiative im Frühjahr 1946 die Provisorische Regierung Nordkoreas die entschädigungslose Enteignung allen Bodenbesitzes über 5 Chongbo (ca. 5 ha) und dessen gleichzeitige privatrechtliche Übertragung an Kleinbauern, landlose Arbeiter und Pächter durchsetzte. Im Vergleich zu ähnlich drastischen Einschnitten in anderen Ländern handelte es sich dabei um eine äußerst populäre und ohne große Friktionen verlaufende Maßnahme. Die japanischen Grundbesitzer existierten ja nicht mehr und die lokale Großgrundbesitzer-Elite setzte sich in den für sie sichereren Süden ab, sofern sie nicht schon dort als „absentee landlords" lebte.

Im Süden hingegen blieb eine vergleichbare Reform nicht nur aus. Stimmen dafür galten als „Störung der öffentlichen Ordnung", wenn nicht als „subversiv". Mit der wirtschaftlichen Kontinuität blieb der von den Japanern dem Land aufgepfropfte politisch-administrativ-militärische Komplex intakt und ward fortan in das amerikanische Herrschaftskalkül einbezogen. Daß eine Auseinanderentwicklung im ökonomischen Bereich, so die allgemeine Befürchtung der Nationalisten, auch eine Dynamik zur politischen Abgrenzung freisetzen würde, bewahrheitete sich rascher als vielleicht erwartet. Trotz mehrfacher gesamtkoreanischer Versammlungen, zu denen sämtliche gesellschaftlich relevanten Kräfte ihre Repräsentanten entsandt hatten, praktizierten die USA eine letztlich in ihrem Sinne durchschlagende Doppelstrategie: mittels Wahlen und harter innenpolitischer Repression (z.B. Verbot der Gewerkschaftsbewegung, Niederknüppeln von Streiks und Protestdemonstrationen) war bis 1948 ein Status quo geschaffen worden, der anstelle postkolonialer Unabhängigkeit eine neokoloniale Separierung des Landes begünstigte. Die Gründung der *Republik Korea (15. August)* südlich und der *DVRK (9. September)* nördlich des 38. Breitengrades war die Konsequenz, deren martialische Seite der im Juni 1950 begonnene und drei Jahre auf beiden Seiten erbittert geführte Korea-Krieg bildete.

Zwar hatten die Sowjetunion und die USA ihre Truppen 1948 bzw. 1949 aus Korea abgezogen, doch durch eine besondere Art Hinterlassenschaft, diesseits und jenseits des 38. Breitengrads aufgepäppelte Militärs, wuchs die Gefahr einer Nord-Süd-Konfrontation. Begriff sich Syngman Rhee, der Präsident von Washingtons Gnaden, als „Vorposten der Freiheit", so sah sich sein — allerdings in
shingtons Gnaden, als „Vorposten der Freiheit", so sah sich sein — allerdings in
ungleich geringerem Maße von der Sowjetunion unterstützter — Gegenspieler Kim Il Sung als Führer des „revolutionären Hinterlandes". Für sich und seine Regierung reklamierte Kim das exklusive Recht, „das ganze Vaterland zu befreien".

Mit der Eskalation des Kalten Krieges im Weltmaßstab und der am 1. Oktober 1949 erkämpften Unabhängigkeit Chinas und der Proklamierung der Volksrepublik durch Mao Zedong spekulierte Rhee zu Recht auf die gewachsene Bedeutung seines Landes für das strategische Bestreben Washingtons, seinen damals im Entstehen begriffenen antikommunistischen Einkreisungsgürtel (gegen die Sowjetunion und VR China gerichtet) an der „Ostflanke" zu schließen. Mit gleichsam gutem Grunde konnte Rhee daraus schlußfolgern, langfristig und in größerem Umfang von den USA politischen und finanziellen Flankenschutz zu erhalten. Vor diesem Hintergrund und nach Seoul-Besuchen mehrerer hochrangiger US-Politiker wird verständlich, warum Rhee vor dem Juni 1950 öffentlich (u.a. auch im amerikanischen Fernsehen) mit dem „Marsch gen Norden" prahlte — eine Drohung, der militärische Aktionen entlang des 38. Breitengrades ebenso folgten wie nadelstichige Grenzprovokationen seitens des Nordens.

Der *Korea-Krieg (25. Juni 1950 — 27. Juli 1953)*, der erste „heiße" Krieg in der Phase des Kalten Krieges, war der von beiden Seiten gewaltsam unternommene Versuch, die von außen oktroyierte Teilung jeweils in ihrem Sinne zu revidieren und das wiederherzustellen, was selbst in der finsteren Kolonialära außer Frage gestanden hatte und unangetastet geblieben war — die Einheit des Landes. In diesem Sinne begann der Konflikt als ein Bürgerkrieg, der, je länger er sich hinzog, durch die Entsendung von US- und UN-Truppen zur Unterstützung Seouls und das Eingreifen chinesischer „Freiwilligenverbände" an der Seite Pjöngjangs internationalisiert wurde. Mit verheerenden, bis heute nachwirkenden Folgen.

Nordkorea habe diesen Krieg als „großangelegte Invasion", gar als „Eroberungsfeldzug" vom Zaun gebrochen, um sich des gesamten Landes zu bemächtigen — lautet(e) die seit dem Kriegsende und im Kontext einer verhärteten Ost-West-Blockkonfrontation zählebigste „westliche" Zweckbehauptung. Immerhin ließ sich damit Politik machen und beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland eine zügige und umfangreiche Wiederaufrüstung legitimieren. Außerdem unterstellte eine solche Zweckbehauptung die Möglichkeit einer „Auto-Invasion", wonach ein (dazu widerrechtlich besetztes) Land sich angeblich selbst eroberte. In der Frühphase des Vietnam-Krieges wurde ähnlich argumentiert. Dort allerdings fiel spätestens mit der Niederlage der USA (1975) die Legende von der „Invasion des Nordens in den Süden" wie ein Kartenhaus in sich zusammen — nurmehr ideologische Trümmer zurücklassend.

Gleichermaßen porös ist die „östliche" Interpretation des Korea-Krieges als „US-imperialistischer Aggression". Als westliche Führungs- und seinerzeit potenteste Militärmacht wäre der USA (in Korea bereits zwischen 1945 und 1950 eine imperiale Macht) wohl kaum eine dermaßen dilettantische Kriegsplanung unterlaufen, die der gegnerischen Seite ein müheloses Vorrücken bis nahe der südlichen Hafenstadt Pusan gestattete. Selbst ohne die wahrgemachte Drohung des Oberkommandierenden der US-Streitkräfte, Douglas MacArthurs, die an Nordkorea grenzenden chinesischen Städte durch den Einsatz von Atombomben zu „pulverisieren", hinterließ der Krieg ein grausames Trümmerfeld. Nicht mehr als drei Gebäude sollen allein in Pjöngjang halbwegs unversehrt geblieben sein — von der zwischen Nord und Süd aufgerissenen Kluft, Entfremdung und erbitterten Verfeindung ganz zu schweigen!

Abschottung als Besinnung auf Traditionelles?

Ungleich intensiver als der Süden, der sein Nachkriegs-„Heil" in der engen Bindung an den Westen suchte und fand, verstärkte dieser Krieg die latenten Xenophobien der nordkoreanischen Führung. Höchstwahrscheinlich dürften die historischen Erfahrungen, die Korea während des letzten Jahrhunderts als Spielball von Großmachtinteressen zu durchlaufen genötigt wurde, ausschlaggebend gewesen sein, sich — dazu mit einer relativ guten Ressourcenausstattung versehen — wesentlich auf die eigenen Kräfte zu besinnen. Was mochte näher gelegen haben, als im Sinne eines so verstandenen und politisch (über)lebensfähigen Neubeginns in das traditionelle Erbe (vor allem und gerade den Neo-Konfuzianismus als gesellschaftliches Ordnungsprinzip) die im langjährigen Partisanenkrieg entwickelten sozialphilosophischen Visionen von einer egalitären Gesellschaft einzuweben? Das vermöchte zumindest *eine* Erklärung dafür zu liefern, daß mit der Machtkonsolidierung/Herrschaftsstabilisierung der Führung außenpolitisch selbst eine Äquidistanz zu den großen Brüdern (sprich: die Sowjetunion und die VR China) *und* innenpolitisch weitreichende Sozialreformen inklusive wirtschaftlicher Verbesserungen einhergingen. Vielleicht auch entschlüsselte sich aus dieser Perspektive das quasi-rituelle „Dschutsche"-Konstrukt — „das selbständige Verwalten des eigenen Hauses" —, das mit Hierarchisierung viel, mit Marxismus wenig und dem idealisierten Staat als normierender Sachwalter individuellen Wohlbefindens einiges zu tun hat.

Ein solches Konstrukt präsentiert sich als real geschaffen, klagt allgegenwärtig seine Monumentalität ein und erheischt fortwährendes Konservieren und Dokumentieren. Dies ist meine — zweifelsfrei gefärbte — Wahrnehmung der Volksrepublik: eine epische Landschaft, gutgekleidete und — genährte Menschen, durchdrungen mit dem berechtigten Stolz, sozial Beachtliches und architektonisch Gigantomanisches geschaffen zu haben, und penibel aufgeräumte (mitunter nach vorbildlich ökologischen Gesichtspunkten arrangierte) Städte, die sich — fürs Auge sichtbar — gleich zweierlei „Luxus" leisten: zackig gestikulierende Verkehrspolitessen auf nahezu auto- und fahrradlosen Straßen *und* nicht vorhandenes (oder außerhalb Sichtweite verfrachtetes?!) Elend. Schließlich die auffällig postierten Büsten und Statuen Kim Il Sungs, die Triumpfbögen und die schier unzähligen Museen. So sehr sie die gesellschaftliche Realität mit ihren Fixsternen Kim Il Sung und dessen Sohn, Kim Jong Il, spiegeln, so sehr zeigt sich die soziale Wirklichkeit gegenüber dem (westlichen) Außenstehenden als museal! Ob aus dieser Spannung eine Dynamik zur Anpassung an gewandelte interne Verhältnisse und außenpolitische Neukonstellationen erwächst, wird sich wohl erst noch zeigen müssen.

Apologetisches

Es gibt SchriftstellerInnen, PublizistInnen und JournalistInnen, die, schreiben sie einmal über ein ihnen fremdes Land, dem Leser mehr über sich selbst als über „das Objekt" ihrer Neugierde bzw. Recherche mitteilen. Das kann mitunter glanzvoll enden. Nicht selten aber hinterläßt es feingesponnene oder grobmaschige Urteile, Vorurteile und/oder Verdammungen.

Letztere sind gerade über Nordkorea so üppig gesät — dazu noch pikanterweise von Leuten vorgetragen, die niemals einen Fuß in die Volksrepublik setzten —, daß man umso gespannter jenen Stimmen zu lauschen gewillt ist, die da auffällig gegen den Strich bürsten.

Eine dieser Stimmen ist die — geschätzte — Schriftstellerin Luise Rinser, deren „Nordkoreanisches Reisetagebuch" (Frankfurt/M.) bei uns mehrere Auflagen erlebte und mittlerweile auch in Südkorea geradezu verschlungen wird. Ihre Message ist frappierend: die Volksrepublik ist portraitiert als Inbegriff etatistischer Tugend, als eine von urkommunistischem Gedankengut beseelte Großfamilie, die nicht nur das sauberste Wasser trinkt und die klarste Luft atmet, sondern — man staune — keine bzw. so gut wie keine (politischen) Gefangenen kennt. In Anwandlungen pietistischen Politisierens oder politischen Pietismus scheint in ihrem Buch ein Nordkorea-Bild auf, das den hiesigen Leser als bemitleidenswertes Opfer eines immensen Sündenfalls des jeweiligen Staates, in dem er lebt, wahr-
Opfer eines immensen Sündenfalls des jeweiligen Staates, in dem er lebt, wahr-
nimmt — und zurückläßt.

Anders dagegen der mit Karl Kraus und Max Adler gleichermaßen vertraute Politologe und Sozialphilosoph Alfred Pfabigan, der 1986 ein Opus mit dem aufmunternden Titel „Schlaflos in Pjöngjang" (Wien/München) und dem noch mehr aufrüttelnden Untertitel „Vom gescheiterten Versuch, einen skeptischen Europäer zu einem Mitglied der Großen Roten Familie zu machen" veröffentlichte. Der Autor, Österreicher und domiziliert in dessen Metropole Wien, genoß das (retrospektiv würde er hinzusetzen: zweifelhafte) Privileg, im Rahmen eines mehrwöchigen Nordkorea-Besuchs am „Dschutsche-Institut" — worunter, ganz unprätentiös, eine fünfsternige ideologische Kaderschmiede zu verstehen ist — in die koreanische Variante des Marxismus-Leninismus eingewiesen zu werden. Die traumatischen Erlebnisse dieser weiten Reise um den Globus und die archäologische Akribie, mit der er seine eigenen Wahrnehmungen sowie diejenigen seiner Gastgeber freischaufelt, entsprechen streckenweise einem Stück philosophischer Kriminalistik.

Als wesentlich erscheint dem Wiener die Auseinandersetzung mit der Omnipräsenz dessen, was er „Text" nennt. Demnach ist die Volksrepublik (nur) ein Text, der den sozialen Umstrukturierungsprozeß seit 1945 begleitet, kommentiert und — sichtbarster Leistung staatlicher Macht — seine Organisationsprinzipien festlegt. „Indem der ‚Text' eine geschlossene Welt schafft", so Pfabigan, „in der sich alles aufeinander bezieht, erfüllt er den wichtigsten Anspruch, den er sich selbst gestellt hat: er ist einheitlich. Texte und Bilder versichern ständig, daß es nur sie gebe; damit dementieren sie ihren Charakter als Abbildungen und ernennen sich zur Realität. (…) Der ‚Text' legitimiert sich ähnlich wie der Führer: er behauptet von sich, ein Repräsentant zu sein, ein Ausdrucksmittel des Volkswillens. So fordert Kim Il Sung seine Zuhörer keineswegs auf, die Richtlinien der Partei zu befolgen; nein, er erzählt von einem Gespräch mit Bauern, die ihm erklärt hätten, ‚daß man niemals fehlgehe, wenn man das befolgt, was die Partei sagt'. (…) Was das Bild zeigt, ist im ‚Text' enthalten: das Photo des Führers beim Studium zeigt ihn mit seinen selbstverfaßten Büchern". (S. 79/80)

Pfabigans Erkenntnisse relativieren sich, berücksichtigt man das „Milieu", in dem sie keimten. Er war geladen als offizieller Gast, als verhätschelter Delegierter. Und solcher Spezies widerfährt meistens ein (heim)tückisches (Miß)Geschick; sie werden auf Baldachinen getragen, abgeschottet und an Erdberührungen gehindert. Zwei Reaktionsmöglichkeiten bleiben dem so Hofierten offen: entweder genießt er, und sei es nur auf Zeit, das Außergewöhnliche seiner Normalität, oder aber er fühlt sich genasführt, ausmanövriert und instrumentalisiert. Pfabigans Buch ist ein Produkt seiner Abrechnung mit den Gastgebern und ihrer Mission, ein westeuropäisches Ich in der koreanischen „Großfamilie" einzuschmelzen, es im „Kimilsungismus" in des Wortes doppelter Bedeutung aufzuheben. Immerhin entlockt das unserem Wiener Philosophen eine delektierliche Sentenz — „Wenn der Tourismus die Fortsetzung des Kolonialismus ist, dann ist der Delegationismus seine Umkehr — die adäquate Reaktion ehedem unterdrückter Völker. Im Delegationismus ist der Fremde Objekt im vielschichtigen Spiel der einheimischen politischen Macht".
Fremde Objekt im vielschichtigen Spiel der einheimischen politischen Macht".
(S. 19)

Eben. Unser Autor hätte es wissen können — wissen müssen. Da er uns die Gründe seiner Ignoranz bei aller ansonsten scharfsinnigen Mitteilungsgabe vorenthält, drängt sich der Verdacht auf, daß hier ein Imperium zurückschlägt. Das geschieht denn auch mit hämischen Keulenschlägen. Der in und gemäß der philosophischen Kategorien des Westens geschulte Autor zelebriert die Überlegenheit des Ichs gegenüber sämtlichen Anfechtungen des Objekts bzw. von Objektivierung. Die die westliche Wissenschaft(lichkeit) angeblich auszeichnende Objektivität mit all ihren aufgeschütteten Dämmen und Deichen der Zurückhaltung und Anstandswahrung werden eingerissen. Es wird mächtig „abgeladen"; die Gastgeber werden dem Leser durch Pfabigans Feder als dilettantische Philosophen und/oder als kindliche Nachbeter des „Texts" vorgeführt. Wodurch es dem Außenstehenden erschwert wird, zu unterscheiden, wo die (stets sich selbst aufrichtende) psychische Realität des Autors aufhört und die (gleichermaßen passioniert niedergemachte) soziale Wirklichkeit des Gastlandes beginnt.

„Ein Paradoxon", so heißt es aus dem Munde eines Zen-Meisters, „ist etwas, das kopfsteht, um unsere Neugier, möglicherweise gar Begeisterung zu wekken". Beruhigend, daß es da im Jahre 1988 noch nicht „abgegraste" Länder und mit Nordkorea ein Paradoxon gibt!

Zum Weiterlesen empfohlen:

Luise Rinser, „Nordkoreanisches Reisetagebuch", Frankfurt/M. 1984 (2. Aufl.), Fischer Verlag.

Alfred Pfabigan, „Schlaflos in Pjöngjang", Wien/München 1986, Verlag Chr. Brandstätter.

Rainer Werning (Hrsg.), „Nordkorea — Annäherungen an einen Außenseiter: Berichte und Analysen", Frankfurt/M. 1988, isp-Verlag.

Altes Gepäck — vorolympisch geschnürt
Durchbruch bei den Nord-Süd-Gesprächen?

Rainer Werning (Korea-Informationsstelle)

35 Jahre sind's her, daß mit dem Waffenstillstandsabkommen von Panmunjom der dreijährige Korea-Krieg ein Ende fand. Mehr als zwei Millionen Tote hatte dieser erste „heiße Krieg" in der Phase des Kalten Krieges zurückgelassen. Mehr noch: Er vertiefte die Kluft zwischen den sich seitdem aufs bitterste bekämpfenden Brüdern — der Republik Korea (Südkorea) und der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea). Unterzeichnet wurde das Abkommen zwischen der DVRK und den Vereinigten Staaten. Das damalige südkoreanische Regime unter Syngman Rhee verweigerte seine Unterschrift unter dieses Dokument; es spekulierte darauf, doch noch den „Marsch gen Norden" zu einem späteren Zeitpunkt anzutreten. Daraus wurde nichts. Was blieb, war ein bis heute währendes labiles Gleichgewicht mit hermetisch abgeriegelten Grenzen entlang des 38. Breitengrades.

Nun signalisiert Seoul, Ausrichter der XXIV. Olympischen Sommerspiele (17. September bis 2. Oktober), sein Interesse an von Pjöngjang seit langem vorgeschlagenen Nord-Süd-Parlamentariertreffen. Kommt nun auch die koreanische Variante von Perestroika zum Zuge? Gelingt im Jahre 40 der maßgeblich von den USA erzwungenen Teilung des Landes — sozusagen als vorolympische Goodwill-Demonstration — eine Annäherung der verfeindeten Brüder? Oder handelt es sich um eine auf kurzfristige diplomatische Effekthascherei bedachte Geste, mit der man der jeweils anderen Seite ein Kuckucksei ins Nest zu legen gedenkt?

Seit dem Korea-Krieg ist eine *Konstante südkoreanischer Regierungspolitik* ein bizarrer Antikommunismus — mit der Konsequenz, daß die in der Bevölkerung nie verstummte, populäre Forderung nach Wiedervereinigung bereits als „staatsgefährdend" und „vom kommunistischen Norden gesteuert" galt und dementsprechend hart geahndet wurde. Seoul schwebte stets eine Festschreibung des Status quo vor; es ließ und läßt sich vom sogenannten „deutschen Vorbild" leiten, der Zementierung des 38. Breitengrads als Staatsgrenze zwischen der Republik Korea und der DVRK. Bekräftigt wurde dies noch wenige Tage vor Seouls Einwilligung in gemeinsame Parlamentariertreffen gegenüber Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, der Südkorea Anfang Juli einen Kurzbesuch abstattete.

Eine wesentliche *Konstante der nordkoreanischen Regierungspolitik* ist indes das Engagement für ein wiedervereinigtes Korea, wiewohl unter Anerkennung der verschiedenen Systeme und Ideologien (Konföderationskonzept). Pjöngjang hält ein „deutsches Vorbild" für abwegig. Korea, so seine Argumentation, wurde geteilt infolge ausländischer Intervention, nachdem die Kolonialmacht Japan (1910-45) abdanken mußte. Kurz: Es sieht sich als Opfer (post)kolonialen Schachers und nicht als Täter. Kein Wunder, daß die DVRK in der Frage der Wiedervereinigung wesentlich initiativ wurde und die meisten wie realistischeren Vorschläge präsentierte — immerhin seit Syngman Rhees Sturz im Jahre 1960.

Wieso also ging Seoul im „olympischen Sommer 88" auf diese langjährigen Offerten Pjöngjangs ein? Durch Präsidentschafts- und Parlamentswahl im Dezember 1987 bzw. April 1988 sah sich — freilich nicht ganz zu Unrecht — das südkoreanische Regime des Ex-Generals *Roh Tae Woo* international aufgewertet. Die desolat agierende, da zersplitterte *parlamentarische Opposition* um die beiden Galionsfiguren *Kim Dae Jung* und *Kim Young Sam* erleichterte es ihm, die politische Initiative zu ergreifen. Wichtiger noch: Von dieser zunächst einmal folgenlosen Konzession erhoffte sich Roh Tae Woo ein (und sei es nur befristetes) Paralysieren des breitgefächerten *außerparlamentarischen Widerstands*. Der nämlich hat im Sinne seines dreieinigen Programms — *Demokratie, nationale Unabhängigkeit und Wiedervereinigung* — gerade letztere in den vergangenen Monaten mit Vehemenz auf die Tagesordnung gesetzt.

Schon dreimal — 1960/61, 1972/73 und 1979/80 — zeigte Seoul in ähnlicher Form Bereitschaft zur Enteisung. Doch kurz darauf obsiegte stets ein scharfer innenpolitischer Repressionskurs. Ob diese unrühmliche Tradition nunmehr abbricht, wird sich wohl erst ab dem 2. Oktober 1988 zeigen. Dann ist Olympia passé und fernab einer kurz aufgeflackerten internationalen Publizität möglichweise wieder „business as usual" angesagt.

Rainer Werning

Literaturhinweis:

Rainer Werning (Hrsg.), „Nordkorea — Annäherungen an einen Außenseiter. Analysen, Berichte." isp-Verlag, Ffm. (Sept.) 1988, ca. 160 Seiten, ca. 17,80 DM.

Zwischen olympischem Frieden und spartanischer Waffenschau

Begegnungen besonderer Art in Seoul '88

Rainer Werning

„Harmonie und Fortschritt" lautet das here Motto, unter dem die südkoreanischen Machthaber die XXIV. Olympischen Sommerspiele (17. September — 2. Oktober) in ihrer Metropole Seoul gestellt haben. Das ist ein hoher Anspruch, mit dem die über 13.000 SportlerInnen und etwa gleich vielen internatinalen Medienvertreter in den Startlöchern zu scharren bzw. telegen und publizistisch umzugehen haben.

Herr Chung Sup Shin ist Botschafter des olympischen Gastgeberlandes, der Republik Korea, in der Bundesrepublik Deutschland. Seit nunmehr reichlich eineinhalb Jahren vertritt er in Bonn die Interessen seines Teilstaates. Im Januar dieses Jahres gab seine Exzellenz dem „großen" AK — dem in Schwäbisch Hall herausgebenen „Auslandskurier — Diplomatischen Kurier", in Selbstbescheidung kurz AK genannt — ein Interview, in dem er die Bedeutung Olympias für sein Land wie folgt herausstrich: *„Wir sind davon überzeugt"*, so Herr Chung, *„daß die Olympischen Spiele in Seoul die ersten seit den Sommerspielen 1976 in Montreal ohne Boykott sein werden. Sie werden mit einer Rekordbeteiligung der teilnehmenden Länder in die Geschichte der Olympischen Spiele eingehen. Die Spiele in Seoul haben aus zwei verschiedenen Gründen ihre ganz besondere Bedeutung. Erstens ermöglichen sie eine Begegnung von Ost und West in Asien — und dies erst zum zweiten Male in der Geschichte der olympischen Spiele; zweitens können wir nun auf der koreanischen Halbinsel ein Fest des Friedens und der Freundschaft feiern, auf der noch vor mehr als dreißig Jahren ein ideologischer Streit zu einem Krieg entflammte."*

***

Daß dieser cherubinische Diplomat äußerst gelassen gleich so viele Floskeln auf einmal hintereinanderreihte, erheischt an sich keinerlei Aufmerksamkeit. Aufmerksamkeit verdient, was diese hochdotierten Sprechblasen verschweigen. Apropos Begegnung — wer wird da wem und wie begegnen?

Das über 600.000 Mann starke südkoreanische Militär, 120.000 Nationalpolizisten, zwischen 35 und 40.000 eigens in den Wettkampfstätten postierte „Wächter" (die legendären Spitzel mit den weißen Knöpfen im Ohr) und eine mindestens 10.000 Mann umfassende „städtische Aufruhrbekämpfungs"-Einheit — eine Art „Anti-Terror-Spezialtruppe" — sind während des Reis-und-Spiele-Spektakels in höchste Alarmbereitschaft versetzt, um alles, was sich außerhalb staatlich verordneten Jubelns an möglichem Widerstand regt und muckt, flugs zu plätten.

„Harmonie" und Fortschritt

Die Polizisten, gekleidet als militärische Variante ungebetener E.T.s, tragen seit geraumer Zeit Schilde mit einer aufgemalten lächelnden Sonne — auf daß die Begegnung mit studentischen Demonstranten und streikenden Arbeitern liebevoller verläuft. Gleichsam in höchste Alarmbereitschaft versetzt ist das von 41 auf jetzt ca. 43.000 GIs aufgestockte US-amerikanische Truppenkontingent im Land. Ganz zu schweigen von Washingtons an Südkoreas Küsten beorderte Kriegsflotte. Der 73.000 Tonnen große amerikanische Flugzeugträger „Midway" ist Anfang September aus dem in der Bucht von Tokio gelegenen US-Flottenstützpunkt Yokosuka ausgelaufen, um während der Spiele — so war es bereits vor Wochen zwischen dem amerikanischen Verteidigungsminister Frank Carlucci und seinem südkoreanischen Amtskollegen Oh Ja Bok ausgeheckt worden — in koreanischen Gewässern Flagge zu zeigen. Nach Angaben amerikanischer Marinesprecher wird die „Midway" dort zusammen mit zwei weiteren Kriegsschiffen (ebenfalls in Yokosuka stationiert) einen Flottenverband bilden: dem 9.600 Tonnen großen Kreuzer „Bunker Hill" und dem 8.600 Tonnen großen Zerstörer „Fife". Beide Schiffe verfügen über Abschußvorrichtungen für Cruise Missiles, die mit nuklearen Sprengköpfen bestückt werden können.

Während der Olympiade werden die USA auch den schwimmenden Flugzeugträger „Nimitz" (81.600 Tonnen) vor Korea einsetzen, als Flaggschiff einer aus etwa zehn Kriegsschiffen bestehenden Flotte. Diese imposante Flotte begegnet dann der südkoreanischen Armada und beide genießen über sich einen olympischen Himmel, der — so eine weitere Vereinbarung zwischen Carlucci und Oh — durch intensivierte Luftraumsicherung und Spionageabwehrflüge strahlen wird.

Warum all das? Handelt es sich um ein zusätzliches, außerplanmäßiges „Team Spirit"-Manöver, das — erst kürzlich beendet — seit Mitte der 70er Jahre alljährlich nebst denn in Westeuropa durchgeführten „Reforger"-Übungen das weltweit größte seiner Art ist? Nordkorea, das die Spiele boykottiert, soll — so betonen sogenannte politische Beobachter und Militärexperten ohn' Unterlaß — von „militärischen Abenteuern" abgehalten werden. Gäbe es die Demokratische Volksrepublik im Norden des geteilten Landes nicht — sie *müßte* erfunden werden.

***

„Harmonie und Forschritt" sorgen auch für eine Begegnung mit blitzsauberen (sozial)hygienischen Verhältnissen. Während der Olympiade muß ein Großteil der in und um die Metropole Seoul konzentrierten Industriebetriebe die Produktion drosseln. Die wabernden Blechkarawanen werden um die Hälfte ausgedünnt. Universitätsgelände sollen möglichst studentenfrei sein. Nichts — kein Smog, kein chaotisches Verkehrsgewühl, kein studierender oder auch nicht studierender Student — soll die olympische Flamme über das erlaubte Maß hinaus zum Flackern bringen. Kulturelle Begegnungen zwischen den Sportlern der Welt werden sich wohl größtenteils — wie mehrfach gehabt — aufs gemeinsame Flippern im olympischen Dorf reduzieren. Wagen sie es dennoch, sich außerhalb desselben zu bewegen, so dürften ihnen sehr rasch die zahllosen Kontrollen durch noch zahlreichere Kontrolleure die Lust an spontanen Stadtbummeln vergällen.

***

Nun sei eine Sache in Erinnerung gerufen, die bei allem olympischen Quinquilieren erwähnenswert bleibt. Als Generalprobe für Olympia galten den Herrschenden des Landes die X. Asienspiele im Herbst 1986. Und die verlief immerhin so, daß — laut Regimezahlen!!! — seinerzeit gut 264.000 (!) Südkoreaner vorübergehend „aus dem Verkehr gezogen wurden". Im Klartext: Jeder 150. Einwohner (!) Südkoreas machte in jenen Herbsttagen des Jahres 1986 eine absonderliche Begegnung mit der Staatsmacht; er wurde kurzerhand außerhalb der Stadttore abgeschoben oder inhaftiert. Damals auch donnerten die Militärs und brüsteten sich mit dem Beginn einer Herkuleischen Tat — dafür Sorge zu tragen, „daß die künftige Generation des Landes fernab liberalen und kommunistischen Gedankenguts aufwächst". Mit diesen Worten nämlich hatte das Seouler Tageblatt „Chosun Ilbo" einen Regierungssprecher zitiert.

Der von alledem wußte und vieles mehr deckte, war kein Geringerer als der Ex-General und jetzige Präsident Roh Tae Woo. Er verdankte seinen Aufstieg zur Macht — u.a. über die Zwischenstationen als Innen- und Sportminister sowie als Chef des Olympischen Organisationskomitees — seinem von den USA unzeremoniell abgehalfterten Vorgänger Chun Doo Hwan. Und mit diesem teilt er ein Stigma, das die Emotionen eines Großteils der Bevölkerung noch immer aufwühlt — die zumindest indirekte Verstrickung in das im Mai 1980 verübte Massaker an der Bevölkerung der im Südwesten des Landes gegelegen Stadt Kwangju. Etwa 2.000 Menschen wurden seinerzeit von der Soldateska niedergemacht. Unvergessene Begegnungen der Bevölkerung mit „ihrer" Staatsmacht.

***

Hätte man nicht angesichts all dessen die Spiele boykottieren müssen? Nein; in diesem Falle gab und gibt es keine nennenswerte Kraft im Lande, die einer solchen Position hätte politische Schubkraft verleihen können. Aus diesem Grunde erwies sich eine puristische Boykottlinie als politisch kontraproduktiv. Stattdessen konzentrierten die bürgerlich parlamentarische Opposition sowie der außerparlamentarische Widerstand ihre Anstrengungen darauf, die Spiele unter anderen Vorzeichen — demokratischen Verhältnissen — stattfinden zu lassen. Das wiederum hätte zumindest einen *taktischen* Konsens erfordert. Der aber ging spätestens im Vorfeld der Präsidentschaftswahl (Dezember 1987) verloren, als nicht nur die auf dem Höhepunkt der letztjährigen Demonstrations- und Streikwelle mühsam geschaffene Scharniere zwischen Opposition und Widerstand durch das Auseinanderdividieren der ersteren zerbrachen, sondern die oppositionellen Parlamentarier schrittweise einen *strategischen* Konsens mit dem Regime praktizierten. Wie anders sind die zahlreichen Äußerungen der beiden Kims zu werten, sämtliche politisch brisanten und die Beziehungen zu den USA betreffenden Fragen erst nach dem 2. Oktober (dem Ende der Spiele) auf die Tagesordnung zu setzen?

Nicht genug: die beiden Kims, offensichtlich mehr an politischer Kooptation denn an Entwürfen einer sozial- und wirtschaftspolitischen Alternative bemüht, gingen gar soweit, gegen das außerparlamentarische Widerstandsspektrum (namentlich die Studentengruppen) Front zu machen. Somit verfügt das Regime über denkbar gute Karten. Unmittelbar nach dem Ende Olympias kann es offen und härter gegen einen Widerstand vorgehen, dessen innere Dynamik auch der mittlerweile domestizierten Opposition nicht geheuer ist. Zwar hat sich innerhalb des außerparlamentarischen Widerstandes in Gestalt der im Juli geschaffenen „Min-Min-Tu Ryon" (Demokratischer und Nationaler Kampf) und der „Dschyon Hak Ryon" (Union der Studenten) ein Bündnis formiert; ob es diesem glückt, den mit „frischer" internationaler Reputation ausgestatteten Kräften der Vergangenheit Konzessionen abzuringen, bleibt skeptisch abzuwarten. Zunächst freilich werden emsig Medaillen gezählt; Begegnungen mit Gold haben eben ihren besonderen Flair!

Olympialand — Modelland?

Rainer Werning (Korea-Informationsstelle)

Grundlegend für den südkoreanischen Entwicklungsweg war das Zusammenwirken spezifischer — schwerlich übertragbarer — in- wie externer Faktoren:

1. Die militärische Okkupation des südlichen Teils der Halbinsel durch die USA (1945) erfolgte mit Unterstützung einer bereits unter den Japanern kollaborationswilligen dünnen lokalen Elite, in der ein nationalbourgeoises Element so gut wie gar nicht repräsentiert war.

2. Die Ende der 40er Jahre durch Entschädigungszahlungen von den USA finanziell mitgetragene Landreform hatte nicht nur den Effekt, daß die exorbitante Pachtrate (reichlich 90 Prozent der Bauern waren zu der Zeit Voll- oder Halbpächter) gesenkt, sondern gleichzeitig eine — allerdings kurzweilige — Importsubstitution gefördert wurde.

3. In Ermangelung eigener Rohstoffe und eines aufnahmefähigen Binnenmarktes verlagerte sich das Gewicht der wirtschaftlichen Entwicklung seit Ende des Korea-Krieges auf den lukrativeren Außenhandel.

4. In diese Zeit fiel die Gründung der großen Firmenkonglomerate (Chaebol), die seitdem nicht nur in Verbindung mit ausländischem — vorwiegend amerikanischem und japanischem — Kapital aufgebaut, sondern zudem von den zur herrschenden Elite aufgestiegenen Militärs tatkräftig gefördert und geschützt wurden. Dies geschah durch direkte Weisungen (staatlich vorgegebene Planziffern beim Export) und mittelbare Maßnahmen wie z.B. durch Steuerbefreiung, selektive Importlizenzen und die Bereitstellung zinsgünstiger Darlehen.

5. Das Ende des Korea-Krieges (1953) sah Südkorea wie kein anderes Land an der Seite der USA — militärisch, politisch und ökonomisch. Die wirtschaftliche und politisch-diplomatische Stützung des Landes galt fortan als dringendes Gebot aller „freiheitliebenden" westlichen bzw. westlich-orientierten Staaten. Als Frontstaat gegen den „aggressiven kommunistischen Norden" fiel ihm eine Sonderstellung in der gesamten Region zu.

6. Die exklusive, sämtliche Lebensbereiche abdeckende Schutzmachtfunktion der USA für Südkorea wurde mit dem unter Präsident Park 1965 ausgehandelten Normalisierungsvertrag durch den „Erzfeind" Japan erweitert.

7. Als Folge dieser Entwicklung stellte sich eine extreme Abhängigkeit von den USA und Japan ein, die zwischen 1962 und 1984, also in der Hochphase der generalstabsmäßigen Exportorientierung, zusammen knapp 80 Prozent aller Direktinvestitionen im Lande tätigten und gemeinsam mit über 50 Prozent der Hauptabnehmer südkoreanischer Ausfuhrgüter sind. 1986 wies der bilaterale Handel mit Japan ein Rekordminus von ca. 6 Mrd. US-Dollar auf, wobei in der ersten Hälfte desselben Jahres allein die für die Sicherung des relativ hohen Exportniveaus notwendigen Einfuhren (Investitionsgüter, Maschinenparks, Ersatzteile und Rohstoffe) aus Japan gut 5 Mrd. US-Dollar ausmachten.

8. Es entspricht einer gleich zweifachen List der Geschichte, daß ausgerechnet die in der Ära Reagan und vom Internationalen Währungsfonds und der Weltbank so nachdrücklich beschworenen „Heilkräfte" von Entstaatlichung, Deregulierung, Marktöffnung, restriktiver Geld- und Fiskalpolitik sowie Importliberalisierung von zunehmendem Protektionismus „flankiert" wurden und Südkorea wie kein anderes Land der Erde die unmittelbare Zurichtung der Wirtschaft betrieb. Gelang es Seoul, bereits 1985 im Handel mit den USA einen Überschuß von über 4 Mrd. US-Dollar (1987 waren es gar knapp 10 Mrd. Dollar) einzufahren, so verstärkte Washington seit Juli 1986 schrittweise die Abschottung seiner Märkte für südkoreanische Textilien, Schuhe, Reifen, Fernsehgeräte u. dergl. Unter die auf Drängen der USA erwirkte Importliberalisierung und Deregulierung fallen beispielsweise erhöhte (Rind) Fleisch- und Zigarettenimporte nach Südkorea, die Öffnung des Banken- und Versicherungswesens, was Kontrollen über die notorisch unterkapitalisierten Großfirmen beträchtlich erhöhen dürfte. Zwar warnte die in Genf ansässige und sich auf Risikorecherchen von Kapitalanlagen spezialisierte „Capital intelligence" bereits im Sommer 1987 davor, daß einige der Chaebol im Falle modifizierter Kreditvergaben bzw. Kreditsperrungen wie ein Kartenhaus zusammenfallen könnten. Doch noch befindet sich das Land aufgrund der skizzierten Rahmenbedingungen — nicht zuletzt vermittels eines relativ niedrigen Dollarkurses, niedriger Zinssätze und niedriger Ölpreise — in Boomstimmung. Hatte Seouls angehäufte Auslandsschuld 1986 noch über 50 Mrd. US-Dollar betragen, so vermochte es sie vorfristig auf mittlerweile unter 40 Mrd. Dollar zu senken und spekuliert gar darauf, ab 1991 zum internationalen Gläubiger aufsteigen zu können!

9. Südkoreas Wachstum beruht auf massiven Auslandsdarlehen, importierten Technologien mit energieintensivem, überdimensioniertem (d.h. strukturell auf zusätzliche Exportsteigerung angelegtem) Zuschnitt *und* einem faktisch seit Ende des Korea-Krieges (von kurzen Perioden abgesehen) anhaltenden normalisierten Ausnahmezustand. Daß in Südkorea mit den weltweit längsten Arbeitszeiten und der höchsten Unfallquote am Arbeitsplatz noch immer keine gesetzlichen Bestimmungen über die Zahlung von Mindestlöhnen existieren, die in der Region niedrigsten Löhne gezahlt werden, freie Gewerkschaften in ihrem Entscheidungsradius eingeschnürt bleiben und fortgesetzt eine Verquickung von Militärs und McCarthyistischer Justiz die „nationale Sicherheit" erzwingt — all das hat *für das in- wie ausländische Kapital zweifellos Modellcharakter.*

10. Wie schwer diese Hypothek gleichermaßen auf der parlamentarischen, zumindest im Kern eliteorientierten Opposition und dem breitgefächerten außerparlamentarischen Widerstandspektrum lastet, hat nicht zuletzt der Amtsantritt des neuen Präsidenten und alten Generalhaudegen Roh Tae Woo demonstriert.

Ob der vorolympisch erkämpfte Freiraum (Lockerung der Pressezensur, Lohnerhöhungen, teilweise Freilassung langjährig inhaftierter politischer Gefangener und Bildung unabhängiger Gewerkschaften) über den 2. Oktober, dem Ende der Olympischen Spiele hinaus, verteidigt und erweitert werden kann, mag man wünschen. Angesichts der massiven „Sicherheitsvorkehrungen" im Vorfeld und während des Spiele-Spektakels können indes die Skeptiker gute Gründe für ein befürchtetes nacholympisches „Großreinemachen" für sich reklamieren.

Rainer Werning



Gentech: Herbstvorlese

Es kommt Bewegung ins Thema Gentechnologie. Und dies nicht nur theoretisch, sondern zunehmend praktisch. Bewegung bei den Befürwortern. Bewegung bei den Gegnern. Hier eine Übersicht über die wichtigsten laufenden Vorgänge.

F.

Beginnen wir mit einigen Daten zu Aktivitäten der Betreiberseite:

Freisetzung

Anfang April trafen sich ca. 500 WissenschaftlerInnen, Unternehmens- und VerwaltungsexpertInnen aus aller Welt in Cardiff zur *„Ersten internationalen Konferenz über die Freisetzung genetisch veränderter Organismen in die Umwelt"*, kurz *REGEM*. Hauptfinanzier: US-Multi *Monsanto* und andere Gentech-Firmen, die nahezu alle durch Vorstandsvertreter oder Wissenschaftler vertreten waren.

Ziel von REGEM 1 war offensichtlich, eine Art Asilomar 2 zu schaffen (siehe „ak" 297) und mit dem gleichen internationalen wissenschaftlichen Gewicht und mit ähnlicher Öffentlichkeitswirksamkeit, wie jene Konferenz damals vor den Folgen der Gentechnologie warnte, die Warnungen von damals jetzt als angeblich überholt zu den Akten zu legen. Obwohl alle Sachbeiträge der Konferenz deutlich machten, daß die wissenschaftlich-industrielle Gentech-Gemeinde nur sehr wenig über die Übertragung von Genen auf andere Organismen unter Freilandbedingungen weiß, sogar über Menschenversuche mit Lebendimpfstoffen in der „Dritten Welt" berichtet (und selbstverständlich verurteilt) wurde, sprach sie sich für eine Forcierung von Freisetzungsexperimenten aus. Zugleich etikettierte sie Kritiker der Gentechnologie als Vertreter eines „extrem reaktionären Standpunktes". Gemeint sind Leute wie Jeremy Rifkin, dem bisher keine „extreme Linke" auf der anderen Seite entspreche.

Noch bevor ein inzwischen vorliegender EG-Richtlinienentwurf zu Freisetzungen überhaupt diskutiert ist, hat die

auf der anderen Seite entspreche.
Noch bevor ein inzwischen vorliegender EG-Richtlinienentwurf zu Freisetzungen überhaupt diskutiert ist, hat die

belgische Firma *Plant genetic Systems N.V., PGS*, inzwischen mit zwölf Feldversuchen in fünf EG-Ländern und den USA die bisher größten Freisetzungsexperimente eingeleitet, und zwar mit Raps, Kartoffeln, Luzerne, Tabak, Tomaten und Pappeln, die gegen Insekten und Pflanzengift resistent sein sollen. Das BRD-Umweltministerium hat auf massiven Druck der Industrie, namentlich der *Hoechst AG*, den Entwurf einer neuen Abwässervorschrift mehrfach verdünnt. Die Freisetzung gentechnisch veränderter Nukleinsäuren wird in Kauf genommen. Im Juli wurde der erste Freisetzungsantrag auch in der BRD gestellt. Das *Max Planck-Institut für Züchtungsforschung in Köln* fordert die Genehmigung einer gentechnisch veränderten Petunie, und zwar sollen Petunien blühen, in die ein Maisgen eingebaut wurde. Für die BRD hat dieser Fall Schrittmachercharakter. Es gibt reichlich Einspruch. Die Ministerien lassen sich bitten, derweil amtlich bereits über die Berechtigung einer Sicherheitsabsperrung des Geländes gestritten wird. Der Katalog mit Fragen, die die Freisetzer dem Gesundheitsministerium beantworten müssen liegt noch nicht vor. Achtung: Erste Zäune nach AKW-Muster sind in Sicht!

Eile in den Laboren

Vierzehn Stunden bevor die neue Durchführungsverordnung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz in Kraft trat, wurde einer der größten gentechnischen Produktionsanlagen genehmigt. Die *Invitron GmbH*, Tochter des US-Multis *Monsanto*, hatte es eilig: Am 27. Mai beantragte sie bei der hannoverschen Gewerbeaufsicht, ihre Großlabore im *Medical Park* zu genehmigen. Acht Tage zuvor hatte das Bundeskabinett die Rechtsverordnung verabschiedet, nach der die Öffentlichkeit bei der Genehmigung solcher Anlagen beteiligt werden muß. Die Verordnung ist allerdings erst am 1. September in Kraft getreten. Pünktlich am 31. August um 10. Uhr lieferte die Stadt, was *Invitron* braucht. Die Firma will in Hannover Forschungslaboratorien aufbauen und Zellkulturen produzieren mit einer Kapazität von 2,3 Millionen Litern pro Jahr. Die GRÜNEN fordern eine Aufhebung der überstürzten Genehmigung. Der niedersächsische Umweltminister Remmers (CDU) ließ verlauten, in den Medien sei schon genug diskutiert worden, ein förmliches öffentliches Verfahren sei nicht nötig.

Der seit längerem durch Bürgereinspruch blockierte Beginn der gentechnischen Insulin-Produktion der *Hoechst AG* soll jetzt möglich werden: Im Juli wurde der Sofortvollzug für die Genehmigung der Insulin-Anlage vom Regierungspräsidenten in Darmstadt angeordnet. Der hessische Umweltminister Karlheinz Weimar bestätigte der *Hoechst AG* jetzt, daß damit die letzte Teilgenehmigung für die gesamte Versuchsanlage erteilt sei. Für die *Hoechst*-Tochter, Beringwerke, wurde parallel dazu bereits im März die gentechnische Produktion von *Erytropoetin*, des Wirkstoffs zur Bildung roter Blutkörperchen, nach Paragraph 19 des Immissionsschutzgesetzes, d.h. ohne öffentliches Genehmigungsverfahren, beantragt. Die Gruppe „Hoechster Schnüffler und Maagucker" will aber nicht aufgeben. Sie klagt gegen den Sofortvollzug bei *Hoechst* und eine das Genehmigungs-

antragt. Die Gruppe „Hoechster Schnüffler und Maagucker" will aber nicht aufgeben. Sie klagt gegen den Sofortvollzug bei *Hoechst* und eine das Genehmigungs-

verfahren der *Behringwerke*.

In einem Gemeinschaftsunternehmen der Stadt Westberlin und der *Schering AG*, dem neuen *Institut für Genbiologische Forschung Berlin GMBH (IGF)*, arbeiten seit Juni zehn Forschergruppen an molekular- und zellbiologischer Grundlagenforschung, die unter anderem auf gentechnische Veränderung von Getreide und Hülsenfrüchten zielt. *Schering* hat eine Option auf die kommerzielle Verwertung aller Forschungsergebnisse. Das im Februar gegründete „Schering Aktions Netzwerk", (SchAN), will die gentechnischen Absichten des Konzerns unter die Lupe nehmen. Ob die Technik angewendet werden dürfe oder nicht, müsse offen bleiben.

Gegen den Freisetzungsdruck der Gentech-Lobby haben sich einzelne Initiativen, angestoßen vom „Gen- ethischen Netzwerk" inzwischen zu einer Kampagne gegen die Freisetzung zusammengefunden. Auf dem Kongreß „GenAlltag-Biotopia" kamen sie am 3.7. 88 zum 4. Treffen der „AG Freisetzung" zusammen. Hauptaktivitäten werden z. Zt. in Öffentlichkeitsarbeit gesteckt: Unterschriftensammlung, Erarbeitung von Informationsmaterialien, Versendung eines Fragenkatalogs zu den EG-Freisetzungs-Richtlinien. 3.000 Personen haben bisher einen „Appell zur Vernunft beim Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen" unterzeichnet. Für den 17./18. November ist eine Konferenz zur Freisetzung in Brüssel geplant.

Die Kampagne beginnt erst.

Wachstumshormon

Schauen wir weiter, was im Lande passiert:

Das gentechnisch erzeugte Rinderwachstumshormon *Bovine Somatropin* (BST) steht vor seiner Zulassung. Die in dem Verband *Fedesa* zusammengeschlossene internationale Pharma-Lobby, die das Mittel zur Steigerung der Milch- und Fleischleistung entwickelt hat, drängt auf schnelle Zulassung. Ganz abgesehen vom biologischen und sozialen Nutzen oder Schaden dieser Tierhaltungsmethode offenbart sich schon angesichts von Milchseen und Fleischbergen des EG-Marktes der Widersinn dieses Projektes, das lediglich der Profitmaximierung einiger Pharmamultis dienen kann. Kritische Bauern-, Tierschutz- und weitere Verbände haben auf Initiative des „Gen-ethischen Netzwerks" im Mai 70.000 Unterschriften für ein Verbot von BST an Landwirtschaftsminister Kiechle überreicht. Im Juli lehnte das EG-Parlament entgegen der einstimmigen (!) Empfehlung seines Technologieausschusses ein Verbot mit knapper Mehrheit ab. Verabschiedet wurde stattdessen ein kritischer Bericht mit der Grundaussage, BST solle nur von Tierärzten zu therapeutischen Zwecken verabreicht werden und es solle weiterhin über die Auswirkungen von BST auf Mensch, Tier und Umwelt geforscht werden. Als nächstes wird die EG-Kommission über BST entscheiden. Ein Bericht ist Ende des Jahres zu erwarten. Die Bundesregierung hält sich mit Hinweis auf den laufenden Entscheidungsprozess in der EG bedeckt. Die Verbraucherinitiative, als Koordinationsstelle der Kampagne, plant ggf. zu einem Boykott aufzurufen. Für den 15. 10. 88 ruft sie unter dem Motto „Bauern und Verbraucher für

ve, als Koordinationsstelle der Kampagne, plant ggf. zu einem Boykott aufzurufen. Für den 15. 10. 88 ruft sie unter dem Motto „Bauern und Verbraucher für

eine neue Agrarpolitik" zu einem bundesweiten Aktionstag auf. Mitaufrufer sind neben einer langen Reihe unterstützender Gruppen der „Bund für Umwelt-und Naturschutz Deutschland" (BUND), der „Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen" (BUKO) und die „Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft".

Patentierung

Am 12. April 1988 entschied das US-Patentamt, eine gentechnisch veränderte Maus zur Patentierung zuzulassen. Die neuen gentechnisch gezüchteten Havard-Mäuse bekommen schneller Krebs als ihre Artverwandten. Für die Krebserforschung soll das nützlich sein. Das erteilte Patent gilt für das sog. c-myc-Gen, welches als krebsauslösende Sequenz in jedes Tier einzuschleusen ist. Es war das erste Patent auf ein gentechnisch verändertes Tier. Das Europäische Patentamt lehnte die Patentierung von Tieren per Bescheid an ihre US-KollegInnen noch im selben Monat als ethisch bedenklich ab. In Bezug auf Pflanzen soll dieser Beschluß nicht gelten: Im Juli '88 erhielt die US-Firma *Agrigenetics* Patentschutz für eine gentechnische Veränderung, die den Eiweißgehalt von Futterpflanzen steigern soll. Das Patent wird Ende '88/Anfang '89 gültig. Eine entsprechende generelle Änderung des EG-Patentrechts ist in Arbeit. Die EG hat einen Richtlinienentwurf erarbeitet. Alle Mitgliedstaaten müssen dementsprechend ihre nationalen Gesetze bis Ende 1989 geändert haben. Die Begründung zur Patentierung von Lebewesen lautet: *„Eine Erfindung soll nicht als unpatentierbar angesehen werden, nur weil sie auf lebender Materie beruht."* Auch die „AG Patentierung von Lebewesen" traf sich auf dem Kongreß am 3.7. in Köln. Sie will ihre Kampagne auf Europa-Ebene führen. Die Kampagne beginnt erst. Genauere Informationen gibt es beim „Gen-ethischen Netzwerk".

Embryonenforschung

Nachdem die Spitzenorganisation der westdeutschen Wissenschaft, die *Deutsche Forschungsgemeinschaft* (DFG) und die *Max Planck Gesellschaft* (MPG), zunächst Sturm gelaufen waren gegen ein strafrechtliches Verbot der Forschung an frühen menschlichen Embryonen, signalisiert die Max-Planck-Gesellschaft, wie es scheint, jetzt Bereitschaft zum Einlenken. In einem Brief an den Bundesjustizminister erklärte der Präsident der Gesellschaft wörtlich: *„Was die Forschung an frühen menschlichen Embryonen betrifft, haben sich Ärzte und Naturforscher bereits Richtlinien zur Vermeidung von Fehlentwicklungen gegeben. Darüberhinaus werden wir uns für solche Forschung einen strikten Verzicht auferlegen, solange der Rahmen des ethisch und rechtlich Vertretbaren unter Berücksichtigung der Aufgaben, welche von der Allgemeinheit an Wissenschaft und Forschung gestellt werden, nicht geklärt ist. Dies bedeutet, daß wir, wie auch bisher, entwicklungsfähige Embryonen für Forschung in unserem Bereich nicht benutzen und auch nicht gezielt herstellen werden.* „

Das klingt tatsächlich nach moderater Kompromißbereitschaft, aber was sind „entwicklungsfähige Embryonen" ? Und

ziel herstellen werden. „
Das klingt tatsächlich nach moderater Kompromißbereitschaft, aber was sind „entwicklungsfähige Embryonen" ? Und

was ist die zum Verbot vorgeschlagene *„fremdnützige"* und *„verbrauchende"* Forschung? Scheindefinitionen! Geklärt ist nichts!

„Der Gesetzgeber", schreibt Gisela Kretschmer im „Gen ethischen Informationsdienst", Nr. 36, *„wird sich entscheiden müssen: Entweder er verbietet grundsätzlich jede Art von Experimenten an menschlichen Embryonen und überträgt damit die Deklaration von Helsinki (Verbot medizinischer Experimente am Menschen) ohne Abstriche auf menschliches Leben, oder er muß sich die Frage stellen, welche Forschungsziele so "hochrangig" sein könnten, daß sie eine Ausnahmeregelung rechtfertigen."* Aus dem Bundesjustizministerium ist z. Zt. zu vernehmen, daß man sich solche Ausnahmeregelungen bei Forschung im Dienste von „Lebensschutz", etwa in der AIDS- oder Krebsforschung, denken könne. Solche Forschungsziele seien bisher aber nicht zu erkennen. Solange neige man zu einem generellen Verbot in dem zu novellierenden Embryonenschutzgesetz — eine ethische Vorgabe aus Bonn, wie Frau Kretschmer zu glauben scheint? Oder ein Wink mit dem Zaunpfahl, die Forschungsziele akzeptanzfähiger zu formulieren? Auch diese Debatte hat erst begonnen!

Das Wolkige am Horizont

200 Millionen Dollar jährlich zusätzlich zum laufenden biotechnischen Etat, drei Milliarden in 15 Jahren, soll die US-Regierung ab sofort für ein „human genom projekt", die Erforschung und Protokollierung des gesamten menschlichen Erbguts aufwenden. Das empfahl der „Ausschuß für die Kartierung der Sequenzierung des menschlichen Genoms" in seinem im April veröffentlichten Bericht. Der Ausschuß wurde durch den „National Research Council" (NRC) berufen, ein von WissenschaftlerInnen gegründetes Gremium, das den Kongreß berät. Begründung u.a.: Gründliche Erforschung der 3.000 bekannten angeblich genetisch bedingten Krankheiten. Als Beispiele werden u.a. Schizophrenie und die Verzögerung der geistigen Entwicklung genannt. Bessere Krebsdiagnose und -therapie und vorgeburtlicher Diagnostik. 100.000 Gene und drei Milliarden Nukleotide wären zu identifizieren und zu entschlüsseln. Parallel dazu sollen einfachere Organismen genetisch kartiert werden, um mit ihnen vergleichende Untersuchungen und Experimente durchführen zu können. Vorerst sollen keine großen Forschungszentren eingerichtet werden, sondern kleine Forschungsgruppen parallel arbeiten. Finanziert werden soll je nach Erfolg. Allerdings, eine zentrale Datenverarbeitung ist geplant. Ein Computernetz soll alle Labore miteinander verknüpfen. — Big business nach SDI-Art läßt grüßen. KritikerInnen sprechen vom Manhattan-Projekt der Biotechnologie.

Parallel dazu basteln westliche Wissenschaftstechniker seit Anfang '87 an einem internationalen „Human frontier Science Programm". Erforscht werden soll das menschliche Denken und höhere biologische Funktionen auf molekularer Ebene. Ebenfalls im April '88 legte eine dazu eingerichtete Arbeitsgruppe wissenschaftlicher Kapazitäten aus den US, Europa und

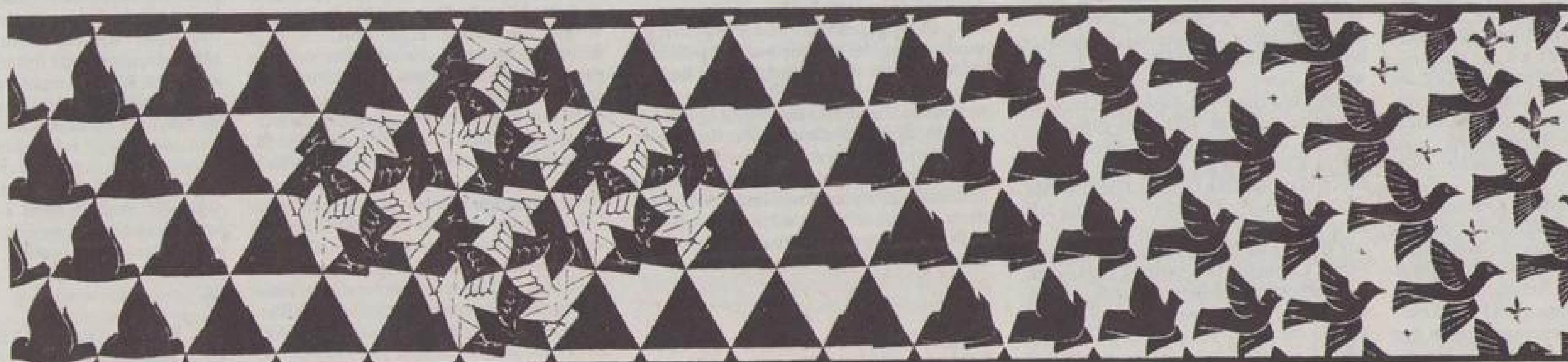
Ebenfalls im April '88 legte eine dazu eingerichtete Arbeitsgruppe wissenschaftlicher Kapazitäten aus den US, Europa und

Japan einen Vorschlag zur Realisierung vor. Gefördert werden sollen jährlich 30 bis 50 dreijährige Forschungsvorhaben mit je 1,5 Millionen Dollar, 100 bis 200 zweijährige Stipendien vorwiegend für junge WissenschaftlerInnen mit 100.000 Dollar pro Kopf, sowie 10 bis 20 Workshops mit jeweils 100.000 Dollar. Mit der Gründung einer „Human Genome Organisation" (HUGO) im August dieses Jahres soll weltweite Koordination der beiden Programme gewährleistet werden. Mensch darf den Initiatoren glauben, daß sie sich von diesen Projekten in erster Linie Wissenschaftsförderung, also Geld, versprechen. Ob das Geld in dem erhofften Maße fließt ist ebenso offen wie die Frage, was bei solchen Projekten an Erkenntnissen und anwendungsbezogenen Scheußlichkeiten herauskommt. Nicht zuletzt hängt ja davon der Geldsegen ab.

„Informationen nach G.I.D." und Tagespresse

Informationen nach „Gen-ethischer Informationsdienst" (G.I.D.)

Das Bild am Titel stammt aus der Serie „Metamorphosen" von M.C. Escher.





Vergewaltigungsopfer sollen genetischen Fingerabdruck rechtfertigen

Alec Jeffreys zeigte 1985, wie es möglich ist, mit Hilfe der Erbsubstanz DNA individuelle Streifenmuster zu erzeugen. Er taufte das Verfahren „genetischer Fingerabdruck". Das entscheidende Werkzeug: In dem riesigen Erb-Bestand des Menschen hatte Jeffreys ein winziges Stückchen DNA gefunden, das nicht, — wie die DNA sonst — von Mensch zu Mensch recht gleich aussieht, sondern im Gegenteil: verschieden. Aus diesem Winzling baute er eine radioaktive Such-Sonde. Sie lagert sich an die DNA aus dem Blut eines Menschen an, die zuvor auf einem Nylonfilter ausgebreitet wurde. Jeffreys' Suchsonde fand unterschiedliche Gelegenheiten zur Anlagerung vor. An Stellen, die ihr ähnlich sind, heftete sie sich fest und sandte später, als ein Röntgenfilm über den Nylonfilter gelegt wurde, ihre radioaktiven Signale schwärzend in den Film — mit unterschiedlichem, individuellen Muster. Damit hatte Jeffreys ein Verfahren, das mit hoher Sicherheit Blut-, Samen-, Haarwurzel- oder Hautproben einem einzigen und fast keinem anderen Menschen zuordnen kann. Die Irrtumswahrscheinlichkeit wird zur Zeit noch unterschiedlich bewertet, doch sie ist wahrscheinlich sehr gering. Die Westberliner Polizei mußte bei ihrem ersten Fingerabdruck das Gutachten bei der Firma Cellmark Diagnostics in Auftrag geben.

Der Anlaß schien zunächst unbedeutend zu sein. Als am 12. August die Westberliner Staatsanwaltschaft und Polizei zur Pressekonferenz luden, ging es um einen leider fast alltäglichen Vorgang: Ein Mann war verhaftet worden, gegen den der Verdacht besteht, er habe eine Frau überfallen, vergewaltigt und ermordet. Doch die Verhaftung von Hans-Joachim R. wird wohl Kriminalgeschichte machen. Zum ersten Mal ist es weder ein Geständnis noch ein Kleidungsfetzen noch die Untersuchung der Blutgruppe, welche einem — möglichen — Täter zum Verhängnis werden soll. Hans-Joachim R. wird angeklagt, weil er sein genetisches Muster am Tatort zurückgelassen haben soll.

Die Westberliner Polizei handelte folgerichtig. Sie brachte eine kriminaltechnische Methode ins Rollen, für die sich auf der politischen Ebene niemand so recht interessierte. Vom Mai in den Juni und vom Juni in den Herbst mußte der Rechtsausschuß im Bundestag seine geplante Anhörung zur „Genomanalyse im Strafrecht" verschieben: Die CDU hatte es jedesmal vorgezogen, den erforderlichen Fragenkatalog nicht vorbereitet zu haben (siehe GID Nr. 32 und 33). Während die parlamentarische Kontrolle sich vornehm zurückzieht, finden hinter verschlossenen Türen emsige Aktivitäten statt, die darauf hinzielen, das politische Vakuum mit eben jenen vollendeten Tatsachen zu besetzen.

„Diplom-Biologen/innen gesucht, die über biochemisch/gentechnologische Grundlagen verfügen", inserierte das Hessische Landeskriminalamt im März diesen Jahres. Einen Monat später setzte die „ Berliner Polizeitechnische Untersuchungsstelle" (PTU) hinterher: *„Für die Entwicklung neuer Verfahren (z.B. DNA-Fingerprinting) und deren Überführung in die Routine"* suche sie, Arbeitsbeginn sofort, wissenschaftliche MitarbeiterInnen. Die Antworten des Innenministeriums auf eine Anfrage der Grünen bestätigen: *„Eine Arbeitsgruppe bestehend aus Bundeskriminalamt, Landeskriminalamt Baden-Württemberg und PTU Berlin prüft zur Zeit die technischen Möglichkeiten für die Einführung dieses Verfahrens"*, verlautbarte der Parlamentarische Staatssekretär Carl-Dieter Spranger. Im Klartext heißt das: In Westberlin und Stuttgart existieren bereits Labors mit der notwendigen Ausrüstung, willigen WissenschaftlerInnen und finanziellen Mitteln, um die Genomanalyse in das kriminalistische Repertoire aufzunehmen.

Rechtliche Voraussetzungen sind ungeklärt

Eine neue Methode in einem biochemischen Labor kostet Nerven, Zeit und vor allen Dingen viel Geld. Hans-Joachim R., der Mann, dessen Verhaftung so medienfreundlich von der Westberliner Polizei präsentiert wurde, ist der Testballon, der irgendwann hochgeschickt werden mußte, um zu prüfen, ob es gegenwärtig überhaupt möglich ist, daß das Beweismittel Genomanalyse vor einem bundesdeutschen Gericht anerkannt wird. Bisher sind die rechtlichen Verhältnisse mehr als ungeklärt: Der körperliche Eingriff, der an einem potentiellen Täter vorgenommen werden muß, ist zunächst unproblematisch, eine medizinische und polizeiliche Routinemethode: die Blutabnahme. Bedenklich wird es erst, wenn das Erbmaterial DNA aus den Blutkörperchen isoliert ist und die molekular-biologische Analyse folgt.

Lassen sich solche Untersuchungen mit dem Recht auf körperliche Unversehrtheit, auf informationelle Selbstbestimmung und auf Nichtwissen gegenüber eventuell zutage geförderten Anfälligkeiten für genetisch bedingte Krankheiten vereinen? Wie lange werden die genetischen Daten gespeichert? Darf an Tatorten gefundenes organisches Material — Blut, Samenspuren, Haarwurzel-und Hautreste — grundsätzlich der DNA-Analyse unterzogen werden? Was geschieht mit nebenbei ermittelten Daten der Opfer? Kann der Schutz vor Weitergabe genetischer Analysen an andere Behörden oder an Dritte (Arbeitgeber, Versicherungen) ausreichend gewährleistet werden?

Jurist Dr. Detlev Sternberg-Lieben aus Westberlin, dem BKA-Abteilungsleiter Dr. Wolfgang Steinke das Verdienst zuspricht, diese Problematik in die juristische Literatur eingeführt zu haben, gibt in allen diesen Fragen schon im Vorfeld Entwarnung: *„Die Gentechnologie wird in die medizinische Kriminalistik Eingang finden, da durch Vergleich bestimmter DNA-Sequenzen eine sichere Identifizierung ermöglicht wird"*, stellt er lapidar in der „Neuen Juristischen Wochenzeitschrift" fest. Der genetische Fingerabdruck berge keine verfassungsrechtlichen Bedenken. Seine Argumentation: Bei der Genomanalyse würden ohnehin nur solche DNA-Abschnitte untersucht, die keine besonderen Informationen trügen. Die nichtkodierten Sequenzen liegen zwischen den Genen und sind selbst „leer". Diese Abschnitte im Erbmaterial werden in der Tat nicht in Eiweißstoffe übersetzt und können somit nicht zu Aussagen über die genetische Verfassung hinsichtlich Krankheit oder Gesundheit führen. Insofern, so Sternberg-Lieben, unterschieden sich Genomanalysen und Fingerabdrücke kaum voneinander — gesetzgeberischer Handlungsbedarf bestehe nicht.

Es wäre zu schön. Tatsächlich hat man sich aber jetzt schon in die kodierten Sequenzen vorgewagt, um individuelle Erbgutmuster festzustellen. So verteidigt Christian Rittner, Professor am Mainzer Institut für Rechtsmedizin, seine Forschungsarbeiten auf diesem Gebiet mit dem Argument, die Sicherheit bei der Zuordnung von DNA-Mustern steige mit dem veränderten Verfahren enorm. Es ist richtig: Die nicht-kodierenden Abschnitte unterliegen keinen Anstrengungen der Natur auf Konservierung, wie die Gene. So ist die Wahrscheinlichkeit, daß sich bei der DNA-Muster-Vererbung von der Mutter auf die Tochter grobe und verfälschende Veränderungen zufällig einschleichen, tausendmal geringer als bei den Zwischen-Gen-Sequenzen. Dies wird dann bedeutsam, wenn sich die KriminalistInnen nicht mehr mit Mord- und Vergewaltigungsfällen, sondern mit der Aufklärung von Verwandtschaftsverhältnissen befassen wollen. In England werden heute schon Einreiseerlaubnisse der Angehörigen von AusländerInnen reihenweise mit dem Verfahren geprüft.

Die Forschungsanstrengungen des Herrn Rittner haben wohl auch noch einen viel profaneren Grund: Die erste Methode wurde von ihrem Erfinder Alec Jeffreys umgehend patentgeschützt und ist nur gegen gute Bezahlung an die britische Firma Cellmark Diagnostics zugänglich. Ein verbessertes, eigenes Verfahren wirkt verlockend — auch wenn es nun tatsächlich an die (Erb)-Substanz des Menschen geht. Kein gesetzgeberischer Handlungsbedarf?

Am Machtgefälle zwischen Männern und Frauen ändert sich nichts

Kritisch schätzen die Frauen des Gen-Archivs Essen die neue Lage ein. *„Es wird nicht gehen, daß wir sagen: hier wollen wir die Technik, aber dort wollen wir sie nicht. Das wird sich später nicht mehr trennen lassen"*, gibt eine Mitarbeiterin des Archivs zu bedenken. Im Endeffekt werde die Technik helfen, das genetische Screening (Durchtesten) von Arbeitern und Arbeiterinnen möglich zu machen. Eine Westberliner Rechtsanwältin, die häufig Vergewaltigungsopfer vor Gericht vertritt, vermag kein gravierendes kriminalistisches Problem zu erkennen: *„Nur wenn folgende Umstände zusammentreffen: Die Frau kann den Täter nicht eindeutig wiedererkennen; es gibt keine Indizien, die mögliche Täter ausschließen und den Angeklagten einschließen, erst dann werden Blutuntersuchungen angeordnet. Solche Fälle sind jedoch sehr selten."* Trotzdem ist sie in der Beurteilung gespalten. *„Jede Technik, die zur Identifizierung und Verurteilung von Vergewaltigern führt, ist erstmal richtig. Es sollte da nicht aufs Geld geachtet werden. Allerdings müssen wir uns fragen, ob diese Technik uns, den Frauen, nicht am Ende größeren Schaden bringt als Nutzen. Das sollte man vorher sehr genau prüfen."*

Auch die Frauen vom Berliner Notruf für vergewaltigte Frauen sind mißtrauisch geworden: *„Wir haben uns sehr gewundert, welche Anstrengungen die Polizei auf einmal unternimmt, um Vergewaltigungstäter dingfest zu machen. Bisher hat die sich doch nicht so engagiert, warum auf einmal dieser Aufriß?"*. In 70% aller Fälle sei der Täter ein Bekannter, der oft sogar nicht bestreite, daß er sexuellen Kontakt hatte mit der Frau. Das größte Problem sei die Unterstellung der Freiwilligkeit nach dem Motto, die Frau habe es ja gewollt. *„Die Polizei und die Staatsanwaltschaft sollten lieber die alten Methoden gut betreiben. Das Geld für die Genomanalysen sollte sie in ihre Weiterbildung im Umgang mit den Opfern investieren."* Noch immer werden Frauen bei der Protokollaufnahme herablassend, demütigend und süffisant behandelt. Dies alles kennen auch die Frauen im Essener Gen-Archiv zur Genüge, letztlich sei *„die Vergewaltigung von Frauen ein Problem, das sich aus dem Machtgefälle zwischen Männern und Frauen ergibt. Durch die Einführung der Technik ändert sich daran überhaupt nichts."* Ihre Einschätzung: *„Wissenschaft und Polizei versuchen im Moment, diese Technik akzeptabel erscheinen zu lassen."*

Kalte Bänke — heiße Suppen?

Über solche Bedenken läßt die Westberliner Polizei nicht mit sich reden. Bewegung kam in den barsch abwehrenden Pressemann Geilig erst durch die kleine Drohung, das Fernsehen wolle gern filmen, wie unfein seine Behörde den Informationswillen der Redaktion ablehne. Er versprach, sich zu kümmern, kehrte mit Kreide in der Stimme zurück, doch das Nein blieb. *„Unsere Wissenschaftler sind leider noch nicht so weit"*, beteuerte er. Ähnlich war der Sprecher des Bundeskriminalamtes instruiert worden: *„Wir wollen zur Zeit mit diesem Thema noch nicht öffentlich auftreten."*. Die Westberliner Pressekonferenz bleibt also ein kleines Blitzlicht in der ansonsten schwarz-dunklen Informationspolitik der Polizei. Ebenfalls leise geschwärzt war ein Röntgenfilm, den Frau Dr. Hermann, wissenschaftliche Leiterin des Westberliner Gen-Tech-Labors, den JournalistInnen entgegenhielt. *„Unsere ersten eigenen Versuche mit der neuen Methode"*, erläuterte sie stolz. Wenig später ließ sie vernehmen: *„Unser Isotopen-Labor (nur in solchen Labors ist die Arbeit mit radioaktiven Stoffen gestattet, die Red.) wird erst im Oktober fertig."* Hier fragt sich: Wie schwärzt Frau Dr. Hermann ihre Autoradiogramme ohne Isotop? Wer wird denn da jetzt schon mit der heißen Suppe auf der kalten Laborbank herumpanschen...?

Susan Cheap, Nachdruck aus: Gen-Ethischer Informationsdienst Nr. 36, September 1988

Buchbesprechung

»Discriminate Deterrence«

ein Kriegsführungskonzept

Christof Parnreiter (Hrsg.), Neue Fronten — Neue Kriege. Differenzierte Abschreckung — ein Kriegsführungskonzept. Eine Analyse der neuen US-Außenpolitik mit einer Übersetzung des Originaldokuments „Discriminate Deterrence", Grün-Alternativ-Verlag: Wien 1988

Am 12. Januar 1988 präsentierte die „Kommission für eine integrierte Langzeitstrategie" in Washington nach 15-monatiger Arbeit ihr Ergebnis: „Discriminate Deterrence" (Differenzierte Abschreckung) lautet der Titel des 69-Seiten-Dokuments. Eingesetzt vom damaligen Verteidigungsminister Weinberger und seinem Sicherheitsberater Poindexter erarbeitete die hochkarätig besetzte Kommission *„Vorschläge für Veränderungen in der Militärstrategie der Vereinigten Staaten in Hinblick auf die sich in den kommenden Jahrzehnten wandelnde Sicherheitslage"*.

Seine Bedeutung erlangt der Strategieentwurf nicht in erster Linie wegen neuer Gedanken zur Sicherheitspolitik der USA, sondern weil er die gesamte Strategiedebatte des letzten Jahrzehnts in dem USA widerspiegelt und diese zu einem Gesamtstrategieentwurf zusammenfaßt, in den sich schon in der Umsetzung begriffene Doktrinen wie Airland Battle wie auch aktuell geplante Rüstungsmaßnahmen wie die Modernisierung der Kurzstreckenraketen nahtlos einpassen.

Die Strategieplaner legen ihren Ausführungen eine Analyse der ökonomischen und politischen Verhältnisse zugrunde, die sie für die nächsten 20 Jahre erwarten. Sie gehen von einem sinkenden amerikanischen Interesse für Europa einerseits und zukünftig stärkeren Bedrohungen in anderen Teilen der Welt andererseits aus. China und Japan könnten im nächsten Jahrhundert militärische Großmächte werden; die Zahl der atomwaffenfähigen Staaten wachse auf 40; man sei insgesamt mit einer wesentlich komplizierteren Weltlage konfrontiert.

Die Konsequenzen daraus sind: Die gültige Strategie muß in Einklang mit den neuen Realitäten gebracht werden, da sie bisher nur geringen Nutzen beim Umgang mit feindlichen Ländern, die nicht dem sowjetischen Block angehören, bietet. Auch die Drohung mit Atomwaffen ist *„zunehmend weniger glaubhaft"* geworden. Die USA brauchen flexible Truppen, um sowjetischen Herausforderungen an verschiedenen Orten ihrer Peripherie entgegenwirke zu können, und sie brauchen ein Potential, um einer großen Bandbreite eventueller Konflikte in der „3. Welt" zu begegnen. Um Europa unbesorgt „allein zu lassen", muß die NATO-Strategie geändert werden und die Europäer, insbesondere die BRD, müssen stärkere Eigenleistungen erbringen.

Gerade der letztgenannte Punkt hat die Diskussion um dieses Papier kräftig angeheizt. Bundesdeutsche Gegner fürchten den Entzug des atomaren Schutzschirms der USA. Dies würde die Führbarkeit eines Krieges in Europa einschließlich begrenzter Atomwaffeneinsätze erhöhen (dazu ausführlich AK 292, S. 24).

Eine deutsche Übersetzung des vollständigen Papiers ist jetzt in der Reihe MOZ-Dokument im Wiener Grün-Alternativ-Verlag erschienen. Der Band enthält außerdem einen Aufsatz des Herausgebers Christof Parnreiter, der das Papier im Zusammenhang der NATO-Strategiedebatte der letzten Jahre analysiert: „Wenn die Kritik an Aufrüstung und Krieg sich nicht immer nur an einzelnen Phänomenen entzünden soll, dann ist eine grundsätzliche Kenntnis der langfristigen strategischen Konzepte nötig," heißt es im Vorwort. Die vorliegende Veröffentlichung liefert dazu sicherlich einen Beitrag.

Zehn Tage auf Spanisch

Daß es Folter gibt, glauben viele — sie halten es in fernen, weniger „entwickelten Ländern" des Trikonts für möglich; aber das solche Dinge im eigenen Haus passieren, wird entschieden abgelehnt.

Folter ist etwas Abstraktes, etwas, was wir aus Bildern und Berichten von Amnesty International oder vom Fernsehen kennen. Dabei hat Folter System. Nicht irgendwo, sondern hier — in der Schweiz, in der BRD, Italien — oder in Spanien. Über letztere hat Eva Forest ein Buch geschrieben. Wer sich zu Beginn der 70er Jahre gegen die in den letzten Zügen liegende Franco-Diktatur engagierte, dem mag ihr Name noch bekannt sein. Denn vor allem der internationalen Solidarität war es 1975 zu verdanken, daß gegen sie kein Todesurteil gefällt und sie nicht wie fünf andere noch hingerichtet wurde. Hauptanklagepunkt war Beteiligung an dem ETA-Attentat auf den designierten Franco-Nachfolger Carrero Blanco.

Alice ist eine Erzählung über eine junge Lehrerin aus einem kleinen baskischen Dorf, die eines Tages vor der Schule in ein Auto gezerrt und entführt wird. Eine gewöhnliche Festname nach dem spanischen Anti-Terror-Gesetz. Alice erlebt zehn Tage in der sogenannten „incommunicado"-Haft, von der Außenwelt isoliert in totaler Kontaktsperre der franquistischen Guardia Civil ausgeliefert. Alice wird in diesen zehn Tagen mehrmals von einem Kerker in den anderen verlegt, öfters wird ihr mit Vergewaltigung und Erschießung gedroht bis sie schließlich in einem naßkalten Kellerverlies in Madrid landet. Nach mehreren Verhören (in Madrid mit einem stummen Pflichtverteidiger mit dem sie nicht sprechen darf) kommt Alice beim ersten Haftprüfungstermin nach zehn Tagen frei. Es liegt nichts gegen sie vor, wie bei den meisten der 12.000 in den letzten zehn Jahren verhafteten BaskInnen.

In einer streckenweise beinahe zu harmonischen Einfachheit werden die Erlebnisse und Gedanken von Alice erzählt: *„Alice ist sicher, daß sie mit ihr kurzen Prozeß machen werden: Die werden mich vergewaltigen wie Mari Jose Bravo, mich verstümmeln wie die drei von Almeria, mir einen Stock in die Vagina rammen, wie sie es mit Merche machten, und dann in irgendeinen Sumpf werfen. Alle Foltermethoden, über die sie in den letzten Jahren etwas in der Zeitung gelesen hat, gehen ihr jetzt durch den Kopf"*. Alice ist allerdings nicht nur ein Buch über Folter, sondern auch über Widerstand und Solidarität. Parallel zu den Erlebnissen von Alice erzählt die Geschichte, wie sich im Dorf von Alice ein reges Treiben entwickelt, wie sich Angehörige, Freunde und Bekannte von Alice zusammenschließen, um erstens herauszufinden, wohin Alice entführt worden ist und zweitens mit ihr in Kontakt zu treten. *„Die Spektakuläre Razzia in der Nacht zuvor und die zahllosen Einzelheiten, die im Laufe des Tages bekannt wurden, haben die Bewohner in Unruhe versetzt (...). An diesem Abend kommen dreimal soviel Menschen wie sonst zu der Versammlung. In den Arkadengängen des Rathauses finden sie keinen Platz mehr und so stehen viele auf der Freitreppe um den Musikpavillon."*

Die Erzählung, ursprünglich als Artikelserie für die baskische Wochenzeitschrift „Punto y Hora" geschrieben, stützt sich zu großen Teilen auf in den sogenannten „Folterprotokollen" festgehaltenen Erlebnis- und Augenzeugenberichten. Eva Forest: *„Als ich dann daran ging, das alles niederzuschreiben, griff ich zu einer literatischen Form, die mehr als ein Artikel oder eine normale Anklageschrift die Möglichkeit bietet, Aussagen einzelner so wiederzugeben, daß sie Allgemeingültigkeit bekommen."* Eva Forest bedient sich sehr bewußt dieser, in diesem Fall sehr einfach gehaltenen, Erzählform, *„ohne Pathos, um nicht zu dramatisieren, was an sich schon eine Tragödie ist"*, und um *„dem Leser das Außergewöhnliche vertraut und zugänglich zu machen. Könnte ich zeichnen, hätte ich die Geschichte als Comic gestaltet"*. Wem die baskische Wirklichkeit 1988 von Repression und Verfolgung eines Volkes fremd ist, der/dem müssen die Erlebnisse von Alice' wie ein modernes schwarzes Märchen aus einem fremden Erdteil vorkommen. Wäre da nicht die geschickte parallele Erzählung des solidarischen Dorfes aus dem Alice kommt. *„Und Solidarität, das betone ich ausdrücklich, ist ein Lebensexilier — nicht nur für die Gefangenen. Wer Solidarität praktiziert stumpft nicht ab, verfällt nicht in Gleichgültigkeit, diese besondere Form eines langsamen Todes"* (Eva Forest).

ps.

Eva Forest: Alice — Eine Erzählung über Repression und Verfolgungen im Baskenland, Karin Kramer Verlag, Berlin 1988

SPD und Gewerkschaften:

Oskar spritzt mit Fett

Schauplatz Münster, August 1988: Auf dem SPD-Parteitag trägt Oskar Lafontaine erneut Thesen zur Tarifpolitik vor, die den Lohnabhängigen ins Gesicht schlagen. Zurück schlagen erstmal die GewerkschaftsführerIn Rappe, Steinkühler und Wulf-Mathies. Auch die „SPD-Linken“ aus dem „Frankfurter Kreis“ geben sich verärgert; FDP- und CDU-Politiker und Kapitalisten zeigen sich angetan von Lafontaines „pragmatischer Phantasie“.

Eine Woche später, Schauplatz Karlsruhe: Auf dem 13. Gewerkschaftstag der IG Chemie tritt der Vorsitzende Rappe für Sozialpartnerschaft und Gespräche mit Regierung und Kapitalisten ein, um gemeinsam den „Industriestandort Bundesrepublik“ zu erhalten. Die „FAZ“ lobend: „Ein eiserner Verfechter eines realistischen, von linker Ideologie und Klassenkampf freien Gewerkschaftskurses“.

Szenenwechsel, Oktober 1987: In der sogenannten Stahlrunde erklärt die IG Metall sich gegenüber Bundesregierung und Kapitalisten einverstanden mit dem Abbau weiterer 35.000 Arbeitsplätze im Stahlsektor. Die Unterstützung der Gewerkschaft für die bald darauf in den Kampf tretenden Stahlarbeiter von Rheinhausen ist bis zum Schluß mager.

Auf ein reines Possenspiel sollte mensch die Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaften und sozialdemokratischen „Enkeln“ dennoch nicht reduzieren. Die jeweiligen Betätigungsfelder Betrieb und Parlament stellen an die beiden bürokratischen Apparate SPD und Gewerkschaften auch unterschiedliche taktische Anforderungen.

Bereits vor dem Parteitag hatte Lafontaine sich unter hohen Erwartungsdruck gesetzt: Trennung von seiner Frau, Diät, lautes Beharren auf seinen Positionen; alles journalistisch wohlvorbereitet als Etappen auf dem Weg ins Kanzleramt kolportiert. Überraschen konnte die Dreistigkeit, mit der Lafontaine seine Auffassungen präsentierte, wirklich nicht. So geschockt, wie die Gewerkschaftsspitzen aussahen und sich gaben, konnten sie nur sein, weil sie scheinbar immer noch die Bereitschaft der „Enkel“ unterschätzen, das „Volkspartei“-Konzept im Eiltempo den Erfordernissen der 90er Jahre anzupassen.

Mit Wonne bespritzte der Hobbykoch die Gewerkschaften und alle Lohnabhängigen mit billigem Fett.

— Die „Mittagspausen-Regelung“ für saarländische Beamte verteidigte er mit dem ganzen Reservoir verfügbarer Vorurteile über die Behaglichkeiten des Arbeitslebens im öffentlichen Dienst.

— Für die weitere Entkoppelung von Arbeits- und Maschinenlaufzeiten einschließlich stärkerer Verfügbarkeit des Wochenendes als Arbeitszeit forderte er „pragmatische Phantasie“.

— Er wiederholte die falsche, unter dem Begriff „Zweidrittel-Gesellschaft“ seit Jahren gängige Behauptung, es gehe *„einer Mehrheit (...) relativ immer besser und einer zunehmenden Minderheit ... relativ immer schlechter“*. Daraus leitet er seinen Vorschlag vom Lohnverzicht für mittlere Gehaltsempfänger bei Arbeitszeitverkürzung ab.

— Wider die in seinem Buch „Die Gesellschaft der Zukunft“ und im wirtschaftspolitischen Leitantrag an den Parteitag formulierten Feststellung, die Gewinne der Kapitalisten seien seit Jahren überdurchschnittlich gewachsen, hielt er an der These fest, allein die Höhe des Produktivitätsfortschritts bestimme den Verteilungsspielraum für Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen. Deshalb unterstützte er die Überlegung des Leitantrages, staatliche Lohnkostenzuschüsse an Unternehmen zu zahlen, die Arbeitszeitverkürzung über den Produktivitätsfortschritt hinaus vornähmen und Mehrbeschäftigung schaffen würden (es ist hier anzumerken, daß dieser Vorschlag vom Parteitag gestrichen wurde).

„Alles Schwachsinn und starker Tobak“

Mit diesen Worten kommentierte IG Chemie-Vorsitzender Rappe Lafontaines Rede. Mit der sachlichen Abgrenzung tut Rappe sich schwerer. Auf die Interview-Frage des sozialdemokratischen „Vorwärts“ (10.9.88) zur Sonntagsarbeit muß Rappe eingestehen: *„Auch zwischen den Gewerkschaften gibt es in einzelnen Punkten Differenzen. Dies ist einer davon. Die IG Chemie ist in ihrem Organisationsbereich eben schon jetzt viel mehr versetzte Wochenendarbeit gewöhnt als vielleicht andere Gewerkschaften“*. Einem Beschluß des Gewerkschaftstages der IG Chemie, alles zu tun, um Wochenendarbeit zu verhindern, attestierte Tarifexperte Mettke höchstens „taktischen Wert“, da sie „vielfach ... schon Praxis ist“.

Nicht anders in Sachen Teilzeitarbeit, die Lafontaine als besondere, sozial abgesicherte Form der Arbeitszeitverkürzung bei Lohnverzicht behandelt sehen möchte. Dazu wieder Rappe: *„Oskar Lafontaine nimmt einfach nicht zur Kenntnis ..., daß wir längst solche von ihm geforderten Tarifverträge zur Teilzeit abschließen“*.

Worüber Rappe sich beklagt, ist der *„vorübergehende politische Erfolg“* Lafontaines, der *„lediglich darauf beruht, daß er die Gewerkschaften als einen monolithischen Block von Betonköpfen, die die Zeichen der Zeit nicht verstehen, vorzuführen versucht“*. Betonkopf und konservativ? — Aber klar doch. Den Maßstäben von Modernität und Zeitgeist wird Hermann Rappe nicht gerecht: Frauenquoten und Atomausstiegs-Spiele sind seine Sache nicht. Aber die „Zeichen der Zeit“ in der Chemie-Branche versteht er: Erhalt der Arbeitsplätze und des „Industriestandortes Bundesrepublik“ über 1992 hinaus und ökologische Modernisierung nur bei Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit. Selbst dieses verengte, absolut systemtreue Verständnis von Gewerkschaftspolitik kann nur dann umgesetzt werden, wenn die Gewerkschaft bei den Beschäftigten eine Basis hat. Rappes Ärger ist verständlich, denn Lafontaines Kurs schadet eben nicht allein den „linken“ Gewerkschaften Metall und Drupa, sondern den Gewerkschaften allgemein, da er auf die Verringerung ihres Einflusses setzt.

Bedeutung der Erwerbsarbeit

Ein sehr grundsätzlicher Streitpunkt ist die zukünftige Bedeutung der Erwerbsarbeit. Während Lafontaine und andere „Enkel“ den Anspruch auf Lohnarbeit für alle, die sie verrichten wollen, durch ein pauschaliertes Mindesteinkommen senken wollen, müssen die Gewerkschaften diese Forderung aufrecht erhalten: *„Auch wir glauben, daß der Zeitanteil der Nichterwerbsarbeit zunimmt, daß ihre Bedeutung für die Menschen zunimmt. Aber Erwerbsarbeit muß im Zentrum politischen Handelns stehen. Nichterwerbsarbeit ist eigentlich eine Resultante der Erwerbsarbeit, eine abhängige Variable. (...) Wir warnen ganz ausdrücklich davor, Erwerbsarbeit im Stellenwert zu mindern, weil dann der Kampf um Vollbeschäftigung sein Ziel verliert“* (Steinkühler).

Die Gewerkschaften, wollen sie ihre geringer gewordene Mobilisierungsfähigkeit nicht weiter senken, müssen die Grundsicherung der Bedürfnisse der Beschäftigten verfolgen. Das erfordert das alltägliche Konfliktfeld Betrieb, in dem Kapital- und Beschäftigteninteressen unmittelbar aufeinanderprallen. Auffassungen eines Björn Engholm oder Lafontaine, die „Volkspartei“ müsse *„auch die Rolle des Unternehmers akzeptieren und auch Argumente aus diesem Bereich aufgreifen“*, könnten die Gewerkschaften nur um den Preis der Aufgabe der Sozialpartnerschaft so unverblümt annehmen. Denn die Sozialpartnerschaft funktioniert nicht einseitig zugunsten der Kapitalisten, die dem Tarifpartner Gewerkschaften bestimmte Zugeständnisse machen müssen. Das würde sich schlagartig ändern, wenn die Gewerkschaften in der überwiegenden Zahl der Konfliktpunkte unmittelbar Unternehmerstandpunkte einnehmen würden, da es für die Kapitalisten dann überflüssig wäre, Abstriche an ihren Positionen zu machen. Zu einer solchen weitreichenden Entwaffnung der Gewerkschaften trägt Lafontaine gegenwärtig kräftig bei und allein dafür wird er von den Kapitalisten und ihrer Journaille gelobt.

Lafontaine — in der SPD allein?

Den Eindruck, Lafontaine habe sich von der Partei entfernt, konnte mensch aufgrund seines schlechten Wahlergebnisses bei den Vorstandswahlen gewinnen. Das wäre ein Trugschluß. Der Beschluß der großen Parteitagsmehrheit zur Wirtschaftspolitik „Humaner Fortschritt, ökologische Erneuerung und Vollbeschäftigung“ enthält einige „Lafontaineismen“:

+ die Begünstigung von *„Sachinvestitionen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze ... (durch) die Einführung einer steuerstundenden Investitionsrücklage“*;

+ *„eine allgemeine Verkürzung der wöchentlichen und täglichen Arbeitszeit ohne Einkommensminderung, wobei die Verkürzung der Arbeitszeit auch* ***differenziert*** *geregelt werden kann“*;

+ *„immer häufiger wollen Arbeitnehmer ihre Arbeitszeit freier wählen bzw. Teilzeitarbeit leisten. Wird diesen Wünschen mehr entsprochen, kann eine zusätzliche freiwillige Arbeitszeitverkürzung erreicht werden“*.

Aus der sozialdemokratischen Wirtschaftsprogrammatik rausgeflogen ist die noch in Nürnberg (1986) geforderte Ergänzungsabgabe für Bezieher höherer Einkommen; eine wichtige, von Gewerkschaftsseite ablehnend aufgenommene Ergänzung ist die Erhöhung von Energiesteuern, die auf einen Vorschlag der Hauff-Kommission zur Vorbereitung des sogenannten Atomausstiegs in Zehn-Jahres-Frist zurückgeht.

Es ist nicht nur die Eindeutigkeit, mit der das wirtschaftspolitische Papier beschlossen wurde, die Lafontaines Verwurzelung in der Partei unterstreicht. Vogel, der sich im „Spiegel“-Gespräch (12.9.88) von der Sonntagsarbeit absetzte, betonte vor der SPD-Fraktion im März: *„Besonders interessant — und das ist von Lafontaine angestoßen — ist der zwischen Ernst Breit und Herrn Murmann in Gang gekommene Dialog darüber, daß* ***reale Lohnkürzungen*** *dann in Betracht gezogen werden könnten, wenn sich die Unternehmerseite in nachprüfbarer Weise verpflichtet, in voller Höhe des dadurch eingesparten Betrages auf Dauer neue Arbeitsplätze zu schaffen“* (Hrvg. v. A. — fo.).

Unter der Überschrift „Die Enkel sind für den freien Sonntag“ zitierte der „Vorwärts“ sozialdemokratische Sternchen in den 40ern mit Distanzierungen, die keine sind. Schröder (Niedersachsen): *„Ich teile die Einschätzung, daß die ökonomische Entwicklung zu mehr Flexibilität zwingt. Auch muß es Politik der SPD sein, wo immer es geht, den freien Sonntag ... zu verteidigen“*. Und Scharping (Rheinland-Pfalz) erklärte sich *„gegen eine künstliche (?) Erweiterung der Arbeit am Sonntag“*. Der Zwang der Verhältnisse wird es weder den Gewerkschaften noch den „Lafontainianern“ erlauben, wesentliche Abstriche von ihren Positionen zu machen. Während die einen der weiteren Deregulierung der Arbeitsstandards entgegentreten müssen, können die anderen nur dann regierungsfähig werden, wenn sie ein schlüssiges Konzept für die westdeutsche Wirtschaft nachweisen können. Während branchenorientierte Betriebs-und Tarifpolitik gegen Unternehmer gemacht werden muß und auf Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger wenig Rücksichten zu nehmen braucht, bedarf es zur Regierungsfähigkeit der SPD mehr: Angebote ans deklassierte Stimmvolk (Grundrente), an die grünrosa WählerInnen (ständig fristverlängerter Atomausstieg, Frauenquote) und nach menschlichem Ermessen eines Bündnisses mit der FDP — und die braucht die Zustimmung ihrer bourgeoisen Finanziers.

fo.

Das Ende einer grünen Karriere

Bremerhavener GRÜNEN-Sprecher zurückgetreten

Der Streit um grüne Asylpolitik in Bremerhaven, ausgelöst durch den massenhaften Zuzug jugoslawischer Roma (siehe AK 297. S. 27), hat inzwischen interne Konsequenzen gezeitigt. Der grüne Vorstandssprecher Bernd Vogel (dem ständigen AK-Leser als Beteiligter an der „äußerst komplizierten Aktion“ Grüner in Partei und Medien gegen den KB 1978/79 kein Unbekannter) hat im Zuge dieser Debatte sein erst vor 5 Monaten angetretenes Sprecheramt zurückgegeben und ist aus den Grünen ausgetreten. Vogel, der den Bremerhavener Magistrat für seine Asylpolitik gegen die Roma — Eßpakete statt Bargeld, die BRD sei kein Einwanderungsland — ausdrücklich gelobt hat, versucht jetzt Spuren zu verwischen, wenn er *„unerträgliche Ideologisierung“* in den Grünen zum Hauptaustrittsgrund erklärt.

Letzter Anstoß für seinen einigermaßen überraschenden Schritt dürfte eine nochmalige Erörterung der öffentlichen Schelte, die die Grünen ob ihrer Haltung in der Asylfrage zu hören bekamen, in einer grünen Mitgliederversammlung Ende August gewesen sein. Kein Anwesender — außer Bernd Vogel — mochte der in einem Offenen Brief formulierten Kritik seitens Bremerhavener Initiative für Frieden und Abrüstung (BIFA) offen entgegentreten und die vorher durchaus nicht minoritäre Zustimmung zur restriktiven Asylpolitik des Bremerhavener Magistrats aufrechterhalten. Die BIFA hatte das Mitschwimmen der Grünen auf der *„scheinbar populären Welle der Hetze gegen Wirtschaftsasylanten“* scharf angegriffen.

Kern seiner Abrechnung mit grüner Politik in Bremerhaven ist — neben allerlei Betroffenheits-Schnickschnack —die Feststellung, daß *„Realpolitik mit fundamentalistischer Programmatik“* nicht zu machen sei. Mit Positionen wie NATO-Austritt und freier Flüchtlingsstadt werde nur *„der Bürger vor den Kopf gestoßen“*, die Umsetzungsmöglichkeiten grüner Positionen jedoch würden vernachlässigt. Belege dafür, daß die von ihm favorisierte Politik der „verantwortungsvollen Opposition“ mit ihrer bedingslosen Anbiederung bei den staatstragenden Parteien irgendwelche politischen Erfolge bringe, muß Vogel jedoch schuldig bleiben.

Fünf Jahre hatte es immerhin gedauert, bis Bernd Vogel im Bremerhavener Kreisverband zu Amt und Würden gelangte. Das ist deswegen erwähnenswert, weil seine politische Laufbahn bis zu seiner Übersiedlung von Bremen nach Bremerhaven durchaus von einer gewissen Wendigkeit und Durchsetzungsfähigkeit gekennzeichnet war. So hatte er sich — aus dem Dunstkreis der alten KPD/AO kommend — zunächst 1978 beim Aufbau der „Alternativen Liste“ engagiert und mit zur deutlichen Abgrenzung der Liste gegen die BGL Olaf Dinnes beigetragen. Dies hinderte ihn aber nicht, in dem Augenblick, als die Eigenkandidatur der BGL und deren Unterstützung durch prominente Linke („Links für Grün“) feststand, die Seiten zu wechseln und mit Willers und Dinne gegen die AL zu polemisieren. Rechtzeitig zur Wahl 1983 dann, als feststand, daß die Rest-BGL auf dem absteigenden Ast ist, wechselte Vogel zu den Grünen über und engagierte sich im Wahlkampf gegen die alternative BAL.

Mit dem Austritt Vogels ist die grüne Partei nun auch einen Exponenten ihres rechten Flügels (wenn man diese Einteilung angesichts der unübersichtlichen Situation bei den Grünen überhaupt verwenden will) losgeworden, nachdem in den Wochen zuvor mehrere fortschrittliche Grüne entweder aus Anlaß der Wahl Vogels zum Vorstandsmitglied oder wegen der damit erfolgten Politikausrichtung ausgetreten waren. Die Personaldecke der Bremerhavener Grünen ist aufgrund dieser Entwicklung inzwischen ausgesprochen dünn, glaubwürdige und kompetente Kandidaten für Vorstandsämter kaum in Sicht und eine politische Linie gar erst recht nicht erkennbar. Die Bemühungen des Landesvorstands, per Umstrukturierung die Arbeit des Kreisverbands zu konsolidieren, werden daran nichts wesentliches ändern.

Da hat möglicherweise Bernd Vogel die Zeichen wieder einmal richtig gedeutet und die ihm angemessene Konsequenz gezogen .

a./Bremerhaven

„Genug ist genug“

Persönliche Erklärung zum Austritt aus den GRÜNEN

Mein pragmatischer Schritt im März 1987, gemeinsam mit einem Teil der linksstehenden Alternativen Liste Aschaffenburg (AL), in die Grünen einzutreten, hat die Grünen nicht in Richtung Politikvorstellungen der AL weiterentwickelt, sondern das Gegenteil ist eingetreten. Die damals von uns vehement kritisierte Politik — Hauptgewicht Parlament und Parteifestigung bei gleichzeitigem Verlust der „Kampagnenfähigkeit“ und des außerparlamentarischen Standbeins — ist heute gängige Praxis der Grünen/GAL geworden.

Bundesweit hat dies Parallelen. Die Grünen haben sich zu einer systemimmanenten Reformpartei verfestigt. Der Mitte-Flügel und die Realos bestimmen die politische Linie der Grünen. Die Öko-Sozialisten von Ebermann bis Reents und die Öko-Fundamentalisten um Jutta Ditfurth haben keine Chance mehr, diese Entwicklung zu ändern. Der Kampf um die Erhaltung fundamental oppositioneller Ausrichtung der Partei ist im Sinne reformistischer Politik entschieden. Ich betrachte dies als eine Entwicklungsphase der Grünen, die ihren Abschluß gefunden hat.

Politik auf dieser Ebene zu machen, widerspricht meinem Grundverständnis als radikaler Demokrat und Sozialist, für den die außerparlamentarische Arbeit eine Grundvoraussetzung für die Arbeit im Parlament ist. Ich ziehe damit die Konsequenzen.

Meine Widersprüche zur Grünen/GAL Aschaffenburg spitzten sich unter anderem an der Einschätzung und Bewertung der OB-Wahl 88, der Volkszählung 87 und der fehlenden außerparlamentarischen Praxis zu. Die kommunalpolitische Praxis im Stadtrat — zeit- und nervenaufreibende Auseinandersetzung mit der Beton-Fraktion OB und seinen Hauptstützen CSU/SPD — hat in mir, als „Letzten der alten AL“, ein übriges zu diesem Schritt beigetragen.

Die Frage ist berechtigt, warum ich nicht schon früher, zumindest in Ansätzen, meine Kritik in die Öffentlichket getragen habe. Wie auch bei den Grünen auf Bundesebene, so gibt es auch in Aschaffenburg gegensätzliche Politikvorstellungen. Perspektivische Diskussionen fanden aber kaum statt. Sie wurden eher als lästig empfunden — wie meine Kritik am Rechenschaftsbericht des GAL-Vorstandes auf der Jahreshauptversammlung im Frühjahr 1988.

Konsequenterweise kann ich nach meinem Parteiaustritt nicht mehr Gallionsfigur der Grünen im Stadtrat sein. Deshalb lege ich mein Stadtratsmandat nieder. Hier muß eine Lösung gefunden werden, um gegen den zu erwartenden Widerstand von Oberbürgermeister und Stadtratsmehrheit meine Rotation und das Nachrücken des nächsten Grünen-Kandidaten zu realisieren.

Abschließend noch einige Klarstellungen:

1. Die Grünen/GAL sind nach wie vor für mich eine fortschrittliche Organisation; ich sehe sie als Bündnispartner gegen antidemokratische, antiökologische und unsoziale Politik der regierenden Parteien und Herrschenden in Bund, Ländern und Kommunen und als solche werde ich mein Verhältnis zu ihnen gestalten.
2. Wie schon in der Vergangenheit, wo ich in Initiativen wie z.B. gegen die Volkszählung 87 tätig war, werde ich in der Zukunft meine Kraft in die Entwicklung des außerparlamentarischen Widerstands stecken.
3. Auch wenn heute bestimmte linke Politikansätze kommunal und bundesweit gescheitert sind, so heißt das nicht von vornherein, daß sie zum Scheitern verurteilt waren. Die Diskussion darüber ist notwendig und hat schon begonnen.

Johannes Büttner
Aschaffenburg, 4.9.88

Das Symbol Palästina

Warum die Hafenstraße eine Parole braucht

Yaron Matras

„Boykottiert Israel“ wurde an eine Wand in der Hafenstraße gemalt. Genug, um selbst Sympathisanten zu erschrecken und die Aufmerksamkeit vieler auf die Hamburger Zentrale des anti-imperialistischen Kampfes zu lenken: Als *„geschmacklos“* und *„antisemitisch“* wurde die Parole in der Öffentlichkeit bezeichnet und Hamburgs erster Bürgermeister Voscherau erklärte das Gemälde zur *„Staatsangelegenheit“* und forderte die Hafen-Bewohner ultimativ auf, es bis Mitternacht des 31. August zu entfernen, sonst…

Widerstandslos wurde dann am deadline-Termin die Wand übermalt, jedoch nicht unbemerkt: *„keine stimme wird die stimme des aufstandes übertönen — es gibt noch viele wände“* plakatierten die Besiegten der Kampagne triumphierend und zogen durch St. Pauli aus Protest gegen den Senatsbeschluß, ihre uneingeschränkte Solidarität mit dem palästinensischen Aufstand verkündend.

Die Diskussion innerhalb der Linken um die falsche oder richtige Palästina-Solidarität, die auf ihre Weise den Aufstand der letzten Monate aus der Ferne begleitete, bekam diesmal durch die Intervention von „Außen“ eine andere Dimension. Die jüdische Gemeinde protestierte, Arie Goral, in Hamburgs antifaschistischen Kreisen bekannt, schrieb „wehret den Anfängen“ und ein prominentes GAL-Mitglied drohte mit Austritt, falls seine Partei sich von der Parole nicht distanziere.

So konnte sich auch die GAL, Bündnispartner zu Krisenzeiten, die Verwirrung nicht ersparen. Eine scharfe Auseinandersetzung brach noch vor den Sommerferien aus, in den Reihen des Landesvorstandes konnte man sich jedoch auf keine Handlungsrichtung einigen: Für die Einen war jede Debatte überflüssig, schließlich würde man sich für die politische Autonomie der Hafenstraße einsetzen, was auch eine Haltung der Nicht-Einmischung zu bedeuten habe.

Manche fanden es sinnvoll, gerade über den Antisemitismus-Vorwurf zu diskutieren, um die Hafenstraße vor „erneuten Kriminalisierungen“ zu schützen, andere wollten ihre Reaktion darauf auf die Position der GRÜNEN zu Palästina stützen, die Israel kritisiert, aber doch anerkennt. Die Nicht-Anerkennung („Israel“

zen, die Israel kritisiert, aber doch anerkennt. Die Nicht-Anerkennung („Israel“
wurde am Hafen in Anführungszeichen gesetzt) könne nicht die durch den Zionismus verursachte Ungerechtigkeit beseitigen, der Aufruf zum Boykott würde wiederum an die Zeiten von „kauft nicht bei Juden!“ erinnern. Die GAL wurde dazu aufgefordert, solche Parolen als Mittel der Auseinandersetzung abzulehnen.

Doch der Landesvorstand blieb stumm. Die vorgelegten Anträge beinhalten so verschiedene Standpunkte wie eine Unterstützung der Auffassung der Nahost-Experten, Nicht-Befassung, Verurteilung der Hafen-Parole und bis hin zu einem Bekenntnis zum antifaschistischen Kampf. Aber was das eigentliche Thema war, blieb unklar.

Verwirrt scheinen aber nicht nur die Bündnispartner zu sein. Verwirrt wird jeder, der sich das Solidaritätsspektakel anschaut und versucht herauszufinden, um was es eigentlich geht. Denn, ginge es nur um die Parole als Ausdruck eines politischen Programms zur Frage „Palästina“, so wäre es relativ einfach. Man würde dann erworbene Kenntnisse einsetzen, um die Geschichte und die gegenwärtige Lage im Nahen Osten zu besprechen. Man würde darüber diskutieren können, was die Perspektiven einer Lösung des Konfliktes oder eines Ausgangs des aktuellen Aufstands sind. Man würde fragen, ob man von hier aus den Aufstand durch Boykott israelischer Waren, durch Hilfe für die Volkskomitees oder für oppositionelle Gruppen sinnvoll unterstützen kann.

Doch all diese Fragen haben eine völlig andere Bedeutung, wenn sie in erster Linie aus dem hiesigen Kontext abgeleitet werden: Um über Palästina reden zu können, muß man nicht nur die Unkenntnis überwinden, man muß sich mit Bedürfnissen und Fronten auseinandersetzen, die mit dem Konflikt im sonnigen Morgenland wirklich wenig zu tun haben.

Man führt hier einen politischen Kampf gegen den Staat und seine Ordnung, man ist von der Qualität des schichtenübergreifenden Massenaufstands in Palästina beeindruckt und möchte dort von hier aus mitmachen. Doch der Konflikt in Nahost, der Streit zwischen zwei Völkern um das Selbstbestimmungsrecht in einem Land, der Widerstand gegen eine kolonialisierende Politik und gegen das Vorenthalten nationaler Rechte — all diese gehören zu einer Ebene, die den Zuständen, den Denkmustern und den Analysen in Europa oft fremd sind.

Für Linke in Deutschland ist nämlich Palästina bei weitem keine existentielle Frage, weswegen ständig nach dem „eigenen Bezug“ gesucht wird, um daraus die ersehnte „Betroffenheit“ abzuleiten. *„Eine Front gegen Faschisten, Rassisten und Zionisten in Palästina, Azania … und hier“* verlangt ein Transparent in der Hafenstraße. „hier“ nach einiger Verzögerung ist die Herstellung der sogenannten globalen Zusammenhänge, die dem anti-impi Spektrum den subjektiven Status einer hiesigen Entsprechung der palästinensischen Befreiungsbewegung verleiht.

So war auf einem Plakatentwurf vor einigen Monaten eine Zeichnung zu sehen, die die Gemeinsamkeiten im Kampf zu thematisieren versuchte: Auf der einen Seite ein palästinensischer Jugendlicher, mit einer „Kufijje“ — einem sogenannten „Pale-Tuch“ — vermummt, der vor dem Hintergrund einiger Bulldozer — stellvertretend für die israelische Siedlungspolitik — steht, einen Stein in der Hand tragend. Auf der anderen Seite, parallel und in gleicher Größe, ein vermummter „Autonomer“, Stein in der Hand, vor einem mitteleuropäischen Kernkraftwerk. Das ganze trägt die Überschrift: *„Steine können auch Argumente sein“.*

„Wir kämpfen um unsere Befreiung international“ verkündet ein Palästina-Plakat in St. Pauli. Palästina wird zum Symbol eines Widerstandes. Das, was für die 68er Vietnam war, versuchen heute andere nachzumachen: Aus den Kämpfen in Palästina den Stoff für die Bildung der eigenen politischen Identität hier herauszuholen. So erschien im Hafen ein vierseitiges Flugblatt, das als Titelblatt eine große Abbildung der inzwischen verschwundenen Parole trägt. Im inneren Teil geht es dann um die Häuser, um die Front gegen Bullen und Faschos, um die Anschuldigungen bezüglich der Parole, schließlich um das kommende Fußballspiel des FC St. Pauli und die Bedrohung durch Hooligans — die Summe der aktuellen Probleme des Hafenalltags.

„Kommt, bringt Helme, Knüppel und gute Ideen mit! Kein Fußbreit den Faschisten! Solidarität mit dem Volksaufstand in PALÄSTINA“. Dieser abschließende Satz hörte sich fast so an, als würden jetzt die

PALÄSTINA“. Dieser abschließende Satz hörte sich fast so an, als würden jetzt die
Hafenstraßler Brigaden nach Palästina schicken. In keinem anderen Land begründet man den Selbstverteidigungskampf — hier gegen Neonazis, gegen Räumung — durch Parolen aus dem Widerstand einer fremden, entfernten Gesellschaft. Hier fungiert aber Palästina nicht nur als Palästina, sondern stellvertretend für einen Kampf, den man hier vielleicht gerne führen würde. Und das macht es so schwierig, über Palästina zu reden.

Aber warum gerade Palästina? Worin besteht der Reiz, sich einen entfernten Kampf — so gerecht er ist — mit solchem Eifer anzueignen? Dem bundesdeutschen Staat galt und gilt Israel als Alibi. Es ermöglichte eine vermeintliche Versöhnung zwischen einer deutschen und einer jüdischen Regierung. So sehr der bundesdeutsche Staat, die Springer-Presse und die westdeutschen Medien sich schützend hinter Israel stellen, um bloß die Debatte über den deutschen Antisemitismus zu beenden, umso mehr bemüht man sich in linken Kreisen, das Alibi-Tabu zu durchbrechen.

Vor diesem Hintergrund muß das Bedürfnis verstanden werden, die israelische Politik mit dem deutschen Nationalsozialismus gleichzusetzen. Es ist die Rede von der *„ideologischen Verwandtschaft zwischen dem NS-Faschismus und dem Zionismus“* (1), von den Kontakten der Zionisten zu der *„jüdischen Abteilung der SS“*, vom Aufruf der Zionisten *„zur Zusammenarbeit mit dem NS-Regime“* (2), eine Vergewaltigung geschichtlicher Fakten, die das Bild Israels als Gegenthese zum deutschen Faschismus um jeden Preis zerschlagen soll. Der Ausgleich führt zur Entlastung, Juden und Nazis sind endlich in einem Boot.

Die Auseinandersetzung mit dem deutschen Nationalsozialismus und seiner (Nicht)Aufarbeitung in dieser Gesellschaft sowie die Infragestellung des bundesdeutschen Staates führen die Linke zu Palästina, nicht die eigentliche Lage in Nahost. Die Debatte, die man hier scheinbar um Palästina führt, ist eine Debatte um deutsche Vergangenheit und bundesdeutsche Gegenwart, der Aufstand in Palästina liefert dazu — wie 1982 die israelische Invasion in den Libanon — lediglich den Anlaß.

Es ist zweifellos ein Akt des Zynismus, wenn der Hamburger Senat die Parole „boykottiert Israel“ als antisemitisch bezeichnet, um dadurch ihre Entfernung zu rechtfertigen. Dem Senat, der Alt- und Neonazis duldet, der von seinen Beamten immer noch einen „Nachweis der deutschen Abstammung“ verlangt, geht es nur darum, Muskeln zu zeigen und seine Souveränität im Bereich der Häuser nochmal zu betonen. Dabei versucht er, wie die Hafen-Bewohner richtig schreiben, *„sich einen antifaschistischen Orden anzuheften“.*

Gleichwohl kommt man nicht um eine Auseinandersetzung mit dem als Antizionismus verpuppten Antisemitismus herum. Wenn Kreise wie die „Autonome Nahostgruppe“ die *„notwendige Assimilation“* der Juden verlangen (3), oder wenn von Machenschaften der „Vertreter israelischer Konzerne“ (Flugblatt der Hafenstaße) die Rede ist, so muß man sich erst mit der Übernahme traditioneller eurozentrischer Feindbilder und Vorurteile beschäftigen, ehe man sich an die Bewertung der Verhältnisse anderswo heranmacht.

Solange man nicht den Beweis dafür geliefert hat, daß man mit der Vergangenheit im eigenen Land verantwortlich umgehen kann, ohne sie auf andere Konflikte zu projizieren, und daß man Antisemitismus auch in den eigenen Reihen erkennen und selbstbewußt thematisieren kann, solange werden auch potentielle Unterstützer und Sympathisanten den verkündeten Solidaritätsabsichten gegenüber skeptisch und mißtrauisch bleiben.

Nun ist St. Pauli voll mit anti-israelischen und pro-palästinensischen Parolen, die — man kann inhaltlich dazu stehen wie man will — die kompromißlose Verpflichtung der Hafen-Bewohner zum antifaschistischen Kampf bezeugen. Man vermißt aber einige Sprüche, die gerade in diesem Stadtteil, mit seinem hohen Anteil an Einwanderern, die die Schikanen der „Bullen“ und die Provokationen der „Faschos“ tagtäglich erleben müssen — gerade hier fehlen Transparente wie „stoppt alle Abschiebungen“ oder vielleicht „Gleichstellung der Flüchtlinge aus der „Dritten Welt“ mit den deutschstämmigen Spätaussiedlern“.

Wie auch immer sich die Debatte zu Palästina in der Hafenstraße entwickelt, bleiben die Bewohner der Häuser eine Erklärung darüber schuldig, warum ihr antirassistischer Einsatz — zumindest in der nach Außen übertragenen Symbolik — sich schwerpunktmäßig mit den Aufständen in Palästina oder Südafrika befaßt, der antirassistische Kampf der ethnisch-kulturellen Minderheiten in der Bundesrepublik dagegen ausgeklammert wird. Sollte der Grund wirklich der sein, daß *„in Palästina der Aufstand in vollem Gange ist, hier jedoch der Bereich ziemlich schwach“* sei, so steht die Glaubwürdigkeit nicht nur der radikalen Bekenntnisse zur internationalen Solidarität in Frage.

Vielmehr zerfällt der ganze Anspruch, als mobilisierende Bewegung selbst zu agieren; nicht nur aufmunternden Kampfparolen hinterherzurennen, sondern auf Ereignisse, die vor der eigenen Haustür stattfinden, Einfluß zu nehmen. Angesichts der vielen Veranstaltungen und Gespräche mit „Genossen aus dem Ausland“ sowie der Tatsache, daß die Hafen-Bewohner nicht gerade konfliktscheu sind, wird niemand überzeugend erklären können, warum es ihnen bisher nicht gelungen ist, unter den etwa siebzigtausend Einwanderern und Flüchtlingen in ihrer Stadt Bündnispartner zu finden, um gegen die Abschiebepolitik des Senats und für die Gleichstellung der Immigrantenbevölkerung mobil zu machen.

Ist es mit dem Antirassismus ernst gemeint, so wird man weiterhin konkrete Taten in dieser Richtung erwarten, ansonsten kann man nur von einem Ersatz-Internationalismus, von einer Verlagerung der Konflikte reden, nach dem Motto „je weiter der Ort — umso größer die Solidarität“.

1. Stellungnahme der Nahostgruppe Freiburg in „blätter des iz3W“, Nr. 150, Juni 1988.
(2) Stellungnahme aus „immer rebellieren“ in „Deutsche Linke zwischen Israel und Palästina“, hrsg. vom AK, Juni 1988
(3) AK 291, Februar 1988

Ein unvermeidlicher Streit:
Deutsche Linke zwischen Israel und Palästina



Nie seien sich die deutschen Linken so einig wie gegen Israel, pflegt der israelische Journalist Henryk Bröder zu behaupten, der darin eine Spielart des „ewigen Antisemitismus“ sieht. Die Tatsachen sehen anders aus: Mit kaum einem internationalen Thema tun sich die deutschen Linken so schwer wie gerade mit dem Konflikt Israel/Palästina. Ausdruck davon ist die seit Jahren durchweg magere Beteiligung an Demonstrationen und Solidaritätsaktionen, sei es während des Libanonkriegs 1982 oder derzeit aus Anlaß des Aufstands in den besetzten Gebieten. Bei keinem anderen Konflikt scheuen sich so viele Linke, einen eindeutigen, parteilichen Standpunkt zugunsten der Entrechteten und Unterdrückten wenigstens verbal zu bekunden. Es dominiert eine auf Kosten der Opfer gehende „Objektivität“, die den Konflikt nicht von seinem eigenen Wesen her, sondern aus der besonderen Optik der deutschen Schuld am jüdischen Volk betrachtet und interpretiert.

Auf der anderen Seite steht ein minoritärer Extremismus, insbesondere unter Autonomen und „Antiimperialisten“, der weder die realen Bedingungen des israelischen-palästinensischen Konflikts noch die spezifische Belastung jeder Solidaritätsarbeit zum Thema in diesem Land berücksichtigt. Dieser Extremismus wird durch seine Isolation und durch die praktische Passivität des größten Teils der Linken noch bestärkt. Andererseits wird es fast unmöglich sein, die Solidaritätsbewegung zu verbreitern, solange sie in ihrem Erscheinungsbild wesentlich von sektiererischen Positionen mitgeprägt wird.

Wir dokumentieren Texte aus Hamburg, Bremen und Freiburg sowie über die Auseinandersetzung bei den GRÜNEN, die folgende Fragen behandeln: Selbstbestimmungsrecht für das palästinensische, aber nicht für das jüdische Volk? Ist Antizionismus linker Antisemitismus? Wann kann ein palästinensisch-israelischer Dialog bestehen? u.a.m.

Der Hort des Antisemitismus

„Es geht also. Man muß nur beharrlich und konsequent sein.“ Sprach Herakles Voscherau, nachdem er der in der Hafenstraße 106 hausenden antisemitischen Hydra den Kopf abgeschlagen hatte. Während Bürgermeister Voscherau eine gegen Israel gerichtete Parole übermalen ließ, tauchten ähnliche Wandschriften an drei, vier, fünf anderen Häusern in Hamburg auf. An vielen Wänden klebten plötzlich große Plakate mit dem aus Presse und TV längst wohlbekannten Bild der umstrittenen Fassade und der freundlichen Aufforderung, Gleiches an anderen Wänden und Orten zu tun. Die Leute von der Hafenstraße hatten es wieder einmal geschafft, einer räumungsverdächtigen Kraftprobe pfiffig aus dem Wege zu gehen und den Gegner lächerlich zu machen. Das verschafft ihnen Sympathie, nicht nur unter den Freunden und Befürwortern dieser speziellen Parole und der damit verbundenen Politik.

„Zutiefst beschämend“ und *„unerträglich“* hatte Voscherau am 30. August, einen Tag vor Ablauf des von ihm gesetzten Ultimatums, in einer Presseerklärung die Fassadenparolen an der Hafenstraße 106 genannt. *„Er werde nicht zulassen, daß Hamburg in den Augen der Öffentlichkeit in den Verdacht des Antisemitismus gerate.“* Und er versprach, *„die Stadt vor der unerträglichen Gefahr zu schützen, in den Ruf eines Horts neuen Antisemitismus gebracht zu werden.“*

Eine verlogene Pose: Die angeblich so „unerträglichen“ Parolen befanden sich dort immerhin schon seit Anfang April, waren also rund fünf Monate lang Gegenstand öffentlicher Aufmerksamkeit, die sie überhaupt erst durch das unsinnige Antisemitismus-Geschrei erhalten hatten. Schon Mitte April hatte der damals noch amtierende Dohnanyi von der Lawaetz-Stiftung die *„sofortige Beseitigung“* der Parolen gefordert. Und schon Anfang Mai hatte Dohnanyi auf einen Alarmbrief des Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland Heinz Galinski souverän mitgeteilt: *„Ich teile uneingeschränkt Ihre Auffassung, daß die Parolen alsbald beseitigt werden müssen. Ich habe das Erforderliche veranlaßt.“*

Nein, „unerträglich“ war dem Bürgermeister und seinem Senat die Fassadengestaltung Hafenstraße 106 ganz offensichtlich nicht. Wohl aber schien sie Stoff für eine monatelange Hetzkampagne im Sinne der Konfrontationsstrategie — Endziel Räumung unter optimalen Bedingungen — zu bieten. *„Immer wieder“*, so steht es in Voscheraus Presseerklärung vom 30. August, waren die „Schmierereien“ Thema von Senatssitzungen und schließlich wurden sie gar, Höhepunkt des absurden Sommertheaters, von Voscherau offiziell in den Rang einer *„wichtigen Staatsangelegenheit“* erhoben. Da wirkt sogar das bekannte Bild von der Kanone, mit der auf Spatzen geschossen wird, vergleichsweise matt.

Jedesmals, wenn sich wieder eine aufgeregte Stimme zu Wort meldete, um in schärfster Tonart die „antisemitischen Schmierereien“ anzuprangern, habe ich mich gefragt, ob wirklich immer noch von den gleichen Parolen die Rede war. Und wirklich, sie hatten sich nicht geändert. Sie lauteten, ohne Auslassung und Hinzufügung: *„Boykottiert ‚Israel‘! Waren, Kibbuzim + Strände. Palästina — Das Volk wird dich befreien. Revolution bis zum Sieg.“* Politisch läßt sich dazu eine Menge sagen, aber Antisemitisches mag vielleicht ein scharfsinniger Betrachter in den *Gedanken* und *Motiven* der Parolenmaler aufspüren, doch in den *geschriebenen* Worten ist es nicht zu finden.

Es scheint mir bezeichnend, daß manche Leute sogar eine nachdrückliche Denkhilfe benötigten, um in die richtige empörte Stimmung zu geraten. Am 20. April hatte das „Hamburger Abendblatt“ die Geschäftsführerin der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Lore Uldall, mit der sehr maßvollen und besonnenen Aussage zitiert: *„Wir heißen die Parole zwar nicht gut, sehen sie aber mit einer gewissen Toleranz im Rahmen der Meinungsfreiheit.“* Anfang Juli aber war Frau Uldall soweit, die Parolen für „beschämend“ und „makaber“ zu halten; es sei „empörend“, daß sie nicht beseitigt würden. („Abendblatt“, 29.7.) Inzwischen hatte der DIG-Vorsitzende Erik Blumenfeld (CDU) eine klare Sprachregelung ausgegeben.

Das Antisemitismus-Geschrei und die zwar monatelang nicht realisierte, aber doch ständig präsente Drohung mit der Staatsgewalt haben eine Auseinandersetzung mit den konkreten Parolen der Hafenstraße sehr erschwert. Es läßt sich nicht gut mit jemandem diskutieren, dessen Recht auf Meinungsfreiheit gerade in dem umstrittenen Punkt akut bedroht ist und der zusätzlich einer konzertierten Hetzkampagne in fast allen Medien ausgesetzt ist.

Für die, die die Debatte Anfang des Jahres zwischen KB und Autonomen beachtet haben, wird evident sein, daß die Parolen von der Hafenstraße 106 in Kurzform genau *die* Politik symbolisieren, gegen die wir uns damals gewendet haben und die wir nach wie vor kritisieren: Die Nichtanerkennung des israelischen Selbstbestimmungsrechts, die Ignoranz gegenüber der Perspektive eines palästinensisch-israelischen Dialogs und langfristig eines binationalen Staates. Die Parole

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

„Palästina — Das Volk wird dich befreien" spricht zwar nicht aus, *welches* Volk, meint aber offensichtlich nur das palästinensische, läßt die jüdischen Israelis als Subjekt nicht einmal vorkommen. Die reale Politik der PLO, die sich mehr und mehr gerade an dieses Subjekt wendet, kann demgegenüber nur als Verrat wahrgenommen werden. Wer soll dann der palästinesische Partner einer so interpretierten Solidarität sein? Abu Nidal? Die moslemischen Fundamentalisten?

Auch die Boykott-Parole haben wir damals abgelehnt. Seither ist bei Autonomen, aber nicht nur dort, die Version im Umlauf, der KB habe die Parole als *antisemitisch* bezeichnet und sie mit dem „Kauft nicht bei Juden" der Nazis *gleichgesetzt*. Das ist ärgerlich, weil es auf die Unfähigkeit schließen läßt, anderen zuzuhören. Wenn diese Fähigkeit oder Bereitschaft nicht vorhanden ist, bleibt selbstverständlich jede Debatte zwecklos.

Wörtlich haben wir damals geschrieben: *„Wir halten diese Parole erstens in dem bekannten historischen Kontext (‚Kauft nicht bei Juden') in der BRD für unangemessen, und wir sehen zweitens, daß sie wegen der auf der Hand liegenden Mißdeutungsmöglichkeiten der Solidarität mit dem palästinensischen Kampf mehr schaden als nutzen wird."* — Über den zweiten Teil der Aussage sollte sich eigentlich nicht mehr streiten lassen. Oder wo liegt für die Palästinenser der Nutzen eines in Hamburg geführten Streits, bei dem es überhaupt nicht mehr um die konkrete Besatzungspolitik Israels geht, sondern nur noch um das Abwehren unverschämter und dümmlicher, aber darum doch nicht völlig wirkungsloser Vergleiche mit dem NS-Antisemitismus?

Zum ersten Satzteil ist zu beachten, daß bewußt durchaus nicht von „antisemitisch" die Rede ist, wie übrigens auch sonst an keiner Stelle unserer Kritik. Daß die Boykott-Parole „unangemessen" sei, wird nicht auf die Forderung als solche

sonst an keiner Stelle unserer Kritik. Daß die Boykott-Parole „unangemessen" sei, wird nicht auf die Forderung als solche

bezogen, sondern nur aus dem speziellen Kontext *dieses* Landes abgeleitet. Der in Klammern gesetzte Hinweis auf die Nazi-Parole bezweckt keine Diffamierung der heutigen Boykott-Forderung, sondern soll lediglich den historischen Kontext verdeutlichen, ohne den unserer Meinung nach die Sache in *diesem* Land auch heute nicht diskutiert werden darf — aus moralischen Gründen ebenso wie aus politisch-zweckmäßigen.

Das heißt aber auch, die Frage kann sich in einem anderen Land vielleicht anders stellen. Erich Fried, der uns damals auch mißverstanden hatte, schickte uns einen von linken Israelis formulierten Boykott-Aufruf, verbunden mit der vorwurfsvollen Frage: ob wir die Unterzeichner etwa für Antisemiten halten würden? Aber nicht darum ging es, sondern um den *Kontext* einer Boykott-Kampagne gegen Israel in *diesem* Land, das insofern nicht irgendein beliebiges Land ist.

Außerhalb dieses Kontextes wäre eine Boykott-Kampagne politisch nicht wesentlich anders zu diskutieren als gegenüber Südafrika oder Chile.

In der „Hamburger Rundschau" vom 15. September haben Michael Herrmann, Hans-Joachim Lenger und Jan Philipp Reemtsma Stellung zum Parolenstreit genommen. Als Autoren eines wohlwollenden Buches über die Hafenstraße fühlen sie sich offensichtlich legitimiert, die Dinge auf genau *den* Begriff zu bringen, auf den Senat, CDU, rechte SPD, Springerpresse usw. sie von Anfang an haben wollten: Die Parolen waren tatsächlich *antisemitisch*. Die Parolen *„stehen für eine weitere, vielleicht für die entscheidende Niederlage der Linken in der Bundesrepublik Deutschland."* Schlußfolgerung: die Freunde der Hafenstraße *„müssen die Tatsache begrüßen, daß die Wand noch steht, aber die Parole nicht mehr auf ihr."*

Wer als Linker so denkt, sollte logischerweise auch Anhänger der Prügelstrafe werden, wenn ihm die Mittel so zweitrangig sind, mit denen eine gewünschte Verhaltensänderung bewirkt wird. Daß die Parole nicht mehr auf der Wand steht, ist *ausschließlich* der Drohung mit Gewalt, nämlich einem Ultimatum und begleitenden Räumungsgerüchten zuzuschreiben. Die Wirkung dieser Gewalt*androhung* ist nicht denkbar ohne die vorausgegangene vielmalige *Praktizierung* von Gewalt. Wer sich über die Beseitigung der Parole freut, sagt indirekt Ja zu der Gewalt, die die Weißung der Wand erst ermöglicht hat. Das ist ganz und gar nicht gemeint, aber das ist die implizite Logik.

Daß in Wirklichkeit substantiell gar nichts erreicht wurde, ergibt sich aus der Tatsache, daß die gleichen oder ähnliche Parolen nun in *größerer* Zahl an anderen Wänden auftauchen. Nur die Entfernung der Parolen an der Hafenstraße aus *eigener* Überzeugung durch die Bewohner *selbst* wäre ein Gewinn gewesen. Diese Variante ist nicht mehr möglich. Ein Grund zum Zuprosten ist das gerade nicht.

Kt., Hamburg

Amnestie-Debatte im „Pflasterstrand"

NS-Mann leimt KBW-Redakteur

Nachdem die „Frankfurter Rundschau" im März dieses Jahres unwissentlich den gerade aus der Haft entlassenen Neonazi Erwin Schönborn als „Multitalent" und „guten Papa" im Stadtteil portraitiert hatte, ahnten Kenner der lokalen Szene schon Schlimm(er)es: den auf billige Provokation abonnierten „Pflasterstrand" würde das nicht lange ruhen lassen. Vier Monate später war es soweit. „Manfred Roeder — Ex-Neonazi über Dutschke, Terrorismus und Amnestie" kündigte das ehemalige Alternativblatt und jetzige Metropolenmagazin auf dem Titelblatt der Nr. 293 an. Jetzt stellt sich die Frage, wer die publizistischen Vorgaben aus dem Rhein-Main-Gebiet noch übertreffen kann. Vielleicht spricht „Tempo" mit Thies Christophersen in Dänemark (von wo er angeblich nicht ausgeliefert werden kann), damit auch dieser Mann rehabilitiert wird, passenderweise als verkannter Ökobauer. Dann wäre die ganze Dreiergarde rehabilitiert, die als Propagandisten der „Auschwitz-Lüge" und Ziehväter des Rechtsterrorismus für Aufsehen und Entsetzen sorgte. Ach so, Karl Heinz Hoffmann nicht vergessen: ein Essay über Mussolini-Ästhetik wäre bestimmt im „Wiener" unterzubringen.

Roeder — in den siebziger Jahren Gründer einer „Deutschen Bürgerinitiative", Verfasser des Vorworts zu Christophersens „Auschwitz-Lüge" (Auflage 100.000), schließlich als Kopf der „Deutschen Aktionsgruppen" untergetaucht und ins Ausland geflohen, 1982 wegen Rädelsführerschaft und Anstiftung zu Bombenanschlägen auf Ausländerunterkünfte (zwei Tote) zu 13 Jahren verurteilt — war schon im Januar 1987 im „Pflasterstrand" (Nr. 254) gedruckt worden. In einem von ihm als „sehr dringend" eingestuften Brief an den Bundestag hatte sich Roeder gegen die Kronzeugenregelung gewandt. Stattdessen solle das Parlament denjenigen RAF-Mitgliedern, die auf den bewaffneten Kampf verzichten und sich stellen, Straferlaß anbieten. Seinen

denjenigen RAF-Mitgliedern, die auf den bewaffneten Kampf verzichten und sich stellen, Straferlaß anbieten. Seinen

neuen Autor stellte der PS als *„Ex-Nazi"* vor, der sich *„von seiner lupenreinen Nazi-Gesinnung zu distanzieren"* begonnen habe. Der *„Wandlungsfähige"* (PS) habe in seinem Prozeß immerhin anerkannt, daß es in Auschwitz eine Massenvernichtung der Juden gegeben hat (siehe dazu AK 279; zu Schönborns Lobpreisung in der „FR" siehe AK 294).

Inzwischen hat der Terrorismus-Experte in einem anderen als dem gebräuchlichen Sinn des Wortes — ein Experte des Terrorismus im unverfälschten Sinn — dem PS-Publikum neue Erkenntnisse mitzuteilen, etwa daß *„niemand als Terrorist geboren"* werde. Nicht aus Bosheit, sondern aus *„Tugend"* würden junge Leute eine solche Laufbahn einschlagen, aus *„überempfindlichem Rechtsgefühl"* wie weiland Michael Kohlhaas. Auf dem Niveau des gesunden Menschenverstands — „Volksempfinden" ist in diesem Forum nicht so angesagt — folgen triefend moralisierende Plattheiten. Wenn die akademische Jugend rebelliere, sei mit dem Staat etwas nicht in Ordnung; gute Menschen seien es allemal, die sich *„mit der geschändeten und gequälten Kreatur"* solidarisierten und den *„Mord"* an *„an unseren Brüdern und Schwestern in den Flüssen und Meeren"* anklagten und: *„In einem von der Liebe des Volkes getragenen Staatswesen gibt es keinen Terrorismus."* Roeder macht auf biederen Demokrat und Spießer-Durchschnitt, um sich als gesellschafts- und damit entlassungsfähig zu präsentieren. Nach dem guten Papa von nebenan, Schönborn, nun der nette Onkel im Knast.

Ein läppischer Verweis Roeders auf Rudi Dutschke weckte das Interesse des bearbeitenden PS-Redakteurs, Gerd Koenen. Brieflich bat er Roeder um Zugabe. Die Antwort kam prompt: *„…was mich als nationalen Deutschen besonders fesselte, war sein Bekenntnis zur Nation und daß er den Linken vorhielt, sie hätten über Vietnam und Che Guevara die nationale Frage vergessen."* Im Gegensatz zum „Pflasterstrand" wollen wir nicht versäumen, Dutschke, der den KB wirklich nicht liebte, gegen diese stumpfe Vereinnahmung in Schutz zu nehmen: bei allen Ost-West-Spinntisierereien war Dutschke kein Wiedervereiniger, sondern kämpfte für die Anerkennung der DDR. Koenen jedoch, früher Redakteur der „Kommunistischen Volkszeitung" (KVZ), wird vermutlich gar kein Bedürfnis nach einer solchen Abgrenzung empfunden haben. Berührungspunkte findet der EX-KBWler vielleicht auch bei Roeders Kritik „unserer Politiker" als *„willfährige Lakaien der Supermächte"*, eine unvergessene China-Rhetorik. Der Neu-Pflastersträndler hätte es gern gesehen, wenn Roeder sich mit deutlicheren Worten von seiner NS-Vergangenheit und seiner Leugnung der Judenvernichtung abgesetzt hätte. Das wäre eine bessere Legitimation für den Abdruck solcher Texte gewesen. Aber Roeder begnügte sich mit der dürftigen Aussage, *„daß es mir dabei gar nicht um die Behauptung oder Widerlegung von Tatsachen ging, sondern um das Phänomen des Schuldkomplexes"*. Er bot ein Gespräch darüber an, das Koenen wahrnehmen will.

Anders als in früheren Zeiten, wo es praktisch nur Linksradikale (und darunter nur zu oft der KB) waren, die sich erfolglos über solche Entgleisungen beschwerten, gab es diesmal eine prompte Reaktion von Mitgliedern der linken jüdischen Gruppe in Frankfurt, die vom Pflasterstrand nicht so einfach abgetan werden kann. Cilly Kugelmann, Mitherausgeberin der Zeitschrift „Babylon, Beiträge zur jüdischen Gegenwart" und Micha Brumlik, gemeinsam mit PS-Herausgeber Cohn-Bendit Kandidat der Grünen für die nächste Frankfurter Kommunalwahl, protestierten heftig: *„Nazis via Pflasterstrand wieder hoffähig"*, *„Grenzen*

für die nächste Frankfurter Kommunalwahl, protestierten heftig: *„Nazis via Pflasterstrand wieder hoffähig"*, *„Grenzen*



Ein biederer älterer Herr

des Zumutbaren erreicht", *„konturlose Pseudo-Liberalität"*, *„nicht seriös"* (PS, Nr. 294). Beide erklärten ihren Austritt aus einer von der Zeitschrift gegründeten Initiative zum 9. November (50. Jahrestag der als „Kristallnacht" bezeichneten Nazi-Pogrome) und waren erst wieder zur Mitarbeit bereit, als die Initiative ihre Unabhängigkeit vom PS erklärte.

Cohn-Bendit sah sich veranlaßt, Partei für seinen angegriffenen Redakteur zu nehmen (Koenen kam zum PS, als die Fuldaer Verlagsanstalt sich an dem Magazin beteiligte. Zuletzt hatte er ein Buch über sozialistischen Personenkult „von Gorki bis Brecht — von Aragon bis Neruda" beim Eichborn-Verlag herausgebracht, der demselben Druckunternehmen gehört). Das geringfügige Zugeständnis vorweggeschickt, *„wir hätten uns direkt mit Roeder streiten und ihn mit seinen früheren Aussagen konfrontieren müssen"*, wehrt sich Cohn-Bendit dagegen, *„unter der Gürtellinie mit dem Zaunpfahl der Exkommunizierung aus der Gemeinde der guten Menschen zu drohen"*. Die Metaphern finden zwar ebenso wenig zueinander wie Kugelmann/Brumlik eine Ausgrenzung des PS beabsichtigten, aber der Herausgeber läßt sich zu weiteren Sprachbildern hinreißen: an einer *„Olympiade der marodierenden Selbstgerechtigkeit"*, wie sie u.a. in „Babylon" stattfinde, werde sich der PS nicht beteiligen. Entscheidend ist für Cohn-Bendit, daß Roeder angefangen habe, *„einige seiner schlimmen Positionen zu revidieren"* (PS, Nr. 294), wobei es immer so eine Sache ist, wo der Anfang anfängt. Aber diese Problematik ist dem Realo-Grünen ja vom „Einstieg in den Ausstieg" bekannt. Auch Gerd Koenen weist die Kritiken (in PS 296) zurück. Sie unterstellten, *„wir hätten einen neonazistischen Text veröffentlicht. Das ist aber nicht wahr. Der Text von Manfred Roeder verblüffte ja gerade dadurch, daß er jede Bezugnahme auf neonazistische Positionen sorgsam vermied. Dafür strotzte er geradezu von Bezügen auf linke Positionen und Personen …"* Koenen hat auch das Bedürfnis, ein bißchen Verantwortung wegzuschieben: Der Brief, behauptet er, sei *„im Übrigen … an Dany Cohn-Bendit persönlich gerichtet"* gewesen. Der EX-KBWler gibt Erstaunliches über sich selbst preis: Die „linken Bezüge" Roeders — die nationale Frage bei Dutschke und Martin Walser, die deutschen Burschenschaftler zu Beginn des 19. Jahrhunderts oder Kohlhaas — sind bestenfalls solche, von denen die „KVZ" in unseligen Zeiten manchmal „strotzte" (und nicht einmal *die* hätte das so umstandslos als linke Positionen verkauft wie Koenen heute).

Die wortreiche Verteidigung der „Pflasterstrand"-Macher kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie sich um den zentralen, von ihnen selbst gesetzten Punkt herumdrücken. Der PS hatte Roeder ausdrücklich als *ehemaligen* Nazi vorgestellt, als „Aussteiger", der auch seine Leugnung der Judenvernichtung in den Konzentrationslagern aufgegeben hätte. Diese Behauptung war und ist durch und durch falsch. Vor allem: daß sie falsch ist,

Konzentrationslagern aufgegeben hätte. Diese Behauptung war und ist durch und durch falsch. Vor allem: daß sie falsch ist,

war und ist evident. Bei minimalem Kritikvermögen ist Roeders Heuchelei leicht zu durchschauen. Mühelos wird der „Pflasterstrand" etwa durch einen Artikel in der „Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung" (AJW, 2.9.88) widerlegt: *„der Rechtsextremist Roeder agitiert aus dem Gefängnis weiter."* Seine Briefe und Schriften werden von seiner Frau, die ihn in der „Deutschen Bürgerinitiative" vertritt, vervielfältigt und an die einschlägigen Kreise im In- und Ausland vertrieben. Bekannte Töne: Roeder feiert Hitler und verfaßt Elogen auf Heß, würdigt die „Leistungen" des „wissenschaftlichen Antisemitismus", entwirft „Grundsätze einer nationalen Jugendbewegung" und propagiert die Gründung einer konservativen Ökopartei.

Die „AJW" fand auch heraus: *„Das berüchtigte Machwerk ‚Die Auschwitz-Lüge', von dem er sich vor Gericht distanziert hatte und damit die Einstellung des Verfahrens wegen seines Vorworts erreichte, lobte er als ‚ein Bollwerk zur Verteidigung von Deutschlands Ehre'."* Der kleine Skandal in dem Frankfurter Magazin, das vielleicht aufgeschlossener, sicher aber nicht kosmopolitischer geworden ist, lenkt von dem großen Skandal ab, daß Roeder keinerlei Probleme hat, seine menschenverachtenden Schriften weiter an die NS-Szene zu bringen, daß er in der Haft alle möglichen Privilegien genießt, Besuche empfangen kann und Urlaub erhält, wenn seine Anwesenheit bei rechtsradikalen Sonnenwendfeiern auf dem „Reichshof" im nordhessischen Schwarzenborn dringend erwünscht ist.

Selbst wenn man unterstellt, der Pflasterstrand sei schon mit ganz einfachen Recherchen journalistisch überfordert, hätten die Roeder-Briefe auch für sich genommen genug Anlaß geboten, die „Wandlungsfähigkeit" als Fähigkeit zur Verstellung zu erkennen. Es ist nicht nur eine Beleidigung der Gefangenen der RAF, wenn sich Roeder zu ihrem Fürsprecher aufschwingt. Sondern es sagt vor allem viel über den Verfasser selbst aus. Dieser hat allen Anlaß, sich mit der eigenen Biographie auseinanderzusetzen, seine Idole, Motive, Methoden und Ziele offenzulegen, von seiner eigenen, ganz spezifischen Theorie und Praxis zu berichten. Daß er's konsequent verweigert, zeigt, wieviel Zeit er dafür noch braucht und, realpolitisch gesehen, daß die Hafterleichterungen, die ihm gewährt wurden, ihren Zweck verfehlt haben.

Beinahe schon unglaublich ist es, daß die Pflastersträndler an keiner Stelle Roeders Worte mit seiner Person zusammengebracht haben, um den eigentlichen Sinn seiner Sätze herauszufinden. War es seiner Meinung nach „Tugend", die den Nazi das Vorwort zur „Auschwitz-Lüge" schreiben ließ? Wurden die Bomben auf Ausländerunterkünfte aus „überempfindlichem Rechtsgefühl" geworfen? War der Nationalsozialismus in Roeders Augen ein Staat, der „von der Liebe des Volkes getragen" wurde? Und war Hitler ein hochsensibler Michael Kohlhaas? Das sind die Untertöne, die Roeder transportieren will, und dabei läuft es einem kalt über den Rücken. Es kann keine Rede davon sein, daß Roeder ein anderer gewor-

sind die Untertöne, die Roeder transportieren will, und dabei läuft es einem kalt über den Rücken. Es kann keine Rede davon sein, daß Roeder ein anderer gewor-

den wäre. Wenn der PS überhaupt einen Begriff von journalistischer Sorgfalt hat, müßte er diesen kapitalen Fehler einräumen und sich fragen, wie er möglich wurde.

Ja, wie eigentlich? Sehen wir einmal von Koenen ab, der in seiner politischen Sozialisation so viele Verwandtschaften mit deutschen Rechten findet. Denn jeder meint natürlich zunächst sich selbst, wenn er von *der* Linken spricht. Cohn-Bendit hat diese Affinitäten sicher nicht. Ihm geht es um die Amnestiekampagne. Realpolitiker, der er ist, weiß er, um wieviel einfacher diese Kampagne wäre, wenn sie sich auf linke *und* rechte Gefangene beziehen würde. Dem Bundespräsidenten würde es politisch und wohl auch persönlich um vieles leichter fallen, A. Speitel und P.J. Boock neben M. Roeder und K.H. Hoffmann zu begnadigen. Um ihm zu helfen, sucht Cohn-Bendit dringend geläuterte Neonazis.

Diese Suche hat in der Bundesrepublik, freilich aus anderen Gründen, Tradition. Traditionell prüft man auch den Grad der Läuterung nicht so genau. Und traditionell gibt man sich mit den allerdürftigsten, rein taktischen Statements von Nazis zu Auschwitz zufrieden. Wenn sie nur einen Satz der Art über die Lippen bringen, daß Juden in großer Zahl getötet wurden, wird ihnen das als Abkehr angerechnet. So war leider auch Erich Fried schon froh gewesen, als ihm Michael Kühnen im Gespräch ein solches Zugeständnis machte. Zu dieser Methode, die auch Roeder vor Gericht erfolgreich anwandte, sagte Brumlik dem Pflasterstrand: *„Seine angebliche Distanzierung von der ‚Auschwitz-Lüge' ist eine Unverschämtheit: Jetzt weiß er plötzlich, daß Juden, nur weil sie Juden waren, umgebracht wurden — 40 Jahre danach."*

Es ist kindisch, zu glauben, daß Leute, die sich als „Führer-Nachfolger" begreifen, nicht wüßten, welches Programm damit verbunden ist. Sie und gerade sie haben es als *Täterwissen* bewahrt. Sie wissen nicht nur von den Gaskammern, sie billigen sie. Sie halten die „Endlösung" für richtig und „notwendig" — „aus Liebe zu Deutschland". Das ist der Punkt, nichts anderes. Dieselben Personen, die auf dem Marktplatz bestreiten, daß ihre Vorbilder sechs Millionen Juden umbrachten, schreiben nach dem Agitprop-Einsatz an die Wände der U-Bahn-Stationen, die Türken hätten noch vor sich, was die Juden hinter sich haben. Was denn? Das, was es niemals gegeben hat?

Zwei Frankfurter Genossen

In der Antiquariats-Ecke mancher linker Buchläden noch erhältlich: „NSDAP"-Propagandisten unter der Lupe, Antifaschistische RUSSELL-Reihe 3, J. Reents-Verlag, Hamburg 1978. Das Buch behandelt auf 200 Seiten die Rolle des Trios Schönborn, Roeder, Christophersen. Es wurde zur Vorbereitung des Internationalen Russell-Tribunals über Menschenrechtsverletzungen in der BRD herausgebracht.

„Verräter"!

Die Startbahnbewegung hat eine neue Diskussion

Erneut schlägt der geplante weitere Ausbau des Frankfurter Rhein-Main-Flughafens hohe Wellen: Zusammen mit Lufthansa und IHK (Industrie- und Handelskammer) fordert die FDP eine vierte Piste für den angeblich völlig überlasteten „Weltflughafen". Unkonventionell sind die Optionen, die für Erweiterungsmöglichkeiten derzeit ins Gespräch gebracht werden: über „Indiskretionen" wurde bekannt, daß neben den benannten auch die hessische CDU/FDP-Landesregierung ernsthaft überlege, ob eine Schließung oder zumindest Reduzierung und Teilverlegung der US-Rhein-Main Air-Base, des Weltflughafens der US-Air-Force, eine Lösung des Problems ist. Angeblich hat Wallmann den Amis 235 Mio. DM für die Verlegung des „gateway to Europe" nach Ramstein oder anderswo geboten. Hinter den verschlossenen Türen ist einiges im Gange und von den Konservativen werden derzeit Szenarien lanciert, die für ihre sozialdemokratischen Vorgänger in ihrem vorauseilenden Gehorsam schlicht undenkbar gewesen wären. Sie haben seinerzeit für die Startbahn-West, die nicht zuletzt als Nato-runway konzipiert und gebaut wurde, lieber ihre Abwahl riskiert, um sich als wahrhaft „atlantisch zuverlässig" zu erweisen. Was immer heute auch in diesem Zusammenhang gespielt wird, mit welchen Desinformationen, taktischen Finten und Ablenkungsmanövern die Öffentlichkeit konfrontiert wird: diejenigen, die sich bisher nur mäßig interessieren und sich überhaupt nicht öffentlich gerührt haben, sind die Starbahngegnerlnnen und ihre sind die StarbahngegnerInnen und ihre Bürgerinitiativen gegen die Flughafenerweiterung Rhein-Main.

Verständlich: Denn im wesentlichen sind sie damit beschäftigt, die seit den Schüssen vom 2. November 87 über sie hereinbrechende Repressionswelle abzuwehren. Dabei bewegt sich die Debatte weniger auf einer politischen Ebene, sondern sie nimmt selbstzerstörerische Züge an und gipfelt heute in der Frage: Wer hat uns verraten?

Als nach den Schüssen umgehend Andreas Eichler unter Mordverdacht verhaftet wurde, die Bundesanwaltschaft eine „Gruppe Eichler" der Tat beschuldigte und mit dem § 129a gegen praktisch jeden militanten Starbahngegner drohte, als polizeiliche Greiftrupps durch die Wohngemeinschaften der Region zogen und ein wahres Trommelfeuer in allen bürgerlichen Medien losbrach, da zeigte sich allen, die es vielleicht vergessen hatten, was die Startbahnbewegung war und ist: eine Bürgerinitiative und keine revolutionäre Organisation, antiimperialistische Front o.ä. Auf eine solche Situation war sie weder vorbereitet, noch konnte sie politisch adäquat reagieren.

Von den Ermittlern mit dem Knüppel eines Mord- und § 129a-Verfahrens unter Druck gesetzt, knickten viele ein, leisteten Vorladungen der Bundesanwaltschaft oder des LKA Folge und machten eine Fülle von Aussagen, die ihrerseits wieder offiziell als Anknüpfungspunkt für neue Ermittlungen dienten und intern sehr schnell zu einer Atmosphäre von Angst und Mißtrauen, zur Auflösung der Strukturen und zum Verlust an Glaubwürdigkeit führten.

Nachdem es soweit gekommen war, bemühte sich der Kern der BI und der politischen Zusammenschlüsse aus ihrem Umfeld um „Schadensbegrenzung". Es wurde empfohlen, Vorladungen nicht mehr Folge zu leisten, keine Aussagen mehr zu machen und bereits erfolgte Aussagen zurückzuziehen. Wie weit diese richtige Reaktion erfolgreich war, kann hier nicht abschließend beurteilt werden. Angesichts des Umstandes, daß Leute in den Knast wanderten und andere mit Ermittlungsverfahren überzogen wurden, die — scheinbar oder wirklich — auf das Aussageverhalten anderer BIler zurückzuführen waren, geriet die notwendige interne Auseinandersetzung bald zu einer überbordenden „Verräterdebatte". Diese Logik hat sich heute in bestimmten Kreisen dahin zugespitzt, jeden, der in diesem Verfahren einmal Aussagen gemacht hat, unterschiedslos als „Verräter" zu brandmarken.

Noch im Juni war die Lage einigermaßen klar. So erklärte die Knastgruppe Rhein-Main: *„Das Zurückfinden zur politischen Klarheit, zu einem eindeutigen Verhalten gegenüber der Bundesanwaltschaft hat bei den meisten der Angesprochenen stattgefunden, es wurden von ihnen keine Aussagen mehr gemacht (soweit bekannt), mit der Ausnahme von zwei Männern.* (Gemeint sind Mike K. und Baldur O., s.u. — Anm. AK) *Diese Männer sind eindeutig ins Lager des Staatsschutzes übergelaufen und seit sieben Monaten dort Informationszuträger. Sie gehören nicht zu denjenigen, die nur unter dem Schock des 2.11. Aussagen gemacht haben."* Das Papier zieht die fällige Konsequenz: *„Wir sind konkret vor das Problem gestellt, den Umgang mit den Leuten zu bestimmen, die jahrelang in der Bewegung waren und jetzt während der Repression auf die Seite des Staatsschutzes übergelaufen sind. Es handelt sich hierbei um die beiden bereits vorher erwähnten Männer. Nach langem Überlegen haben wir uns kollektiv dazu entschlossen, sie aus unseren sozialen und politischen Zusammenhängen auszuschließen."*

Doch das Papier nennt auch „zwei anders gelagerte, aber mindestens ebenso deutliche Fälle von Verrat". Diese Angelegenheit war schon zu Beginn des Jahres in einem Flugblatt von „Autonomen in der Startbahnbewegung" behandelt worden: „Bei einigen dieser Leute handelt es sich um Fotografen aus den eigenen Reihen." Sie hätten Fotos u.a. an den „Stern" verkauft. Aus „Sicherheitsgründen" habe man bei einigen von ihnen *„eine autonome Hausdurchsuchung"* gemacht, *„bei der sämtliche Fotos von ihm (zu seinem und unserem Schutz) mitgenommen und weggeschafft wurden (...) Wir wissen nicht, wieviel sie von den Zeitungen kassiert haben, jedenfalls war es genug, den Widerstand zu verraten (...) in anderen Situationen kann es notwendig sein, Verräter mundtot zu machen."* Nach unserem Informationsstand bestreiten die Genannten nicht, Fotos an die Presse verkauft zu haben. Sie wenden sich jedoch vehement gegen den Vorwurf, auf diesen Bildern seien einzelne Personen zu identifizieren gewesen. Bisher ist nichts darüber be- gewesen. Bisher ist nichts darüber bekannt geworden, daß Bilder dieser Fotografen zu dem Belastungsmaterial gegen einzelne Beschuldigte gehören würden. Das Operieren mit dem Verratsvorwurf erscheint hier schon mindestens sehr fragwürdig, ganz zu schweigen von der Hausdurchsuchung und der angedrohten Selbstjustiz.

Eine absurde Zuspitzung hat die Verratsdiskussion durch einen Zwischenfall am 4. Juni 1988 während eines Festes in Frankfurts letztem besetzten Haus gefunden. Achim Bender, altbekannter Startbahn-Aktivist aus Mörfelden, wurde von einigen Militantissimos tätlich angegriffen. Der Grund: Auch er hatte den Fehler gemacht, bei einer staatsanwaltschaftlichen Vernehmung auszusagen, wenngleich er nur Belanglosigkeiten von sich gab, die gegen niemand verwendet werden können. Achim hat die Kritik an diesem Verhalten akzeptiert und bei einer späteren Vernehmung keine weiteren Aussagen gemacht.

Die Leute, die den Angriff, u.a. mit einer Bierflasche, gegen Achim führten, beriefen sich auf das „Betroffensein" von Andreas Semisch, der nach den Ereignissen an der Startbahn zunächst inhaftiert, dessen Haftbefehl dann aber außer Vollzug gesetzt worden war. In einem Gespräch mit „konkret", wenige Tage vor der Schlägerei, hatte er insbesondere die Behauptung der Bundesanwaltschaft, er setze Leute, die ausgesagt haben, unter Druck, kategorisch zurückgewiesen. An der Schlägerei war Semisch nicht beteiligt, wohl aber Leute, die sich penetrant als seine besondere Freunde vorstellen. Kurz danach wurde er wieder inhaftiert. Nun wirft man Bender, der sich innerhalb der BI natürlich über den Angriff beschwert hatte, vor, Andreas Semisch ans Messer geliefert zu haben. Bender jedoch hat eindeutig klargestellt, daß er *nicht* von Semisch attackiert worden war. Wer ist nun der Provo? Wenn — dann befindet er sich in der Crew, die mit ihrer Schlagkraft scheinbar einen Beweis für die Verdächtigungen der Bundesanwaltschaft geliefert hat. Jedenfalls ist Achim nicht anzulasten, daß Andreas Semisch wieder inhaftiert wurde, wenn er Angriffe auf sich und seine Integrität hinnimmt.

Die AngreiferInnen Achims scheinen ihre Rausschmiß-Aktion auch noch als moralisch notwendig und Akt persönlicher Emanzipation mißzuverstehen: *„können wir ihren methoden keine eigene identität entgegensetzen — also macht jemand aussagen, distanziert sich — ist das ausdruck davon die eigene entscheidung kämpfen zu wollen nicht mit jeder faser, jedem millimeter getroffen zu haben. das ist auch der kern, auf den jede selbstkritik in dem zusammenhang: aussagen, tauchen muß, um uns das bewußtsein über das eigenen verhältnis/nichtverhältnis zum kampf und somit zum feind zu schaffen (...) da ist der juristische gehalt gar nicht so wichtig, weil klassenjustiz und ihre hilfsorgane immer darauf aus sind widerstand zu kriminalisieren. und wird juristisch nichts geliefert, konstruieren sie das eben. jedes konstrukt ist aber für uns eine möglichkeit ihre mittel des schmutzigen krieges gegen den widerstand und so auch das wesen ihrer imperialistischen politik offenzulegen und uns darin ein stück weiter zu organisieren. also tragen diejenigen, die aussagen machen, auch dazu bei, daß die schweine um eine legitimationsschwierigkeit herumkommen können. wer aussagt macht sich objektiv zur/m unterstützerIn ihres aufstandsbekämpfungsapparates. jede kollaboration drehen die schweine gegen uns, indem sie damit die legitimität des widerstandes hier wegzuschlagen versuchen (...) das heißt, alle die wirklich kämpfen — also auch siegen wollen — müssen sich neu entscheiden und alte denkschemata ablegen um die kluft zu zerstören und wieder eins zu werden: ganzer mensch (...)* (Auszüge aus einem Flugblatt „Wir sind einige von denen, die auf dem Fest in der Au Achim rausgeschmissen haben").

Es würde sich vermutlich einmal lohnen, länger über die antiaufklärerische Substanz des Verräterbegriffes nachzudenken. In der Sache ist auf jeden Fall festzuhalten: je mehr Leute mit dem Stigma des „Verräters" versehen werden, desto besser ist es für diejenigen, die wirklich Substantielles ausgesagt und dadurch andere in den Knast gebracht haben. Desto besser ist es also für Mike K. und Baldur O., die beiden anfangs erwähnten Männer. Ungewollt wird mit der Inflationierung der Parole „die Verräter bekämpfen" Nebel gestreut und tatsächlichen Denunzianten der bestmögliche Dienst erwiesen, so wie es für Vergewaltiger vermutlich optimal ist, zu behaupten, alle Männer seien Vergewaltiger.

Wahllos Dutzende Andere und als traurigen Höhepunkt Achim Bender in den gleichen Topf zu stecken, kann nur aus unglaublicher Dummheit oder böser Absicht geschehen. Als Linke, die in den Widerstand gegen die Startbahn einige Jährchen investiert haben, akzeptieren wir es auch nicht, daß jemand in dieser Weise ausgegrenzt und angegangen wird, mit dem seit langem gemeinsame erfolgreiche und nützliche praktische Erfahrungen bestehen. Daß diese Ausgrenzung überwiegend durch Menschen geschieht, die gerade ihr militantes Coming-out erlebt haben und deren politisches Stehvermögen sich erst noch erweisen muß, läßt uns auf ihre Parolen zusätzlich vorsichtig reagieren.

Das eigentliche Problem — die belastenden Aussagen von Mike K. und Baldur O. — kann zum einen moralisierend abgehandelt werden. Bisher waren sie dabei, jetzt üben sie Verrat, stehen auf der anderen Seite der Barrikade, sind zu den Schweinen übergelaufen. Bevorzugt man diese individualisierende Sichtweise, kommt man leicht auf Abstrafungsphantasien (*„In anderen Situationen kann es notwendig sein, Verräter mundtot zu machen", s.o.).* Wird aber die Strafandrohung in den Raum einer solchen Bewegung gestellt, multipliziert sich die schon vorhandene Angst und Aggressivität, und das Abspringen weiterer Menschen ist vorprogrammiert. Deshalb sollten Linke sich immer bemühen, dieses Problem politisch anzugehen: Eine moralische Entlastung freilich kann es nicht geben. Im konkreten Falle täuschen sich diejenigen, die glauben, daß es Mike K., Baldur O. und ähnliche Figuren sind, die dem Staatsschutz die wesentlichen Erkenntnisse vermitteln. Es liegt im Wesen der offenen Arbeit einer Bürgerinitiative, daß über Spitzelei auf Terminen, Registrierung und Überwachung der Aktiven von Geheimdiensten und Polizei ein guter Überblick gewonnen werden kann. Die Rolle von Mike K. und Co. ist diejenige, daß aufgrund ihrer Aussagen im Verfahren andere und wertvollere polizeiliche Quellen nicht aufgedeckt werden müssen und daher nicht Gefahr laufen, „verbrannt" zu werden.

Sich an derartigen Figuren abzuarbeiten, ist daher bestenfalls Zeitverschwendung und kann doch nur die notwendige nüchterne Bilanzierung der Bewegung verzögern. Die Rede ist hier von einer politischen Kosten-Nutzen-Rechnung über Aktionen, die z.T. unter haarsträubenden Bedingungen stattfanden und heute unter Anklage stehen: hat es sich z.B. gelohnt, einen albernen Strommast umzulegen, wenn man bedenkt, daß dabei eine Startbahngegnerin durch Verbrennungen fast zu Tode kam? Daß möglichen Beteiligten oder Unbeteiligten hohe Gefängnisstrafen drohen? Daß die BI-Strukturen gründlich aufgemischt und kriminalisiert worden sind und daß sich viele FreundInnen jetzt jahrelang mit irgendwelchen Strafverfahren herumschlagen müssen, anstatt den Widerstand voranzutreiben? Die Fragen stellen, heißt sie beantworten.

KB/Gruppe Frankfurt

„Wenn die Vernunft schläft, erwachen die Ungeheuer"

I.
Am Samstag, den 4. Juni 1988, fand ein Fest in den besetzten Haus in der Au statt; anwesend waren etwa 200 Gäste, darunter auch Achim Bender, einer der Sprecher der BI gegen die Flughafenerweiterung.

Etwa 1 1/2 Stunden nach dem Betreten der Au kam eine kleine Gruppe von Leuten auf Achim zu und forderte ihn auf, das Fest zu verlassen. Ihm wurde vorgeworfen, er sei ein Verräter, er habe einen Startbahngegner mit einer Aussage belastet und diese Aussage sei eine der Grundlagen für den Haftbefehl.

Achim wurde nicht danach gefragt, ob er den Sachverhalt richtig stellen wolle oder ob er etwas zu dem Vorwurf zu sagen habe. Er wurde nach einem Disput, der in einer Form geführt wurde, die eine sachliche Entkräftung der Vorwürfe unmöglich machte, unter Gewaltanwendung aus dem Haus gebracht und dabei u.a. mit einer Flasche im Gesicht getroffen.

Diese Aussagen beruhen auf den Darstellungen mehrerer unbeteiligter Personen.

II.
Dem Geschehen ging folgendes voraus:

Achim ist seit vielen Jahren einer der Sprecher der BI. Er hat in der Zeit kurz nach den Schüssen vom 2.11.1987 die politische Grundlinie der BI verlassen und Auffassungen vertreten, die zu Kritik an ihm geführt haben. In dieser Zeit hat er, wie einige andere Startbahngegner/innen auch, den Fehler begangen und Aussagen bei der staatsanwaltschaftlichen Vernehmung gemacht. Dabei hat er sinngemäß u.a. ausgesagt, er habe X und Y wie andere Leute auch öfters am Kuchenstand gesehen und daß sie nicht über Straftaten gesprochen hätten. Diese Aussage wird Achim als „Verrat" vorgeworfen. Von Seiten der BI ist Kritik an Achims Verhalten geübt worden; diese Kritik wurde von ihm angenommen. In einem Papier erklärte er dazu, daß er seine Vorgehensweise im nachhinein für nicht richtig halte.

Achim hat daraufhin bei einem weiteren Vernehmungsversuch die Aussage verweigert. Bei aller Kritik und in Kenntnis seiner Aussage hat es für uns nie Zweifel daran gegeben, daß Achim auf unserer Seite steht.

Das Vertrauen in Achim wurde auch darin dokumentiert, daß er am 5. März 88 bei der Demonstration gegen Atompolitik in Frankfurt den Redebeitrag der BI gehalten hat.

III.
Wir gehen davon aus, daß es vor dem 4. Juni ausreichend Möglichkeiten gegeben hat, sich mit dem Sachverhalt vertraut zu machen und sich mit Achim auseinanderzusetzen. Offenkundig ist aber weder dieser Weg gewählt worden, noch hat sich jemand die Mühe gemacht, Achim sonst öffentlich zu kritisieren und diese Kritik öffentlich zu vertreten. Der Mut und die Entschlossenheit einiger Leute reichte indessen so weit, die Anonymität der Gerüchteküche zu nutzen und auf der Grundlage von vagen Vermutungen über Achims Aussagen ein feindliches Klima gegen ihn zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund erscheint das Geschehen am 4. Juni als konsequente Fortsetzung des Rufmordes.

Unsere Kritik greift hier zweierlei an:
1. Der Angriff auf Achim ist Ausdruck eines blinden Aktionismus. Offensichtlich hat keine/r der Angreifer/innen exakte Kenntnis von Achims Aussageinhalt gehabt, sonst hätte sich der Vorwurf, er sei ein Verräter, verboten. Ebenso offensichtlich hat diese Unkenntnis niemand zu dem Versuch veranlaßt, von Achim Aufklärung über die Aussage zu erhalten, geschweige denn von dem Angriff auf Achim abgehalten. Gerade in solchen Fällen ist größte Sorgfalt geboten, um Fehler mit weitreichenden und schwerwiegenden Folgen auszuschließen.
2. Die Form der Auseinandersetzung hat jeden Bezug zu einer solidarischen Umgangsweise verloren. Der Angriff erinnert dagegen in seiner Qualität an eine Kneipenschlägerei. Der physische und politische Angriff auf Achim entbehrt jeder rechtfertigenden Grundlage. Dagegen denken wir, das folgende Punkte nicht unmaßgeblich für den Angriff gewesen sind:

Achim ist eine Person, die äußerlich und oberflächlich betrachtet Anlaß gibt, sich das Mißtrauen und die Ablehnung bestimmter Kreise Kreise zuzuziehen. In einer Szene, die die politische Einordnung von Menschen nach Farbe und Material der Oberbekleidung vollzieht, haben Sakko- und Krawattenträger wie Achim schon im vorneherein die Beweislast für die Zugehörigkeit zur Linken.

Wichtiger noch ist, daß ungenaue und entstellte Informationen als Grundlage für den Angriff dienten und nicht die politische Person Achim B. und sein Verhalten, auch nach der Aussage.

Dies stimmt uns sehr bedenklich.

Daß dann die Situation auf dem Fest zu einer Hetzerei gegen Achim (bewußt?) eskalierte und Dinge geschahen, die nicht entschuldbar sind, mögen einige mit der Bemerkung erklären, so etwas könne in einer turbulenten Situation passieren. Wir dagegen sehen hierin einen Schritt in eine Richtung, die einem dezidiert linken politischen Grundverständnis direkt zuwiderläuft.

Am Abend des 4. Juni hat, wenn auch in einem kleinen Kreis, die „Volksseele" gewütet — irrational, unwissend, von fragwürdigen Emotionen geleitet — und dabei die politische und körperliche Integrität von Achim verletzt.

IV.
Wir befürchten, daß hier exemplarisch zutage getreten ist, was unterschwellig schon längst große Ausmaße erreicht hat; Teile der Szene zeigen sich nach den Schüssen in einer Phase großer Konfusion. Daß aber gerade über „Verräterjagd" und Ausgrenzungswahn die notwendige Geschlossenheit der Reihen erreicht werden soll, halten wir für einen Irrweg. Die BI selbst hat sich im November 1987 um eine Klärung des Begriffs „Verräter" bemüht. Wir haben dabei nach langer Abwägung unter Namensnennung Stellung gegen Leute genommen, die in das Lager der Ermittlungsbehörden übergelaufen sind bzw. sich durch Belastung anderer Vorteile verschaffen wollen. Wir haben dabei einerseits die Notwendigkeit solcher Schritte betont, andererseits aber immer auf die Erforderlichkeit der Differenzierungen hingewiesen.

Im Fall des Angriffes auf Achim hatten wir alle Beteiligten zu einem gemeinsamen Gespräch eingeladen, um über unsere Definition des Verräterbegriffes zu diskutieren und den Konflikt auf der Ebene solidarischer Kritik auszutragen und beizulegen. Wir mußten dabei feststellen, daß der größte Teil der für die Aktion Verantwortlichen die Einladung ignorierte und jede Auseinandersetzung verweigerte. Auch als wir unser Gesprächsangebot am folgenden Tag wiederholten, sind wir mit unserem Anliegen zurückgewiesen worden. Einer der Verantwortlichen hat die Forderung gestellt, die Auseinandersetzung ausschließlich auf dem Plenum der BI führen zu wollen. Wir halten das im Grunde für richtig; es ist seit Jahren eine Tradition der BI, Konflikte auch öffentlich auszutragen. Im konkreten Fall aber sprechen Sicherheitsbedenken gegen dieses Verfahren. Die Beilegung des Konfliktes bei offener Handhabung würde zwingend dazu führen, daß Details offenbart würden, die nicht zur Kenntnis der Ermittlungsbehörden gelangen sollten. Das Plenum aber als eine öffentliche Versammlung würde diese Gefahr in sich bergen. Diese öffentlich geführte Debatte würde also zu Gefährdungen derjenigen führen, die an der Aktion gegen Achim beteiligt waren — dieses Risiko wollten wir im Interesse dieser Leute nicht eingehen; der politische Flurschaden ist auch so groß genug.

Wir sind enttäuscht von dem unsolidarischen Verhalten der Verantwortlichen auch in ihrem Verhalten nach dem 4. Juni. Die Ignoranz und die Überheblichkeit, mit der unserem Gesprächsversuch begegnet worden ist, vergiftet völlig unnötig die Atmosphäre in der Linken. Sie stellt auch das notwendig gemeinsame Verhalten im Hinblick auf die kommenden Strafprozesse in Frage; hier gefährdet das Verhalten einzelner den Ansatz einer gemeinsamen Strategie gegen die Bundesanwaltschaft.

Der Schutz von Achim vor dem politischen Rufmord hat es erfordert, diese Erklärung zu veröffentlichen. Wir hätten das lieber in Zusammenarbeit mit denen getan, die gegen Achim vorgegangen sind — das ist jetzt nicht mehr möglich.

Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Rhein/Main
Arbeitskreis Umweltschutz (AKU) Wiesbaden
Linke Liste Frankfurt
Mittwochs-Bürgerinitiative (Mibi) Offenbach

18. Juni 1988

Und immer noch kein Staatsfreund

Interview mit Johannes Agnoli, FU Westberlin

... über die Notwendigkeit der destruktiven Kritik des Bestehenden und die Ermüdungserscheinungen der Linken (Professoren) ...

Johannes, ein erstes Wort von Waffenbruder zu Waffenbruder (I): seit dem Versanden der Protestbewegung der 60er Jahre, und seit der Marxismus in der BRD nicht die Massen ergriffen, sondern die Lehrstühle erobert hat, — dies oft um den Preis seiner Entsubstantiierung — bist Du einer geblieben, der mit seiner Theoriebildung nach wie vor einen emanzipatorischen Anspruch verfolgt, der es also nicht als seine Aufgabe ansieht, den hiesigen Lehrbetrieb „produktiv" um den „marxistischen Ansatz" zu „bereichern", sondern der — im neudeutschen Jargon gesprochen — ein „kontraproduktives" Element geblieben ist und sich auf seinem theoretischen Gebiet, der „Kritik der Politik", als ein entschiedener Staatsfeind zu erkennen gibt. Habe ich das richtig geschildert?

Ich ziehe die Definition von Sternberger vor. Er meinte, ich sei „kein Freund des Staates", und zwar ziehe ich das vor aus — sagen wir mal — polizeirechtlichen Gründen, denn Staatsfeinde werden bekanntlich verfolgt und dürfen auf keinen Fall Professoren sein. Ich wollte nur ganz kurz etwas über die — sagen wir — wissenschaftstheoretische Position sagen, die ich vertrete. Ich habe das einmal im Kontext einer OSI-Veranstaltung (2) über Sinn und Zweck der politischen Wissenschaften formuliert: meines Erachtens ist die einzig richtige Aufgabe politikwissenschaftlicher Forschung heute, subversive Wissenschaft zu betreiben. Viel mehr bleibt nicht übrig angesichts des allgemeinen politischen Rückflusses der Linken. Alles andere, was nicht subversiv läuft in unserer Wissenschaft, ist im Grunde genommen am Ende doch affirmativ. Ich will nicht sagen, daß ich der einzige sei, der diese subversive Wissenschaft betreibt. Ich denke zum Beispiel an Ekkehart Krippendorff: er ist zwar kein Marxist, aber er hat von seinem Gesichtspunkt aus den Kampf gegen den Militärstaat aufgenommen und führt ihn konsequent weiter. Die Frage ist, ob andere linke Professoren — ich will nicht sagen, daß sie nach rechts gegangen seien — von der objektiven Lage her gezwungen sind, kleine Brötchen zu backen. Andererseits würde ich mir wünschen, daß sie doch etwas mehr — ich will nicht sagen „Mut" — kritische Entschlossenheit zeigten. Es geht darum, daß man — ob Marxist oder nicht — die Grundlagen der politischen Form der Kritik unterzieht; während inzwischen durch die sogenannte Krise des Marxismus, die in Wirklichkeit eine Kri-

Form der Kritik unterzieht; während inzwischen durch die sogenannte Krise des Marxismus, die in Wirklichkeit eine Kri-

se vieler Marxisten ist und sonst gar nichts, viele Genossen, Professoren, die ich nach wie vor als Genossen betrachte, dazu übergegangen sind, Mißstände zu kritisieren und Mißbräuche zu denunzieren, während es meines Erachtens gerade darauf ankommt, Zustände zu kritisieren und den normalen Gebrauch der Politik zu denunzieren. Mißstände und Mißbräuche sind sozusagen Begleiterscheinungen eines jeden Systems und sind nicht so wichtig; wichtig ist, daß der Zustand ein falscher ist, und der Gebrauch der Politik ein richtiger in dem Sinne, daß die Politik als Methode der Ausübung von Macht ernstgenommen und effektiv gehandhabt wird. Daß Politik Eroberung und Ausübung von Macht ist — das sollte kritisiert werden in der politischen Wissenschaft.

Auf der anderen Seite: man muß ja sehen, daß seit den 70er Jahren zahlenmäßig ziemlich viele links sich nennende Leute in den Uni-Betrieb reingegangen sind. Nun sind aber die meisten von ihnen auf einer recht allgemeinen Sorte der Kritik stehengeblieben, haben zum Beispiel „Staatsableitung" betrieben, haben zwar einen linken Anspruch, zeigen aber, wenn sie jenseits der Seminare in Erscheinung treten, eine liberale...

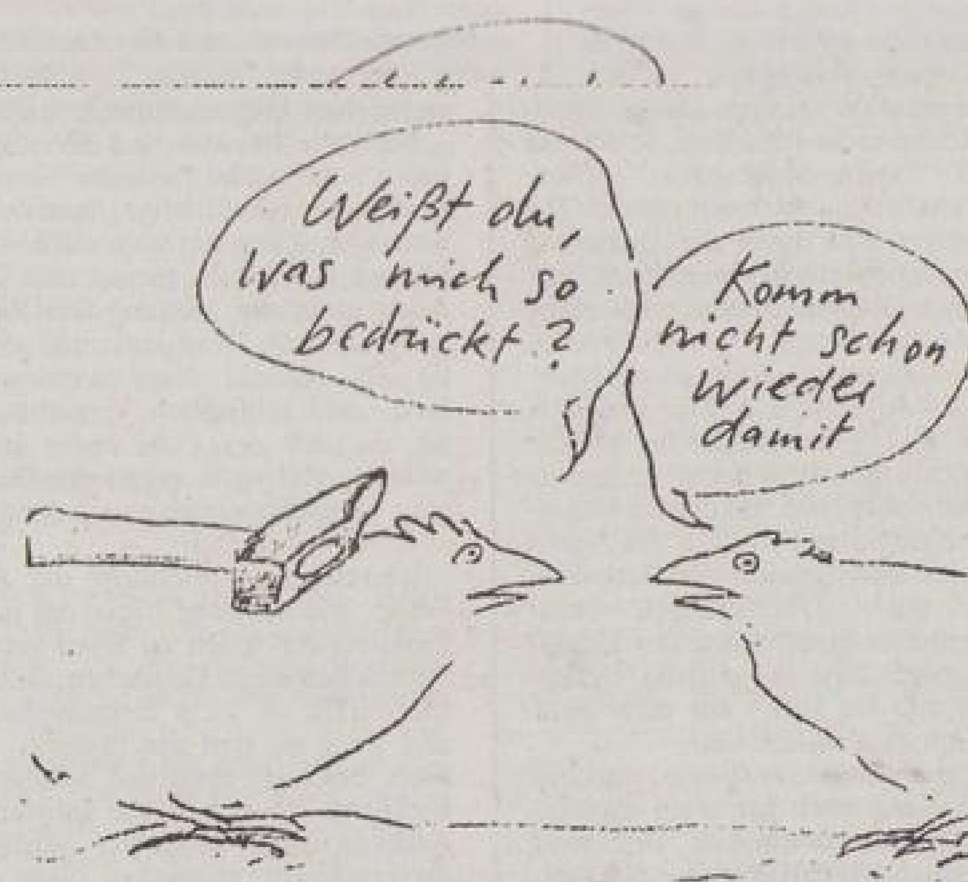
... liberale Protesthaltung. Das deutsche Volk ist kein Volk von Revolutionären, sondern ein Volk von Resolutionären geworden, das linke Volk, das linke Professoralvolk. Das ist der Grund, warum ich mich weigere — manchmal muß man es ja tun — irgendwelche Protestresolutionen zu unterschreiben. Resolutionen habe genau die umgekehrte Wirkung, die sie haben sollen: sie dienen als Ausdruck des Protestes, d.h. als Nachweis, daß wir in einem anständigen Staat leben, wo jeder protestieren kann, solange und soviel er will.

Woher meinst Du, daß gerade bei den linken Professoren diese Erscheinung herkommt?

Ist es eine Erscheinung der Professoren oder, wenn wir gesamteuropäisch denken — mit oder ohne Einschluß der Perestroika —, ist es nicht so, daß der geschichtliche Ablauf wieder einmal zeigt, daß er durch Sprünge charakterisiert ist? Man kann sagen, daß in ganz Westeuropa zur Zeit nicht nur die linken Professoren, sondern die Linken überhaupt sich in einem Totalrückzug befinden. Nun kommt es darauf an, wie man reagiert. Die einen reagieren derart, daß sie voll in die Institutionen hineingehen — ich meine hier nicht die wissenschaftlichen, sondern die politischen Institutionen — und meinen, in diese Institutionen ein linkes Element hineintragen zu können. Andere resignieren einfach. Wenn ich an Kollegen denke, die nach wie vor links stehen, rational gesehen, so finde ich, daß hier eine allgemeine Müdigkeit eingetreten ist, eine Kampfmüdigkeit. Und dann gibt es die andere Möglichkeit, die natürlich sehr mühsam ist und die zuweilen auch nicht verstanden wird, das ist — mittlerweile ja hinlänglich bekannt, auch durch das „stern"-Interview — die Möglichkeit, Maulwurfarbeit zu betreiben. Das ist natürlich ein mühsameres Geschäft, als einfach im normalen Wissenschaftsbetrieb mitzumachen. Andererseits haben sie durchaus eine Rechtfertigung, indem sie sagen, daß die Studenten studien- und prüfungsrelevante Stoffe brauchen. Und in der Tat muß ich selbstkritisch sagen (natürlich freue ich mich auch darüber): das, was ich mache, ist nicht so prüfungsrelevant, denn es ist unmöglich, daß etwa bei einem Staatsexamen der Student auf eine Frage hin eine von mir vorgeschlagene Antwort gibt — dann wäre er schon durchgefallen. Andererseits: ich versuche, diese Kollegen in Schutz zu nehmen. Erstens sind sie alle jünger als ich, und wenn man ein gewisses Alter erreicht hat, ist man einer charakterlichen Verbesserung nicht mehr fähig. Und zweitens: nicht jeder hat diese Tendenz, einfach destruktiv zu wirken; das ist auch bei mir etwas, was durchaus negativ einzustufen wäre. Man kann sagen: ich bin eines konstruktiven Denkens nicht fähig.

Was könnte denn „konstruktives Denken" Deiner Ansicht nach heißen?

Ich fühle mich da sehr einig mit dem Kant der „Kritik der reinen Vernunft", dem „Alles-Zermalmer" und mit Karl Marx! Wenn du dir die Schriften von Karl Marx durchliest, dann zeig mir eine Stelle, die „konstruktiv" ist! Marx hat die Destruktion als sein Geschäft betrachtet und das mache ich auch. Natürlich kommt dann der berühmte Einwand: was hast du denn Besseres anzubieten? Und da zieh' ich mich auf eine historische Analogie zurück. Wenn man sich überlegt, wie die bürgerliche Revolution vor sich ging: die vorbereitete bürgerliche Revolution hatte Ideen anzubieten — Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit — hatte auch bestimmte institutionelle Formen anzubieten, z.B., daß die Vertretung des Volkes die Entscheidungsmacht haben soll — aber mehr nicht! Alles andere war Philosophie. Sie haben doch keinen fertigen Staatsapparat vorgeschlagen, wie er sein sollte nach der Revolution. Und das ist bei allen Revolutionen so: die Idee, die allgemeine Perspektive ist da — zusammengefaßt in der berühmten Assoziation der Freien und Gleichen — aber es wäre wirklich schlechte Utopie in der Art der frühen Utopisten (die in ihrer geschichtlichen Situation gute Utopisten waren), eine vollendete Gesellschaftsform und -organisation zu entwerfen. Einige Elemente können schon heute ausgearbeitet werden, und zwar im Vorfeld gewissermaßen, im Prozeß der Bewegung. Das ist etwas, das ich für ausgemacht halte. Das gilt etwa auf der operativen Ebene einer politischen Bewegung. Darin liegt ja auch meine euch sicher bekannte und euch sicher nicht ganz genehme Kritik am Leninismus: die Organisationsform einer auf Emanzipation gerichteten Bewegung soll die Emanzipation vorwegnehmen. Eine revolutionäre Organisationsform, die stramm hierarchisch ist, wird eine stramm hierarchische Gesellschaft hervorbringen. Die Geschichte zeigt es und daran läßt sich auch theoretisch nichts ändern — lassen wir die geschichtliche Erfahrung weg, denn die Geschichte hat nicht immer recht: von der theoretischen Perspektive gibt es eine zu enge Ziel-Mittel-Verbindung, als daß man da sagen könnte, es wird die Revolution gemacht, das Ziel erreicht. Und dann bauen wir — was bauen wir? — eine Gesellschaft mit den Kategorien, die man im Kopf hat und diese Kategorien sind: Kommando, Verfügung, Hierarchie, Unterordnung, Disziplin usw.



... über die Diskrepanz von Verfassungsnorm und Verfassungsrealität und die „Kritik der Politik" als Negation der „Notwendigkeit" von Herrschaft ...

Auf die Organisationsfrage kommen wir später nochmal zurück, vorerst wollen wir aber noch ein wenig bei der Theorie bleiben. Du hast sinngemäß gesagt: marxistische Theorie habe sich negativ, kritisch und destruktiv zu verhalten; würde sie sich anmaßen, positiv die „richtige" Gesellschaft auszumalen, so würde sie sich — in der Konsequenz des Gedankens — selber als historisches Subjekt unterstellen, welches allein die um Emanzipation kämpfenden Menschen sind, und die werden im Prozeß der Bewegung herausfinden, wie diese Gesellschaft dann aussehen soll — soweit völlig d'accord. Kritik ist aber nicht gleich Kritik: Du selbst hast schon darauf hingewiesen, daß du jene Form der Kritik nicht teilst, die sich immer an den Mißbräuchen und Mißständen in der Politik festmacht. Ich denke hier vor allem an die — nennen wir's mal — „Marburger Argumentation", die ja von der SPD über die Grün-Alternativen bis zur DKP gepflegt wird und die den Widerspruch zwischen dem „eigentlich" guten Verfassungsanspruch und der ach so schlechten Verfassungswirklichkeit zum Thema hat. Was hältst Du von dieser Form der Kritik und was verstehst Du unter „Kritik der Politik", Deinem theoretischem Gebiet?

Ja, das ist der Widerspruch zwischen Norm und Wirklichkeit. Diese Argumentation hat in der BRD eine Zeit lang eine sehr wichtige Rolle gespielt, auch im Hinblick auf die Kritik des Bestehenden. Das kommt im wesentlichen von Abendroth und spielt auch heute noch eine Rolle, es ist nicht gesagt, daß wir das nicht brauchen. Aber das scheint mir zu wenig zu sein. Vor allem: das ist eine im Grunde zwar kritisch gehaltene, aber nach wie vor affirmative Wissenschaft. Warum? Weil diese Perspektive zwar sagt, daß die Herrschenden in Bonn, also die politische Klasse in der BRD, permanent die Norm verletzten. In dieser Aussage ist aber enthalten, daß die Norm — in diesem Fall der Staat des Grundgesetzes — etwas Gutes sei, während nach meiner Auffassung gerade die Norm schon zu kritisieren ist, weil die nicht etwas Schönes, Ideales ist, das gewissermaßen der Verteidigung wert sei. Denn die Norm ist eine in bestimmte Formen, Regelungen gegossene Wirklichkeit. Die Norm ist nicht etwas, was von oben herab die Wirklichkeit formt, sondern sie ist gewissermaßen von der Wirklichkeit heraufgekommen. Nehmen wir zum Beispiel Artikel 20 des Grundgesetzes mit dem rein repräsentativen Charakter der Demokratie, der Republik, des parlamentarischen Systems: das ist doch keine an sich „schöne" Norm, die leider von den gewählten Vertretern nicht eingehalten, vielmehr permanent gebrochen würde. Der theoretische Fehler liegt nicht darin, daß die Volksvertreter das Volk nicht vertreten, sondern daß das Prinzip der Vertretung nicht in Frage gestellt wird: das Prinzip des „freien Mandats", das Prinzip der absoluten Trennung also zwischen der politischer Klasse und dem Rest der Bevölkerung. Da muß allerdings auch theoretische Phantasie entwickelt werden, um zu sehen, wie dieses Problem zu lösen ist. Ich bin nicht der Ansicht, daß man das Problem mit Schlagworten wie „Basisdemokratie" oder „plebiszitäre Demokratie" löst, die von den Grünen immer wieder plakatiert werden. Basisdemokratie im Sinne der totalen Dezentralisierung und plebiszitäre Demokratie beißen sich, denn in der plebiszitären Demokratie ist das ganze Volk zur Entscheidung aufgerufen, basisdemokratisch hingegen herrscht das Prinzip der lokalen Einheiten. Das ist also ein Problem, das theoretisch auszudiskutieren ist, wie da eine Lösung gefunden werden kann. Aber wie gesagt: das bloße Stehenbleiben bei der „kritischen Politologie" scheint mir nicht richtig zu sein, weil die „kritische Politologie" immer noch nach der besten Form der Herrschaft sucht und nach der Normierung der besten Form von Herrschaft. „Kritik der Politik" will vielmehr mit Macht und Herrschaft aufräumen. Das mag eine Utopie sein, aber wir dürfen nicht vergessen — wie eine Grüne auf dem Perspektivkongreß es formuliert hat —, das unser alltägliches gesellschaftliches Handeln eine ganz andere Qualität entwickelt, wenn wir uns an dieser Utopie orientieren, als wenn wir von vornherein sagen, daß die Trennung von Regierenden und Regierten sozusagen in der Natur des Menschen begründet sei: Herrschaft als eine Art unausweichlichen Schicksals. „Kritik der Politik" ist die Negation dieses sogenannten historischen Gesetzes, das angeblich unabänderlich ist und das manchmal in sehr eigentümlicher Weise verteidigt wird. Man sagt, selbst die Engel hätten eine hierarchische Ordnung, selbst im Hühnerstall gebe es die Hackordnung, aber wir sind in der glücklichen Lage, weder Engel noch Hühner zu sein. Der Unterschied zwischen Engeln und Hühnern auf der einen und Menschen auf der anderen Seite ist, daß der Mensch über Verstand und Vernunft verfügt — die Engel haben nur den heiligen Geist und die Hühner nur die bloße Macht der Natur auf ihrer Seite. Das wäre übrigens wieder ein

haben nur den heiligen Geist und die Hühner nur die bloße Macht der Natur auf ihrer Seite. Das wäre übrigens wieder ein

Zeichen daß der Mensch zwar ein Naturwesen ist, aber nicht in der Natur aufgeht, denn wenn die Natur die hierarchische Ordnung vorschreibt, so ist es Aufgabe des Menschen, gegen die Natur Stellung zu beziehen. Mensch-Sein ist eben eine andere Natur als die Natur der Pferde, Hühner und Schweine.

... über die Entwicklung der BRD-Linken von Kämpfern für die allgemein-menschliche Emanzipation zu Freunden der Natur und: Humanismus und Vernunft als zentrale Kategorien des Marxismus ...

Versuchen wir doch gleich 'mal, an der Frage der Natur weiterzumachen im Hinblick auf die Entwicklung der Linken in der BRD und Westberlin, die ja in verdächtige Naturnähe geraten sind nach dem Ende der Protestbewegung und mit dem Aufkommen der „neuen sozialen Bewegung", wo der „Mensch als Teil der Natur" in der Ökologiebewegung oder die „Bedrohung der Gattung Mensch" in der „Friedensbewegung" auf der Tagesordnung standen. Die Linken haben diese keineswegs originär marxistischen Themen aufgegriffen, haben in diesen Bewegungen mitgemacht und bezeichnen dies zum Teil immer noch als einen notwendigen und wichtigen Bereich linker Politik. Wie schätzt Du diese Orientierung der Linken nach der Protestbewegung hin auf die Ein-Punkt-Bewegungen ein?

Die Ökologiebewegung kann nicht als ein Produkt der Studentenbewegung betrachtet werden. Udo Knapp sagt zwar, die Grünen sind die legitimen Erben der 60er Jahre; das stimmt nur insofern, als Udo Knapp in den 60er Jahren mitgemacht hat und nun bei den Grünen gelandet ist. Die Ökologiebewegung kommt ursprünglich aus einer ganz anderen Ecke: man hat vergessen, daß ein CDU-Mann, Gruhl, an den Anfängen stand. Von Bahro kann man auch nicht sagen, daß er etwas zu tun hätte mit der 68er Revolte, wenn man bedenkt, daß Bahros Texte — ich habe einmal mit ihm gesprochen — keineswegs die Schriften von Marx, aber auch nicht von Hegel oder Kant oder der Frankfurter Schule sind, sein „Urtext", wie er einmal sagte, ist das „Stundenbuch" von Rilke, und da ich das Stundenbuch von Rilke kenne, könnte man sagen: Bahro und die Seinen, sie kreisen um Gott, den uralten Turm und sie kreisen jahrtausendelang, und sie wissen noch immer nicht, was sie sind: ein Falke, ein Sturm oder ein großer Gesang. Das „neue Verhältnis zur Natur" ist kein Produkt der 68er-Bewegung; oder, um auf die Frage zurückzukommen und einmal professoral zu sein: der Marxismus ist der Intention, der Ursache und der geschichtlichen Entwicklung nach ein Humanismus, und für den Humanisten macht es keinen Sinn zu sagen: „Die Natur ist ein Wert an sich" oder gar, wie der neue schleswig-holsteinische Umweltminister neulich auf einer Tagung in Norddeutschland sagte: „Die Natur ist schön, auch wenn kein Mensch darin wohnt". Vielmehr: Mittelpunkt, Maß aller Dinge, mit Protagoras gesprochen, ist der Mensch. Was das bedeutet, mache ich im negativen Sinne mit einem Wort von Hegel fest. Hegel sagt irgendwo: Der Verbrecher steht höher als die Unschuld der Pflanzen oder die ewige Ordnung der Gestirne, denn das was im Verbrecher sich irrt, ist immer noch Geist. Das heißt also: Mittelpunkt ist der Mensch. Außerdem: die Schönheit einer Landschaft ist eine ausgesprochen ästhetische Kategorie. „Ästhetik" kommt von „aistanomein" und das heißt „anschauen", das heißt, es muß jemand da sein, der anschaut, damit die Natur schön ist — sonst ist die Natur überhaupt nichts. Das heißt — anders gefaßt: ich bin der Ansicht, daß die Krisenerscheinung im Marxismus zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß viele Marxisten, fasziniert von dieser neuen Art der Naturorientierung, den eigentlich humanistischen Standpunkt verlassen haben. Und in der marxistischen Fassung ist es nun einmal so, daß — und dies ist schon der materialistische Hintergrund — der Mensch dadurch gekennzeichnet ist, daß er ein Naturwesen ist, das zugleich sich der Natur gegenüber konstituiert, während Tiere und Pflanzen Wesen sind, die sich in der Natur konstituieren. Dies ist meines Erachtens der Ausgangspunkt, um dann das Ganze zu behandeln. Neuerdings ist ja die Rede von der „Würde des Tieres" — ein dummes Gerede, das Halt macht vor dem Ungeziefer und den Ratten: ein instrumentelles Denken im Grunde, denn das Tier, das da geliebt wird, ist das schöne Tier, das uns freut, nicht aber das Tier, das Unfug treibt. Da hat Kant wiederum etwas sehr Richtiges gesagt. Er hat gesagt, daß der Mensch

nicht aber das Tier, das Unfug treibt. Da hat Kant wiederum etwas sehr Richtiges gesagt. Er hat gesagt, daß der Mensch

verpflichtet sei, die Tiere gut zu behandeln, aber nicht in Ansehung der „Würde der Tiere", sondern in Ansehung der Würde des Menschen. Der Mensch ist seiner Würde gegenüber verpflichtet, die Natur gut zu behandeln, nicht der „Würde der Natur" wegen — das scheint mir ein Punkt zu sein, der wirklich voll in den Marxismus hineingeht. Der Marxismus ist anthropozentrisch: wenn wir den anthropos als Zentrum aufgeben, so geraten wir allmählich wirklich in diesen Brei der Seele, in dem alles Politische, alles Gesellschaftliche seine präzisen Konturen verliert und aus dem dann wirklich im Trüben gefischt werden kann. Es gibt in letzter Zeit bei den Grünen — nicht nur dort — viele Äußerungen, die darauf hindeuten, daß man wieder dabei ist, die Vernunft zu zerstören. Wir wissen, daß die Zerstörung der Vernunft, auch die ganz antiaufklärerischen Affekte, die da aufkommen, bedeutet, daß das Irrationale voll durchbricht. Was das politisch heißt, das wissen wir, das haben wir in der Geschichte zu Genüge gesehen. Dieser Appell an die Emotionalität vergißt, daß alle Emanzipation immer an die Vernunft appelliert hat und nie an das Gefühl — es ist immer die Restauration und die Reaktion, die auf das Gefühl rekurriert.

... über die Linken in den Grün-Alternativen ...

Jetzt wollte ich trotzdem noch einmal auf die Neue Linke abstellen. Wenn Du sagst, daß sie die Ökologiebewegung nicht geschaffen hat, so ist das klar. Aber sie hat sie doch wesentlich mitbestimmt, indem dort nicht nur einige seltsame Gestalten wie z.B. Semler irgendwann aufgetaucht sind, sondern, daß beginnend mit der Anti-AKW-Bewegung und später mit der

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Konstituierung der Grün-Alternativen sehr, sehr große Teile — wirklich in Tausenden zu zählen —, auch mit der fähigsten Leute der Neuen Linken seit Mitte der 70er Jahre in diese „neuen sozialen Bewegungen", also letztlich auch in die Grün-Alternativen hineingeströmt sind. Wie schätzt Du das ein — jetzt im nachhinein, im Jahr '88 kann man ja einen Rückblick wagen —: ist das „Projekt" völlig vor die Hunde gegangen oder siehst Du in dieser Umorientierung weg vom universell emanzipatorischen Anspruch, der die Protestbewegung der 60er Jahre noch bestimmt hat, hin auf Ein-Punkt-Bewegungen, auf bestimmte aufgebrachte Bevölkerungspotentiale auch etwas Positives?

Man kann durchaus etwas Positives darin sehen und zwar deshalb, weil erst dieser Wechsel der Neuen Linken zu den Grünen das antikapitalistische Element in die Ökologie eingebracht hat. Denn diese Grün-Vorstellung hie Ökologie, hie Ökonomie ist so eigentümlich, daß inzwischen bei den Grünen die Rede von einem „ökologischen Kapitalismus" ist. Und da hat die Linke — — ich denke an Ebermann z.B. — wirklich die ganz präzise Aufgabe, diese gespenstische Perspektive eines „ökologischen Kapitalismus" einfach beiseite zu schieben. Ein Kapitalismus mit „menschlichem Gesicht"! Wie kann man auf der einen Seite als Programm und Ziel haben, die Zerstörung der Natur blockieren zu wollen, und auf der anderen Seite eine Produktionsweise akzeptieren, die von der Zerstörung der Natur überhaupt lebt? Insofern hätte die Linke hier durchaus eine Bedeutung. Die Frage an die linken Grünen ist, ob sie ihre linke Position in die Grünen einbringen oder sie aufgeben. Das ist ein Problem, das zum Teil zusammenhängt mit dem Prozeß der Institutionalisierung. Wenn es sich um eine Bewegung handeln würde, eine Bewegung, in die das linke Element eingebracht wird, dann wäre es in Ordnung. Aber es handelt sich hier nicht um eine Bewegung, es handelt sich um ein Verfassungsorgan in der Bundesrepublik, sie ist eine quasi-staatliche Institution. Da sieht die Sache anders aus. Da kommen die ganzen Rücksichten auf die Spielregeln der Demokratie. Die nächsten Wahlen stehen vor der Tür, also muß man da entsprechend opportunistisch, „kompromißbereit" sein. Das magische Wort heißt „Kompromißbereitschaft" — — es gibt aber Punkte, in denen die Linke nicht kompromißbereit sein darf. Die Linke kann sich nicht links nennen, wenn sie z.B. die Marktwirtschaft akzeptiert. Das ist jetzt das Problem in Italien. Die italienischen Sozialisten gelten inzwischen für die Linke in Italien nicht mehr als linke Partei, weil sie für die Marktwirtschaft sind und für die Humanisierung des Kapitalismus, die Humanisierung des Arbeitsplatzes zum Beispiel. Der Arbeitsplatz bleibt aber eine Knochenmühle, da kannst du soviel humanisieren, wie du willst. Nicht daß ich sage, die Linken sollen die Grünen verlassen, aber die Linken sollen zusehen, in welche widersprüchlichen Situationen sie sich hineinbegeben.

Vor allem dürfen sie nicht vergessen, daß einer der großen Vorzüge bürgerlicher Institutionen in ihrer Klebrigkeit liegt. Wenn man hineingeraten ist, dann wird man einfach aufgesogen, in die Klebmasse eingebaut. Wenn ich sage „bürgerliche Institutionen", so meine ich nicht alle Institutionen. Die Schule z.B. ist keine bürgerliche Institution in diesem Sinne, denn Schulen gibt es in allen Gesellschaftssystemen. Ich meine aber die Staatsinstitute. Um ein Beispiel zu bringen: in den 60er Jahren haben einige Studenten meine Thesen über die „Tansformation der Demokratie", meine Kritik am Parlamentarismus dahin gewendet, daß sie aufgerufen haben, die AStA-Wahlen zu boykottieren. Das ist natürlich Unsinn, denn das sind nicht die Institutionen, die ich meine. Das sind ganz verschiedene Ebenen, denn AStA-Wahlen — das ist etwas, was sich auf der gesellschaftlichen Ebene vollzieht und nicht auf der staatlichen Ebene. Und das sind eben Unterschiede, die die Linken bei den Grünen beachten müssen. Freilich gibt es auch die Faszination der bürgerlichen Einrichtungen, sie bringen wirklich viele Vorteile mit sich …

… Geld und Sicherheit …

… nicht nur Geld und Sicherheit …

… nicht nur materielle Sicherheit, meine ich …

… eben, es gibt bestimmte Rechtsgarantien, und die sind doch wirklich nicht so einfach beiseite zu schieben. Ich will das Recht abschaffen, ich will den Staat abschaffen. Aber das Recht, das ich abschaffen will, konkretisiert sich nicht in den Menschenrechten, denn die Menschenrechte haben mit dem Rechtssystem überhaupt nichts zu tun. Sie sind Ansprüche des Menschen an die Gesellschaft oder an sich selber, während das Rechtssystem ein normiertes Ordnungssystem ist, ein normiertes objektives Zwangssystem, das ist etwas anderes. Die Schwierigkeit liegt darin, daß alles unter dem Wort „Recht" läuft. Es wird „Recht gesprochen", das bürgerliche Gesetzbuch ist ein „Rechtssystem", ich habe das „Recht", frei zu sein, und ich habe das „Recht", gegen das „Recht" vorzugehen.

… über die Verstaatung der Parteien im transformierten Verfassungsstaat und die Möglichkeit der Linken, sich zu organisieren.

Gehen wir ruhig einmal über die Grün-Alternativen hinaus zum Thema Parteien als Wahlvereine. Du hast ja immer darauf hingewiesen — und da stehst Du innerhalb der linken Professorenschaft auf alle Fälle ziemlich einsam da —, daß die Partei als Quasi-Verfassungsorgan der BRD zum Beiwerk des Staates geworden ist, daß sie jedenfalls so viele staatliche Aufgaben zu erfüllen hat, daß sich ihre Funktion gewandelt hat. Es fragt sich also, inwieweit für die Linke grundsätzlich — von den Grün-Alternativen jetzt mal völlig abgesehen — ein Parteiprojekt im Sinne von Wahlpartei interessant ist. Ist es möglich, oder glaubst Du, daß es von vornherein und zwangsläufig dort enden wird, worauf es bei den Grün-Alternativen höchstwahrscheinlich hinauslaufen wird?

Ja, das halte ich für einen unvermeidlichen Prozeß, weil die Konstituierung als Partei mit den den Parteien zustehenden Vorzügen, die die Verfassung garantiert, zur Folge hat, daß man sich voll in's System einbringt. Die Beteiligung an Wahlen, das ist eine sehr zwiespältige Sache. Also zunächst über die Partei. Um es ganz kurz zu fassen: ich bin der Ansicht, daß die Partei in der klassischen Form nicht mehr in der Lage ist, Instrument der Emanzipation zu sein. Da muß man sich etwas anderes einfallen lassen. Denn die Partei, so wie sie konstruiert ist, und erst recht, wenn sie sich in den Wahlkampf begibt, muß bestimmte rigide Organisationsstrukturen haben und muß sich den Gesetzen des Staates anpassen, selbst wenn sie ihn bekämpft. Lenin sagte in „Was tun?" ausdrücklich: Da das zaristische System so ist und nicht anders, müssen wir die entsprechende Gegenorganisation schaffen. Das bedeutet aber, sich dem Handlungsmodell des Gegners anzupassen. Eine linke Partei heute ist gezwungen, eine Partei wie alle anderen zu sein. Wenn sie dazu noch sich an Wahlen beteiligt, dann muß sie sowieso bestimmte Voraussetzungen erfüllen, die durchaus im Sinne des bürgerlichen Staates sind. Das eigentliche Problem ist das der Wahlbeteiligung. Das Wahlrecht ist eine Errungenschaft. Es kommt darauf an, wie diese Errungenschaft nun operativ und konkret institutionell gehandhabt wird. Das Wahlrecht heute in der BRD zwingt gerade Parteien dazu, sich verfassungskonform zu verhalten. Es ist schon bezeichnend, daß sich die KPD/AO seinerzeit an Wahlen beteiligte, obwohl das sinnlos war, bloß um den Status der Partei, das heißt die Parteienprivilegien zu erlangen. Insofern bedeutet schon die Bereitschaft, diese Privilegien zu genießen, Anerkennung des Status Quo, des politisch-formalen Status Quo. Die Frage, die eine Zeit lang in Italien diskutiert wurde und die auch zu einem gewissen Erfolg geführt hatte, war die Frage des Wahlboykotts. Das ist eine Frage, die in Deutschland einfach gegenstandslos ist, denn es gibt kein Potential für einen Wahlboykott. Ich glaube, vor etwa 10 Jahren, Ende der 70er Jahre, war in Italien die Wahlboykottgruppe, d.h. diejenigen, die ungültige Stimmzettel abgaben, die drittstärkste Partei; und das bringt ein System schon durcheinander. Aber das ist in Deutschland nicht möglich.

Du hast jetzt gerade sinngemäß gesagt, daß das Instrument Partei — jedenfalls im bürgerlichen Sinne — für eine wie auch immer geartete revolutionäre Linke versagt. Wie kannst Du Dir gerade in so desolaten Zeiten wie jetzt Ansatzpunkte vorstellen, wie sich eine revolutionäre Linke verhalten kann und sich in irgendeiner Form ja wohl doch organisieren muß?

Da habe ich eine Standardantwort parat. Seit 20 Jahren befasse ich mich mit dem Problem und habe noch keine Lösung gefunden. Aber gerade in dieser desolaten Situation muß man vielleicht doch den Mut haben, den die Autonomen haben. Das heißt also: nicht unbedingt nach Organisationsformen suchen, sondern sich gewissermaßen um Inhalte herum organisieren. Ich kann mir denken, daß in der heutigen Situation lose miteinander verbundene, aber inhaltlich wirklich geklärte und vernunftbegabte Kollektive (vielleicht Basisgruppen, Zellen, wie man's nennen kann, da Feld ist da sehr weit) den ersten Schritt darstellen, der gemacht werden kann. Nicht etwa in den alten Fehler der K-Gruppen verfallen (zu denen Ihr gehört): zuerst schaffen wir gewissermaßen ein Zentralkomitee, die Massen werden dann kommen. Offensichtlich ist das der falsche Weg. Es ist viel wichtiger, an der Basis zu arbeiten und kleine, in sich konsistente Gruppierungen zu schaffen. Wie sie dann zueinander in Verbindung kommen, das hängt zum Teil auch von der gesellschaftlichen Entwicklung ab. Ich bin da keineswegs Pessimist. Ich finde, daß die Propheten heute auf der anderen Seite zu finden sind. Zunächst waren wir die Propheten: die Revolution wird kommen! Jetzt sind die anderen zu den Propheten gelaufen und sagen: die Wissenschaft beweist, daß es zu keiner Revolution mehr kommen wird. Und ich sage eben: die Menschheit ist viel flexibler, als die Wissenschaft manchmal glaubt. Auf einmal ist eine Explosion da. Und wenn eine Explosion da ist — ich meine nicht von Bomben und Granaten, sondern eine gesellschaftliche Explosion —, so ist die Möglichkeit dieser Kollektive, miteinander in Verbindung zu treten und tatsächlich etwas gemeinsam zu schaffen, durchaus gegeben. Ein Beispiel, ein geschichtlich gescheitertes Beispiel, ist schon gegeben worden durch die Novemberrevolution in Deutschland. Sie war bestimmt keine sozialistische, oder sie wurde keine sozialistische. Aber wenn man sich überlegt, daß völlig spontan, gegen den Willen den SPD, ohne daß die Gewerkschaften da waren, von Kiel aus ganz Deutschland von Arbeiter- und Soldatenräten innerhalb einer Woche besetzt wurde, ohne daß jemand einen Befehl dazu gegeben hätte, so kann darin schon eine Richtung begriffen werden, in der gearbeitet werden müßte.

Johannes, Danke für das Gespräch!

Das Interview führten cl. und jw./Westberlin

Anmerkungen:
1) Agnoli pflegt in seinen Seminaren und Vorlesungen die Studentinnen und Studenten mit der deutschen Übersetzung von „Kommilitone" anzusprechen: „Waffenbruder" bzw. „-schwester"
2) OSI: Otto-Suhr-Institut für politische Wissenschaft an der FU Westberlin

Auswahlbibliographie der Schriften von Johannes Agnoli

Ich erspare mir an dieser Stelle eine zusammenfassende Nacherzählung des Inhalts von Agnolis Schriften, welche seine Gedanken nur verkürzt und verwässert wiedergeben könnte. Man sollte sich die Mühe machen, seine Schriften selber zu lesen; allerdings macht Agnolis Fähigkeit, die Gedanken, die er sich gemacht hat, geschliffen und mit zuweilen beißender Ironie zu artikulieren, die Lektüre seiner Texte auch zu einem intellektuellen Vergnügen — im Gegensatz zu den oft pedantisch-drögen Erörterungen anderer marxistischer Theoretiker, durch die sich hindurchzuarbeiten bisweilen eine orgiastische Schinderei darstellt. Hinzulernen wird man bei dieser Lektüre sicherlich etwas; nicht zuletzt aus dem Grund, weil die entscheidende Qualität seiner Theoriebildung nicht darin liegt, in der Art vieler Seminarmarxisten selbstzweckhaft die Analysemethoden zu verfeinern und durch die Erfindung neuer Imponierbegriffe sich im bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb einen Namen zu machen. Vielmehr sind es die Veränderungen in der gesellschaftlichen Realität, die Agnoli veranlaßt haben und veranlassen, die Messer der Kritik neu zu wetzen. Anzumerken wäre noch, daß von den im folgenden aufgeführten Schriften von Agnoli die „Transformation der Demokratie", die „Überlegungen zum bürgerlichen Staat" sowie der kleinere Aufsatz „Die bürgerliche Gesellschaft und ihr Staat" nur mehr antiquarisch zu erhalten sind.

Einige sehr lesenswerte Aufsätze sind bislang noch gar nicht in deutscher Sprache erschienen. Dem wird hoffentlich bald abgeholfen: die Freiburger „Initiative Sozialistisches Forum" (ISF) plant eine auf 6 Bände veranschlagte Gesamtausgabe von Agnolis Schriften, worin auch diese Aufsätze enthalten sein sollen.

Die bürgerliche Gesellschaft und ihr Staat, in: Das Argument Nr. 41, Westberlin 1966
Die Transformation der Demokratie (zus. mit Peter Brückner), 2. Auflage, EVA, Frankfurt 1968
Zur Faschismusdiskussion (1968) in: R. Kühnl, Faschismusdiskussion 1, Rowohlt, Reinbek 1974
Wahlkampf und sozialer Konflikt (1973) in: W.D. Narr, Auf dem Weg in den Einparteienstaat, Westd. Verlag, Opladen 1977
Überlegungen zum bürgerlichen Staat, Wagenbach, Westberlin 1975
20 Jahre danach. Kommemorativabhandlung zur „Transformation der Demokratie", in: PROKLA Nr. 62, Westberlin 1986

Linke deutscher Herkunft

Wer schont die antifaschistischen Kräfte in Deutschland vor wiederholten Peinlichkeiten? Endlich ist etwas gut gemeint, endlich wird eine Stellungnahme lang und vorsichtig konzipiert und durchdacht, endlich gibt es einen Ausdruck echter Sensibilität und ehrlicher Verpflichtung, und auch dann klappt es einfach nicht vollständig.

IM AK 297 wurde eine „Erklärung zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht" veröffentlicht. Unterstützt von Gelehrten, Prominenz und Betroffenen ruft sie zum Gedenken auf, zur Erinnerung an die Opfer, zu einer Front gegenüber den Tätern, zur Mahnung an die potentiellen Mitläufer von heute. Mit verdientem Stolz trägt die VVN die Verantwortung für den Aufruf; er vereinigt ein breites Spektrum, das sogenannte „liberal-bürgerliche" Lager, von Verfolgten und Kommunisten über Gewerkschafter und Schriftsteller bis hin zu Professoren und Richtern.

Der Aufruf ist ernst, er stellt sich nicht nur einem als abstrakt aufgefaßten Nationalsozialismus — einer Art „Naturkatastrophe" — entgegen, sondern er scheut sich auch nicht vor einer Auseinandersetzung mit der natürlichen Umgebung, die diesen Beheimatete: „Wie konnte es so weit kommen, daß unser Volk ein solches Ausmaß staatlicher Willkür und sanktionierten Verbrechens schweigend hinnahm?"

„Unser Volk" — die Verantwortung als Mitglieder einer Täter-Gesellschaft weisen die AutorInnen nicht zurück. Zweifellos ein Verdienst, eine Seltenheit selbst in der alternativ-liberalen Szene des Nachkriegsdeutschlands, die allzu oft so tief in ihren anti-imperialistischen Geist versinkt, „wir sind ja Linke von heute, und keine Deutschen von damals", um die Gnade ihrer späten Geburt wiederzufinden und sich der Belastung der Opfer zu entledigen. Ein Aufruf also, der einem Mut und Hoffnung in diesem sonst so trostlos erscheinenden Land geben könnte, wenn es nicht auf eine kleine Peinlichkeit ankäme:

Der Öffnungssatz lautet folgendermaßen: „Vor 50 Jahren, in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938, fand im ganzen Deutschen Reich ein staatlich organisierter Massenpogrom statt. Er richtete sich *gegen alle Deutschen, die Juden oder jüdischer Herkunft waren.* „ (meine Hervorhebung, Y.M.). Man liest und stutzt. Im Hauptsatz „Deutsche", im Nebensatz „Juden oder jüdischer Herkunft", als wäre gerade dies der zufällige, sekundäre Umstand, die Zugehörigkeit der Opfer zur deutschen Nation dagegen der Knackpunkt, der die Aktion erst zu einer offensichtlichen Ungerechtigkeit macht.

Nicht die Tatsache, daß die vielen „Ostjuden", die weder deutsche Staatsbürger noch „deutschstämmige Spätaussiedler" waren, vom Pogrom auch nicht verschont blieben, ist hier der Grund zum Staunen. Auch nicht die Stellung der Reichspogromnacht als Höhepunkt und gleichzeitig als Auftakt einer antisemitischen Hetz- und schließlich Vernichtungspolitik, die sich *gegen die Juden als Juden* richtete, und nicht gegen die Deutschen als Steuerhinterzieher, Fahrradfahrer, oder eben — Juden.

Interessant ist vielmehr die Art und Weise, wie deutsche Linke das nationale Problem der Juden zu lösen versuchen. Sie machen sie zu Deutschen, und als solche dürfen sie nicht mehr verfolgt werden, denn sie sind nun deutsch, wie wir auch. Statt der einfachen Solidarität mit verfolgten Menschen, die aufgrund ihrer Andersartigkeit vernichtet werden, statt die Forderung zu stellen, diese in ihrer Andersartigkeit zu akzeptieren, gleicht man sie den eigenen Wunschvorstellungen an, um zu sagen: „Laßt doch unsereins in Ruhe!"

Die Linken wollen nicht einen emanzipierten, gleichberechtigten Juden sehen, sie wollen einen angepaßten, linken Deutschen. So gemein diese traurige Behauptung sich auch anhören mag, ist der Assimilationismus im linken Gedankengut seit langem tief verwurzelt. Man erinnere sich nochmal an Marx, der seinen Aufsatz „Zur Judenfrage" mit den Worten abschließt: *„Die gesellschaftliche Emanzipation des Juden ist die Emanzipation der Gesellschaft vom Judentum".*

Dabei erscheint auch die reinste Verarbeitung des belastenden Erbes als ein eher sprunghafter Spaziergang durch die Geschichte: Mal stellt man die Judenvernichtung in den Vordergrund, aber nicht als die Streichung jüdischer Existenz in Europa, sondern als einen gemeinen Versuch, das deutsche Volk zu spalten. Mal nivelliert man wiederum den Faschismus, um die gezielte Ausrottung eines Volkes auszuklammern, was ihn wieder zu einem internen deutschen Ereignis macht, einer geschlossenen Gesellschaft, als wären deutsche Täter und deutsche Verfolgte unter sich gewesen.

So hat einer der Unterzeichner des Aufrufs, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, ein Buch mit dem Titel „Faschismustheorien" verfaßt, das in vielen Kreisen als häufig zitierte und zuverlässige Quelle gilt (1). Man findet in seinen dreihundertundsiebenunddreißig Seiten fast alles, was einem zum Faschismus und seinen Hintergründen nur einfallen kann: „Faschismus als Produkt des Führers", „Faschismus als Totalitarismus", „Faschismus als Modernisierung", „Faschismus — phänomenologisch", „Faschismus als Diktatur des Monopolkapitals". Dreihundertundsiebenunddreißig Seiten. Und dann findet man einen „Exkurs": „Antisemitismus und Judenvernichtung". Nichts weiteres als einen Exkurs, vier Seiten lang, so nebenbei.

Und in dem Exkurs belehrt uns der Professor, daß „der Mord an den europäischen Juden nicht als etwas ganz singuläres betrachtet werden (darf)", schließlich war er nicht nur auf Juden beschränkt, sondern er umfaßte Belgier, Holländer und Polen ebenso. Vielmehr sei der Antisemitismus der Nazis ein Mittel zur Spaltung und zur Zerschlagung der Arbeiterklasse gewesen und könne deshalb nur im Gesamtzusammenhang der NS-Politik betrachtet werden.

Und hier beginnen die Probleme eines Forschers, die Judenvernichtung zu erklären: Er kann nämlich nicht überzeugend beweisen, daß die Ermordung von sechs Millionen Juden „direkt ökonomischen Profitinteressen entsprang", muß also ausweichen, um zu sagen, nicht jedes Ereignis müsse direkt aus den Produktionsverhältnissen oder „gar aus den Profitinteressen der Herrschenden abgeleitet werden", damit die Analyse stimmt…

„Es besteht also gar kein Anlaß," schließt Kühnl ab, *„einen Erfahrungssatz, der sich in einer sechstausendjährigen Geschichte der Klassengesellschaften permanent bestätigt hat, im Falle des Faschismus zurückzuweisen und darin gar eine Kapitulation wissenschaftlicher Erkenntnis vor dem Irrationalismus zu erblicken."* In anderen Worten: Kühnl bleibt Marxist, auch wenn er den Holocaust der Juden mit Hilfe seiner bisherigen Denkschemen nicht erklären kann. Und dies ist alles, was er uns im Zusammenhang mit dem deutschen Faschismus über die Judenvernichtung zu sagen hat.

Ein linker deutscher Wissenschaftler will die Geschichte als eine deutsche Geschichte erklären, jenseits von Dimensionen nationaler Konflikte. Dafür ist er ausgebildet, darin ist er geübt. Enthält die Geschichte einen jüdischen „Härtefall", so muß dieser an die deutsche Dimension angepaßt werden — „Deutsche jüdischer Herkunft" —, sonst ist er nicht mehr als einen Anhang wert.

„Wir verwahren uns gegen jede Geschichtsklitterung", schreiben die AutorInnen der Erklärung, *„vor allem gegen die Behauptung, Pogrom und Holocaust seien Verbrechen, wie sie anderswo auch vorgekommen seien."* Ich glaube, diese Aussage ist ernst gemeint, und die Absichten, die ihr zugrunde liegen, werden auch nicht durch den anfänglichen „Versprecher" diskreditiert. Trotzdem, man wagt einen riesigen Schritt vorwärts, um dann heftig auf den Hintern zu fallen.

Yaron Matras

Anmerkung:
(1) Reinhard Kühnl: Faschismustheorien. Verlag rororo, Hamburg 1979

Wieder Berichtigung

Mein Artikel „Zeit der Besinnung" im AK 296 enthielt im originalen Manuskript den folgenden Satz: „‚Unterscheidet sich etwa der nukleare Holocaust vom rassistischen Holocaust?' fragt ein *Dritter* auf der gleichen Leserbriefseite, …" Dieser „Dritte" hat jedoch Satz und Druck nicht überlebt: Auf der dritten Spalte heißt es fälschlicherweise „… fragt ein *Deutscher* auf der gleichen Leserbriefseite."

Zwar war dieser Dritte — so nehme ich zumindest an — ein Deutscher, was vielleicht auch für das Zitat nicht irrelevant sei, gerade deswegen sollte man aber korrekt lesen und abschreiben, ohne eigenen Assoziationen nachzugehen. Manche würden mich noch — wegen eurer Schlamperei — des Antigermanismus bezichtigen…

Yaron Matras

Fortsetzung von Seite 1

Revisionismuskritik VI:

Linienstreit in der DKP

Während das Reformprogramm „BRD 2000“ als einheitlicher Entwurf seit einigen Wochen in der Debatte ist, gab es in der 20köpfigen Parteireform-Kommission des Parteivorstands unter Leitung von Gerd Deumlich keine Einigung auf einen gemeinsamen Entwurf. Sechs Mitglieder der Kommission — vier aus dem Parteivorstand (Dieter Gautier, DKP-Bezirksvorsitzender Bremen, Steffen Lehndorff, DKP-Kreisvorsitzender Köln, Ulrike Schröter, DKP-Kreisvorstand Essen sowie als „kritischer Unterstützer“ Thomas Harms), die Vertreter von MSB (Thomas Riecke, Bundesvorsitzender) und SDAJ (Hans-Georg Eberhard) — haben einen Gegenentwurf vorgelegt (siehe nebenstehend). Zustimmung erhielten sie vom Hamburger DKP-Bezirksvorsitzenden Wolfgang Gehrcke, und dem früheren SDAJ-Vorsitzenden Werner Stürmann (beide Mitglieder des Parteipräsidiums) sowie Vera Achenbach vom Sekretariat beim Parteivorstand.



Globales Denken

Mies kontra Revisionisten

Neu an dem schon lange schwelenden Konflikt in der DKP ist, daß die Minderheit im Parteivorstand erstmals standhaft blieb, obwohl ihr Jupp Angenfort in der Debatte vorwarf, daß die Forderung nach Meinungspluralismus in der Partei, die Präsentation von zwei Papieren, *„die Heraufbeschwörung der Gefahr einer dauernden Meinungszerrissenheit und dadurch bedingten Handlungsunfähigkeit unserer Partei“* bedeute; zudem, wie Jupp Schleifstein anmerkte, *„die objektive Wirkung dieser Zuspitzung eine Polarisierung mit sich bringe“*. Demgegenüber beharrte die Minderheit darauf, daß *„was heute noch ungewöhnlich ist, morgen schon normal sein wird: die Gegenüberstellung unterschiedlicher Meinungen auch zu Grundsatzfragen in der Parteiöffentlichkeit.“* Vor gut zwei Jahren noch hatte sich der Hamburger Landesverband der DKP — Vorreiter der Partei-Perestroika — dem Parteiritual unterworfen und sich der Vorstandskritik am (Hamburger) Parteitagsdelegierten Müller-Goldenstedt angeschlossen, der auf dem 8. Parteitag im Mai 1986 — kurz nach Tschernobyl — grundsätzliche Kritik an Aspekten der DKP-Politik geübt hatte. Verbunden mit dieser Kritik an „Mügo“ war eine „Selbstkritik“ des

dem 8. Parteitag im Mai 1986 — kurz nach Tschernobyl — grundsätzliche Kritik an Aspekten der DKP-Politik geübt hatte. Verbunden mit dieser Kritik an „Mügo“ war eine „Selbstkritik“ des

Hamburger Landesverbands, daß er seine Parteipflichten vernachlässigt habe (siehe AK 272). Auch im Herbst 1987 erhielten die Hamburger einen Dämpfer, als sie von einem „krisenhaften Zustand“ der Partei sprachen. Das, wie auch daraus angedeutete Schlußfolgerungen, sei „Vordenkertum“, wurde ihnen bedeutet. Maximal dürfe man von einem „vorkrisenhaften Zustand“ sprechen, „krisenhaft“ sei dagegen die Führungsarbeit des Hamburger Bezirkssekretariats (vergleiche AK 286 und 287). Wiederum übte der Hamburger Bezirksvorstand „Selbstkritik“. Gehrcke distanzierte sich zudem scharf von Mügo, der dem vorauseilte, was die Minderheit im Parteivorstand heute fordert: *„Die DKP muß eine öffentliche Partei werden“*, die sich ihrer Auseinandersetzung nicht zu schämen brauche. Mügo hatte der „taz“ — einem „antikommunistischen Organ“ — ein Interview gegeben, in dem er sich kritisch zur Situation in seiner Partei geäußert hatte.

Nun, Vordenkerei und Vorkrise sind vorbei, parteiamtlich anerkannt darf ein Jahr später von der Krise gesprochen und es darf nachgedacht werden. Im September 1988 bestätigte Gehrcke gegenüber einem nicht-kommunistischen Organ öffentlich, natürlich gebe es *„zwei verschiedene Linien“* in der Partei („Hamburger Rundschau“, 15.9.88), was aber nicht Spaltung bedeuten müsse (Uwe Knickrehm ebenda).

Offiziell eröffnet hatte den Kampf zweier Linien allerdings Herbert Mies auf der 13. Parteivorstandssitzung. Offenkundig verteilte er nach 1986 und 1987 die dritte gelbe Karte (was unseres Wissens im Fußball schon längst 'ne Sperre bedeutet hätte):

Nunmehr wolle er *„ohne weiteres Zögern und ohne Schminke aussprechen, was mich sehr bewegt und zu welcher Meinung ich gekommen bin. In einer Reihe von Diskussionen im Präsidium und Sekretariat, und solchen Bezirkssekretariaten wie in Hamburg und in Bremen, in Kreissekretariaten wie in Köln und auch in anderen Orten, in allen möglichen in der Partei kursierenden Papieren wurde von Genossinnen und Genossen eine andere Richtung eingeschlagen, eine andere Linie entwickelt oder begonnen, sie zu entwickeln (...) Bei dieser Richtung oder Linie zeichnet sich zwar nicht die generelle Infragestellung der Partei ab, aber doch — und das sollte man so sehen und so sehe ich das — die Infragestellung von Grundsätzen der Organisation, des Aufbaus und der Struktur einer revolutionären Arbeiterpartei. Es zeichnet sich der Bruch mit wesentlichen Grundsätzen des demokratischen Zentralismus und seiner beiden miteinander verbundenen Seiten ab, deren Ablösung durch ‚basisdemokratische' oder gar liberale Auffassungen. Es zeichnet sich ab, daß die auch von uns gewünschte und notwendige Entwicklung des Meinungspluralismus bei der Suche nach politischen Entscheidungen mißverstanden oder uminterpretiert wird im Sinne der Verwandlung der DKP in eine pluralistische Partei. Es zeichnet sich eine Linie ab, die auf radikale Veränderung der*

standen oder uminterpretiert wird im Sinne der Verwandlung der DKP in eine pluralistische Partei. Es zeichnet sich eine Linie ab, die auf radikale Veränderung der

Partei, ihres Parteiprogramms, ihrer Theorie, ihrer Praxis und ihrer zentralen Führung zielt, und dies unter der Losung der Erneuerung und mit Berufung auf Konsequenzen aus den revolutionären Umgestaltungsprozessen in der Sowjetunion und in der KPdSU.“ Und an anderer Stelle: *„Soviel ist sicher: Mit zwei Linien im Nebeneinander kann auf die Dauer keine kommunistische Partei leben, wollen wir nicht leben.“* Herbert Mies forderte dazu auf, daß jetzt die Partei zu entscheiden habe, ob der *„Parteivorstand, sein Präsidium und Sekretariat die Partei zusammen- oder auseinander-“* führe.

Minderheit: Runderneuerung der DKP

Das ist heavy und neu für die DKP. In früheren Zeiten wären die so Angegriffenen die längste Zeit in der Partei gewesen. Derzeit spricht Mies die Differenzen zwar in aller Schärfe an, doch ist andererseits das Bemühen der Mehrheit im Parteivorstand unverkennbar, den vollen Bruch zu vermeiden, was sicherer Indikator dafür sein dürfte, daß die Neuerer sich auf eine verbreitete Strömung — mehr noch Stimmung — in der Partei stützen können.

Der Kurs der Neuerer setzt im wesentlichen auf zwei Elemente bei der Runderneuerung der Partei:

1. Die vorbehaltlose Solidarisierung mit und Übernahme der sowjetischen Perestroika und des Neuen Denkens in der Welt; daraus abgeleitet nicht nur ein neues Reformprogramm, sondern eine strategische Neubestimmung von Reformen in Bezug auf das Ziel des Sozialismus. Unter Berufung auf die „historische Verantwortung“ für die Weiterexistenz der Menschheit sehen sie durch den *„Kampf ums Überleben das Verhältnis von Reform und Revolution verändert. Der Kampf um die Lösung der globalen Probleme darf den Kampf um den Sozialismus nicht als bloßes Mittel zum Zweck untergeordnet werden“* (siehe nebenstehendes Papier). Bedingung: der *„friedliche Wettbewerb von Kapitalismus und Sozialismus“*. Gegenüber der „Hamburger Rundschau“ gab Wolfgang Gehrcke zu, daß es bislang mehr Hoffnung und Glaube sei, *„daß der Imperialismus friedensfähig zu machen ist und daß die ökologischen Probleme zu lösen sind“*. Von ihrem Ansatz her ist die Debatte um das Reformprogramm „BRD 2000“ daher nur der *„**Beginn** einer programmatischen Erneuerung“*, die in die *„bisherige Programmatik (nicht) so wie eine Schublade in eine Kommode paßt“*.

2. wollen sie eine grundlegende strukturelle, basis-demokratische (personelle) Erneuerung der DKP und dogmatischen ideologischen Ballast abwerfen. Die Modernisierung der Partei soll sie gleichzeitig für andere Teile der Bevölkerung offener und attraktiver machen.

Mehrheit: „Bewahren und Erneuern“

Mehrheit: „Bewahren und Erneuern“

Demgegenüber propagiert die Parteimehrheit in ihrem Entwurf „Zur Lage und künftigen Entwicklung der DKP“ einen vorsichtigen programmatischen und personellen Erneuerungsprozeß. Die Partei müsse, so Herbert Mies, für ihre Weiterentwicklung genau definieren *„was wir unter notwendigem Bewahren und notwendigem Erneuern verstehen“*. „Bewahren und Erneuern“ steht gegen die Runderneuerung der Minderheit, die mit Erneuern nicht nur den Bruch mit vielem Alten, sondern auch das Aufwerfen neuer Fragen für die Partei meint. Die Parteimehrheit zählt in ihrem Entwurf daher zunächst die Erfolge der Partei auf (*„Zur Lage der Partei gehören ihre Erfolge“*). Im Abschnitt zur Beseitigung der „Hemmnisse“ wird im wesentlichen der gesunkene Einfluß in der Arbeiterklasse, in demokratischen Bündnissen, bei der Jugend und den werktätigen Frauen registriert, sowie die abnehmende *„geistige Ausstrahlung der Partei“*, die seit 1986 stark rückläufige Mitgliederentwicklung und Schwierigkeiten bei der Vertretung in kommunalen Parlamenten. Die Aufzählung hebt Vernachlässigungen und „subjektivistische Fehler“ hervor.

Mit der Beschreibung neuer Herausforderungen in der „Umbruchperiode“ tut sich die Mehrheit schwer (nach Tschernobyl „sind einfache Antworten auf die Energieproblematik nicht mehr möglich“). Doch keinen Zweifel läßt die Mehrheit aufkommen, daß sie die Arbeiterklasse als Subjekt der Lösung der Menschheitsprobleme begreift. Im Abschnitt „Reform und Revolution“ heißt es dazu:

„Auch unter den heutigen Bedingungen wird die DKP darauf orientieren, daß die Arbeiterklasse des modernen Imperialismus das revolutionäre Subjekt, die Klasse der Zukunft ist, welche ihre revolutionäre Rolle in der dialektischen Beziehung mit allen Kräften des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts wahrnimmt. Vorschläge, die ‚Mensch und Menschheit als Kategorie eines neuen Revolutionstyps' und neues historisches Subjekt ausmachen wollen, sollten qualifiziert und begründet zurückgewiesen werden.“

Tatsächlich hat die Minderheit (siehe Abschnitt 4.2. ihres Papiers) die Frage aufgeworfen, ob *„es einen neuen Zusammenhang von Klassenkampf, Bündnissen und Klassenzusammenarbeit geben“* kann, wenn es stimme, daß die *„‚Krise der Zivilisation' die Menschheit zu einer ‚Gefährdungsgemeinschaft' zusammenführt, die zum neuen Subjekt des Kampfes für eine Weltgeschichte werden muß“*. Laut UZ hat Thomas Rieke als Aufgabenstellung für die Partei definiert, *„das Subjekt Menschheit zu formieren, denn wer soll sonst die globalen Probleme lösen.“*

Doch nicht im Streit um die Bedeutung von Reformen, nicht in der vordergründig diskutierten strategischen Neubestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution — mit historischen Rückgriffen auf die Revisionismusdebatte der SPD am Ende des letzten Jahrhunderts — liegt das Wesen der Differenz zwischen

und Revolution — mit historischen Rückgriffen auf die Revisionismusdebatte der SPD am Ende des letzten Jahrhunderts — liegt das Wesen der Differenz zwischen

Mehrheit und Minderheit in der DKP. Zwar unterscheidet sich die Mehrheitsposition von der obigen dadurch, daß sie nur davon spricht, daß sich angesichts globaler Probleme *„das Gewicht unseres Ringens um Reformen erhöht“*. Entsprechend kann bruchlos die bisherige Politik integriert werden, wenn Herbert Mies formuliert: *„Im Kampf um solche Reformen, die zur Entschärfung und schrittweisen Lösung der globalen Probleme durchgesetzt werden müssen, ist die Arbeiterklasse entschiedenster, vorwärtsdrängender Teil des ‚Subjekts Menschheit' im weitesten Sinne.“* Dennoch veranschlage die Mehrheit, wirft Dieter Gautier ihr vor, *„den Stellenwert von Reformen zu niedrig“*.

Zwar spricht die Mehrheit nicht von *Klassenzusammenarbeit*, sondern vom *„Ringen um breitere, zum Teil klassenübergreifenden Bündnisse“* (Mies) — was strategisch kein unbedeutender Unterschied ist; zwar stellt sie im Unterschied zu den Erneuerern die bisherige Revolutionstheorie nicht in Frage. Doch kann dies angesichts der bisherigen Parteipraxis der „antimonopolistischen Demokratie“ *nicht die entscheidende Trennungslinie sein* (zumal die Revolutionstheorie in der Praxis der Partei — sieht man einmal von ihren internationalen Bezugspunkten ab — sowieso keine Rolle gespielt hat).

Vielmehr: Der Streit um die Neudefinition des Subjekts der Veränderung könnte das Selbstverständnis der DKP als Arbeiterpartei infragestellen. Daher bemüht sich der Mehrheitsentwurf, das globale Neue Denken so zu verarbeiten, daß *„der Klassenkampf mit dem Kampf um das gesamte Menschheitsinteresse zusammenfällt“*, *„die Menschheitsinteressen mit der historischen Mission der Arbeiterklasse noch enger verschmelzen“* (der Leiter der Kommission, Gerd Deumlich). Demgegenüber legt die Neudefinition des Subjekts der Veränderung durch die Minderheit zwangsläufig nahe, daß die Arbeiterklasse nicht mehr deren hauptsächliche Trägerin sein muß, daß die Rolle anderer Schichten (neuer Mittelstand, Intelligenz) höher oder gleichrangig bewertet wird (mit reichlich Verspätung hat also auch die DKP-Minderheit die „Neuen sozialen Bewegungen“ entdeckt).

Das geht an die Parteisubstanz. So sind in der Parteivorstandsdiskussion — wie der UZ zu entnehmen ist — nicht wenige Warnungen vor einer „intellektualisierten“ Diskussion geäußert worden, und vor zu wenig „Parteimitgliedern, die in Betrieben und Gewerkschaften tätig sind“ auf der Ebene von Beratung und Entscheidung über die Politik der Partei. Ein deutlicher Hinweis darauf, daß man die Parteiopposition im Funktionärskader offenkundig der „kleinbürgerlichen Intelligenz“ zurechnet, die wiederum in ihrem Papier den „heimlichen Anti-Intellektualismus“ in der Arbeiterpartei DKP beklagt.

Wie reformfähig ist der Kapitalismus?

Im gemeinsamen Entwurf des Reformprogramms „BRD 2000“ soll die programmatische Anwendung des Gorbatschowschen Neuen Denkens auf die Verhältnisse der BRD sein. Der Ausgangspunkt ist demnach klar: die allgemeinen Menschheitsinteressen haben Vorrang vor den Klasseninteressen. Ohne Lösung der großen globalen Probleme, die die Existenz der Menschheit bedrohen (Atomkrieg bzw. Krieg überhaupt, Ökologie-Krise, Nord-Süd-Konflikt), wird der Klassenkampf gegenstandslos. Aus der Hierarchie der Werte („Frieden“ ist wichtiger als Sozialismus) wird eine zeitliche Reihenfolge konstruiert: die globalen Probleme sind so drängend, daß mit ihrer Lösung nicht bis zum Sozialismus gewartet werden darf. Daraus folgt, wie in „BRD 2000“ vielfach behauptet, daß die Lösung aller heute existenzbedrohenden Menschheitsprobleme noch bei Beibehaltung des monopolkapitalistischen, also auch des imperialistischen Systems möglich sei. Da auch die Kapitalisten ohne Existenz der Menschheit am Ende wären, soll es möglich sein, sich mit ihnen zwecks Lösung der globalen Probleme zu einer „Koalition der Vernunft“ zusammenzuschließen. Das betrifft, konsequent zu Ende gedacht, selbstverständlich auch den sogenannten „Militär-Industrie-Komplex“ (MIK), denn auch ein Rüstungskapitalist braucht lebende Kunden und möchte selbst in einer erträglichen Umwelt leben. Das hebt letztlich sogar noch den letzten traditionellen Unterschied zwischen „besonders aggressiven“ einerseits und „realistischen“ Teilen des Kapitals andererseits

letztlich sogar noch den letzten traditionellen Unterschied zwischen „besonders aggressiven“ einerseits und „realistischen“ Teilen des Kapitals andererseits

auf, denn so vernünftig, daß er überleben möchte, ist eigentlich jeder Kapitalist. Im Übrigen war noch nie so recht einzusehen, warum einem Kapitalisten, der Panzer produziert, a priori weniger Realitätssinn zugesprochen wurde als einem, der Parfüms oder Klamotten auf den Markt bringt.

Die zum neuen Dogma geronnene Hypothese von der Reformfähigkeit des Imperialismus läßt sich schwer widerlegen oder beweisen. In der Praxis haben Sozialisten aus dieser Frage denn auch noch nie ein Dogma gemacht. Kein Sozialist hat je eine positive Veränderung im grundsätzlichen Rahmen der bestehenden Verhältnisse zurückgewiesen, nur weil sie noch nicht den Sozialismus bringt oder vielleicht nicht einmal an diesen „heranführt“. Der Kampf gegen die NATO-Nachrüstung, gegen die AKWs, gegen Umweltvergiftung, gegen Massenarbeitslosigkeit, gegen die Ausplünderung der Dritten Welt bedeutet allemal Kampf für Reformen, bei denen die Überwindung der bestehenden Herrschafts- und Besitzverhältnisse nicht zur prinzipiellen Voraussetzung gemacht wird. Wieweit diese Ziele oder noch umfassendere (beispielsweise eine „Welt ohne Kriege und Waffen“) ohne revolutionäre Veränderungen erreichbar sind, wird sich erweisen müssen, und eine gute Portion Skepsis sollte da nicht nur erlaubt, sondern sogar geboten sein. Andererseits ist nicht zu übersehen, daß sich der Kapitalismus beim Lösen oder zumindest beim Hinausschieben von Problemen sehr viel flexibler gezeigt hat, als die Sozialisten es ihm zugetraut hatten. Freilich haben alle diese Problemlösungen bisher nur zu einer Restauration der ökologischen und militärischen Vernichtungspotentiale auf höherem Niveau geführt.

Dem Entwurf „BRD 2000“ blieb es vorbehalten, auf die Frage Reform oder Revolution eine dogmatische Antwort zu fixieren: die globalen Menschheitsprobleme, der Hauptinhalt unserer Epoche, sind bei Erhalt der bestehenden Gesellschaftsverhältnisse, in Koexistenz und Kooperation mit den Kapitalisten, zu lösen.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Was ist neu am Neuen Denken?

Mit Recht fragt sich da Jörg Crombach aus Neuötting: *„Wenn all das, was in ‚BRD 2000' steht, mit dem staatsmonopolistischen Kapitalismus, dem Großkapital, zu machen wäre, wäre zu überlegen, ob es nicht an Frevel grenzte, wegen ein paar ‚kleinerer' Vorzüge des Sozialismus diesen demokratischen und humanistischen Staat der neunziger Jahre aufs Spiel zu setzen!"* Oder mit den Worten von Joachim Schubert, Mannheim: *„Wenn das alles bereits im Kapitalismus verwirklichbar wäre, wozu brauchen wir dann noch den Sozialismus."* Was würde unsere DKP denn dann überhaupt noch von der SPD und den Grünen unterscheiden, fragen viele Kritiker.

In der von der UZ dokumentierten Aussprache über „BRD 2000" überwiegen die kritischen Stimmen aus dem traditionalistischen Lager bei weitem, und unter diesen wiederum die radikalen, die die Vorlage rundum als revisionistisch und reformistisch ablehnen. Soweit erkennbar hat sich dort kein einziger Neudenker zu Wort gemeldet, dem „BRD 2000" noch nicht weit genug geht. Es läßt sich also schlußfolgern, daß sich die Neudenker in dem Reformprogramm weitestgehend wiederfinden, weil ihre Handschrift dominiert.

Kritiker ebenso wie Befürworter des Neuen Denkens unterliegen aber dem gleichen Mißverständnis oder begehen die gleiche Täuschung, wenn sie die Linie von „BRD 2000" als Bruch mit der bisherigen DKP-Politik interpretieren oder ausgeben. Neu ist selbstverständlich die Entwicklung innerer Demokratie und Diskussionsfreiheit in der DKP, neu ist auch die nahezu totale Öffnung der Debatte nach außen. (Daß das Minderheitspapier zu „Lage und Entwicklung" nicht in der UZ publiziert wurde, dürfte eher ein absurder Anachronismus als eine prinzipielle Rückkehr zum alten Stil sein.)

Nicht neu ist hingegen, abgesehen von modischen Details der Verpackung, der ganze reformistische Ansatz von „BRD 2000". Schon die ursprüngliche DKP-Parole von der *„Zurückdrängung der Macht der Monopole"* stand im Grunde für ein rein reformistisches Programm, bei der eine Summe von Reformen sich, quasi hinter dem Rücken der Kapitalisten, zur revolutionären Umgestaltung addieren sollte. Mit dem Motto des seit 1978 gültigen DKP-Programms, *„Für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt"*, wurden noch kleinere Brötchen gebacken. Wenn heute traditionalistische Kritiker bemängeln, das Wort Demokratie werde in „BRD 2000" klassenunspezifisch verwendet, so könnten sie eigentlich den gleichen Mangel auch im alten Parteiprogramm feststellen, das sie gegen die Neudenker verteidigen wollen.

Die Frage der prinzipiellen Friedensfähigkeit des Imperialismus war schon in der berühmten „Polemik" zwischen der KP Chinas und der KPdSU in der ersten Hälfte der 60er Jahre ein zentrales Streitthema. Die KP Chinas vertrat damals die Ansicht, daß tatsächliche Sicherung des Friedens und vollständige Abrüstung ohne Überwindung des Imperialismus nicht möglich seien. Das wurde von der KPdSU böswillig so verdreht, als wäre die KP Chinas auf einen dritten Weltkrieg aus und widersetze sich der Abrüstung. Die illegale KPD und seit Ende der 60er Jahre die neugegründete DKP folgten auch in diesem Punkt der KPdSU absolut.

Seit Chruschtschow und Breschnew gilt als feststehend, daß in Hinsicht auf Friedenssicherung und Abrüstung große Teile des Monopolkapitals prinzipiell bündnisfähig sind. Diese These basiert auf der Konstruktion einer „realistischen Fraktion" des Imperialismus, die primär nicht an Rüstung, sondern an friedlichen Beziehungen zur UdSSR und den übrigen RgW-Staaten interessiert sei. In diese Kategorie wurden, sozusagen ehrenhalber, sogar ausgesprochene Rüstungskapitalisten aufgenommen, sofern sie nur „realistisch" genug für ein kräftiges Engagement im Osthandel waren. Die friedliche Koexistenz zwischen Imperialismus und Real Existierendem Sozialismus galt schon damals als Rezept für die Lösung der Menschheitsprobleme; lediglich die Ökologie ist in den letzten Jahren neu dazugekommen.

Hat die DKP damals nicht behauptet, durch die Unterzeichnung der sog. Ostverträge würden die bundesdeutschen Arbeitsplätze gesichert, und dabei alles ignoriert, was Sozialisten über die innere Krisenhaftigkeit des Kapitalismus wissen? (Daß sie zugleich die innere Krisenhaftigkeit des Real Existierenden Sozialismus verkannten, kommt hinzu.) Hat die DKP damals nicht den bundesdeutschen Monopolkapitalisten die UdSSR als „Ozean des Absatzes" angepriesen? Wurde nicht jedes einzelne Abkommen zwischen Breschnew und Nixon in der DKP-Presse ganz genauso als menschheitsbeglückender Schritt abgefeiert wie jetzt das Mittelstrecken-Abkommen?

Streitpunkt: Demokratischer Zentralismus

Zurück zur Parteidiskussion. *„Wahrscheinlich haben wir es mit einer längeren Phase des Suchens, des In-Frage-Stellens, des Experimentierens, des Prüfens, des Verwerfens und der erneuten Suchens auf dem Weg der Weiterentwicklung unserer Partei zu tun"*, schreibt nicht die Minderheit sondern die Vorstandsmehrheit im Abschnitt zur innerparteilichen Demokratie. Gegenüber den eher basisdemokratischen Vorstellungen im Minderheitspapier werden für die innere Erneuerung der Partei im wesentlichen methodische Vorschläge gemacht (mehr Transparenz der Entscheidungen, ein offenes Diskussionsklima) bzw. werden Absichtserklärungen zur Verbesserung der Parteiwahlen auf Grundlage des bestehen-

sichtserklärungen zur Verbesserung der Parteiwahlen auf Grundlage des bestehen-

den Statuts statt neuer Verbindlichkeiten gegeben (statt Quote: Frauenanteil soll erhöht werden, statt Rotation: zeitliche Begrenzung von Wahlfunktionen sei möglich, Priorität habe die Qualität der Arbeit). Gegenüber Vorwürfen der Opposition sieht der Entwurf die Probleme der Partei nicht im Verharren von Funktionären, die sich an ihre Posten klammern, sondern darin, *„daß derzeit für viele Funktionen keine Kandidatinnen und Kandidaten gefunden werden"*, daß viele Funktionäre sich überfordert fühlten.

Der von Herbert Mies beklagte Bruch mit dem Demokratischen Zentralismus dürfte in der Forderung der Minderheit nach „autonomen Entscheidungsrechten" (Abschnitt 5.3) und von unten bestimmten Parteiwahlen zu finden sein. Demgegenüber betont die Mehrheit, daß am Ende von Diskussionen Beschlüsse stehen müssen, „die für alle Mitglieder verbindlich sind." Als deutliche Warnung wird zudem festgehalten, daß die Offenheit der Diskussion da ihre Grenze hat, wo am Statut vorbei diskutiert wird: *„Dem widerspricht die Erarbeitung von sogenannten Positionspapieren ohne Kenntnis von Vorständen oder Gruppen der Partei und deren Verbreitung außerhalb der demokratischen Strukturen der Partei."* So wurden bereits die Ausschlüsse gegen die Erlanger und den Karlsruher Helmuth Krebs begründet. *„Die Ablehnung von Fraktionen in der DKP auch unter den gegenwärtigen Bedingungen unseres Kampfes in der imperialistischen BRD"* wird als unverzichtbar betont, wobei die Charakterisierung des BRD-Imperialismus an dieser Stelle, wo es um innerparteiliche Demokratie geht, eher schärfer ausfällt, als dort wo es um Reformen und Klassenkampf geht. Schließlich wird „das Vorschlagsrecht der Vorstände" bei den Parteiwahlen gegenüber einer „spontanen Willensbildung" bei der Strukturierung der Leitungsorgane verteidigt.

Jenseits dieser Auseinandersetzung schwingt in der derzeitigen Parteidebatte ein Unterton mit, der von heftigen personellen Auseinandersetzungen zeugt. Die Vorstandsmehrheit hat in ihren Entwurf einen Satz aus der Minderheit eingebaut, der in ihrem Entwurf gar nicht enthalten ist, laut Deumlich aber in der Kommissionsarbeit gefallen ist: *„Es gibt Auffassungen, die beispielsweise in einem Dogmatismus in der Theorie, Ökonomismus in der Politik, bürokratischem Zentralismus in der Organisation sowie in mangelnder Kompetenz der Parteiführung die Ursache und das Wesen unserer Parteiprobleme sehen."* Wir wissen nicht, ob der Satz jemals *so* gefaßt wurde. Auf jeden Fall ist er geeignet, Emotionen im Apparat, vor allem aber im Parteivorstand zu wecken. Zusammen mit dem Satz des Minderheitspapiers — der anstelle der obigen Charakterisierung stehen könnte —, daß *„die Hauptursache für Schwächen der Leitungstätigkeiten u.E. in den verengten politischen und sozialen Erfahrungsbereichen sowie der altersmäßigen Zusammensetzung insbesondere von Präsidium und Sekretariat (liegt). Der Frauenanteil ist nicht akzeptabel. Entscheidende politische Prägungen dieses wichtigsten Teils der Parteiführung erfolgten größtenteils vor Gründung und Wirken der DKP"* (Abschnitt 3.6), dürfte hier die Wurzel für Mies' oben zitierte heftige Reaktion liegen. Stellt der Satz doch nahezu einen Frontalangriff auf das aus der alten KPD kommende traditionalistische Element der DKP dar.

Erwin Ebeling, unterstützt von Ellen Weber, schwang die moralische Keule. *„Er hätte nie gedacht, daß ihm in der Partei seine Prägung in Adenauer-Zuchthäusern einmal negativ vorgehalten werde."* Auch hier dürfte der Kern allerdings nicht in der persönlichen Beleidigung liegen, sondern in der begründeten Befürchtung, daß ein Funktionärskader, der seine Prägung in der 68er-Bewegung, den Hochschulauseinandersetzungen der siebziger Jahre und am Rande der Wahl-/Grünen-Auseinandersetzung erfahren hat, darangeht, einen erheblichen Teil des alten Führungskaders zu kippen. Die DKP, die dabei anvisiert wird, könnte eine ganz andere sein.



Das Gespenst der Spaltung

Insofern geht es ganz handfest zu. Gerd Deumlich hat in seinem Vorstandsreferat Andeutungen einer solcherart personalisierten Auseinandersetzung gemacht. Gegenüber dem Vorwurf der Konzeptionslosigkeit stellt er „ganz sachlich" die Frage, *„welches taktisches Kalkül eigentlich hat, wer der Partei derart den Pleitegeier aufkleben will. So kann man den Boden bereiten für eine Erneuerung der Partei an Haupt und Gliedern."* Die Frage ist, ob die Auseinandersetzung in der DKP eine solche Dimension angenommen hat, daß bevor die inhaltliche Diskussion sich den Fragen der zukünftigen Strategie soweit genähert hat, daß eine mögliche Spaltung — von der allerorten gemunkelt wird — entlang sich andeutender inhaltlicher Differenzen verläuft (so wird beispielsweise im Papier des Bremer Bezirkssekretariats formuliert: *„Wenn Ausgrenzungen, aber auch Spaltungen ... und Lähmungen verhindert werden sollen, darf weder die einheitliche Handlungsfähigkeit noch die breite Diskussions-, Artikulations- und ... Entscheidungsmöglichkeit behindert werden."*).

tung — von der allerorten gemunkelt wird UZ-Diskussion zum Parteitag, die mehr

Die relevante Minderheit im Parteikader scheint auf Zeitgewinn zu setzen. Dafür sprechen diverse Beiträge in der UZ-Diskussion zum Parteitag, die mehr Zeit für die Debatte fordern. Dafür spricht eine Formulierung des Hamburger Bezirkssekretariats, daß man angesichts der beiden auf dem Parteitag zu behandelnden Papiere in Zeitnot komme. *„In mehreren Gruppen wurde bereits angeregt, die Diskussionszeit auszudehnen und die Entscheidung über den Programmentwurf zu verschieben."* Zurecht wird wohl befürchtet, daß mit einer abschließenden Behandlung von „BRD 2000" und des Parteireform-Papiers die Debatte zunächst einmal beendet sein dürfte. Umgekehrt könnte die Befürchtung der Parteivorstands-Mehrheit sein, daß angesichts verbreiteter Frustrations-

tung der Parteivorstands-Mehrheit sein, daß angesichts verbreiteter Frustrations-

stimmungen an der Parteibasis bei anhaltender Diskussion noch mehr heilige Kühe geschlachtet werden könnten. Auf jeden Fall weckt die DKP-Debatte neben der inhaltliche Brisanz und Bedeutung einiger der Streitthemen durchaus Erinnerungen an Zerfallserscheinungen von anderen Gruppen mit einem K im Namen. Erstmals werden nicht nur zwei, sondern mindestens drei Strömungen in der DKP offensichtlich. Neben den Neuerern und den Bewahrern im Vorstand die Kritiker von links. Das umstrittene Papier zur Parteireform hat aus Sicht der Führungsmehrheit offenkundig die Funktion einer korrigierenden Ergänzung zum Reformismus-Vorwurf gegen „BRD 2000", das stark durch die Feder der Neuerer geprägt ist, wodurch die Gewichte wieder etwas verschoben werden sollen. Solche verbale Ausgleicherei — ein Satz für die Neudenker, ein Satz für die Traditionalisten — die radikalen Kritiker von „BRD 2000" versöhnlich stimmen wird, darf bezweifelt werden. Auch die im Lage-und-Entwicklungs-Papier wieder breit aufgetragene Selbstgefälligkeit wird wohl nur bei einem kleinen Teil der traditionalistischen Kritiker gut ankommen. In Sachen Selbstkritik, innere Demokratie und nüchterne Bilanzierung bläst der Parteiführung der Wind von *allen* Seiten scharf ins Gesicht; das ist — wie die UZ-Diskussionstribüne zum Parteitag zeigt — keine Domäne der Neudenker, auch wenn diese gern so tun.

Unklar ist dem außenstehenden interessierten Beobachter bei der derzeitigen Polarisierung, wo bei einer erstmals zu erwartenden Mehrheits-/Minderheitsabstimmung auf dem Parteitag Kompromißlinien liegen könnten. Immerhin ist eine solche Situation für die DKP völlig ungewohnt. Man darf auf die Auswirkung des Neuen Denkens im Umgang hiermit gespannt sein.

kt. und hr.

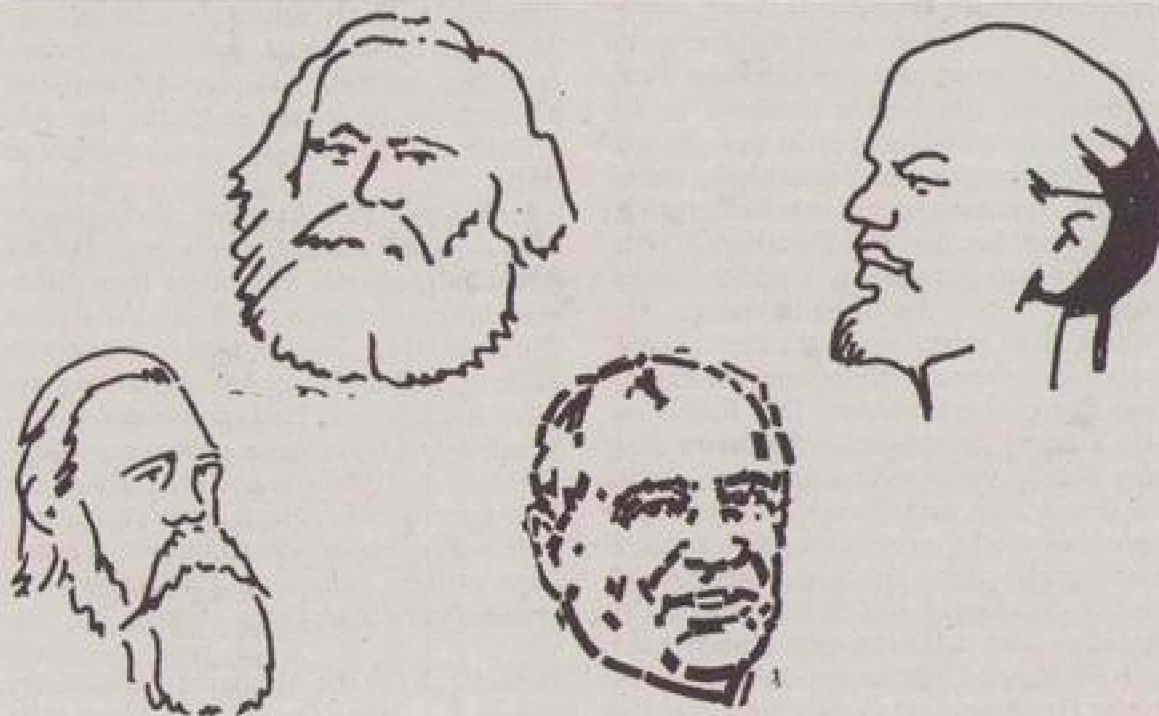
Tabu: Verhältnis zur SED

Im Minderheitspapier wird die SED nicht einmal erwähnt, was eine Abgrenzung erraten läßt angesichts des uneingeschränkt positiven KPdSU-Bezugs. Im Mehrheitsentwurf ist eine andere Tendenz angelegt. Im Abschnitt über *„Unsere Beziehungen zur SED"* wird betont: *„Insbesondere spielen Unterschiede zwischen der Entwicklung in der UDSSR und in der DDR eine große Rolle"*. Und zwar: *„Dabei spielt eine Rolle, daß die SED die aus der Umbruchperiode resultierenden Fragen und Aufgaben — den Bedingungen ihres Landes entsprechend — in vielerlei Hinsicht früher aufgriff, anders aufgreift und anders gewichtet als etwa die KPdSU."* Das ist eigentlich nur verklausuliert ausgedrückt, was Kurt Hager im April 1987 auf die Frage nach Glasnost und Perestroika für die DDR mit der Gegenfrage beantwortete: *„Würden Sie, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls zu tapezieren?"*

„Die kommunistische Partei der BRD wird ihre eigene Identität verlieren, wenn sie nicht ihre prinzipielle kommunistische Solidarität mit der SED bewahrt, mit der Bruderpartei also, mit der sie gemeinsame historische Wurzeln besitzt", formuliert die DKP-Mehrheit. Das nimmt die SED ausdrücklich von der vielbeschworenen globalen Neuorientierung aus, bzw. könnte — wenn es nicht so lächerlich wäre — nahelegen, daß nicht die KPdSU unter Gorbatschow sondern die SED/DDR die Avantgarde des „Neuen Denkens" ist. Diese DKP-Formulierung zeugt von Beharrungsvermögen, das spätestens da mit der Parteidiskussion kollidieren dürfte, wo die Geschichtsdebatte bei der gemeinsamen Geschichte von SED und KPD ankommt (1), und wo der bislang unwidersprochen gebliebene Konsens, daß die im alten dogmatischen Sinne verfaßten Thesen der SED zu 70 Jahre KPD (in der alle Ecken und Kanten der Entwicklung glattgebügelt sind) ernsthaft in der DKP diskutiert werden.

Wer die politische, ideologische und materielle Abhängigkeit der alten DKP von der SED berücksichtigt, könnte in Abwandlung von Hager vermuten, daß man in diesem Falle einen Tapetenwechsel nicht für nötig hält, weil der Nachbar auch noch in den alten wohnt.

1) Für Ordnung scheint insofern schon gesorgt, als SED, SEW und DKP eine gemeinsame Kommission bilden, um das Angebot des ZK der KPdSU anzunehmen, die bislang verschlossenen Archive der Komintern einzusehen.



Quellen:

UZ-Berichte vom 5./6. und 7.9.88; 13. Tagung des DKP-Parteivorstands, 3./4.9.88 — mit den Reden von Herbert Mies und Gerd Deumlich — Eigenbeilage der UZ vom 7.9.88; Entwurf „Zur Lage und künftigen Entwicklung der DKP", Eigenbeilage der UZ vom 8.9.88; Entwurf „Bundesrepublik Deutschland 2000 — Vorschläge der DKP zu einer friedensorientierten und demokratischen Reformalternative für die 90er Jahre"; 10 Diskussionspunkte des Bezirkssekretariats Bremen; „forum" 2, August 88 der DKP Hamburg; Interview mit Uwe Knickrehm und Wolfgang Gehrcke in „Hamburger Rundschau", 15.9.88

Die Gedanken sind los

Von der Öffentlichkeit kaum bemerkt, scheint in der DKP die Demokratie wie ein heftiges Fieber ausgebrochen zu sein. Ist das wirklich die gleiche DKP, auf deren Parteitagen die dafür sorgfältig ausgewählten Delegierten jahrelang nur Lammfrommes, unendlich Langweiliges, vorher dreimal Durchgefiltertes und Kontrolliertes, zum Besten geben durften? Die gleiche DKP, die einen Landesverband öffentlich rüffelte, weil er es nicht zu verhindern gewußt hatte, daß einer seiner Delegierten einen Parteitag mit ein paar kritischen (ergo „parteischädigenden") Worten schockierte? Die gleiche DKP, die es als ruhmreichen Unterschied zu allen anderen Parteien hervorzuheben pflegte, daß aus ihren Reihen nie ein Meinungsstreit nach außen drang? Die gleiche DKP, die noch vor wenigen Monaten langjährige Kader wegen „Leitungsfeindlichkeit" und Nichteinhaltung der Dienstwege beim Äußern ihrer politischen Ansichten aus der Partei warf?

Heute kann Holger Lüttich aus Duisburg-Rheinhausen in der UZ schreiben, daß das Präsidium — also das höchste Parteigremium — *„sicher Nachholbedarf in Marx und Lenin"* habe. Der von der DKP-Führung zur Diskussion gestellte Entwurf eines neuen Reformprogramms, „BRD 2000", wird von H. L. auf eine Stufe gestellt mit jenem Herrn Kautsky, den Lenin seinerzeit als Renegaten und Revisionisten herzhaft gebeutelt hatte. — Hil-

fe gestellt mit jenem Herrn Kautsky, den Lenin seinerzeit als Renegaten und Revisionisten herzhaft gebeutelt hatte. — Hil-

de Wagner aus Karlsruhe kritisiert, daß „BRD 2000" in vielen Punkten dem Programm und anderen Grundsatzerklärungen der Partei widerspreche. Die Perspektive der Überwindung des Kapitalismus werde an den Rand gedrängt, im Gegensatz zu Vertretern der Grünen (Hinweis auf Jutta Dithfurt). — Thomas Pfister aus Dillenburg meint, *„daß die drei Buchstaben DKP auf der Titelseite auch durch SPD oder Grüne ersetzbar wären"*. In der DKP sei weniger ein Prozeß „nach vorne" im Gange, *„sondern ein Kampf zwischen reformistisch-opportunistischen und konsequent-revolutionären Kräften"*. — Ulrike Hintsches aus Karlsruhe vermißt bei „BRD 2000" die marxistisch-wissenschaftliche Grundlage. — Auch Heike Friedrich aus München hält das Papier für unmarxistisch und undialektisch. — Christoph Clasen aus Freiburg lobt den, wie er meint einzigen, Beitrag von „BRD 2000" zur Lösung der globalen Menschheitsfragen im Ökologiebereich: Schlaftabletten werden überflüssig. Ansonsten verkündet er seinen *„Eindruck, hier werde nach Argumenten gesucht, um sich in Zukunft revolutionären Kampf verkneifen zu können."* — Müde wurde beim Lesen von „BRD 2000" auch Heinz Bauer aus Filderstadt: *„Am Einschlafen hinderte mich die Wut, die in mir kochte, die alte Wut über den partei-chinesischen Wulst, kurz PCW genannt."* — Hans-Joachim Rau aus Nürnberg sieht den Entwurf als „ungeordnetes Mischmasch" diverser Forderungen, „in theoretischer und praktischer Hinsicht nicht hilfreich", letztlich „überflüssig". — Herbert Thomsen aus Bremen verreißt die Aussagen von „BRD 2000" zur Sozialpolitik unbarmherzig als „politische Bankrotterklärung"; dieses Feld habe die DKP bereits in den vergangenen Jahren der SPD, den Grünen und den Gewerkschaften überlassen. — Joachim Schubert aus Mannheim hält „BRD 2000" für reformistisch, *„weil es Illusionen in der Arbeiterklasse weckt"*. *„Lenin hätte ein solches Programm als Betrug an der Arbeiterklasse bezeichnet."* — Günther Ludwig aus Bonn sieht in „BRD 2000" gleichfalls *„eine grundlegende Revision unseres Parteiprogramms"*, eine *„Märchenstunde über Reformkapitalismus"*. Mit diesem Papier werde *„die schon aus anderen Zusamenhängen (...) bekannte Tradition (fortgesetzt), Widersprüche zuzukleistern und selbst jähe Wendungen unserer Politik als ‚kontinuierliche Entwicklung' zu verkaufen."* Diverse Textstellen seien kennzeichnend *„für die Schludrigkeit, mit der unsere inflationären Papiere mittlerweile verfaßt werden."*

Daß selbst vorm Allerheiligsten nicht mehr Halt gemacht wird, zeigen Diskussionsbeiträge, in denen die „Gorbatschow-Euphorie" heftig angegriffen wird. Man erinnert sich an die alten Prinzipien: Kritik an der Sowjetunion ist antisowjetisch, antikommunistisch, gleich ob sie nun von rechts oder links kommt. Doch heute gilt dieses DKP-Grundgesetz nicht einmal mehr in der eigenen Partei. Nichts ist mehr heilig. Parteivorstandsmitglied Walter Listl bemängelt am DKP-Reformprogramm(-Entwurf), daß sich darin die Haltung zur heutigen SU lese wie *„eine Position der kritischen Distanz"*. Diese wäre neues Denken im Parteivorstand, aber nicht das „Neue Denken". Auf jeden Fall ist der Parteivorstand gegenüber SU-kritischen und Gorbatschow-ablehnenden Positionen toleranter geworden. In der UZ darf DKP-Proli „Schepper" (gemalt von Stefan Siegert und Stefan Schmidt) schon seit einigen Monaten Tabus brechen. Gorbatschows Aussage, man laboriere an den gesellschaftlichen Folgen der Vernachlässigung der Familien durch die Berufstätigkeit der Frauen und diskutiere darum, *„es den Frauen zu ermöglichen, zu ihrer eigentlichen weiblichen Lebensaufgabe zurückzukehren"*, hat nicht nur UZ-Leserinnen zum Protest rausgefordert. Auch „Schepper" widmet sich im nebenstehenden Bild solchen „reaktionären Sprüchen".

Horchen wir mal rein in die Gorbi-Feindlichkeit der DKP, wie sie in der „Diskussionstribüne zum 9. Parteitag" (Beilage zur UZ) hochkommt.

Thomas Pfister aus Dillenburg dürfte eine in der DKP weitverbreitete Position zum „Neuen Denken" in der SU wiedergeben, wenn er das alles für die SU als *„wichtig und richtungweisend"* ansieht, aber *„wir hier kämpfen unter den Bedingungen des Imperialismus mit einer kleinen Partei. Eine Reihe — auch führender — Genossen glauben in der Politik der KPdSU den Stein der Weisen entdeckt zu haben. Sie heben Gorbatschow auf den Schild des alleinseligmachenden Führers und gebärden sich dabei in bestem ‚stalinistischen' Sinne, indem sie die Veränderungen in der SU und der KPdSU verabsolutieren und auf unsere Situation der DKP nahtlos übertragen wollen."*

rungen in der SU und der KPdSU verabsolutieren und auf unsere Situation der DKP nahtlos übertragen wollen."

Skeptisch auch Uli Gellermann aus Düsseldorf. *„Wirklich brauchen wir kein glattes Bravo zur neuen Entwicklung in der Sowjetunion, sondern eine kritische hör- und lesbare Reflexion über unsere bisherige zu glatte Sozialismuspropaganda, wie eine eine Widersprüche wahrnehmende Analyse dessen, was in der Sowjetunion und in anderen sozialistischen Ländern jetzt passiert."* Gellermann verteidigt das alte Denken, mit seiner Definition der Parteidebatte um „Kontinuität und Bruch": *„Keine relative Friedensfähigkeit des Imperialismus ohne die erreichte Rüstungsparität, keine grundsätzliche Lösung globaler Fragen ohne jeglichen Klassenkampf,* ***kein Gorbatschow ohne KPdSU****. Als ob das Neue ohne das Alte zu haben wäre, als ob das Alte nicht verneint werden müßte, um an das Neue zu kommen und in ihm aufgehoben bliebe."*

Heftiger wird Christoph Clasen aus Freiburg. *„Eine Sowjetunion, die sich im Zeichen des Neuen Denkens überall dem Ausgleich mit den Hauptmächten des Imperialismus verschreibt statt der Überwindung der letzteren, und sich im Zeichen der ‚Lösung regionaler Konflikte' faktisch von der Solidarität mit den Ländern bzw. Befreiungsbewegungen der III. Welt zurückzieht, sie ist für mich nicht inspirierend, sondern bringt für mich das Neue Denken, für das ich übrigens bisher noch nirgendwo eine schlüssige theoretische Begründung gehört habe, in den Ruch,* ***ein neues Opium für das Volk zu sein****"*, polemisiert er heftig und ist voll *„ohnmächtiger Wut"* gegenüber Außenminister Schewardnadses Negierung des Klassenkampfes zwischen den Staaten.

Abneigung drückt auch Johannes Weidenheim aus Bonn aus: *„Nicht um alles in der Welt dürfen wir vor lauter ‚Neuem Denken' (das gar nicht immer so neu ist) uns selbst das ausreden, was uns die anderen immer schon ausreden wollen: eben den Sozialismus."*

Peter Müller aus Borken nähert sich vorsichtig: *„Bei aller Einsicht, daß die globalen Probleme der Welt nur von kapitalistischen und sozialistischen Ländern gemeinsam gelöst werden können, schimmert durch das Dokument, meiner Ansicht nach, einige Blauäugigkeit bei der Beurteilung der Aggressivität des Imperialismus. Auch beim Studium der Reden von Gorbatschow werde ich dieses Gefühl nicht los."*

„Perestroika und Glasnost sind für mein Begriffsvermögen Instrumente aktueller Problembewältigung in der UDSSR", versucht Johannes Döring aus München auf Distanz zu gehen. *„Ihre Prozesse müssen wir studieren, aus ihnen lernen, sie unserem Land vermitteln. Ihre Begriffe aber sollten wir da lassen, wo sie hingehören, nicht bei uns* ***mit ihnen hausieren gehen wie mit Modeschlagern****."*

„Ich würde in der UZ z.B. gerne auch mal die Rede eines anderen lesen, z.B. Ligatschows, dessen Beiträge offensichtlich einigen Zündstoff beinhalten", wünscht Andrea Schön aus Darmstadt. Sie bemängelt die fehlende Analyse für die behaupteten großen Friedenschancen. *„Wir, die Avantgarde der Arbeiterklasse hierzulande, haben dagegen nichts besseres zu tun, als im* ***Perestroika-Rausch*** *Glasnost zum Projektionsfeld persönlichen Frusts und lange Zeit runtergewürgter Kritik an unserer Parteipolitik zu machen. Das wäre noch verschmerzbar, wenn wir nicht im gleichen Atemzug die Gorbatschow-Politik uneingeschränkt bejubeln würden, was meiner Meinung nach ähnliche Folgen haben kann wie* ***der übermäßige Genuß des gleichnamigen Wodkas: euphorische Sinnestrübungen****."*

„Die Gedanken sind los" lautet das Motto, unter das die Hamburger DKP ihre Programmdebatte gestellt hat, und besser läßt sich der Sachverhalt wohl kaum ausdrücken. Es wird mit einer Ausführlichkeit und Hemmungslosigkeit öffentlich und intern gestritten, die in keiner anderen Partei denkbar wären. Die Grünen nicht ausgenommen, denn erstens haben diese gar kein Forum für vergleichbare Auseinandersetzungen, und zweitens ist die Basis dort extrem denk- und debattenfaul, besonders in Grundsatzfragen der Politik. Über irgendeine nicht gerade modische, aber wesentliche Frage, etwa den NATO-Austritt oder das Verhältnis zum Kapitalismus, eine breite Debatte zu führen, ist dort praktisch unmöglich. Nicht wegen Denkverboten und Zwangsharmonie, sondern ganz einfach mangels Interesse. Und das ist vermutlich die schlimmste Blockade, die sich überhaupt vorstellen läßt.

Die Respektlosigkeit, mit der in der DKP jetzt auch die höchsten Parteigremien angegangen werden, deutet darauf hin, daß Sperren durchbrochen worden sind, die sich nicht leicht wieder aufrichten lassen werden. Kein Tabu ist mehr gültig, außer vielleicht einem einzigen: noch wurde in der UZ kein kritisches Wort gegen DDR und SED gesichtet. Aber auch das kann ja noch kommen? Auffallend ist, daß die Debatte trotz ihrer Breite auf hohem politischem Niveau geführt wird. Die Summe der Mitglieder scheint doch erheblich belesener und intelligenter zu sein, als es die bisherige Selbstdarstellung ihrer Partei erwarten ließ.

(Alle Zitate aus UZ-Diskussionstribüne vom 30.8. und 14.9., Hervorhebungen von uns).

Hr. und Kt.

SCHEPPER Von Stefan Siegert und Stefan Schmidt



(aus: UZ, 9.9.88)

Viel Lärm um wenig

Ein Nachtrag zur 19. Parteikonferenz der KPdSU

Gleich zwei westdeutsche Verlage haben sich die Mühe gemacht, alle Beiträge der 19. Parteikonferenz der KPdSU zu veröffentlichen. Bei der Lektüre wird offenkundig, wie sehr es der Konferenz an echter Debatte, an streitbaren Reden, die sich auf Vorredner (denn Frauen waren die Ausnahme) und Resolutionsvorschläge bezogen hätten, mangelte; ja, die Beiträge machen den Eindruck, als seien die verabschiedeten Resolutionen, sieben an der Zahl, während der Konferenz gar nicht bekannt gewesen und erst zum Schluß zur Abstimmung vorgelegt worden.

Abgesehen von Einzelerscheinungen, so den Streitigkeiten um gewissenhafte oder verleumderische Pressearbeit, Abalkins Kritik an den unzureichenden Ergebnissen der wirtschaftlichen Umgestaltung, hatten die Beiträge ein Grundmuster: Die RednerInnen kritisierten die Fehler, die in den „Zeiten der Stagnation" im jeweiligen Arbeitsgebiet gemacht wurden, blickten auf die ersten Verbesserungen seit Breschnews Ableben zurück und beschworen die Notwendigkeit, nicht schwach zu werden bei der weiteren Umgestaltung.

Keinen wesentlich besseren Charakter haben die verabschiedeten Resolutionen, die kaum über die Aneinanderreihung von Einzelkritiken hinausreichen und keine Analyse der Vergangenheit und der gegenwärtigen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse bieten. So spricht die Resolution „Über den Kampf gegen den Bürokratismus" davon, diese Auseinandersetzung *„durch unablässige Vertiefung der Demokratie, breite Entwicklung der Formen der sozialistischen Selbstverwaltung, Erweiterung und Festigung der Macht der Sowjets"* zu führen. Die Möglichkeit von Volksabstimmungen über unterschiedliche Beschlußvarianten zur Lösung wirtschafts- und sozialpolitischer Fragen wird erwogen. Aber kaum ist der alte Bürokratismus vertrieben, wird bereits die andere Tür für seine modernere Form geöffnet: *„Es ist unerläßlich, den Leitungsapparat in das System der neuen Wirtschaftsbeziehungen und -verbindungen einzubeziehen, die Gleichmacherei bei der Entlohnung der Leitungskader zu überwinden und ihre Gehälter von den auf wirtschaftlicher Rechnungsführung basierenden Arbeitsergebnissen der Zweige, Betriebe und Organisationen sowie Territorien abhängig zu machen. Im Kampf gegen den Bürokratismus muß gleichzeitig die Autorität der Leiter gewahrt und allseitig gefestigt werden".*

Der Auftritt von Boris Jelzin

Aus der Fülle gleichartiger Redebeiträge ragte der von Boris Jelzin, des im Herbst des vergangenen Jahres abgesetzten ehemaligen Vorsitzenden der Moskauer Parteiorganisation und Politbüromitglieds, tatsächlich heraus. Jelzin, heute stellvertretender Bauminister und weiterhin ZK-Mitglied, griff einige Mängel des Parteilebens und der Konferenzorganisation auf: Er kritisierte,

— daß in den Thesen des ZK in Vorbereitung der Konferenz kein Wort darüber verlautete, daß zukünftig die Rollen der Sowjetvorsitzenden und ersten Parteisekretäre in Personalunion ausgefüllt werden sollen,

— daß die Delegiertenwahlen zur Konferenz teilweise „nach altbewährten Mustern" und wenig demokratisch verliefen,

— daß die *„von der Führung vorgetragene Politik ihren Wesenszügen nach widerspruchslos hingenommen wird. Sie bleibt auch heute außerhalb der Kritik und der Kontrolle der Volksmassen"*,

— daß *„die (politischen) Beschlüsse ihrem Wesen nach nicht vom ZK sondern vom ZK-Apparat gefaßt und sofort zu Totgeburten werden"*.

Kennzeichnend für die Schwierigkeiten der Partei im Umgang mit abweichenden Auffassungen war Jelzins Hinweis darauf, daß er seine viel Wirbel verursachenden Interviews ausländischen Medien erst gegeben habe, nachdem Gespräche mit ihm weder in „Moscow News" noch in „Ogonjok" veröffentlicht werden durften. Vor dem Plenum bekräftigte er seine Auffassung, daß die Perestroika schneller vorankäme, „wenn den Posten Ligatschows ein anderer" einnehmen würde. Und dennoch blieb auch Jelzins Beitrag blaß, denn er beschränkte sich auf den grundsätzlichen Vorwurf, die Perestroika sei ohne ausreichende Analyse von Vergangenheit und Gegenwart der Sowjetgesellschaft betrieben worden. Die Möglichkeit, wenigstens Eckpunkte für eine solche Untersuchung anzugeben, zentrale Fragen nach dem Charakter der Bürokratie, den Möglichkeiten von Reformen und den Notwendigkeiten revolutionärer Prozesse in der UdSSR aufzuwerfen, ließ Jelzin ungenutzt.

Nicht zuletzt dieser Mangel war es, der Ligatschow und auch Gorbatschow gestattete, Jelzins Attacken und seinen Wunsch nach politischer Rehabilitation leicht zu parieren, indem sie Unzulänglichkeiten und Fehler seiner praktischen Tätigkeit — sofern ihre Darstellung denn stimmt — in den Vordergrund rückten.

Auf dem Weg zum „sozialistischen Rechtsstaat"?

Die seit Monaten in der UdSSR laufende Debatte über Veränderungen rechtlicher Grundsätze und die Entwicklung eines „sozialistischen Rechtsstaats" fand auch in der Konferenzresolution „Über die Rechtsreform" ihren Ausdruck. Die Neuregelung der gesellschaftlichen Beziehungen in der Sowjetunion soll *„auf die konsequente Befolgung des Prinzips gerichtet (sein): ‚Erlaubt ist alles, was nicht durch Gesetz verboten ist'."* Der *„Rechtsschutz der Persönlichkeit"* soll an vorderster Stelle verbessert werden, um den BürgerInnen die umfassende Verwirklichung ihrer „Rechte und Freiheiten" zu ermöglichen. *„Gleichzeitig ist die Verantwortung eines jeden Bürgers vor seinem Arbeitskollektiv, dem Staat und der Gesellschaft zu erhöhen"*. Insbesondere auf die leistungsbezogene Entlohnung, qualitätsgerechte Produktion und grundsätzliche Zustimmung zur real-sozialistischen Ordnung wird hier zwischen den Zeilen verwiesen. Die Vorherrschaft des Rechts auch über Beschlüsse der Staatsorgane soll durch die Einsetzung eines Komitees für Verfassungskontrolle gewährleistet werden. Das entspricht der neuen Auffassung vom „sozialistischen Rechtsstaat": *„Unter einem sozialistischen Rechtsstaat verstehen wir einen Staat, der Gesetze schafft, sich von ihnen leiten läßt und sich ihnen unterwirft"* (1). Damit wird sich dem bürgerlichen „Rechtsstaats"-Begriff genähert, in dem *„das Recht ... nicht als Instrument des Staates (erscheint), sondern als eine Macht, der auch der Staat selber unterworfen ist"* (2).

Die konkreten Veränderungen der sowjetischen Ermittlungs- und Verfahrenspraxis zielen auf die Verlängerung der richterlichen Amtsperioden von fünf auf zehn Jahre und ihre Wahl durch die je höheren Sowjets, die Einführung der Unschuldsvermutung, die stärkere Hinzuziehung von Volksbeisitzern und die frühere und tiefere Beteiligung der Rechtsanwälte an den Untersuchungen.

Den sowjetischen Rechtsreformen kommt ein fortschrittlicher Charakter insoweit zu, als die unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen und die daraus zwangsläufig folgenden Auseinandersetzungen anerkannt und in einen nachvollziehbaren und verbindlichen Rahmen gepreßt werden. Das kann tatsächlich in Perioden gesellschaftspolitischer Ruhe BürgerInnen und Gruppen ein höheres Maß von Rechtssicherheit geben; mehr jedenfalls als in der Vergangenheit, in der mit der Begründung, *„in absehbarer Zeit werden Recht und Staat abgestorben sein, und dann werde man überhaupt keine Juristen mehr brauchen"* (3), die Juristenausbildung und das Rechtssystem vernachlässigt wurden. Weder in der Konferenzresolution noch in anderen Veröffentlichungen ist aber gegenwärtig erkennbar, wo noch die Auffassung vom Recht als einem Ausdruck staatlicher Verfaßtheit und damit von Klasseninteressen, Klassenwidersprüchen und Klassenherrschaft Eingang findet. Die Aufnahme bürgerlich-demokratischer Grundsätze erscheint so nicht als notwendiger Zwischenschritt, sondern als Endpunkt der angestrebten Entwicklung.

fo.

Anmerkungen

Soweit nicht anders angegeben, wurde zitiert nach: M. Gorbatschow u.a., Die Zukunft der Sowjetunion. Die Debatte auf der Parteikonferenz der KPdSU, Köln 1988.

(1) W. Sawizki (Mitarbeiter des Akademie-Instituts für Staat und Recht) im „Spiegel"-Gespräch, 25.1.88.

(2) F.-C. Schroeder, Moskau entdeckt den Rechtsstaat, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 19.7.88.

(3) W. Kudrjawzew, in: Demokratisierung und Gesetzlichkeit. Ein Rundtisch-Gespräch, in: „Sowjetunion heute", Juni 88.

Einschätzung und Vorschläge

Zur Lage und künftigen Entwicklung der DKP

Papier der Minderheit in der AG des Parteivorstandes

1. Einleitung: Wir brauchen die Erneuerung der DKP

1.1. Vorbemerkung:

Wir legen hiermit für die im Parteivorstand begonnene Diskussion „Zur Lage und künftigen Entwicklung der DKP" unsere Überlegungen zur Grundrichtung der Entwicklung unserer Partei vor. Wir haben uns zu diesem Versuch aus der Kommission des Parteivorstands heraus entschlossen, die den Entwurf des 2. Leitantrags erarbeitet hat. Wir meinen, daß der von der Kommission mehrheitlich gebilligte Entwurf der Neuartigkeit der Herausforderungen durch die Umbruchperiode, der Chance durch die Perestroika und dem Ausmaß der Schwierigkeiten unserer Partei nicht gerecht wird.

Nach unserer Einschätzung wird im Entwurf der Kommissionsmehrheit ein Bild unserer Partei gezeichnet, das realistischer und selbstkritischer ausfällt als bisher. Um eine für notwendig erachtete Wende in der Parteientwicklung zu erreichen, werden eine Reihe Gedanken und Vorschläge geäußert, die deutlich weiter gehen als bisher vorgetragen. Sie ist vor allem das Ergebnis der Diskussion in der Partei, so auch mehrerer PV-Tagungen.

Unser Schritt drückt deshalb keine Zerrissenheit in der Antragskommission oder im Parteivorstand aus. Er markiert die Suche nach einem neuen Weg der Meinungs- und Willensbildung in unserer Partei, der Fehler der Vergangenheit überwindet und den neuen Anforderungen entspricht. Damit wird auch die Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit der so erarbeiteten Ergebnisse erhöht.

Kern dieser Konzeption (und Gegenstand der Meinungsverschiedenheiten in der Antragskommission) ist die „Erneuerung der DKP". (...)

1.3. Die Notwendigkeit der Erneuerung

Die Partei stagniert, trotz vieler Aktivitäten ihrer Mitglieder. Das gerade für KommunistInnen bittere Gefühl, weder in noch mit der eigenen Partei grundlegend etwas verändern zu können, greift um sich.

Es ist offenkundig: unsere bisherigen Stärken — die gemeinsame Überzeugung der Aktiven, organisiertes Eingreifen, das strategische Herangehen — lassen spürbar nach. Die Wirksamkeit unserer Politik läßt nach, nach innen und außen. Damit stehen zwar bescheidene, aber dennoch wichtige Erfolge unserer 20jährigen Geschichte auf dem Spiel.

Wir sehen die Notwendigkeit einer Erneuerung der DKP nicht nur, um diesen Prozeß zu stoppen — wir sehen für unsere Partei auch Chancen, vor allem zur Erhöhung ihrer geistigen Ausstrahlung.

Dieser Prozeß muß gestoppt werden, eine Wende muß eingeleitet werden. Diese Wende muß auf qualitativen Änderungen beruhen, mit denen frühere Fehler und Versäumnisse korrigiert und grundlegende neue Möglichkeiten für Theorie und Praxis erschlossen werden.

Die Ursachen für die Notwendigkeit der Erneuerung sind objektiver wie subjektiver Natur.
— Sie bestehen in den qualitativ neuen Anforderungen der Umbruchperiode, der internationalen und der nationalen Lage.

für Theorie und Praxis erschlossen werden.

Die Ursachen für die Notwendigkeit der Erneuerung sind objektiver wie subjektiver Natur.
— Sie bestehen in den qualitativ neuen Anforderungen der Umbruchperiode, der internationalen und der nationalen Lage.

— Sie bestehen in früheren Versäumnissen und Fehlern, die unter den heutigen Bedingungen im ganzen Ausmaß ihrer Folgen sichtbar werden.
— Mit der Erneuerung der DKP wollen wir die historische Chance ergreifen, die die sowjetische Perestroika der ganzen kommunistischen Bewegung bietet.

1.4. Die Perestroika und wir

Am Beispiel der KPdSU erleben wir gegenwärtig, wie interessant und attraktiv eine solche Erneuerung sein kann — nicht nur für uns KommunistInnen, sondern für die Linke, für die Menschen unseres Landes insgesamt.

Dabei ist dieser Prozeß mit seinen Erschütterungen vieler Gewißheiten auch eine schmerzliche Sache, politisch und persönlich. Schon der begonnene Erneuerungsprozeß der KPdSU hat zu ihrer Ausstrahlung, zu wachsendem Ansehen bei demokratischen und linken Kräften verholfen.

Ganz sicher sind die Bedingungen der KPdSU andere als die der DKP, sind simple Übertragungen nicht möglich. Aber die Herangehensweise, die Methodik der sowjetischen Umgestaltung in Partei und Gesellschaft halten wir für beispielhaft: Die Herstellung einer offenen Atmosphäre ohne Tabus, die eine schöpferische und sachliche Diskussion erst möglich macht, ihre öffentliche Darstellung eingeschlossen;

Die schonungslose Analyse der eigenen Entwicklung und die systematische Aufdeckung innerer Bremsmechanismen, ohne Ansehen von Person und Sache; schließlich der Ansatz einer umfassenden, alle Aspekte der Partei erfassenden Erneuerung und die Absage an bloße Korrekturen in einzelnen Bereichen.

Dies führt zu Schlußfolgerungen und praktischen Veränderungen, die viele überraschen und vielleicht zunächst verunsichern, die aber letztlich nur zeigen, wie groß der Nachholbedarf der kommunistischen Bewegung ist, gerade was das Parteiverständnis angeht. Dazu gehört die schon auf dem 27. Parteitag formulierte Absage an das „Wahrheitsmonopol" der Partei und die Hervorhebung eines „sozialistischen Meinungspluralismus"; dazu gehört — so die Beschlüsse der 19. Parteikonferenz und der nachfolgenden ZK-Tagung — die Forderung, die Arbeit des Sekretariats und des Apparates völlig unter die Kontrolle der gewählten Parteiorgane zu stellen, einschließlich der Kaderpolitik; dazu gehört das Recht der Grundorganisationen, selbst Kandidaten auch für die höchsten Parteiorgane vorzuschlagen sowie für die freigestellte Parteiarbeit; dazu gehört die Forderung, nicht nur Beschlüsse zu veröffentlichen, sondern auch die Behandlung strittiger Punkte und Vorschläge.

Gerade wegen unserer historisch gewachsenen, engen Bindungen an die Sowjetunion entziehen wir uns diesen revolutionären Veränderungen nicht. Dies wäre ebenso unglaubwürdig wie frühere Kritiklosigkeit, auch dort, wo Kritik berechtigt gewesen wäre.



Dies gilt umso mehr, als wir im Bewußtsein vieler Mitglieder und auch anderer demokratischer Kräfte weit hinter diesen Entwicklungen, Ideen und Erfahrungen zurückbleiben.

1.5. Keine abgeschlossenen Antworten

Mit unseren „Einschätzungen und Vorschlägen" erheben wir nicht den Anspruch, eine abgeschlossene Orientierung für die Entwicklung der Partei vorzulegen. Es geht um die Grundrichtung, in der sich die Partei den Weg ihrer weiteren Entwicklung erarbeitet. Schon Überlegungen dazu müssen vorgestellt werden, sonst können sie nicht überprüft und auch nicht weiterentwickelt werden, sondern nur noch ein Gesamtergebnis verworfen oder bestätigt werden.

Das, was heute noch ungewöhnlich ist, wird morgen schon normal sein: die Gegenüberstellung unterschiedlicher Meinungen, auch zu Grundsatzfragen, in der Parteiöffentlichkeit. (...)

2. Zur Lage der Partei

Der Entwurf der Kommissionsmehrheit stellt den nüchternen und kritischen Feststellungen zur Lage der Partei Erfolge einfach nur zur Sei-

2. Zur Lage der Partei

Der Entwurf der Kommissionsmehrheit stellt den nüchternen und kritischen Feststellungen zur Lage der Partei Erfolge einfach nur zur Sei-

te. Die Fülle der Probleme firmiert unter „Hemmnisse", was eine kontinuierliche Fortentwicklung nahelegt. Dieses Herangehen verstellt den Blick auf die Ursachen der Lage. Zu Recht wird zwar darauf verwiesen, daß wir angesichts aller Schwierigkeiten die Erfolge unserer Partei nicht vergessen dürfen. Nur — sind wir uns über das Ausmaß und den Charakter unserer Schwierigkeiten wirklich einig?
— Die DKP befindet sich in einer Phase der Stagnation und des Rückgangs. Der Aktivitätsgrad ist stark gesunken. Die Mitgliederzahl und die Zahl der UZ-LeserInnen geht in den letzten beiden Jahren stark zurück. Bei den Wahlen erreicht die DKP nur noch einen Bruchteil der Stimmen, die sie in der ersten Hälfte der 70er Jahre erreichen konnte. Weitaus weniger GenossInnen sind bereit, Vorstandsfunktionen auszuüben.
— Die Grundorganisationen verspüren am stärksten die mangelnde Anziehungskraft der Partei. Vor allem für Gruppenvorstände ist die Lage belastend und häufig deprimierend. Während politische Arbeit außerhalb der Parteigruppen häufig als interessant und anregend empfunden wird, ist sie für viele in der Gruppe Pflichtübung. Vieles wird als Handwerkelei empfunden, ein politisch schlüssiges Gesamtkonzept wird vermißt. Parteivorstand und Präsidium wird nur noch wenig zugetraut, Äußerungen der Parteiführung (Referate der PV-Tagungen) werden nur von wenigen GenossInnen zur Kenntnis genommen. Viele GenossInnen zweifeln daran, daß mit und in der DKP noch etwas zu verändern ist. Gleichzeitig werden große — zum Teil letzte — Erwartungen an den bevorstehenden Parteitag geknüpft. Das, was die Gemüter am meisten bewegt, ist die sowjetische Perestroika.
— Aktions- und Kampagnenfähigkeit nehmen ab. „Unten" nimmt das Interesse an Beschlüssen der Leitungen ab, „oben" schwindet das Vertrauen in die Durchführbarkeit von Beschlüssen. Ein wachsender Teil der Aktivitäten lastet auf den Schultern (hauptamtlicher) Funktionäre, die diese Arbeit mit großer Disziplin und Anstrengung, aber immer häufig ohne volle innere Überzeugung und von Zweifeln geplagt leisten.
— In vielen Bereichen sind GenossInnen aktiv, doch sie fühlen sich vielfach politisch alleingelassen, auf sich gestellt. Sie vermissen die politische und ideologische Rückenstärkung der Partei und der UZ und finden keine Möglichkeit, ihre Kenntnisse und Erfahrungen einzubringen. Insbesondere eine Verbindung von Wissenschaft und Politik fehlt fast vollständig.
— Die geistige Ausstrahlungskraft der Partei hat stark abgenommen. Vorschläge der DKP werden in der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen. Die DKP wird nur punktuell als Kraft angesehen, mit der etwas verändert werden kann. So ist der geistige und politische Einfluß der DKP in der Arbeiterklasse — ungeachtet des persönlichen Ansehens vieler kommunistischer Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre/innen — immer noch klein, in der Intelligenz und der Jugend ist er im Vergleich zur ersten Hälfte der siebziger Jahre geschrumpft. Heute haben wir weniger gegen offenen und ausdrücklichen Antikommunismus anzukämpfen als gegen Desinteresses und Gleichgültigkeit.
— All dies auf den Punkt gebracht: Kommunistisches Selbstbewußtsein und Motivation werden zerrieben. Das „Wir-Gefühl" in der Partei geht verloren, wir reden vielfach aneinander vorbei. Die Frage wird gestellt: wozu gibt es heute eine kommunistische Partei? Was ist ihre Aufgabe, was ihre Spezifik? Unter dem Eindruck der sowjetischen Perestroika wächst das Bedürfnis, die Antwort auf diese Fragen grundsätzlich neu zu erarbeiten.

Dieses Bedürfnis ist berechtigt — sinkendes Selbstbewußtsein, sinkende Motivation, erst recht die „Identitätsfrage" markieren die Fragen und Probleme als qualitativ neu. Sie erfordern entsprechende Antworten und Lösungen.

Nichts darf uns dazu verleiten, diese Probleme in ein milderes Licht zu tauchen. Denn gerade bestimmte Erfolge der Vergangenheit, wichtige Leistungen und Qualitäten unserer Partei wie z.B.
— Zuverlässigkeit, Unbestechlichkeit, Beständigkeit im alltäglichen Klassenkampf in Betrieben und Gewerkschaften;
— unser wichtiger Beitrag zur Friedensbewegung, der nicht nur durch Fleiß und Organisa-

Partei wie z.B.
— Zuverlässigkeit, Unbestechlichkeit, Beständigkeit im alltäglichen Klassenkampf in Betrieben und Gewerkschaften;
— unser wichtiger Beitrag zur Friedensbewegung, der nicht nur durch Fleiß und Organisa-

tion, sondern vor allem durch politische Kompetenz und Wissen möglich wurde;
— strategische Weitsicht und politische Klugheit vor allem im Verhältnis zu Gewerkschaften und SPD;
— schöpferische Beiträge zur marxistischen Kapitalismus-Analyse;
— und vor allem anderen die hervorragende Arbeit vieler Genossinnen und Genossen — der Mut der Berufsverbotbetroffenen, der Sachverstand und die Zuverlässigkeit von Betriebs- und GewerkschaftsfunktionärInnen, das Engagement von Leitungen, der politische Durchblick von GenossInnen in Friedensinitiativen, der Einsatz und die Erfahrung in Bürgerinitiativen — werfen nicht gerade diese und andere Leistungen und Qualitäten in aller Schärfe die Frage auf, wieso dennoch unsere Partei dort angelangt ist, wo sie heute steht?

3. Wo liegen die Ursachen?

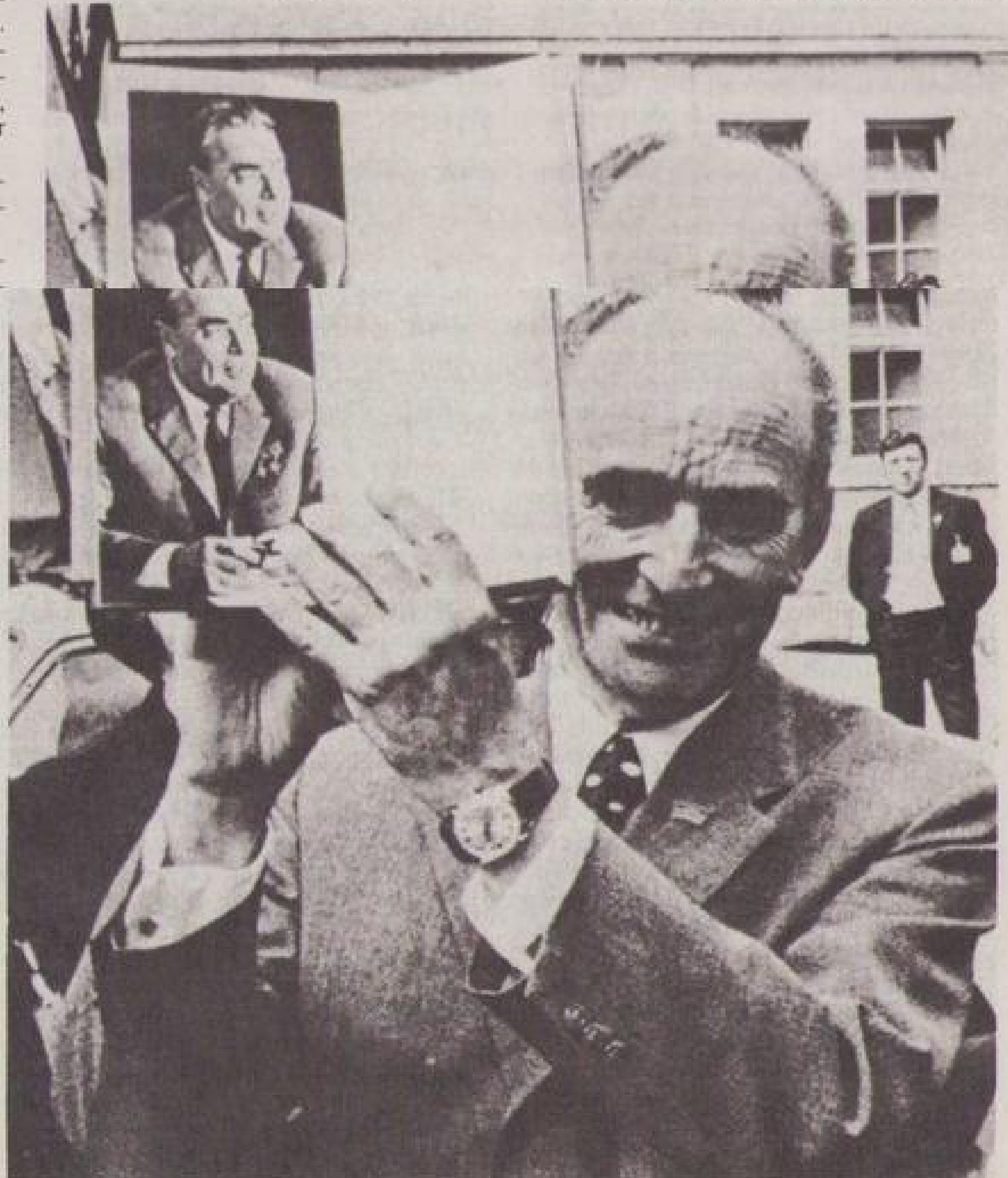
Eine der entscheidenden Schwächen des Entwurfs der Kommissionsmehrheit liegt darin, daß nicht versucht wird, die Ursachen für Stagnation und Rückgang unserer Partei zu analysieren oder zumindest eine Richtung anzugeben, in der diese Ursachen gesucht werden. Statt dessen werden eine Reihe von „Hemmnissen" nebeneinander gestellt, ohne zu unterscheiden, was denn davon Hemmnis und was Auswirkung ist (z.B. Einflußverluste). Besonders irreführend ist die Tatsache, daß gleich als erstes Hemmnis für die Handlungsfähigkeit der Partei Differenzen in ideologischen und weltanschaulichen Grundfragen genannt werden. Dies ist eine Verwechslung von Ursache und Wirkung. Wer der Auffassung ist, die DKP habe zwar eine Reihe von Einzelerfolgen erzielt, sie sei jedoch in ihrer Gesamtentwicklung hinter den Erwartungen der Anfangsjahre zurückgeblieben (wie dies im Entwurf angedeutet wird), der muß sich um eine Erklärung für diesen Sachverhalt bemühen. Dies erfordert eine Analyse, die — im Sinne der Methodik der KPdSU — die ältere und jüngere Geschichte in die Betrachtung einbezieht und dadurch den „Bremsmechanismen" auf die Spur zu kommen versucht.

3.1. Nicht die Meinungsverschiedenheiten sind die Ursache unserer Schwierigkeiten, sondern die Schwierigkeiten sind Ursache unserer Meinungsverschiedenheiten

Mit folgenden Überlegungen wollen wir das tun, was der Entwurf der Kommissionsmehrheit versäumt: die Diskussion um die tieferliegenden Ursachen der kritischen Lage unserer Partei anstoßen. Wir stellen keine fertigen Erkenntnisse vor, sondern eine Richtung, in der weiter nachgedacht werden muß.

Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß die Stagnation nicht nur subjektiven Unzulänglichkeiten zugeschrieben werden kann. Sie fällt nicht zufällig mit objektiven Rahmenbedingungen zusammen: langandauernde Massenarbeitslosigkeit, eine gesellschaftliche Umbruchsituation unbekannter Art haben die Arbeiter- und demokratische Bewegung vor völlig neue konzeptionelle Herausforderungen gestellt. Stagnationserscheinungen in der Welt des Sozialismus erschwerten zugleich den Blick auf grundsätzliche gesellschaftliche Alternativen. Wirtschaftskrise und Abnutzung des Sozialreformismus wurden seit Mitte der 70er Jahre von den Konservativen in den meisten hochentwickelten kapitalistischen Ländern für eine Offensive genutzt. Die Aufrüstung wurde forciert, soziale und politische Errungenschaften der Arbeiterklasse wurden abgebaut.

Umbrüche in der Klassen- und Sozialstruktur haben neue Bedingungen für die Bildung von Klassenbewußtsein geschaffen, zum Teil wurden die Kampfbedingungen komplizierter.



Kurt Bachmann, DKP-Vorsitzender 1968

Die ökologische Krise, die zugleich das Aufbegehren neuer gesellschaftlicher Gruppen hervorbrachte, setzte Probleme auf die Tagesordnung, die von den Marxisten bis dahin ungenügend beachtet worden waren.

Sowohl der Wandel der objektiven Bedingungen als auch schwerwiegende Mängel der politischen und theoretischen Verarbeitung dieses Wandels hat in allen entwickelten kapitalistischen Ländern zu einem krisenhaften Zustand des linken — sozialistischen und kommunistischen — Flügels der Arbeiterbewegung geführt. Dies lenkt unseren Blick auf die subjektiven Bremsmechanismen, denn nur sie sind unmittelbar veränderbar.

Wir sind der Meinung, daß grundlegende Probleme unserer Bewegung durch den Beginn der Umbruchperiode in der zweiten Hälfte der 70er Jahre akut wurden. Wir sind der Auffassung, daß es dafür Ursachen gibt, die weiter in unsere Geschichte zurückgreifen.

3.2. Die Last der Vergangenheit

Die Besonderheiten der geschichtlichen Bedingungen, unter denen sich der Sozialismus und die kommunistische Bewegung entwickelten, haben tiefe Spuren in den kommunistischen Parteien hinterlassen. Da war der schwierige Überlebenskampf des existierenden Sozialismus. Da war die tödliche Bedrohung durch die Nazi-Barbarei. Da war die schmerzliche Spaltung der Arbeiterbewegung. Nur vor diesem Hintergrund sind Deformationen und Entstellungen des Sozialismus, die Auswirkungen auf die gesamte kommunistische Weltbewegung hatten und haben, erklärlich — wenn auch nicht entschuldigt.

In den 50er Jahren begannen die kommunistischen Parteien einen Prozeß der Selbstreinigung. Doch die Wahrheitssuche wurde abgebrochen, bevor sie den Problemen — wie sich heute zeigt — vollständig auf den Grund gehen konnte. Und sie war kein hinreichend breiter, öffentlicher Prozeß (was durch das KPD-Verbot gerade in der Bundesrepublik besonders erschwert war). (So kann selbst heute noch in unserer Partei, obwohl sie nicht stalinistisch ist, der „Stalinismus" nachwirken.

Die Last der Vergangenheit zeigt sich zunächst in einer bestimmten Art der Stalinismus-Kritik, die auf halbem Wege stehengeblieben ist. Bis heute ist dieser Zeitabschnitt von uns nicht hinreichend wissenschaftlich analysiert und öffentlich zum Thema gemacht worden. Es ist eine Auswirkung des Stalinismus, daß der Stalinismus selbst Tabu-Zone für die marxistische Analyse blieb. Es ist eine Auswirkung des Stalinismus, daß nicht einmal alle genauen Fakten bekannt sind — weil die Archive noch verschlossen blieben. Die gesamte Parteigeschichtsschreibung ist noch durch die unzureichende Auseinandersetzung mit den Deformationen des Sozialismus und der internationalen kommunistischen Bewegung beeinflußt. (...)

3.3 Geschlossenheit im Denken

Zu diesen zählebigen Denkweisen gehört ein Herangehen an Meinungsverschiedenheiten und Differenzen in politischen Einschätzungen, in dem sie nicht als ein natürliches und notwendiges Element der politischen Willensbildung betrachtet werden, sondern als eine Art notwendiges Übel.

In der heutigen Welt gilt es, die Augen zu öffnen für neue Fragestellungen. Es ist eine „Zeit kühnen Suchens, eine Zeit des Nachdenkens, Zweifelns und Hoffens" (A. Dobrynin). Wer hier „weltanschauliche Klarheit" als Voraussetzung kommunistischer Politik fordert statt als Resultat einer kollektiven theoretischen Arbeit, stellt die Dinge auf den Kopf und versperrt der Theorie den Weg zur Entwicklung ihrer praktischen Eingriffsfähigkeit. Wo wir Meinungsverschiedenheiten in den eigenen Reihen nicht als produktives Potential nutzen, sondern sie als Reibungsverluste verstehen, laufen wir Gefahr, die „Geschlossenheit im Denken" durch administrative Maßnahmen (Parteiausschlüsse) und Abschottungen gegen die ideologische Umwelt herstellen zu müssen.

Eine verwandte Erscheinung ist das Denken in vereinfachten Kategorien und Entgegensetzungen. Brüche in der Politikentwicklung werden als solche nicht erkennbar gemacht. Aber die Widersprüche des wirklichen Lebens lassen dies nicht auf Dauer zu.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

3.4. Zum Verhältnis von Theorie und Praxis

Das Verhältnis von Theorie und Politik in der Arbeit unserer Partei muß gründlich untersucht werden. Wir meinen, daß dieses Verhältnis gestört ist und machen dies an zwei Erscheinungen fest: auf der einen Seite findet vielfach eine Umsetzung theoretischer Erkenntnisse in Politik nur mit großer Zeitverzögerung oder gar nicht statt. Wie lange haben wir z.B. gebraucht, wissenschaftliche Erkenntnisse über die Umbruchperiode, Veränderungen der Sozialstruktur, Veränderungen in der Lebensweise der Arbeiterklasse, das neue Gewicht demokratischer Massenbewegungen in politische Orientierungen (wie auf der 8. PV-Tagung) umzusetzen. Spiegelverkehrt dazu gibt es eine Instrumentalisierung der Theorie für bestimmte Erfordernisse der Politik. Ein bekanntes Beispiel dafür ist die anfängliche Haltung zu den AKW, die mit Hilfe einer Argumentation über die Erkennbarkeit der Welt zu einer weltanschaulichen Grundsatzentscheidung stilisiert wurde.

Ein solches Herangehen verengt den Marxismus zu einem geschlossenen Kategoriengebäude. Statt offener und aufnahmebereiter marxisitischer Wissenschaft ein Verhalten der Abgrenzung und Abschottung gegenüber den Erkenntnissen anderer, nicht zuletzt aus dem Bereich der Naturwissenschaften. Wie lange haben wir uns gegen Aussagen z.B. des „club of rome" zur Dramatik der globalen Probleme gesperrt. Der historisch neuen Phase des Emanzipationskampfes der Frauen haben wir überwiegend die Erfahrungen vergangener proletarischer Frauenbewegung entgegengehalten. Politische Ideen der „Grün-Alternativen" haben wir allzulange primär als gegen uns gerichtete Bedrohung und nicht als Bereicherung des demokratischen Spektrums gesehen, als neue politisch-geistige Grundströmung haben wir sie lange Zeit unterschätzt, dann zunächst ideologiekritisch zurückgewiesen. Im „Eurokommunismus" haben wir nur den ideologischen Gegner gesehen, anstatt uns selber den aufgeworfenen revolutionstheoretischen Fragen im vollen Umfang zu stellen.

Eine damit verwandte Erscheinung ist die Tendenz zur Begriffshuberei, der es wichtiger ist, daß eine Aussage durch den Verweis auf eine Parteivorstandstagung abgesichert ist, als der Frage nachzugehen, ob sie auf ein reales Problem zufriedenstellend eingeht. Derartige Erscheinungen machen auf eine Neigung zum Dogmatismus aufmerksam.

In diesen Zusammenhang gehört auch ein heimlicher Anti-Intellektualismus, der in der kommunistischen Partei (wie auch in der Sozialdemokratie) lange kultiviert wurde. Er hat ein übriges dazu getan, daß die Fähigkeit der Partei, auf geistige Strömungen und Prozesse zu reagieren, beeinträchtigt wurde.

3.5. Unsere Beziehungen zu den sozialistischen Ländern

3.5. Unsere Beziehungen zu den sozialistischen Ländern

Unsere prinzipiell begründete Position zu den sozialistischen Ländern hat uns immer wesentlich von allen anderen politischen Kräften unterschieden. Es ist nicht die Glaubwürdigkeit dieser Position, sondern ihre Handhabung erschüttert. Die Entwicklung des Sozialismus selber hat diese Erschütterung hervorgebracht. Insbesondere die historischen Prozesse in der Sowjetunion zerstören nicht nur gewohnte Bilder und Schablonen vom Sozialismus und das errichtete theoretische Modell, sondern führen zu der Frage, wie wir zukünftig unsere internationalistischen Beziehungen definieren, wie real gleichberechtigte Beziehungen gestaltet werden können, ob und wie wir uns mit eigenen Standpunkten, Fragen und Meinungen an den Diskussionen beteiligen.

Daß die Sowjetunion die Kraft zur Selbstreinigung aufbringt, bestätigt unser prinzipielles Herangehen.

So berechtigt die Feststellung ist, daß wir von der KPdSU und anderen Parteien falsch informiert wurden, so notwendig ist, daran die selbstkritische Frage zu stellen, warum wir ihre Informationen übernommen haben, obwohl uns vieles nicht verborgen geblieben war. Die Widersprüche der Entwicklung des Sozialismus wurden nicht aufgearbeitet, im schlimmsten Fall — Kampuchea! — hüllten wir uns in Schweigen. Auch die Bagatellisierung der Umweltprobleme im Sozialismus hat die Glaubwürdigkeit der DKP nicht erhöht.

3.6 Zu den Leitungsstrukturen

Zu unserer nie hinterfragten Organisationspraxis gehört das starke Gewicht des zentralen Apparates gegenüber der Basis. Er erscheint immer wieder als eine „Partei in der Partei". Wichtige Entscheidungen fallen immer noch häufig hinter verschlossenen Türen. Es gibt immer noch Grundsatzdebatten, von denen „normale Mitglieder" so gut wie nichts erfahren. Die Sekretariate, eigentlich Ausschüsse der Vorstände, haben sich in der Praxis als jeweils oberstes Organ eingebürgert. Der zentrale Apparat agiert noch zu oft als Zentrum, das den Meinungsbildungsprozeß von oben nach unten zu bewerkstelligen versucht. Dies soll der Einheit der Partei dienen. In Zeiten der Irritation ist dieses System nicht aufrechtzuerhalten und gefährdet die Erkenntnis- und Handlungsfähigkeit der Partei. Diesen Erosionserscheinungen ist nicht durch Appelle an Loyalität, Disziplin und Einheit beizukommen.

Auf der Suche nach Ursachen und Verantwortlichkeiten für die kritische Situation kann in einer kommunistischen Partei die politische Führung nicht ausgespart werden — der Zentralismus verweist besonders deutlich auf diese Verantwortung; die Demokratie sollte diese Suche ermöglichen, ja selbstverständlich machen. „Sollte", denn die Wirklichkeit in unserer Partei sieht anders aus. Es gibt keine entwickelten Kritikmechanismen, in vielen Bereichen überhaupt keine entwickelten Kontrollmechanismen, trotz diverser Bemühungen z.B. von PV-Tagungen. Für die Tatsache, daß die kritische Entwicklung der Partei seit dem 8. Parteitag lange verdrängt, Warnzeichen ignoriert wurden, ist in hohem Maße der Parteivorstand — korrekt ausgedrückt vor allem Präsidium und Sekretariat, die immer für den Parteivorstand genommen werden — verantwortlich. Später getroffene Einschätzungen — bis hin zum Begriff der Stagnation — konnten auf Grund des Ignorierens vorher erkennbarer Tendenzen und der Abwehr von Hinweisen die Partei eigentlich nur noch überraschen. Solches behindert das Ringen um eine Wende in der Parteientwicklung. Schon seit längerer Zeit ist für die Partei nicht mehr erkennbar, daß von der Parteiführung neue Ideen und politische Initiativen, Orientierungen für die Parteientwicklung oder die Entwicklung unserer Strategie ausgehen.

Mitglieder von Präsidium und Sekretariat treten kaum noch in der Öffentlichkeit in Erscheinung, weder in der demokratischen Bewegung noch in den Massenmedien, hinterlassen zumindest wenig positive und prägende Eindrücke.

Die Hauptursache für Schwächen der Leitungstätigkeit liegt u.E. in den verengten politischen und sozialen Erfahrungsbereichen sowie der altersmäßigen Zusammensetzung insbesondere von Präsidium und Sekretariat. Der Frauenanteil ist nicht akzeptabel. Entscheidende politische Prägungen dieses wichtigsten Teils der Parteiführung erfolgten größtenteils vor Gründung und Wirken der DKP.

Alle müssen sich fragen, warum diese Punkte bisher sehr wohl in der Partei im allgemeinen, nicht aber auf ihren Konferenzen, Parteitagen oder im Parteivorstand diskutiert wurden.



H E R B E R T

Konfliktreich ist das Verhältnis von Herbert zu den Herrschenden. 1944 mußte er die Lehrerbildungsanstalt Bad Rippoldsau verlassen, weil er sich geweigert hatte, freiwillig zur Nazi-Wehrmacht zu gehen und sich als Reserveoffizier-Bewerber zu melden. Er war „unwürdig", ein deutscher Lehrer zu werden. Das war vor 1945. Andere blieben Lehrer — auch nach 1945. Einige der Herrschenden wechselten die Kappen, der Kopf darunter verharrte in alten Zeiten. Herbert aber wollte eine neue Zeit. Deshalb trat er gegen die Remilitarisierung ein, für die Verständigung der beiden deutschen Staaten. Mehrere Verfahren waren die Antwort: Ermittelt wurde wegen Aufruhr, Landfriedensbruch und Staatsgefährdung. Herbert tauchte unter in die Illegalität. Für 17 Jahre. Aber er blieb nicht stumm, der Herbert Mies. Auch dann nicht, als die KPD, deren Parteivorstandsmitglied er seit 1954 war, 1956 verboten wurde. Auch dann nicht, als er gesucht wurde, weil er von 1953 bis 1956 Leiter des Zentralbüros der Freien Deutschen Jugend Westdeutschlands war. Immer wieder war plötzlich seine Stimme zu hören: in der Bundesrepublik, aus Frankreich, aus den Niederlanden oder aus Dänemark. Überall agitierte er, der Mitglied des Sekretariats und später auch Kandidat des Politbüros des Zentralkomitees der verbotenen KPD war, für den Frieden und die Völkerverständigung, für die Rechte der Jugend und der arbeitenden Menschen. Auch 1973, als er Vorsitzender der DKP wurde. Auch heute und auch morgen.

1988: Der Buchstabe H aus der Werbebroschüre „DKP von A - Z"

4. Zur politisch-programmatischen Erneuerung unserer Partei

Der Entwurf der Kommissionsmehrheit kann sich nicht zu einem qualitativ neuen, das heißt anderen Herangehen durchringen. Es kann aber bei Änderungen u.E. nicht nur um ein „mehr" an Aktivitäten oder ein „besser" in der ideologischen Arbeit gehen. Solche Verbesserungen sind schon oft vorgeschlagen, gute Vorsätze sind schon oft gefaßt worden — z.B. auf vielen Parteivorstandstagungen. Es muß offensichtlich um ein „anders", um qualitative Veränderungen gehen.

Das unterschiedslose Nebeneinanderstellen von „bewahren und erneuern" macht es sich u.E. zu einfach, gibt keine Richtung an, ist nicht dialektisch. Wird die Notwendigkeit einer Erneuerung anerkannt, so kann sie grundsätzlich nicht einfach neben das Bewahren gestellt werden. Die konkrete Situation verlangt u.E. die Erneuerung als bestimmendes Element, eine Gleichberechtigung beider Losungen ist ausgeschlossen.

Die Partei muß sich für das Wesentliche, d.h. das in der konkreten Situation Richtige entscheiden.

4.1 Die neue Qualität von Reformen

In der gegenwärtigen Parteidiskussion wird mitunter von einer bruchlosen Weiterentwicklung unserer Programmatik ausgegangen, die neue Qualität, um die u.E. im Entwurf „BRD 2000" gerungen wird, nicht gesehen. Es werden Positionen vertreten wie die, daß der Kampf um Reformen generell dem Kampf um die sozialistische Revolution „untergeordnet" werden müsse. So verstandene „Kontinuität" würde unserer politischen und historischen Verantwortung nicht gerecht werden. Geschichtliche Verantwortung bedeutet auch Verantwortung dafür, daß es überhaupt weiterhin menschliche Geschichte gibt. Noch in diesem Jahrhundert muß eine Politik eingeleitet werden, die auf die Sicherung der Existenzgrundlagen der Menschheit gerichtet ist — also unter den Bedingungen eines friedlichen Wettbewerbs von Kapitalismus und Sozialismus.

Der Kampf ums Überleben verändert das Verhältnis von Reform und Revolution. Der Kampf um die Lösung der globalen Probleme darf dem Kampf um den Sozialismus nicht als bloßes Mittel zum Zweck untergeordnet werden.
Das hat mit Reformismus nichts zu tun.
(...)

4.2 Zum Klassencharakter der Partei

Die KommunistInnen sind und bleiben eine Partei des Klassenkampfes, eine Partei des Sozialismus. Setzt denn die Notwendigkeit, die globalen Probleme unter den Bedingungen des friedlichen Wettbewerbs von Kapitalismus und Sozialismus zu lösen oder zumindest zu entschärfen, etwa die Gesetze der kapitalistischen Akkumulation und Ausbeutung, die Realität des Klassengegensatzes außer Kraft?
Nichts spricht dafür.

Die neue Erkenntnis des Marxismus war es, daß die Arbeiterklasse die einzige Klasse ist, die sich nicht selbst befreien kann, ohne damit zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung, Unterdrückung und Klassenkämpfen zu befreien. Damit haben die humanistischen Ideale zum ersten Mal in der Geschichte eine soziale Basis, auf der sie durchsetzbar sind. Dies setzt heute voraus — und das ist neu! — daß die Arbeiterbewegung jetzt zur bewußten Vorkämpferin für die Überlebensinteressen der Menschheit werden muß.

Alles dem Kampf ums Überleben unterordnen, zur Avantgarde dieses Kampfes werden — und an der Erkenntnis festhalten, daß die kapitalistische Ausbeutung und mit ihr der Klassenkampf fortbestehen — dieser Widerspruch kann nicht wegdefiniert werden, damit das Weltbild wieder stimmt. Er widerspiegelt einen Widerspruch in der Realität. Aus ihm folgen komplizierte neue Fragen an unsere Strategie und Politik:

— Wenn die „Krise der Zivilisation" die Menschheit zu einer „Gefährdungsgemeinschaft" zusammenführt, die zum neuen Subjekt des Kampfes für eine Wende der Weltgeschichte werden muß — wie kann der Marxismus, wie kann die kommunistische Bewegung dazu beitragen, welche Rolle muß in diesem Kampf die Arbeiterklasse aufgrund ihrer besonderen objektiven Lage spielen? Wird es einen neuen Zusammenhang von Klassenkampf, Bündnissen und Klassenzusammenarbeit geben?
— Wie werden sich unter dem Zwang zum gemeinsamen Überleben unter den Bedingungen des friedlichen Wettbewerbs von Kapitalismus und Sozialismus die Bewegungsformen der kapitalistischen Widersprüche verändern? Wie wird sich die Arbeiterklasse von der Notwendigkeit des Sozialismus überzeugen können? Einerseits durch die Überlegenheit des Sozialismus bei der Entschärfung des Weltzustandes, andererseits — durch welche Erfahrungen im Kapitalismus selber?
— Wie stellen wir uns den Übergang zum Sozialismus in der Bundesrepublik vor? Die von uns anzustrebenden grundlegenden Reformen eröffnen nicht einfach ein Durchgangsstadium, sondern eine historisch neue Bewegungsform der Widersprüche des Imperialismus, mit neuen Kräften und Bedingungen für sozialen Fortschritt und gesellschaftliche Umwälzungen. Was bedeutet das für unsere Revolutionstheorie?
— Wenn wegen des Vorranges zum Überleben die Ökologisierung der Produktivkräfte zum Gegenstand unserer Politik wird — wie gelingt es uns, diese Aufgabe mit den traditionellen ökonomischen Auseinandersetzungen zu verbinden? Wie kommen wir zu komplexen Lösungen, die die Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit mit umweltverträglicher Produktion, Rüstungskonversion und mit einer neuen Weltwirtschaftsordnung verbindet? Welche neuen Widersprüche, neuen Kampfbedingungen und Anforderungen wird dies hervorbringen?
— Welche neuen Bedingungen würde ein friedlicher Wettbewerb von Kapitalismus und Sozialismus für die Völker der „3. Welt" schaffen, für die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung? Für unsere Solidarität mit ihnen — auch und gerade dann, wenn ihre Interessen gegen die der Arbeiterklasse hier ausgespielt werden?

Diese wie weitere qualitativ neue Fragen verweisen auf die Notwendigkeit der Ausarbeitung eines neuen Parteiprogramms.

4.3 Die Frauenfrage radikal angehen

Fast die Hälfte der Mitglieder unserer Partei sind Frauen. Doch trotz ihres Engagement ist das Ansehen der DKP in weiten Teilen der Frauenbewegung unverändert gering, in den dort geführten Diskussionen spielen wir keine nennenswerte Rolle. Auch die Repräsentanz von Genossinnen in den Führungen unserer Partei ist — trotz einiger Bemühungen — immer noch völlig ungenügend. Nach wie vor ist bei uns die Grundhaltung verbreitet, die Ausbeutung und Unterdrückung der Frau als Geschlechtswesen nicht oder nur halbherzig zur Kenntnis zu nehmen. Die Frauenfrage wird weitgehend darauf reduziert, Teil der Klassenfrage zu sein. Dies ist Ursache dafür, daß die Partei der Frauenbewegung konzeptionell und praktisch immer hinterherhinkte und/oder sich anpaßte. Auch hier erwies sich die unkritische Übernahme von Thesen über die „im wesentlichen gelöste Frauenfrage" in den sozialistischen Ländern als erstrangiges Hindernis für die Erarbeitung vorwärtsweisender, eigener Beiträge.
Der Quotierungsbeschluß des Hamburger Parteitags und der frauenpolitische Teil im Entwurf „BRD 2000" sind Versuche einer Korrektur. Heute sind energische Veränderungen in der Frauenpolitik der Partei angesagt:
— Wir müssen akzeptieren lernen, daß die Frauenbewegung keine Unterabteilung der Arbeiterbewegung bzw. der Friedensbewegung ist, sondern eine eigenständige Bewegung, der eigene Interessen, Bedürfnisse, Erfahrungen zugrundeliegen.
— Die in der Frauenbewegung behandelten theoretischen und politischen Probleme müssen ernst genommen, ihre konzeptionellen und praktischen Fragen verarbeitet werden.
— Auch unsere Partei braucht die Quotierung. Auch die Genossinnen sind von der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung betroffen. Die Diskussion über die praktischen Voraussetzungen für eine spürbar höhere Beteiligung von Genossinnen an den Führungsgremien der Partei muß deshalb neu aufgenommen werden.
(...)
(Die folgenden Abschnitte haben wir aus Platzgründen zusammengefaßt:)

4.4 Sozialismus-Diskussion

Unter Anlehnung an die Perestroika, die Aufarbeitung von „Verbrechen und Deformationen des Sozialismus", wird die Entwicklung der eigenen Sozialismuskonzeption gefordert, um auf die möglicherweise in den 90er Jahren erfolgende Ablösung der Konservativen mit einem positiven Sozialismusbild antworten zu können. „Unsere prinzipielle Solidarität mit den sozialistischen Ländern muß bei dieser Diskussion nicht länger eine Belastung für uns sein. Im Gegenteil!"

4.5 Politik- und Handlungsfähigkeit neu entwickeln

Gegenüber der Haltung in der Partei, sie habe für alle Fragen ein entsprechendes „Dokument", setzen die Autoren einen „Schwächekatalog": in der Beschäftigungspolitik, fehlender Alternativkonzepte für den Umbau diverser gesellschaftlicher Bereiche, Wahlbündnispolitik. Gefordert seien „Dialogfähigkeit" gegenüber den übrigen „Linkskräften".

4.6 Unser kommunistisches Selbstbewußtsein

Die „zugespitzten globalen Probleme (verlangen) komplexe Lösungen". Kommunisten müßten Fähigkeiten wiedergewinnen: „Kritisch mit sich selbst umzugehen, die Offenheit, von anderen zu lernen und die Sensibilität, neue Entwicklungen frühzeitig zu erfassen." Darüberhinaus seien gefragt „Sachkompetenz", „Denkanstöße für die geistige Arbeit und die praktische Bewegung", „nützliche Konzepte", vor allem aber „aufrechter Gang" auch in der eigenen Partei.

5. Zurück zu Lenin — Zur Demokratisierung der DKP

Die Autoren bezweifeln die „Ernsthaftigkeit" der Erneuerungsvorschläge im Papier der Parteimehrheit. „Die Handlungsfähigkeit jedes einzelnen Genossen und jeder einzelnen Genossin zu erhöhen" sei „das Wesen der Demokratisierung" und implizit eine Stärkung des Lenin'schen demokratischen Zentralismus. Entsprechendes gelte für die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Partei: „Vor der entscheidenden Lösung der Eigentumsfrage kann sich die Entwicklungsrichtung der Produktivkräfte nur ändern, wenn ein neuer Demokratietyp erkämpft wird", der sich auf Öffentlichkeit und gesellschaftliche Kontrolle stütze.

5.1 Selbstbewußtes und eigenständiges Handeln und Denken fördern

Gefordert wird eine Änderung des Klimas in der Partei. Gegen das „autoritätsfixierte Denken" solle die Kritikfähigkeit gefördert werden, „die DKP muß' auch in den eigenen Reihen spürbar eine Partei der Emanzipation werden".

5.2 Glasnost

Gefordert wird eine Öffnung der Partei, die sich ihrer „Auseinandersetzungen nicht zu schämen braucht". „Marxistischer Meinungspluralismus" sei keine Spaltung oder Fraktionsbildung, sondern notwendig zur Herstellung überzeugten, einheitlichen Handelns. Entsprechend müsse die UZ „zum Spiegelbild des tabufreien, lebendigen Umgangs" in der Partei werden.

5.3 Demokratisierung der Entscheidungsprozesse

5.3 Demokratisierung der Entscheidungsprozesse

Gefordert werden die zeitliche Befristung von Wahlfunktionen und eine größere Autonomie bei den Entscheidungsrechten. Zu prüfen seien „'plebiszitäre' Elemente der Willensbildung", wenn es um wesentliche Entscheidungen gehe. Nicht erlaubt sei eine „unleninistische" Art von „Körperschaftsdisziplin" etwa von Sekretariaten gegenüber Vorständen.

5.4 Mehr politische Verantwortung für die Grundorganisationen

Für die Verbesserung der beiden wesentlichen Aufgaben der Grundorganisationen, Diskussionen der Gesamtpolitik und Organisierung der Massenarbeit, seien Öffnung der Parteidiskussion und neue Formen der Arbeit notwendig.

5.5 Neue Ansprüche an Parteiführung und hauptamtliche Parteifunktionäre

Neben den anerkannten Parteiwerten —„ Zuverlässigkeit, Arbeitsdisziplin und profunde marxistische Bildung" — müssen „kritisches und kreatives Denken" sowie „Zivilcourage" gegen die „Vorgesetzten" hinzukommen. Dafür sei eine „unverzügliche personelle Erneuerung" notwendig.

6. Zum Schluß

Aus den entwickelten Gründen — der Lage unserer Partei, den objektiven Anforderungen der Umbruchperiode, dem Beispiel der KPdSU — ziehen wir die Schlußfolgerung: die Partei muß sich grundlegend erneuern, um nicht hinter der Wirklichkeit und den eigenen Ansprüchen zurückzubleiben.

Dabei sind Illusionen nicht unsere Sache: auch mit einer Erneuerung der Partei gibt es keinen automatischen Durchbruch zu größerem gesellschaftlichen Einfluß.

Die Möglichkeit zur Erneuerung haben wir: das Engagement und die Kompetenz der Mitglieder unserer Partei; die Potenzen des wissenschaftlichen Sozialismus; die vielfältigen Erfahrungen der Gruppen-, Kreis- und Bezirksorganisationen; die Fähigkeit, in einem solidarischen Diskussions- und Erkenntnisprozeß gemeinsame Positionen zu entwickeln und in die Kämpfe und Bewegungen unseres Landes einzubringen; schließlich auch die historischen Erfahrungen der kommunistischen Bewegung, die in entscheidenden Phasen immer wieder Mut und Kraft zu gründlicher theoretischer und praktischer Erneuerung gefunden hat.

Hans-Georg Eberhard
Dieter Gautier
Steffen Lehndorff
Thomas Rieke
Ulrike Schröter
Thomas Harms

Italienischer Historikerstreit:

Togliatti und Gramsci — der „Henker" und sein Opfer?

Seit Anfang dieses Jahres hat auch Italien seinen „Historikerstreit". Nicht ganz so eklig wie sein bundesdeutscher Vorläufer, zumindest aber höchst unappetitlich ist dieser Streit, bei dem, wie der hervorragende Italien-Kenner Peter Kammerer treffend bemerkt, *„die Historiker höchstens die Rolle von Wasserträgern"* spielen (1).

Gegenstand zum Teil heftiger Auseinandersetzungen ist die These aus den Reihen der Sozialistischen Partei (PSI), Antonio Gramsci (sprich: Gramschi), Italiens genialster revolutionärer Theoretiker, sei kurz vor seinem Tode im Jahre 1937 vom PCI zu den Sozialisten übergelaufen; Palmiro Togliatti (sprich: Toljatti) hingegen, PCI-Sekretär von 1927 bis 1964 und in der offiziellen Parteihistorie Gramscis Kampfgenosse und Testamentsvollstrecker, sei in Wahrheit Gramscis „Henker". So jedenfalls sieht es PSI-Vize Claudio Martelli (derselbe, für den der Ex-„Lotta continua"-Sekretär Adriano Sofri bis zu seiner Verhaftung — vgl. AK 297 — beratend tätig war).

Wenn Togliatti Gramscis Mörder war, was waren dann die Faschisten — nützliche Idioten des Stalinismus? Und wie soll Togliatti von Moskau aus seinen Genossen gehenkt haben? Indem er, seit 1926 Funktionär der Komintern, nichts unternahm, um Gramsci aus den faschistischen Gefängnissen herauszuholen — behaupten die Sozialisten. Gramsci starb todkrank kurz nach seiner Entlassung aus zehnjähriger faschistischer Haft.

Die im Juli bekanntgegebene Öffnung der bisher geheimen Archive der Komintern hat die Debatte noch einmal neu angefacht.

Gorbatschow rehabilitiert Bucharin — und belastet Togliatti

Ausgerechnet Italiens staatstragende „Kommunisten", die jederzeit mit ganzem Herzen für die NATO, den starken Staat und die grünweißrote Nation eintreten und seit den 60er Jahren um deutliche Distanz zu Moskau bemüht sind, werden Anno 1988 mit ihrer stalinistischen Vergangenheit konfrontiert. Eine durchsichtige und höchst verlogene Intrige der Sozialisten, sicherlich, aber auch so etwas wie „Ironie der Geschichte". Die Renegaten winden sich, während die Linken eine klammheimliche Freude nicht verhehlen können.



Togliatti und Gramsci, gemalt von Renato Guttuso

In Bedrängnis gebracht wurde der PCI durch niemand anderen als Michail Gorbatschow. Die Rehabilitierung Bucharins durch die KPdSU wurde von den sozialistischen Intriganten gnadenlos ausgenutzt. Immerhin war Palmiro Togliatti, der Erfinder des „italienischen Wegs zum Sozialismus" via „antimonopolistischer Demokratie", im Jahre 1938, als Bucharin hingerichtet wurde, Funktionär der Komintern in Moskau. *„Was hat eigentlich der PCI und speziell sein damaliger Führer Palmiro Togliatti in den Jahren der Schandurteile* (in den Moskauer Prozessen, Anm. AK) *getan?"* fragte scheinheilig das PSI-Zentralorgan „Avanti" (2) und stürzte den PCI in heillose Verwirrung. Nach einer Weile des Schweigens setzte sich die „Unitá an die Spitze der Vergangenheitsbewältiger. Sie druckte am 24.2.88 einen Artikel nach, den Parteiveteran und Ex-Parlamentsabgeordneter Umberto Cardia zuvor schon in der sardischen PCI-Zeitung „Rinascita sarda" veröffentlicht hatte, ohne daß die PCI-Chefetage interveniert hätte. *„Wurde für Gramsci alles getan?"* (3) fragt Cardia und macht düstere Andeutungen über „die von der sowjetischen Diplomatie unternommenen — oder nicht unternommenen — Schritte, um Gramsci aus dem faschistischen Kerker, in dem der Gefangene langsam starb, herauszuholen". Togliatti nimmt er von dieser Kritik aus; ganz im Gegesatz zu den sozialistischen „Geschichtsforschern", die den von Cardia geworfenen Ball freudig aufnahmen.

Wer von ihnen nicht soweit geht, Togliatti gleich als Gramscis „Henker" zu bezeichnen, unterstellt ihm zumindest stillschweigendes Einverständnis mit Stalin, der den *„gefährlichen ‚Abweichler' Gramsci auf eine Weise, die keinen Schaden anrichtete, neutralisiert sehen wollte"*. Die perfide Anklage von Lelio Lagorio, sozialisitischer Abgeordneter und Autor des Buches „Turati und Gramsci für den Sozialismus": *„Für Togliatti, der Stalin gehorchte, gab es einen doppelten Vorteil* (solange Gramsci in Haft war; Anm. AK) *: ein Gegner weniger, ein Märtyrer mehr"*.

Eines ist allerdings belegt: im Oktober 1926, kurz vor seiner Verhaftung, schrieb Gramsci im Auftrag der Partei einen Brief an ihren Mann in Moskau: Palmiro Togliatti. Inhalt: Kritik am Umgang Stalins und Bucharins mit der Opposition. Ebenso verbürgt scheint, daß Togliatti den Brief auf Anraten Bucharins nicht offiziell an die Komintern weitergeleitet hat. Das, behaupten die Geschichtsforscher vom PSI, war der Beginn einer tiefgreifenden Vertrauenskrise zwischen Gramsci und dem Weltkommunismus, die schließlich zu Gramscis heimlichen — wieso eigentlich heimlichen? — Übertritt zur Sozialistischen Partei führte. Höchst windiger Beleg dafür ist ein aus dem Staatsarchiv ausgegrabenes Polizeiprotokoll, in dem Gramsci als „sozialistischer Häftling" kategorisiert wird.

Daß die Bürgerlichen gern tote Revolutionäre für sich vereinnahmen, ist nicht neu. Antonio Gramsci wird da allerdings postum in besonderem Maße gebeutelt: Nicht nur PCI und PSI, die Sozialdemokraten aller Länder balgen sich um seinen Leichnam. Führender Erbschleicher in der BRD ist der ehemalige SPD-Geschäftsführer Peter Glotz, der allerdings über die schlagwortartige Verwendung angelesener Begriffe Gramscis („kulturelle Hegemonie", „Historischer Block") nicht hinausgekommen ist.

Umberto Cardia, der Kronzeuge (wider Willen?), setzt die Akzente etwas anders. Sein wesentliches Dokument ist ein Brief Gramscis an dessen Schwägerin Tania Schucht. Geschrieben wurde er am 27.2.1933 im Gefängnis von Turin. Und das ist die Schlüsselstelle dieses berühmten und unzählige Male veröffentlichten Briefes, an der nun neu heruminterpretiert wird: *„Ich wurde"*, schreibt Gramsci, *„am 4. Juni 1928 vom Sondergericht verurteilt, von einem ausgesuchten Kollegium von Männern, die man namentlich mit Adresse und Berufsangabe im Zivilleben angeben könnte. Aber das ist ein Irrtum. Mich hat ein viel ausgedehnterer Organismus verurteilt, für den das Sondergericht nur der äußere materielle Ausdruck war, der den juristischen Akt der Verurteilung vollzogen hat"*. Dieser „ausgedehntere Organismus", umfassender als das aus ein paar Individuen bestehende Sondergericht, war bisher als der faschistische Staat interpretiert worden. Propagandaminister Michele Isgro, der den Prozeß gegen Gramsci leitete, hatte vorab das Ziel der „Rechtsprechung" festgelegt: *„Wir müssen diesem Gehirn für 20 Jahre untersagen zu funktionieren"* (4).

PCI-Altgenosse Umberto Cardia kommt in seinem Artikel zu einer neuen Deutung. Gramsci habe in Wirklichkeit die Komintern — und damit auch Togliatti — gemeint, die ihn isoliert und politisch kaltgestellt hätte. Ob Gramsci, der von 1922 bis 1924 Vertreter des PCI beim Exekutivkomitee der Komintern in Moskau war, 15 Jahre später in gleicher Funktion überlebt hätte, ist tatsächlich fraglich. Sein theoretisches Hauptwerk, die „Quaderni del carcere" (Gefängnishefte), die Tania Schucht nach seinem Tode 1937 an die Komintern schickte, wurde erstmals 1948 im Turiner Einaudi-Verlag veröffentlicht. Trotzdem — bei aller Verbitterung Gramscis über die Politik der Komintern — die These, daß er den Stalinismus als seinen Mörder, den Faschismus dagegen als bloßen Handlanger verkannt hätte, ist eine nachträgliche Entmündigung des „größten Italieners seit Machiavelli" (Umberto Cerroni). „Das Gehirn", das die Faschisten stillgelegt zu haben glaubten, funktionierte auch im Gefängnis mit äußerster Präzision.

Togliatti und die PCI-Dauerkrise

Warum ist die Togliatti-Debatte *„ein Fressen für die italienischen Massenmedien"* (Peter Kammerer)? Um historische Wahrheit und Vergangenheitsbewältigung geht es den Schlagzeilenfabrikanten am allerwenigsten. Wohl aber um Meinungsmache und das Schüren von Kleinbürgervorurteilen: daß die Kommunisten aus Gründen der Machtpolitik auch ihre eigene Mutter verkaufen würden. Das Motiv der Sozialisten und der ihnen nahestehenden Presse liegt auf der Hand: Ihnen *„geht es darum, den Kommunisten ihre Vergangenheit zur Hölle zu machen, sie von ihr abzuschneiden. Der Identitätsverlust der Kommunisten würde schließlich die Bahn freimachen für eine ‚kulturelle Hegemonie' der Sozialisten über den Rest der italienischen Arbeiterbewegung"* (Peter Kammerer).

So ähnlich sieht es auch die jesuitische Zeitschrift „Civilta cattolica", deren Vizedirektor, Pater Gabriele de Rosa, das *„Manöver des PSI, um kommunistische Wählerstimmen zu gewinnen"* (5), scharf zurückweist. Diese auf den ersten Blick seltsam anmutende Intervention liegt ganz auf der Linie der Democrazia cristiana. Auch DC-Stratege Andreotti verteidigte Togliatti gegen die Anwürfe der Sozialisten; immerhin war es Togliatti, der die „Ultralinken" aus dem PCI vertrieb und die Partei ab 1944 („Wende von Salerno") in mehrere bürgerliche Koalitionsregierungen hineinführte. Als Wegbereiter des „historischen Kompromisses" darf Togliatti natürlich kein totaler Schurke gewesen sein. Klüger und den eigenen Interessen förderlicher ist es für die Christdemokraten, Togliatti in die überparteiliche Galerie der „Väter der Republik" einzureihen.

Den PCI trifft die Polemik gegen Togliatti in einer schwierigen Situation. Nach den kontinuierlichen Stimmenverlusten der vergangenen Jahre und ohne Aussicht auf die sehnlich herbeigewünschte Regierungsbeteiligung, ist das Beständigste in der Partei die Krisenstimmung. Der „Espresso" sieht in der Togliatti-Debatte zwei konkurrierende PCI-Strömungen im Streit. Die „Rechten" um Giorgio Napolitano, für die sozialdemokratische „Realpolitik" zur ausschließlichen Ideologie geworden ist, wären auch bereit, Togliatti zu opfern. Das Lager der Traditionalisten um den inzwischen zurückgetretenen PCI-Sekretär Alessandro Natta, das beileibe keine linkere Politik fordert, würde dagegen am liebsten jede Diskussion um Togliatti verweigern. *„Es geht darum"*, kommentiert der „Espresso" den eigenartigen Kampf zweier Linien, *„diesen Teil des mit der Komintern verbundenen Erbes, der heute die einzige Verschiedenheit des PCI* (von den anderen Parteien; Anm. AK) *ausmacht, zu verleugnen oder nicht"*.

Js./Hamburg

Anmerkungen:

1. „Frankfurter Rundschau", 20.8.88
2. zitiert nach „taz", 9.3.88
3. Dieses und alle nicht anders gekennzeichneten Zitate aus „L' Espresso", 6.3.88
4. zitiert nach Umberto Cerroni: Gramsci-Lexikon; (VSA) 1979
5. „La Republica", 1.4.88

Rossana Rossanda

Togliattis Erbe oder die Liquidierung des italienischen Kommunismus (Auszug)

Offensichtlich findet jetzt eine Demolierung Togliattis statt, aber nicht aus historischen Skrupeln, sondern im Zuge einer politischen Neustrukturierung der kommunistischen und der sozialistischen Partei. Tatsächlich drängt es die Sozialisten, ihre frühere Verwachsenheit mit den Kommunisten loszuwerden. Um das zu erreichen, machen sie sogar aus Pietro Nenni (in den Dreißiger Jahren Protagonist des Bündnisses mit dem PCI; Anm. AK) eine Figur, die , wenn schon nicht eindeutig als Stalinist kenntlich, so doch als vom Stalinismus *verseucht* hingestellt wird. (...)

Wenn sich die Parteispitze in den letzten Tagen auch einig zeigen wollte, um Äußerungen der Sozialisten und der Medien zurückzuweisen, so ist es doch Tatsache, daß der PCI in seiner Verteidigung Togliattis in Bezug auf Bucharin zurückhaltend gewesen ist. Und es war die „Unita", die ihren Lesern die beunruhigende Frage gestellt hat, ob nicht Gramsci von Togliatti seinem Tod überantwortet wurde. Aber „Unita" ist nicht die ganze Partei. Sie wird von Gerardo Chiaromonte geleitet und neigt eher zum *progressiven*, philosozialistischen und *modernisierenden* Flügel. Der Artikel kam nicht zufällig oder aus Versehen in Blatt. Ein paar Tage vorher hatte Georgio Napolitano in einem ganzseitigen Artikel eine politische Demarkationslinie zwischen den „Jungen" und den „Alten" (mit Ausnahme Georgio Amendolas) gezogen. Nach dessen Vorbild hätten die „Jungen" schon immer versucht, sich vom Stalinismus Togliattis im Namen einer moralischen Haltung zu trennen.

Aber es geht ja nicht um Geschichte, sondern um aktuelle Politik. Im PCI gibt es Leute, die Togliatti möglichst schnell loswerden wollen, anderen im PSI ist Nenni unbequem. In beiden Fällen handelt es sich darum, die Verbindung zur eigenen Geschichte zu zerschlagen, um sich als grundsätzlich *moderne* Partei hinzustellen, als Partei ohne Klassenbezug und deshalb auch bar der eigenen Geschichte, der eigenen Ideen und Persönlichkeiten, die im Namen des Sozialismus von den zwanziger bis zu den sechziger Jahren den Kampf führten.

Aber heute und nicht schon vor Jahren — auch wenn inzwischen kein einziges Dokument hinzugekommen ist —, wird Togliatti als Mitglied des Leitungsgremiums der Internationale zum Skandal. Bis gestern war er der Führer der *Partei neuen Typs*; heute heißt es, seine in der Internationale verbrachte Jugend müsse ihn insgesamt in Frage stellen.

Die Abrechnung mit der Vergangenheit berührt nicht die Vergangenheit selbst, sondern die Gegenwart der Partei, die er, Togliatti, wiedererschaffen und geleitet hat. Und mehr noch ihre Zukunft: das Ziel dieser Auseinandersetzung, die schon innerhalb der kommunistischen Bewegung geführt wird und sie spaltet, ist es, vom Erscheinungsbild dieser *Partei der italienischen Revolution* Abschied zu nehmen. Gramsci liegt nur deshalb nicht im Schußfeld, weil er schon seit langem tot ist. Selbstverständlich stand er nicht *weiter rechts* als Togliatti. Hätte er innerhalb der Internationale ebenso gehandelt? Keiner vermag diese Frage zu beantworten. Und keiner tut es. Es genügt, Togliatti zu erledigen, um ganz offiziell den neueren Typus der Partei zu verkünden. Nur darum geht es, und in diesem Sinn hat die Vergangenheit des PCI mit gewaltigem Lärm seine Zukunft eingeholt.

(Aus „El pais" nach einer Übersetzung des „Wiener Tagebuchs", abgedruckt in „Düsseldorfer Debatte" 5/88)

Lexikalisches zu Togliatti und Gramsci

Gramsci, Antonio: 1891-1937. Seit 1913 Sozialist; 1921 Mitbegründer der Kommunistischen Partei Italiens (PCI); 1922-24 Vertreter des PCI bei der Kommunistischen Internationale in Moskau; 1924 Gründer der „L' Unita"; seit November 1926 in Haft; kurz vor seinem Tod am 27.4.1937 schwerkrank entlassen.

Togliatti, Palmiro: 1893-1964. PCI-Sekretär von 1927- 1964; Funktionär der Komintern ab 1926; Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg; 1944 zurück in Italien; bis 1948 mehrfach Minister; Inspirator des „italienischen Wegs zum Sozialismus".

Anzeige

„Gewogen und für zu leicht befunden“

Stimmen aus der DDR-Opposition zu den Januar-Ereignissen

Als am 17. Januar dieses Jahres Mitglieder verschiedener oppositioneller Gruppen aus der DDR und Ausreisewillige auf der Demonstration zum Gedächtnis an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht mit dem Spruchband „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“, diesem ebenso oft zitierten wie mißbrauchten Slogan von Rosa Luxemburg, teilnehmen wollten, war dies der Auftakt für eine Verhaftungswelle wie sie in der DDR-Opposition nicht mehr erwartet worden war. Es war aber auch der Beginn einer breiten Solidaritätswelle. Ein Ende fand dies alles mit der Ausreise der verhafteten Prominenz in die BRD, mehr oder weniger freiwillig. Wie verschiedenen Dokumenten aus der DDR zu entnehmen ist, hat dies eine große politische Verbitterung hinterlassen, fast durchgängig wird konstatiert, daß der Friedensbewegung in der DDR durch die Ausreisen großer Schaden zugefügt worden sei. In den meisten Aufsätzen wird gleichzeitig die Problematik zwischen Ausreisewilligkeit und politischer Opposition angesprochen, oft wird den Ausreisewilligen vorgeworfen, sie würden Aktionen der Friedensbewegung als Trittbrettfahrer nutzen.

Wir dokumentieren im folgenden einen Beitrag von Reinhard Schult aus den „Weißenseer Blättern“ 4/88 sowie zwei Kommentare aus den „Umweltblättern“ (2/88 und 4/88), um einen Einblick in die problematische Diskussion in der DDR zu geben. Wir möchten dabei betonen, daß wir uns die sehr scharfen persönlichen Angriffe von Reinhard Schult nicht zu eigen machen wollen, weil wir dies auch nicht nachprüfen können. Auch wenn sie für uns als überzogen erscheinen mögen, wollten wir diesen Teil nicht kürzen, da er uns für den Gesamtzusammenhang unentbehrlich erscheint.

Red. AK

(„Versuch einer Einschätzung der Januarereignisse“ im „Friedrichsfelder Extrablatt“, April 1988, von Reinhard Schult)

Sieben Wochen nachdem die letzte der Inhaftierten den DDR-Knast in Richtung Westen verließ, ist es an der Zeit, die Sprachlosigkeit zu durchbrechen, Schäden zu benennen und Abgrenzungen deutlich zu machen.

Sieben Wochen Warten darauf, ob von den Ausgereisten ein öffentliches Wort der Entschuldigung, eine selbstkritische Bestandsaufnahme zu den von ihnen angerichteten Schäden auch nur ansatzweise zu hören ist — nichts dergleichen. Stattdessen diese widerlichen Selbstdarstellungen von Freya Klier und Stephan Krawczyk, diese Schuldabwälzung auf den Rechtsanwalt und die Kirchenleitung.

Die Friedens- und Alternativbewegung steht ratlos vor dem Scherbenhaufen, versucht, sich zu orientieren, übt sich in Organisationsspielereien wie in Cottbus, verdrängt die Situation: am liebsten nichts mehr davon hören, zur Tagesordnung übergehen. Doch Verdrängung wird uns nicht weiterhelfen. Wer mit seiner Geschichte und den eigenen Schwächen unehrlich umgeht, wird unglaubwürdig, wird nicht mehr gehört werden.

Die Aktion vom 17. Januar

Wie kam es dazu? Wenig beachtet von den Gruppen hatte sich die Sommer ‘87 gegründete Gruppe „Staatsbürgerrechte“, die sich zu 99% aus Ausreisewilligen zusammensetzt, personell stark erweitert und DDR-weit organisiert. Der Versuch dieser Gruppe, sich bei der Kirche von Unten anzusiedeln, wurde von der KvU (Kirche von Unten) abgelehnt. Ebenso lehnte im Herbst 87 die Initiative Frieden und Menschenrechte es ab, sie aufzunehmen. Eine Untergruppe der Initiative, die

men. Eine Untergruppe der Initiative, die

sich mit dem Strafrecht befaßt, gestattete dann den Staatsbürgerrechtlern, sich als ihre Untergruppe zu bezeichnen und sich parallel zu ihren Zusammenkünften zu treffen — ein erster Fehler.

Die Staatsbürgerrechtler gaben vor, nicht durch Aktionen ihre Ausreise befördern zu wollen, sondern die soziale Isolation durchbrechen und sich untereinander solidarisch beistehen zu wollen. Anfang Januar zählte diese ‚Untergruppe‘ bereits 200 Teilnehmer (die Strafrechtsgruppe war nie mehr als acht Mitglieder stark).

Auf der Versammlung am 9. Januar wurde von den Staatsbürgerrechtlern, die inzwischen Zulauf aus Rostock, Jena, Leipzig, Gera usw. bekommen hatten, die Teilnahme an der offiziellen Liebknecht/Luxemburg-Demo beschlossen. Wer diese Idee dort hineingetragen hat, in welchem Interesse, ist nicht mehr feststellbar.

Das Ehepaar Wolfgang und Lotte Templin (Mitglieder der Initiative Frieden und Menschenrechte) unterstützten die Aktion und belogen die Leute der Staatsbürgerrechtsgruppe, indem sie behaupteten, die anderen Gruppen würden sich beteiligen und Transparente tragen. Am 11. Januar rief Wolfgang (Templin) bei Herbert Mißlitz an und behauptete, die Initiative und die Solidarische Kirche würden an besagter Demo mit eigenen Transparenten teilnehmen und er möge dafür sorgen, daß in Friedrichsfelde — dort fand der Abendgottesdienst mit Stephan (Krawczyk) und Freya (Klier) statt — die geplante Aktion angesagt werde. In Friedrichsfelde war aber inzwischen bekannt, wer das Vorhaben initiiert hatte, und der Friedenskreis verweigerte die öffentliche Abkündigung. Am Tag danach wollte Wolfgang (Templin) von Herbert (Mißlitz) wissen, warum in Friedrichsfelde nicht zu dieser Aktion aufgerufen wurde. Die Erklärung, daß Ausreisewillige als Initiatoren kaum unsere Anliegen im Blick haben dürften und wir nicht mit so provokanten Mitteln deren schnellere Ausreise befördern helfen wollen, auch nicht, wenn alles unter dem großen Mantel der Menschenrechte paßt, stieß auf völliges Unverständnis. Ob die Ausreiser die neuen Juden oder Neger für uns seien, war seine einzige Reaktion.

In den nachfolgenden Tagen gab es mehrere weitere Auseinandersetzungen mit Wolfgang und Lotte (Templin). Die anderen Mitglieder der Initiative versuchten, sie von ihrem Vorhaben abzubringen. Ohne Erfolg.

Nach den Festnahmen des 17. Januar kam es am Mittwoch, den 20. Januar, im Atelier von Bärbel Bohley zu einem Treffen verschiedener Gruppen. Wolfgang (Templin) verließ wutschnaubend das Atelier, nachdem ihm Vorwürfe wegen seines Verhaltens gemacht worden waren. Er war zu keiner kritischen Reflexion bereit. Wolfgang und Lotte (Templin) schlugen ebenso Warnungen über eine mögliche Festnahme in den Wind, wie sie trotz mehrfacher Angebote keine Absprachen über den Verbleib ihrer Kinder trafen. So haben sie allein dafür die Verantwortung zu tragen, daß ihre Kinder für zwei Tage in ein Heim mußten.

Der Friedens- und Umweltkreis der Umweltbibliothek hatte ebenfalls beschlossen, als Gruppe nicht an der Demo teilzunehmen, stellte es aber seinen Mitgliedern frei, als einzelne mitzumarschieren. Einige, die mitgehen wollten, verschliefen zum Glück, andere leider nicht. Vier Freunde aus der UB (Umweltbibliothek) wurden festgenommen, bei dreien der Haftbefehl ausgesprochen.

Hier stellt sich die Frage, wie in einzelnen Gruppen, speziell in der UB (Umweltbibliothek) miteinander umgegangen wird, wie politische Entscheidungen diskutiert und gefällt werden, ob eventuelle Folgen bedacht werden, ob eine Verantwortung für die Gruppe, für die Friedensbewegung eine Rolle spielen.

In der Gruppe Gegenstimmen wie auch in der Kirche von Unten ist die Teilnahme überhaupt nicht diskutiert worden. Es schien selbstverständlich, daß ein Mitgehen nicht in Frage kommt. Umso überraschter waren beide Gruppen, als ihre Mitglieder Vera Wollenberger und Herbert Mißlitz sich unter den Verhafteten befanden. Es hätte sich eben doch auseinandergesetzt werden müssen. Wir hatten den Ernst der Lage total unterschätzt.

Später erfuhren wir, das Freunde von Vera (Wollenberger) in zwei langen Abenddiskussionen versucht hatten, sie von ihrem Vorhaben abzubringen.

Herbert (Mißlitz) hatte nach eigenen Angaben nie die Absicht, an der Demo teilzunehmen. Er begleitete Vera (Wollenberger) zur Frankfurter Allee, trug den Beutel mit ihrem Transparent und versuchte sie nochmals von ihrer Teilnahme abzubringen. Er wollte in seine Wohnung, die sich inder Nähe der Frankfurter Allee befindet. Herbert (Mißlitz) wurde nach fünf Tagen (Untersuchungs)-Haft entlassen, das Ermittlungsverfahren eingestellt.

Freya (Klier) und Stephan (Krawczyk) hatten schon im Sommer die Idee, die Liebknecht/Luxemburg-Demo zu nutzen, um gegen Stephans Berufsverbot zu demonstrieren, das, sowie er sagte, auch mit dem Verlesen von Luxemburg- Texten im Zusammenhang stand. Als beide erfuhren, daß nun die Ausreisewilligen ebenfalls demonstrieren wollten, nahm Freya (Klier) Abstand von der Aktion und versuchte, Stephan (Krawczyk) ebenfalls zu überzeugen, nicht zu gehen. Er war nicht zu halten.

Was wäre geschehen, wenn niemand von den Genannten zur Demo gegangen wäre? Nichts. Denn weder vor dem 17. Januar noch danach haben die Gruppen sich veranlaßt gefühlt, aktiv zu werden, wenn Ausreisewillige Aktionen planten und dafür inhaftiert wurden.

Niemand in den Gruppen hatte nach Zion anscheinend mit Verhaftungen und Hausdurchsuchungen gerechnet. So lag denn in allen durchsuchten Wohnungen reichlich Belastungsmaterial und Informationsmaterial für die Sicherheitsorgane bereit.

Freya (Klier) hatte am 18.1. gegen Mittag begonnen, mögliches Belastungsmaterial aus Stephans (Krawczyks) Wohnung zu schaffen. Fein verpackt in zwei Koffern brachte sie die Sachen intelligenterweise in ihre eigene Wohnung. Eine halbe Stunde später klingelte es. Sieben Herren, eine Dame und der Staatsanwalt standen vor der Tür. Hausdurchsuchung. Freya (Klier) erreichte durch Diskussionen mit dem Staatsanwalt und Sicherheitsorganen, daß ihre Manuskripte, an denen sie gerade arbeitete, nicht beschlagnahmt wurden. Hinweise, dieses gerettete Material aus der Wohnung zu bringen, ignorierte sie. So wurde der Rest bei der zweiten Durchsuchung auch noch beschlagnahmt. Unter anderem waren es Briefe von Freunden, Adreßbücher, Kalender, Interviews, die sie mit Schülern und Lehrern für ihr geplantes Buch gemacht hatte. Wieviele Menschen durch diese Verantwortungslosigkeit noch Schaden erleiden werden, dürften wir kaum erfahren.

Auch heute in Westberlin sind Freya (Klier) und Stephan (Krawczyk) nicht bereit, über dieses Verhalten nachzudenken bzw. Leute zu informieren, die gefährdet sein könnten.

Der 25. Januar und danach ...

Die Freilassung von Herbert (Mißlitz) und die Einstellung seines Ermittlungsverfahren am 22. Januar war für alle ein Hoffnungszeichen. Die zweite Verhaftungswelle am 25. Januar kam wie ein Schock. Dennoch, die Solidaritätsbewegung wuchs weiter an, in immer mehr Städten fanden Fürbittenandachten statt. Zehntausende wachten auf, sogar die katholische Kirche meldete sich zu Wort. Es ging ans Eingemachte. Die Verurteilung als Agenten feindlicher Mächte in unserer Presse bewirkte nur das Gegenteil von der beabsichtigten Angstmache. *Die* Masche war einfach sattsam bekannt.

Und dann kamen die Nackenschläge:

Und dann kamen die Nackenschläge:

Einer der Inhaftierten nach dem anderen ging, dahin, wohin ihn die Oberen haben wollten. Zuerst Freya, Ralf, Stephan, Bert, dann Wolfgang und Lotte. Bärbel und Werner halten durch, wurde sich in den Andachten zugeraunt. Doch auch sie, zuletzt Vera. Till und Andreas hielten als einzige der Versuchung stand. Sie wurden am 6. Febraur in die DDR entlassen.

Der Flächenbrand der brennenden Herzen und betenden Hände, der ca. 40 Städte erfaßte hatte, verlosch. Nicht ausgetreten durch die allmächtige Staatsgewalt, sondern durch die vermeintlich eigenen Leute.

Und dann die Auftritte in Westfernsehen, -radio und -presse.

Stephans (Krawczyks) Konzert in Hannover. Jedes Wort eine Ohrfeige. Er habe schon immer gewußt, daß er eines Tages im Westen ankommen werde. Deshalb habe er auch kleine, leicht transportfähige Instrumente gelernt. Es täte ihm leid, daß er seine DDR-Vergangenheit nicht so schnell ablegen könne ... Nach zwei Tagen hatte er einen Manager; trotzdem das Gejammer, man wolle in die DDR zurück, man sei nicht freiwillig gegangen.

Bärbel (Bohley), Werner und Templins verkaufen ihre Ausreise sogar als politischen Erfolg: „Wir hoffen, daß mit den durch uns und durch die Staatsorgane der DDR getroffenen Entscheidungen eine Perspektive eröffnet wurde, in der Zukunft politische Konflikte in der DDR durch politische Lösungen zu bearbeiten.“

Vera Wollenberger schwenkt siegesbewußt den DDR-Paß, verweist auf ihre beiden Kinder, die ihre Mutter brauchen. Das dritte Kind erfährt erst über die Westmedien, daß seine Eltern und Brüder im Westen sind. Drei Tage zuvor hatte der Sechzehnjährige seine Mutter in der U(ntersuchungs)-Haftanstalt besucht, da war noch klar, daß die Familie in der DDR bleibt.

Vera (Wollenberger) war schon zu sechs Monaten verurteilt, die Berufung stand noch aus. Sechs Monate zuviel im Kampf für Emanzipation und Identität? Und die anderen? Warum haben sie nicht auf ihren Prozeß gewartet? Der hätte erst einmal durchgeführt werden sollen.

Ist die Friedensbewegung ein Spiel, bei dem nach Belieben ein- und ausgestiegen wird, ein Trittbrett für die persönliche Karriere? Ist Solidarität nur eine Einbahnstraße? Und wo bleibt die Verantwortung für die mit mir Kämpfenden?

Wie erklären wir den schnellen Abgang den 250 Osteuropäern (Russen, Ungarn, Polen, Jugoslawen, Tschechoslowaken), die zusammen mehr als 1.000 Jahre Knast abgesessen haben und sich in einer gemeinsamen Erklärung solidarisch erwiesen?

Fortsetzung nächste Seite

„Der Ruch einer Ausreisebewegung“

Der Ausgang der Luxemburg-Affaire ist deprimierend und scheint unheilverkündend in die Zukunft zu weisen. Eine nie dagewesene Solidaritätswelle im ganzen Land wurde zuerst durch den Abgang von Stephan Krawczyk und Freya Klier, dann fast aller anderen Inhaftierten in den Westen, gebrochen. Viele Menschen, die zum ersten Mal einen politischen und gesellschaftlichen Impuls entwickelten, wurden schwer enttäuscht.

Die Friedensbewegung ist in den Ruch einer Ausreisebewegung gekommen. Mußten denn unsere Leute gehen, wird im Lande gefragt, konnten sie nicht Prozeß und Haft auf sich nehmen, konnten sie nicht mindestens den Prozeß oder die Haftzeit abwarten?

Sie konnten nicht. Es wurde ihnen gesagt, daß sie entweder jetzt gehen müssen oder niemals mehr. Und mindestens in solchen Fragen pflegen unsere Staatsorgane ihr Wort zu halten. In der Tat wurden die Dinge in verdächtiger Eile abgewickelt und die Schlußfolgerung, daß man gar nicht zum Prozeß kommen wollte, ist sicher richtig. Aber daraus kann nicht der Schluß gezogen werden, daß die Inhaftierten am längeren Hebel saßen.

Als vor Jahren dem Diakon Lothar Rochau der Prozeß drohte, meinte er, daß er viel verträgt, drei Jahre, bei mehr geht er. Die Organe gaben ihm prompt genau drei Jahre. Es hätten auch mehr sein können — je nach Kapazität. Auf Drängen seiner Frau gab Rochau auf und stellte den Antrag. Ebenso wie Rochau hatten die meisten Inhaftierten Kinder und hätten diese in den wichtigsten Jahren an Fremde geben müssen.

Und 5 oder 10 Jahre im besten Fall vertrödelte Jahre des Lebens, im schlimmeren Fall im ständigen, nervenaufreibenden Kampf gegen kriminelle Mithäftlinge — das ist sehr viel und eigentlich eine für Menschen unabschätzbar lange Zeit.

Im Mittelalter wurden unbeliebte Menschen im Fluß ertränkt, in der Nazizeit wurden sie zu Tode gequält. Der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg blieb es vorbehalten, die möglicherweise humanere, aber ebenso effektive Lösung der Endlagerung von gefährlichen Menschen im Ausland zu erfinden. Für die Freunde, für die gesamte Gesellschaft in der DDR, die dringend verantwortliche Bürger braucht, ist es ebenso, als hätte man Stephan, Freya, Vera, Wolfgang, Bärbel, Lotte, Werner, Ralph und Bert ertränkt. Sie sind nicht mehr da, ihr Platz ist leer, sie fehlen.

Aber nicht nur deshalb ging die Solidaritätsbewegung unter. Die Flut von atomisierten Ausreisewilligen, die plötzlich in Berlin über uns hereinbrach, spaltete unsere Bewegung, usurpierte und zerstörte Strukturen der Friedensbewegung, machte uns ratlos. In Berlin wurde das Problem umso krasser, als niemand von uns bisher sich mit der Problematik der Ausreisewilligen beschäftigt hatte und unser erster und einziger Impuls die Abgrenzung war.

Zudem war die existierende und wieder aufgebaute „Staatsbürgerschaftsgruppe“ gegenüber einem Massenansturm von Menschen machtlos, die solidarisations-und gruppenunfähig sind und erst in einem längeren Prozeß lernen könnten, daß sie nur gemeinsam und solidarisch ihre Interessen vertreten können. Natürlich werden wir uns auch nicht in Zukunft dafür einsetzen können, daß alle Ausreisewilligen das Land verlassen, aber wir werden uns in dem Sinne mit ihnen solidarisieren müssen, daß wir klar feststellen, daß das Problem der Massenflucht ein politisches Problem ist. Es kann nicht gelöst werden durch die Ausreise von 300.000 oder mehr Menschen — das kann kaum ein Land der Welt ökonomisch verkraften, auf keinen Fall unser kleines Ländchen.

Das Problem muß gelöst werden durch Änderung der politischen Strukturen, durch mehr Mitspracherechte der Bevölkerung und Kontrolle der Behörden, durch mehr Toleranz, durch Presse-, Versammlungs- und Redefreiheit, durch mehr Spielraum für freie Bürgerinitiativen, durch eine Humanisierung der DDR-Gesetze und durch Rechtssicherheit. Kurz: Durch Schaffung eines politischen Klimas, das niemand mehr zum Verlassen des Landes animiert. Und übrigens wird sich zeigen, daß eine solche politische Reform auch so manches ökonomische Problem löst.

Aber auch wir und unser Bundesgenosse in dieser Affäre, die Brandenburger Kirche, versagten. Der Koordinationskreis wurde auf Grund der mangelnden Beteiligung der entschiedeneren Basisgruppen und der mechanischen Repräsentanz aller, auch völlig inaktiver Gruppen und auf Grund des fehlenden Drucks der Öffentlichkeit zunehmend allein gelassen und entwickelte sich zur bürokratischen Maschine, die je länger, desto unproduktiver lief. Info-Papiere und Erklärungen waren nicht mehr eigenverantwortliches Produkt von entschiedenen Basisgruppen, sondern wurden in Beratungen kleingehäckselt bzw. ganz blockiert.

Den letzten Punkt entnehmen wir der Erklärung der „Kirche von Unten“ vom 20. Februar (10): „... Auch Kirchenleitung und Rechtsanwälte stehen unter dem Verdacht, die ‚Konfliktlösung‘ durch Abschiebung, wenn schon nicht grundsätzlich, so doch faktisch als sogenannte humanitäre Hilfe unterstützt zu haben. Damit geraten sie in den Verdacht der Komplizenschaft und machen sich zum Vollstreckungsgehilfen... Wer die Konfliktlösung durch Abschiebung unterstützt, macht sein Eintreten für die, die verantwortlich in dieser Gesellschaft leben wollen, unglaubwürdig...“

„Der Kirchenleitung ist es nur ungenügend gelungen, zwischen denen, die lediglich ausreisen wollen, und denen, die aus Verantwortung im Lande bleiben wollen und gehandelt haben, zu unterscheiden.“ Sie hält „die Einrichtung einer Beratungsstelle für Ausreisende trotz der absichernden Erklärung mindestens zu diesem Zeitpunkt für eine Fehlentscheidung.“

Die „Kirche von Unten“ protestiert dagegen, „daß damit Ausreisewilligen in der Kirche ein Dach angeboten wird, progressive Kräfte hingegen verdächtigt werden, unter dem Dach der Kirche Zuflucht zu suchen. So werden den Staatsorganen willkommene Argumente geliefert, wie die Äußerungen des Staatsratsvorsitzenden gegenüber Herrn Lambsdorff beweisen...“

Die „Kirche von Unten“ schließt, daß sie jetzt eine „eindeutige Stellungnahme der Kirchenleitung (erhofft) zugunsten derer, die in diesem Lande sich verantwortlich und kritisch engagieren und in diesem Land bleiben, denn Kirche ist nur dann Kirche, wenn sie — unbeschadet aller diakonischen Aufgaben — vorrangig für die Zukunft auf das Reich Gottes hin eintritt.“

Soweit die „Kirche von Unten“ in ihren Ausführungen zur Rolle der Kirchenleitung.

Hauptproblem aber dieser Affäre ist eine Regierung, die glaubt, auf den lebendigen Dialog mit der Bevölkerung verzichten zu können und durch ständig neue konservative Roßkuren seit Jahren die besten Kräfte des Landes systematisch aus dem Lande treibt und die Probleme des Landes durch Schönrederei zu lösen versucht. Es ist aber vergeblich zu glauben, daß die Zeit stehen bleibt, wenn die Zeiger der Uhr abgebrochen werden.

Wir fordern die dialogwilligen Kräfte innerhalb der SED auf, endlich Farbe zu bekennen und Position zu zeigen. Die Verantwortung für das Schicksal des Landes liegt in einem überschweren Sinn in ihrer Hand.

— r.l. —

(Quelle: Umweltblätter 2/88)

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die lakonische Bemerkung eines chilenischen Freundes war: „Es waren schwache Revolutionäre."

Die Inhaftierten gingen als politische Personen in den Knast, verlassen haben sie ihn als Privatpersonen. Eine Metamorphose in maximal 14 Tagen.

Viele verweisen auf menschliche Schwächen, wenn sie das Verhalten der Betroffenen erklären wollen. Aber hat jemand von denen von eigenem Versagen oder menschlicher Schwäche gesprochen? Statt dessen Schuldzuweisungen an Staatsorgane, Kirchenleitung und Rechtsanwalt. Seit wann wird denn der Staatssicherheit geglaubt, auch wenn sie zehn Jahre Gefängnis verspricht? Wieso waren plötzlich die Kirchenleitung bzw. der Bischof die Vertrauenspersonen? Gerade die Mitglieder der Initiative (Frieden und Menschenrechte), aber auch Freya (Klier), Stephan (Krawczyk) und Vera (Wollenberger) haben sich als kirchenkritisch verstanden. Auch über Wolfgang Schnur ist von allen Beteiligten nach Zion Kritisches geäußert worden. Wir wußten doch sehr genau, was er leisten kann (und er hat es geleistet bis zur physischen und psychischen Erschöpfung) und was er nicht leisten kann.

Bemerkten die Gefangenen nicht irgendwann, daß es den Staatsorganen nicht um ihre Verurteilung, sondern um schnelle Ausreise ging? Daß sie Privilegien hatten? Zu welchen Gefangenen kommt denn der Bischof in den Knast? Wem wird so oft Kontakt zur Außenwelt zugestanden?

Bei meiner Inhaftierung 1979 mußte ich sechs Wochen warten, ehe der Anwalt kam. Den ersten Angehörigen habe ich nach acht Wochen gesehen.

Das Verhalten der nun mehr oder weniger Ausgereisten ist eine politische und moralische Bankrotterklärung.

Bleibe im Lande und wehre dich redlich — Die Gruppen und die Ausreiser

Nach dem 17. Januar kam die Ausreiseproblematik verstärkt in die Öffentlichkeit. Die Koordinierungsgruppe versuchte über ein Delegiertensystem (jede Gruppe zwei Vertreter) die Zahl der Ausreisewilligen in der eigenen Gruppe zu begrenzen.

Am 5. Februar beschloß die Koordinierungsgruppe dann die Absetzung der Andachten, „weil
1. durch immer zahlreichere Teilnahme von Menschen mit Ausreiseanträgen unser Anliegen zunehmend verzerrt wurde;
2. es aus diesem Umfeld zu Provokationen kam, die einen Mißbrauch der Andachten darstellten ..."

Zu einem Eklat mit den Anstragstellern (auf Ausbürgerung) war es nach der Andacht am 2. Februar in Friedrichsfelde gekommen, als sich eine Gruppe von ca. 100 Personen um den Altar versammelte mit den Rufen: „Wo ist die Presse! Wir machen eine Pressekonferenz! — Morgen treffen wir uns um 14.00 Uhr vor dem 100 Personen um den Altar versammelte mit den Rufen: „Wo ist die Presse! Wir machen eine Pressekonferenz! — Morgen treffen wir uns um 14.00 Uhr vor dem Büro Vogel, um für unsere Ausreise zu demonstrieren." Erst nach einer 1,5-stündigen Diskussion, in der Rechtsanwalt Schnur, Konsistorialpräsident Stolpe u.a. den Ausreisern klarzumachen versuchten, daß sie die Solidarität brächen, wenn sie nur ihre egoistischen Ziele durchsetzen wollten, ließen sie von ihrem Vorhaben ab.

Aufgrund des Ansturms von Ausreisewilligen schloß die UB (Umweltbibliothek) für zwei Wochen und sagte ihre Veranstaltungen ab. Auch andere Veranstaltungen der Kirche und der Gruppen wurden und werden von den Ausreisern genutzt, um sich zu organisieren und Demonstrationen vorzubereiten.

Die Kirchenleitungen machten sich in den letzten Wochen für eine rechtliche Regelung der Ausreisegenehmigungen stark. Dieses Thema bekam ein solches Übergewicht, daß mensch annehmen könnte, wäre erst das Recht auf die freie Wahl des Wohnsitzes staatsrechtlich geregelt, wären die innenpolitischen Probleme der DDR gelöst.

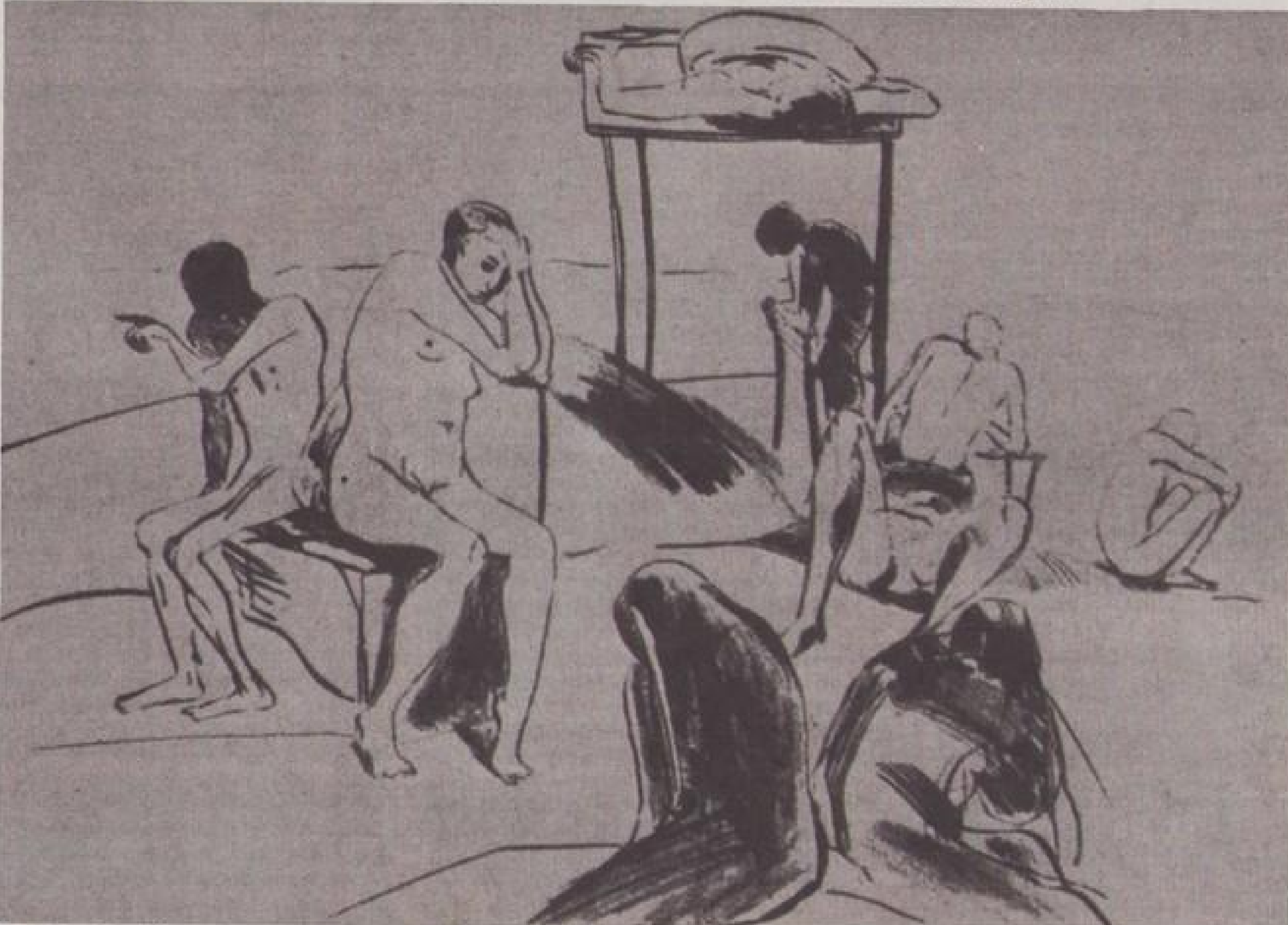
Die Ausreisewelle ist aber ein Symptom der inneren Situation der DDR, nicht umgekehrt!

Die Gruppen haben untereinander noch keinen Konsens zur Problematik gefunden. Die scharfe Distanzierung in der öffentlichen Erklärung der KvU (Kirche von Unten) vom 20.2. verschwand aus der Erklärung vom 26.3. und wurde in eine Bitte an die Ausreiser umgewandelt, „daß sie die inhaltliche Arbeit von Gruppen, von Unten) vom 20.2. verschwand aus der Erklärung vom 26.3. und wurde in eine Bitte an die Ausreiser umgewandelt, „daß sie die inhaltliche Arbeit von Gruppen, denen es um gesellschaftliche Veränderungen in der DDR geht, nicht gefährden und zerstören, sondern respektieren" mögen.

Der schriftliche Vorschlag für einen Minimalkonsens, der zur Zeit in den Gruppen kursiert, fordert eine Solidarisierung mit den Antragstellern unabhängig von deren politischem Standpunkt oder ihrer Motivation.

Ich spreche mich hier entschieden gegen jede *politische* Zusammenarbeit und Solidarisierung mit Ausreisewilligen aus. Unsere Arbeit ist auf Veränderungen in unserer Gesellschaft orientiert. Eine politische Zusammenarbeit mit Menschen, die jede Hoffnung auf Veränderung hier aufgegeben haben, macht unsere Arbeit unglaubwürdig und diffamiert die Friedensbewegung in den Augen vieler als Sprungbrett in den Westen. Leben und Arbeiten in dieser Friedensbewegung heißt, *Verantwortung* zu übernehmen für Frieden, Umwelt, die Gesellschaft, die Menschen, mit denen ich lebe und kämpfe. Sie läßt sich nicht auf Fragen individuellen Rechtes verweisen. Egoismus haben wir in der letzten Zeit genug erlebt. Es gilt, sich auch dagegen zu wehren.

Das heißt nicht, daß wir uns abwenden wollen von menschlicher Tragik, daß wir nicht dagegen auftreten, wenn Antragsteller (auf Ausbürgerung) ihren Arbeitsplatz verlieren o.ä. Schikanen unterworfen werden. In der politischen Zielsetzung kann es aber keine Gemeinsamkeit ler (auf Ausbürgerung) ihren Arbeitsplatz verlieren o.ä. Schikanen unterworfen werden. In der politischen Zielsetzung kann es aber keine Gemeinsamkeit mit Ausreisern geben.



Ihre Grafik „Niemandsland" ließ Bärbel Bohley Honecker mit der Bitte überreichen, „die Verhältnisse in der DDR (zu) ändern". Die Malerin, in der Friedens- und Bürgerrechtsbewegung der DDR aktiv, wurde Anfang dieses Jahres außer Landes geschickt und kehrte jetzt kurz vor Ablauf der Frist in die DDR zurück.

Die Friedensbewegung muß sich ihrer Krise stellen

Aus dem Clinch der Ereignisse um den 17. Januar gingen vier Parteien als Sieger hervor:

1. Die DDR-Staatsorgane. — Sie haben zumindest kurzfristig erreicht, was sie wollten: Die Ausreise der Inhaftierten aus den Gruppen.
2. Der Westen. — In einer riesigen Propagandaschlacht konnte er seine antikommunistische Ideologie stärken, den Sozialismus als menschenfeindlich darstellen und das eigene kapitalistische System als Hort der Menschenrechte präsentieren.
3. Die Amtskirche. — Ihr Ansehen wuchs in der DDR wie international.
4. Die Ausreiser. — Ihr Anliegen trat in den Vordergrund, wird publizistisch als *das* Menschenrecht verkauft, und ein Teil von ihnen erzwang durch die Aktion die kurzfristige Ausreise.

Es gab einen Verlierer: Wir, die Gruppen.

Wir haben an Glaubwürdigkeit verloren, unsere Integrität ist in Frage gestellt aufgrund der schnellen Ausreise der Inhaftierten, unsere undeutlichen Haltungen und auch der fehlenden Inhalte. Wir müssen uns entscheiden: Wollen wir ein Spiegelbild der organisierten Verantwor- wortlichen; unsere undeutlichen Haltungen und auch der fehlenden Inhalte. Wir müssen uns entscheiden: Wollen wir ein Spiegelbild der organisierten Verantwor- tungslosigkeit abgeben, kämpfen wir für unsere eigenen, individuellen Rechte oder liegt uns die gesamte DDR-Gesellschaft (die nicht identisch ist mit dem Staat oder der Staatspartei) am Kopf und am Herzen (oder im Bauch)? Sind es nur Lippenbekenntnisse, wenn wir sagen, daß die Friedens- und Umweltproblematik nicht mehr staatlich-national, sondern global zu lösen ist? Meinen wir es ernst, wenn wir den Hunger in der Zweidrittel-Welt beklagen, unsere Solidarität Befreiungs- und Alternativbewegungen in Ost und West, Nord und Süd bekunden, oder ist für uns Westeuropa das bessere Europa (vielleicht mit Ausnahme der Türkei), weil die Menschenrechte dort angeblich mehr gewährleistet sind als hier?

Warum haben unsere Ausgereisten, als sie mehrere Tage im Zentrum der Medienaufmerksamkeit standen, die Gelegenheit nicht genutzt, um klarzustellen, daß sie nicht meinen, im Paradies angekommen zu sein? Warum haben sie nicht die Gelegenheit ergriffen, sich für politische Häftlinge in der BRD einzusetzen, die jahrelang in Isolierhaft sitzen, der Kontaktsperre zu Verwandten und Anwälten unterliegen, zu dreimal lebenslänglich verurteilt wurden (wie Peter-Jürgen Boock), ohne daß ihm eine Straftat nachgewiesen werden konnte? Sind wir DDR-fixiert, oder lassen wir uns blenden durch Händedrücke von Grünen oder CDU-Abgeordneten? Machen wir uns abhängig von den Westmedien und sagen und schreiben nur noch, was auch durch die Chefetage der FAZ kommt? Auch die „alternative" Taz will manche Erklärungen nicht drucken, wenn sie ihr zu linkslastig sind und nicht ins DDR-Bild der Redaktion passen.

Wie nun weiter?

In vielen realsozialistischen Ländern üben sich die Führungen in Sachen Reform. Von der SU schallen die Begriffe Glasnost und Perestroika herüber. Nur die Chefdenker in der DDR meinen, die Tapeten vergilben hier nie. Wir haben keinen Grund zur Resignation, noch sollten wir im Nachsprechen von Schlagwörtern unsere Inhalte sehen. Was eine Alternativbewegung zur gesellschaftlichen Alternative werden läßt, ist neben ihrer politischen und moralischen Integrität, daß sie *machbare Alternativen* anzubieten hat, daß sie über *Sachkenntnisse* verfügt.

Daß das möglich ist, zeigen Gruppen wie
— morsche Meiler, die sich mit der Atomenergie auseinandersetzt
— Arbeitswelt in der DDR
— Strafrecht in der DDR
— Südafrika AG u.a.

Viele Friedenskreise hangeln sich von einem Thema zum nächsten, ohne in die Tiefe zu gehen bzw. von einer Aktion zur nächsten.

Nicht alle Kreise können alles machen. Daher ist *Arbeitsteilung* notwendig und gegenseitige Information bzw. Diskussion. Die Stärke der grün-alternativen Bewegung war, daß sie zu vielen Detailfragen die kompetenteren Antworten geben konnte.

Was wir an *Organisationsformen* haben, reicht aus. Wir sollten nicht in Organisationsspielereien verfallen. Die Friedensbewegung läßt sich nicht zentralisieren, und Formen können nicht gemeinsame Inhalte und Aktionen ersetzen.

Es war ein Fehler der Koordinierungsgruppe, die Abgrenzung von den Ausreisern organisatorisch über ein Delegiertensystem durchzusetzen, statt deutlich festzustellen, daß es zwischen den Gruppen und den Ausreisern keine gemeinsamen politischen Ziele geben kann. Die Zusammenarbeit hätte sich auf die Gruppe „Konkrete Solidarität" beschränken sollen. Hier wäre gemeinsame praktische Arbeit möglich gewesen, ohne notwendige politische Abgrenzung.

Viele, die jetzt aufgewacht waren und sich engagieren wollten, wurden durch das rigide Delegiertensystem der K-(Koordinierungs-)Gruppe vor den Kopf gestoßen bzw. demotiviert.

Bei den Aktionen um Zion wurden Versuche, eine Koordinierungsgruppe zu gründen, von der Vollversammlung der Mahnwächter schon in der Anfangsphase abgewiesen. Die Form der Vollversammlung hat sich für mich als die wirksamere erwiesen.

Der blinde Aktionismus der letzten Zeit hat uns ebenfalls geschadet. Ziele und Inhalte von Aktionen sollten länger zwischen den Gruppen diskutiert werden, damit die Basis verbreitet werden kann.

Während wir uns hier in DDR-Provinzialismus üben, wird unser Erdball durch Krisen geschüttelt:
— mehr als 200 Palästinenser in den letzten Monaten ermordet durch das israelische Militär
— 5.000 Bewohner einer kurdischen Stadt durch chemische Kampfstoffe getötet
— in Mosambik 1/3 der Bevölkerung am Verhungern
— täglich Mord und Folter in Südafrika
— in Mosambik 1/3 der Bevölkerung am Verhungern
— täglich Mord und Folter in Südafrika
— mehr als 100 Tote seit Jahresanfang im Bürgerkrieg in Nordirland
— Bürgerkrieg in Sri Lanka, auf den Philippinen, in El Salvador, Peru, Kolumbien, Afghanistan, Angola ...
— militärische Drohungen der USA gegen Panama und Nikaragua
— steigende Verschuldung und Verelendung in der Zweidrittel-Welt
— Abschwung der kapitalistischen Wirtschaft, Börsenkrach
— in der BRD neben 2,5 Mill. Arbeitslosen 3 Mill. Sozialhilfeempfänger, schärfere Demonstrationsgesetze — der Atomstaat wird aufgebaut, Asylanten werden abgeschoben (oft in den sicheren Tod)

Der Kapitalismus oder vornehmer: der bürgerlich-demokratische Parlamentarismus kann unsere Hoffung, unsere Zukunft, unser Ziel nicht sein.

Und der real existierende Sozialismus? Die Bereitschaft zur Abrüstung ist in den sozialistischen Ländern sehr groß. Zahlreiche Vorschläge wurden in den letzten Jahren gemacht. Der Westen blockt, versucht so viele Vorteile wie möglich herauszuschlagen, verzögert die Abrüstungsverhandlungen. Denn er weiß, auch in den sozialistischen Ländern kriselt es: Nationalitätenproblematik in der SU, wirtschaftliche Probleme in Polen, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien. In einigen sozialistischen Ländern gibt es erste Arbeitslose. Die DDR ist von diesen Problemen bisher einigermaßen verschont geblieben. Da wir aber auf keinem anderen Planeten leben, ist es unwahrscheinlich, daß wir von alledem verschont bleiben. Ob aus der SU in den nächsten Jahren eine Lösung des gordischen Knotens zu erwarten ist, werden wir sehen.

Natürlich müssen wir alles unterstützen, was sich in Richtung Emanzipation, Gerechtigkeit, Mündigkeit, Friedenssicherung und Bewahrung der Umwelt bewegt. Nur müssen wir dabei unseren eigenen Kopf etwas stärker beanspruchen.

Reinhard Schult (Mitarbeiter des Friedenskreises Friedrichsfelde)

„Die Schlaraffenlandbewegung"

Westliche Medien schreien Tag für Tag die Sensation aus: das vielzitierte Volk der DDR scheint im 39. Jahr seines Bestehens in zwei Lager gespalten: Die, die sofort gehen möchten und die anderen, die noch eine Weile bleiben wollen.

Alle Naselang gibt es eine neue Demonstration von Ausreisewilligen in einer anderen Stadt der Republik, ob in Wismar, Berlin, Leipzig, Jena oder sonstwo. Seitenweise liegen uns Berichte über die „Sensationen" des letzten Monats vor, Demonstrationen, Zuführungen, Vernehmungen, Gerichtsurteile, Ausreisen. Mit geringer Mühe könnten wir eine republikweite Chronik der Ausreisebewegung zusammenstellen — wir wollen aber nicht.

Natürlich wird es in jedem Land und zu jeder Zeit für einige Menschen ernsthafte politische, persönliche oder wirtschaftliche Gründe zum Verlassen des Landes geben. Aber — Staatssicherheitsdienst hin, Obst- und Gemüseversorgung her —, es muß doch einmal gesagt werden, daß die DDR zwar nicht die vollkommenste aller Welten ist, aber hinsichtlich des wirtschaftlichen Wohlstandes der Bevölkerung mit Italien und Großbritannien zu vergleichen ist, und die Mitbestimmungs- und Menschenrechte zwar nicht garantiert sind, aber bei weitem nicht so brutal mit den Füßen getreten werden wie in den bekannten Hinterhof-Diktaturen der USA. Die DDR ist nach Weltmaßstäben kein so unerträgliches Land, daß eine derartige Massenflucht verständlich wäre. Es gäbe genügend Gründe zu bleiben, um ein erträgliches Land in ein besseres umzugestalten.

Das würde freilich ein wenig Nachdenken und einige Unbequemlichkeiten erfordern und ist offenbar für den zur Versorgungsmentalität erzogenen Großteil der Bürger eine Überforderung. Adäquater und naheliegender ist es, den Traum vom Schlaraffenland Bundesrepublik zu träumen, von Smarties, Onko-Kaffee, Wienerwald-Hähnchen und einer feenhaften Freiheit. Und gar nicht so wenige Unentwegte unternehmen es, die Mauer zu diesem Märchenland durchbrechen zu wollen, die in diesem Fall nicht aus Müller-Milchreis besteht.

Kein Zweifel, auf eine kuriose Weise scheinen unsere Landsleute, unsere lieben Deutschen immerhin ihren Mut wiederentdeckt zu haben. Nicht für die paar selbstverwalteten Projekte in der DDR. Die stehen nach wie vor vereinzelt da: beargwöhnt, gehaßt und verfolgt von den einen und bewundert, überschätzt und überlastet von den anderen. Kaum jemand kommt auf den Gedanken, daß sie zum Neubeginn aufrufen: daß man aussteigen könnte, um irgendwo im Lande eine Keimzelle für eine neue Art von Gemeinschaft zu schaffen, daß aus tausend Keimzellen eine Gesellschaft von unten entstehen könnte, daß eine Solidargemeinschaft von tausenden nur schwer zu brechen ist. Dies alles scheint zu schwierig, das ist diesen Leuten nicht möglich.

Aber für einen Umzug von Deutschland nach Deutschland ist der Mut nicht zu klein. Da steigen „unsere Bürger" zu tausenden aus und stellen Karriere, Besitz und Familie beiseite, riskieren sogar Gefängnisstrafen. Da werden plötzlich Selbsthilfegruppen geschaffen, andererseits aber auch Kinder als Geiseln zu Demos mitgeschleppt, Frau und Kinder sitzengelassen, Freunde und Solidarisationswillige verraten, — da ist jedes Mittel recht.

Landesweit haben sich — mit wenigen Ausnahmen — die Basisgruppen entschieden, nur in Einzelfällen Solidarität mit den Ausreisewilligen zu üben. Das geschah nach bitteren Erfahrungen mit der Solidarisationsunfähigkeit und Egozentrik dieser Leute. Überall wurden unsere Gruppen nur genutzt, um das begrenzte Ziel der Ausreise zu erreichen. Falls es ins Konzept paßte, verrieten uns die Ausreisewilligen mit Begeisterung an die Behörden. Im Westen angekommen, gaben sie sich vor der Presse als Menschenrechtler oder Mitglieder von Friedens- und Umweltgruppen aus und verhöhnten und usurpierten unseren Namen.

Für diese Art von Mut gegenüber den Schwachen fehlt uns das Verständnis. Für diese Karikatur einer Bewegung rühren wir keinen Finger mehr. Schlaraffenland? Nein Danke!

— r.l. —

Dieser Kommentar ist natürlich nur eine Meinung eines Betroffenen. Wir sind kein Organ, nicht einmal der UB, erst recht nicht der Basisgruppen. Ein ganz gegenteiliges Bild zeichnet sich im folgenden Brief eines Ausreisewilligen ab, der allerdings eine rühmliche Ausnahme unter einer Flut derartiger Briefe ist.

Quelle:
Umweltblätter 4/88

Summer in the City

Die Erholung und Freizeit proletarischer Kinder lag bereits der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik am Herzen und wurde genutzt zur politischen Erziehung der Kinder. In den siebziger Jahren wurden Zeltlager u.a. wiederbelebt, Alternativprojekte (Sonderprojekte in Westberlin oder Kinderhaus Heinrichstraße in Hamburg) trugen erhebliche Konflikte mit Jugendämter um Finanzierung von Reisen u.ä. aus. Inzwischen ist das Problem — und damit auch die pädagogischen Möglichkeiten, die mit gemeinsamen Unternehmungen von Kindern „armer Leute“ im Sommer verbunden sind — aus dem Blickfeld linker Sozialarbeit weitgehend verschwunden. In Hamburg allerdings gibt es ein neues Projekt, daß Kindern die Ferien in der Stadt etwas angenehmer gestalten will: das Mobile Kinderkino. Auf verschiedenen Plätzen in Hamburg werden dabei Filme für Kinder gezeigt. Der AK befragt Jens Huckeriede, Mitarbeiter des Medienzentrums „die Thede“, ob dies Projekt der Weisheit letzter Schluß ist, und zu einem zweiten Vorhaben : einem Film über die Hafenstraße, gedreht mit Kindern aus der Umgebung.

H.

AK: Als die Bilder laufen lernten, war das Kino mobil. Vorführer reisten über das Land, um die ersten — noch stummen — lebenden Fotographien zu zeigen. Seit Anfang des 19. Jahrhunderts gab es feste Räume für das Kino. Heute gibt es keine reisenden Filmvorführer mehr, kaum noch Stadtteilkinos, sie mußten dem Fernsehen und heute dem Video weichen. Das Pantoffelkino hat sich durchgesetzt. Wieso kommt ihr da auf die Idee mit dem MOBILEN KINDERKINO?

Jens Huckeriede: Also dafür gibt es für mich drei Beweggründe. Einmal ein historischer Grund. Es ist die Lust am Vagabundieren, aus dem festgelegten Alltag ein stückweit auszubrechen. Es ist halt ein Unterschied, ob ich in einem Lichtspielhaus Kinderkino mache, oder ob ich mir einen Lastwagen hole, das Kino und ein Zelt auf die Ladefläche packe und auf belebten Plätzen ein Kino aufbaue. Ein zweiter Grund sind die Erlebnisse meiner eigenen Kindheit. In den fünfziger Jahren gab es z.B. hier in Hamburg auf St. Pauli im Umkreis von einem Kilometer acht Kinos. Da war es selbstverständlich, daß wir als Kinder am Sonntagmorgen um 11.00 Uhr für 30 Pfennig die Kindervorstellung besucht haben....

Damit die Eltern auch mal Zeit für sich hatten ... ?

Das war sicherlich ein Grund. Im Vergleich zu heute, wo es Endlosvideokassetten gibt, mußten die Eltern sich damals ranhalten.... Heute gibt es Stadtteile, in denen es kein einziges Kino mehr gibt. Und nur wenige Kinos spielen heute überhaupt noch Kinderfilme,da sich deren Vorführung kaum noch rentiert.

Und letztlich werden bestimmte Gruppen von Menschen in dieser Stadt von Kultur ausgeschlossen, dazu zählen besonders die Bewohner der Trabantenstädte, der Stadtteile mit hohem Ausländeranteil und dabei im Besonderen die Kinder und alten Leute. Um diese Ausgeschlossenheit zu mindern,haben wir uns gerade an diesen Plätzen zu Vorführungen entschlossen. Wenn Kinder bestimmte Kulturstätten in einer Großstadt wie Hamburg nicht erreichen können, dann muß die Kultur eben zu den Kindern kommen.

Wollt ihr mit eurem Projekt, soweit es sich als lebensfähig herausstellt für Neugründung von ortsansässigen Lichtspielhäuser werben? Bislang konnten Stadtteilkinos der Monopolisierung der großen Kinos, die mit den neuesten und teuersten, meistens US- Filmen up to date sind, nicht standhalten. Zum Anderen entspricht es ja auch mehr der allgemeinen menschlichen Vereinsamung in dieser Gesellschaft, sich Zuhause vor die Glotze zu setzen. Dreht ihr da nicht die Zeit zurück?

Die Aktion des mobilen Kinderkinos ist kein Werbefeldzug für neue Stadtteilkinos, obwohl es sicherlich wünschenswert wäre, daß es in jedem Stadtteil genügend Kinos gäbe, die regelmäßig Kinderfilme abspielen.

Sicherlich wollen wir das Leben in den Stadtteilen beleben. Diese Form von Kino ist sehr kommunikativ und so kommen wir mit vielen Leuten die an diesen Plätzen wohnen ins Gespräch. Unser Hauptmotiv ist jedoch den Kindern qualitativ gute Filme nahezubringen.

Wir wollen keinen politischen Lehrfilm

Ihr wollt in die Arbeiterstadtteile gehen, in die sogenannten sozialen Brennpunkte. Ihr habt nun auch besondere Filme ausgesucht. Kinderfilme, in denen starke, mutige und freche Kinder eine Rolle spielen also Filme, die kreativ sind, die zum Träumen anregen. Willst du mit diesen Filmen auch eine politische Botschaft vermitteln? Willst du die Kinder mehr unterhalten oder ihnen politische Bildung vermitteln? Oder gar beides?

Die Bevölkerungsstruktur in den Stadtteilen, in denen wir das Kino machen, ist unterschiedlich. Da gibt es die eine Gruppe der Trabantenstädte, in denen überraschenderweise kaum ausländische Kinder anzutreffen sind. Und dann gibt es die typischen Arbeiterwohnbezirke, in denen heute bis zu 65 % ausländische Familien leben. Und in diesen Stadtteilen wollen wir für die Kinder Filme zeigen, in denen sie ihre Träume ausleben können, die sie vom Alltag wegführen und die trotzdem emanzipatorisch sind.

Wir wollen keinen politischen Lehrfilm. Aber wir wollen den Kindern, die heute brutale und rassistische Kinofilme wie „Rambo“ und „Rocky“ und ähnliche Filme sehen, die auch von zehn- und zwölfjährigen Kindern besucht werden, ein spannendes und aufklärerisches Kino entgegen setzten.

Also saubere Leinwand? Wenn man es schon nicht für die Erwachsenen verbieten kann, dann doch wenigstens für die Kinder?

Nein, nein. Wir haben am Anfang dieses Kinoversuchs den Film „Tee im Harem des Archimedes“, der ab 16 freigegeben worden ist, in einer Großbausiedlung vor 11 bis 15-jährigen Kindern gezeigt. In dem Film wird gefickt, geprügelt und geklaut, gibt es rassistische Anmache und Freundschaft. Und trotzdem zeigt der Film ein reales Abbild vom Leben Jugendlicher in einer Pariser Vorortsiedlung. Da haben sich die Kinder hier wiedergefunden. In dem Sinne ist das Zeigen dieser Filme politisch, als politische Arbeit mit Kindern würde ich das jedoch nicht bezeichnen.

Hafenstraße: Die Kinder sind betroffen, wissen aber von nichts

Dein zweites Projekt zielt ja aber gerade darauf ab, politische Erziehung mit Kindern mit den Mitteln des Filmes zu betreiben. Du machst einen Film mit Kindern aus der Umgebung der Hafenstraße über die dort besetzten Häuser. Du gehst aus von ihrer sichtbaren Betroffenheit. Immerhin hatten die Kinder in der sogenannten heißen Phase der Hafenstraße, bei dem Barrikadenbau, ja gezwungenermaßen schulfrei. Ihr Mobiliar wurde ‚mitbenutzt‘. Also du wählst den unmittelbar betroffenen Ansatz. Was willst du ihnen denn da klar machen?

Die Kinder sind zwar betroffen, wissen aber wieder mal von nichts. Klar machen will ich den Kindern, daß die Welt nicht so rosarot ist, wie es die Eltern ihnen vor dem Gute- Nachtkuß weis machen wollen. Mit für diese Kinder (zehn bis elf Jahre alt) ungewöhnlichen Gerät, nämlich einer Videokamera, will ich die Hintergründe des Geschehens in der Hafenstraße von den Kindern selbst erarbeiten lassen.

Wie ist dir das gelungen? Wie reagieren die Kinder? Oft und gerne wurde in der linken Presse ja Fotos von Anwohnern veröffentlicht, die heißen Kaffee und Schmalzstullen zu den Besetzern brachten. Nun war das ja sicherlich, bedenkt frau das politische Klima in diesem Land, nur eine Reaktion der Anwohner, es gab und gibt sicherlich auch andere. Wie erfährst du die Widersprüche bei deiner Arbeit mit den Kindern?

Der Einstieg mit den Kindern war sehr einfach. Zumal es an sonstigen Freizeitangeboten in diesen Stadtteil mangelt. Darüber hinaus ist für Kinder die Arbeit mit einer Videokamera faszinierend. Das Thema habe ich jedoch — völlig unpädagogisch — festgelegt. Wir begannen die Arbeit mit den Kindern durch Befragung der Nachbarschaft. Die Kinder gingen selbständig mit der Kamera in Läden etc. Dabei erfuhren sie unterschiedliche Reaktionen. Sie trafen auf Erwachsene, die Angst hatten, ihre Meinung zu sagen, z.B. weil sie Ladenbesitzer sind und Teile der Kundschaft nicht verlieren wollten. Sie trafen alte Leute, die nichts sagen wollten, weil sie in der Nachbarschaft der Hafenstraße wohnen, und schließlich trafen sie auf ihre Lehrer, die von der Schulbehörde einen Maulkorb verpaßt bekommen hatten.

Und dann trafen sie auf Menschen, die offen ihre Meinung sagten und das nicht immer nur zustimmend. Am beeindruckendsten für die Kinder war jedoch der Besuch bei den Leuten in der Hafenstraße. Völlig verwundert bestaunten sie den neu angelegte Ententeich, den Gänsekäfig, Uwes verträumten Bauwagen und die gezähmte Ratte. Zum Abenteuer-Spielplatz entwickelte sich der Besuch, als die Kinder die Verbindungsbrücken zwischen den Häusern entdeckten, die Volksküche und das Riesenhochbett. Im direkten Gespräch mit Bewohnern, in denen diese die Fragen der Kinder offen beantworteten, lösten sich dann die Vorurteile der Kinder endgültig auf.

Du hast ja jahrelang in einem alternativen Kinderprojekt gearbeitet. Unter anderem zeichnet sich dieses Projekt ja dadurch aus, daß es politische Fragen mit den Kindern behandelt hat. Siehst du da einen Unterschied zu deiner jetzigen Arbeit mit Kindern? Habt ihr Kontakt zu den Eltern?

Die politische Arbeit mit Kindern im alternativen Projekt hat einen gesellschaftsverändernden Ansatz. Auf Grund der Bedingungen kann über Jahre eine kontinuierliche Arbeit geleistet werden. Das Projekt mit den Kindern über die Hafenstraße ist notwendig, und dennoch ein Versuch und zufällig; ohne die besetzten Häusern und meinen Bezug zum Kiez hätte es dieses Projekt nicht gegeben. In der Gruppe sind 5 türkische Kinder ein westdeutsches Kind und ein Kind polnischer Aussiedler. Es ist schwieriger, verglichen mit Kindern aus dem alternativen Kinderprojekt, politische Zusammenhänge deutlich zu machen. An dem Projekt arbeiten wir seit einen halben Jahr und die Kinderzahl hat sich in der Zeit von 14 auf die verbliebenen reduziert, die den Film nun auch mit Engagement fertig drehen wollen. Kontakt zu den Eltern haben wir nicht. Bei Schwierigkeiten der Kinder mit ihren Eltern setzen wir auf die Unterstützung der Lehrerin, um solche aus dem Weg zu räumen.

Unsere Förderer bekommen ein Filmprogramm, aber kein Wohlverhalten

Das Mobile Kinderkino wird mit Mitteln des Hamburger Filmbüros und der Kulturbehörde gesponsort. Ist es nicht so, daß ihr diesen Umstand bezahlt mit einem gewissen Wohlverhalten gegenüber euren Förderern, euch also darauf beschränkt, Filme zu zeigen, aber nicht den Finger auf die Wunde der insgesamt unzumutbare Freizeitsituation der Kinder insbesondere in den Ferien legt.

Es ist für mich keine Beschränkung, anspruchsvolle Filme zu zeigen. Ich will ja ausschließlich Filme zeigen bei diesem Projekt. Es reicht auch nicht aus, einen Finger auf die Wunde zu legen, es müssen viele Finger auf viele Wunden gelegt werden. Unsere Förderer bekommen ein Filmprogramm aber kein Wohlverhalten. Ich habe nicht vor, das kulturelle Angebot

Fortsetzung nächste Seite

Bist Du arm, kannst Du nicht verreisen

Die „großen Ferien“ sind vorbei. Viele Leser haben hoffentlich einen angenehmen Urlaub — je nach Sympathie in Libyen, Nicaragua auf der Krim oder anderswo — hinter sich. Dann gehören sie zu einer — wenn auch beachtlichen — Minderheit in der Bundesrepublik. Die meisten Menschen verreisen nicht — insbesondere deshalb nicht, weil ihnen dazu das nötige Geld fehlt.

Das Statistische Bundesamt führt da genau Buch — alle drei Jahre auf Grundlage des „Mikrozensus“, einer Umfrage bei einigen Tausend Haushalten, die dann hochgerechnet wird. Diejenigen, die es dabei als „Auskunftspflichtige“ erwischt, sind zur Beantwortung verpflichtet — wie bei der Volkszählung. Was die Urlaubsreisen angeht, hat das Bundesamt aber nach 1983 (direkt bezugnehmend auf das Urteil, mit dem das Bundesverfassungsgericht die Volkszählung 1983 kassierte) die Antworten für freiwillig erklärt. Anzumerken bleibt, daß in die folgenden Zahlen die Ergebnisse des „Mikrozensus“ in Hamburg nicht eingegangen sind — aus „aufbereitungstechnischen Gründen“. Wie bei der Volkszählung waren die Zähler dort wohl wieder nicht rechtzeitig fertig.

Für das Ende der siebziger Jahre wurde ausgerechnet, daß 49,5% der Bevölkerung mindestens einmal im Jahr mehr als fünf Tage (zum Zweck der „Erholung“, so die Definition der Statistiker) verreist waren. Für 1983/84 (auf diesen Zeitraum beziehen sich die folgenden Angaben) nehmen die Statistiker an, daß sich nichts wesentliches geändert hat. Besonders reisefreudig waren dabei Angestellte und Beamte: die machen nur etwa 20% der Gesamtbevölkerung aus, stellen aber über 26% der Reisenden. Anders sieht es bei Arbeitern aus, Auszubildenden und logischerweise Landwirten, die ihre Kühe schlecht allein zu Hause lassen können. Der Anteil dieser Gruppen an den Reisenden ist geringer als ihr Anteil an der Wohnbevölkerung.

Reisen kosten Geld und entsprechend können weniger Leute mit geringem Einkommen verreisen. Original-Ton des Statischen Bundesamtes: „Die Ergebnisgliederung nach dem (monatlichen) Haushaltseinkommen zeigt, daß im Berichtszeitraum die Reisenden mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 3.000 bis 4.000 DM den größten Anteil an allen Reisenden ausmachten. An zweiter Stelle standen Bezieher von Einkommen von 2.000 bis unter 2.500 DM, gefolgt von der Haushaltseinkommensgruppe ‚2.500 bis 3.000 DM‘.“ (Wirtschaft und Statistik, Heft 8/1987, S. 635 f.) Den Einkommensgruppen über 3.000 DM netto sind etwa 33% der Haushalte in der Bundesrepublik zuzuordnen. Sie stellen aber etwa 42% der Reisenden. Umgekehrt sieht es dann bei den Haushalten aus, die mit weniger als 2.000 DM auskommen müssen: Sie machen 27% der Haushalte aus, stellen aber nur etwa 21% der Reisenden.

1979 hatte sich das Hamburger Oberverwaltungsgericht zu beschäftigen mit dem Ansinnen einer Sozialhilfeempfängerin, ihre drei Kinder auf Staatskosten nicht privat, aber mit dem Kinderhaus Heinrichstraße in Hamburg in Urlaub zu schicken. Die Richter nahmen die Zahlen der Statistiker, schlossen, daß mindestens die Hälfte der Bevölkerung nicht verreist und urteilten, daß dann Sozialhilfeempfängern auch nicht verreisen dürften — zumindest nicht mit Geld vom Sozialamt. Auch die „Erklärung der Rechts des Kindes“ durch Beschluß der 841. Vollversammlung der UNO vom 20.11. 1959 konnte das Gericht nicht umstimmen. Da heißt es unter anderem: „Das Kind hat das Recht auf ausreichende Ernährung, Wohnung, *Erholung* und ärztliche Betreuung... Das Kind hat volle Gelegenheit zu Spiel und Erholung.“ Das sei, so das Gericht, auch in den Großstädten mit ihren Freizeitangeboten möglich.

Aber wie sieht das konkret aus? Nehmen wir das Beispiel Hamburg: Da schlägt man/frau in den Sommerferien die Zeitung auf und erfährt ein tolles Ferienangebot für Kinder: Aktion auf dem Bauspielplatz, Wasserspiele bei Planten und Blomen, Ponyreiten im Klövensteen oder Vorfahrt für Kinder, von 12.00-15.00 gehört das Schwimmbad uns. Und dann kann kind sich noch den Ferienpaß besorgen. Nur sind dies eigentlich gar keine tollen Ferienangebote sondern Attraktionen, die zur Touristenwerbung der Weltstadt Hamburg gehören, also vom Stadthaushalt ohnehin bezahlt werden und für die Zuschauer umsonst sind. Eben auch außerhalb der Ferienzeit. Es täuscht weiter darüber hinweg, daß andere Aktivitäten, trotz Ferienpaß Kohle kosten. Insofern wundert es kaum, daß immer mehr Familien kein Geld für den Ferienpaß ausgeben. Diese anfänglich gute Idee, Kindern, die die Ferien in der Stadt verbringen müssen, mittels eines Passes freien/verbilligten Eintritt bei verschiedenen Aktivitäten, hat entscheidend verloren, nachdem aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten der verbilligte Eintritt zu den Hamburger Schwimmbädern entfallen ist. Und einen täglichen Schwimmbadbesuch können sich viele Familien sicherlich auch nicht leisten, wenn man/frau bedenkt, daß über 26.000 Kinder und mehr als 4.500 Jugendliche in Hamburg zu Sozialhilfeempfängern gehören.

Die Suche nach Erholung in der Großstadt ohne Urlaub bleibt für viele Kinder armer Eltern ein erhebliches soziales Problem. Kapitalistischer Alltag.

MOBILES KINDER KINO HAMBURG '88

FILME

ST. PAULI	Hein-Köllisch-Platz	7.7. — 21.7. — 4.8.
ALTONA	Kemal-Altun-Platz	8.7. — 22.7. — 5.8.
EIMSBÜTTEL	Siedlung Lenzweg	14.7. — 28.7. — 11.8.
OSDORF	Bornpark	15.7. — 29.7. — 12.8.

Eintritt 1,– DM

Filmvorführungen jeweils 15.00 Uhr und 18.00 Uhr

Fortsetzung von vorheriger Seite

zum 800. Hafengeburtstag zu erweitern, selbst wenn dort sehr viel Geld zu verdienen ist.

Täuscht das Mobile Kinderkino nicht dennoch über die wirkliche Feriensituation der Hamburger Kinder hinweg? Da kommst du nun und sagst, leider kann ich euch keinen Strand am Mittelmeer bieten, die Nordsee verbietet sich wegen der sterbenden Seehunde, eine Eintrittskarte zum Nulltarif fürs Chlorwasserschwimmbad in der Stadt kann ich euch auch nicht liefern, aber Kinderkino auf dem Marktplatz. Sozialarbeit im schlechten Sinne als Flickschusterei?

Das Mobile Kinderkino kann sicherlich nicht die Feriensituation der Hamburger Kinder retten. Es ist jedoch feststellbar, daß Ferienangebote, die gemacht werden, nur eine bestimmte Gruppe von Kindern erreichen. Viele Ferienangebote werden eben nur dort gemacht, wo auch touristische Attraktionen zu finden sind. Dem wollten wir etwas entgegen setzen und sind in die Stadtteile gefahren wo Kinder von Ferienangeboten ausgeschlossen werden.

Ich sehe diese Form von Kino nicht als Flickschusterei sondern als einen Anfang einer kulturellen Arbeit an. Es ist mir schon klar, daß die politischen Mißstände und die daraus resultierenden Notwendigkeiten von einem Mobilen Kinderkino nicht abgedeckt werden. Trotzdem haben auch Kinder das Recht, sich mit unterschiedlichen Kulturformen auseinandersetzen zu können.

Also läßt sich Kinderkino und politische Agitation nicht miteinander vereinbaren?

Kino ist an sich ja schon Öffentlichkeitsarbeit. Es werden natürlich über die Filme politische Inhalte vermittelt. Insoweit werden ja auch die Kinder zur Auseinandersetzung mit sich und ihrer Umwelt herausgefordert.

Fortschrittliche Inhalte im Film — ja, aber keinen Finger auf die Wunde „Feriensituation".

Darum geht es mir auch gar nicht.

Du tanzt nur einen Sommer lang?

Im Pantoffelkino gab es jüngst „Sie tanzten nur einen Sommer lang", gilt das auch für euer Projekt? Linker Sozialarbeit wird häufiger vorgeworfen, Kinder sehr schnell für etwas begeistern zu können, sie dann aber auch genauso schnell wieder im Regen stehen zu lassen. Welche Perspektiven über den Sommer hinaus hat denn dein Projekt?

Ein Projekt wie das mobile Kinderkino hängt in der jetzigen Form sicherlich von einer entsprechenden Finanzierung ab. Es ist bereits weitgehend sichergestellt, daß das Projekt auch im nächsten Sommer über die Bühne geht. Übers Jahr werden jedoch Kinderfilme in der Thede, dem Medienzentrum weiter gezeigt.

daß das Projekt auch im nächsten Sommer über die Bühne geht. Übers Jahr werden jedoch Kinderfilme in der Thede, dem Medienzentrum weiter gezeigt.

Und du meinst, die Kinder aus dem Trabantenstädte kommen zu dir in dein Kino?

Natürlich nicht. Aber die Kinder aus unserem Stadtteil kommen

Danke! Und viel Erfolg bei Deinen weiteren Projekten.



Jens Huckeriede ist Mitarbeiter des Medienzentrums „die Thede". Neben dem Kinderkino arbeitet er gegenwärtig an einem, zusammen mit Kindern aus der Umgebung gedrehten Film über die Hafenstraße. Für Nachahmer des Projektes „Kinderkino" gibt er Tips: „Ein Kinderkino muß ja nicht so aufwendig sein wie in diesem Fall. Es reicht ein 16-mm-Projektor (der in Medienzentren ausgeliehen werden kann), eine Leinwand und ein Raum von 30 qm Größe. Kinderfilme können bei den unterschiedlichen Verleihern bestellt werden."



Vorschneller Nachruf

Betr.: Meldung zur ISP im AK 297

Liebe KB-Genossen, euer Aktivismus in der schnellebigen Welt des Journalismus und die Jagd nach news in Ehren. Warum ihr allerdings als Totengräber hinsichtlich der Initiative Sozialistische Politik (ISP) so eifrig seid und nun bereits zum dritten Mal im Arbeiterkampf die Falschmeldung verbreitet, wir seien kaputt oder hätten uns aufgelöst, will uns nicht recht in den Kopf. Habt ihr uns denn kein bißchen mehr lieb; das würde uns als Grüne aber echt betroffen machen.

Zur Aufhellung des Mißverständnisses. Die aus der Gruppe Z und anderen Zusammenhängen. hervorgegangene Strömung um die Zeitschrift MOZ war in Vereinsform als ISP organisiert. Der Verein ISP blieb auch nach Einstellung der MOZ im Herbst 1984 bestehen und gab einen Rundbrief namens „Turbulenzen" in Magazinform heraus; die letzte Ausgabe mit immerhin 60 Seiten erschien erst Anfang Juni 1988. Im Editorial dieses Heftes machten die fünf ISP-Leute, die die Endredaktion besorgten, den Vorschlag,

1. eine Art „marxistische Konferenz" mit allen interessierten Organisationen, Zeitschriftenprojekten und Einzelkämpfern für Anfang 1989 einzuberufen und vorab ein vorbereitendes Treffen im September anzuberaumen. Da auf unser Anschreiben an zehn Gruppen/Zeitschriften und mehrere „Persönlichkeiten" überhaupt nur drei Reaktionen erfolgten — Interessensbekundungen vom KB, der IMK/Marxistische Kritik Nürnberg und der Gruppe Selbstverwaltung Frankfurt — sahen wir uns veranlaßt, die Veranstaltung „mangels Masse". vorerst abzublasen.

2. die „Turbulenzen" in der bisherigen Form einzustellen. Von einer Auflösung der ISP als organisierter Linkszusammenhang in den Grünen ist an keiner Stelle des Editorials die Rede. Gesagt wird dort lediglich, daß „der Versuch der ISP gescheitert ist, mittels eines gehörigen redaktionellen und finanziellen Kräfteaufwandes zur Erneuerung eines autonomen linken Organisationszusammenhanges in den Grünen beizutragen". Diese Außerung ist aber erkennbar als Privatmeinung der Endredaktionsmenschen ausgewiesen. Ob sich im Zuge von Umgruppierungen noch bestehender linker Zusammenhänge in den Grünen die ISP auflösen wird oder nicht und ob die „Turbulenzen" eingestellt, weitergemacht wie bisher oder konzeptionell verändert werden — darüber kann letztlich nur eine ISP-Mitgliederversammlung entscheiden.

Greift also bitte dieser Entscheidung nicht durch vorschnelle Nachrufe vorweg, denn noch erfreuen wir uns leidlicher Gesundheit und sind ja immerhin einer der wenigen noch bestehenden linken Organisationszusammenhänge in der grünen Partei. In Wertschätzung der von euch KBlern mit der Publizistik des Arbeiterkampfes geleisteten politischen Arbeit werdet ihr auf jeden Fall auf dem laufenden gehalten und garantiert die ersten sein, die von einer etwaigen Auflösung unseres Vereins erfahren P.S.: Wie wäre es, wenn ihr als Zeichen aufrichtiger Reue und als greifbaren Lebendigkeitsbeweis der ISP kostenlos unseren „Turbulenzen"-Bestellcoupon abdrucktet?

ISP-Vorstand

* * *

Was hiermit geschieht:
Erhältlich sind:
Textreader der Ökosozialisten 1986 (3 DM);
Turbulenzen. Rundbrief der ISP 3/86 (Schwerpunkt: Thesen der GIM-Fraktion; 2,50 DM);
Turbulenzen 4/87 (Grüne nach der Bundestagswahl; 3 DM);
Turbulenzen 5/87 (70 Jahre Oktoberrevolution);
Turbulenzen 6/87 (Hamburg-Wahl; 3 DM);
Turbulenzen 7/88 (Frankreich; 3 DM);
Turbulenzen 8/88 (Staat und Gewalt; 5 DM).
Jeweils plus 1,50 DM Porto.

Bestellungen an:
ISP, c/o Carola Greiner-Mai,
Löwenstraße 5b, 2000 Hamburg 20

Letzter Versuch?

Betr.: Andere Linke

Stachlig soll's nach dem Willen der Demokratischen Sozialisten (DS) in Zukunft zugehen. Die DS — 82er Linksabspaltung der SPD und nach ihrer Beteiligung am „Friedenslisten" (FL)-Debakel mehr oder weniger in der Versenkung verschwunden — versucht sich noch einmal publizistisch mit „Der Stachel".

Zumal: die letzten Bündnisoptionen der DS sind gestorben — ein Zusammengehen mit der VSP fand keine Mehrheit, eine Minderheit von FL-Befürwortern ist atomisiert. Deren letzte Exponenten K.H. Hansen als Quasi-Mentor der FL und P. Brollik als deren Geschäftsführer gehören schon lange nicht mehr der DS an und steuern den verfahrenen FL-Karren zwangsläufig und vollends in den Bündnissumpf von DKP-Apparat bzw. DFU. Erleichtert wird's ihnen durch den kontinuierlichen Abgang einiger innovativer Kräfte; den letzten organisierten Linken in der Bonner FL-Zentrale will man zum Jahresende loswerden.

Sei es, VSP und FL scheinen mehrheitlich kein Thema mehr zu sein; mensch besinnt sich auf die — wenn auch geringen — eigenen lokalen Kräfte. Eine (bundesweite, vierteljährliche?) Zeitung mit einem einheitlichen „Mantel" und je eigenen beigelegten Lokalausgaben soll gemacht werden.

Geht es nach den Verfassern im September-Rundbrief der DS, so will man mit der Zeitung „... für uns werben und unsere Positionen bekannter machen ..." Ähnliches hat schon der selige KBW mit seiner „KVZ" nebst allerlei Beilagen und dem zu erwartenden Erfolg versucht.

Ein „bundesweites" Blatt hingegen, mehrmals jährlich in vergleichsweise hoher Auflage durch autorisierte Gruppen lokal verteilt und mit der Möglichkeit auch für andere Linke, mit und in dem Blatt in das politische Geschehen einzugreifen, wäre schon etwas anderes.

f.v.

ÖKO-KULTURELLER GEWERBEHOF
KASSELER STRASSE

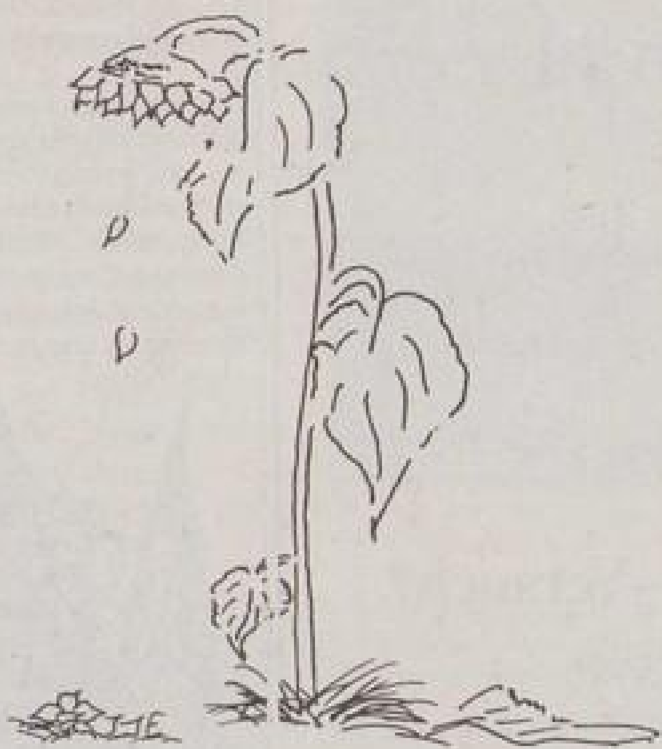


Die Bourgeoisie mit dem Geldsack gelockt ÖKG statt KBW

Mainzer Landstraße 147 in Frankfurt? Richtig, das KBW-Hochhaus, vor zehn Jahren mit viel Geld von Organisations-Mitgliedern und in fleißiger Nachtarbeit zur Zentrale ausgebaut, von der aus der Kampf gegen das herrschende System organisiert, die Bourgeoisie mit dem Geldsack erschlagen werden sollte, wie Joscha Schmierer (oder war's Fochler?) erklärte.

Der KBW ist seit 1983 auch offiziell hin, die Nachfolge am Geldhahn hat ein Verein Assoziation angetreten, Geschäftsführer ist Gerd Heinemann, Mitherausgeber und wie Schmierer Redakteur der „Kommune". In den letzten Jahren eingekreist von der Commerzbank, die ringsherum die Grundstücke eingekauft hat und das KBW-Haus ins Visier nahm, haben Verein Assoziation und Mieter der Mainzer Landstraße zum großen Sprung nach vorn angesetzt: Man will das Angebot der Bank, auf einem Gelände am Westbahnhof in der Kasseler Straße ein neues Gebäude zu errichten, annehmen. Den Umzug zahlt vermutlich die Bank, das Gelände ist 1000 qm größer und — wenn die Commerz mitzieht — wird ein Gebäude errichtet nach modernsten ökologischen Erkenntnissen, mit Glasvorbauten, Wandelgängen, Galerien, Terrassen und Stegen, großen Fest- und Veranstaltungsräumen, Bistro, Kantinen, Praxen, Büros.

Der nach einem Architektenentwurf vorgestellte „Öko-Kulturelle Gewerbehof" dürfte — entsprechend Schmierers altem KBW-Steckenpferd — vor allem den neuen Mittelschichten offenstehen. Unter Frankfurter Yuppies geistert der Spruch ÖKG statt KBW. Die Bourgeoisie lebt und der Geldsack soll dem Vernehmen nach praller geworden sein.



Highlights der Grünen

Die Grünen? Jeder kennt sie. Doch was machen die eigentlich den ganzen Tag in Bonn? Viel hört man nicht von ihnen. Pennen die 150 Leute aus dem Bonner Apparat, machen die Abgeordneten nur Reisen und Urlaub, wird in Bonn nur gesoffen und gefressen? Fragen über Fragen, die sich die grüne Basis stellt. Ein Blick hinter die Kulissen schockiert: Da produzieren die Grünen in mühsamster Kleinarbeit Presseerklärungen den laufenden Kilometer; 820 nummerierte waren es in diesem Jahr bereits, zahllose unnummerierte nicht hinzugezählt. Und das Entsetzliche, kaum ein Schwein registriert die Arbeit, in der Tag für Tag, ein ums andermal enthüllt wird, daß wir in Bonn von einer Bande unfähiger, desolater und rücktrittsreifer Idioten, Regierung genannt, geführt werden.

Der AK als alternatives Gegenmacht-Organ gegen die bürgerliche Schmierenpresse von WELT bis GELD, von FAZ bis taz, macht dieses Schweigen nicht mit. Wir lassen die Grünen zu Wort kommen, wie sie leben, wie sie sind, unverfälscht.

Im Juli ist aus dem Büro von Petra K. Kelly zu erfahren, was nirgendwo sonst zu lesen war: „*Petra K. Kelly, MdB DIE GRÜNEN, ist von der Ghandi-Foundation in London gebeten worden, den diesjährigen Ghandi-Stiftungs-Vortrag in London im Oktober zu halten. Petra K. Kelly wird über gewaltfreie Politik Zivi-*

London im Oktober zu halten. Petra K.

Kelly wird über gewaltfreie Politik, Zivilen Ungehorsam und über die Relevanz der Philosophie Mahatma Ghandis im Atomzeitalter referieren. Petra K. Kelly ist das erste Bundestagsmitglied, dem diese Ehre zuteil wurde".

Wer wußte beispielsweise bislang, daß Trude Unruh anarchistische Neigungen hat? In einer ihrer zahllosen Attacken auf den Bonner und sonstigen Beamtenapparat ließ sie melden: „*Trude Unruh ermahnt Bundeskanzler Helmut Kohl*". So weit, so erlaubt. Aber dann: „*Die Beamtenfraktion im Bundestag arbeitet fast nur noch ihren eigenen unkündbaren Verwaltungskollegen zu. Gesetzgebung, Regierung und Rechtssprechung werden mehr und mehr zum Ärgernis. Also schaffen wir am besten die Beamten ganz ab und entwickeln uns zu einer Demokratie, in der alle Macht vom Volke ausgeht.*" Bisher hat der Bundestag darauf noch nicht reagiert.

Ende August erfahren wir von Willi Hoss, was ihm Björn Engholm Ende Juli auf sein Glückwunsch-Telegramm von Ende Mai (auch ich hätte SPD statt Grüne Fundis gewählt) zum Wahlsieg in Schleswig-Holstein geschrieben hat:

Lieber Herr Hoss,

wenn auch etwas verspätet, so möchte ich mich doch herzlich bei Ihnen für die Glückwünsche bedanken, die Sie mir anläßlich der Wahl in Schleswig-Holstein ausgesprochen haben.

In der Tat ist der Kurs der Grünen in Schleswig-Holstein bei den letzten Landtagswahlen nicht dazu angetan gewesen, sich auf vielen Gebieten fundiert politisch auseinanderzusetzen. Zu sehr dahergesagt waren viele Forderungen, zu wenig fundiert manche Angriffe, die auch gegen meine Partei gelaufen sind.

Wir fühlen sehr deutlich, welches Vertrauen dieser neuen Landesregierung entgegengebracht wird und wie hoch die Erwartungen sind. Dies verpflichtet uns. Wir werden uns mit Behutsamkeit, Beharrlichkeit und Bescheidenheit ans Werk machen. Ich bin zuversichtlich, daß wir für die nächsten Jahre in Schleswig-Holstein eine Politik gestalten können, die auch im Sinne derjenigen ist, deren Herz eher grün schlägt, die sich dieses Mal jedoch für die Unterstützung meiner Partei entschieden haben. Mit herzlichen Grüßen, Björn Engholm." Willi war sehr gerührt.

Björn Engholm." Willi war sehr gerührt.

Wer kennt schon Dr. Alfred Mechtersheimers konsequenten alternativen Verteidigungskampf? Wenn nicht alles täuscht, hat er den noch amtsfrischen Rupert Scholz bald geschafft, die Rücktrittsforderungen häufen sich. Unbemerkt von der Öffentlichkeit blieb Mechtersheimers Vorstoß, mitten in der Sommerpause seine urlaubenden KollegInnen aller Fraktionen zu einer Sondersitzung des Verteidigungsausschusses zusammenzutrommeln. Gefährdet waren nicht nur unsere Sicherheit, sondern auch das „*Prinzip der parlamentarischen Kontrolle*", weil Scholz putschartig die vorzeitige Pensionierung von Generälen und Admirälen vorgenommen hatte.

Grünes Flügelschlagen, erklärte der Fraktionsvorstand, sei vorbei. Thomas Ebermann scheint das noch nicht mitbekommen zu haben. Da läßt er sich einfach vom Westberliner DGB als Diskutant für eine IWF-Veranstaltung einladen. Das ging Ludger Volmer gegen die Hutschnur. „*Wie Du weißt, arbeite ich seit 1983 systematisch an dem Thema (...) Seit Wochen versuche ich den DGB zu einer Stellungnahme zu provozieren. Auch sind mir die speziellen Argumentationen geläufig, mit denen die DGB-Funktionäre zu konfrontieren wären. Nicht zuletzt finde ich es ziemlich blöde, wenn man von einer zur nächsten Kleinstveranstaltung über Land tingelt, um die Leute nach Berlin zu mobilisieren, die wenigen High Lights einem dann von Kollegen vor der Nase weggeschnappt werden.*" Schweren Herzens räumte Thomas Ebermann das Feld, obwohl er „*seit 1969 systematisch daran arbeitet, nie wieder von einer zur nächsten Kleinveranstaltung tingeln zu müssen, sondern als Mittelpunkt der wenigen High Lights ganz groß rauszukommen.*" Er zitiert Ludger Volmers Bewerbung für die grüne Bundestagskandidatur, in der dieser seine nationalen wie internationalen Verdienste für die Entwicklungspolitik der Partei rühmte und endet: „*Ich fasse zusammen: Du bist ein Mann der zähen, stillen Kleinarbeit; neigst dazu, dein Licht unter den Scheffel zu stellen — klassischer Garant für Kleinveranstaltungen. (...) Bitte grüß bei nächster Gelegenheit Fidel Castro und den mexikanischen Zentralbankchef von mir, letzteren kannst du vielleicht mal fragen, wie hoch mein Dispo in seinem Laden wäre; ich hab da nämlich Differenzen mit dem Sparkassen-Filialleiter bei uns in der Eimsbüttler Chaussee. (...) P.S.: Ich hätte sowieso nicht gekonnt, ich bin an dem Tag zusammen mit Tina Turner beim Papst.*"

Wie gesagt, das Flügelklima ist besser geworden. Thomas Ebermann gewann in solidarischer Abstimmung gegen Bärbel Rust das Match um die Abschlußrede in der Haushaltsdebatte des Bundestags. Dabei brachte er auch Hamburger Belange ein: „*Fünf Redner der FDP, sieben der CDU und sechs der SPD haben sich einem Thema gewidmet, zu dem die Grünen geschwiegen haben, und das muß ich ausbügeln: dem Abtritt von Hans Apel. Wir müssen endlich lernen, auf der Höhe der Debatte zu sein. Deswegen möchte ich ganz klar sagen: Ich bin fix und fertig, daß es Hans Apel als finanzpolitischen Sprecher der SPD nicht mehr gibt. Ich bin fix und fertig, daß es ihn als Bundestagskandidaten in Hamburg nicht mehr gibt. Denn wenn man in Hamburg als Grüner kandidieren und zu Podiumsdiskussionen muß, dann ist ein geflügeltes Wort unter uns Kandidaten: ‚Kannst du heute Hans Apel abduschen, oder mußt du dich mit Freimut Duve rumquälen?' (Heiterkeit) Das ist nun vorbei. Die schöne Erinnerung an die Zeit von Helmut Schmidt und Hans Apel verblaßt immer mehr.*" Wenn er da man nicht irrt. Noch ist Hans Apel als neuer Vereinspräsident des FC St. Pauli nicht aus dem Rennen.

li nicht aus dem Rennen.

Abschließen wollen wir mit Petra K. Kelly's Telex an die neugegründete Agentur „delighted press internationale": „*Liebe Schwestern und Brüder, Gloria Smith aus London, die ich kürzlich auf einem Anti-Atom-Kongreß in Vancouver kennengelernt habe, an dem ich zusammen mit Gert im Anschluß an einen Vortrag in Melbourne teilgenommen hatte, obwohl ich am selben Tag eigentlich auf Einladung der Society for Non-Violence in Neu Delhi hätte sein müssen, um dort Freunde aus Tokio zu treffen, mit denen ich im nächsten Monat gleichlautende Pressekonferenzen in Washington und Moskau veranstalten will, hat mir von Eurer Presseagentur geschrieben. Mich hat das sehr glücklich gemacht, und ich möchte euch deswegen bitten, daß ihr Interviews, die ihr sicher mit mir machen wollt, frühzeitig ankündigt, weil ich wirklich nicht mehr weiß, wie ich das alles schaffen soll. Eure Petra.*"

INHALT

Linke